

**PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!**

**LENIN**

**WERKE**

**23**



HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS  
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES  
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT  
AUF BESCHLUSS DES ZENTRAKKOMITEES  
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI  
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

# W.I. LENIN

## WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN  
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE  
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS  
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1975

# W.I. LENIN

BAND 23

---

*AUGUST 1916 – MÄRZ 1917*



DIETZ VERLAG BERLIN

1975

Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН . СОЧИНЕНИЯ

© Politisdat, Moskau 1950

© Deutsche Übersetzung: Dietz Verlag Berlin 1957

Mit 1 Bild und 2 Faksimiles

7. Auflage 1975

Dietz Verlag Berlin

Lizenznummer 1

LSV 0056

Printed in the German Democratic Republic

Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker“, Leipzig, III 18 138

Best.-Nr.: 735 030 7

EVP 3,50

## VORWORT

Die in Band 23 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von August 1916 bis März 1917 in der Schweiz.

Die meisten der hier veröffentlichten Arbeiten widerspiegeln den Kampf Lenins und der Bolschewiki gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Politik des Verrats, die von den Führern der Parteien der II. Internationale, den offenen Sozialchauvinisten und den Zentristen, betrieben wurde. Zu diesen Arbeiten gehören u. a. „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, „Zehn ‚sozialistische‘ Minister!“, „Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus“ und „An die Arbeiter, die den Kampf gegen den Krieg und gegen die auf die Seite ihrer Regierungen übergegangenen Sozialisten unterstützen“.

Der Band enthält ferner den berühmten Artikel „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“. In diesem Artikel entwickelt Lenin auf Grund der Analyse des imperialistischen Kapitalismus, die er in seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ vornahm, die neue theoretische These, daß ein gleichzeitiger Sieg des Sozialismus in allen Ländern *unmöglich* ist, der Sieg des Sozialismus in einem einzeln genommenen kapitalistischen Land hingegen als *möglich* anerkannt wird, und begründet die These von den gerechten und ungerechten Kriegen.

Einen beträchtlichen Teil des Bandes bilden die Arbeiten, in denen Lenin die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokraten im imperialistischen Weltkrieg (1914–1918) umreißt: „Die Aufgaben der Linksradi- kalen (oder der linken Zimmerwaldisten) in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“, „Prinzipielles zur Militärfrage“, „Die Stellung der Frage der Landesverteidigung“, „Der Schutz der Neutralität“ u. a.

In den Artikeln „Über die aufkommende Richtung des ‚imperialistischen Ökonomismus‘“, „Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow)“, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“ kritisiert Lenin die dem Marxismus feindliche Position der gegen die Partei auftretenden Gruppe Bucharin–Pjatakow und entwickelt gemäß den neuen historischen Verhältnissen das bolschewistische Programm zur nationalen Frage.

Der Band enthält weiter den „Vortrag über die Revolution von 1905“, den Lenin in Zürich in einer Versammlung junger Arbeiter hielt und der eine tieferschürfende und umfassende Verallgemeinerung der Erfahrungen der ersten russischen Revolution vermittelt.

Die Arbeiten „Thesenentwurf vom 4. (17.) März 1917“, „Briefe aus der Ferne“, „Über die Aufgaben der SDAPR in der russischen Revolution“, „Die Revolution in Rußland und die Aufgaben der Arbeiter aller Länder“ u. a. stammen aus den ersten Tagen der Februarrevolution 1917. Lenin analysiert darin das Verhältnis der Klassenkräfte in der Revolution und skizziert die Perspektiven des Übergangs von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution.

Sechs Dokumente erscheinen zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins. Der „Abänderungsantrag zur Resolution über die Militärfrage“ und die „Geschichte einer kleinen Periode einer sozialistischen Partei“ befassen sich mit dem Kampf der linken Sozialdemokraten in der Schweizer Sozialdemokratischen Partei während des imperialistischen Weltkriegs. Der Aufsatz „Statistik und Soziologie“ zeigt die Rolle der nationalen Bewegungen in der internationalen Arbeiterbewegung. Die Dokumente „Telegramm an die nach Rußland reisenden Bolschewiki“ und „Eine Zuschrift an die Zeitung ‚Volksrecht‘“ erläutern die Taktik der Bolschewiki in der sich in Rußland entfaltenden Revolution. Der „Beschluß des Auslandskollegiums des ZK der SDAPR“ bezieht sich auf die Rückkehr Lenins und der Bolschewiki aus der Emigration nach Rußland.



W. I. LENIN  
1916



---

## ÜBER DIE AUFKOMMENDE RICHTUNG DES „IMPERIALISTISCHEN ÖKONOMISMUS“

Der alte „Ökonomismus“ aus der Zeit von 1894 bis 1902 argumentierte so: Die Volkstümler sind widerlegt. Der Kapitalismus hat in Rußland gesiegt. Also ist es nicht nötig, sich über politische Revolutionen Gedanken zu machen. Die praktische Schlußfolgerung hieß entweder: „den Arbeitern der ökonomische, den Liberalen der politische Kampf“ – das war ein Salto nach rechts – oder: statt der politischen Revolution Generalstreik für die sozialistische Umwälzung – das war ein Salto nach links, der in der heute bereits vergessenen Broschüre eines russischen „Ökonomen“ Ende der neunziger Jahre seinen Ausdruck fand.<sup>1</sup>

Jetzt ist ein neuer „Ökonomismus“ im Entstehen begriffen, der in seiner Argumentation zwei analoge Saltos vollführt: „nach rechts“ – wir sind gegen das „Recht auf Selbstbestimmung“ (d. h. gegen die Befreiung der unterdrückten Völker, wir lehnen den Kampf gegen Annexionen ab – das ist noch nicht logisch zu Ende gedacht oder wird noch nicht ganz ausgesprochen). „Nach links“ – wir sind gegen das Minimalprogramm (d. h. gegen den Kampf für Reformen und Demokratie), denn das „widerspricht“ der sozialistischen Revolution.

Es ist schon über ein Jahr vergangen, seit diese aufkommende Richtung in einem kleinen Kreis von Genossen, in der Berner Beratung im Frühjahr 1915, zutage trat. Damals war es glücklicherweise nur ein Genosse – und er stieß auf *allgemeine* Mißbilligung –, der bis zum Schluß der Beratung auf diesen Ideen des „imperialistischen Ökonomismus“ beharrte und sie in Form besonderer „Thesen“ schriftlich formulierte. Niemand stimmte diesen Thesen zu.<sup>2</sup>

Später schlossen sich den Thesen dieses Genossen gegen die Selbstbestimmung zwei weitere Genossen an<sup>3</sup> (sie erkannten nicht den unlöslichen Zusammenhang zwischen dieser Frage und der Gesamtkonzeption der soeben erwähnten „Thesen“). Doch die Veröffentlichung des „holländischen Programms“ im Februar 1916, es erschien in Nr. 3 des „Bulletin der Internationalen Sozialistischen Kommission“<sup>4</sup>, brachte dieses „Mißverständnis“ *sogleich* an den Tag und veranlaßte den Verfasser der ursprünglichen „Thesen“, seinen ganzen „imperialistischen Ökonomismus“ wieder als Ganzes, und nicht in der Anwendung auf einen angeblich „partiellen“ Punkt, *erneut hervorzubolen*.

Es ist unbedingt notwendig, die betreffenden Genossen immer wieder darauf *hinzuweisen*, daß sie *in den Sumpf geraten sind*, daß ihre „Ideen“ *weder mit dem Marxismus noch mit der revolutionären Sozialdemokratie irgend etwas gemein haben*. Damit weiter „hinter dem Berg“ zu halten ist nicht zulässig: das würde bedeuten, der ideologischen Konfusion Vorschub zu leisten und sie in die *schlimmste Richtung* zu lenken, in die Richtung des Die-Dinge-nicht-zu-Ende-Sprechens, der „privaten“ Konflikte, endlosen „Reibereien“ usw. Es ist im Gegenteil unsere Schuldigkeit, ganz unbedingt und kategorisch darauf zu bestehen, daß es *dringend notwendig ist*, die aufgeworfenen Fragen bis zu Ende zu durchdenken und zu analysieren.

Die Redaktion des „Sozial-Demokrat“<sup>5</sup> hat mit den Thesen über die Selbstbestimmung\* (deutsch erschienen als Sonderdruck aus dem „Vorboten“<sup>6</sup> Nr. 2) die Angelegenheit absichtlich *in einer unpersönlichen*, aber sehr ausführlichen Form in die Presse gebracht, wobei sie besonders den *Zusammenhang* zwischen der Frage der Selbstbestimmung und der *allgemeinen* Frage des Kampfes für Reformen und für die Demokratie betont und darauf hinweist, daß es unzulässig ist, die *politische* Seite zu ignorieren usw. In seinen Bemerkungen zu den Thesen der Redaktion über die Selbstbestimmung *solidarisiert sich* der Verfasser der ursprünglichen Thesen (der Thesen des „imperialistischen Ökonomismus“) *mit dem holländischen Programm* und zeigt dadurch selber besonders anschaulich, daß die Frage der Selbstbestimmung, wie sie von den Urhebern der aufkommenden Richtung aufgeworfen wird, durchaus keine „Einzel“-frage, sondern eine allgemeine und grundlegende Frage ist.

\* Siehe Werke, Bd. 22, S. 144–159. *Die Red.*

Das Programm der Holländer erhielten die Vertreter der Zimmerwalder Linken<sup>7</sup> zwischen dem 5. und 8. II. 1916 in der Sitzung der Internationalen Sozialistischen Kommission in Bern. Kein einziges Mitglied dieser Linken – auch Radek nicht – sprach sich für das Programm aus, da es in buntem Durcheinander solche Punkte vereinigt wie „Expropriation der Banken“ und „Abschaffung der Handelszölle“, „Abschaffung des Oberhauses, des Senats“ usw. Alle Vertreter der Zimmerwalder Linken gingen einmütig, mit wenigen Worten, ja sogar fast ohne ein Wort zu verlieren und nur mit einem Achselzucken über das holländische Programm als eine im ganzen offenkundig mißlungene Sache hinweg.

Dem Verfasser der ursprünglichen, im Frühjahr 1915 geschriebenen Thesen gefiel dieses Programm jedoch so sehr, daß er erklärte: „Ich habe im Grunde genommen auch nicht mehr gesagt“ (im Frühjahr 1915), „die Holländer haben die Sache bis zu Ende gedacht“: „bei ihnen gibt es die ökonomische Seite – die Expropriation der Banken und der Großproduktion“ (der Großbetriebe), „und die politische – die Republik u. a. Das ist vollkommen richtig!“

In Wirklichkeit haben die Holländer nicht „bis zu Ende gedacht“, sondern haben ein völlig undurchdachtes Programm vorgelegt. Es ist das traurige Los Rußlands, daß bei uns gewisse Leute ausgerechnet das aufgreifen, was es in der allerletzten Neuheit an Nichtdurchdachtem gibt...

Dem Verfasser der Thesen von 1915 scheint es, daß die Redaktion des „Sozial-Demokrat“ sich selbst widersprach, als sie „selber“ die Forderung „Expropriation der Banken“ aufstellte und sogar noch das Wort „sofortige“ hinzufügte (plus „diktatorische Maßregeln“) in § 8 („Die konkreten Aufgaben“). „Und wie ist man in Bern wegen derselben Sache über mich hergefallen!“ ruft voller Entrüstung der Verfasser der Thesen von 1915 aus und meint damit die Berner Auseinandersetzungen im Frühjahr 1915.

Eine „Kleinigkeit“ hat dieser Verfasser vergessen und nicht bemerkt: Die Redaktion des „Sozial-Demokrat“ hat in § 8 unmißverständlich zwei Fälle untersucht: I. Die sozialistische Revolution hat begonnen. In diesem Fall, heißt es dort, „sofortige Expropriation der Banken“ usw. II. Fall: Die sozialistische Revolution hat nicht begonnen, und dann soll man von diesen schönen Dingen noch nicht reden.

Da gegenwärtig die sozialistische Revolution im erwähnten Sinn zweifellos noch nicht begonnen hat, ist das Programm der Holländer eben widersinnig. Der Verfasser der Thesen jedoch „vertieft“ die Sache, indem er („jedemal an dieser selben verflixten Stelle“...) zu seinem alten Fehler zurückkehrt: politische Forderungen (vom Typus „Abschaffung des Oberhauses“?) verwandelt er in eine „politische Formulierung der sozialen Revolution“.

Nachdem er ein ganzes Jahr lang auf der Stelle getreten hat, ist der Verfasser zu seinem alten Fehler zurückgekehrt. Hier liegt der Kern seines Mißgeschicks: er kann sich nicht darüber klarwerden, wie der zur Tatsache gewordene Imperialismus mit dem Kampf für Reformen und mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen ist, genauso, wie der „Ökonomismus“ seligen Angedenkens es nicht verstand, den zur Tatsache gewordenen Kapitalismus mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen.

Daher die vollständige Konfusion in der Frage der „Unrealisierbarkeit“ demokratischer Forderungen im Imperialismus.

Daher die für einen Marxisten unzulässige (und lediglich einem „Ökonomen“, einem Anhänger der „Rabotschaja Mysl“ [Arbeitergedanke], anstehende) Ignorierung des politischen Kampfes heute, jetzt, sofort und zu jeder Zeit.

Daher die hartnäckige Tendenz, von der Anerkennung der Existenz des Imperialismus auf die Apologie des Imperialismus „abzugleiten“ (genauso wie die „Ökonomen“ seligen Angedenkens von der Anerkennung der Existenz des Kapitalismus auf die Apologie des Kapitalismus abglitten).

Usw. usf.

Es ist völlig unmöglich, die Fehler, die der Verfasser der Thesen von 1915 in seinen Bemerkungen zu den Thesen der Redaktion des „Sozialdemokrat“ über die Selbstbestimmung gemacht hat, in allen Einzelheiten zu analysieren, denn jeder Satz ist falsch! Man kann schließlich nicht eine Broschüre oder gar ein Buch als Antwort auf die „Bemerkungen“ schreiben, während die Initiatoren des „imperialistischen Ökonomismus“ ein Jahr lang auf der Stelle treten und sich beharrlich nicht um das kümmern wollen, worum sich zu kümmern ihre direkte Parteipflicht ist, während sie sich zu den politischen Fragen ernst verhalten wollen, nämlich: um eine

durchdachte, vollständige Darlegung dessen, was sie als „unsere Meinungsverschiedenheiten“ bezeichnen.

Ich muß mich mit einigen kurzen Hinweisen darauf begnügen, wie der Verfasser seinen Grundfehler anwendet, beziehungsweise wie er ihn „ergänzt“.

Der Verfasser meint, daß ich mir selber widerspreche: 1914 hätte ich (im „Prosweschtschenije“<sup>8</sup>) geschrieben, es wäre absurd, „in den **Programmen** der westeuropäischen Sozialisten“ die Selbstbestimmung zu suchen\*, 1916 jedoch erklärte ich die Selbstbestimmung für besonders dringlich.

Der Verfasser hat nicht darüber nachgedacht (!!), daß diese „Programme“ in den Jahren 1875, 1880 und 1891 geschrieben wurden!<sup>9</sup>

Weiter in der Reihenfolge der Paragraphen (der Thesen der Redaktion des „Sozial-Demokrat“ über die Selbstbestimmung):

§ 1. Die gleiche „ökonomistische“ Abneigung, politische Fragen zu sehen und aufzuwerfen. Weil der Sozialismus die ökonomische Basis für die Beseitigung der nationalen Unterdrückung in der Politik schaffen wird, darum will unser Verfasser unsere politischen Aufgaben auf diesem Gebiet nicht formulieren! Das ist einfach kurios!

Weil das siegreiche Proletariat Kriege gegen die Bourgeoisie anderer Länder nicht verneint, darum will der Verfasser unsere politischen Aufgaben auf dem Gebiet der nationalen Unterdrückung nicht formulieren!! Das alles sind Beispiele aus einer ununterbrochenen Kette von Verstößen gegen Marxismus und Logik oder, wenn man so will, ein Ausdruck der den Hauptfehlern des „imperialistischen Ökonomismus“ zugrunde liegenden Logik.

§ 2. Die Gegner der Selbstbestimmung haben sich mit der Berufung auf die „Unrealisierbarkeit“ hoffnungslos verrannt.

Die Redaktion des „Sozial-Demokrat“ erläutert ihnen die zwei möglichen Bedeutungen der Unrealisierbarkeit und macht ihnen ihren Fehler in beiden Fällen klar.

Doch der Verfasser der Thesen von 1915, der nicht einmal den Versuch macht, seine Auffassung von der „Unrealisierbarkeit“ darzulegen, und somit unsere Erklärung akzeptiert, daß hier zwei verschiedene Dinge durcheinandergebracht werden, setzt diese Konfusion fort!!

\* Siehe Werke, Bd. 20, S. 408. Die Red.

Die Krisen bringt er mit der „imperialistischen“ „Politik“ in Verbindung: unser Politökonom *hat vergessen*, daß es auch *vor* dem Imperialismus Krisen gegeben hat! . . .

Von der ökonomischen Unrealisierbarkeit der Selbstbestimmung sprechen heißt die Dinge durcheinanderbringen – erläutert die Redaktion. Der Verfasser antwortet *nicht*, sagt *nicht*, er halte die Selbstbestimmung für *ökonomisch* unrealisierbar; er räumt die strittige Position, indem er einen „Sprung“ in die Politik macht („trotzdem“ unrealisierbar), obwohl ihm mit aller Deutlichkeit gesagt wurde, daß *politisch* im Imperialismus die Republik genauso „unrealisierbar“ ist wie die Selbstbestimmung.

Der Verfasser sieht sich hier in die Enge getrieben und macht noch einen „Sprung“: Sowohl die Republik wie auch das ganze Minimalprogramm werden von ihm lediglich als „politische Formulierung der sozialen Revolution“ betrachtet!!!

Der Verfasser verteidigt nicht die „ökonomische“ Unrealisierbarkeit der Selbstbestimmung und macht einen Sprung in die Politik. Die politische Unrealisierbarkeit überträgt er auf die Frage des ganzen Minimalprogramms. Auch hier keine Spur von Marxismus, keine Spur von Logik, außer der *Logik des „imperialistischen Ökonomismus“*.

Der Verfasser will (ohne selbst überlegt, ohne eine zusammenhängende Auffassung dargelegt, ohne sich die Mühe gemacht zu haben, ein eigenes Programm auszuarbeiten) das Minimalprogramm der sozialdemokratischen Partei *stillschweigend* über Bord werfen! Kein Wunder, daß er ein Jahr lang auf der Stelle tritt!!

Die Frage des Kampfes gegen das *Kautskyanertum* ist wiederum keine Einzelfrage, sondern eine *allgemeine* und *grundlegende* Frage der Gegenwart: der Verfasser hat diesen Kampf *nicht verstanden*. Wie die „Ökonomen“ den Kampf gegen die Volkstümler in eine Apologie des Kapitalismus verwandelten, so verwandelt der Verfasser den Kampf gegen das Kautskyanertum in eine Apologie des Imperialismus (das bezieht sich auch auf § 3).

Der Fehler des Kautskyanertums besteht darin, daß es – noch dazu in der gegenwärtigen Situation – Forderungen reformistisch stellt, die nur revolutionär gestellt werden dürfen (der Verfasser hingegen behauptet, der Fehler des Kautskyanertums bestehe darin, diese Forderungen über-

haupt zu stellen, genauso wie die „Ökonomen“ den Kampf gegen die Volkstümlerrichtung in dem Sinne „verstanden“, daß „Nieder mit der Selbstherrschaft“ eine Volkstümlerlösung sei).

Der Fehler des Kautskyanertums besteht darin, daß es, wenn es *richtige* demokratische Forderungen stellt, rückwärts schaut, auf den friedlichen Kapitalismus orientiert, und nicht vorwärts blickt, nicht Kurs auf die soziale Revolution nimmt (der Verfasser hingegen behauptet, diese Forderungen wären falsch).

§ 3. Siehe oben. Die Frage der „Föderation“ wird vom Verfasser *ebenfalls* umgangen. Der gleiche Grundfehler des gleichen „Ökonomismus“: die Unfähigkeit, *politische* Fragen aufzuwerfen.\*

§ 4. „Aus der Selbstbestimmung ergibt sich die Vaterlandsverteidigung“, versichert hartnäckig der Verfasser. Hier besteht sein Fehler darin, daß er die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung in eine *Schablone* verwandeln will, daß er sie *nicht* aus der konkreten historischen Besonderheit des *gegebenen* Krieges, sondern „ganz allgemein“ ableitet. Das ist kein Marxismus.

Dem Verfasser ist schon längst gesagt worden, und er hat das nicht widerlegt: Versuchen Sie, eine solche Formulierung des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung oder die Nichtgleichberechtigung zu ersinnen, die (die Formulierung) *nicht* die „Vaterlandsverteidigung“ rechtfertigen würde. Das können Sie nicht.

Soll das bedeuten, daß wir den Kampf gegen die nationale Unterdrückung ablehnen, wenn aus ihm die Vaterlandsverteidigung abgeleitet werden kann?

Nein, denn wir sind nicht „überhaupt“ gegen die „Vaterlandsverteidigung“ (siehe die Resolutionen unserer Partei\*\*), sondern dagegen, daß durch diese betrügerische Lösung der gegenwärtige *imperialistische* Krieg *beschönigt* wird.

*Völlig unrichtig, u n h i s t o r i s c h, w i l l* der Verfasser (aber er kann

---

\* „Wir fürchten den Zerfall [von Staaten. *Der Übers.*] nicht“, schreibt der Verfasser, „wir verteidigen nicht die Staatsgrenzen.“ Versuchen Sie das doch politisch präzise zu formulieren!! Das ist es ja eben, daß *Sie das nicht fertigbringen*, daran hindert Sie Ihre „ökonomistische“ Blindheit gegen die Fragen der *politischen Demokratie*.

\*\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 148/149. *Die Red.*

es nicht; auch hier hat er sich ein ganzes Jahr lang nur krampfhaft abgemüht . . .) die Frage der „Vaterlandsverteidigung“ stellen.

Das Gerede über „Dualismus“ zeigt, daß der Verfasser *nicht versteht*, was Monismus und was Dualismus ist.

Wenn ich eine Schuhbürste unter die Einheit Säugetier „zusammenfasse“, ist das „Monismus“?

Wenn ich sage, daß man zum Ziel *a*

vom Punkt **(b)** aus nach links, aber vom Punkt **(c)** aus nach rechts gehen muß, ist das „Dualismus“?

Ist die Lage des Proletariats der unterdrückenden und der unterdrückten Nationen identisch in bezug auf die nationale Unterdrückung? Nein, sie ist nicht identisch, weder *ökonomisch* noch *politisch*, noch *ideologisch*, *geistig usw.*

Das bedeutet?

Das bedeutet: Zu *ein und demselben* Ziel (der Verschmelzung der Nationen) gehen von *verschiedenen* Ausgangspunkten die einen *so*, die anderen *a n d e r s*. Das zu verneinen wäre ein „Monismus“, der eine Schuhbürste unter die Einheit Säugetier zusammenfaßt.

„Den Proletariern einer unterdrückten Nation darf das“ (für Selbstbestimmung) „*nicht* gesagt werden“ – so hat der Verfasser die Thesen der Redaktion „verstanden“.

Das ist kurios!! In den Thesen steht *nichts dergleichen*. Der Verfasser hat sie entweder nicht zu Ende gelesen, oder er hat überhaupt nicht nachgedacht.

§ 5. Siehe oben über Kautskyanertum.

§ 6. Man sagt dem Verfasser, es gäbe in der ganzen Welt drei Typen von Ländern. Der Verfasser „macht Einwendungen“, indem er hier und dort einen „Kasus“ herausklaubt. Das ist Kasuistik und keine Politik.

Sie möchten einen „Kasus“ kennenlernen: „und Belgien“?

Siehe die Broschüre Lenins und Sinowjews<sup>10</sup>: dort heißt es, wir wären *für* die Verteidigung Belgiens (sogar durch einen **K r i e g**), wenn der konkrete Krieg ein anderer wäre.\*

Sie sind damit nicht einverstanden?

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 305/306. Die Red.

Sagen Sie das!!

Sie haben die Frage, *w a r u m* die Sozialdemokratie gegen die „Vaterlandsverteidigung“ ist, *nicht durchdacht*.

Wir sind nicht aus *dem* Grund dagegen, den Sie meinen, denn Ihre Fragestellung (krampfhaftige Anstrengungen sind das, keine Fragestellung) ist unhistorisch. Das ist meine Antwort an den Verfasser.

Wenn man es als Sophistik bezeichnet, daß wir, *die wir den Krieg für die Beseitigung der nationalen Unterdrückung rechtfertigen*, den gegenwärtigen imperialistischen Krieg, der von *beiden* Seiten für die Verstärkung der nationalen Unterdrückung geführt wird, nicht rechtfertigen, dann gebraucht man zwar ein „starkes“ Wort, hat aber *kein bißchen nachgedacht*.

Der Verfasser *möchte* die Frage der „Vaterlandsverteidigung“ von einer „möglichst linken“ Position aus stellen, was aber herauskommt (schon ein ganzes Jahr), ist vollständige Konfusion!

§ 7. Der Verfasser *kritisiert*: „Überhaupt nicht berührt worden ist die Frage der ‚Friedensbedingungen‘ im allgemeinen.“

Eine erstaunliche Kritik: nicht berührt ist eine Frage, die wir hier gar nicht aufwerfen!!

„Berührt“ und aufgeworfen ist hier aber die Frage der *Annexionen*, in der sich die „imperialistischen Ökonomen“ verheddert haben, diesmal *zusammen* mit den Holländern und Radek.

Entweder verwerft ihr die sofortige Losung *gegen alte und neue Annexionen* (die im Imperialismus nicht minder „unrealisierbar“ ist als die Selbstbestimmung: sowohl in Europa als auch in den Kolonien), und dann wird eure verhüllte Apologie des Imperialismus zur unverhüllten Apologie.

Oder ihr erkennt diese Losung an (wie es Radek in der Presse getan hat), und dann habt ihr die Selbstbestimmung der Nationen unter einem anderen Namen anerkannt!!

§ 8. Der Verfasser proklamiert den „Bolschewismus im westeuropäischen Maßstab“ („nicht Ihre Position“, fügt er hinzu).

Ich lege dem Wunsch, sich an das Wort „Bolschewismus“ zu klammern, keine Bedeutung bei, denn ich kenne *solche* „alten Bolschewiki“, daß Gott erbarm. Ich kann nur sagen, daß der von dem Verfasser proklamierte „Bolschewismus im westeuropäischen Maßstab“ nach meiner festen Über-

zeugung weder Bolschewismus noch Marxismus ist, sondern eine kleine Variante desselben alten „Ökonomismus“.

Ein ganzes Jahr lang einen *neuen Bolschewismus* proklamieren und es dabei belassen ist meines Erachtens der Gipfel unzulässigen, unernsten und parteiwidrigen Verhaltens. Ist es nicht an der Zeit, *nachzudenken* und den Genossen etwas vorzulegen, was ein zusammenhängendes und vollständiges Bild von diesem „Bolschewismus im westeuropäischen Maßstab“ vermitteln würde?

Den Beweis dafür, daß sich die Kolonien von den unterdrückten Nationen in Europa unterscheiden, hat der Verfasser nicht erbracht und wird ihn (in Anwendung auf die gegebene Frage) auch nicht erbringen können.

Bei den Holländern und der PSD\* ist die Verneinung der Selbstbestimmung *nicht nur* und nicht einmal so sehr eine Konfusion, denn von Gorter wie auch in der Zimmerwalder Erklärung der Polen<sup>11</sup> ist die Selbstbestimmung faktisch anerkannt worden, als vielmehr ein Resultat der *besonderen* Lage ihrer *Nationen* (kleine Nationen mit *jahrhundertalten Großmachts* traditionen und -ansprüchen).

Es ist der Gipfel der Unüberlegtheit und Naivität, wenn man mechanisch und kritiklos das übernimmt und wiederholt, was bei anderen in jahrzehntelangem Kampf gegen die das Volk betrügende nationalistische Bourgeoisie entstanden ist. *Ausgerechnet* das haben die Leute übernommen, was nicht übernommen werden darf!

*Geschrieben August–September 1916.*

*Zuerst veröffentlicht 1929 in der  
Zeitschrift „Bolschewik“ Nr. 15.  
Unterschrift: N. Lenin.*

*Nach dem Manuskript.*

\* PSD — Polnische Sozialdemokratie. *Die Red.*

## ANTWORT AN P. KIJEWski (J. PJATAKOW) 12

Wie jede Krisis im Leben des Menschen oder in der Geschichte der Völker hat der Krieg die Wirkung, daß er die einen niederdrückt und zerschmettert, die anderen aber stählt und klarer sehen läßt.

Diese Wahrheit gilt auch für das Gebiet des sozialdemokratischen Denkens über den Krieg und im Zusammenhang mit dem Krieg. Es sind zwei verschiedene Dinge, ob man sich möglichst tief hineinzudenken versucht in die Ursachen und die Bedeutung des imperialistischen Krieges auf dem Boden des hochentwickelten Kapitalismus, in die taktischen Aufgaben der Sozialdemokratie in Verbindung mit dem Krieg, in die Ursachen der Krise der Sozialdemokratie und so weiter, oder ob man zuläßt, daß der Krieg das eigene Denken *unterdrückt*, ob man *unter dem Druck* der entsetzlichen Erlebnisse und der quälenden Folgen oder Erscheinungen des Krieges aufhört zu argumentieren und zu analysieren.

Eine der Formen, in der sich die durch den Krieg hervorgerufene *Lähmung* oder *Bedrückung* des Denkens der Menschen äußert, ist das geringgeschätzte Verhalten des „imperialistischen Ökonomismus“ zur *Demokratie*. P. Kijewski merkt nicht, daß sich dieses durch den Krieg bedingte Niedergedrücktsein, Eingeschüchtertsein, dieser Verzicht auf eine Analyse wie ein roter Faden durch alle seine Argumentationen zieht. Was hat es für einen Sinn, von Vaterlandsverteidigung zu reden, wenn sich vor unseren Augen ein derart bestialisches Gemetzel abspielt! Was hat es für einen Sinn, von den Rechten der Nationen zu reden, wenn nichts als unverhüllte Unterdrückung herrscht! Wie kann man da von Selbstbestimmung, von „Unabhängigkeit“ der Nationen reden, wenn . . . schaut, wie man mit dem „unabhängigen“ Griechenland verfahren ist! Wozu überhaupt von „Rech-

ten“ reden oder darüber nachdenken, wenn überall im Interesse der Militärkamarilla alle Rechte mit Füßen getreten werden! Wozu überhaupt von der Republik reden oder an sie denken, wenn in diesem Krieg nicht der geringste, buchstäblich absolut kein Unterschied mehr zwischen den demokratischsten Republiken und den reaktionärsten Monarchien geblieben, ja ringsum keine Spur davon zu sehen ist!

P. Kijewski wird sehr böse, wenn man ihm sagt, daß er sich hat einschüchtern lassen, daß er sich bis zur Ablehnung der Demokratie überhaupt hat fortreißen lassen, er wird böse und entgegnet: Ich bin durchaus nicht gegen die Demokratie, sondern nur gegen *eine* demokratische Forderung, die ich für „schlecht“ halte. Aber wie böse P. Kijewski auch werden mag, wie sehr er uns (und vielleicht auch sich selber) „versichert“, er wäre durchaus nicht „gegen“ die Demokratie, seine *Argumentationen* – oder richtiger: seine ununterbrochenen *Fehler* in den Argumentationen – *beweisen* das Gegenteil.

Die Vaterlandsverteidigung ist eine Lüge im imperialistischen Krieg, aber durchaus keine Lüge in einem demokratischen und revolutionären Krieg. Während eines Krieges scheint es lächerlich, von „Rechten“ zu sprechen, denn *jeder* Krieg setzt die direkte und unmittelbare Gewalt an die Stelle des Rechts, aber deswegen darf man nicht vergessen, daß es in der Vergangenheit, in der Geschichte Kriege (demokratische und revolutionäre Kriege) gegeben hat (und gewiß auch künftig geben wird und geben muß), die, obwohl sie für die Zeit des Krieges jedes „Recht“, jede Demokratie durch Gewalt ersetzen, ihrem sozialen Inhalt und ihren Folgen nach der Sache der Demokratie und *folglich* auch des Sozialismus *dienen*. Das Beispiel Griechenland scheint jede Selbstbestimmung der Nationen zu „widerlegen“, aber dieses Beispiel ist, wenn man denken; analysieren, abwägen will und sich nicht durch den leeren Schall von Worten betäuben, sich nicht vom Druck der entsetzlichen Kriegserlebnisse überwältigen läßt – dieses Beispiel ist keineswegs ernster und überzeugender als die Spötteleien über die Republik auf Grund der Tatsache, daß die „demokratischen“, die allerdemokratischsten Republiken – nicht nur Frankreich, sondern auch die Vereinigten Staaten, Portugal und die Schweiz – während dieses Krieges genau dieselbe Willkürherrschaft der Militärkamarilla errichtet haben und errichten wie Rußland.

Es ist eine Tatsache, daß der imperialistische Krieg den Unterschied

zwischen Republik und Monarchie verwischt, aber sich dadurch zur Ablehnung der Republik oder auch nur zu einem geringschätzigen Verhalten der Republik gegenüber verleiten lassen heißt sich durch den Krieg einschüchtern lassen, das eigne Denken von den Schrecken des Krieges *unterdrücken* lassen. Und ebenso argumentieren viele Anhänger der „Entwaffnungs“losung (Roland-Holst, die Schweizer „Jungen“, die skandinavischen „Linken“<sup>13</sup> u. a.): Was hat es schon für einen Sinn, sagen sie, von revolutionärer Ausnutzung des Heeres oder der Miliz zu reden, wo doch – seht nur hin! gibt es denn in diesem Krieg einen Unterschied zwischen der Miliz der Republiken und dem stehenden Herr der Monarchien? – wo doch der Militarismus *überall* so entsetzlich wütet?

Das ist *ein und derselbe* Gedankengang, *ein und derselbe* theoretische und praktisch-politische Fehler, den P. Kijewski nicht bemerkt und in seinem Artikel buchstäblich auf Schritt und Tritt wiederholt. Er *glaubt*, nur gegen die Selbstbestimmung zu polemisieren, er *will* nur gegen sie polemisieren, und *heraus kommt* bei ihm – gegen sein Wollen und Wissen, das ist ja das Kuriose! – heraus kommt, daß er *kein einziges* Argument anführt, das nicht mit dem gleichen Recht gegen die Demokratie schlechthin angeführt werden könnte!

Die wirkliche Quelle aller seiner kuriosen logischen Fehler, dieser ganzen Konfusion – nicht nur in der Frage der Selbstbestimmung, sondern auch in der Frage der Vaterlandsverteidigung, in der Frage der Ehescheidung, in der Frage der „Rechte“ überhaupt – besteht darin, daß sein Denken durch den Krieg *unterdrückt* ist, daß infolge dieses Unterdrücktseins das Verhältnis des Marxismus zur Demokratie überhaupt völlig entstellt wird.

Der Imperialismus ist hochentwickelter Kapitalismus; der Imperialismus ist progressiv; der Imperialismus ist die Verneinung der Demokratie; „also“ ist die Demokratie im Kapitalismus „unrealisierbar“. Der imperialistische Krieg ist sowohl in den rückständigen Monarchien als auch in den fortschrittlichen Republiken eine himmelschreiende Verletzung jeder Demokratie; „also“ hat es keinen Sinn, von „Rechten“ (d. h. von Demokratie!) zu reden. Dem imperialistischen Krieg kann man „nur“ den Sozialismus „entgegenstellen“; der „Ausweg“ ist nur der Sozialismus; „also“ ist es ein Betrug oder eine Illusion oder eine Verdunklung, ein Hinausschieben usw. der Losung der sozialistischen Umwälzung, wenn

man im Minimalprogramm, d. h. schon im Kapitalismus, demokratische Lösungen aufstellt.

Das ist die wirkliche, P. Kijewski nicht bewußte, aber wirkliche Quelle seines ganzen Mißgeschicks. Das ist sein *grundlegender* logischer Fehler, der gerade deswegen, weil er, vom Verfasser nicht erkannt, allem zugrunde liegt, auf Schritt und Tritt wie ein brüchiger Fahrradreifen „platzt“, und immer wieder „auftaucht“, bald in der Frage der Vaterlandsverteidigung, bald in der Frage der Ehescheidung oder auch in der Phrase von den „Rechten“, jener grandiosen (grandios in der Tiefe der Verachtung der „Rechte“ und in der Tiefe des Nichtverstehens der Sache) Phrase: *Nicht* von Rechten wird die Rede sein, *sondern* von der Vernichtung der jahrhundertelangen Sklaverei!

Eine solche Phrase von sich geben heißt eben zeigen, daß man das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie, zwischen Sozialismus und Demokratie nicht begriffen hat.

Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion – und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die „idealsten“ demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden; ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen. Man kann den Kapitalismus nicht besiegen, ohne *die Banken in Besitz zu nehmen*, ohne das *Privateigentum* an den Produktionsmitteln aufzuheben, aber man kann diese revolutionären Maßnahmen nicht durchführen, ohne die demokratische Verwaltung der der Bourgeoisie fortgenommenen Produktionsmittel durch das ganze Volk zu organisieren, ohne die ganze Masse der Werktätigen, sowohl die Proletarier und Halbproletarier als auch die Kleinbauern, zur demokratischen Organisation ihrer Reihen, ihrer Kräfte und ihrer Teilnahme am Staat heranzuziehen. Der imperialistische Krieg ist sozusagen eine dreifache Negierung der Demokratie (*a* – jeder Krieg ersetzt die „Rechte“ durch Gewalt; *b* – der Imperialismus ist überhaupt die Negierung der Demokratie; *c* – der imperialistische Krieg gleicht die

Republiken völlig den Monarchien an), aber das Erwachen und das Anwachsen der sozialistischen Erhebung gegen den Imperialismus sind *untrennbar* verbunden mit einem Anwachsen der demokratischen Abwehr und Empörung. Der Sozialismus führt zum Absterben *jedes* Staates, folglich auch jeder Demokratie, aber der Sozialismus ist nicht anders zu verwirklichen, als *über* die Diktatur des Proletariats, welche die Gewalt gegen die Bourgeoisie, d. h. gegen die Minderheit der Bevölkerung, mit der *vollen* Entfaltung der Demokratie vereinigt, d. h. mit der wirklich gleichberechtigten und wirklich allgemeinen Beteiligung der *gesamten* Masse der Bevölkerung an allen *Staatsangelegenheiten* und allen komplizierten Fragen der Liquidierung des Kapitalismus.

Das sind die „Widersprüche“, die P. Kijewski verwirrt haben, weil er die Lehre des Marxismus von der Demokratie vergessen hat. Der Krieg hat, bildlich gesprochen, sein Denken so sehr unterdrückt, daß er jedes Denken durch den Agitationsruf „Fort aus dem Imperialismus“ ersetzt, genauso wie durch den Ruf „Fort aus den Kolonien“ die Analyse dessen ersetzt wird, was eigentlich – ökonomisch und politisch – das „Fortgehen“ der zivilisierten Völker „aus den Kolonien“ *bedeutet*.

Die marxistische Lösung der Frage der Demokratie besteht darin, daß das seinen Klassenkampf führende Proletariat *alle* demokratischen Einrichtungen und Bestrebungen gegen die Bourgeoisie *ausnutzt*, um den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, den Sturz der Bourgeoisie vorzubereiten. Diese Ausnutzung ist keine leichte Sache, und die „Ökonomen“, die Tolstoianer usw. sehen darin oft ein ebensolches ungerechtfertigtes Zugeständnis an das „Bürgerliche“ und das Opportunistische, wie P. Kijewski in der Verfechtung der Selbstbestimmung der Nationen „in der Epoche des Finanzkapitals“ ein ungerechtfertigtes Zugeständnis an das Bürgerliche sieht. Der Marxismus lehrt: Der „Kampf gegen den Opportunismus“ in der Form, daß man auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachten demokratischen Einrichtungen in der *gegebenen*, kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeutend mit der *völligen Kapitulation* vor dem Opportunismus!

Die Lösung, die sowohl den schnellsten Ausweg aus dem imperialistischen Krieg als auch den *Zusammenhang* unseres Kampfes gegen ihn mit dem Kampf gegen den Opportunismus zeigt, ist der *Bürgerkrieg* für den

Sozialismus. Nur diese Losung berücksichtigt richtig sowohl die Besonderheiten der Kriegszeit – der Krieg zieht sich in die Länge und droht zu einer ganzen Kriegs„epoche“ zu werden! – als auch den ganzen Charakter unserer Tätigkeit als Gegengewicht gegen den Opportunismus mit seinem Pazifismus, seinem Legalismus, seiner Anpassung an die „eigene“ Bourgeoisie. Aber außerdem ist der Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie der *demokratisch* organisierte und geführte Krieg der Massen der Besitzlosen gegen die Minderheit der Besitzenden. Der Bürgerkrieg ist ebenfalls Krieg, folglich muß auch er unvermeidlich die Gewalt an die Stelle des Rechts setzen. Aber die Gewalt im Namen der Interessen und Rechte der Mehrheit der Bevölkerung zeichnet sich durch einen anderen Charakter aus: sie tritt die „Rechte“ der Ausbeuter, der Bourgeoisie nieder und ist *nicht* zu *verwirklichen* ohne eine demokratische Organisierung der Truppen und des „Hinterlands“. Der Bürgerkrieg expropriert mit Gewalt sofort und in erster Linie die Banken, die Fabriken, die Eisenbahnen, die großen landwirtschaftlichen Güter usw. Aber gerade *deswegen*, um das alles zu expropriieren, muß man sowohl die Wahl aller Beamten durch das Volk als auch die Wahl der Offiziere durch das Volk einführen, muß man die *völlige Verschmelzung* der Armee, die den Krieg gegen die Bourgeoisie führt, mit der Masse der Bevölkerung sowie vollständige Demokratie in der Verfügung über die Lebensmittelvorräte, ihrer Produktion und Verteilung einführen usw. Das Ziel des Bürgerkriegs ist die Inbesitznahme der Banken, der Fabriken und Betriebe usw., die Ausschaltung jeder Möglichkeit eines Widerstands der Bourgeoisie, die Vernichtung ihrer Truppen. Aber dieses Ziel ist *weder* von der rein militärischen *noch* von der ökonomischen, *noch* auch von der politischen Seite her zu erreichen ohne die gleichzeitige, im Verlauf eines solchen Krieges zur Entfaltung kommende Einführung und Ausbreitung der Demokratie in *unserer* Truppe und in *unserem* „Hinterland“. Wir sagen heute den Massen (und die Massen fühlen instinktiv, daß wir recht haben, wenn wir ihnen das sagen): „Man betrügt euch, denn man führt euch um des imperialistischen Kapitalismus willen in den Krieg und bemäntelt ihn mit den großen Losungen der Demokratie.“ „Ihr müßt und ihr werdet *wirklich* demokratisch Krieg führen *gegen* die Bourgeoisie, mit dem Ziel, Demokratie und Sozialismus tatsächlich zu verwirklichen.“ Der jetzige Krieg vereinigt und „verschmilzt“ die Völker zu Koalitionen durch Gewalt und finanzielle Abhängigkeit.

*Wir werden in unserem Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie die Völker nicht durch die Gewalt des Rubels, nicht durch die Gewalt des Prügels, nicht durch Zwang, sondern durch das freiwillige Einverständnis, durch die Solidarität der Werktätigen gegen die Ausbeuter vereinigen und verschmelzen. Die Proklamation der gleichen Rechte aller Nationen ist für die Bourgeoisie zum Betrug geworden, für uns wird sie Wahrheit sein, eine Wahrheit, die die Gewinnung aller Nationen für unsere Sache erleichtern und beschleunigen wird. Ohne die demokratische Organisation der Beziehungen zwischen den Nationen in der Praxis – und folglich auch ohne die Freiheit der staatlichen Lostrennung – ist der Bürgerkrieg der Arbeiter und der Werktätigen aller Nationen gegen die Bourgeoisie unmöglich.*

Über die Ausnutzung des bürgerlichen Demokratismus zur sozialistischen und konsequent-demokratischen Organisation des Proletariats gegen die Bourgeoisie und gegen den Opportunismus – einen anderen Weg gibt es nicht. Ein anderer „Ausweg“ ist kein Ausweg. Einen anderen Ausweg kennt der Marxismus nicht, wie ihn auch das wirkliche Leben nicht kennt. Die freie Lostrennung und die freie Vereinigung der Nationen müssen wir in diesen selben Weg einbeziehen, wir dürfen ihnen nicht ausweichen, dürfen nicht fürchten, daß das die „rein“ ökonomischen Aufgaben „beschmutzen“ wird.

*Geschrieben August–September 1916.*

*Zuerst veröffentlicht 1929 in der  
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“  
(Die proletarische Revolution) Nr. 7 (90).*

*Nach dem Manuskript.*

## ÜBER EINE KARIKATUR AUF DEN MARXISMUS UND ÜBER DEN „IMPERIALISTISCHEN ÖKONOMISMUS“

„Niemand kann die revolutionäre Sozialdemokratie kompromittieren, wenn sie sich nicht selbst kompromittiert.“ Man muß sich diesen Ausspruch immer ins Gedächtnis rufen und ihn im Auge behalten, wenn dieser oder jener wichtige theoretische oder taktische Grundsatz des Marxismus siegt oder zumindest auf die Tagesordnung gesetzt wird, und wenn dann *außer* den direkten und ernst zu nehmenden Feinden auch solche Freunde über ihn „herfallen“, die den Marxismus hoffnungslos kompromittieren – einfacher gesagt: ihm Schande bereiten – und eine Karikatur aus ihm machen. Das ist in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie wiederholt geschehen. Der Sieg des Marxismus in der revolutionären Bewegung zu Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war begleitet von einer Karikatur auf den Marxismus in Gestalt des damaligen „Ökonomismus“ oder des „Streikismus“, und die „Iskristen“ hätten die Grundlagen der proletarischen Theorie und Politik weder gegen die kleinbürgerliche Volkstümlerrichtung noch gegen den bürgerlichen Liberalismus erfolgreich verteidigen können, wenn sie den „Ökonomismus“ nicht lange Jahre hindurch bekämpft hätten. Ebenso war es mit dem Bolschewismus, der in der Massenbewegung der Arbeiter im Jahre 1905 unter anderem deswegen den Sieg davontrug, weil er in der Periode der wichtigsten Kämpfe der russischen Revolution im Herbst 1905 die Losung „Boykott der Zarenduma“ richtig anzuwenden verstand, der aber in den Jahren 1908–1910 eine Karikatur auf den Bolschewismus erleben – und im Kampf überwinden – mußte, als Alexinski und andere gegen die Beteiligung an der dritten Duma ein großes Geschrei erhoben.

So ist es auch heute. Die Einschätzung des gegenwärtigen Krieges als imperialistischen Krieg, der Hinweis auf seine tiefverwurzelte Verbindung mit der imperialistischen Epoche des Kapitalismus, findet neben ersten Gegnern auch unernte Freunde, für die das Wort Imperialismus eine „Mode“ geworden ist, die dieses Wörtchen *auswendig gelernt* haben, die die ärgste theoretische Verwirrung in die Köpfe der Arbeiter tragen und die eine ganze Reihe der alten Fehler des alten „Ökonomismus“ wieder-aufstehen lassen. Der Kapitalismus hat gesiegt – *deshalb* braucht man über die politischen Fragen nicht nachzudenken, meinten die alten „Ökonomen“ der Jahre 1894–1901 und gingen so weit, daß sie den politischen Kampf in Rußland ablehnten. Der Imperialismus hat gesiegt – *deshalb* braucht man über die Fragen der politischen Demokratie nicht nachzudenken, sagen die heutigen „imperialistischen Ökonomen“. Als Musterbeispiel solcher Stimmungen, einer solchen Karikatur auf den Marxismus ist der vorstehend veröffentlichte Artikel von P. Kijewski<sup>14</sup> von Bedeutung, in welchem zum erstenmal versucht wird, für die Presse eine einigermaßen geschlossene Darstellung dieser ideologischen Schwankungen zu geben, die in einigen Auslandszirkeln unserer Partei seit Anfang 1915 zu verzeichnen sind.

Wenn der „imperialistische Ökonomismus“ in den Reihen jener Marxisten Verbreitung fände, die in der gegenwärtigen großen Krise des Sozialismus entschieden gegen den Sozialchauvinismus Front gemacht und die Positionen des revolutionären Internationalismus bezogen haben, so wäre das ein sehr schwerer Schlag gegen unsere Richtung – und unsere Partei –, da es unsere Partei von innen, aus ihren eigenen Reihen heraus kompromittieren und sie zur Repräsentantin eines karikierten Marxismus machen würde. Daher muß man sich wenigstens mit den wichtigsten der zahllosen Fehler in P. Kijewskis Artikel eingehend befassen, so „uninteressant“ dies auch an sich sein mag, sooft dies auch zu überaus elementaren Erläuterungen überaus elementarer Wahrheiten führen wird, die dem aufmerksamen und denkenden Leser aus unserer Literatur der Jahre 1914 und 1915 schon längst bekannt und verständlich sind.

Fangen wir mit dem „zentralen“ Punkt der Betrachtungen P. Kijewskis an, um den Leser sofort in das „Wesen“ der neuen Strömung des „imperialistischen Ökonomismus“ einzuführen.

## 1. DIE MARXISTISCHE STELLUNG ZU DEN KRIEGEN UND ZUR „VATERLANDSVERTEIDIGUNG“

P. Kijewski selbst ist überzeugt und will die Leser davon überzeugen, daß er *nur* mit der Selbstbestimmung der Nationen, mit § 9 unseres Parteiprogramms, „nicht einverstanden“ sei. Höchst ungehalten versucht er die Beschuldigung zurückzuweisen, daß er, was die Frage der Demokratie überhaupt betrifft, vom Marxismus grundsätzlich abweiche, daß er in irgendeiner Grundfrage ein „Verräter“ (die giftigen Anführungszeichen stammen von P. Kijewski) am Marxismus sei. Aber das ist es ja gerade: Sobald sich unser Autor darüber auszulassen beginnt, daß er nur in einer Detail- und Einzelfrage nicht einverstanden sei, sobald er mit Argumenten, Erwägungen usw. kommt, da zeigt sich auch schon, daß er eben auf der ganzen Linie vom Marxismus abweicht. Nehmen wir den Paragraphen *b* (Abschnitt 2) im Artikel von P. Kijewski. „Diese Forderung“ (d. h. die Selbstbestimmung der Nationen) „führt geradewegs (!!) zum Sozialpatriotismus“, verkündet unser Autor und erklärt, daß die „verräterische“ Losung der Vaterlandsverteidigung eine Folgerung sei, die „mit vollster (!) logischer (!) Konsequenz aus dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen gezogen wird“ . . . Die Selbstbestimmung ist seiner Meinung nach „die Sanktionierung des Verrats der französischen und belgischen Sozialpatrioten, die diese Unabhängigkeit“ (die national-staatliche Unabhängigkeit Frankreichs und Belgiens) „mit der Waffe in der Hand verteidigen – sie *tun* das, wovon die Anhänger der ‚Selbstbestimmung‘ nur reden“ . . . „Die Vaterlandsverteidigung stammt aus dem Arsenal unserer schlimmsten Feinde“ . . . „Wir können einfach nicht begreifen, wie man *gleichzeitig* gegen die Vaterlandsverteidigung und für die Selbstbestimmung, gegen das Vaterland und für das Vaterland sein kann.“

So schreibt P. Kijewski. Ganz offensichtlich hat er unsere Resolutionen gegen die Losung der Vaterlandsverteidigung im gegenwärtigen Krieg nicht verstanden. Nehmen wir also wieder das zur Hand, was schwarz auf weiß in diesen Resolutionen geschrieben steht, und erklären wir noch einmal den Sinn der klaren russischen Worte.

Die Resolution unserer Partei, auf der Berner Konferenz im März 1915 angenommen und betitelt „Über die Losung der Vaterlandsverteidigung“,

beginnt mit den Worten: „Das wahre Wesen des gegenwärtigen Krieges besteht“ in dem und dem.

Die Rede ist also vom *gegenwärtigen* Krieg. Klarer läßt sich das auf russisch nicht sagen. Der Ausdruck „das wahre Wesen“ weist darauf hin, daß man den Schein von der Wirklichkeit unterscheiden muß, die äußere Erscheinung vom Wesen, die Phrasen von der Tat. Die Phrasen von der Vaterlandsverteidigung in diesem Krieg fälschen den imperialistischen Krieg 1914–1916 – einen Krieg um die Teilung der Kolonien, um den Raub fremder Gebiete usw. – in einen nationalen Krieg um. Um auch die geringste Möglichkeit zur Entstellung unserer Auffassungen zu beseitigen, fügt die Resolution einen besonderen Absatz über „wirklich nationale Kriege“ hinzu, die „insbesondere“ (man beachte: insbesondere heißt nicht ausschließlic!) „in die Epoche von 1789 bis 1871 fielen“.

Die Resolution setzt auseinander, daß diesen „wirklich“ nationalen Kriegen „ein lang dauernder Prozeß nationaler Massenbewegungen zugrunde lag, ein Prozeß des Kampfes gegen den Absolutismus und Feudalismus, der Beseitigung nationaler Unterdrückung“ . . .\*

Das ist wohl klar? Im gegenwärtigen imperialistischen Krieg, der durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt wurde, d. h. kein Zufall ist, keine Ausnahme, keine Abweichung vom Allgemeinen und Typischen, sind die Phrasen von der Vaterlandsverteidigung Volksbetrug, denn dieser Krieg ist *kein* nationaler Krieg. In einem *wirklich* nationalen Krieg ist das Wort „Vaterlandsverteidigung“ *keineswegs* ein Betrug, und *wir sind keineswegs gegen sie*. Solche (wirklich nationalen) Kriege fielen „insbesondere“ in die Jahre von 1789 bis 1871, und ohne im geringsten die Möglichkeit solcher Kriege auch in der Gegenwart zu verneinen, wird in der Resolution auseinandergesetzt, wie man einen wirklich nationalen Krieg von einem imperialistischen, durch pseudonationale Losungen verhüllten Krieg zu unterscheiden hat. Und zwar muß man zu diesem Zweck untersuchen, ob ihm „ein lang dauernder Prozeß nationaler Massenbewegungen“, „ein Prozeß der Beseitigung nationaler Unterdrückung“ „zugrunde liegt“. In der Resolution über den „Pazifismus“ heißt es direkt: „Die Sozialdemokraten leugnen nicht die positive Bedeutung von revolutionären Kriegen, d. h. von Kriegen, die keine imperialistischen Kriege sind, sondern solche, wie sie zum Beispiel“ (wohl-

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 148/149. *Die Red.*

gemerkt: „zum Beispiel“) „in der Zeit von 1789 bis 1871 geführt wurden, um die nationale Unterdrückung zu beseitigen“ . . . \* Hätte eine Resolution unserer Partei im Jahre 1915 von nationalen Kriegen, wie sie beispielsweise in der Zeit von 1789 bis 1871 geführt wurden, sprechen und darauf hinweisen können, daß wir die positive Bedeutung solcher Kriege nicht leugnen, wenn man solche Kriege nicht auch jetzt für möglich hielte? Natürlich hätte sie das nicht tun können.

Ein Kommentar zu den Resolutionen unserer Partei, d. h. eine gemeinverständliche Erläuterung der Resolutionen, ist die Broschüre „Sozialismus und Krieg“ von Lenin und Sinowjew. In dieser Broschüre steht auf S. 5 schwarz auf weiß geschrieben, daß „die Sozialisten die Berechtigung, den fortschrittlichen und gerechten Charakter der Vaterlandsverteidigung oder des Verteidigungskrieges“ *nur* im Sinne „des Sturzes der Fremdherrschaft“ anerkannt haben und weiter anerkennen. Als Beispiel wird angeführt: Persien gegen Rußland „*usw.*“, und dann heißt es: „Das wären gerechte Kriege, Verteidigungskriege, unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber – über die ‚Großmächte‘ – sympathisieren.“ \*\*

Die Broschüre erschien im August 1915, sie wurde in deutscher und französischer Sprache herausgegeben. P. Kijewski kennt sie ausgezeichnet. Weder P. Kijewski noch sonst jemand hat auch nur ein einziges Mal gegen die Resolution über die Vaterlandsverteidigung oder gegen die Resolution über den Pazifismus oder gegen die Erläuterung dieser Resolutionen in der Broschüre protestiert – nicht ein einziges Mal! Verleumden wir also P. Kijewski, wenn wir sagen, daß er den Marxismus absolut nicht verstanden hat, wo doch dieser Schriftsteller, der in der seit März 1915 verflossenen Zeit keine Einwände gegen die Auffassung unserer Partei vom Krieg erhoben hat, jetzt, im August 1916, in einem Artikel über die Selbstbestimmung, d. h. in einem angeblich einer Teilfrage gewidmeten Artikel, ein erstaunliches Nichtbegreifen der *allgemeinen* Frage offenbart?

P. Kijewski nennt die Losung der Vaterlandsverteidigung „verräterisch“. Wir können ihm getrost versichern, daß *jede* Losung „verräterisch“ ist und immer sein wird für *diejenigen*, die sie mechanisch wiederholen, ohne ihre

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 152. *Die Red.*

\*\* Siehe ebenda, S. 301. *Die Red.*

Bedeutung zu verstehen, ohne die Sache gründlich zu durchdenken, für diejenigen, die sich nur die Worte einprägen, ohne ihren Sinn zu analysieren.

Was ist – allgemein gesprochen – „Vaterlandsverteidigung“? Ist das ein wissenschaftlicher Begriff der Ökonomie, der Politik oder dgl.? Nein. Das ist einfach der verbreitetste, gebräuchlichste, manchmal einfach spießbürgerliche Ausdruck für die *Rechtfertigung eines Krieges*. Sonst nichts, sonst absolut nichts! „Verräterisch“ kann daran nur sein, daß Spießbürger imstande sind, *jeden Krieg zu rechtfertigen*, indem sie erklären: „Wir verteidigen das Vaterland“, während der Marxismus, der sich nicht zum Spießbürgertum degradiert, die historische Analyse jedes einzelnen Krieges fordert, um festzustellen, ob *dieser Krieg* als fortschrittlich, den Interessen der Demokratie oder des Proletariats dienend und *in diesem Sinne* als ein berechtigter, gerechter usw. Krieg betrachtet werden kann.

Wenn man nicht Sinn und Bedeutung jedes einzelnen Krieges historisch zu analysieren vermag, ist die Losung der Vaterlandsverteidigung fast stets eine spießbürgerliche, von mangelndem Bewußtsein zeugende Rechtfertigung des Krieges.

Der Marxismus gibt eine solche Analyse und sagt: *Wenn* das „wahre Wesen“ eines Krieges *zum Beispiel* der Sturz einer Fremdherrschaft ist (wie dies *insbesondere* für Europa in der Epoche von 1789 bis 1871 typisch war), so ist dieser Krieg seitens des unterdrückten Staates oder der unterdrückten Nation fortschrittlich. *Wenn* das „wahre Wesen“ des Krieges die Neuverteilung der Kolonien, die Teilung der Beute, der Raub fremden Bodens ist (und solch ein Krieg ist der Krieg 1914–1916), dann ist die Phrase von der Vaterlandsverteidigung „reiner Volksbetrug“.

Wie kann man nun das „wahre Wesen“ eines Krieges erkennen, wie kann man es bestimmen? Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik. Man muß die Politik vor dem Krieg, die Politik, die zum Krieg geführt und ihn herbeigeführt hat, studieren. War die Politik imperialistisch, d. h., verteidigte sie die Interessen des Finanzkapitals, war sie eine Politik der Ausplünderung und Unterdrückung von Kolonien und fremden Ländern, dann ist auch der Krieg, der sich aus dieser Politik ergibt, ein imperialistischer Krieg. War die Politik eine Politik der nationalen Befreiung, d. h., war sie Ausdruck der Massenbewegung gegen die nationale Unterdrückung, dann ist der Krieg, der sich aus dieser Politik ergibt, ein nationaler Befreiungskrieg.

Der Spießbürger begreift nicht, daß der Krieg die „Fortsetzung der Politik“ ist, er begnügt sich deshalb mit der Erklärung: „der Feind greift an“, „der Feind ist in mein Land eingefallen“, ohne sich Gedanken darüber zu machen, *worum* der Krieg geführt wird, von *welchen* Klassen, um *welchen* politischen Zieles willen. P. Kijewski sinkt ganz auf das Niveau eines solchen Spießbürgers hinab, wenn er sagt: Die Deutschen haben Belgien besetzt, also sind vom Standpunkt der Selbstbestimmung „die belgischen Sozialpatrioten im Recht“, oder: Die Deutschen haben einen Teil Frankreichs besetzt, also „kann Guesde zufrieden sein“, denn „es geht jetzt um ein Territorium, das von dieser Nation“ (und nicht von einer fremden) „bewohnt ist“.

Für den Spießbürger ist es wichtig, *wo* die Truppen stehen, wer *im Augenblick* siegreich ist. Für den Marxisten ist es wichtig, *worum* der *gegebene* Krieg geführt wird, in dessen Verlauf bald das eine, bald das andere Heer siegreich sein kann.

Worum wird dieser Krieg geführt? Das wird in unserer Resolution gesagt (sie geht von der Politik der kriegführenden Mächte aus, wie sie von diesen seit Jahrzehnten vor dem Krieg betrieben wurde). England, Frankreich und Rußland führen den Krieg, um die zusammengeraubten Kolonien zu behalten, die Türkei auszuplündern usw. Deutschland führt den Krieg, um anderen Ländern Kolonien zu entreißen, um selber die Türkei auszuplündern usw. Nehmen wir an, die Deutschen besetzten Paris und Petersburg. Ändert sich dadurch der Charakter dieses Krieges? Nicht im mindesten. Das Ziel der Deutschen – und, was noch wichtiger ist, die im Falle eines Sieges der Deutschen verwirklichte Politik – würde dann die Wegnahme der Kolonien, die Beherrschung der Türkei, die Fortnahme fremdnationaler Gebiete, z. B. Polens usw., sein, aber keineswegs die Errichtung einer Fremdherrschaft über die Franzosen oder die Russen. Seinem wahren Wesen nach ist dieser Krieg kein nationaler, sondern ein imperialistischer Krieg. Mit anderen Worten: Der Krieg wird nicht geführt, weil sich die eine Seite von der nationalen Unterdrückung befreien, die andere sie hingegen aufrechterhalten will. Dieser Krieg ist ein Krieg zwischen zwei Gruppen von Unterdrückern, zwischen zwei Räubern, und wird darum geführt, wie die Beute geteilt werden soll, wer die Türkei und die Kolonien ausplündern soll.

Kurzum: Ein Krieg *zwischen* imperialistischen (d. h. eine ganze Reihe

fremder Völker unterdrückenden und sie in das Netz der Abhängigkeit vom Finanzkapital verstrickenden usw.) Großmächten oder *im Bunde* mit ihnen ist ein imperialistischer Krieg. Ein solcher Krieg ist der Krieg von 1914–1916. „Vaterlandsverteidigung“ in *diesem* Krieg ist Betrug, ist die Rechtfertigung dieses Krieges.

Ein Krieg *gegen* imperialistische, d. h. unterdrückende Mächte seitens der Unterdrückten (z. B. kolonialer Völker) ist ein wirklich nationaler Krieg. Solch ein Krieg ist auch heute möglich. Die „Vaterlandsverteidigung“ seitens eines national unterdrückten Landes gegen ein national unterdrückendes ist kein Betrug, und die Sozialisten sind *keineswegs gegen* die „Vaterlandsverteidigung“ in einem *solchen* Krieg.

Selbstbestimmung der Nationen ist dasselbe wie Kampf für vollständige nationale Befreiung, für volle Unabhängigkeit, gegen Annexionen, und *diesen* Kampf – in jeder seiner Formen, einschließlich Aufstand oder Krieg – können Sozialisten *nicht* ablehnen, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.

P. Kijewski meint gegen Plechanow zu kämpfen, denn es war ja Plechanow, der den Zusammenhang zwischen Selbstbestimmung der Nationen und Vaterlandsverteidigung gezeigt hat! P. Kijewski *glaubt* Plechanow, daß dieser Zusammenhang *wirklich so ist*, wie ihn Plechanow darstellt. Glaubt ihm, bekommt es mit der Angst zu tun und beschließt, das Selbstbestimmungsrecht abzulehnen, um nicht den Schlussfolgerungen Plechanows zustimmen zu müssen . . . Das Vertrauen zu Plechanow ist groß, die Angst ist ebenfalls groß, aber daß man vielleicht darüber *nachdenken* könnte, worin der Fehler Plechanows besteht – keine Spur!

Um diesen Krieg als nationalen Krieg hinzustellen, berufen sich die Sozialchauvinisten auf die Selbstbestimmung der Nationen. Der einzige richtige Kampf gegen die Sozialchauvinisten besteht darin, zu zeigen, daß der Krieg nicht um die Befreiung von Nationen geführt wird, sondern darum, welcher von den großen Räubern *mehr* Nationen unterdrücken soll. Wenn man sich jedoch dazu versteigt, einen Krieg abzulehnen, der *wirklich* um die Befreiung von Nationen geführt wird, so heißt das, den Marxismus auf das schlimmste karikieren. Plechanow und die französischen Sozialchauvinisten berufen sich auf die Republik in Frankreich, um deren „Verteidigung“ gegen die Monarchie in Deutschland zu rechtfertigen. Wollten wir so argumentieren wie P. Kijewski, müßten wir gegen die

Republik sein oder gegen einen Krieg, der *wirklich* zur Verteidigung einer Republik geführt wird!! Die deutschen Sozialchauvinisten berufen sich auf das allgemeine Wahlrecht und die allgemeine Schulpflicht in Deutschland, um damit die „Verteidigung“ Deutschlands gegen den Zarismus zu rechtfertigen. Wollten wir so argumentieren wie Kijewski, müßten wir entweder gegen das allgemeine Wahlrecht und die allgemeine Schulpflicht sein oder gegen einen Krieg, der *wirklich* geführt wird, um die politische Freiheit vor gegen sie gerichteten Anschlägen zu schützen!

Karl Kautsky war bis zum Krieg 1914–1916 Marxist, und eine ganze Reihe seiner wichtigsten Schriften und Äußerungen werden immer Musterbeispiele des Marxismus bleiben. Am 26. August 1910 schrieb Kautsky in der „Neuen Zeit“<sup>15</sup> im Hinblick auf die heraufziehende und akute Kriegsgefahr:

„Bei einem Kriege zwischen Deutschland und England steht nicht die Demokratie, sondern die Weltherrschaft, das heißt die Ausbeutung der Welt in Frage. Das ist keine Frage, in der Sozialdemokraten auf Seite der Ausbeuter ihrer Nation zu stehen hätten.“ („Die Neue Zeit“, 28. Jahrg., Bd. II, S. 776.)

Das ist eine ausgezeichnete marxistische Formulierung, die durchaus mit unseren Formulierungen übereinstimmt und die den Kautsky *von heute*, der dem Marxismus den Rücken gekehrt hat und sich mit der Verteidigung des Sozialchauvinismus befaßt, völlig entlarvt, eine Formulierung (wir kommen in unseren Artikeln noch auf sie zurück), die die prinzipielle Einstellung der Marxisten zum Krieg mit aller Deutlichkeit darlegt. Kriege sind die Fortsetzung der Politik; deshalb ist, wenn um die Demokratie gekämpft wird, auch ein Krieg um der Demokratie willen *möglich*; die Selbstbestimmung der Nationen ist nur eine der demokratischen Forderungen, die sich von den anderen grundsätzlich nicht unterscheidet. „Weltherrschaft“ ist, kurz gesagt, der Inhalt der imperialistischen Politik, deren Fortsetzung der imperialistische Krieg ist. Die „Vaterlandsverteidigung“ in einem demokratischen Krieg, *das heißt* die Teilnahme an einem solchen Krieg, ablehnen, ist ein Unding, das nichts mit Marxismus gemein hat. Einen imperialistischen Krieg dadurch beschönigen, daß man den Begriff „Vaterlandsverteidigung“ auf ihn anwendet, ihn folglich für einen demokratischen Krieg ausgibt, heißt die Arbeiter betrügen und auf die Seite der reaktionären Bourgeoisie übergehen.

## 2. „UNSERE AUFFASSUNG VON DER NEUEN EPOCHE“

P. Kijewski, von dem dieser in Anführungszeichen gesetzte Ausdruck stammt, spricht in einem fort von der „neuen Epoche“. Leider ist seine Argumentation auch hier falsch.

Die Resolutionen unserer Partei sprechen vom gegenwärtigen Krieg als einem Krieg, der durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt wurde. Der Zusammenhang zwischen der „Epoche“ und dem „gegenwärtigen Krieg“ ist bei uns marxistisch richtig dargestellt: Wenn man Marxist sein will, muß man jeden einzelnen Krieg konkret betrachten. Um zu verstehen, warum unter den Großmächten, von denen viele in der Zeit von 1789 bis 1871 an der Spitze des Kampfes für die Demokratie standen, ein imperialistischer Krieg ausbrechen konnte und mußte, d. h. ein seiner politischen Bedeutung nach im höchsten Grade reaktionärer, antidemokratischer Krieg – um das zu verstehen, muß man die gesamten Verhältnisse der imperialistischen Epoche, d. h. die Verwandlung des Kapitalismus der fortgeschrittenen Länder in den Imperialismus, verstehen.

P. Kijewski hat diesen Zusammenhang zwischen der „Epoche“ und dem „gegenwärtigen Krieg“ völlig entstellt. Seiner Meinung nach heißt konkret sprechen, von der „Epoche“ sprechen! Und gerade das ist falsch.

Die Epoche 1789–1871 ist für Europa eine besondere Epoche. Das läßt sich nicht bestreiten. Man kann keinen einzigen der nationalen Befreiungskriege verstehen, die gerade für diese Epoche besonders typisch sind, wenn man die gesamten Verhältnisse dieser Epoche nicht verstanden hat. Heißt das aber, daß *alle* Kriege jener Epoche nationale Befreiungskriege waren? Natürlich nicht. Dies behaupten hieße die Dinge ad absurdum führen und eine konkrete Untersuchung jedes einzelnen Krieges durch eine lächerliche Schablone ersetzen. Zwischen 1789 und 1871 gab es sowohl Kolonialkriege als auch Kriege zwischen reaktionären Mächten, die eine ganze Reihe fremder Nationen unterdrückten.

Ergibt sich nun aus dem Umstand, daß der fortgeschrittene europäische (und amerikanische) Kapitalismus in die neue Epoche des Imperialismus getreten ist, daß jetzt nur noch imperialistische Kriege möglich sind? Das wäre eine törichte Behauptung, wäre ein Zeichen dafür, daß man nicht imstande ist, die gegebene konkrete Erscheinung von der Gesamtheit der

verschiedenen möglichen Erscheinungen der Epoche zu unterscheiden. Eine Epoche heißt deshalb Epoche, weil sie eine Gesamtheit verschiedenartiger Erscheinungen und Kriege umfaßt – sowohl typische als auch nicht typische, große wie kleine, solche, die fortgeschrittenen, und andere, die rückständigen Ländern eigen sind. Diese konkreten Fragen mit allgemeinen Phrasen von der „Epoche“ abtun, wie das P. Kijewski macht, heißt den Begriff „Epoche“ mißbrauchen. Um das zu beweisen, führen wir gleich eines von zahlreichen Beispielen an. Vorher aber muß erwähnt werden, daß eine Gruppe der Linken, nämlich die deutsche Gruppe „Internationale“<sup>16</sup>, in § 5 ihrer in Nr. 3 des Bulletins der Berner Internationalen Sozialistischen Kommission (29. Februar 1916) veröffentlichten Leitsätze die völlig unrichtige Behauptung aufgestellt hat: „In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben.“ Wir haben uns mit dieser Behauptung im „Sbornik Sozial-Demokrata“<sup>17</sup> auseinandergesetzt.\* Hier wollen wir nur darauf hinweisen, daß bis heute keine einzige Gruppe diese Behauptung wiederholt oder akzeptiert hat, obwohl alle an der internationalistischen Bewegung Interessierten diese theoretische Behauptung seit langem kennen (wir haben sie bereits auf der erweiterten Tagung der Berner Internationalen Sozialistischen Kommission im Frühjahr 1916 bekämpft). Und als P. Kijewski im August 1916 seinen Artikel schrieb, sagte er kein Wort im Sinne dieser oder einer ähnlichen Behauptung.

Das muß aus folgendem Grunde festgestellt werden: Wäre diese oder eine ähnliche theoretische Behauptung vorgebracht worden, so könnte man von theoretischen Differenzen sprechen. Wird aber eine derartige Behauptung nicht vorgebracht, so müssen wir sagen: Wir haben es hier nicht mit einer anderen Auffassung von der „Epoche“, nicht mit theoretischen Differenzen zu tun, sondern nur mit einer schwungvoll hingeschleuderten Phrase, nur mit einem Mißbrauch des Wortes „Epoche“.

Das Beispiel: „Gleicht sie“ (die Selbstbestimmung), schreibt P. Kijewski ganz zu Beginn seines Artikels, „nicht dem Recht, unentgeltlich 10000 Desjatinen auf dem Mars zu erhalten? Auf diese Frage kann man nur ganz konkret, im Zusammenhang mit der Beurteilung der ganzen gegenwärtigen Epoche antworten, denn das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in der Epoche der Herausbildung der Nationalstaaten, als der geeignetsten

\* Siehe Werke, Bd. 22, S. 313–319. Die Red.

Formen für die Entfaltung der Produktivkräfte auf ihrem damaligen Niveau, ist eins, etwas anderes aber ist das Recht auf Selbstbestimmung, sobald diese Formen, die Formen des Nationalstaats, zu Fesseln der Entwicklung der Produktivkräfte geworden sind. Zwischen der Epoche der Selbstbehauptung des Kapitalismus und des Nationalstaats und der Epoche des Untergangs des Nationalstaats und des Vorabends des Untergangs des Kapitalismus selbst ist ein himmelweiter Unterschied. Einem Marxisten steht es jedoch nicht an, „allgemein“, jenseits von Zeit und Raum, zu reden.“

Diese Beweisführung ist das Musterbeispiel einer Karikatur auf den Begriff „imperialistische Epoche“. Eben deshalb, weil dieser Begriff neu und wichtig ist, muß man die Karikatur bekämpfen! Wovon ist die Rede, wenn man sagt, daß die Formen des Nationalstaats zu Fesseln geworden sind usw.? Von den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, vor allem von Deutschland, Frankreich und England, durch deren Teilnahme am gegenwärtigen Krieg dieser Krieg in erster Linie zu einem imperialistischen Krieg geworden ist. In diesen Ländern, die die Menschheit bisher, besonders in der Zeit von 1789 bis 1871, vorwärtsgeführt haben, ist der Prozeß der Bildung von Nationalstaaten beendet, in diesen Ländern gehört die nationale Bewegung unwiederbringlich der Vergangenheit an; sie wiederbeleben zu wollen wäre eine sinnlose, reaktionäre Utopie. Die nationale Bewegung der Franzosen, Engländer und Deutschen ist seit langem zum Abschluß gekommen; auf der Tagesordnung der Geschichte steht hier etwas anderes: Nationen, die einst um ihre Befreiung kämpften, sind zu Unterdrückernationen geworden, zu Nationen des imperialistischen Raubes, die am „Vorabend des Untergangs des Kapitalismus“ stehen.

Und die anderen Nationen?

Wie eine auswendig gelernte Regel wiederholt P. Kijewski, daß Marxisten „konkret“ urteilen sollen, unterläßt aber die *Anwendung* dieser Regel. Wir hingegen haben in unseren Thesen absichtlich das Beispiel einer konkreten Antwort gegeben, und P. Kijewski hat es nicht für nötig befunden, uns unseren Fehler zu zeigen, falls er darin einen gefunden hat.

In unseren Thesen (§ 6) heißt es, daß man, um konkret zu sein, in der Frage der Selbstbestimmung nicht weniger als drei verschiedene Typen von Ländern unterscheiden müsse. (Natürlich ist es in allgemein gehaltenen Thesen nicht möglich, jedes Land einzeln zu behandeln.) Der erste Typ sind jene fortgeschrittenen Länder im Westen Europas (und in Ame-

rika), in denen die nationale Bewegung der *Vergangenheit* angehört. Der zweite Typ ist der Osten Europas, in dem sie der *Gegenwart* angehört. Der dritte Typ sind die Halbkolonien und Kolonien, in denen sie in hohem Maße der *Zukunft* angehört.\*

Ist das richtig oder nicht? *Hierauf* hätte P. Kijewski seine Kritik richten müssen. Er hingegen merkt nicht einmal, *worin* die theoretischen Fragen bestehen! Er merkt nicht, daß er, solange er diesen Satz (in § 6) unserer Thesen nicht widerlegt hat – und ihn zu widerlegen ist unmöglich, da er richtig ist –, mit seinen Betrachtungen über die „Epoche“ einem Menschen gleicht, der zwar „zum Schlag ausholt“, aber nicht zuschlägt.

„Im Gegensatz zur Meinung W. Iljins“<sup>18</sup>, schreibt er am Ende seines Artikels, „sind wir der Auffassung, daß für die Mehrzahl (!) der westlichen (!) Länder die nationale Frage nicht gelöst ist . . .“

Demnach ist die nationale Bewegung der Franzosen, Spanier, Engländer, Holländer, Deutschen und Italiener wohl nicht im 17., 18. und 19. Jahrhundert oder früher zum Abschluß gekommen? Zu Beginn des Artikels wurde der Begriff „Epoche des Imperialismus“ in der Richtung entstellt, daß die nationale Bewegung überhaupt, und nicht nur in den fortgeschrittenen westlichen Ländern, ihren Abschluß gefunden habe. Am Ende desselben Artikels wird aber die „nationale Frage“ gerade in den westlichen Ländern für „nicht gelöst“ erklärt! Ist das etwa keine Konfusion?

In den westlichen Ländern gehört die nationale Bewegung längst der Vergangenheit an. In England, Frankreich, Deutschland usw. hat das „Vaterland“ seine Mission erfüllt, seine historische Rolle ausgespielt, *das heißt*, die nationale Bewegung kann in diesen Ländern nichts Fortschrittliches geben, nichts, was neue Menschenmassen einem neuen wirtschaftlichen und politischen Leben zuführt. Nicht der Übergang vom Feudalismus oder von der patriarchalischen Barbarei zum nationalen Fortschritt, zu einem kulturell entwickelten, einem politisch freien Vaterland steht hier auf der Tagesordnung der Geschichte, sondern der Übergang von dem überlebten, kapitalistisch überreifen „Vaterland“ zum Sozialismus.

Im Osten Europas steht die Sache anders. In bezug auf die Ukrainer oder die Belorussen z. B. kann nur ein Mensch, der mit seinen Gedanken auf dem Mars lebt, bestreiten, daß hier die nationale Bewegung noch nicht

\* Siehe Werke, Bd. 22, S. 152/153. *Die Red.*

vollendet ist, daß sich das Erwachen der Massen zur Erkenntnis des Rechts auf ihre Muttersprache und auf Schrifttum in dieser Sprache (das aber ist die notwendige Bedingung und Begleiterscheinung der vollen Entwicklung des Kapitalismus, des restlosen Eindringens des Warenaustauschs bis in die letzte Bauernfamilie) hier *n o c h* vollzieht. Das „Vaterland“ hat hier *noch* nicht seine ganze historische Rolle ausgespielt. Die „Vaterlandsverteidigung“ kann hier *noch* Verteidigung der Demokratie, der Muttersprache, der politischen Freiheit gegen die unterdrückenden Nationen, gegen das Mittelalter sein, während die Engländer, Franzosen, Deutschen, Italiener jetzt lügen, wenn sie von der Verteidigung ihres Vaterlands in diesem Krieg sprechen, da sie in Wirklichkeit *nicht* die Muttersprache und *nicht* die Freiheit ihrer nationalen Entwicklung verteidigen, sondern ihre Rechte als Sklavenhalter, ihre Kolonien, die „Einflußsphären“ ihres Finanzkapitals in fremden Ländern usw.

In den Kolonien und Halbkolonien ist die nationale Bewegung historisch noch jünger als im Osten Europas.

Worauf sich die Worte von den „hochentwickelten Ländern“ und von der imperialistischen Epoche beziehen, *worin* das „Besondere“ in der Stellung Rußlands (Überschrift des § d im 2. Kapitel bei P. Kijewski) und nicht nur Rußlands besteht, *wo* die nationale Freiheitsbewegung eine verlogene Phrase ist und *wo* lebendige und fortschrittliche Wirklichkeit – von alledem hat P. Kijewski absolut nichts begriffen.

### 3. WAS IST ÖKONOMISCHE ANALYSE?

Der Angelpunkt in der Argumentation der Gegner der Selbstbestimmung ist die Berufung auf die „Unrealisierbarkeit“ der Selbstbestimmung im Kapitalismus überhaupt bzw. im Imperialismus. Der Ausdruck „Unrealisierbarkeit“ wird oft in verschiedenen und ungenau definierten Bedeutungen angewandt. Deshalb haben wir in unseren Thesen gefordert, was in jeder theoretischen Diskussion notwendig ist: zu erläutern, in welchem Sinne von „Unrealisierbarkeit“ gesprochen wird. Und wir ließen es nicht bei der Frage bewenden, sondern haben den Versuch gemacht, dies zu erläutern. Geht man von der politischen Schwerrealisierbarkeit bzw. der Unrealisierbarkeit ohne eine Reihe von Revolutionen aus, dann

sind *alle* Forderungen der Demokratie im Imperialismus „unrealisierbar“.

Von einer Unrealisierbarkeit der Selbstbestimmung im Sinne der ökonomischen Unmöglichkeit zu sprechen ist grundfalsch.

So lautete unsere These. Hier liegt der Kern der theoretischen Differenzen, und in einer auch nur einigermaßen ernsthaften Diskussion hätten unsere Gegner auf diese Frage ihre ganze Aufmerksamkeit richten müssen.

Doch man sehe, wie P. Kijewski in dieser Frage argumentiert.

Die Auslegung der Unrealisierbarkeit in der Bedeutung „schwer realisierbar“ aus politischen Gründen lehnt er mit Bestimmtheit ab. Er beantwortet die Frage direkt im Sinne der ökonomischen Unrealisierbarkeit.

„Heißt das“, schreibt er, „daß die Selbstbestimmung im Imperialismus genausowenig zu realisieren ist wie das Arbeitsgeld in der Warenproduktion?“ Und P. Kijewski antwortet: „Jawohl! Denn wir sprechen gerade von der logischen Antinomie zwischen den beiden sozialen Kategorien ‚Imperialismus‘ und ‚Selbstbestimmung der Nationen‘, die eine ebensolche logische Antinomie ist wie die zwischen den beiden anderen Kategorien Arbeitsgeld und Warenproduktion. Der Imperialismus ist die Negation der Selbstbestimmung, und die Selbstbestimmung mit dem Imperialismus unter einen Hut zu bringen wird keinem Taschenspieler gelingen.“

Wie schrecklich dieses zornerfüllte Wort „Taschenspieler“, das P. Kijewski uns entgeschleudert, auch klingen mag, so müssen wir ihm doch sagen, daß er einfach nicht versteht, was ökonomische Analyse ist. „Logische Antinomien“ dürfen – richtiges logisches Denken natürlich vorausgesetzt – *weder* in einer ökonomischen *noch* in einer politischen Analyse vorkommen. Deshalb ist es keineswegs angebracht, sich auf die „logische Antinomie“ *im allgemeinen* zu berufen, wenn es sich darum handelt, eben eine ökonomische *und nicht* eine politische Analyse zu geben. *Sowohl* das Ökonomische *als auch* das Politische gehört zu den „sozialen Kategorien“. Folglich hat P. Kijewski, der mit der direkten und entschiedenen Antwort „Jawohl“ (d. h. die Selbstbestimmung ist *ebensowenig* realisierbar wie das Arbeitsgeld in der Warenproduktion) begonnen hatte, in Wirklichkeit nichts weiter getan, als um die Dinge herumzureden; eine ökonomische Analyse aber hat er nicht gegeben.

Wodurch wird bewiesen, daß das Arbeitsgeld in der Warenproduktion nicht zu realisieren ist? Durch ökonomische Analyse. Diese Analyse, die, wie jede Analyse, keine „logische Antinomie“ zuläßt, operiert mit ökonomischen und *nur* mit ökonomischen (nicht allgemein „sozialen“) Kategorien und folgert aus diesen die Unmöglichkeit des Arbeitsgeldes. Im ersten Kapitel des „Kapitals“ ist weder von Politik noch von irgendeiner politischen Form, noch von irgendwelchen „sozialen Kategorien“ im allgemeinen die Rede: die Analyse behandelt *nur* das Ökonomische, den Warenaustausch, die Entwicklung des Warenaustauschs. Die ökonomische Analyse zeigt – natürlich mittels „logischer“ Schlüsse –, daß das Arbeitsgeld in der Warenproduktion nicht zu realisieren ist.

P. Kijewski macht nicht einmal den Versuch einer ökonomischen Analyse! Er *verwechselt* das ökonomische Wesen des Imperialismus mit seinen politischen Tendenzen, wie das schon aus dem ersten Satz des ersten Paragraphen seines Artikels hervorgeht. Hier dieser Satz:

„Das Industriekapital war die Synthese von vorkapitalistischer Produktion und Handels- und Leihkapital. Das Leihkapital geriet in den Dienst des Industriekapitals. Gegenwärtig überwindet der Kapitalismus die verschiedenen Formen des Kapitals, es entsteht dessen höchster, unifizierter Typus, das Finanzkapital, und deshalb kann man die ganze Epoche die Epoche des Finanzkapitals nennen, dessen adäquates System der Außenpolitik eben der Imperialismus ist.“

Ökonomisch ist diese ganze Definition unter aller Kritik: an Stelle präziser ökonomischer Kategorien nichts als Phrasen. Aber dabei können wir uns jetzt nicht aufhalten. Wichtig ist, daß P. Kijewski den Imperialismus als ein „System der Außenpolitik“ bezeichnet.

Das ist erstens eine im Kern falsche Wiederholung einer falschen These Kautskys.

Das ist zweitens eine rein politische, eine ausschließlich politische Definition des Imperialismus. Mit der Definition des Imperialismus als eines „Systems der Politik“ will P. Kijewski der *ökonomischen* Analyse ausweichen, die er zu geben versprach, als er erklärte, die Selbstbestimmung sei im Imperialismus „*ebensowenig*“ realisierbar, d. h. ökonomisch ebensowenig realisierbar wie das Arbeitsgeld in der Warenproduktion!

In der Polemik mit den Linken erklärte Kautsky, der Imperialismus sei „*nur ein System der Außenpolitik*“ (nämlich Annexionen), man könne

ein bestimmtes ökonomisches Stadium, eine Entwicklungsstufe des Kapitalismus nicht Imperialismus nennen.

Kautsky hat unrecht. Es wäre natürlich unvernünftig, um Worte zu streiten. Den Gebrauch des „Wortes“ Imperialismus in diesem oder jenem Sinne zu verbieten ist unmöglich. Aber es ist notwendig, die Begriffe genau zu klären, wenn man diskutieren will.

Ökonomisch ist der Imperialismus (oder die „Epoche“ des Finanzkapitals – nicht um Worte geht es) die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und zwar eine Stufe, auf der die Produktion so sehr Groß- und Größtproduktion geworden ist, daß *die freie Konkurrenz vom Monopol abgelöst wird*. Das ist das ökonomische Wesen des Imperialismus. Das Monopol findet seinen Ausdruck sowohl in den Trusts, Syndikaten usw. als auch in der Allmacht der Riesenbanken, sowohl im Aufkauf der Rohstoffquellen usw. als auch in der Konzentration des Bankkapitals usw. Das ökonomische Monopol – das ist der Kern der ganzen Sache.

Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung *von der Demokratie zur politischen Reaktion*. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion. „Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“, sagt Rudolf Hilferding völlig richtig in seinem „Finanzkapital“.

Die „Außenpolitik“ von der Politik schlechthin zu trennen oder gar die Außenpolitik der Innenpolitik entgegenzustellen ist grundfalsch, unmarxistisch, unwissenschaftlich. Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus „Negation“ der *Demokratie überhaupt, der ganzen Demokratie* ist, keineswegs aber nur *einer* demokratischen Forderung, nämlich der Selbstbestimmung der Nationen.

Als „Negation“ der Demokratie „negiert“ der Imperialismus *ebenso* die Demokratie in der nationalen Frage (d. h. die Selbstbestimmung der Nationen): „ebenso“ – d. h., er ist bestrebt, sie zu verletzen; ihre Realisierung ist im Imperialismus genau im gleichen Maße und im gleichen Sinne schwieriger, in welchem die Realisierung der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk usw. im Imperialismus (im Ver-

gleich zum vormonopolistischen Kapitalismus) schwieriger ist. Von einer „ökonomischen“ Unrealisierbarkeit kann nicht die Rede sein.

P.Kijewski ließ sich hier wahrscheinlich auch von dem Umstand irreführen (zusätzlich zum allgemeinen Nichtverstehen der Erfordernisse einer ökonomischen Analyse), daß vom spießbürgerlichen Standpunkt die Annexion (d. h. die Angliederung von Gebieten fremder Nationen gegen den Willen ihrer Bevölkerung, d. h. die Mißachtung der Selbstbestimmung der Nationen) dasselbe wie „Ausbreitung“ (Expansion) des Finanzkapitals auf ein größeres Wirtschaftsgebiet bedeutet.

Aber mit spießbürgerlichen Begriffen darf man nicht an theoretische Fragen herangehen.

Ökonomisch ist Imperialismus monopolistischer Kapitalismus. Damit das Monopol zum vollen Monopol wird, müssen die Konkurrenten nicht nur vom inneren Markt (vom Markt des betreffenden Staates), sondern auch vom äußeren Markt, müssen sie in der ganzen Welt verdrängt werden. Gibt es „in der Ära des Finanzkapitals“ eine ökonomische Möglichkeit, die Konkurrenz auch in einem fremden Staat zu verdrängen? Natürlich: Dieses Mittel ist die finanzielle Abhängigkeit und der Aufkauf der Rohstoffquellen und dann auch aller Unternehmen des Konkurrenten.

Die amerikanischen Trusts sind der höchste Ausdruck der Ökonomik des Imperialismus oder monopolistischen Kapitalismus. Zur Beseitigung des Konkurrenten beschränken sich die Trusts nicht auf wirtschaftliche Mittel, sondern greifen ständig zu politischen und sogar kriminellen Mitteln. Es wäre jedoch ein grober Fehler, bei rein ökonomischen Kampfmethoden das Monopol der Trusts als ökonomisch nicht realisierbar anzusehen. Im Gegenteil, die Wirklichkeit liefert auf Schritt und Tritt Beweise für diese „Realisierbarkeit“: die Trusts untergraben mit Hilfe der Banken (die Herren der Trusts sind gleichzeitig die Herren der Banken: Aufkauf von Aktien) den Kredit des Konkurrenten, die Trusts unterbinden die Materialzufuhr ihrer Konkurrenten (die Herren der Trusts sind gleichzeitig die Herren der Eisenbahnen: Aufkauf von Aktien), die Trusts senken für eine gewisse Zeit die Preise unter die Selbstkosten und wenden dafür Millionen auf, um den Konkurrenten zu ruinieren und seine Unternehmen und Rohstoffquellen (Gruben, Boden usw.) aufzukaufen.

Das ist eine rein ökonomische Analyse der Macht der Trusts und ihrer

Expansion. Das ist der rein ökonomische Weg der Expansion: *Aufkauf* von Unternehmen, Betrieben und Rohstoffquellen.

Das große Finanzkapital eines Landes ist stets in der Lage, seine Konkurrenten auch in einem fremden, politisch unabhängigen Land aufzukaufen, und tut dies auch ständig. Ökonomisch ist das durchaus zu realisieren. Die ökonomische „Annexion“ ist *durchaus* „realisierbar“ ohne die politische und begegnet uns ständig. In der Literatur über den Imperialismus finden wir auf Schritt und Tritt Hinweise, daß z. B. Argentinien in Wirklichkeit eine „Handelskolonie“ Englands, Portugal faktisch ein „Vassall“ Englands ist u. dgl. Das ist richtig. Die ökonomische Abhängigkeit von den englischen Banken, die Verschuldung an England, der Aufkauf von Eisenbahnen, Gruben, Boden usw. durch England – all das macht die genannten Länder zu einer „Annexion“ Englands im ökonomischen Sinne, ohne Zerstörung der politischen Unabhängigkeit dieser Länder.

Selbstbestimmung der Nationen ist die Bezeichnung für die politische Unabhängigkeit der Nationen. Der Imperialismus ist bestrebt, diese zu verletzen, da bei politischer Annexion die wirtschaftliche oft leichter, billiger (es ist leichter, die Beamten zu bestechen, Konzessionen zu erhalten, vorteilhafte Gesetze durchzubringen u. ä.), bequemer, ungestörter verwirklicht werden kann – genauso wie der Imperialismus bestrebt ist, die Demokratie überhaupt durch die Oligarchie zu ersetzen. Aber von der *ökonomischen* „Unrealisierbarkeit“ der Selbstbestimmung im Imperialismus zu reden ist einfach Unsinn.

P. Kijewski geht den theoretischen Schwierigkeiten mittels einer äußerst bequemen und oberflächlichen Methode aus dem Wege, die man auf deutsch „burschikose“ Ausdrucksweise nennt, d. h. eine studentisch ungezwungene, derbe Ausdrucksweise, wie sie beim Studentenkommers gebräuchlich (und natürlich) ist. Hier ein Beispiel: „Das allgemeine Wahlrecht“, schreibt er, „der Achtstundentag und sogar die Republik sind *logisch* mit dem Imperialismus vereinbar, wenn sie dem Imperialismus auch keineswegs in den Kram passen (!) und deshalb ihre Verwirklichung äußerst erschwert ist.“

Wir hätten durchaus nichts gegen den burschikosen Ausdruck: die Republik „paßt“ dem Imperialismus „nicht in den Kram“ – eine muntere Redewendung macht zuweilen eine wissenschaftliche Materie ansprechender! –, wenn in den Ausführungen über diese ernste Frage *außerdem*

eine ökonomische und politische Analyse der Begriffe zu finden wäre. Bei P. Kijewski ersetzt das Burschikose diese Analyse, verdeckt es das Fehlen einer Analyse.

Was heißt das: „Die Republik paßt dem Imperialismus nicht in den Kram“? Und warum ist das so?

Die Republik ist eine der möglichen Formen des politischen Überbaus der kapitalistischen Gesellschaft, und zwar unter den modernen Verhältnissen die demokratischste Form. Der Ausdruck: die Republik „paßt“ dem Imperialismus „nicht in den Kram“, bedeutet, daß zwischen Imperialismus und Demokratie ein Widerspruch besteht. Es ist sehr wohl möglich, daß diese unsere Schlußfolgerung P. Kijewski „nicht in den Kram paßt“ oder sogar „keineswegs in den Kram paßt“, aber sie ist dennoch nicht zu widerlegen.

Weiter. Welcher Art ist der Widerspruch zwischen Imperialismus und Demokratie? Ein logischer oder ein nichtlogischer Widerspruch? P. Kijewski benützt das Wort „logisch“ ohne Überlegung und bemerkt deshalb nicht, daß ihm dieses Wort im gegebenen Fall dazu dient, *gerade die Frage* (vor dem Auge und dem Geiste des Lesers wie auch des Autors) zu *verbüllen*, die er darlegen wollte! Es ist die Frage nach der Beziehung der Ökonomik zur Politik; nach der Beziehung der ökonomischen Verhältnisse und des ökonomischen Inhalts des Imperialismus zu einer der politischen Formen. Jeder „Widerspruch“, der in der Argumentation eines Menschen zu verzeichnen ist, ist ein logischer Widerspruch; das ist eine inhaltslose Tautologie. Mit Hilfe dieser Tautologie umgeht P. Kijewski den Kern der Frage: Ist dies ein „logischer“ Widerspruch zwischen zwei ökonomischen (1)? oder zwischen zwei politischen Erscheinungen bzw. Thesen (2)? oder zwischen einer ökonomischen und einer politischen Erscheinung bzw. These (3)?

Denn das ist das Kernproblem, wenn die Frage der ökonomischen Unrealisierbarkeit oder Realisierbarkeit bei Existenz der einen oder der anderen politischen Form aufgeworfen wird!

Hätte P. Kijewski diesen Kern nicht umgangen, so hätte er wahrscheinlich gesehen, daß der Widerspruch zwischen Imperialismus und Republik ein Widerspruch zwischen der Ökonomik des neuesten Kapitalismus (nämlich des monopolistischen Kapitalismus) und der politischen Demokratie schlechthin ist. Denn niemals wird P. Kijewski beweisen können, daß

irgendeine bedeutende und grundlegende demokratische Maßnahme (Wahl der Beamten oder Offiziere durch das Volk, vollste Koalitions- und Versammlungsfreiheit u. dgl.) dem Imperialismus weniger widerspricht (oder, bitte sehr, besser „in den Kram paßt“) als die Republik.

Wir kommen auf diese Weise zu eben der Feststellung, die *wir* in den Thesen betonten: Der Imperialismus widerspricht, widerspricht „logisch“ der *ganzen* politischen Demokratie *schlechthin*. P. Kijewski „paßt“ diese unsere Feststellung „nicht in den Kram“, da sie seine unlogischen Konstruktionen zerstört – aber was tun? Soll man etwa darüber hinweggehen, daß bestimmte Thesen, und zwar gerade jene, die widerlegt werden sollten, durch den Ausdruck „die Republik paßt dem Imperialismus nicht in den Kram“ in Wirklichkeit heimlich wieder aufgestellt werden?

Weiter. Warum paßt die Republik dem Imperialismus nicht in den Kram? und wie „vereinbart“ der Imperialismus seine Ökonomik mit der Republik?

Darüber hat P. Kijewski nicht nachgedacht. Wir rufen ihm hier folgende Worte von Engels ins Gedächtnis. Es handelt sich um die demokratische Republik. Es geht um die Frage: Kann der Reichtum unter dieser Regierungsform herrschen? Also gerade um die Frage der „Antinomie“ zwischen Ökonomik und Politik.

Engels antwortet: „... die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden“ (zwischen den Bürgern). „In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, wofür Amerika klassisches Muster, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse...“<sup>19</sup>

Wir haben hier das Musterbeispiel einer ökonomischen Analyse in der Frage der „Realisierbarkeit“ der Demokratie im Kapitalismus, von der die Frage der „Realisierbarkeit“ der Selbstbestimmung im Imperialismus nur ein Teil ist!

Die demokratische Republik widerspricht „logisch“ dem Kapitalismus, da sie „offiziell“ den Reichen und den Armen gleichsetzt. Das ist ein Widerspruch zwischen der ökonomischen Basis und dem politischen Überbau. Zum Imperialismus steht die Republik im gleichen Widerspruch, vertieft und vervielfacht dadurch, daß die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol die Realisierung der verschiedenen politischen Freiheiten noch mehr „erschwert“.

Wie vereinbaren sich nun Kapitalismus und Demokratie? In der Weise, daß die Allmacht des Kapitals indirekt verwirklicht wird! Hierfür gibt es zwei ökonomische Mittel: 1. die direkte Korruption; 2. die Allianz von Regierung und Börse. (In unseren Thesen ist das mit den Worten ausgedrückt, daß in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung das Finanzkapital „jede beliebige Regierung und ihre Beamten ungehindert kaufen und korrumpieren“ kann.)

Herrschaft der Warenproduktion, der Bourgeoisie und des Geldes vorausgesetzt, ist die Korruption (direkt und durch die Börse) unter jeder beliebigen Regierungsform, unter jeder Demokratie „zu realisieren“.

Was ändert sich nun in bezug auf das behandelte Problem mit der Ablösung des Kapitalismus durch den Imperialismus, d. h. des vormonopolistischen durch den monopolistischen Kapitalismus?

Nur, daß die Macht der Börse noch größer wird! Denn das Finanzkapital ist das große, zum Monopol fortentwickelte Industriekapital, das sich mit dem Bankkapital verschmolzen hat. Die Großbanken verschmelzen sich mit der Börse, indem sie sie verschlingen. (In der Literatur über den Imperialismus wird von der abnehmenden Bedeutung der Börse gesprochen, aber nur in dem Sinn, daß jede Riesenbank selbst eine Börse ist.)

Weiter. Wenn für den „Reichtum“ überhaupt die Herrschaft über jede beliebige demokratische Republik mittels Korruption und Börse realisierbar ist, wie kann dann P. Kijewski, ohne in eine ergötzliche „logische Antinomie“ zu verfallen, behaupten, der gigantische Reichtum der mit Milliarden operierenden Trusts und Banken sei nicht imstande, die Herrschaft des Finanzkapitals über eine fremde, d. h. politisch unabhängige Republik zu „realisieren“??

Wie? Ist etwa die Korruption von Beamten in einem fremden Staat „nicht realisierbar“? Oder ist die „Allianz von Regierung und Börse“ nur eine Allianz mit der Regierung des eigenen Landes?

\*

Der Leser sieht schon jetzt, daß ungefähr zehn Druckseiten notwendig sind, um zehn Zeilen Konfusion zu entwirren und die Sache gemeinverständlich zu erläutern. Wir können nicht jede einzelne Betrachtung P. Kijewskis ebenso detailliert untersuchen – buchstäblich keine einzige ist

ohne Konfusion! –, und das ist auch nicht notwendig, da wir das Wichtigste dargelegt haben. Das übrige soll nur kurz vermerkt werden.

#### 4. DAS BEISPIEL NORWEGENS

Norwegen hat das angeblich nicht realisierbare Recht auf Selbstbestimmung im Jahre 1905, in der Ära des vollentfesselten Imperialismus, „realisiert“. Von „Unrealisierbarkeit“ zu sprechen ist deshalb nicht nur theoretisch absurd, sondern auch lächerlich.

P. Kijewski will das widerlegen, indem er uns zornig „Rationalisten“ schimpft. (Was hat das damit zu tun? Der Rationalist beschränkt sich auf das Denken, und zwar auf abstraktes Denken, während wir auf eine höchst konkrete Tatsache verwiesen! Gebraucht hier P. Kijewski nicht etwa das Fremdwort „Rationalist“ ebenso . . . wie könnte man das möglichst milde ausdrücken? . . . ebenso „treffend“, wie er zu Beginn seines Artikels das Wort „extraktiv“ verwendet, wo er sagt, daß er seine Erwägungen in „extraktiver Form“ vorbringen möchte?)

P. Kijewski macht uns den Vorwurf, daß uns „das Äußere der Erscheinungen und nicht ihr wahrer Kern wichtig“ sei. Sehen wir uns also den wahren Kern einmal näher an.

Die Widerlegung beginnt mit einem Beispiel: Die Tatsache, daß ein Gesetz gegen die Trusts erlassen wird, sei kein Beweis für die Realisierbarkeit des Verbots der Trusts. Das stimmt. Nur ist das ein untaugliches Beispiel, denn es spricht *gegen* P. Kijewski. Ein Gesetz ist eine politische Maßnahme, ist Politik. Die Ökonomik kann durch keinerlei politische Maßnahmen verboten werden. Keine politische Form Polens – ob es nun ein Bestandteil des zaristischen Rußlands oder Deutschlands oder ein autonomes Gebiet oder ein politisch unabhängiger Staat sein wird – kann seine Abhängigkeit vom Finanzkapital der imperialistischen Mächte und den Aufkauf der Aktien seiner Unternehmen durch dieses Kapital verboten oder rückgängig machen.

Die Unabhängigkeit Norwegens, die im Jahre 1905 „realisiert“ wurde, ist nur politischer Natur. Die ökonomische Abhängigkeit sollte und konnte dadurch nicht berührt werden. Eben davon handeln unsere Thesen. Wir haben nämlich darauf hingewiesen, daß die Selbstbestimmung sich nur

auf die Politik bezieht und daß es in folgedessen falsch ist, die Frage der ökonomischen Unrealisierbarkeit auch nur aufzuwerfen. P. Kijewski aber „widerlegt“ uns, indem er als Beispiel die Ohnmacht politischer Verbote gegen die Ökonomik anführt! Eine schöne „Widerlegung“!

Weiter. „Ein oder selbst viele Beispiele des Sieges kleiner Betriebe über große genügen nicht zur Widerlegung der richtigen These von Marx, daß der allgemeine Entwicklungsweg des Kapitalismus sowohl von der Konzentration als auch von der Zentralisation der Produktion begleitet ist.“

Auch dieses Argument besteht aus einem untauglichen *Beispiel*, das gewählt wird, um die Aufmerksamkeit (des Lesers und des Autors) vom wahren Kern des Streites abzulenken.

Unsere These besagt, daß es falsch ist, von der ökonomischen Unrealisierbarkeit der Selbstbestimmung in demselben Sinne zu sprechen wie von der Unrealisierbarkeit des Arbeitsgeldes im Kapitalismus. Für eine *derartige* Realisierbarkeit kann es kein einziges „Beispiel“ geben. P. Kijewski gibt stillschweigend zu, daß wir in diesem Punkt recht haben, denn er geht zu einer *anderen* Auslegung der „Unrealisierbarkeit“ über.

Warum tut er das nicht direkt? Warum formuliert er nicht offen und präzise *seine* These: „Eine Selbstbestimmung, die im Sinne der ökonomischen Möglichkeit im Kapitalismus realisierbar wäre, widerspräche der Entwicklung und wäre deshalb reaktionär oder nur ein Ausnahmefall“?

Weil die offene Formulierung der Gegenthese den Autor sofort entlarven würde und er deshalb Versteck spielen muß.

Das Gesetz von der ökonomischen Konzentration, vom Sieg der Großproduktion über die Kleinproduktion, wird sowohl in unserem als auch im Erfurter Programm anerkannt. Nirgends ist jedoch ein Gesetz von der politischen oder staatlichen Konzentration anerkannt worden – eine Tatsache, die P. Kijewski verschweigt. Wenn das genau solch ein Gesetz, auch ein Gesetz ist, warum will P. Kijewski es nicht darlegen, warum schlägt er nicht vor, unser Programm zu vervollständigen? Handelt er etwa richtig, wenn er zuläßt, daß wir ein schlechtes, unvollständiges Programm haben, während er dieses neue Gesetz der staatlichen Konzentration entdeckt hat, ein Gesetz von praktischer Bedeutung, denn es würde unser Programm von falschen Schlußfolgerungen befreien?

P. Kijewski macht keine Anstalten, das Gesetz zu formulieren, und schlägt nicht vor, unser Programm entsprechend zu vervollständigen, weil

er die dunkle Ahnung hat, daß er sich damit lächerlich machen würde. Alle würden über den seltsamen „imperialistischen Ökonomismus“ in Gelächter ausbrechen, wenn diese Auffassung an die Öffentlichkeit käme und wenn parallel zum Gesetz von der Verdrängung der Kleinproduktion durch die Großproduktion (in Verbindung mit ihm oder neben ihm) ein „Gesetz“ von der Verdrängung der kleinen durch die großen Staaten verkündet würde!

Um das klarzumachen, richten wir an P. Kijewski nur eine Frage: Warum sprechen die Ökonomen ohne Anführungszeichen *nicht* vom „Zerfall“ der modernen Trusts oder der Großbanken? von der Möglichkeit eines solchen Zerfalls und von seiner Realisierbarkeit? warum ist sogar ein „imperialistischer Ökonomist“ in Anführungszeichen gezwungen, die Möglichkeit und Realisierbarkeit des Zerfalls großer Staaten anzuerkennen, und zwar nicht nur des Zerfalls überhaupt, sondern z. B. der Lostrennung „kleiner Völkerschaften“ (man beachte!) von Rußland (§ d im 2. Kapitel des Artikels von P. Kijewski)?

Um schließlich noch anschaulicher zu zeigen, wohin unser Autor geraten ist, und um ihn zu warnen, bemerken wir folgendes: Vom Gesetz von der Verdrängung der Kleinproduktion durch die Großproduktion sprechen wir alle ganz offen, und niemand scheut sich, einzelne „Beispiele“ des „Sieges von Kleinbetrieben über Großbetriebe“ als eine reaktionäre Erscheinung zu kennzeichnen. Die Loslösung Norwegens von Schweden reaktionär zu nennen hat bisher noch *keiner* der Gegner des Rechts auf Selbstbestimmung gewagt, obwohl wir die Frage schon 1914 in der Literatur aufgeworfen haben.\*

Die Großproduktion kann nicht realisiert werden, solange z. B. der Handantrieb bestehenbleibt; die Idee von einem „Zerfall“ der mechanisierten Fabrik in Werkstätten mit Handbetrieb ist völlig unsinnig. Die imperialistische Tendenz zur Bildung großer Weltreiche ist durchaus realisierbar und wird in der Praxis auch häufig in Gestalt imperialistischer Bündnisse selbständiger und, im politischen Sinne des Wortes, unabhängiger Staaten realisiert. Solche Bündnisse sind möglich und sind nicht nur in der Form zu verzeichnen, daß das Finanzkapital zweier Länder ökonomisch miteinander verwächst, sondern auch als militärische „Zusammenarbeit“ im imperialistischen Krieg. Der nationale Kampf, der nationale Aufstand, die nationale Lostrennung sind im Imperialismus durchaus

\* Siehe Werke, Bd. 20, S. 429—435. Die Red.

„realisierbar“ und finden auch tatsächlich statt, ja sie breiten sich sogar aus, da der Imperialismus die Entwicklung des Kapitalismus und das Wachstum der demokratischen Tendenzen in der Masse der Bevölkerung nicht aufhält, sondern den Antagonismus zwischen diesen demokratischen Bestrebungen und der antidemokratischen Tendenz der Trusts *verschärft*.

Nur vom Standpunkt des „imperialistischen Ökonomismus“, d. h. eines karikierten Marxismus, kann man z. B. folgende eigenartige Erscheinung der imperialistischen Politik ignorieren: Einerseits liefert uns der gegenwärtige imperialistische Krieg Beispiele dafür, wie es durch finanzielle Bindungen und wirtschaftliche Interessen gelingt, einen kleinen, politisch unabhängigen Staat in den Kampf der Großmächte hineinzuziehen (England und Portugal). Andererseits führt die Mißachtung der Demokratie kleinen Nationen gegenüber, die (in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht) ihren imperialistischen „Beschützern“ gegenüber viel *ohnmächtiger sind*, entweder zum Aufstand (Irland) oder zum Übergang ganzer Regimenter auf die Seite des Feindes (Tschechen). Unter solchen Umständen sind vom Standpunkt des Finanzkapitals demokratische Freiheiten nicht nur „realisierbar“, sondern ist es für die Trusts, für deren imperialistische Politik, für deren imperialistischen Krieg *zuweilen direkt vorteilhaft, einzelnen kleinen Nationen möglichst weitgehende demokratische Freiheit einschließlich der staatlichen Unabhängigkeit zu gewähren, um nicht den „eigenen“ militärischen Operationen zu schaden*. Die Eigenart der politischen und strategischen Wechselbeziehungen vergessen und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit immer wieder das eine auswendig gelernte Wörtchen „Imperialismus“ wiederholen ist keineswegs Marxismus.

Über Norwegen teilt uns P. Kijewski erstens mit, daß es „immer ein selbständiger Staat gewesen“ sei. Das stimmt nicht, und diese unrichtige Behauptung kann nur mit der burschikosen Leichtfertigkeit des Autors und seiner Sorglosigkeit in politischen Fragen erklärt werden. Bis 1905 war Norwegen *kein* selbständiger Staat, sondern erfreute sich lediglich einer außerordentlich weitgehenden Autonomie. Die staatliche Selbständigkeit Norwegens wurde von Schweden erst anerkannt, *nachdem* sich Norwegen losgetrennt hatte. Wenn Norwegen „immer ein selbständiger Staat gewesen“ wäre, dann hätte die schwedische Regierung am 26. Oktober 1905 den fremden Mächten nicht mitteilen können, daß sie Norwegen nunmehr als unabhängiges Land anerkenne.

Zweitens führt P. Kijewski eine Reihe von Zitaten an, um zu beweisen, daß Norwegen westlich, Schweden östlich orientiert gewesen sei, daß in dem einen vorwiegend englisches, in dem anderen deutsches Finanzkapital „gearbeitet“ habe u. dgl. Daraus schließt er dann triumphierend: „Dieses Beispiel“ (Norwegen) „paßt durchaus in unsere Schemata.“

Da haben wir ein Musterbeispiel für die Logik des „imperialistischen Ökonomismus“! In unseren Thesen wird festgestellt, daß das Finanzkapital in „jedem beliebigen“, „selbst in einem unabhängigen Lande“ herrschen kann und daß deshalb alle Betrachtungen, mit denen die Selbstbestimmung unter Hinweis auf das Finanzkapital für „unrealisierbar“ erklärt wird, reinste Konfusion sind. Man präsentiert uns Tatsachen, die unsere These über die Rolle des fremden Finanzkapitals in Norwegen *sowohl vor als auch nach* der Lostrennung *bestätigen* – und das mit einer Miene, als ob wir dadurch *widerlegt* worden wären!

Vom Finanzkapital reden und aus diesem Anlaß die politischen Fragen *vergessen* – heißt das etwa über Politik sprechen?

Nein. Die logischen Fehler des „Ökonomismus“ haben die politischen Fragen nicht aus der Welt geschafft. In Norwegen „arbeitete“ das englische Finanzkapital sowohl vor als auch nach der Lostrennung. In Polen „arbeitete“ das deutsche Finanzkapital bis zur Lostrennung Polens von Rußland und wird bei *jedem beliebigen* politischen Status Polens weiter „arbeiten“. Das ist in so hohem Maße eine Binsenwahrheit, daß es peinlich ist, sie zu wiederholen, aber was tun, wenn Leute das Abc vergessen?

Entfällt deshalb die politische Frage nach diesem oder jenem Status Norwegens? nach seiner Zugehörigkeit zu Schweden? nach dem Verhalten der Arbeiter, sobald die Frage der Lostrennung auf der Tagesordnung steht?

P. Kijewski ist diesen Fragen ausgewichen, da sie den „Ökonomisten“ im höchsten Grade peinlich sind. Aber im Leben standen und stehen diese Fragen auf der Tagesordnung. So stand im Leben die Frage auf der Tagesordnung, ob ein schwedischer Arbeiter, der das Recht Norwegens auf Lostrennung nicht anerkennt, Sozialdemokrat sein kann? *Nein, er kann es nicht.*

Die schwedischen Aristokraten waren für den Krieg gegen Norwegen, desgleichen die Pfaffen. Diese Tatsache wurde nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß P. Kijewski „vergaß“, darüber in der Geschichte des nor-

wegischen Volkes nachzulesen. Ein schwedischer Arbeiter hätte zwar den Norwegern raten können, gegen die Lostrennung zu stimmen, und hätte doch Sozialdemokrat bleiben können (die Volksabstimmung in Norwegen über die Frage der Lostrennung fand am 13. August 1905 statt und ergab 368 200 Stimmen für die Lostrennung und 184 dagegen, wobei ungefähr 80 Prozent der Stimmberechtigten an der Abstimmung teilnahmen). Aber jener schwedische Arbeiter, der, gleich der schwedischen Aristokratie und Bourgeoisie, den Norwegern das Recht abgesprochen hätte, diese Frage selbst zu entscheiden, ohne die Schweden, unabhängig von deren Willen, wäre ein *Sozialchauvinist* und ein *Schuft* gewesen, der in der sozialdemokratischen Partei nicht hätte geduldet werden können.

Darin besteht die Anwendung des Paragraphen 9 unseres Parteiprogramms, über den sich unser „imperialistischer Ökonomist“ hinwegsetzen wollte. Versucht nur, euch darüber hinwegzusetzen, meine Herren, ohne in den Armen des Chauvinismus zu landen!

Und der norwegische Arbeiter? War er vom Standpunkt des Internationalismus verpflichtet, für die Lostrennung zu stimmen? Keineswegs. Er hätte dagegen stimmen und doch Sozialdemokrat bleiben können. Er hätte seine Pflicht als Mitglied der sozialdemokratischen Partei nur dann verletzt, wenn er einem solchen erzreaktionären schwedischen Arbeiter die Bruderhand gereicht hätte, der gegen die Freiheit der Lostrennung Norwegens gewesen wäre.

Diesen elementaren Unterschied in der Lage des norwegischen und des schwedischen Arbeiters wollen gewisse Leute nicht wahrhaben. Aber sie entlarven sich selbst, indem sie dieser konkretesten aller konkreten politischen Fragen, die wir ihnen klipp und klar stellen, *ausweichen*. Sie schweigen, sie drehen und winden sich und geben damit ihre Position auf.

Um zu beweisen, daß es eine „norwegische“ Frage in Rußland geben kann, haben wir absichtlich die These aufgestellt: Unter Voraussetzungen rein militärischen und strategischen Charakters ist auch heute ein besonderer polnischer Staat durchaus realisierbar. P. Kijewski will „diskutieren“ – und schweigt!!

Wir fügen hinzu: Auch Finnland kann aus rein militärischen und strategischen Erwägungen, bei einem bestimmten Ausgang des gegenwärtigen imperialistischen Krieges (z. B. ein Bündnis Schwedens mit den Deutschen und ein halber Sieg beider) durchaus ein besonderer Staat werden, ohne

daß dadurch die „Realisierbarkeit“ auch nur einer einzigen Operation des Finanzkapitals gestört, ohne daß der Aufkauf von Aktien der finnischen Eisenbahnen und anderer Unternehmen „unrealisierbar“ würde.\*

P. Kijewski rettet sich vor den ihm unangenehmen politischen Fragen unter die Fittiche einer großartigen Phrase, die für seine ganze „Betrachtungsweise“ höchst charakteristisch ist: ... „Jeden Augenblick“ ... (so steht es wörtlich am Ende des Paragraphen *b*, Kapitel I) ... „kann das Damoklesschwert herabsausen und der Existenz der ‚selbständigen‘ Werkstatt“ (eine „Anspielung“ auf das kleine Schweden und Norwegen) „ein Ende machen.“

Das soll wohl der wirkliche Marxismus sein: Kaum zehn Jahre besteht der selbständige norwegische Staat, dessen Lostrennung von Schweden die *schwedische* Regierung eine „revolutionäre Maßnahme“ nannte. Aber haben wir es denn nötig, die sich daraus ergebenden *politischen* Fragen zu untersuchen, wo wir doch Hilferdings „Finanzkapital“ gelesen und es so „verstanden“ haben, daß der kleine Staat „jeden Augenblick“ – wenn schon, dann sagen wir es kräftig! – von der Bildfläche verschwinden kann? Lohnt es, soviel Aufhebens davon zu machen, daß wir den Marxismus in „Ökonomismus“ verfälscht und aus unserer Politik eine Wiederholung der Reden echt-russischer Chauvinisten gemacht haben?

Wie müssen sich doch die russischen Arbeiter im Jahre 1905 geirrt

---

\* Wenn bei einem bestimmten Ausgang des gegenwärtigen Krieges die Bildung neuer Staaten in Europa, eines polnischen, finnischen usw. Staates, durchaus „realisierbar“ ist, und zwar ohne die geringste Verletzung der Entwicklungsbedingungen des Imperialismus und seiner Macht – im Gegenteil, unter *Verstärkung* des Einflusses, der Verbindungen und des Drucks des Finanzkapitals –, so ist bei einem anderen Ausgang des Krieges die Bildung eines neuen ungarischen, tschechischen usw. Staates *ebenso* „realisierbar“. Die englischen Imperialisten fassen diesen zweiten Ausgang für den Fall ihres Sieges bereits jetzt ins Auge. Die imperialistische Epoche hebt weder das Streben der Nationen nach politischer Unabhängigkeit noch die „Realisierbarkeit“ dieses Strebens im *Rahmen* der internationalen imperialistischen Wechselbeziehungen auf. *Außerhalb* dieses Rahmens aber sind weder die Republik in Rußland noch überhaupt irgendwelche wesentliche demokratische Umgestaltungen in der Welt ohne eine Reihe von Revolutionen „realisierbar“ oder ohne den Sozialismus gesichert. P. Kijewski hat die Beziehungen des Imperialismus zur Demokratie nicht, aber auch gar nicht verstanden.

haben, als sie für die Republik kämpften: hatte doch das Finanzkapital sowohl in Frankreich als auch in England gegen diese Republik bereits mobil gemacht, so daß es „jeden Augenblick“ das „Damoklesschwert“ auf sie herabsausen lassen konnte, wenn sie zustande gekommen wäre!

\*

„Die Forderung der nationalen Selbstbestimmung ist im Minimalprogramm nicht . . . utopisch: sie widerspricht nicht der gesellschaftlichen Entwicklung, da ihre Verwirklichung diese Entwicklung nicht aufhalten würde.“ Gegen dieses Zitat aus Martow wendet sich P. Kijewski in demselben Paragraphen seines Artikels, in dem er die „Zitate“ über Norwegen anführt, mit denen immer und immer wieder die allgemein bekannte Tatsache *bewiesen* werden soll, daß die „Selbstbestimmung“ und Lostrennung Norwegens *weder* die Entwicklung im allgemeinen *noch* das Wachstum der Operationen des Finanzkapitals im besonderen *und auch nicht* den Aufkauf Norwegens durch die Engländer *aufzubalten vermochte!*

Bei uns hat es schon öfters Bolschewiki gegeben, z. B. Alexinski in den Jahren 1908–1910, die mit Martow *gerade dann* stritten, wenn Martow recht hatte! Gott beschütze uns vor solchen „Bundesgenossen“!

## 5. ÜBER „MONISMUS UND DUALISMUS“

P. Kijewski erhebt gegen uns den Vorwurf der „dualistischen Auslegung der Forderung“ und schreibt:

„Die monistische *Aktion* der Internationale wird durch eine dualistische *Propaganda* ersetzt.“

Das klingt durchaus marxistisch, materialistisch: eine *Aktion*, die einheitlich ist, wird einer *Propaganda* entgegengestellt, die „dualistisch“ ist. Bedauerlicherweise müssen wir bei näherem Hinsehen sagen, daß das ein ebensolcher *phrasenhafter* „Monismus“ ist, wie es der „Monismus“ Dührings war. „Wenn ich eine Schuhbürste unter die *Einheit* Säugetier zusammenfasse“, schrieb Engels gegen den „Monismus“ Dührings, „so bekommt sie damit noch lange keine Milchdrüsen.“<sup>20</sup>

Das heißt, daß man als „*Einheit*“ nur solche Dinge, Eigenschaften, Erscheinungen, *Aktionen* *bezeichnen* kann, die in der objektiven Wirk-

lichkeit eine *Einheit* sind. Gerade diese „*Kleinigkeit*“ hat unser Autor vergessen!

Er erblickt unseren „Dualismus“ erstens darin, daß wir von den Arbeitern der unterdrückten Nationen in erster Linie *nicht das* verlangen – die Rede ist nur von der nationalen Frage –, was wir von den Arbeitern der Unterdrückernationen fordern.

Um zu prüfen, ob nicht der „Monismus“ P. Kijewskis hier der „Monismus“ Dührings ist, muß man untersuchen, wie die Dinge in der *objektiven Wirklichkeit* liegen.

Ist etwa die *wirkliche* Lage der Arbeiter der unterdrückenden und der unterdrückten Nationen, was die nationale Frage anbetrifft, die gleiche?

Nein.

1. *Ökonomisch* ist der Unterschied der, daß Teile der Arbeiterklasse in den Unterdrückerländern Brosamen von dem *Extraprofit* erhalten, den die Bourgeois der Unterdrückernationen einheimsen, indem sie den Arbeitern der unterdrückten Nationen das Fell stets zweimal über die Ohren ziehen. Die ökonomischen Daten besagen außerdem, daß aus den Arbeitern der Unterdrückernationen ein *größerer* Prozentsatz zu „Zwischenmeistern“ aufsteigt als aus den Arbeitern der unterdrückten Nationen, daß ein *größerer* Prozentsatz zur *Aristokratie* der Arbeiterklasse emporsteigt.\* Das ist eine Tatsache. Die Arbeiter der unterdrückenden Nation sind *bis zu einem gewissen Grade* Teilhaber ihrer Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation.

2. *Politisch* ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der Unterdrückernationen auf einer ganzen Reihe von Gebieten des politischen Lebens eine im Vergleich zu den Arbeitern der unterdrückten Nation *privilegierte* Stellung einnehmen.

3. *Ideologisch* oder geistig ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der Unterdrückernationen durch die Schule und das Leben stets im Geiste der Verachtung oder Mißachtung der Arbeiter der unterdrückten Nationen erzogen werden. Dies hat z. B. jeder Großrusse, der unter Großrussen erzogen wurde oder unter ihnen gelebt hat, *kennengelernt*.

\* Siehe z. B. das in englischer Sprache erschienene Buch von Hourwich über die Einwanderung und die Lage der Arbeiterklasse in Amerika („Immigration and Labor“) („Immigration und Arbeit“. *Die Red.*).

Somit ist in der objektiven Wirklichkeit *auf der ganzen Linie* ein Unterschied vorhanden, d. h. ein „Dualismus“ in der objektiven, vom Willen und Bewußtsein einzelner Personen unabhängigen Welt.

Was hat man danach von den Worten P. Kijewskis über die „monistische Aktion der Internationale“ zu halten?

Sie sind eine hohle tönende Phrase, sonst nichts.

Damit die Aktion der Internationale, welche *im realen Leben* aus Arbeitern besteht, die durch ihre Zugehörigkeit zu unterdrückenden und unterdrückten Nationen *gespalten* sind, eine *einheitliche* Aktion sei, darf die Propaganda in dem ersten Fall *nicht die gleiche* sein wie im zweiten. So muß man vom Standpunkt eines wirklichen (und nicht des Dühringschen) „Monismus“, vom Standpunkt des Marxschen Materialismus urteilen!

Ein Beispiel? Ein Beispiel haben wir schon angeführt (in der legalen Presse vor mehr als zwei Jahren!), es betraf Norwegen, und niemand hat uns zu widerlegen versucht. Die *Aktion* der norwegischen und der schwedischen Arbeiter war in diesem konkreten, aus dem Leben gegriffenen Fall *nur* deshalb und insoweit „monistisch“, einheitlich, internationalistisch, als die schwedischen Arbeiter *bedingungslos* für die Freiheit der Lostrennung Norwegens eintraten, während die norwegischen Arbeiter die Frage dieser Lostrennung *bedingt* stellten. Wenn die schwedischen Arbeiter *bedingungslos* für die Freiheit der Lostrennung der Norweger eingetreten wären, wären sie *Chauvinisten* gewesen, hätten sie sich am Chauvinismus der schwedischen Gutsbesitzer mitschuldig gemacht, die Norweger mit Gewalt, durch einen Krieg, „zurückhalten“ wollten. Wenn die norwegischen Arbeiter die Frage der Lostrennung *nicht bedingt* gestellt hätten, d. h. so, daß auch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gegen die Lostrennung stimmen und Propaganda machen durften, dann hätten die norwegischen Arbeiter ihre Pflicht als Internationalisten verletzt und wären in einen engstirnigen, *bürgerlichen* norwegischen Nationalismus verfallen. Warum? Weil die Lostrennung von der *Bourgeoisie* vollzogen wurde und nicht vom Proletariat! Weil die norwegische Bourgeoisie (wie jede andere auch) *stets* bestrebt ist, die Arbeiter des eignen von den Arbeitern des „fremden“ Landes zu trennen, sie zu spalten! Weil für klassenbewußte Arbeiter jede beliebige demokratische Forderung (darunter auch die Selbstbestimmung) den höheren Interessen des Sozialismus *untergeordnet* ist. Wenn z. B. die Lostrennung

Norwegens von Schweden mit Sicherheit oder Wahrscheinlichkeit einen Krieg Englands gegen Deutschland bedeutet hätte, dann hätten die norwegischen Arbeiter *aus diesem Grunde* gegen die Lostrennung sein müssen. Und die schwedischen Arbeiter hätten in einem solchen Fall *nur* dann das Recht und die Möglichkeit gehabt, gegen die Lostrennung zu agitieren und doch Sozialisten zu bleiben, wenn sie systematisch, konsequent, unaufhörlich *gegen* die schwedische Regierung, für die Freiheit der Lostrennung Norwegens gekämpft hätten. Andernfalls hätten die norwegischen Arbeiter und das norwegische Volk *nicht geglaubt* und auch *nicht glauben können*, daß der Ratschlag der schwedischen Arbeiter aufrichtig ist.

Das ganze Mißgeschick der Gegner der Selbstbestimmung kommt daher, daß sie sich auf tote Abstraktionen beschränken und *Angst* haben, auch nur ein einziges konkretes Beispiel aus dem wirklichen Leben zu Ende zu analysieren. Gegen unseren konkreten Hinweis in den Thesen, daß ein neuer polnischer Staat beim Zusammentreffen bestimmter Bedingungen ausschließlich militärischen, strategischen Charakters *jetzt* „realisierbar“ sei\*, haben weder die Polen noch P. Kijewski Einwände erhoben. Doch darüber *nachdenken*, was sich aus dieser stillschweigenden Anerkennung der Richtigkeit unserer Behauptung ergibt, wollte niemand. Es ergibt sich aber daraus offenkundig, daß die Propaganda von Internationalisten unter den Russen *nicht* dieselbe *sein kann* wie unter den Polen, wenn sie die einen und die anderen zur „einheitlichen Aktion“ erziehen will. Der großrussische (und deutsche) Arbeiter ist verpflichtet, unbedingt für die Freiheit der Lostrennung Polens einzutreten, da er sonst *faktisch, gegenwärtig*, ein Lakai Nikolaus' II. oder Hindenburgs sein würde. Der polnische Arbeiter *könnte nur* bedingt für die Lostrennung eintreten, denn (wie die „Fracy“<sup>21</sup>) auf den Sieg der einen oder der anderen imperialistischen Bourgeoisie spekulieren heißt *deren* Lakai werden. Wenn man diesen Unterschied, der die Voraussetzung für die „monistische Aktion“ der Internationale ist, nicht versteht, ist es genau dasselbe, als wenn man nicht versteht, warum für eine „monistische Aktion“ gegen die zaristische Armee, die – sagen wir – bei Moskau stattfindet, das Revolutionsheer von Nishni-Nowgorod aus nach Westen, von Smolensk aus aber nach Osten marschieren müßte.

\*

\* Siehe Werke, Bd. 22, S. 145. Die Red.

Zweitens macht unser neuer Anhänger des Dühringschen Monismus uns den Vorwurf, wir sorgten nicht für den „engsten organisatorischen Zusammenschluß der verschiedenen nationalen Sektionen der Internationale“ bei der sozialen Umwälzung.

Im Sozialismus fällt die Selbstbestimmung weg, schreibt P. Kijewski, denn dann fällt der Staat weg. Und das wird angeblich geschrieben, um uns zu widerlegen! Aber wir haben in *drei* Zeilen – den drei letzten Zeilen des ersten Abschnitts unserer Thesen – klar und deutlich gesagt, daß „die Demokratie eine Staatsform ist, die mit dem Absterben des Staates überhaupt ebenfalls verschwinden muß“.\* Und gerade diese Wahrheit wiederholt P. Kijewski – natürlich, um uns zu „widerlegen“! – auf *mehreren* Seiten seines Paragraphen c (Kapitel I), wiederholt sie in *entstellter Form*. „Wir denken uns“, schreibt er, „und haben uns die sozialistische Gesellschaftsordnung immer gedacht als ein streng demokratisch (!?) zentralisiertes System der Wirtschaft, in welchem der Staat, als Apparat zur Herrschaft eines Teils der Bevölkerung über den anderen, verschwindet.“ Das ist konfuses Gerede, denn Demokratie ist *ebenfalls* „Herrschaft eines Teils der Bevölkerung über den anderen“, ist *ebenfalls* ein Staat. Worin das *Absterben* des Staates nach dem Sieg des Sozialismus besteht und welches die Voraussetzungen dieses Prozesses sind, hat der Autor offensichtlich nicht verstanden.

Aber die Hauptsache sind seine „Einwände“, die sich auf die Epoche der sozialen Revolution beziehen. Nachdem er uns mit dem furchtbar schrecklichen Wort „Talmudisten der Selbstbestimmung“ beschimpft hat, sagt der Autor: „Diesen Prozeß“ (die soziale Umwälzung) „denken wir uns als die vereinte Aktion der Proletarier aller (!) Länder, die die Grenzen des bürgerlichen (!) Staates zerstören, die Grenzpfähle ausreißen“ (unabhängig von der „Zerstörung der Grenzen“?), „die nationale Gemeinschaft sprengen (!) und die Klassengemeinschaft errichten.“

Der strenge Richter über die „Talmudisten“ möge es uns nicht verübeln, wenn wir sagen: Viele Phrasen, aber von „Gedanken“ keine Spur.

Die soziale Umwälzung kann nicht die vereinte Aktion der Proletarier *aller* Länder sein, aus dem einfachen Grunde, weil die Mehrzahl der Länder und die Mehrzahl der Bewohner der Erde bis jetzt noch nicht einmal auf der kapitalistischen Entwicklungsstufe oder erst am Beginn der kapi-

\* Siehe Werke, Bd. 22, S. 145. *Die Red.*

talistischen Entwicklung stehen. Darüber haben wir in § 6 unserer Thesen\* gesprochen, und P. Kijewski hat nur aus Unaufmerksamkeit oder aus Denkfähigkeit „nicht bemerkt“, daß wir diesen Paragraphen nicht ohne Grund in unsere Thesen aufgenommen haben, sondern eben um die karikierenden Entstellungen des Marxismus zu widerlegen. Für den Sozialismus sind *nur* die fortgeschrittenen Länder des Westens und Nordamerikas reif, und in einem Brief von Engels an Kautsky („Sbornik Sozial-Demokrata“)<sup>22</sup> kann P. Kijewski die konkrete Illustration dieses – wirklichen und nicht nur versprochenen – „Gedankens“ lesen, daß der Traum von der „vereinten Aktion der Proletarier *aller* Länder“ gleichbedeutend ist mit der Vertagung des Sozialismus bis zu den griechischen Kalenden, d. h. bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag.

Der Sozialismus wird durch die vereinten Aktionen der Proletarier nicht aller Länder, sondern einer Minderheit von Ländern verwirklicht werden, der Länder nämlich, die die Entwicklungsstufe des *fortgeschrittenen* Kapitalismus erreicht haben. P. Kijewskis Fehler rührt daher, daß er dies nicht verstanden hat. In *diesen* fortgeschrittenen Ländern (England, Frankreich, Deutschland u. a.) ist die nationale Frage längst gelöst, hat sich die nationale Gemeinschaft längst überlebt, und „gesamtnationale Aufgaben“ gibt es *objektiv* nicht mehr. Deshalb kann man nur in diesen Ländern schon *jetzt* die nationale Gemeinschaft „sprengen“ und die Klassengemeinschaft errichten.

Anders ist es in den *unentwickelten* Ländern, in den Ländern, die wir (in § 6 unserer Thesen) unter „zweitens“ und „drittens“ besonders angeführt haben, d. h. im ganzen Osten Europas und in allen Kolonien und Halbkolonien. Hier gibt es – und das ist die Regel – *noch* unterdrückte und kapitalistisch unentwickelte Nationen. Bei solchen Nationen bestehen *noch objektiv* gesamtnationale Aufgaben, und zwar *demokratische* Aufgaben, die Aufgaben des *Sturzes der Fremdherrschaft*.

Als Beispiel gerade für solche Nationen führt Engels Indien an, von dem er sagt, daß es eine Revolution gegen den siegreichen Sozialismus machen könnte – denn Engels war weit entfernt von jenem lächerlichen „imperialistischen Ökonomismus“, der sich einbildet, daß das in den fortgeschrittenen Ländern siegreiche Proletariat „automatisch“, ohne bestimmte *demokratische* Maßnahmen die nationale Unterdrückung über-

\* Siehe Werke, Bd. 22, S. 152–154. *Die Red.*

all beseitigen wird. Das siegreiche Proletariat wird die Länder reorganisieren, in denen es gesiegt hat. Das kann nicht mit einem Schlag geschehen, und auch die Bourgeoisie kann nicht mit einem Schlag „besiegt“ werden. Wir haben das in unseren Thesen absichtlich unterstrichen, und P. Kijewski hat wieder nicht darüber nachgedacht, *warum* wir das in Verbindung mit der nationalen Frage unterstreichen.

In der Zeit, in der das Proletariat der fortgeschrittenen Länder damit beschäftigt ist, die Bourgeoisie zu stürzen und ihre konterrevolutionären Anschläge abzuwehren, werden die unentwickelten und unterdrückten Nationen nicht untätig warten, nicht aufhören zu leben, nicht verschwinden. Wenn sie schon eine solche, im Vergleich zur sozialen Revolution geringfügige Krise der imperialistischen Bourgeoisie, wie den Krieg 1915 bis 1916, zu Aufständen ausnützen (Kolonien, Irland), dann werden sie zweifellos um so mehr die *große Krise* des Bürgerkriegs in den fortgeschrittenen Ländern zu Aufständen ausnützen.

Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer *ganzen Reihe* demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.

Und warum? Weil sich der Kapitalismus ungleichmäßig entwickelt und die objektive Wirklichkeit uns neben hochentwickelten kapitalistischen Nationen eine ganze Reihe von Nationen zeigt, die ökonomisch sehr schwach oder gar nicht entwickelt sind. P. Kijewski hat über die *objektiven* Bedingungen der sozialen Revolution vom Standpunkt der ökonomischen Reife der einzelnen Länder absolut nicht nachgedacht, und deshalb ist er mit seinem Vorwurf, daß *wir* „aus dem Kopfe erfinden“, wo das Selbstbestimmungsrecht angewendet werden könnte, ganz einfach an die falsche Adresse geraten.

Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, wiederholt P. Kijewski viele Male Zitate aus Marx und Engels des Inhalts, daß die Mittel zur Befreiung der Menschheit von diesen oder jenen gesellschaftlichen Mißständen „nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken“ sind. Beim Lesen dieser mehrmals wiederholten

Zitate kommen mir unwillkürlich die „Ökonomen“ traurigen Angedenkens in den Sinn, die ebenso langweilig ihre . . . „neue Entdeckung“ vom Sieg des Kapitalismus in Rußland wiederkäuten. P. Kijewski will uns mit diesen Zitaten „schlagen“, da angeblich wir diejenigen sind, die die Voraussetzungen für die Anwendung der Selbstbestimmung der Nationen in der Epoche des Imperialismus aus dem Kopfe erfinden! Aber bei demselben P. Kijewski finden wir folgendes „unvorsichtige Bekenntnis“:

„Schon allein der Umstand, daß wir *gegen* (vom Autor hervorgehoben) die Vaterlandsverteidigung sind, zeigt auf das klarste, daß wir uns jeder Unterdrückung eines nationalen Aufstands aktiv widersetzen werden, denn damit werden wir gegen unseren Todfeind – den Imperialismus – kämpfen.“ (Kap. II, § c seines Artikels.)

Man kann einen bekannten Autor nicht kritisieren, man kann ihm nicht antworten, wenn man nicht wenigstens die wichtigsten Thesen seines Artikels im vollen Wortlaut anführt. Sobald wir aber auch nur eine These P. Kijewskis vollständig anführen, stellt sich stets heraus, daß bei ihm auf jeden Satz zwei bis drei Fehler oder Gedankenlosigkeiten kommen, die den Marxismus entstellen!

1. P. Kijewski hat nicht bemerkt, daß ein nationaler Aufstand *ebenfalls* „Vaterlandsverteidigung“ ist! Dabei wird jeder bei ein wenig Überlegung einsehen, daß dem wirklich so ist, denn *jede* „aufständische Nation“ „verteidigt“ sich gegen die unterdrückende Nation, verteidigt ihre Sprache, ihre Heimat, ihr Vaterland.

Jede nationale Unterdrückung ruft in den *breiten Massen* des Volkes Widerstand hervor, die *Tendenz* jedes Widerstands der national unterdrückten Bevölkerung aber ist der nationale Aufstand. Wenn wir nicht selten (besonders in Österreich und Rußland) feststellen, daß die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen vom nationalen Aufstand *nur* schwätzt, in Wirklichkeit jedoch hinter dem Rücken des eigenen Volkes *und gegen* ihr Volk reaktionäre Abmachungen mit der Bourgeoisie der Unterdrückten trifft, so darf sich in derartigen Fällen die Kritik der revolutionären Marxisten nicht gegen die nationale Bewegung richten, sondern muß gegen ihre Verflachung, gegen ihre Trivialisierung, gegen ihre Verwandlung in ein kleinliches Geplänkel gerichtet sein. Bei dieser Gelegenheit sei gesagt, daß sehr viele österreichische und russische Sozialdemokraten diesen Umstand vergessen, und ihr *berechtigter* Haß gegen den kleinlichen, trivialen,

jämmerlichen nationalen Zank zum Beispiel darüber, in welcher Sprache die Straßennamen auf den Straßenschildern oben und in welcher sie unten stehen sollen – ihr berechtigter Haß gegen diese Dinge verleitet sie dazu, die Unterstützung des nationalen Kampfes abzulehnen. Wir werden uns nicht dazu hergeben, etwa die komödienhafte Republikspielerei in irgendeinem Fürstentum Monaco oder „republikanische“ Abenteuer von „Generalen“ in den kleinen Staaten Südamerikas oder auf irgendeiner Insel des Stillen Ozeans zu „unterstützen“, aber daraus folgt nicht, daß es erlaubt ist, bei ernst zu nehmenden demokratischen und sozialistischen Bewegungen die Losung der Republik zu vergessen. Wir verspotten den jämmerlichen nationalen Zank und das nationale Feilschen der Nationen in Rußland und Österreich und sollen das auch verspotten, aber daraus folgt nicht, daß es erlaubt wäre, dem nationalen Aufstand oder einem ernstesten Kampf eines ganzen Volkes gegen nationale Unterdrückung die Unterstützung zu versagen.

2. Wenn nationale Aufstände in der „imperialistischen Epoche“ unmöglich sind, dann hat P. Kijewski nicht das Recht, von ihnen zu sprechen. Wenn sie aber möglich sind, dann verlieren alle seine endlosen Phrasen über „Monismus“, darüber, daß wir Beispiele der Selbstbestimmung im Imperialismus „aus dem Kopfe erfinden“, usw. und dgl. m. – verlieren alle diese Behauptungen jeden Sinn. P. Kijewski schlägt sich selbst.

Wenn „wir“ „uns der Unterdrückung eines nationalen Aufstands“ „aktiv widersetzen“ – ein Fall, den P. Kijewski „selbst“ als möglich unterstellt –, was heißt das?

Das heißt, daß die *Aktion* eine zweifache, eine „dualistische“ sein wird (um diesen philosophischen Ausdruck ebenso unangebracht zu gebrauchen wie unser Autor): a) erstens, die „Aktion“ des national unterdrückten Proletariats und der Bauernschaft *zusammen* mit der national unterdrückten Bourgeoisie *gegen* die unterdrückende Nation; b) zweitens, die „Aktion“ des Proletariats bzw. dessen klassenbewußten Teils innerhalb der unterdrückenden Nation *gegen* die Bourgeoisie und alle ihr Gefolgschaft leistenden Elemente der unterdrückenden Nation.

Die endlosen Phrasen gegen den „nationalen Block“, gegen nationale „Illusionen“, gegen das „Gift“ des Nationalismus, gegen das „Schüren des nationalen Hasses“ und dergleichen – alle diese Phrasen, die P. Kijewski dahergeredet hat, sind ohne jeden Wert, denn der Autor *schürt*

den nationalen Haß, *unterstützt* den „Block“ der Arbeiter der unterdrückten Nationen „mit der Bourgeoisie“, indem er dem Proletariat der unterdrückenden Länder rät (vergessen wir nicht, daß der Autor dieses Proletariat als eine ernst zu nehmende Kraft betrachtet), „sich der Unterdrückung eines nationalen Aufstands aktiv zu widersetzen“.

3. Wenn nationale Aufstände im Imperialismus möglich sind, sind auch nationale Kriege möglich. In politischer Hinsicht ist zwischen dem einen und dem anderen kein wesentlicher Unterschied. Die Kriegshistoriker haben vollkommen recht, wenn sie Aufstände ebenfalls zu den Kriegen zählen. P. Kijewski hat unbedachterweise nicht nur sich selbst, sondern auch Junius<sup>23</sup> und die Gruppe „Internationale“ geschlagen, die die *Möglichkeit* nationaler Kriege im Imperialismus verneinen. Diese Verneinung aber ist die einzig denkbare theoretische Begründung einer Auffassung, die die Selbstbestimmung der Nationen im Imperialismus verneint.

4. Denn was ist ein „nationaler“ Aufstand? Ein Aufstand, dessen Ziel die *politische* Unabhängigkeit einer unterdrückten Nation ist, d. h. die Bildung eines *besonderen* Nationalstaats.

Wenn das Proletariat der unterdrückenden Nation eine ernst zu nehmende Kraft darstellt (wie der Autor für die Epoche des Imperialismus annimmt und annehmen muß), *ist dann nicht* die Entschlossenheit dieses Proletariats, „sich der Unterdrückung eines nationalen Aufstands aktiv zu widersetzen“, „*Unterstützung*“ der Schaffung eines besonderen Nationalstaats? Natürlich ist sie das!

Unser kühner Verneiner der „Realisierbarkeit“ der Selbstbestimmung behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß das klassenbewußte Proletariat der fortgeschrittenen Länder die Realisierung dieser „nicht realisierbaren“ Maßnahme *unterstützen* soll!

5. *Warum* sollen „wir“ uns der Unterdrückung eines nationalen Aufstands „aktiv widersetzen“? P. Kijewski führt nur ein Argument an: „... denn damit werden wir gegen unseren Todfeind – den Imperialismus – kämpfen.“ Die ganze *Kraft* dieses Arguments liegt in dem *kräftigen* Wörtchen „Todfeind“, wie überhaupt bei dem Autor die Kraft der Argumente durch pompöse, tönende Phrasen ersetzt wird, wie z. B.: „der Bourgeoisie den Pfahl in den bebenden Leib stoßen“ und ähnliche stilistische Arabesken im Geiste Alexinskis.

Aber dieses Argument P. Kijewskis ist *falsch*. Der Imperialismus ist

ebenso unser „Todfeind“ wie der Kapitalismus. Jawohl. Aber kein Marxist wird vergessen, daß der Kapitalismus im Vergleich zum Feudalismus und der Imperialismus im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus progressiv ist. Das heißt also, daß wir *nicht* jeden Kampf gegen den Imperialismus unterstützen dürfen. Einen Kampf reaktionärer Klassen gegen den Imperialismus werden wir *nicht* unterstützen, Aufstände reaktionärer Klassen gegen Imperialismus und Kapitalismus werden wir *nicht* unterstützen.

Wenn also der Autor die Notwendigkeit anerkennt, den Aufstand unterdrückter Nationen zu unterstützen (sich der Unterdrückung „aktiv widersetzen“ heißt den Aufstand unterstützen), dann erkennt der Autor damit die *Fortschrittlichkeit* des nationalen Aufstands an und, im Falle eines Erfolgs dieses Aufstands, auch die *Fortschrittlichkeit* der Bildung eines besonderen, neuen Staates, der Festsetzung neuer Grenzen usw.

Der Autor führt buchstäblich *keinen einzigen* seiner politischen Gedanken logisch zu Ende!

Der irische Aufstand von 1916, der stattfand, als unsere Thesen im „Vorboten“ Nr. 2 schon veröffentlicht waren, hat – nebenbei bemerkt – bewiesen, daß es nicht in den Wind geredet war, wenn wir sagten, daß nationale Aufstände *sogar* in Europa möglich sind!

## 6. DIE ÜBRIGEN VON P. KIJEWSKI BERÜHRTEN UND ENTSTELLTEN POLITISCHEN FRAGEN

Wir haben in unseren Thesen erklärt, daß die Befreiung der Kolonien nichts anderes ist als Selbstbestimmung der Nationen. Europäer vergessen häufig, daß die Kolonialvölker *auch* Nationen sind, eine derartige „Vergesslichkeit“ dulden heißt aber, den Chauvinismus dulden.

P. Kijewski „wendet ein“:

In den Kolonien reinen Typs „gibt es ein Proletariat im eigentlichen Sinne des Wortes *nicht*“ (Ende des Paragraphen c im Kap. II). „Für wen soll man dann ‚Selbstbestimmung‘ fordern? Für die koloniale Bourgeoisie? Für die Fellachen? Für die Bauern? Natürlich nicht. Hinsichtlich der Kolonien ist es für *Sozialisten* (hervorgehoben von P. Kijewski) töricht, die Lösung der Selbstbestimmung auszugeben, weil es überhaupt töricht ist,

Losungen einer Arbeiterpartei für Länder auszugeben, in denen es keine Arbeiter gibt.“

So furchtbar der Zorn P. Kijewskis auch sein mag, der unseren Standpunkt für „töricht“ erklärt, so wagen wir dennoch mit aller Ehrerbietung zu bemerken, daß seine Argumente falsch sind. Nur die „Ökonomen“ traurigen Angedenkens glaubten, daß die „Losungen einer Arbeiterpartei“ *nur* für die Arbeiter ausgegeben werden.\* Nein. Diese Losungen werden für die ganze werktätige Bevölkerung, für das ganze Volk ausgegeben. Im demokratischen Teil unseres Programms – über dessen Bedeutung P. Kijewski „überhaupt“ nicht nachgedacht hat – wenden wir uns speziell an das ganze Volk, und deshalb sprechen wir in diesem Teil des Programms vom „Volk“\*\*.

Wir haben erklärt, daß zu den kolonialen und halbkolonialen Völkern 1 Milliarde Menschen zählen, und P. Kijewski hat sich nicht die Mühe gemacht, diese unsere sehr konkrete Behauptung zu widerlegen. Von dieser 1 Milliarde leben mehr als 700 Millionen (China, Indien, Persien, Ägypten) in Ländern, in denen es Arbeiter *gibt*. Aber selbst für jene kolonialen Länder, in denen es keine Arbeiter gibt, sondern nur Sklavenhalter und Sklaven usw., ist es nicht nur *nicht* töricht, sondern sogar *Pflicht* eines jeden Marxisten, die Losung der „Selbstbestimmung“ aufzustellen. Mit ein wenig Überlegung wird P. Kijewski das wahrscheinlich verstehen, wie er verstehen wird, daß die Losung der „Selbstbestimmung“ immer „für“ zwei Nationen aufgestellt wird: für die unterdrückte und die *unterdrückende*.

Ein weiterer „Einwand“ P. Kijewskis:

„Deshalb beschränken wir uns bezüglich der Kolonien auf eine negative Losung, d. h. auf die Forderung der Sozialisten ihren Regierungen gegenüber: ‚Fort aus den Kolonien!‘ Diese im Rahmen des Kapitalismus

\* Wir raten P. Kijewski, die Schriften von A. Martynow und Co. aus den Jahren 1899–1901 nachzulesen. Er wird dort viele „seiner“ Argumente wiederfinden.

\*\* Einige merkwürdige Gegner der „Selbstbestimmung der Nationen“ machen uns gegenüber den Einwand, daß die „Nationen“ in Klassen gespalten sind! Diese „Marxisten“, die nur eine Karikatur auf Marxisten sind, machen wir gewöhnlich darauf aufmerksam, daß bei uns im demokratischen Teil des Programms von der „Selbtherrschaft des Volkes“ die Rede ist.

nicht realisierbare Forderung spitzt den Kampf gegen den Imperialismus zu, widerspricht aber nicht der Entwicklung, denn die sozialistische Gesellschaft wird nicht über Kolonien herrschen.“

Die Unfähigkeit oder der fehlende Wille des Autors, auch nur ein wenig über den theoretischen Inhalt politischer Losungen nachzudenken, ist geradezu erstaunlich! Ändert sich denn etwas, wenn wir an Stelle eines theoretisch präzisen politischen Begriffs eine agitatorische Phrase gebrauchen? Wenn man sich auf das „Fort aus den Kolonien“ beschränkt, so heißt das eben, daß man sich vor der theoretischen Analyse in eine agitatorische Phrase flüchtet! Jeder Agitator unserer Partei, der von der Ukraine, von Polen, Finnland u. a. spricht, hat das Recht, dem Zarismus („der eigenen Regierung“) zu sagen: „Fort aus Finnland usw.“, aber ein verständiger Agitator wird begreifen, daß man weder positive noch negative Losungen nur um der „Zuspitzung“ willen ausgeben kann. Nur Leute vom Schlage eines Alexinski konnten darauf beharren, daß man die „negative“ Losung „Fort aus der Schwarzhunderterduma“ mit dem Bestreben rechtfertigen könne, den Kampf gegen ein bestimmtes Übel „zuzuspitzen“.

Zuspitzung des Kampfes ist eine leere Phrase von Subjektivisten, die vergessen, daß der Marxismus zur Rechtfertigung jeder Losung die genaue Analyse sowohl der *ökonomischen* Wirklichkeit als auch der *politischen* Situation und der *politischen* Bedeutung dieser Losung fordert. Es ist nicht angenehm, das immer wiederkauen zu müssen, aber was tun, wenn man dazu gezwungen wird?

Eine theoretische Diskussion über eine theoretische Frage mit Agitationsparolen abzurechnen – diese Alexinski-Manier haben wir schon zur Genüge kennengelernt, aber es ist eine üble Manier. Der politische und ökonomische Inhalt der Losung „Fort aus den Kolonien“ ist dies und nur dies: die Freiheit der Lostrennung für die Kolonialvölker, die Freiheit der Bildung eines eigenen Staates! Wenn die *allgemeinen* Gesetze des Imperialismus, wie P. Kijewski meint, der Selbstbestimmung der Nationen entgegenstehen, sie zu einer Utopie, einer Illusion usw. usf. machen, wie kann man dann mir nichts dir nichts für die *Mehrheit* der Nationen der Welt eine Ausnahme von diesen allgemeinen Gesetzen machen? Es ist klar, daß die „Theorie“ P. Kijewskis eine Karikatur auf die Theorie ist.

Warenproduktion, Kapitalismus, Verbindungsfäden des Finanzkapitals gibt es in der überwältigenden Mehrheit der Kolonialländer. Wie kann

man Staaten und Regierungen imperialistischer Länder auffordern, sich „fort aus den Kolonien“ zu scheren, wenn das *vom Standpunkt* der Warenproduktion, des Kapitalismus und des Imperialismus eine „unwissenschaftliche“, *persönlich* von Lensch, Cunow u. a. „widerlegte“, „utopische“ Forderung ist?

Nicht die Spur einer *Überlegung* ist in den Betrachtungen des Autors zu finden!

„Nicht realisierbar“ ist die Befreiung der Kolonien *nur* in dem Sinn: „nicht realisierbar ohne eine Reihe von Revolutionen“, aber das hat sich der Autor nicht überlegt. Daß sie *in Verbindung* mit der sozialistischen Revolution in Europa realisierbar ist, das hat er sich nicht überlegt. Daß die „sozialistische Gesellschaft“ *nicht nur* über die Kolonien „nicht herrschen“ wird, sondern auch nicht über die unterdrückten Nationen *im allgemeinen*, das hat er sich nicht überlegt. Daß zwischen der „Herrschaft“ Rußlands über Polen und über Turkestan unter dem Gesichtspunkt der von uns behandelten Frage *weder* ein ökonomischer *noch* ein politischer Unterschied besteht, das hat er sich nicht überlegt. Daß sich die „sozialistische Gesellschaft“ *nur* in dem Sinn „fort aus den Kolonien“ zu scheren gedenkt, daß sie ihnen das *Recht* auf freie Lostrennung einräumt, aber *keineswegs* in dem Sinn, daß sie *ihnen die Lostrennung anempfiehlt*, das hat er sich nicht überlegt.

Wegen dieser Unterscheidung zwischen der Frage des Rechts auf Lostrennung und der, ob wir die Lostrennung empfehlen, hat uns P. Kijewski „Taschenspieler“ geschimpft, und um das Gesagte vor den Arbeitern „wissenschaftlich zu begründen“, schreibt er:

„Was wird ein Arbeiter denken, der einen Propagandisten fragt, wie sich ein Proletarier zur Frage der Unabhängigkeit der Ukraine“ (d. h. der politischen Selbständigkeit der Ukraine) „verhalten soll, wenn er die Antwort bekommt: Die Sozialisten kämpfen für das Recht auf Lostrennung und machen Propaganda gegen die Lostrennung?“

Ich glaube, daß ich diese Frage ziemlich genau beantworten kann, nämlich: Höchstwahrscheinlich wird jeder vernünftige Arbeiter *denken*, daß P. Kijewski *nicht zu denken versteht*.

Jeder vernünftige Arbeiter „wird denken“: Das ist ja derselbe P. Kijewski, der uns Arbeiter „Fort aus den Kolonien“ rufen lehrt. Das heißt, wir großrussischen Arbeiter sollen von unserer Regierung verlangen, daß

sie sich aus der Mongolei, aus Turkestan, aus Persien usw. fortscheren soll; die englischen Arbeiter sollen verlangen, daß sich die englische Regierung aus Ägypten, aus Indien, aus Persien fortschert, usw. Aber heißt das etwa, daß *wir* als Proletarier uns von den ägyptischen Arbeitern und Fellachen, von den mongolischen oder turkestanischen oder indischen Arbeitern und Bauern lostrennen *wollen*? Heißt das etwa, daß *wir* den werktätigen Massen der Kolonien raten sollen, sich vom klassenbewußten europäischen Proletariat „loszutrennen“? Nichts dergleichen. Wir waren, wir sind und werden immer für die engste Annäherung und Verschmelzung der klassenbewußten Arbeiter der fortgeschrittenen Länder mit den Arbeitern, Bauern und Sklaven *aller* unterdrückten Länder sein. Wir haben allen unterdrückten Klassen in allen unterdrückten Ländern, darunter auch in den Kolonien, immer geraten und werden ihnen immer raten, sich *nicht* von uns loszutrennen, sondern sich uns möglichst eng anzuschließen und sich mit uns zu verschmelzen.

Wenn wir von unserer Regierung verlangen, daß sie sich aus den Kolonien fortscheren soll – d. h., nicht mit einer Agitationsparole, sondern mit einem präzisen politischen Ausdruck von ihr fordern, daß sie den Kolonien volle *Freiheit* der Lostrennung, *wirkliches Recht auf Selbstbestimmung gewährt* –, wenn wir selber unbedingt dieses Recht realisieren, diese Freiheit gewähren werden, sobald wir die Macht erobert haben, so verlangen wir das von der gegenwärtigen Regierung nicht deshalb und werden es, sobald wir selbst die Regierung bilden, *keineswegs deswegen tun*, weil wir die Lostrennung „empfehlen“ wollen, sondern im Gegenteil, weil wir die *demokratische Annäherung* und Verschmelzung der Nationen erleichtern und beschleunigen wollen. Wir werden alle Anstrengungen machen, um eine Annäherung an die Mongolen, Perser, Inder, Ägypter und eine Verschmelzung mit ihnen zu erreichen, wir sind der Meinung, daß es unsere Pflicht ist und daß es in *unserem Interesse* liegt, dies zu tun, weil andernfalls der Sozialismus in Europa *nicht gesichert* sein wird. Wir werden uns bemühen, diesen Völkern, die noch rückständiger und unterdrückter sind als wir, „uneigennützig Kulturhilfe“ zu gewähren – um einen prächtigen Ausdruck der polnischen Sozialdemokraten zu gebrauchen –, d. h. ihnen beim Übergang zur Benutzung von Maschinen zwecks Erleichterung der Arbeit, zur Demokratie und zum Sozialismus behilflich zu sein.

Wenn wir die Freiheit der Lostrennung für die Mongolen, die Perser, die Ägypter und *alle* unterdrückten und nicht gleichberechtigten Nationen ohne Ausnahme fordern, so keineswegs deshalb, weil *wir* für ihre *Lostrennung* wären, sondern *nur* deshalb, weil *wir* für *freie und freiwillige*, gegen gewaltsame Annäherung und Verschmelzung sind. *Nur* deshalb!

Und in dieser Hinsicht sehen wir den *einzigsten* Unterschied zwischen dem mongolischen oder ägyptischen und dem polnischen oder finnischen Bauern und Arbeiter darin, daß die letzteren hochentwickelte Menschen sind, politisch erfahrener als die Großrussen, ökonomisch besser gerüstet usw., die deshalb ihre Völker – die heute mit vollem Recht die Großrussen ihrer Henkerrolle wegen hassen – sicherlich *sehr rasch* davon überzeugen werden, daß es unvernünftig ist, diesen Haß auf die *sozialistischen* Arbeiter und ein sozialistisches Rußland auszudehnen, daß der wirtschaftliche Vorteil ebenso wie der Instinkt und das Bewußtsein des Internationalismus und des Demokratismus die rascheste Annäherung und Verschmelzung aller Nationen in der sozialistischen Gesellschaft erfordern. Da die Polen und Finnen Menschen mit hohem Kulturniveau sind, werden sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach sehr schnell von der Richtigkeit dieser Erwägungen überzeugen, und die Lostrennung Polens und Finnlands kann nach dem Sieg des Sozialismus nur von sehr kurzer Dauer sein. Die auf einem viel niedrigeren Kulturniveau stehenden Fellachen, Mongolen, Perser werden sich möglicherweise auf längere Zeit lostrennen, aber wir werden bestrebt sein, diese Zeit, wie bereits gesagt, durch *eigennützige* Kulturhilfe abzukürzen.

Einen anderen Unterschied in unserer Stellung zu den Polen und zu den Mongolen *gibt es nicht* und kann es nicht geben. Es gibt *keinen* „Widerspruch“ und kann keinen Widerspruch geben zwischen der Propaganda der Freiheit der Lostrennung der Nationen und der festen Entschlossenheit, diese Freiheit zu verwirklichen, sobald *wir* die Regierung sein werden – und zwischen der Propaganda der Annäherung und Verschmelzung der Nationen. – – –

– – – Das ist es, was unserer Überzeugung nach jeder vernünftige Arbeiter, jeder wirkliche Sozialist, jeder wirkliche Internationalist über unsere Polemik mit P. Kijewski „denken wird“.\*

\* Offensichtlich hat P. Kijewski die Losung „Fort aus den Kolonien“ einigen deutschen und holländischen Marxisten einfach *nachgesprochen* und hat dabei

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen Artikel P. Kijewskis der Grundgedanke: Wozu die Freiheit der *Losstrennung* der Nationen propagieren und – sobald wir an der Macht sind – verwirklichen, wenn die ganze Entwicklung der *Verschmelzung* der Nationen zustrebt? Zu demselben Zweck, antworten wir, zu dem wir auch die Diktatur des Proletariats propagieren und sie – sobald wir an der Macht sind – verwirklichen werden, obwohl die ganze Entwicklung der Vernichtung jeder sich auf Gewalt stützenden Herrschaft eines Teils der Gesellschaft über den anderen zustrebt. Diktatur ist die Herrschaft eines Teils der Gesellschaft über die ganze Gesellschaft, und zwar eine unmittelbar auf Gewalt gestützte Herrschaft. Die Diktatur des Proletariats, als der einzigen bis zu Ende revolutionären Klasse, ist notwendig für den Sturz der Bourgeoisie und die Abwehr ihrer konterrevolutionären Anschläge. Die Frage der Diktatur des Proletariats ist so wichtig, daß jemand, der sie ablehnt oder nur in Worten anerkennt, nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein kann. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß es in einzelnen Fällen, als Ausnahme, z. B. in einem kleinen Staat, nachdem im großen Nachbarstaat die soziale Revolution gesiegt hat, *möglich* ist, daß die Bourgeoisie friedlich die Macht abtritt, wenn sie sich von der Aussichtslosigkeit des Widerstands überzeugt und es vorzieht, ihre Haut zu retten. Viel wahr-

nicht nur über den theoretischen Inhalt und die Bedeutung dieser Losung, sondern auch über die konkrete Besonderheit Rußlands nicht nachgedacht. Einem holländischen oder einem deutschen Marxisten kann man es noch, bis zu einem gewissen Grade, verzeihen, wenn er sich auf die Losung „Fort aus den Kolonien“ beschränkt, da erstens für die Mehrzahl der westeuropäischen Länder der *typische* Fall der Unterdrückung einer Nation eben die Unterdrückung von Kolonien ist und zweitens in den westeuropäischen Ländern der Begriff „Kolonie“ besonders klar, anschaulich und im praktischen Leben verwurzelt ist.

Aber in Rußland? Rußlands Besonderheit ist es gerade, daß der Unterschied zwischen „unseren“ „Kolonien“ und „unseren“ unterdrückten Nationen unklar, unkonkret und nicht im praktischen Leben verwurzelt ist!

So verzeihlich es wäre, wenn zum Beispiel ein deutschschreibender Marxist *diese* Besonderheit Rußlands vergäße, so wenig ist dies P. Kijewski zu verzeihen. Für einen russischen Sozialisten, der nicht nur *nachsprechen*, sondern auch *denken* will, müßte es klar sein, daß es in bezug auf Rußland besonders unsinnig wäre, irgendeine wesentliche Unterscheidung zwischen unterdrückten Nationen und Kolonien einführen zu wollen.

scheinlicher ist es allerdings, daß auch in den kleinen Staaten der Sozialismus *nicht* ohne Bürgerkrieg verwirklicht wird, und deshalb muß das Programm der internationalen Sozialdemokratie *einzig* die Anerkennung eines solchen Krieges sein, wenn auch Gewalt gegen Menschen nicht unserem Ideal entspricht. Dasselbe gilt *mutatis mutandis* (mit *entsprechenden* Änderungen) auch für die Nationen. Wir sind für ihre Verschmelzung, aber ohne die Freiheit der Lostrennung kann es von der gewaltsamen Verschmelzung, von den Annexionen, *gegenwärtig* keinen Übergang zur freiwilligen Verschmelzung geben. Wir erkennen – und das mit vollem Recht – den Vorrang des ökonomischen Faktors an, wenn man ihn aber à la P. Kijewski auslegen wollte, würde man den Marxismus in eine Karikatur verwandeln. Sogar die Trusts, sogar die Banken im modernen Imperialismus, die bei entwickeltem Kapitalismus gleichermaßen unvermeidlich sind, sind in ihrer konkreten Gestalt in den verschiedenen Ländern nicht gleich. Noch weniger gleich sind, trotz ihrer Wesensgleichheit, die politischen Formen in den fortgeschrittenen imperialistischen Ländern – Amerika, England, Frankreich, Deutschland. Dieselbe Mannigfaltigkeit wird auch auf dem Weg in Erscheinung treten, den die Menschheit vom heutigen Imperialismus zur morgigen sozialistischen Revolution zurücklegen wird. Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird zu dieser oder jener Form der Demokratie, zu dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens etwas Eigenes beitragen. Nichts wäre theoretisch jämmerlicher und in der Praxis lächerlicher, als sich „im Namen des historischen Materialismus“ in *dieser* Hinsicht die Zukunft grau in grau vorzustellen: das wäre so etwas wie die Pinseleien der Susdaler Ikonenmaler, nichts anderes. Selbst wenn die Wirklichkeit zeigen sollte, daß sich *bis* zum ersten Sieg des sozialistischen Proletariats nur ein Fünfhundertstel der heute unterdrückten Nationen befreit und lostrennt, daß sich *bis* zum letzten Sieg des sozialistischen Proletariats auf dem Erdball (d. h. während der wechselnden Situationen der schon begonnenen sozialistischen Revolution) auch nur ein Fünfhundertstel der unterdrückten Völker lostrennt, und das nur auf ganz kurze Zeit – *sogar* in diesem Fall haben wir sowohl theoretisch als auch praktisch-politisch recht, wenn wir den Arbeitern schon

jetzt raten, jene Sozialisten der unterdrückenden Nationen nicht über die Schwelle ihrer sozialdemokratischen Parteien zu lassen, die nicht die Freiheit der Lostrennung *aller* unterdrückten Nationen anerkennen und propagieren. Denn in Wirklichkeit wissen wir nicht und können wir nicht wissen, wie viele unterdrückte Nationen in der Praxis die Lostrennung brauchen werden, um ihr Scherflein zur Mannigfaltigkeit der *Formen* der Demokratie und der *Formen* des Übergangs zum Sozialismus beizutragen. Daß aber gegenwärtig die Ablehnung der Freiheit der Lostrennung ein maßloser theoretischer Betrug und praktisch ein Dienst für die Chauvinisten der unterdrückenden Nationen ist, das wissen, sehen und fühlen wir täglich.

„Wir betonen“, schreibt P. Kijewski in einer Anmerkung zu der von uns zitierten Stelle, „daß wir die Forderung ‚gegen gewaltsame Annexionen‘ unbedingt unterstützen . . .“

Auf unsere vollkommen eindeutige Erklärung, daß eine solche „Forderung“ gleichbedeutend ist mit der Anerkennung der Selbstbestimmung, daß man keine richtige Definition des Begriffs „Annexion“ geben kann, ohne ihn auf die Selbstbestimmung zurückzuführen, läßt der Autor kein Sterbenswörtchen verlauten! Er glaubt wohl, daß es für die Diskussion genügt, Thesen und Forderungen aufzustellen, ohne daß man sie zu beweisen braucht!

„. . . Überhaupt“, fährt er fort, „akzeptieren wir eine Reihe von Forderungen, die das Bewußtsein des Proletariats gegen den Imperialismus schärfen, durchaus in ihrer *negativen* Fassung, wobei es völlig unmöglich ist, die entsprechende *positive* Fassung zu finden, solange man auf dem Boden der bestehenden Ordnung bleibt. Gegen den Krieg, aber nicht für einen demokratischen Frieden . . .“

Das ist falsch, vom ersten bis zum letzten Wort. Der Autor hat unsere Resolution „Der Pazifismus und die Friedenslosigkeit“ (S. 44/45 der Broschüre „Sozialismus und Krieg“\*) gelesen und ihr, glaube ich, sogar zugestimmt, hat sie aber offensichtlich nicht verstanden. Wir sind für einen demokratischen Frieden, wir warnen die Arbeiter lediglich vor dem Betrug, daß er unter den heutigen, bürgerlichen Regierungen, „ohne eine Reihe von Revolutionen“, wie es in der Resolution heißt, möglich sei. Wir haben erklärt, daß es eine Irreführung der Arbeiter ist, wenn der Frieden

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 152. *Die Red.*

„abstrakt“ propagiert wird, d. h. ohne Berücksichtigung der wahren Klassennatur, genauer: der imperialistischen Natur der gegenwärtigen Regierungen der kriegführenden Länder. Wir haben in den Thesen der Zeitung „Sozial-Demokrat“ (Nr. 47) eindeutig erklärt, daß unsere Partei, wenn die Revolution sie noch im Laufe des gegenwärtigen Krieges an die Macht bringen sollte, sofort allen kriegführenden Ländern einen demokratischen Frieden anbieten würde.\*

P. Kijewski aber, der sich und anderen versichert, er sei „nur“ gegen die Selbstbestimmung, keineswegs jedoch gegen die Demokratie überhaupt, hat sich so weit verstiegen, daß er sagt, wir seien „nicht für einen demokratischen Frieden“. Ein Kuriosum, nicht wahr?

Es ist überflüssig, auf jedes der Beispiele einzugehen, die P. Kijewski im weiteren bringt, denn es lohnt nicht, Raum für die Widerlegung ebenso naiver logischer Fehler zu verschwenden, die bei jedem Leser ein Lächeln hervorrufen werden. Die Sozialdemokratie hat keine und kann keine einzige „negative“ Losung haben, die nur der „Schärfung des Bewußtseins des Proletariats gegen den Imperialismus“ dient, ohne gleichzeitig eine positive Antwort darauf zu geben, wie die Sozialdemokratie die entsprechende Frage lösen wird, wenn sie selbst an der Macht ist. Eine „negative“ Losung, die nicht mit einer bestimmten positiven Antwort verbunden ist, „schärft“ nicht das Bewußtsein, sondern stumpft es ab, denn eine derartige Losung ist leeres Gerede, bloßes Geschrei, inhaltslose Deklamation.

Den Unterschied zwischen Losungen, die ein politisches Übel, und denen, die ein ökonomisches Übel „negieren“ oder brandmarken, hat P. Kijewski nicht begriffen. Dieser Unterschied besteht darin, daß gewisse ökonomische Übel dem Kapitalismus schlechthin eigen sind, unabhängig von der Art seines politischen Überbaus, daß es ohne die Beseitigung des Kapitalismus ökonomisch unmöglich ist, diese Übel zu beseitigen, und daß kein einziges Beispiel für eine derartige Beseitigung angeführt werden kann. Politische Übel hingegen bestehen in Abweichungen vom Demokratismus, der ökonomisch „auf dem Boden der bestehenden Ordnung“, d. h. im Kapitalismus, durchaus möglich ist und ausnahmsweise im Kapitalismus auch verwirklicht wird: zu einem Teil in einem, zu einem anderen Teil in einem anderen Staat. Immer wieder zeigt es sich, daß der Autor

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 410. Die Red.

gerade die allgemeinen Bedingungen der Realisierbarkeit der Demokratie überhaupt nicht verstanden hat!

Dasselbe gilt für die Frage der Ehescheidung. Wir erinnern den Leser daran, daß diese Frage in der Diskussion über die *nationale* Frage zuerst von Rosa Luxemburg aufgeworfen wurde. Sie sprach die richtige Meinung aus, daß wir als sozialdemokratische Zentralisten bei der Verteidigung der Autonomie innerhalb des Staates (des Gebiets, der Provinz usw.) dafür eintreten müssen, die Entscheidung der wichtigsten Fragen des Staates, zu denen auch die Gesetzgebung über die *Ehescheidung* gehört, der zentralen Staatsmacht, dem zentralen Parlament zu überlassen. Das Beispiel der Ehescheidung zeigt anschaulich, daß man nicht Demokrat und Sozialist sein kann, ohne sofort die volle Freiheit der Ehescheidung zu fordern, denn das Fehlen dieser Freiheit bedeutet eine zusätzliche Fessel für das unterdrückte Geschlecht, für die Frau – wenn es auch keineswegs schwer ist, dahinterzukommen, daß die Anerkennung der *Freiheit* der Trennung vom Mann keine *Aufforderung* an alle Frauen ist, ihre Männer zu verlassen!

P. Kijewski „wendet ein“:

„Wie würde dieses Recht“ (auf Ehescheidung) „aussehen, wenn in *diesen* Fällen“ (in denen die Frau den Mann verlassen *möchte*) „die Frau es *nicht* realisieren könnte? Oder wenn diese Realisierung vom Willen *dritter* Personen oder, noch schlimmer, vom Willen von Anwärtern auf die ‚Hand‘ dieser Frau abhinge? Würden wir dann die Verkündigung eines *derartigen* Rechts erstreben? Selbstverständlich nicht!“

Dieser Einwand zeigt, daß die Beziehung zwischen der Demokratie *überhaupt* und dem Kapitalismus nicht im geringsten begriffen worden ist. Im Kapitalismus herrschen – nicht als Einzelfälle, sondern als typische Erscheinungen – solche Verhältnisse, die es den unterdrückten Klassen unmöglich machen, ihre demokratischen Rechte zu „realisieren“. Das Recht der Ehescheidung wird im Kapitalismus in der Mehrzahl der Fälle nicht realisierbar sein, denn das unterdrückte Geschlecht ist ökonomisch geknechtet, denn die Frau bleibt im Kapitalismus, wie die Demokratie auch geartet sein mag, die „Hausklavin“, die in Schlafzimmer, Kinderstube und Küche eingesperrte Sklavin. Das Recht, „eigene“ Volksrichter, Beamte, Lehrer, Geschworene usw. zu wählen, ist infolge der wirtschaftlichen Knechtung der Arbeiter und Bauern im Kapitalismus in der Mehrzahl der

Fälle ebenfalls nicht zu realisieren. Dasselbe gilt für die demokratische Republik: unser Programm „verkündet“ sie als „Selbstherrschaft des Volkes“, obwohl alle Sozialdemokraten sehr wohl wissen, daß im Kapitalismus selbst die demokratischste Republik nur zur Bestechung der Beamten durch die Bourgeoisie und zur Allianz von Börse und Regierung führt.

Nur Leute, die völlig unfähig sind zu denken oder denen der Marxismus völlig unbekannt ist, folgern daraus: Also ist die Republik nichts wert, die Freiheit der Ehescheidung nichts wert, die Demokratie nichts wert, die Selbstbestimmung der Nationen nichts wert! Die Marxisten aber wissen, daß die Demokratie die Klassenunterdrückung *nicht* beseitigt, sondern lediglich den Klassenkampf reiner, breiter, offener, schärfer gestaltet, und das ist es, was wir brauchen. Je vollständiger die Freiheit der Ehescheidung, um so klarer ist es der Frau, daß die Quelle ihrer „Hausklaverei“ der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Je demokratischer die Staatsordnung, um so klarer ist es den Arbeitern, daß die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Je vollständiger die nationale Gleichberechtigung (sie ist *nicht* vollständig ohne die Freiheit der Lostrennung), um so klarer ist den Arbeitern der unterdrückten Nationen, daß das Grundübel der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Und so weiter.

Und nochmals: Es ist peinlich, das Abc des Marxismus wiederkauen zu müssen, aber was tun, wenn P. Kijewski es nicht kennt?

P. Kijewski spricht über die Ehescheidung ungefähr so, wie es Semkowski, einer der Auslandssekretäre des OK<sup>24</sup>, soviel ich mich entsinne im Pariser „Golos“<sup>25</sup>, getan hat. Allerdings, argumentierte Semkowski, ist die Freiheit der Ehescheidung keine Aufforderung an alle Frauen, ihre Männer zu verlassen, aber wenn man einer Frau zu beweisen sucht, daß alle anderen Männer besser seien als der Mann der betreffenden Dame, dann läuft es auf dasselbe hinaus!!

Semkowski vergaß bei seiner Argumentation, daß eine Narretei keine Verletzung der Pflichten eines Sozialisten und Demokraten ist. Wenn Semkowski irgendeiner Frau einreden würde, daß alle anderen Männer besser seien als der ihre, so würde das niemand als eine Verletzung der Pflichten eines Demokraten auffassen; man würde höchstens sagen: Keine große Partei ohne große Narren! Aber wenn es Semkowski einfiel, einen Menschen zu verteidigen und ihn Demokrat zu nennen, der die Freiheit

der Ehescheidung ablehnt, der z. B. gegen seine Frau, die ihn verlassen will, die Justiz, die Polizei oder die Kirche in Bewegung setzt, dann wird – so glauben wir – sogar die Mehrzahl der Kollegen Semkowskis im Auslandssekretariat, obwohl sie nicht die besten Sozialisten sind, mit ihm nicht solidarisch sein!

Sowohl Semkowski als auch P. Kijewski haben über die Scheidung „geredet“, haben gezeigt, daß sie die Frage nicht verstehen, und haben den Kern der Sache umgangen: Genauso wie ausnahmslos alle demokratischen Rechte ist das Recht auf Ehescheidung im Kapitalismus schwer realisierbar, trägt es einen bedingten, begrenzten, eng formalen Charakter, und trotzdem wird ein anständiger Sozialdemokrat diejenigen, die dieses Recht ablehnen, nicht als Sozialisten, ja nicht einmal als Demokraten betrachten. Und das ist der Kern der Sache. Die ganze „Demokratie“ besteht in der Proklamierung und Realisierung von „Rechten“, die im Kapitalismus nur sehr begrenzt und sehr bedingt realisiert werden können, ohne diese Proklamierung aber und ohne den unmittelbaren, sofortigen Kampf um diese Rechte, ohne die Erziehung der Massen im Sinne eines solchen Kampfes ist der Sozialismus *unmöglich*.

Weil P. Kijewski das nicht begriffen hat, hat er in seinem Artikel auch die Hauptfrage umgangen, die zu seinem speziellen Thema gehört, nämlich die Frage: *Wie* werden wir Sozialdemokraten die nationale Unterdrückung beseitigen? P. Kijewski hat sich mit Phrasen begnügt, z. B., wie die Welt „von Blut überströmt“ sein wird usw. (was mit der Sache gar nichts zu tun hat). Geblieben ist faktisch nur eins: Die sozialistische Revolution wird alles lösen! Oder, wie manchmal Anhänger der Auffassungen P. Kijewskis sagen: Die Selbstbestimmung ist im Kapitalismus unmöglich und im Sozialismus überflüssig.

Theoretisch ist das eine unsinnige, praktisch-politisch eine chauvinistische Auffassung. Diese Auffassung zeugt davon, daß man die Bedeutung der Demokratie nicht begreift. Der Sozialismus ist in zweifachem Sinne ohne die Demokratie unmöglich: 1. das Proletariat wird die sozialistische Revolution nicht durchführen können, wenn es sich nicht durch den Kampf für die Demokratie auf die Revolution vorbereitet; 2. ohne restlose Verwirklichung der Demokratie kann der siegreiche Sozialismus seinen Sieg nicht behaupten und das Absterben des Staates für die Menschheit nicht Wirklichkeit werden lassen. Wenn man daher sagt: Im Sozia-

lismus ist die Selbstbestimmung überflüssig, so ist das ein ebensolcher Unsinn, eine ebenso heillose Konfusion, als wenn man sagen würde: Im Sozialismus ist die Demokratie überflüssig.

Die Selbstbestimmung ist im Kapitalismus *nicht* unmöglicher als die Demokratie überhaupt und im Sozialismus *im selben Grade* überflüssig wie die Demokratie überhaupt.

Die ökonomische Umwälzung schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Vernichtung *aller* Arten politischer Unterdrückung. Eben deshalb ist es unlogisch, ist es falsch, sich mit dem Hinweis auf die ökonomische Umwälzung zu begnügen, wenn es um die Frage geht: *Wie* ist die nationale Unterdrückung zu beseitigen? Ohne die ökonomische Umwälzung kann man sie nicht beseitigen. Stimmt. Aber sich darauf *beschränken* – das ist lächerlicher und armseliger imperialistischer „Ökonomismus“.

Die nationale *Gleichberechtigung* ist herzustellen; die gleichen „Rechte“ aller Nationen sind zu verkünden, zu formulieren und zu verwirklichen. Damit sind *alle* einverstanden, außer etwa P. Kijewski. Aber hier erhebt sich eben die Frage, die umgangen wird: Ist nicht die Ablehnung des *Rechts* auf einen eigenen nationalen Staat die Ablehnung der Gleichberechtigung?

Natürlich ist sie das. Und die konsequente, *das heißt* sozialistische Demokratie verkündet, formuliert und verwirklicht dieses Recht, ohne das es keinen Weg zur vollen und freiwilligen Annäherung und Verschmelzung der Nationen gibt.

## 7. SCHLUSS. ALEXINSKI-METHODEN

Wir sind bei weitem nicht auf alle Argumente P. Kijewskis eingegangen. Auf *alle* einzugehen hätte bedeutet, einen Artikel zu schreiben, der fünfmal so lang geworden wäre wie dieser, denn bei P. Kijewski ist nicht *ein* richtiges Argument zu finden. *Richtig* ist bei ihm – wenn nicht in den Zahlen Fehler stecken – nur eine Anmerkung, in der Zahlen über die Banken angeführt werden. Alles andere ist ein unmögliches, konfuses Durcheinander, gespickt mit Phrasen wie „den Pfahl in den bebenden Leib stoßen“, „über die siegreichen Helden werden wir nicht nur zu Gericht sitzen, sondern werden sie auch zum Tode und zur Vernichtung verurteilen“, „in grausamsten Konvulsionen wird eine neue Welt geboren

werden“, „nicht von Urkunden und Rechten, nicht von der Verkündung der Freiheit der Völker wird die Rede sein, sondern von der Herstellung wirklich freier Beziehungen, von der Zerstörung jahrhundertealter Knechtschaft, von der Vernichtung der sozialen Unterdrückung im allgemeinen und der nationalen im besonderen“ usw. usf.

Diese Phrasen verdecken und verraten zweierlei „Dinge“: Erstens liegt ihnen die „Idee“ eines *imperialistischen Okonomismus* zugrunde, einer ebenso mißgestalteten Karikatur auf den Marxismus, eines ebenso totalen Nichtverstehens des Verhältnisses zwischen Sozialismus und Demokratie, wie es der „Okonomismus“ traurigen Angedenkens von 1894 bis 1902 war.

Zweitens sehen wir in diesen Phrasen deutlich eine Wiederholung der Methoden Alexinskis, und darauf muß man besonders eingehen, denn P. Kijewski hat einen speziellen Paragraphen seines Artikels von Anfang bis Ende *ausschließlich* auf diesen Methoden aufgebaut (Kap. II, § e: „Die Sonderstellung der Juden“).

Schon auf dem Londoner Parteitag 1907 distanzieren sich die Bolschewiki wiederholt von Alexinski, wenn er theoretische Argumente damit beantwortete, daß er sich in die Pose des Agitators warf und, überhaupt nicht zur Sache sprechend, tönende Phrasen über irgendeine Art der Ausbeutung und Unterdrückung in den Saal schrie: „Na, jetzt geht das Geschrei los“, pflegten unsere Delegierten in solchen Fällen zu sagen. Und dieses „Geschrei“ hat Alexinski zu nichts Gutem geführt.

Genau solch ein „Geschrei“ hören wir von P. Kijewski. Da er nicht weiß, was er auf eine Reihe theoretischer Fragen und Gedanken, die in den Thesen dargelegt wurden, antworten soll, wirft er sich in die Pose des Agitators, fängt zu schreien an und drischt Phrasen über die Unterdrückung der Juden, obwohl jedem einigermaßen denkfähigen Menschen klar sein muß, daß weder die Judenfrage im allgemeinen noch all das „Geschrei“ P. Kijewskis die geringste Beziehung zum Thema haben.

Alexinski-Methoden pflegen zu nichts Gutem zu führen.

*Geschrieben August–Oktober 1916.*

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Swesda“ (Der Stern) Nr. 1 und 2.  
Unterschrift: W. L e n i n.

*Nach dem Manuskript, verglichen mit einer von Lenin korrigierten maschinengeschriebenen Abschrift.*

## DAS MILITÄRPROGRAMM DER PROLETARISCHEN REVOLUTION<sup>26</sup>

In Holland, Skandinavien, in der Schweiz hört man aus der Mitte der revolutionären Sozialdemokraten, die gegen die Lüge der Sozialchauvinisten von der „Landesverteidigung“ in diesem imperialistischen Kriege kämpfen, Stimmen, man solle den alten Punkt des sozialdemokratischen Minimalprogramms: „Miliz“ oder „Volksbewaffnung“ durch einen neuen ersetzen: „Entwaffnung“. Die „Jugend-Internationale“ eröffnete die Diskussion über diese Frage und brachte in Nr. 3 einen redaktionellen Artikel für die Entwaffnung. In den neuesten Thesen des Genossen R. Grimm<sup>27</sup> ist leider auch der Entwaffnungsidee eine Konzession gemacht worden. In den Revuen „Neues Leben“<sup>28</sup> und „Vorbote“ ist die Diskussion eröffnet. Wir wollen die Argumente der Entwaffnungsanhänger untersuchen.

### I

Das grundlegende Argument besteht darin, die Forderung der Entwaffnung sei der klarste, entschiedenste, konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg.

In diesem grundlegenden Argument besteht eben der Grundirrtum der Entwaffnungsanhänger. Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.

Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. Die Bourgeoisie der „großen“ imperialistischen Mächte ist durch und durch reaktionär geworden, und wir erkennen den Krieg, den *diese* Bourgeoisie jetzt führt, für einen reaktionären, sklaven-

halterischen, verbrecherischen Krieg an. Nun, wie steht es aber mit einem Kriege gegen diese Bourgeoisie? Zum Beispiel mit einem Kriege der von dieser Bourgeoisie unterdrückten, von ihr abhängigen oder kolonialen Völker für ihre Befreiung? In den „Leitsätzen“ der Gruppe „Internationale“ lesen wir in Paragraph 5: „In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben.“ Das ist offenbar unrichtig.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, dieses Jahrhunderts des „entfesselten Imperialismus“, ist voll von Kolonialkriegen. Aber das, was wir Europäer, imperialistische Unterdrücker der Mehrzahl der Völker der Welt, mit dem uns eigentümlichen niederträchtigen europäischen Chauvinismus „Kolonialkriege“ nennen, das sind oft nationale Kriege oder nationale Aufstände von seiten dieser unterdrückten Völker. Eine der grundlegendsten Eigenschaften des Imperialismus besteht eben darin, daß er die Entwicklung des Kapitalismus in den rückständigsten Ländern beschleunigt und dadurch den Kampf gegen die nationale Unterdrückung ausbreitet und verschärft. Das ist Tatsache. Und daraus folgt unvermeidlich, daß der Imperialismus nationale Kriege öfters erzeugen muß. Junius, der in seiner Broschüre die genannten „Leitsätze“ verteidigt, sagt, in der imperialistischen Epoche führe jeder nationale Krieg gegen eine von den imperialistischen Großmächten zum Eingreifen einer andern, mit der ersten konkurrierenden, ebenfalls imperialistischen Großmacht, und dadurch werde jeder nationale Krieg in einen imperialistischen verwandelt. Dieses Argument ist aber auch unrichtig. Es kann so sein, es ist aber nicht immer so. Mehrere Kolonialkriege in den Jahren 1900 bis 1914 gingen nicht diesen Weg. Und es wäre einfach lächerlich, wenn wir erklärten, daß z. B. nach dem jetzigen Krieg, wenn er mit der äußersten Erschöpfung der kriegführenden Länder endigt, es „keinen“ nationalen, fortschrittlichen, revolutionären Krieg meinetwegen seitens Chinas im Bunde mit Indien, Persien, Siam usw. gegen die Großmächte geben „kann“.

Die Verneinung jeder Möglichkeit nationaler Kriege unter dem Imperialismus ist theoretisch unrichtig, historisch offenkundig falsch, praktisch gleicht sie dem europäischen Chauvinismus: Wir, die wir zu den Nationen gehören, die Hunderte Millionen Menschen in Europa, Afrika, Asien usw. unterdrücken, wir sollen den unterdrückten Völkern erklären, ihr Krieg gegen „unsere“ Nationen sei „unmöglich“!

Zweitens. Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.

Drittens schließt der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus geht höchst ungleichmäßig in den verschiedenen Ländern vor sich. Das kann nicht anders sein bei der Warenproduktion. Daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung: Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in *allen* Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muß nicht nur Reibungen, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie. Engels hatte vollständig recht, als er in seinem Briefe an Kautsky vom 12. September 1882<sup>29</sup> ausdrücklich die *Möglichkeit* von „Verteidigungskriegen“ des Sozialismus, *der schon gesiegt hat*, anerkannte. Er meinte nämlich die Verteidigung des siegreichen Proletariats gegen die Bourgeoisie anderer Länder.

Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriert haben, werden Kriege unmöglich werden. Und es ist wissenschaftlich gar nicht richtig – und gar nicht revolutionär –, wenn wir eben das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das am meisten Kampf Erfordernde im *Übergange* zum Sozialismus umgehen oder vertuschen. Die „sozialen“ Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie von erbitterten Klassenkämpfen und *Klassenkriegen*, um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen.

Wir dürfen uns nicht durch Worte täuschen lassen. Zum Beispiel ist der Begriff „Landesverteidigung“ manchem verhaßt, weil dadurch die offenen Opportunisten und die Kautskyner die Lüge der Bourgeoisie im gegebenen Räuberkrige verdecken und vertuschen. Das ist Tatsache. Aber daraus folgt nicht, daß wir verlernen sollen, über die Bedeutung der politischen Schlagworte nachzudenken. „Landesverteidigung“ im gegebenen Kriege anerkennen heißt diesen Krieg für einen „gerechten“, dem Interesse des Proletariats dienlichen halten, weiter nichts und abermals nichts. Denn Invasion ist in keinem Kriege ausgeschlossen. Es wäre einfach dumm, „Landesverteidigung“ seitens unterdrückter Völker in ihrem Kriege gegen die imperialistischen Großmächte oder seitens des siegreichen Proletariats in seinem Kriege gegen irgendeinen Galliffet eines bürgerlichen Landes nicht anerkennen zu wollen.

Es wäre theoretisch grundfalsch, zu vergessen, daß jeder Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln ist; der jetzige imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik zweier Gruppen von Großmächten, und diese Politik wurde durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt. Aber dieselbe Epoche muß notwendig die Politik des Kampfes gegen nationale Unterdrückung und des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugen und daher die Möglichkeit und die Unvermeidlichkeit erstens der revolutionären nationalen Aufstände und Kriege, zweitens der Kriege und Aufstände des Proletariats gegen die Bourgeoisie, drittens der Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen usw.

## II

Dazu kommt noch eine weitere allgemeine Erwägung. Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß außer dem Klassenkampfe keine Rettung daraus möglich und denkbar ist. In jeder Klassengesellschaft, sie möge auf der Sklaverei, Leib-

eigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruhen, ist die *unterdrückende Klasse bewaffnet*. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die *heutige Miliz*, die schweizerische auch nicht ausgenommen, ist Bewaffnung der Bourgeoisie *gegen* das Proletariat. Ich glaube, diese elementare Wahrheit nicht beweisen zu brauchen; es genügt, Militäraufgebote während der Streiks in *allen* kapitalistischen Ländern zu erwähnen.

Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die „Forderung“ der „Entwaffnung“ aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren *und zu entwaffnen* – das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die *ganze objektive Entwicklung* des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, fundiert und gelehrt wird. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher *dann – aber nicht früher – tun* wird.

Und wenn der heutige Krieg bei reaktionären Sozialpfaffen, bei weinerlichen Kleinbürgern nur Schrecken, nur Erschrockenheit, nur Abscheu vor Waffengebrauch, Tod, Blut usw. erzeugt, so sagen wir dagegen: Die kapitalistische Gesellschaft war und ist *immer ein Schrecken ohne Ende*. Und wenn jetzt dieser Gesellschaft durch diesen reaktionärsten aller Kriege ein *Ende mit Schrecken* bereitet wird, so haben wir keinen Grund, zu verzweifeln. Nichts anderes als Ausfluß der Verzweiflung ist objektiv die Predigt, die „Forderung“ – besser so sagen: der Traum – von der „Entwaffnung“ in jetziger Zeit, wenn offen, vor aller Augen der einzig legitime und revolutionäre Krieg, der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie, durch diese Bourgeoisie selber vorbereitet wird.

Wer das für eine „graue Theorie“, „bloße Theorie“ hält, den erinnern wir an zwei weltgeschichtliche *Tatsachen*: an die Rolle der Trusts und der Fabrikarbeit der Frauen einerseits, an die Kommune 1871 und die Dezebembertage 1905 in Rußland anderseits.

Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir „unterstützen“ diese Entwicklung nicht, wir „fordern“ so etwas nicht, wir kämpfen dagegen. Aber *wie* kämpfen wir? Wir erklären, die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen sind *progressiv*. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trusts usw. hinaus und durch sie zum Sozialismus.

Das gleiche gilt, *mutatis mutandis*, von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische – und andere – Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: Desto besser! Nur immer schneller voran – je schneller, desto näher ist der bewaffnete Aufstand gegen den Kapitalismus. Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern oder entmutigen lassen, wenn sie das Beispiel der Kommune nicht vergessen. Es ist doch keine „Theorie“, kein Traum, sondern Tatsache. Und es wäre wirklich zum Verzweifeln, wenn die Sozialdemokraten allen ökonomischen und politischen Tatsachen zum Trotz daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und *die* imperialistischen *Kriege* naturnotwendig, unvermeidlich zur Wiederholung *dieser* Tatsachen führen *müssen*.

Es war ein bürgerlicher Beobachter der Kommune, der im Mai 1871 in einer englischen Zeitung schrieb: „Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation.“ Die Frauen und die Jugend vom 13. Jahr an kämpften während der Kommune neben den Männern, und es wird nicht anders sein in kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder gar nicht bewaffneten Proletarier niederschießt, sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen, und aus der heutigen „erschrockenen“ oder entmutigten Nation – richtiger: aus der heutigen, durch die Opportunisten mehr als durch die Regierungen desorganisierten Arbeiterbewegung – wird ganz sicher, früher oder später, aber ganz sicher ein internationaler Bund „schrecklicher Nationen“ des revolutionären Proletariats erstehen.

Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles. Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuteilung der Welt – er *muß* daher zur weitem Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen. Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun?? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, mit solcher schändlichen Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:

„Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische – das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Räuberkrige geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines ‚eigenen‘ Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch das Besiegen der Bourgeoisie und *deren* Entwaffnung ein Ende zu bereiten.“

Wenn man nicht eine solche Propaganda und eben eine solche im Zusammenhang mit dem jetzigen Kriege treiben will, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialen Revolution, von dem Kriege gegen den Krieg im Munde zu führen.

### III

Die Anhänger der Entwaffnung sind gegen die Volksbewaffnung unter anderem auch deshalb, weil die letztere Forderung leichter zu Konzessionen an den Opportunismus führen soll. Wir haben das Wichtigste untersucht: das Verhältnis der Entwaffnung zum Klassenkampfe und zu der sozialen Revolution. Jetzt wollen wir die Frage des Verhältnisses zum Opportunismus untersuchen. Einer der wichtigsten Gründe für die Unannehmbarkeit der Forderung der Entwaffnung besteht eben darin, daß durch diese Forderung und die dadurch unvermeidlich entstehenden Illusionen unser Kampf gegen den Opportunismus geschwächt und entkräftet wird.

Kein Zweifel, dieser Kampf steht auf der Tagesordnung in der Internationale. Der Kampf gegen den Imperialismus, wenn dieser Kampf nicht

unzertrennlich mit dem Kampfe gegen den Opportunismus verbunden ist, ist hohle Phrase oder ein Betrug. Einer der Hauptfehler von Zimmerwald und Kienthal<sup>30</sup> und eine der Hauptursachen des möglichen Fiaskos dieser Keime der dritten Internationale bestehen eben darin, daß die Frage vom Kampfe gegen den Opportunismus nicht offen gestellt worden ist, geschweige denn entschieden im Sinne des unvermeidlichen Bruches mit den Opportunisten. Der Opportunismus hat – für eine gewisse Zeit – gesiegt in der europäischen Arbeiterbewegung. In allen größeren Ländern bildeten sich zwei Hauptschattierungen desselben: erstens der offene, zynische und darum weniger gefährliche Sozialimperialismus der Plechanows, Scheidemänner, Legiens usw., Albert Thomas und Sembat, Vandervelde, Hyndman, Henderson usw.; zweitens der verdeckte kautskyanische: Kautsky–Haase und „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“<sup>31</sup> in Deutschland, Longuet, Pressemane, Mayéras usw. in Frankreich, Ramsay MacDonald und andere Führer der „Unabhängigen Arbeiterpartei“<sup>32</sup> in England, Martow, Tschcheidse usw. in Rußland, Treves und andere sogenannte linke Reformisten in Italien.

Der offene Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die Revolution und gegen die beginnenden revolutionären Bewegungen und Ausbrüche, im direkten Bunde mit den Regierungen, mögen die Formen dieses Bündnisses verschieden sein: von einer Teilnahme an der Regierung an bis zur Teilnahme an Kriegsindustriekomitees (in Rußland)<sup>33</sup>. Die verdeckten Opportunisten, die Kautskyaner, sind für die Arbeiterbewegung viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bundes und der „Einigkeit“ mit den ersteren durch wohlklingende „marxistische“ Worte und „Friedens“losungen verdecken und plausibel machen. Der Kampf gegen beide Formen des herrschenden Opportunismus kann nur auf allen Gebieten der proletarischen Politik geführt werden: parlamentarische Tätigkeit, Gewerkschaften, Streiks, Wehrfragen usw. Die *Haupt-eigentümlichkeit* aber, die beide Formen des herrschenden Opportunismus auszeichnet, besteht darin, daß man die *konkreten Fragen der Revolution* und die allgemeine Frage vom *Zusammenhange des jetzigen Krieges mit der Revolution* verschweigt, vertuscht oder im Polizeisinne „beantwortet“. Und das – nachdem man unmittelbar vor diesem Kriege unzählige Male inoffiziell und im Basler Manifest<sup>34</sup> offiziell ganz unzweideutig auf den Zusammenhang eben *dieses* kommenden Krieges mit der proletarischen

Revolution hingewiesen hatte! Und der Hauptfehler der Forderung der Entwaffnung ist auch der, daß alle konkreten Fragen der Revolution dadurch umgangen werden. Oder sind etwa die Entwaffnungsanhänger für eine ganz neue Art entwaffneter Revolution?

Weiter. Wir sind absolut nicht gegen den Kampf um Reformen. Wir wollen nicht die unangenehme Möglichkeit ignorieren, daß die Menschheit im schlimmsten Falle noch einen zweiten imperialistischen Krieg durchmachen wird, wenn die Revolution trotz den mehrfachen Ausbrüchen der Massengärung und Massenempörung und trotz unseren Bemühungen aus *diesem* Kriege noch nicht geboren wird. Wir sind Anhänger eines Reformprogrammes, das auch gegen die Opportunisten gerichtet werden muß. Die Opportunisten wären nur froh, wenn wir ihnen allein den Kampf um Reformen überließen, uns selbst aber in ein Wolkenkuckucksheim einer „Entwaffnung“ vor der schlechten Wirklichkeit drücken. Entwaffnung ist nämlich Flucht aus der schlechten Wirklichkeit, kein Kampf gegen sie.

In so einem Programm würden wir etwa sagen: „Die Parole und die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung in dem imperialistischen Kriege 1914–1916 ist nur Korruption der Arbeiterbewegung durch eine bürgerliche Lüge.“ So eine konkrete Antwort auf eine konkrete Frage würde theoretisch richtiger, für das Proletariat viel nützlicher, für die Opportunisten viel unerträglicher sein als die Forderung der Entwaffnung und die Absage an „jede“ Landesverteidigung! Und wir könnten hinzufügen: „Die Bourgeoisie aller imperialistischen Großmächte, Englands, Frankreichs, Deutschlands, Österreichs, Rußlands, Italiens, Japans, der Vereinigten Staaten, ist so reaktionär geworden und vom Streben zur Weltbeherrschung durchdrungen, daß *jeder* Krieg seitens der *Bourgeoisie dieser* Länder nur reaktionär sein kann. Das Proletariat soll nicht nur gegen jeden solchen Krieg sein, sondern auch die Niederlage ‚seiner‘ Regierung in solchen Kriegen wünschen und zur revolutionären Erhebung benutzen, wenn eine solche Erhebung zur Verhinderung des Krieges mißlingt.“

Was die Miliz betrifft, so würden wir sagen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Deshalb keinen Mann und keinen Groschen nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz auch in solchen Ländern wie die Vereinigten

Staaten, die Schweiz, Norwegen usw., um so mehr, als wir selbst in den freiesten republikanischen Staaten (z. B. in der Schweiz) die fortschreitende Verpreußung der Miliz, besonders seit 1907 und 1911, und deren Prostituiertung zu Militäraufgeboten gegen die Streiks sehen. Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch die Mannschaften, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen (besonders wichtig für imperialistische Länder, die fremde Arbeiter in steigender Zahl, wie z. B. die Schweiz, schamlos ausbeuten und rechtlos machen), weiter das Recht jeder, sagen wir, hundert Einwohner des Staates, freie Vereinigungen zur Erlernung des Kriegshandwerks zu bilden, freie Wahl der Instruktooren, Entschädigung derselben auf Staatskosten usw. Nur so könnte das Proletariat alles Militärische wirklich für sich und nicht für seine Sklavenhalter erlernen, was absolut in seinem Interesse liegt. Und jeder Erfolg, sei es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung – z. B. Eroberung einer Stadt, eines Industrieortes, eines Teiles der Armee –, wird naturnotwendig, das hat auch die russische Revolution bewiesen, dazu führen, daß das siegreiche Proletariat eben dieses Programm zu verwirklichen gezwungen sein wird.

Endlich kann man natürlich den Opportunismus mit bloßen Programmen niemals besiegen, sondern nur mit Aktion. Der größte und verhängnisvollste Fehler der zusammengebrochenen zweiten Internationale bestand darin, daß man Worte und Taten trennte, Heuchelei und revolutionäre Phrase (siehe das jetzige Verhältnis von Kautsky und Cie. zum Basler Manifest) gewissenlos förderte. Entwaffnung als soziale Idee, d. h. eine solche Idee, die von irgendeiner sozialen Umgebung geboren ist und auf eine soziale Umgebung wirken kann und nicht nur eine persönliche Schrulle bleibt, entspringt offenbar aus den kleinlichen und ausnahmsweise „ruhigen“ Verhältnissen einiger Kleinstaaten, die abseits der blutigen Weltstraße des Krieges liegen und weiter zu liegen hoffen. Man betrachte die Argumentation der norwegischen Entwaffnungsanhänger: Wir sind klein, unser Heer ist klein, wir können nichts gegen Großmächte (und darum auch nichts gegen die gewalttätige Einbeziehung in einen imperialistischen Bund mit irgendeiner Gruppe der Großmächte . . .), wir wollen ruhig bleiben in unserem Winkel und Winkelpolitik treiben, wir fordern Entwaffnung, bindende Schiedsgerichte, „permanente“ (etwa wie für Belgien?) Neutralität usw.

Kleinstaatliches Beiseite-sein-Wollen, kleinbürgerliches Streben, von großen Weltkämpfen fernzubleiben, seine etwaige Monopolstellung zum engherzigen Passivsein ausnützen – das ist die *objektive* gesellschaftliche Umgebung, die der Idee der Entwaffnung einen gewissen Erfolg und Verbreitung in einigen Kleinstaaten sichern kann. Natürlich ist solches Streben illusionär und reaktionär, der Imperialismus wird sowieso die Kleinstaaten in den Wirbel der Weltwirtschaft und der Weltpolitik einbeziehen.

Der Schweiz sind z. B. durch ihre imperialistische Umgebung zwei Linien der Arbeiterbewegung objektiv vorgeschrieben: Die Opportunisten streben im Bunde mit der Bourgeoisie danach, aus der Schweiz einen republikanisch-demokratischen Verein zum Profitempfangen von den Touristen der imperialistischen Bourgeoisie zu machen und die „ruhige“ Monopolstellung recht hübsch und ruhig zu wahren. Wir wirklichen Sozialdemokraten der Schweiz streben danach, die relative Freiheit und die „internationale“ Lage der Schweiz dazu auszunützen, um dem engern Bunde der revolutionären Elemente in den Arbeiterparteien Europas zum Siege zu verhelfen. Die Schweiz spricht Gott sei Dank keine „selbständige“ Sprache, sondern drei Weltsprachen, und zwar solche, die in angrenzenden kriegführenden Staaten gesprochen werden. Wenn 20 000 Mitglieder aus der schweizerischen Partei zwei Rappen wöchentlich „Extraktionssteuer“ zahlen – man würde z. B. 20 000 Franken jährlich bekommen –, mehr als genug, um in drei Sprachen für die Arbeiter und für die Soldaten in kriegführenden Ländern alles das periodisch zu publizieren, und dem Verbote der Generalstäbe zum Trotz zu verbreiten, was die Wahrheit enthält: über die beginnende Erhebung der Arbeiter, deren Verbrüderung in Schützengräben, deren Aussichten auf revolutionäre Waffenbenutzung gegen die imperialistische Bourgeoisie ihrer „eigenen“ Länder usw.

Das ist nicht neu. Das wird eben durch die besten Zeitungen, „La Sentinelle“, „Volksrecht“, „Berner Tagwacht“<sup>35</sup>, schon gemacht, nur leider in nicht genügendem Maße. Nur durch solche Tätigkeit kann der schöne Beschluß des Aarauer Parteitages<sup>36</sup> zu etwas mehr als einem schönen Beschluß gemacht werden. Und es genügt, die Frage zu stellen: Entspricht *dieser* Richtung der sozialdemokratischen Arbeit die „Entwaffnungs“-forderung?

Offenbar nicht. Objektiv entspricht die Entwaffnung der opportunistischen, engnationalen, beschränkt kleinstaatlichen Linie der Arbeiterbewegung. Objektiv ist die Entwaffnung das nationalste, das spezifisch nationale Programm der Kleinstaaten, kein internationales Programm der internationalen revolutionären Sozialdemokratie.

*Geschrieben im September 1916.*

*Zuerst veröffentlicht im September  
und Oktober 1917 in der Zeitschrift  
„Jugend-Internationale“ Nr. 9 und 10.  
Unterschrift: N. Lenin.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Text der Zeitschrift.*

## AUF DEM HOLZWEGE

In Nr. 1 des vom „Bund“ herausgegebenen „Bjulleten“<sup>37</sup> (September 1916) lesen wir im Brief eines Bundisten aus Petersburg vom 26. II. 1916:

„Die Schwierigkeiten, die sich der Annahme der Formel der Vaterlandsverteidigung entgegenstellen, vergrößern sich für uns um ein Vielfaches dadurch, daß gerade wir auf keinen Fall die polnische Frage mit Schweigen übergehen können, wie das bis jetzt unsere russischen Genossen tun.“ (Vergessen wir nicht, daß die „Genossen“ dieses Herrn die Potressow und Co. sind.) „Und der Umstand, daß in unseren Kreisen sogar die Anhänger der Vaterlandsverteidigung die Formel ‚ohne Annexionen‘ nicht für Rußland gelten lassen wollen, ist nach Ansicht derjenigen, für die augenblicklich die Vaterlandsverteidigung psychologisch nicht annehmbar ist, ein starkes Argument gegen die Vaterlandsverteidigung, denn sie fragen voller Ironie: Was verteidigt ihr denn eigentlich? Die Idee der Unabhängigkeit Polens aber genießt die Anerkennung der Spitzen.“ (Welcher Spitzen, ist nicht klar.)

Als wir in der Resolution vom Jahre 1915 erklärten, im „Bund“ überwiege der germanophile Chauvinismus\*, konnten die Herren Kossowski und Co. nur mit Gekeif antworten. Jetzt wird das, was wir sagten, von ihren eigenen Parteikollegen in ihrem eigenen Organ bestätigt! Denn wenn die bundistischen „Vaterlandsverteidiger“ die Formel „ohne Annexionen“ nicht „für Rußland“ (man beachte, daß von Deutschland kein Wort gesagt wird!) gelten lassen wollen, wodurch unterscheidet sich das dann eigentlich vom germanophilen Chauvinismus?

Wenn die Bundisten denken wollten und könnten, dann sähen sie, daß

---

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 153. *Die Red.*

sie sich in der Frage der Annexionen auf dem Holzweg befinden. Es gibt nur einen Ausweg aus der Verwirrung und Konfusion: die Annahme unseres Programms, das schon 1913 dargelegt wurde\*. Und zwar: Um die Politik der Ablehnung von Annexionen bewußt und ehrlich durchzuführen, müssen die Sozialisten und Demokraten der unterdrückten Nationen in ihrer ganzen Propaganda und Agitation diejenigen Sozialisten der Unterdrückernationen (ob es die Großrussen sind oder die Deutschen, oder die Polen in bezug auf die Ukrainer usw.), die nicht konsequent und bedingungslos für die freie Lostrennung der *von ihrer eigenen Nation* unterdrückten (oder gewaltsam zurückgehaltenen) Nationen eintreten, für Schurken erklären.

Wenn die Bundisten diese Schlußfolgerung nicht ziehen und nicht ziehen werden, dann *nur*, weil sie sich mit den Potressow in Rußland, mit den Legien, Südekum und sogar Ledebour (er ist *nicht* für die Freiheit der Lostrennung Elsaß-Lothringens) in Deutschland, mit den Nationalisten, richtiger, den Sozialchauvinisten Polens usw., nicht verfeinden möchten.

Wenn das kein triftiger Grund ist!

*Geschrieben September—Oktober 1916.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach dem Manuskript.*

---

\* Siehe Werke, Bd. 19, S. 535—541. *Die Red.*

## GRUSSADRESSE AN DEN PARTEITAG DER ITALIENISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI<sup>38</sup>

Werte Genossen!

Im Namen des ZK der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands grüße ich den Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei und wünsche ihm Erfolg in seiner Arbeit.

Der Italienischen Sozialistischen Partei ist es als *erster* unter den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder gelungen, das zu tun, was alle sozialistischen Parteien dieser Länder hätten tun können und tun müssen, wenn sie nicht den Sozialismus verraten hätten und auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen wären, nämlich einen Parteitag, eine Beratung oder eine Konferenz einzuberufen, und zwar außer Reichweite der „vaterländischen“ Militärzensur und der Militärbehörden, in einem freien Land, wo die sozialistische Einstellung zum Krieg frei erörtert und ausgesprochen werden kann. Gestatten Sie mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß es dem freien – von patriotischen Maulkörben freien – Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei gelingen wird, für den Kampf gegen den von fast allen sozialistischen Parteien Europas begangenen Verrat am Sozialismus ebensoviel und noch mehr zu tun, als die gesamte Italienische Sozialistische Partei bis jetzt getan hat.

Die Vertreter unserer Partei haben mit den Vertretern Ihrer Partei in Zimmerwald und Kienthal zusammengearbeitet. Und die einzige ernste Meinungsverschiedenheit, die uns trennte, war die Meinungsverschiedenheit über die Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit des Bruches mit den Sozialchauvinisten, d. h. mit denen, die in Worten Sozialisten, in Wirklichkeit aber Chauvinisten sind, also mit all denen, die die „Vaterlandsverteidigung“ im gegenwärtigen imperialistischen Krieg vertreten oder

rechtfertigen, die „ihre“ Regierung und „ihre“ Bourgeoisie in diesem reaktionären, räuberischen Krieg um die Teilung der Kolonien und um die Weltherrschaft direkt oder indirekt unterstützen. Wir sind der Ansicht, daß der Bruch mit den Sozialchauvinisten historisch unvermeidlich und für einen aufrichtigen, sich nicht mit bloßen Protesterklärungen begnügenden revolutionären Kampf des Proletariats für den Sozialismus notwendig ist. Die Vertreter Ihrer Partei waren der Meinung, daß man noch auf den Sieg des Proletariats über die Sozialchauvinisten („sciovinisti“) hoffen könne, *ohne* mit ihnen brechen zu müssen.

Wir wollen hoffen, daß die Entwicklung der Ereignisse im internationalen Sozialismus dieser Meinungsverschiedenheit zwischen uns immer mehr den Boden entzieht.

Einerseits spaltet sich in der ganzen Welt – nicht nur in den kriegführenden, sondern auch in den wichtigsten neutralen Ländern, z. B. in einem solch fortgeschrittenen kapitalistischen Land wie den Vereinigten Staaten von Amerika – die Arbeiterbewegung *faktisch* immer mehr in Anhänger und Gegner der „Vaterlandsverteidigung“ im gegenwärtigen imperialistischen Krieg und in den kommenden imperialistischen Kriegen, die durch die ganze Politik aller modernen sogenannten „Groß“mächte vorbereitet und herangezüchtet werden.

Andererseits lasen wir kürzlich im „*Avanti!*“<sup>39</sup>, dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei, mit besonderer Freude den redaktionellen Artikel „*La chiusura della conferenza socialista tedesca*“\*. Diese Konferenz der deutschen sozialistischen Partei ist im internationalen Sozialismus eines der hervorragendsten Ereignisse der letzten Monate, denn auf dieser Konferenz stießen die *drei* Hauptrichtungen nicht nur des deutschen, sondern auch des *internationalen* Sozialismus zusammen: erstens die Richtung der offenen Sozialchauvinisten, solcher Leute wie Legien, David und Co. in Deutschland, Plechanow, Potressow, Tschchenkeli in Rußland, Renaudel und Sembat in Frankreich, Bissolati und seine Partei in Italien; zweitens die Richtung, die die Grundidee des Sozialchauvinismus, nämlich die „Vaterlandsverteidigung“ im gegenwärtigen Krieg, akzeptiert und die diese Idee mit dem wirklichen Sozialismus und Internationalismus aussöhnen will, die Richtung Haase-Kautsky; und drittens die wirklich sozialistische und internationalistische Richtung, zu der in Deutschland die Gruppen

\* „Abschluß der Konferenz der deutschen Sozialisten“. *Die Red.*

„Internationale“ und „Internationale Sozialisten Deutschlands“<sup>40</sup> gehören.

Der „Avanti!“ schätzte diese drei Richtungen in dem erwähnten Artikel (Nr. 269, 27. IX. 1916) folgendermaßen ein:

„... il proletariato tedesco finirà indubbiamente per trionfare contro i Legien, gli Ebert ed i David, che anno preteso di compromettere la sua azione di classe nei tristi patteggiamenti coi Bethmann Hollweg e gli altri fautori della guerra. Di questo noi abbiamo la più schietta certezza.“

Noi abbiamo la medesima certezza.

„Piuttosto“, fährt der „Avanti!“ fort, „la conferenza dei socialisti tedeschi ci lascia incerti circa l'atteggiamento prossimo di una parte della opposizione, quella che ebbe per esponente principale l'Haase.“

„Il gruppo ‚Internazionale‘ con Liebknecht, con Mehring, con Clara Zetkin, con Rosa Luxemburg — con tutti gli altri ‚sabotatori e traditori della patria‘ è perfettamente a posto.“

... „Meno conseguente ci è parso Haase.“\*

Und der „Avanti!“ erklärt, daß er die „Inkonsequenz“ von Haase und seiner Gruppe, die wir in unserer Presse die *kautskyanische* Richtung des internationalen Sozialismus nennen, darin sieht,

daß „essi non accettano le logiche e naturali conseguenze cui sono giunti Liebknecht e compagni“\*\*.

So schreibt der „Avanti!“.

Wir begrüßen diese Erklärungen des „Avanti!“ von ganzem Herzen.

\* „... das deutsche Proletariat wird zweifellos letzten Endes über die Legien, Ebert und David triumphieren, die seinen Klassenkampf durch ihre traurigen Abmachungen mit den Bethmann Hollweg und anderen Kriegstreibern zu kompromittieren versuchten. Davon sind wir fest überzeugt.“

Wir sind ebenfalls davon überzeugt.

„Aber trotzdem“, fährt der „Avanti!“ fort, „gibt uns die Konferenz der deutschen Sozialisten keine Gewißheit darüber, wie sich jener Teil der Opposition, dessen Hauptverteter Haase ist, weiterhin verhalten wird.“

„Die Gruppe ‚Internationale‘ mit Liebknecht, Mehring, Clara Zetkin und Rosa Luxemburg — mit allen anderen ‚Saboteuren und Vaterlandsverrätern‘ — verharnt unverändert auf ihrem Posten.“

... „Weniger konsequent scheint Haase zu sein.“ Die Red.

\*\* „sie nicht jene logischen und natürlichen Schlußfolgerungen akzeptieren, zu denen Liebknecht und seine Genossen gelangt sind“. Die Red.

Wir sind überzeugt, daß sich der „Vorwärts“<sup>41</sup>, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokraten und das Hauptorgan der kautskyanischen Richtung, irrt, wenn er in der Nummer vom 7. X. 1916 über diese Worte des „Avanti!“ schreibt,

„daß der ‚Avanti!‘ über die Parteiverhältnisse und Parteivorgänge in Deutschland nicht ganz zutreffend informiert ist“\*.

Unserer Überzeugung nach ist der „Avanti!“ „ganz zutreffend“\*\* informiert und nicht zufällig der Meinung, daß die Gruppe von Haase im Unrecht und die Gruppe von Liebknecht im Recht ist. Wir hoffen deshalb, daß die Italienische Sozialistische Partei durch ihre Verteidigung der Prinzipien und der Taktik Liebknechts eine hervorragende Stellung im internationalen Sozialismus einnehmen wird.

Unsere Partei befindet sich in einer unermeßlich schwierigeren Lage als die italienische. Unsere gesamte Presse ist unterdrückt. Doch auch in der Emigration ist es uns gelungen, den Kampf unserer Genossen in Rußland zu unterstützen. Zwei Tatsachen beweisen, daß dieser Kampf gegen den Krieg, den unsere Partei in Rußland führt, ein Kampf der wirklich fortschrittlichen Arbeiter und Arbeitermassen ist: 1. Die Arbeiterdeputierten unserer Partei, Petrowski, Schagow, Badajew, Samoilow und Muranow, die von den Arbeitern der industriell am meisten entwickelten Gouvernements Rußlands gewählt wurden, sind von der zaristischen Regierung wegen revolutionärer Propaganda gegen den Krieg nach Sibirien verbannt worden. 2. Lange nachdem sie in die Verbannung geschickt worden waren, lehnten die unserer Partei angehörenden fortschrittlichen Arbeiter Petersburgs entschieden die Teilnahme an den Kriegsindustrie-Komitees ab.

Im Januar 1917 tritt die Konferenz der Entente-Sozialisten<sup>42</sup> zusammen. Wir haben einmal den Versuch gemacht, an einer solchen Konferenz, es war in London<sup>43</sup>, teilzunehmen, doch unserem Vertreter wurde sofort das Wort entzogen, als er sich erkühnte, die Wahrheit über den Verrat der europäischen Sozialisten zu sagen. Wir sind deshalb der Meinung, daß auf derartige Konferenzen nur die Herren Bissolati, Plechanow, Sembat und tutti quanti\*\*\* hingehören. Wir haben daher die Absicht, die

\* Das Zitat bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

\*\* „ganz zutreffend“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

\*\*\* und alle ihresgleichen. *Die Red.*

Teilnahme an der Konferenz abzulehnen und uns an die europäischen Arbeiter mit einem Brief zu wenden, in dem wir den Betrug der Sozialchauvinisten am Volk entlarven.

Ich grüße noch einmal den Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei und wünsche ihm Erfolg in seiner Arbeit.

*Geschrieben in der ersten  
Oktoberhälfte 1916.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach dem Manuskript.*

## ÜBER DIE LOSUNG DER „ENTWAFFNUNG“

In einer ganzen Reihe von Ländern, hauptsächlich in den kleinen und in diesem Krieg abseits stehenden Ländern, z. B. in Schweden, Norwegen, Holland und der Schweiz, werden Stimmen laut, man solle den alten Punkt des sozialdemokratischen Minimalprogramms: „Miliz“ oder „Volksbewaffnung“ durch einen neuen ersetzen: „Entwaffnung“. Das Organ der internationalen Jugendorganisation, „Jugend-Internationale“, bringt in Nr. 3 einen redaktionellen Artikel für die Entwaffnung. In den „Thesen“ R. Grimms zur Militärfrage, die für den Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei verfaßt wurden, wird der Idee der „Entwaffnung“ eine Konzession gemacht. In der schweizerischen Zeitschrift „Neues Leben“, Jahrgang 1915, tritt Henriette Roland-Holst angeblich für eine „Aussöhnung“ beider Forderungen, in Wirklichkeit aber für die gleiche Konzession ein. Im Organ der internationalen Linken, dem „Vorboten“, steht in Nr. 2 ein Artikel des holländischen Marxisten Wijnkoop, worin die alte Forderung der Volksbewaffnung erhoben wird. Die skandinavischen Linken akzeptieren die „Entwaffnung“, wie aus den nachstehend veröffentlichten Artikeln<sup>44</sup> hervorgeht, wobei sie bisweilen zugeben, daß in dieser Forderung ein pazifistisches Element enthalten ist.

Wir wollen die Argumente der Entwaffnungsanhänger untersuchen.

### I

Eines der Hauptargumente zugunsten der Entwaffnung ist der nicht immer direkt ausgesprochene Gedanke: Wir sind gegen den Krieg, überhaupt gegen jeden Krieg, und der bestimmteste, klarste, unzweideu-

tigste Ausdruck dieser unserer Ansicht ist eben die Forderung der Entwaffnung.

Mit diesem unrichtigen Argument haben wir uns im Artikel über die Junius-Broschüre befaßt, auf den wir den Leser auch verweisen.\* Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein. Man darf sich durch den jetzigen imperialistischen Krieg den Blick nicht trüben lassen. Für die imperialistische Epoche sind gerade solche Kriege zwischen den „Groß“mächten typisch, aber auch demokratische Kriege und Aufstände, z. B. Kriege unterdrückter Nationen gegen die sie unterdrückenden Nationen für die Befreiung von der Unterdrückung, sind keineswegs unmöglich. Unvermeidlich sind Bürgerkriege des Proletariats gegen die Bourgeoisie, für den Sozialismus. Möglich sind Kriege des Sozialismus, der in einem Land den Sieg errungen hat, gegen andere, bürgerliche oder reaktionäre Länder.

Die Entwaffnung ist ein Ideal des Sozialismus. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Kriege geben und wird folglich die Entwaffnung verwirklicht werden. Aber der ist kein Sozialist, der erwartet, daß der Sozialismus *ohne* soziale Revolution und Diktatur des Proletariats verwirklicht wird. Diktatur ist Staatsmacht, die sich unmittelbar auf die *Gewalt* stützt. Gewalt in der Epoche des 20. Jahrhunderts – wie überhaupt in der Epoche der Zivilisation – ist weder die Faust noch der Knüttel, sondern das *Heer*. Die „Entwaffnung“ in das Programm aufnehmen hieße schlechthin sagen: Wir sind gegen die Anwendung von Waffen. Das ist genauso wenig marxistisch, als wenn wir sagen würden: Wir sind gegen die Anwendung von Gewalt!

Wir wollen bemerken, daß die internationale Diskussion über diese Frage hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, in deutscher Sprache geführt worden ist. Und im Deutschen werden zwei Wörter gebraucht, deren Unterschied im Russischen nicht leicht wiederzugeben ist. Das eine Wort ist „Abrüstung“ und wird z. B. von Kautsky und den Kautskyanern im Sinne der Einschränkung der Rüstungen gebraucht. Das andere ist „Entwaffnung“ und wird hauptsächlich von den Linken im Sinne der Abschaffung des Militarismus, der Abschaffung eines jeden Militär- (Heeres-) Systems gebraucht. Wir sprechen in diesem Artikel von der *zweiten*, bei manchen *revolutionären* Sozialdemokraten üblichen Forderung.

\* Siehe Werke, Bd. 22, S. 310–325. *Die Red.*

Die kautskyanische Predigt der „Abrüstung“, die sich ausgerechnet an die jetzigen Regierungen der imperialistischen Großmächte wendet, ist vulgärster Opportunismus, bürgerlicher Pazifismus, der in *Wirklichkeit* – entgegen den „frommen Wünschen“ der honigtriefenden Kautskyaner – nur dazu dient, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken. Denn den Arbeitern wird durch solche Predigten der Gedanke eingeflößt, als ob die jetzigen bürgerlichen Regierungen der imperialistischen Mächte *nicht* durch Tausende Fäden des Finanzkapitals und durch Dutzende oder Hunderte von entsprechenden (d. h. räuberischen, mörderischen, imperialistische Kriege vorbereitenden) gegenseitigen *Geheimverträgen* gebunden wären.

## II

Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden. Wir können doch nicht, ohne uns in bürgerliche Pazifisten oder Opportunisten zu verwandeln, vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß es daraus keinen anderen Ausweg gibt und auch nicht geben kann als den Klassenkampf und die Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse.

In jeder Klassengesellschaft – ob sie auf der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruht – ist die unterdrückende Klasse bewaffnet. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die heutige Miliz – selbst in den demokratischsten bürgerlichen Republiken, z. B. in der Schweiz – ist Bewaffnung der Bourgeoisie *gegen* das Proletariat. Das ist eine so elementare Wahrheit, daß es wohl kaum nötig ist, darauf besonders einzugehen. Es genügt, den Einsatz von Militär (einschließlich der republikanisch-demokratischen Miliz) gegen Streikende zu erwähnen, eine Erscheinung, die allen kapitalistischen Ländern ohne Ausnahme gemeinsam ist. Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft.

Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, die „Forderung“ der „Entwaffnung“ aufzustellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunkts und jedes Gedankens an die Revolution. Unsere Losung muß lauten: Bewaff-

nung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die sich aus der ganzen *objektiven Entwicklung* des kapitalistischen Militarismus ergibt und von dieser Entwicklung diktiert wird. Erst *nachdem* das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, alle Waffen zum alten Eisen werfen, was es dann auch zweifellos tun wird, aber erst dann, auf keinen Fall früher.

Wenn der gegenwärtige Krieg bei reaktionären christlichen Sozialisten und bei weinerlichen Kleinbürgern *nur* Schrecken, nur Furcht, nur Abscheu vor jedem Waffengebrauch, vor Blut, Tod usw. erzeugt, so sagen wir: Die kapitalistische Gesellschaft war und ist immer *ein Schrecken ohne Ende*. Und wenn jetzt dieser Gesellschaft durch diesen reaktionärsten aller Kriege ein *Ende mit Schrecken* bereitet wird, so haben wir keinen Grund zu verzweifeln. Nichts als Ausfluß der Verzweiflung ist ihrer objektiven Bedeutung nach die „Forderung“ der Entwaffnung – richtiger: der Traum von der Entwaffnung – in einer Zeit, da vor aller Augen der einzig legitime und revolutionäre Krieg, der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie, von dieser Bourgeoisie selber vorbereitet wird.

Wer sagt, das sei eine vom Leben losgelöste Theorie, den erinnern wir an zwei weltgeschichtliche Tatsachen: an die Rolle der Trusts und der Fabrikarbeit der Frauen einerseits, an die Kommune 1871 und den Demberaufstand 1905 in Rußland anderseits.

Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir „fordern“ solch eine Entwicklung nicht, wir „unterstützen“ sie nicht, wir kämpfen dagegen. Aber *wie* kämpfen wir? Wir wissen, daß die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen ein Fortschritt sind. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts, über die Trusts usw. und über sie hinaus zum Sozialismus!

Diese Erwägung, die den *objektiven Gang* der Entwicklung berücksichtigt, gilt, mit den entsprechenden Änderungen, auch von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie womöglich die Frauen militarisieren. Wir müssen darauf antworten: Um

so besser! Nur immer schneller voran! Je schneller, desto näher kommen wir dem bewaffneten Aufstand gegen den Kapitalismus. Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern lassen, wenn sie das Beispiel der Kommune nicht vergessen? Das ist keine „vom Leben losgelöste Theorie“, kein Traum, sondern Tatsache. Und es stünde wirklich sehr schlecht um uns, wenn die Sozialdemokraten ungeachtet aller ökonomischen und politischen Tatsachen daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und die imperialistischen Kriege unvermeidlich zur Wiederholung solcher Tatsachen führen müssen.

Ein bürgerlicher Beobachter der Kommune schrieb im Mai 1871 in einer englischen Zeitung: „Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation!“ Die Frauen und die Kinder vom 13. Lebensjahr an kämpften während der Kommune neben den Männern. Und auch in den kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie kann es nicht anders sein. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder gar nicht bewaffneten Proletarier niederschießt. Sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen, und aus den heutigen eingeschüchternen Nationen – richtiger: aus der heutigen, durch die Opportunisten mehr als durch die Regierungen desorganisierten Arbeiterbewegung – wird zweifellos, ob früher oder später, jedenfalls aber ganz bestimmt ein internationaler Bund „schrecklicher Nationen“ des revolutionären Proletariats erstehen.

Die Militarisierung durchdringt jetzt das ganze öffentliche Leben. Der Imperialismus ist ein erbitterter Kampf der Großmächte um die Teilung und Neuaufteilung der Welt, er muß daher unvermeidlich zur weiteren Militarisierung in allen, auch in neutralen, auch in kleinen Ländern führen. Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die wirklich revolutionär ist, mit solch einer schändlichen Rolle abfinden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:

„Du wirst bald groß sein. Man wird dir ein Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut das Kriegshandwerk. Dieses Wissen ist nötig für die Proletarier, nicht, um auf deine Brüder, die Arbeiter der anderen Länder, zu schießen, wie es jetzt in diesem Kriege geschieht und wie dir die Verräter

des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines eigenen Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und deren Entwaffnung ein Ende zu bereiten.“

Wenn man es ablehnt, eine solche Propaganda und eben eine solche im Zusammenhang mit dem jetzigen Krieg zu treiben, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialistischen Revolution, vom Krieg gegen den Krieg im Munde zu führen.

### III

Die Anhänger der Entwaffnung sind unter anderem auch deshalb gegen den Punkt des Programms, der von der „Volksbewaffnung“ handelt, weil diese Forderung angeblich leichter zu Konzessionen an den Opportunismus führt. Wir haben oben das Wichtigste untersucht: das Verhältnis der Entwaffnung zum Klassenkampf und zur sozialen Revolution. Untersuchen wir jetzt das Verhältnis der Forderung nach Entwaffnung zum Opportunismus. Einer der wichtigsten Gründe, weshalb die Forderung der Entwaffnung unannehmbar ist, besteht gerade darin, daß durch diese Forderung und die in ihrem Gefolge entstehenden Illusionen unser Kampf gegen den Opportunismus unvermeidlich geschwächt und entkräftet wird.

Zweifellos ist dieser Kampf die wichtigste aktuelle Frage in der Internationale. Der Kampf gegen den Imperialismus ist hohle Phrase oder Betrug, wenn er nicht unzertrennlich mit dem Kampf gegen den Opportunismus verbunden ist. Einer der Hauptfehler von Zimmerwald und Kienthal und eine der Hauptursachen eines möglichen Fiaskos (Mißlingens, Scheiterns) dieser Keime einer III. Internationale besteht eben darin, daß die Frage des Kampfes gegen den Opportunismus nicht einmal offen gestellt, geschweige denn im Sinne des unvermeidlichen Bruches mit den Opportunisten entschieden worden ist. Der Opportunismus hat in der europäischen Arbeiterbewegung – für eine gewisse Zeit – gesiegt. In allen größeren Ländern haben sich zwei Hauptschattierungen des Opportunismus herausgebildet: erstens der offene, zynische und darum weniger gefährliche Sozialimperialismus der Herren Plechanow, Scheidemann, Legien, Albert Thomas und Sembat, Vandervelde, Hyndman, Henderson usw.

Zweitens der verkappte, kautskyanische: Kautsky-Haase und die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ in Deutschland; Longuet, Pressemane, Mayéras usw. in Frankreich; Ramsay MacDonald und andere Führer der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ in England; Martow, Tschcheidse usw. in Rußland; Treves und andere sogenannte linke Reformisten in Italien.

Der unverhüllte Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die Revolution und gegen die beginnenden revolutionären Bewegungen und Ausbrüche, im direkten Bündnis mit den Regierungen, wie verschieden die Formen dieses Bündnisses auch sein mögen: von der Teilnahme an der Regierung bis zur Teilnahme an den Kriegsindustriekomitees. Die verkappten Opportunisten, die Kautskyaner, sind für die Arbeiterbewegung viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bündnisses mit den ersteren durch wohlklingende pseudo-„marxistische“ Worte und pazifistische Losungen tarnen. Der Kampf gegen beide Formen des herrschenden Opportunismus muß auf *allen* Gebieten der proletarischen Politik geführt werden: parlamentarische Tätigkeit, Gewerkschaften, Streiks, Wehrfragen usw.

Worin besteht nun die Haupteigentümlichkeit, die *beide* Formen des herrschenden Opportunismus auszeichnet?

Darin, daß man die konkrete Frage des *Zusammenhangs des jetzigen Krieges mit der Revolution und andere konkrete Fragen der Revolution* verschweigt, vertuscht oder mit Rücksicht auf polizeiliche Verbote behandelt, obwohl unmittelbar vor dem Krieg unzählige Male inoffiziell und im Basler Manifest offiziell auf den Zusammenhang eben *dieses* kommenden Krieges mit der proletarischen Revolution hingewiesen worden war.

Der Hauptfehler der Entwaffnungsforderung ist aber der, daß hier alle konkreten Fragen der Revolution umgangen werden. Oder sind etwa die Entwaffnungsanhänger für eine ganz neue Art unbewaffneter Revolution?

#### IV

Weiter. Wir sind durchaus nicht gegen den Kampf für Reformen. Wir wollen nicht die traurige Möglichkeit ignorieren, daß der schlimmste Fall eintritt und die Menschheit noch einen zweiten imperialistischen Krieg

erleben wird, wenn der gegenwärtige Krieg trotz zahlreicher Ausbrüche der Massengärung und der Massenunzufriedenheit und trotz unserer Bemühungen noch nicht die Revolution gebiert. Wir sind Anhänger eines Reformprogramms, das ebenfalls gegen die Opportunisten gerichtet sein muß. Die Opportunisten wären nur zu froh, wenn wir ihnen allein den Kampf für Reformen überließen, uns selbst aber in ein Wolkenkuckucksheim der „Entwaffnung“ zurückziehen und aus der traurigen Wirklichkeit fliehen würden. „Entwaffnung“ ist nämlich Flucht aus der schlechten Wirklichkeit, kein Kampf gegen sie.

Übrigens besteht ein Hauptmangel der Fragestellung gewisser Linker z. B. in bezug auf die Vaterlandsverteidigung darin, daß die Antwort nicht konkret genug ist. Es ist theoretisch weit richtiger und praktisch unermesslich wichtiger zu sagen, daß in diesem imperialistischen Krieg die Vaterlandsverteidigung ein bürgerlich-reaktionärer Schwindel ist, als eine „allgemeine“ These gegen „jede“ Verteidigung des Vaterlandes aufzustellen. Das ist falsch und „schlägt“ auch nicht den unmittelbaren Feind der Arbeiter innerhalb der Arbeiterparteien, die Opportunisten.

Was die Miliz betrifft, so würden wir, auf eine konkrete und praktisch notwendige Antwort bedacht, sagen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Deshalb „keinen Mann und keinen Groschen“ nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz, auch in solchen Ländern wie den Vereinigten Staaten, der Schweiz, Norwegen usw. Um so mehr, als wir in den freiesten republikanischen Ländern (z. B. in der Schweiz) die fortschreitende Verpreußung der Miliz und deren Prostituiierung zu Militäraufgeboten gegen Streikende sehen. Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch das Volk, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen (ein besonders wichtiger Punkt für die imperialistischen Länder, die wie die Schweiz fremde Arbeiter in steigender Zahl und immer schamloser ausbeuten, ohne ihre Rechtlosigkeit aufzuheben), weiter das Recht von je, sagen wir, hundert Einwohnern des betreffenden Landes, freie Vereinigungen zur Erlernung des Kriegshandwerks zu bilden, mit freier Wahl der Instruktoren, deren Entlohnung auf Staatskosten usw. Nur unter diesen Bedingungen könnte das Proletariat das Kriegshandwerk wirklich für sich und nicht für seine Sklavenhalter erlernen, das Erlernen des Kriegshandwerks aber liegt

unbedingt im Interesse des Proletariats. Wie die russische Revolution bewiesen hat, führt jeder Erfolg, sei es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung – z. B. die Eroberung einer Stadt, eines Industrieorts, die Gewinnung eines Teils der Armee – unvermeidlich dazu, daß das siegreiche Proletariat *gezwungen sein wird*, eben dieses Programm zu verwirklichen.

Und schließlich: Man kann natürlich den Opportunismus nicht mit Programmen allein bekämpfen, sondern nur dadurch, daß man unentwegt darauf achtet, daß die Programme auch wirklich durchgeführt werden. Der größte und verhängnisvollste Fehler der zusammengebrochenen II. Internationale bestand darin, daß die Worte nicht den Taten entsprachen, daß die gewissenlose revolutionäre Phrasendrescherei (siehe die jetzige Einstellung von Kautsky und Co. zum Basler Manifest) zur Gewohnheit wurde. Wenn wir von dieser Seite an die Forderung der Entwaffnung herangehen, müssen wir vor allem nach ihrer *objektiven* Bedeutung fragen. Die Entwaffnung als soziale Idee – d. h. eine Idee, die von bestimmten sozialen Verhältnissen hervorgebracht wird und auf eine bestimmte soziale Umgebung wirken kann, nicht aber die Schrulle einer einzelnen Person oder eines Zirkels bleibt – entspringt offenbar den besonderen und eine Ausnahme bildenden „ruhigen“ Verhältnissen einiger Kleinstaaten, die ziemlich lange abseits der blutigen Weltstraße des Krieges lagen und weiter zu liegen hoffen. Um sich davon zu überzeugen, braucht man sich zum Beispiel nur in die Argumentation der norwegischen Entwaffnungsanhänger hineinzudenken: „Wir sind ein kleines Land, unser Heer ist klein, wir vermögen nichts gegen die Großmächte“ (und sind daher auch machtlos gegen die gewaltsame Einbeziehung in einen imperialistischen *Bund* mit dieser oder jener Gruppe der Großmächte!), „wir wollen unsere Ruhe haben in unserem Winkel und weiter Winkelpolitik treiben, Entwaffnung, bindende Schiedsgerichte, permanente Neutralität usw. fordern“ (so „permanent“ etwa wie die belgische?).

Kleinstaatliches Beiseite-stehen-Wollen, kleinbürgerliches Streben, den großen Weltkämpfen fernzubleiben, die eigne relative Monopolstellung zu einem engherzigen Passivsein ausnützen – das sind die *objektiven* gesellschaftlichen Umstände, die der Idee der Entwaffnung in einigen Kleinstaaten einen gewissen Erfolg und eine gewisse Verbreitung sichern können. Natürlich ist solches Streben reaktionär und auf nichts als Illusionen

gegründet, denn die kleinen Staaten werden so oder anders vom Imperialismus in den Strudel der Weltwirtschaft und der Weltpolitik hineingezogen.

Dies sei am Beispiel der Schweiz erläutert. Durch ihre imperialistische Umgebung sind ihr objektiv zwei Linien der Arbeiterbewegung vorgezeichnet. Die Opportunisten streben im Bunde mit der Bourgeoisie danach, aus der Schweiz einen republikanisch-demokratischen Monopolverein zum Profitempfangen von den Touristen der imperialistischen Bourgeoisie zu machen und diese „ruhige“ Monopolstellung recht vorteilhaft und ruhig zu nutzen. Praktisch ist dies eine Politik des Bündnisses einer dünnen privilegierten Arbeiterschicht eines kleinen Landes in privilegierter Lage mit der Bourgeoisie ihres Landes gegen die Massen des Proletariats. Die wirklichen Sozialdemokraten der Schweiz streben danach, die relative Freiheit und die „internationale“ Lage der Schweiz (die Nachbarschaft kulturell hochentwickelter Länder, ferner den Umstand, daß die Schweiz Gott sei Dank nicht „ihre eigene selbständige“ Sprache, sondern drei Weltsprachen spricht) zur Erweiterung, Festigung und Stärkung des revolutionären Bündnisses der revolutionären Elemente des Proletariats von ganz Europa auszunützen. Helfen wir unserer Bourgeoisie, noch möglichst lange die Monopolstellung des ungestörten Handels mit den Schönheiten der Alpen zu behalten, vielleicht fallen dann auch für uns ein paar Heller ab – das ist der objektive Inhalt der Politik der schweizerischen Opportunisten. Unterstützen wir das Bündnis des revolutionären Proletariats Frankreichs, Deutschlands und Italiens zur Niederwerfung der Bourgeoisie – das ist der objektive Inhalt der Politik der schweizerischen revolutionären Sozialdemokraten. Leider wird diese Politik von den „Linken“ in der Schweiz noch ganz ungenügend durchgeführt, und der schöne Beschluß ihres Parteitags in Aarau im Jahre 1915 (die Anerkennung des revolutionären Massenkampfes) steht bisher in der Hauptsache nur auf dem Papier. Aber nicht davon ist jetzt die Rede.

Die Frage, die uns hier interessiert, ist die: Entspricht die Entwaffnungsforderung der revolutionären Richtung unter den Sozialdemokraten der Schweiz? Offenkundig nicht. Objektiv entspricht die „Forderung“ der Entwaffnung der opportunistischen, engnationalen, durch den Gesichtskreis der Kleinstaaterei begrenzten Linie der Arbeiterbewegung. Objektiv ist die „Entwaffnung“ das nationalste, das spezifisch nationale Pro-

gramm der Kleinstaaten, kein internationales Programm der internationalen revolutionären Sozialdemokratie.

PS. In der letzten Nummer der englischen „Sozialistischen Rundschau“, „The Socialist Review“<sup>45</sup> (September 1916), dem Organ der opportunistischen „Unabhängigen Arbeiterpartei“, finden wir auf S. 287 die Resolution der Newcastler Konferenz dieser Partei: Verweigerung der Unterstützung *jedes beliebigen Krieges jeder beliebigen Regierung*, auch wenn dieser Krieg „dem Namen nach“ ein „Verteidigungskrieg“ sein sollte. Und auf S. 205 finden wir im Leitartikel folgenden Passus: „Wir billigen den Aufstand der Sinn-Feiner nicht“ (den irischen Aufstand von 1916). „Wir billigen überhaupt keinen bewaffneten Aufstand, wie wir auch keine andere Form des Militarismus und des Krieges billigen.“

Ist es noch nötig zu beweisen, daß *diese „Antimilitaristen“*, daß *solche Anhänger der Entwaffnung* nicht in einem kleinen, sondern in einem großen Staat die *schlimmsten Opportunisten* sind? Und sie haben ja theoretisch vollkommen recht, wenn sie den bewaffneten Aufstand auch als „eine der Formen“ des Militarismus und des Krieges betrachten.

*Geschrieben im Oktober 1916.*

*Veröffentlicht im Dezember 1916 im  
„Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2.*

*Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des „Sbornik  
Sozial-Demokrata“.*

## DER IMPERIALISMUS UND DIE SPALTUNG DES SOZIALISMUS

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Imperialismus und jenem ungeheuerlich widerwärtigen Sieg, den der Opportunismus (in Gestalt des Sozialchauvinismus) über die Arbeiterbewegung in Europa davongetragen hat?

Das ist die Grundfrage des heutigen Sozialismus. Und nachdem wir 1. den imperialistischen Charakter unserer Epoche und des gegenwärtigen Krieges, 2. den unlösbaren historischen Zusammenhang zwischen Sozialchauvinismus und Opportunismus wie auch ihren gleichen ideologisch-politischen Gehalt in unserer Parteiliteratur einwandfrei festgestellt haben, können und müssen wir zur Analyse dieser Grundfrage übergehen.

Wir müssen mit einer möglichst genauen und vollständigen Definition des Imperialismus beginnen. Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: der Imperialismus ist: 1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus. Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ist der ökonomische Grundzug, das *Wesen* des Imperialismus. Der Monopolismus tritt in fünf Hauptformen zutage: 1. Kartelle, Syndikate und Trusts; die Konzentration der Produktion hat eine solche Stufe erreicht, daß sie diese monopolistischen Kapitalistenverbände hervorgebracht hat; 2. die Monopolstellung der Großbanken: drei bis fünf Riesenbanken beherrschen das ganze Wirtschaftsleben Amerikas, Frankreichs, Deutschlands; 3. die Besitzergreifung der *Robstoffquellen* durch die Trusts und die Finanzoligarchie (Finanzkapital ist das mit dem Bankkapital verschmolzene monopolistische Indu-

strikapital); 4. die (ökonomische) Aufteilung der Welt durch internationale Kartelle *hat begonnen*. Solcher internationalen Kartelle, die den *gesamten* Weltmarkt beherrschen und ihn „gütlich“ unter sich teilen – solange er durch den Krieg nicht *neu* verteilt wird –, gibt es schon über *hundert!* Der Kapitalexport, als besonders charakteristische Erscheinung zum Unterschied vom Warenexport im nichtmonopolistischen Kapitalismus, steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und der politisch-territorialen Aufteilung der Welt; 5. die territoriale Aufteilung der Welt (Kolonien) *ist abgeschlossen*.

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus Amerikas und Europas und in der Folge auch Asiens hat sich in den Jahren 1898 bis 1914 voll herausgebildet. Der Spanisch-Amerikanische Krieg (1898), der Burenkrieg (1899–1902), der Russisch-Japanische Krieg (1904–1905) und die Wirtschaftskrise in Europa im Jahre 1900 – das sind die wichtigsten historischen Marksteine der neuen Epoche der Weltgeschichte.

Daß der Imperialismus parasitärer oder faulender Kapitalismus ist, zeigt sich vor allem in der Tendenz zur Fäulnis, die *jedes* Monopol auszeichnet, wenn Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht. Der Unterschied zwischen der republikanisch-demokratischen und der monarchistisch-reaktionären imperialistischen Bourgeoisie verwischt sich gerade deshalb, weil die eine wie die andere bei lebendigem Leibe verfault (was eine erstaunlich rasche Entwicklung des Kapitalismus in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern, in einzelnen Perioden keineswegs ausschließt). Zweitens zeigt sich der Fäulnisprozeß des Kapitalismus in der Entstehung einer gewaltigen Schicht von *Rentiers*, Kapitalisten, die vom „Kuponschneiden“ leben. In den vier fortgeschrittensten imperialistischen Ländern – England, Nordamerika, Frankreich und Deutschland – beträgt das in Wertpapieren angelegte Kapital je 100 bis 150 *Milliarden* Francs, was ein Jahreseinkommen von nicht weniger als 5 bis 8 *Milliarden* je Land bedeutet. Drittens ist Kapitalexport Parasitismus ins Quadrat erhoben. Viertens „will das Finanzkapital nicht Freiheit, sondern Herrschaft“. Politische Reaktion auf der *ganzen* Linie ist eine Eigenschaft des Imperialismus. Korruption, Bestechung im Riesenausmaß, Panamaskandale jeder Art. Fünftens verwandelt die Ausbeutung der unterdrückten Nationen, die untrennbar mit Annexionen verbunden ist, und insbesondere die Ausbeutung der Kolonien durch ein Häuflein von „Groß“mächten die „zivil-

sierete" Welt immer mehr in einen Schmarotzer am Körper der nichtzivilisierten Völker, die viele hundert Millionen Menschen zählen. Der römische Proletarier lebte auf Kosten der Gesellschaft. Die heutige Gesellschaft lebt auf Kosten des modernen Proletariers. Dieses treffende Wort Sismondis pflegte Marx besonders hervorzuheben.<sup>46</sup> Der Imperialismus verändert die Sache etwas. Die privilegierte Oberschicht des Proletariats der imperialistischen Mächte lebt zum Teil auf Kosten der vielen hundert Millionen Menschen der nichtzivilisierten Völker.

Es ist begreiflich, warum der Imperialismus *sterbender* Kapitalismus ist, den *Übergang* zum Sozialismus bildet: das *aus* dem Kapitalismus hervorstwachsende Monopol ist *bereits* das Sterben des Kapitalismus, der Beginn seines Übergangs in den Sozialismus. Die gewaltige *Vergesellschaftung* der Arbeit durch den Imperialismus (das, was seine Apologeten, die bürgerlichen Ökonomen, „Verflechtung“ nennen) hat dieselbe Bedeutung.

Mit dieser Definition des Imperialismus geraten wir in vollen Widerspruch zu K. Kautsky, der es ablehnt, im Imperialismus eine „Phase des Kapitalismus“ zu sehen, und der den Imperialismus als die *Politik* definiert, die vom Finanzkapital „bevorzugt“ wird, als das Streben der „industriellen“ Länder, „agrarisches“ Länder zu annektieren.\* Diese Definition Kautskys ist theoretisch durch und durch falsch. Die Besonderheit des Imperialismus ist die Herrschaft eben *nicht* des Industrie-, sondern des Finanzkapitals, das Streben, eben *nicht* nur Agrarländer, sondern *beliebige* Länder zu annektieren. Kautsky *trennt* die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik, trennt den Monopolismus in der Politik von dem Monopolismus in der Ökonomik, um seinem platten bürgerlichen Reformismus wie „Abrüstung“, „Ultraimperialismus“ und ähnlichem Unsinn den Weg zu ebnen. Sinn und Zweck dieser theoretischen Fälschung läuft einzig und allein darauf hinaus, die *tieftesten* Widersprüche des Imperialismus zu vertuschen und auf diese Weise die Theorie der „Einheit“ mit den Apologeten des Imperialismus, den offenen Sozialchauvinisten und Opportunisten, zu rechtfertigen.

\* „Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres *agrarisches* Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird.“ (Kautsky in der „Neuen Zeit“, 11. IX. 1914.)

Auf diesen Bruch Kautskys mit dem Marxismus sind wir sowohl im „Sozial-Demokrat“ wie auch im „Kommunist“<sup>47</sup> schon hinreichend eingegangen. Unsere russischen Kautskyaner, die OK-Leute mit Axelrod und Spectator an der Spitze, Martow und in beträchtlichem Maße Trotzki nicht ausgenommen, haben es vorgezogen, die Frage des Kautskyanertums als Richtung mit Schweigen zu übergehen. Was Kautsky während des Krieges geschrieben hat, wagten sie nicht zu verteidigen und versuchten die Sache entweder einfach mit einem Loblied auf Kautsky abzutun (Axelrod in seiner deutschen Broschüre, die das OK russisch zu veröffentlichen *versprach*) oder (wie Spectator) mit Hinweisen auf Privatbriefe Kautskys, in denen er versichert, daß er zur Opposition gehöre, und wie ein Jesuit seine chauvinistischen Erklärungen zu bagatellisieren sucht.

Es sei erwähnt, daß Kautskys „Auffassung“ vom Imperialismus – die gleichbedeutend ist mit Beschönigung des Imperialismus – nicht nur im Vergleich zu Hilferdings „Finanzkapital“ ein Rückschritt ist (wie eifrig auch Hilferding jetzt Kautsky und die „Einheit“ mit den Sozialchauvinisten verteidigen mag!), sondern auch im Vergleich zu dem *Sozialliberalen* J. A. Hobson. Dieser englische Ökonom, der nicht den leisesten Anspruch darauf erhebt, Marxist zu sein, gibt uns in seinem Werk aus dem Jahre 1902 eine viel tiefer schürfende Definition des Imperialismus und enthüllt viel gründlicher dessen Widersprüche.\* Sehen wir, was dieser Schriftsteller (bei dem man fast alle pazifistischen und „versöhnlerischen“ Plattheiten Kautskys finden kann) zu der besonders wichtigen Frage des parasitären Charakters des Imperialismus schreibt:

Zweierlei Umstände haben nach Hobsons Meinung die Macht der alten Imperien geschwächt: 1. der „ökonomische Parasitismus“ und 2. die Aufstellung von Armeen aus Angehörigen der abhängigen Völker. „Der erste Umstand ist die Gepflogenheit des ökonomischen Parasitismus, die darin besteht, daß der herrschende Staat seine Provinzen, Kolonien und die abhängigen Länder ausnutzt, um seine herrschende Klasse zu bereichern und die Fügsamkeit seiner unteren Klassen durch Bestechung zu erkaufen.“ Über den zweiten Umstand schreibt Hobson:

„Zu den seltsamsten Symptomen der Blindheit des Imperialismus“ (im Munde des Sozialliberalen Hobson ist dieses Liedchen von der „Blind-

\* J. A. Hobson, „Imperialism“, London 1902.

heit“ der Imperialisten eher am Platz als bei dem „Marxisten“ Kautsky) „gehört die Sorglosigkeit, mit der Großbritannien, Frankreich und andere imperialistische Nationen diesen Weg beschreiten. Großbritannien ist am weitesten gegangen. Die meisten Schlachten, durch die wir unser indisches Reich erobert haben, sind von unseren Eingeborenenarmeen ausgefochten worden; in Indien, und in letzter Zeit auch in Ägypten, sind große stehende Heere dem Kommando von Briten unterstellt; fast alle unsere Kriege, die mit der Unterwerfung Afrikas – mit Ausnahme seines südlichen Teils – zusammenhängen, wurden von Eingeborenen für uns geführt.“

Die Perspektive einer Aufteilung Chinas veranlaßte Hobson zu folgender ökonomischer Einschätzung: „Der größte Teil Westeuropas könnte dann das Aussehen und den Charakter annehmen, die einige Gegenden in Südengland, an der Riviera sowie in den von Touristen am meisten besuchten und von reichen Leuten bewohnten Teilen Italiens und der Schweiz bereits haben: ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem Fernen Osten beziehen, mit einer etwas größeren Gruppe von Angestellten und Händlern und einer noch größeren Anzahl von Dienstboten und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren; die wichtigsten Industrien wären verschwunden, die Lebensmittel und Industriefabrikate für den Massenkonsum würden als Tribut aus Asien und Afrika kommen.“ „Wir haben die Möglichkeit einer noch umfassenderen Vereinigung der westlichen Länder angedeutet, eine europäische Föderation der Großmächte, die, weit entfernt, die Sache der Weltzivilisation voranzubringen, die ungeheure Gefahr eines westlichen Parasitismus heraufbeschwören könnte: eine Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren obere Klassen aus Asien und Afrika gewaltige Tribute beziehen und mit Hilfe dieser Tribute große Massen gefügigen Personals unterhalten, die nicht mehr in der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Massenerzeugnissen, sondern mit persönlichen Dienstleistungen oder untergeordneter Industriearbeit unter der Kontrolle einer neuen Finanzaristokratie beschäftigt werden. Mögen diejenigen, die eine solche Theorie“ (es müßte heißen: Perspektive) „als nicht der Erwägung wert verächtlich abtun, die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in jenen Bezirken Südenglands untersuchen, die schon jetzt in eine solche Lage ver-

setzt sind, und mögen sie darüber nachdenken, welch gewaltiges Ausmaß ein derartiges System annehmen würde, wenn China der ökonomischen Herrschaft ähnlicher Gruppen von Finanziers, Investoren“ (Rentiers), „von Beamten in Staat und Wirtschaft unterworfen würde, die das größte potentielle Profitreservoir, das die Welt je gekannt hat, ausschöpfen würden, um diesen Profit in Europa zu verzehren. Die Situation ist viel zu kompliziert, das Spiel der Weltkräfte viel zu unberechenbar, als daß diese oder irgendeine andere Zukunftsdeutung als einzige mit Sicherheit zutreffen müßte. Aber die Einflüsse, die den Imperialismus Westeuropas gegenwärtig beherrschen, bewegen sich in dieser Richtung, und wenn sie nicht auf Widerstand stoßen, wenn sie nicht in eine andere Richtung gedrängt werden, dann bewegen sie sich auf dieses Ziel zu.“

Der Sozialliberale Hobson sieht nicht, daß diesen „Widerstand“ *nur* das revolutionäre Proletariat leisten kann, und *nur* in der Form der sozialen Revolution. Dafür ist er eben ein Sozialliberaler! Aber er erfaßte schon im Jahre 1902 ausgezeichnet die Bedeutung sowohl der Frage der „Vereinigten Staaten von Europa“ (dem Kautskyaner Trotzki zur Kenntnis!) als auch alles dessen, was die *heuchlerischen Kautskyaner* der verschiedenen Länder vertuschen, nämlich, daß die *Opportunisten* (Sozialchauvinisten) zusammen mit der imperialistischen Bourgeoisie *eben* darauf hinarbeiten, ein imperialistisches Europa auf dem Rücken Asiens und Afrikas zu schaffen, daß die *Opportunisten* objektiv jenen Teil der Kleinbourgeoisie und gewisser Schichten der Arbeiterklasse darstellen, der mittels der imperialistischen Extraprofite *bestochen* wird und in *Kettenhunde* des Kapitalismus, in *Verderber* der Arbeiterbewegung verwandelt worden ist.

Auf diesen ökonomischen, diesen tiefsten Zusammenhang zwischen gerade der imperialistischen Bourgeoisie und dem Opportunismus, der jetzt (auf wie lange wohl?) über die Arbeiterbewegung den Sieg davongetragen hat, haben wir nicht nur in Artikeln, sondern auch in den Resolutionen unserer Partei wiederholt hingewiesen. Wir folgerten daraus unter anderem die Unvermeidlichkeit des Bruchs mit dem Sozialchauvinismus. Unsere Kautskyaner zogen es vor, dieser Frage aus dem Wege zu gehen! Martow z. B. setzte schon in seinen Vorträgen jenen Sophismus in Umlauf, der in den „Iswestija Sagranitschnowo Sekretariata OK“<sup>48</sup> (Nr. 4 vom 10. April 1916) folgendermaßen ausgedrückt ist:

„... Es wäre um die Sache der revolutionären Sozialdemokratie sehr schlecht, ja hoffnungslos bestellt, wenn sich von ihr die in der geistigen Entwicklung der ‚Intelligenz‘ am nächsten stehenden und qualifiziertesten Gruppen der Arbeiter fatalerweise abwendeten und zum Opportunismus übergingen ...“

Mit Hilfe des einfältigen Wörtchens „fatalerweise“ und einer „kleinen Schiebung“ wird die *Tatsache umgangen*, daß gewisse Schichten der Arbeiter zum Opportunismus und zur imperialistischen Bourgeoisie *übergangen sind!* Die Sophisten des OK brauchen diese Tatsache ja nur zu *umgeben!* Sie versuchen die Sache mit jenem „amtlichen Optimismus“ abzutun, mit dem jetzt auch der Kautskyaner Hilferding und viele andere paradiere: die objektiven Bedingungen verbürgen ja die Einheit des Proletariats und den Sieg der revolutionären Strömung! Wir sind ja in bezug auf das Proletariat „Optimisten“!

Aber in Wirklichkeit sind sie, alle diese Kautskyaner, Hilferding, die OK-Leute, Martow und Co., *Optimisten* ... in bezug auf den *Opportunismus*. Das ist des Pudels Kern!

Das Proletariat ist ein Produkt des Kapitalismus – des Weltkapitalismus und nicht nur des europäischen, nicht nur des imperialistischen Kapitalismus. Im Weltmaßstab – ob 50 Jahre früher oder 50 Jahre später, das ist, in *diesem* Maßstab gesehen, eine Nebenfrage – „wird“ das „Proletariat“ selbstverständlich einheitlich sein, und innerhalb des Proletariats wird die revolutionäre Sozialdemokratie „unvermeidlich“ siegen. Nicht das ist die Frage, ihr Herren Kautskyaner, sondern es handelt sich darum, daß *ibr* jetzt in den imperialistischen Ländern Europas *die Lakaien spielt* für die Opportunisten, die dem Proletariat als Klasse *fremd* sind, die Diener, Agenten der Bourgeoisie, Schrittmacher ihres Einflusses sind, von denen sich die Arbeiterbewegung *befreien muß*, wenn sie nicht eine *bürgerliche Arbeiterbewegung* bleiben soll. Eure Predigt der „Einheit“ mit den Opportunisten, mit den Legien und David, den Plechanow oder Tschchenkeli und Potressow usw. ist objektiv eine Verteidigung der *Ver-sklavung* der Arbeiter durch die imperialistische Bourgeoisie mit Hilfe ihrer besten Agenten in der Arbeiterbewegung. Der Sieg der revolutionären Sozialdemokratie im Weltmaßstab ist absolut unvermeidlich, aber nur *gegen* euch wird er sich anbahnen und vorwärtsschreiten, wird er erkämpft und errungen werden, er wird ein Sieg *über* euch sein.

Jene zwei Tendenzen, ja zwei Parteien in der modernen Arbeiterbewegung, die sich von 1914 bis 1916 in der ganzen Welt so deutlich voneinander geschieden haben, wurden von *Engels und Marx in England* im Verlauf mehrerer *Jahrzehnte*, ungefähr von 1858 bis 1892, *beobachtet*.

Weder Marx noch Engels haben die imperialistische Epoche des Weltkapitalismus erlebt, die erst in den Jahren 1898–1900 begonnen hat. Aber es war eine Besonderheit Englands schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, daß dort mindestens *zwei* der wichtigsten Merkmale des Imperialismus vorhanden waren: 1. unermessliche Kolonien und 2. Monopolprofite (infolge der Monopolstellung auf dem Weltmarkt). Sowohl in dieser wie in jener Beziehung war England damals eine Ausnahme unter den kapitalistischen Ländern, und Engels und Marx, die diese Ausnahmestellung Englands analysierten, zeigten klar und bestimmt ihren *Zusammenhang* mit dem (zeitweiligen) Sieg des Opportunismus in der englischen Arbeiterbewegung.

In einem Brief an Marx vom 7. Oktober 1858 schrieb Engels, daß „das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat *neben* der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt.“<sup>49</sup> In einem Brief an Sorge vom 21. September 1872 berichtet Engels, Hales habe im Föderalrat der Internationale „großen Skandal geschlagen“ und „Marx ein Tadelsvotum angehängt, weil er sagte, die englischen Arbeiterführer wären verkauft“. Marx schreibt an Sorge am 4. August 1874: „Was die städtischen Arbeiter“ (in England) „betrifft, so ist zu bedauern, daß das ganze Führerpack nicht ins Parlament kam. Es ist der sicherste Weg, sich des Gesindels zu entledigen.“<sup>50</sup> Engels spricht in einem Brief an Marx vom 11. August 1881 von jenen „schlechtesten englischen Gewerkschaften“, „die sich führen lassen von an die Bourgeoisie verkauften oder zumindest von ihr bezahlten Leuten“<sup>51</sup>. In einem Brief an Kautsky vom 12. September 1882 schrieb Engels: „Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nur, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken . . . Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal-Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands.“<sup>52</sup>

Am 7. Dezember 1889 schreibt Engels an Sorge: „Das widerwärtigste hier“ (in England) „ist die den Arbeitern tief ins Fleisch gewachsne bürgerliche ‚respectability‘ (Ehrbarkeit) . . . selbst Tom Mann, den ich für den bravsten halte, spricht gern davon, daß er mit dem Lord Mayor \* lunched wird. Wenn man dagegen die Franzosen hält, merkt man doch, wozu eine Revolution gut ist.“<sup>53</sup> In einem Brief vom 19. April 1890: „ . . . die Bewegung“ (der Arbeiterklasse in England) „geht unter der Oberfläche fort, ergreift immer weitere Schichten, und grade meist unter der bisher stagnierenden untersten“ (hervorgehoben von Engels) „Masse, und der Tag ist nicht mehr fern, wo diese Masse plötzlich *sich selbst findet*, wo es ihr aufleuchtet, daß sie diese kolossale sich bewegende Masse ist.“ Am 4. März 1891: Mißerfolg des gesprengten Dockerverbandes, die „alten konservativen Trade-Unions, die *reichen* und eben deswegen feigen, bleiben allein auf dem Plan“. Am 14. September 1891: Auf dem Newcastler Kongreß der Trade-Unions sind die alten Unionisten, die Gegner des Achtstundentags, gescheitert, „und die Bourgeoisblätter erkennen die Niederlage der *bürgerlichen Arbeiterpartei* vollständig . . . an“<sup>54</sup>. (Hervorhebungen überall von Engels.)

Daß Engels diese Gedanken, die er im Verlaufe von Jahrzehnten oft wiederholte, auch öffentlich, in der Presse, zum Ausdruck gebracht hat, beweist sein Vorwort zur zweiten Auflage der „Lage der arbeitenden Klasse in England“, aus dem Jahre 1892.<sup>55</sup> Hier wird von einer „Aristokratie in der Arbeiterklasse“, von einer „bevorrechteten Minderheit“ der Arbeiter im Gegensatz zur „großen Masse“ der Arbeiter gesprochen. Eine „kleine privilegierte, geschützte Minorität“ der Arbeiterklasse allein hatte „dauernden Vorteil“ von der privilegierten Lage Englands in den Jahren 1848–1868, während die „große Masse im besten Fall nur eine vorübergehende Verbesserung ihrer Lage erfuhr“ . . . „Mit dem Zusammenbruch des Industriemonopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren . . .“ Die Mitglieder der „neuen“ Unionen, der Organisationen ungelerner Arbeiter, „haben diesen einen unermesslichen Vorteil: Ihre Gemüter sind noch jungfräulicher Boden, gänzlich frei von den ererbten, ‚respektablen‘ Bourgeoisvorurteilen, die die Köpfe der bessergestellten ‚alten Unionisten‘ verwirren“ . . . Die „sogenannten Arbeitervertreter“ sind in England Leute, „denen man ihre Arbeiterqualität

\* Oberbürgermeister. Der Übers.

verzeit, weil sie selbst sie gern im Ozean ihres Liberalismus ertränken möchten . . .“

Wir haben mit Absicht ziemlich ausführliche Auszüge aus direkten Äußerungen von Marx und Engels gebracht, damit die Leser sie in ihrer *Gesamtheit* studieren können. Und man muß sie studieren, es lohnt, sie aufmerksam zu durchdenken. Denn hier liegt der *Angelpunkt* jener Taktik in der Arbeiterbewegung, die von den objektiven Verhältnissen der imperialistischen Epoche diktiert wird.

Kautsky hat auch hier schon versucht, „das Wasser zu trüben“ und den Marxismus durch süßliches Versöhnertum gegenüber den Opportunisten zu ersetzen. In der Polemik gegen die offenen, naiven Sozialimperialisten (vom Schläge eines Lensch), die den Krieg von seiten Deutschlands als Zerstörung der Monopolstellung Englands rechtfertigen, „korrigiert“ Kautsky diesen offensichtlichen Schwindel durch einen anderen, ebenso offensichtlichen Schwindel. Zynischen Schwindel ersetzt er durch den süßlichen Schwindel! Das *Industriemonopol* Englands sei längst gebrochen, sagt er, längst zerstört, man brauche und man könne es nicht mehr zerstören.

Worin besteht die Verlogenheit dieses Arguments?

Erstens wird das *Kolonialmonopol* Englands mit Schweigen übergangen. Engels hat aber, wie wir gesehen haben, schon im Jahre 1882, also vor 34 Jahren, mit aller Deutlichkeit auf dieses Monopol hingewiesen! Wenn das *Industriemonopol* Englands zerstört ist, so ist das *Kolonialmonopol* nicht nur geblieben, sondern hat sich noch außerordentlich verstärkt, denn die ganze Erde ist bereits aufgeteilt! Mit Hilfe seiner zuckersüßen Lüge schmuggelt Kautsky den bürgerlich-pazifistischen und opportunistisch-kleinbürgerlichen Gedanken ein, daß „es nichts gebe, worum Krieg zu führen wäre“. Im Gegenteil, es gibt heute nicht nur etwas, worum die *Kapitalisten* Krieg zu führen haben, sondern sie *können* auch *nicht anders*, sie müssen Krieg führen, wenn sie den Kapitalismus erhalten wollen, denn ohne eine gewaltsame Neuverteilung der Kolonien können die *neuen* imperialistischen Länder nicht die Privilegien erlangen, die die *älteren* (und *weniger starken*) imperialistischen Mächte genießen.

Zweitens. Warum liefert die Monopolstellung Englands die Erklärung für den (zeitweiligen) Sieg des Opportunismus in England? Weil durch ein *Monopol Extraprofit* erzielt wird, d. h. ein Profitüberschuß über den

in der ganzen Welt üblichen, normalen kapitalistischen Profit. Von diesem Extraprofit können die Kapitalisten einen Teil (und durchaus keinen geringen!) verwenden, um ihre Arbeiter zu bestechen, um eine Art Bündnis (man erinnere sich an die berühmten „Allianzen“ der englischen Trade-Unions mit ihren Unternehmern, die von den Webbs beschrieben wurden) der Arbeiter der betreffenden Nation mit ihren Kapitalisten gegen die übrigen Länder zu schaffen. Das Industriemonopol Englands ist bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts vernichtet worden. Das steht fest. Aber wie ist diese Vernichtung vor sich gegangen? Etwa so, daß jedes Monopol verschwunden ist?

Wenn dem so wäre, dann würde dies Kautskys versöhnlerische (dem Opportunismus gegenüber versöhnlerische) „Theorie“ in einem gewissen Grade rechtfertigen. Aber das ist es ja gerade, daß dem nicht so ist. Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus. Jedes Kartell, jeder Trust, jedes Syndikat, jede der Riesenbanken ist ein Monopol. Der Extraprofit ist nicht verschwunden, sondern geblieben. Die Ausbeutung aller übrigen Länder durch ein privilegiertes, finanziell reiches Land ist geblieben und hat sich verstärkt. Ein Häuflein reicher Länder – es gibt ihrer im ganzen vier, wenn man selbständigen und wirklich riesengroßen „modernen“ Reichtum im Auge hat: England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Deutschland –, dieses Häuflein Länder hat Monopole in unermesslichen Ausmaßen entwickelt, bezieht einen Extraprofit in Höhe von Hunderten Millionen, wenn nicht von Milliarden, saugt die anderen Länder, deren Bevölkerung nach Hunderten und aber Hunderten Millionen zählt, erbarmungslos aus und kämpft untereinander um die Teilung der besonders üppigen, besonders fetten, besonders bequemen Beute.

Eben darin besteht das ökonomische und politische Wesen des Imperialismus, dessen überaus tiefe Widersprüche Kautsky nicht aufdeckt, sondern vertuscht.

Die Bourgeoisie einer imperialistischen „Groß“macht ist ökonomisch in der Lage, die oberen Schichten „ihrer“ Arbeiter zu bestechen und dafür ein- oder zweihundert Millionen Francs im Jahr auszuwerfen; denn ihr Extraprofit beträgt wahrscheinlich rund eine Milliarde. Und die Frage, wie dieses kleine Almosen verteilt wird unter die Arbeiterminister, die „Arbeitervertreter“ (man erinnere sich der ausgezeichneten Analyse dieses Begriffs bei Engels), die Arbeitermitglieder der Kriegindustriekomitees,

die Arbeiterbürokraten, die Arbeiter, die in eng zünftlerischen Gewerkschaften organisiert sind, die Angestellten usw. usw. – das ist schon eine Frage zweiter Ordnung.

In den Jahren 1848–1868 und zum Teil auch danach hatte nur England eine Monopolstellung inne; *darum* konnte dort der Opportunismus auf Jahrzehnte hinaus die Oberhand gewinnen; andere Länder mit sehr reichen Kolonien oder mit einem Industriemonopol *gab es nicht*.

Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts war der Übergang zur neuen, imperialistischen Epoche. Nutznießer des Monopols ist das Finanzkapital *nicht eines Landes*, sondern einiger, sehr weniger Großmächte. (In Japan und Rußland wird das Monopol des heutigen, modernen Finanzkapitals zum Teil ergänzt, zum Teil ersetzt durch das Monopol der militärischen Macht, des unermesslichen Gebiets oder der besonders günstigen Gelegenheit, nationale Minderheiten, China usw. auszuplündern.) Aus diesem Unterschied folgt, daß die Monopolstellung Englands jahrzehntelang *unumstritten existieren konnte*. Die Monopolstellung des modernen Finanzkapitals wird wütend umstritten; die Epoche der imperialistischen Kriege hat begonnen. Damals war es möglich, die Arbeiterklasse *eines Landes* zu bestechen, für Jahrzehnte zu korrumpieren. Heute ist das unwahrscheinlich und eigentlich kaum möglich, dafür aber kann *jede* imperialistische „Groß“macht *kleinere* (als in England 1848–1868) Schichten der „Arbeiteraristokratie“ bestechen und besticht sie auch. Damals konnte sich die „bürgerliche Arbeiterpartei“, um das außerordentlich treffende Wort von Engels zu gebrauchen, nur in einem einzigen Land, dafür aber für lange Zeit, herausbilden, denn nur ein Land besaß eine Monopolstellung. Jetzt ist die „bürgerliche Arbeiterpartei“ *unvermeidlich* und typisch für *alle* imperialistischen Länder, aber in Anbetracht des verzweifelten Kampfes dieser Länder um die Teilung der Beute ist es unwahrscheinlich, daß eine solche Partei auf lange Zeit in mehreren Ländern die Oberhand behalten könnte. Denn die Trusts, die Finanzoligarchie, die Teuerung usw., die die Bestechung einer dünnen Oberschicht *ermöglichen*, unterdrücken, unterjochen, ruinieren und quälen die *Masse* des Proletariats und Halbproletariats immer mehr.

Einerseits haben Bourgeoisie und Opportunisten die Tendenz, das Häuflein der reichsten und privilegierten Nationen in „ewige“ Schmarotzer am Körper der übrigen Menschheit zu verwandeln, „auf den Lorbeeren“ der

Ausbeutung der Neger, Inder usw. „auszuruhen“ und diese Völker mit Hilfe des modernen Militarismus, der mit einer großartigen Vernichtungstechnik ausgestattet ist, in Botmäßigkeit zu halten. Andererseits haben die Massen, die stärker denn je unterdrückt werden und alle Qualen der imperialistischen Kriege erdulden, die Tendenz, dieses Joch abzuwerfen und die Bourgeoisie zu stürzen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung wird sich jetzt unvermeidlich im Kampf zwischen diesen beiden Tendenzen entwickeln. Denn die erste Tendenz besteht nicht zufällig, sondern ist ökonomisch „begründet“. Die Bourgeoisie hat schon in *allen* Ländern „bürgerliche Arbeiterparteien“ der Sozialchauvinisten hervorgebracht, aufgezogen und sich dienstbar gemacht. Die Unterschiede zwischen einer voll ausgebildeten Partei, zum Beispiel der Partei Bissolatis in Italien, einer ausgesprochen sozialimperialistischen Partei, und, sagen wir, der nur halb-ausgebildeten, halbfertigen Partei der Potressow, Gwosdew, Bulkin, Tschcheidse, Skobelew und Co. – diese Unterschiede sind unwesentlich. Wichtig ist, daß die Abspaltung der Schicht der Arbeiteraristokratie und ihr Übergang zur Bourgeoisie ökonomisch herangereift ist und sich vollzogen hat; eine politische Form aber, sei es dieser oder jener Art, wird dieses ökonomische Faktum, diese Verlagerung in den Beziehungen der Klassen zueinander, ohne besondere „Mühe“ finden.

Auf der geschilderten ökonomischen Grundlage haben die politischen Institutionen des neusten Kapitalismus – Presse, Parlament, Verbände, Kongresse usw. – die den ökonomischen Privilegien und Almosen entsprechenden politischen Privilegien und Almosen für die respektvollen, braven, reformistischen und patriotischen Angestellten und Arbeiter geschaffen. Einträgliche und ruhige Pöstchen im Ministerium oder im Kriegsindustriekomitee, im Parlament und in verschiedenen Kommissionen, in den Redaktionen der „soliden“ legalen Zeitungen oder in den Vorständen der nicht weniger soliden und „bürgerlich-folgsamen“ Arbeiterverbände – damit lockt und belohnt die imperialistische Bourgeoisie die Vertreter und Anhänger der „bürgerlichen Arbeiterparteien“.

Die Mechanik der politischen Demokratie wirkt in der gleichen Richtung. Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber können im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden ohne ein weitverbreitetes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von

Schmeichelei, Lüge, Gaunerei, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht – wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten. Ich möchte dieses System Lloyd-Georgeismus nennen, nach einem der maßgebendsten und geschicktesten Vertreter dieses Systems in dem klassischen Land der „bürgerlichen Arbeiterpartei“, nach dem englischen Minister Lloyd George. Als erstklassiger bürgerlicher Geschäftsmann und politischer Roßtäuscher, als populärer Redner, der es versteht, beliebige, sogar irrevolutionäre Reden vor einem Arbeiterauditorium zu halten, der imstande ist, für folgsame Arbeiter ziemlich beträchtliche Almosen in Form von sozialen Reformen (Versicherung usw.) zu erwirken, dient Lloyd George der Bourgeoisie ausgezeichnet\* und dient ihr gerade unter den Arbeitern, setzt den Einfluß der Bourgeoisie gerade im Proletariat durch, dort, wo es am notwendigsten und am schwersten ist, sich die Massen moralisch unterzuordnen.

Ist aber der Unterschied zwischen Lloyd George und den Scheidemann, Legien, Henderson, den Hyndman, Plechanow, Renaudel und Co. so groß? Von den letzteren, wird man uns erwidern, werden einige zum revolutionären Sozialismus Marx' zurückkehren. Das ist möglich, aber das ist ein winziger gradueller Unterschied, wenn man die Frage im politischen, d. h. im Massenmaßstab betrachtet. Einzelne von den jetzigen sozialchauvinistischen Führern mögen zum Proletariat zurückkehren. Aber die sozialchauvinistische oder (was dasselbe ist) opportunistische Strömung kann weder verschwinden noch zum revolutionären Proletariat „zurückkehren“. Wo unter den Arbeitern der Marxismus populär ist, dort wird diese politische Strömung, diese „bürgerliche Arbeiterpartei“ auf den Namen Marx schwören. Man kann ihnen das nicht verbieten, wie man einer Handelsfirma nicht verbieten kann, ein beliebiges Etikett, ein beliebiges Aushängeschild, eine beliebige Reklame zu benutzen. Es ist in der Geschichte oft genug so gewesen, daß die Namen der revolutionären Führer, die bei den unterdrückten Klassen populär waren, nach dem Tode

\* Ich stieß unlängst in einer englischen Zeitschrift auf den Artikel eines Tory, eines politischen Gegners von Lloyd George: „Lloyd George, wie ein Tory ihn sieht.“ Der Krieg hat diesem Gegner die Augen darüber geöffnet, welch ausgezeichnete Kommiss der Bourgeoisie dieser Lloyd George ist! Die Tories haben sich mit ihm ausgesöhnt!

dieser Führer von ihren Feinden ausgenutzt wurden, um die unterdrückten Klassen irrezuführen.

Tatsache ist, daß „bürgerliche Arbeiterparteien“ als politische Erscheinung schon in *allen* fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entstanden sind, daß ohne entschiedenen, schonungslosen Kampf auf der ganzen Linie gegen diese Parteien – oder auch Gruppen, Richtungen usw. – weder von einem Kampf gegen den Imperialismus noch von Marxismus, noch von einer sozialistischen Arbeiterbewegung die Rede sein kann. Die Fraktion Tschcheidse<sup>56</sup>, „Nasche Delo“, „Golos Truda“<sup>57</sup> in Rußland und die OK-Leute im Ausland sind nichts weiter als die Abart einer *solchen* Partei. Wir haben nicht den geringsten Grund zur Annahme, daß diese Parteien vor der sozialen Revolution verschwinden können. Im Gegenteil, je näher wir dieser Revolution sein werden, je machtvoller sie entbrennen wird, je schroffer und heftiger die Übergänge und Sprünge im Prozeß der Revolution sein werden, eine um so größere Rolle wird in der Arbeiterbewegung der Kampf des revolutionären Stroms, des Stroms der Massen gegen den opportunistischen, den kleinbürgerlichen Strom spielen. Das Kautskyanertum ist keine selbständige Strömung, denn es wurzelt weder in den Massen noch in der zur Bourgeoisie übergegangenen privilegierten Schicht. Gefährlich ist das Kautskyanertum deshalb, weil es unter Ausnutzung der Ideologie der Vergangenheit bemüht ist, das Proletariat mit der „bürgerlichen Arbeiterpartei“ zu versöhnen, die Einheit des Proletariats mit ihr durchzusetzen und dadurch die Autorität der „bürgerlichen Arbeiterpartei“ zu heben. Den offenen Sozialchauvinisten folgen die Massen schon nicht mehr: Lloyd George ist in England in Arbeiterversammlungen ausgepiffen worden, Hyndman ist aus der Partei ausgetreten, die Renaudel und Scheidemann, Potressow und Gwosdew werden von der Polizei geschützt. Die verkappte Verteidigung der Sozialchauvinisten durch die Kautskyaner ist am gefährlichsten.

Einer der meistverbreiteten Sophismen des Kautskyanertums ist die Berufung auf die „Massen“. Wir wollen uns doch nicht, so sagen sie, von den Massen und von den Massenorganisationen trennen! Man denke aber darüber nach, wie Engels diese Frage gestellt hat. Die „Massenorganisationen“ der englischen Trade-Unions standen im 19. Jahrhundert auf der Seite der bürgerlichen Arbeiterpartei. Das war für Marx und Engels nicht etwa ein Grund, sich mit ihr auszusöhnen, sondern vielmehr sie zu ent-

larven. Erstens vergaßen sie nicht, daß die Organisationen der Trade-Unions unmittelbar nur eine *Minderheit des Proletariats* erfassen. In England war damals, wie jetzt in Deutschland, nicht mehr als ein Fünftel des Proletariats organisiert. Es liegt kein Grund vor, ernsthaft anzunehmen, daß im Kapitalismus die Mehrheit der Proletarier in Organisationen zusammengefaßt werden könne. Zweitens – und das ist die Hauptsache – handelt es sich nicht so sehr um die Mitgliederzahl der Organisation, als vielmehr um die reale, objektive Bedeutung ihrer Politik: vertritt diese Politik die Massen, dient sie den Massen, d. h. der Befreiung der Massen vom Kapitalismus, oder vertritt sie die Interessen der Minderheit, ihre Versöhnung mit dem Kapitalismus? Gerade das letztere traf für England im 19. Jahrhundert und trifft jetzt für Deutschland u. a. zu.

Von der „bürgerlichen Arbeiterpartei“ der *alten* Trade-Unions, von der privilegierten Minderheit, unterscheidet Engels die „*unterste Masse*“, die tatsächliche Mehrheit, und an sie, die von der „bürgerlichen Ehrbarkeit“ *nicht* angesteckt ist, appelliert er. Das ist das Wesen der marxistischen Taktik!

Wir können nicht – und niemand kann – genau ausrechnen, welcher Teil des Proletariats den Sozialchauvinisten und Opportunisten folgt und folgen wird. Das wird erst der Kampf zeigen, das wird endgültig nur die sozialistische Revolution entscheiden. Aber wir wissen mit Bestimmtheit, daß die „Vaterlandsverteidiger“ im imperialistischen Krieg nur eine Minderheit *darstellen*. Und es ist daher unsere Pflicht, wenn wir Sozialisten bleiben wollen, *tiefer*, zu den *untersten*, zu den wirklichen Massen zu gehen: darin liegt die ganze Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus und der ganze Inhalt dieses Kampfes. Indem wir enthüllen, daß die Opportunisten und Sozialchauvinisten in Wirklichkeit die Interessen der Massen verraten und verkaufen, daß sie die zeitweiligen Privilegien einer Minderheit der Arbeiter verteidigen, daß sie Mittler bürgerlicher Ideen und Einflüsse, daß sie in Wirklichkeit Verbündete und Agenten der Bourgeoisie sind, lehren wir die Massen, ihre wirklichen politischen Interessen zu erkennen und durch all die langen und qualvollen Wechselfälle der imperialistischen Kriege und der imperialistischen Waffenstillstände hindurch für den Sozialismus und die Revolution zu kämpfen.

Den Massen die Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit des Bruchs mit dem Opportunismus klarmachen, sie durch schonungslosen Kampf gegen

den Opportunismus zur Revolution erziehen, die Erfahrungen des Krieges ausnutzen, um alle Niederträchtigkeiten der nationalliberalen Arbeiterpolitik aufzudecken und nicht zu bemänteln – das ist die einzig marxistische Linie in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt.

Im nächsten Artikel werden wir versuchen, die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale dieser Linie im Gegensatz zum Kautskyanertum zusammenzufassen.

*Geschrieben im Oktober 1916.*

*Veröffentlicht im Dezember 1916 im  
„Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2.*

*Unterschrift: N. Lenin,*

*Nach dem Text des „Sbornik  
Sozial-Demokrata“.*

---

REDE AUF DEM PARTEITAG DER  
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DER SCHWEIZ  
4. NOVEMBER 1916

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat vor kurzem die Ehre gehabt, den Zorn des Führers der dänischen offiziellen Sozialdemokratischen Partei, des Herrn Ministers Stauning, auf sich zu lenken. Dieser erklärte mit Stolz in einem Briefe an einen andern – auch quasi-sozialistischen – Minister, Vandervelde, vom 15. September dieses Jahres, daß „wir (die dänische Partei) scharf und bestimmt Abstand genommen haben von der organisationsschädlichen Zersplitterungsarbeit, welche auf Veranlassung der italienischen und schweizerischen Parteien unter dem Namen ‚Zimmerwaldbewegung‘ in Szene gesetzt worden ist“.

Indem ich im Namen des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei begrüße, tue ich es in der Hoffnung, daß diese Partei die internationale Vereinigung der revolutionären Sozialdemokraten, die in Zimmerwald begonnen hat und die mit einem vollständigen Bruch des Sozialismus mit seinen ministeriellen und sozialpatriotischen Verrätern enden muß, auch fernerhin unterstützen werde.

Dieser Bruch reift in allen Ländern des entwickelten Kapitalismus. In Deutschland wurde der Gesinnungsfreund von Karl Liebknecht, Genosse Otto Rühle, von den Opportunisten und dem sogenannten Zentrum angegriffen, als er im Zentralorgan der deutschen Partei erklärte, die Spaltung sei unumgänglich geworden („Vorwärts“, 12. Januar 1916). Aber die Tatsachen sprechen immer deutlicher dafür, daß Genosse Rühle recht hatte, daß in Deutschland in Wirklichkeit zwei Parteien bestehen: die eine hilft der Bourgeoisie und der Regierung den Raubkrieg führen, die andere, die ihre Tätigkeit hauptsächlich illegal entfaltet, verbreitet wirk-

lich sozialistische Aufrufe an die wirklichen Massen, organisiert Massendemonstrationen und politische Streiks.

In Frankreich hat das „Komitee zur Wiederherstellung der internationalen Verbindungen“<sup>58</sup> vor kurzem eine Broschüre „Die Zimmerwalder Sozialisten und der Krieg“ veröffentlicht, in der wir lesen, daß in Frankreich innerhalb der Partei sich drei Hauptrichtungen entwickelt haben. Die eine, die der Mehrheit, wird in der Broschüre als die der Sozialisten-Nationalisten, Sozialpatrioten, welche mit unsern Klassenfeinden einen Vertrag der heiligen Einigung abgeschlossen haben, gebrandmarkt. Die zweite Richtung ist nach Angabe dieser Broschüre die Minderheit, die Anhänger der Deputierten Longuet und Pressemane, die in den wichtigsten Fragen mit der Mehrheit einig ist, die unbewußt das Wasser auf die Mühle der Mehrheit leitet, indem sie die unzufriedenen Elemente durch Einschläferung ihres sozialistischen Gewissens an sich heranlockt und dieselben der offiziellen Politik der Partei zu folgen zwingt. Als dritte Richtung bezeichnet die Broschüre die Zimmerwaldisten. Diese anerkennen, daß nicht die Kriegserklärung seitens Deutschlands Frankreich in den Krieg verwickelt hat, sondern seine imperialistische Politik, die es durch Verträge und Anleihen an Rußland gebunden hat. Diese dritte Richtung proklamiert unzweideutig, daß „die Verteidigung des Vaterlandes unsozialistisch ist“.

Auch bei uns in Rußland sowie in England und den neutralen Vereinigten Staaten Amerikas, mit einem Worte in der ganzen Welt, haben sich im Grunde genommen dieselben drei Richtungen gebildet. Der Kampf dieser Richtungen wird das Schicksal der Arbeiterbewegung für die nächste Zukunft bestimmen.

Erlauben Sie mir, mit einigen Worten noch einen Punkt zu berühren, über den heutzutage besonders viel gesprochen wird und über welchen wir russischen Sozialdemokraten im Besitze einer besonders reichen Erfahrung sind: das ist die Frage des Terrorismus.

Wir besitzen noch keine Nachrichten von den österreichischen revolutionären Sozialdemokraten, die auch dort vorhanden sind, und auch die sonstigen Nachrichten sind äußerst spärlich. Infolgedessen wissen wir nicht, ob die Hinrichtung Stürgkhs durch den Genossen Fritz Adler<sup>59</sup> die Anwendung des Terrorismus als Taktik war, die in der systematischen Organisation politischer Attentate ohne Zusammenhang mit dem revo-

lutionären Kampf der Masse besteht, oder ob diese Hinrichtung nur ein einzelner Schritt im Übergang von der opportunistischen, nichtsozialistischen Taktik der das Vaterland verteidigenden offiziellen österreichischen Sozialdemokraten zu eben jener Taktik des revolutionären Massenkampfes war. Diese zweite Annahme scheint eher den Tatsachen zu entsprechen, und infolgedessen verdient die Begrüßung an Fritz Adler, die der Zentralvorstand der italienischen Partei zum Beschluß erhoben hat und die im „Avanti!“ vom 29. Oktober veröffentlicht wurde, die volle Sympathie.

Jedenfalls sind wir überzeugt, daß die Erfahrung der Revolution und Konterrevolution in Rußland die Richtigkeit des mehr als zwanzigjährigen Kampfes unserer Partei gegen den Terrorismus als Taktik bestätigt hat. Es darf aber nicht vergessen werden, daß dieser Kampf im engen Zusammenhange mit dem schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus, der geneigt war, jegliche Anwendung der Gewalt von seiten der unterdrückten Klassen gegen ihre Unterdrücker zu verwerfen, geführt worden ist. Wir waren immer für die Anwendung der Gewalt, sowohl im Massenkampfe wie auch im Zusammenhange mit diesem Kampfe. Zweitens haben wir den Kampf gegen den Terrorismus mit einer jahrelangen, viele Jahre vor dem Dezember 1905 beginnenden Propaganda des bewaffneten Aufstandes vereinigt. Wir sahen in ihm nicht nur die beste Antwort des Proletariats auf die Politik der Regierung, sondern auch das unvermeidliche Resultat der Entwicklung des Klassenkampfes für den Sozialismus und die Demokratie. Drittens hatten wir uns mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstandes nicht begnügt. Wir unterstützten z. B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei den Straßendemonstrationen. Wir bemühten uns, daß sich das ganze Land die Praxis einer jeden solchen Demonstration zu eigen machte. Wir trachteten immer mehr auf Organisierung eines ausdauernden und systematischen Widerstandes der Massen gegenüber der Polizei und dem Militär, auf die Hineinziehung mittelst dieses Widerstandes eines möglichst großen Teils der Armee in den Kampf zwischen dem Proletariat und der Regierung, auf die Heranziehung der Bauern und des Militärs zu einer bewußten Anteilnahme an diesem Kampfe. Das ist die Taktik, die wir im Kampfe gegen den Terrorismus angewendet haben und die nach unserer festen Überzeugung vom Erfolge gekrönt ist.

Ich schließe, Parteigenossen, mit der Wiederholung meiner Begrüßung des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und wünsche Ihrer Tagung erfolgreiche Arbeit. (Beifall.)

*Veröffentlicht 1916 im „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 4. und 5. November 1916, abgehalten im Gesellschaftsbaus „z. Kaufleuten“ in Zürich“.*

*Nach dem deutschsprachigen Text des Protokolls.*

## ÜBER DEN SEPARATFRIEDEN

Zwischen Rußland und Deutschland werden bereits Verhandlungen über einen Separatfrieden geführt. Die Verhandlungen sind offiziell, und über die Hauptsache sind sich beide Mächte schon einig geworden.

So lautete eine Mitteilung, die vor kurzem von der Berner sozialistischen Zeitung auf Grund ihr zugegangener Nachrichten gebracht wurde. Als die russische Gesandtschaft in Bern eiligst ein amtliches Dementi veröffentlichte und die französischen Chauvinisten die Verbreitung solcher Gerüchte darauf zurückführten, daß die „Deutschen auf Gemeinheiten aus sind“, lehnte es die sozialistische Zeitung ab, dem Dementi irgendeine Bedeutung beizumessen, und berief sich zur Bekräftigung ihrer Meldung auch auf die Tatsache, daß sich gerade jetzt in der Schweiz sowohl deutsche (Bülow) als auch russische „Staatsmänner“ (Stürmer, Giers und ein aus Spanien eingetroffener Diplomat) aufhalten und daß schweizerische Handelskreise über analoge zuverlässige Mitteilungen aus russischen Handelskreisen verfügen.

Selbstverständlich ist eine Irreführung von seiten Rußlands, das Verhandlungen über einen Separatfrieden nicht zugeben kann, ebenso möglich wie von seiten Deutschlands, das natürlich bestrebt ist, Rußland und England zu entzweien, unabhängig davon, ob tatsächlich Verhandlungen geführt werden und inwieweit sie von Erfolg begleitet sind.

Um uns über die Frage des Separatfriedens klarzuwerden, dürfen wir nicht von Gerüchten und Mitteilungen über das ausgehen, was jetzt in der Schweiz vor sich geht und was auf seine Richtigkeit nicht geprüft werden kann, sondern müssen uns auf die unwiderlegbar feststehenden *Tatsachen der Politik* der letzten Jahrzehnte stützen. Mögen die Herren Plechanow,

Tschchenkeli, Potressow und Co., die jetzt die Rolle von quasi-marxistischen Lakaien oder Narren der Purischkewitsch und Miljukow spielen, alle Anstrengungen machen, um die „Schuld Deutschlands“ und den „Defensivcharakter“ des Krieges russischerseits nachzuweisen – die klassenbewußten Arbeiter haben nie auf diese Narren gehört und tun das auch jetzt nicht. Der Krieg ist aus den imperialistischen Beziehungen zwischen den Großmächten entstanden, d. h. aus dem Kampf um die Teilung der Beute, aus dem Kampf darum, wer sich diese oder jene Kolonien und kleinen Staaten einverleiben soll, wobei in diesem Krieg *zwei* Interessenkonflikte an erster Stelle stehen. Erstens der Konflikt zwischen England und Deutschland. Zweitens der zwischen Deutschland und Rußland. Diese drei Großmächte, diese drei mächtigen Räuber sind die entscheidenden Größen im jetzigen Krieg, die übrigen sind unselbständige Bundesgenossen.

Beide Konflikte sind durch die *ganze* Politik dieser Mächte im Verlauf *mehrerer Jahrzehnte* vor dem Krieg vorbereitet worden. England führt Krieg, um Deutschlands Kolonien zu rauben und seinen Hauptkonkurrenten zu vernichten, der ihm mit seiner überlegenen Technik, Organisation und kommerziellen Energie unbarmherzige Schläge versetzte und so schwer traf, daß England ohne Krieg seine Weltherrschaft *nicht mehr* hätte behaupten *können*. Deutschland führt Krieg, weil seine Kapitalisten – und durchaus begründet – von sich der Meinung sind, daß sie das „heilige“ bürgerliche Recht auf den ersten Platz in der Welt bei der Ausplünderung der Kolonien und abhängigen Länder besitzen; insbesondere führt Deutschland Krieg, um sich die Balkanländer und die Türkei zu unterwerfen. Rußland führt Krieg, um Galizien zu erobern, das es braucht, um das ukrainische Volk niederzuhalten (Galizien ist das einzige Fleckchen Erde, wo dieses Volk Freiheit – relative natürlich – besitzt und besitzen kann), Rußland führt Krieg, um Armenien und Konstantinopel zu erobern und ebenfalls, um die Balkanländer zu unterwerfen.

Neben dem Konflikt der räuberischen „Interessen“ Rußlands und Deutschlands besteht ein nicht minder tiefer, wenn nicht gar noch tieferer Konflikt zwischen Rußland und England. Das Ziel der imperialistischen Politik Rußlands, das durch jahrhundertealte Rivalität und durch die objektiven internationalen Wechselbeziehungen der Großmächte bestimmt wird, kann kurz folgendermaßen umrissen werden: Mit Hilfe Englands

und Frankreichs Deutschland in Europa schlagen, um Österreich und die Türkei auszurauben (Österreich Galizien und der Türkei Armenien und vor allem Konstantinopel nehmen). Dann mit Hilfe Japans und desselben Deutschlands England in Asien schlagen, um ganz Persien zu annektieren, die Teilung Chinas zu Ende zu führen usw.

Sowohl die Eroberung Konstantinopels als auch die Eroberung eines immer größeren Teils von Asien erstrebt der Zarismus schon seit Jahrhunderten, er betreibt systematisch die entsprechende Politik und nutzt zu diesem Zweck jeden Gegensatz und Konflikt zwischen den Großmächten aus. England ist ein viel älterer, viel hartnäckigerer und stärkerer Gegner dieser Bestrebungen als Deutschland. Von 1878, als sich die russischen Truppen Konstantinopel näherten und die englische Flotte mit der Drohung vor den Dardanellen erschien, daß sie das Feuer gegen die Russen eröffnen werde, sobald sie sich in „Zargrad“\* zeigen würden, bis 1885, als es wegen der Teilung der Beute in Mittelasien um ein Haar zu einem Krieg zwischen Rußland und England gekommen wäre (Afghanistan; der Vormarsch der russischen Truppen in Mittelasien bedrohte die englische Herrschaft in Indien), und bis 1902, als England mit Japan ein Bündnis schloß und so den Krieg Japans gegen Rußland vorbereitete – in dieser ganzen langen Zeit war England der stärkste Feind der Raubpolitik Rußlands, weil Rußland die Herrschaft Englands über eine Reihe fremder Völker zu untergraben drohte.

Und jetzt? Man sehe, was in diesem Krieg vor sich geht. Es ist unerträglich, die „Sozialisten“ zu hören, die vom Proletariat zur Bourgeoisie übergelaufen sind und von „Vaterlandsverteidigung“ seitens Rußlands in diesem Krieg oder von der „Rettung des Landes“ (Tschcheidse) reden. Es ist unerträglich, die zuckersüßen Reden der Kautsky und Co. zu hören, die vom demokratischen Frieden so sprechen, als ob die jetzigen, als ob überhaupt bürgerliche Regierungen einen solchen Frieden schließen könnten. Denn in Wirklichkeit sind diese Regierungen in ein Netz von *Geheimverträgen* verstrickt, die sie miteinander, mit ihren Verbündeten und gegen ihre Verbündeten geschlossen haben, wobei der Inhalt dieser Verträge nicht durch zufällige Umstände oder lediglich durch „bösen Willen“ bestimmt wird, sondern vielmehr vom ganzen Verlauf und von der ganzen Entwicklung der imperialistischen Außenpolitik abhängt. Jene „Sozia-

\* „Zarenstadt“ – alte russische Bezeichnung für Konstantinopel. *Der Übers.*

listen“, die den Arbeitern mit banalen Phrasen über an und für sich gute Dinge (Vaterlandsverteidigung, demokratischer Friede) Sand in die Augen streuen und die Gehirne verkleistern, die *nicht* die *Geheimverträge* der *eigenen* Regierung über den Raub fremder Länder enthüllen, solche „Sozialisten“ begehen den ärgsten Verrat am Sozialismus.

Für die Regierungen, sowohl für die deutsche als auch für die englische und die russische, ist es nur vorteilhaft, wenn im Lager der Sozialisten Reden über einen honetten Frieden gehalten werden, denn dadurch wird erstens der Glaube geweckt, daß ein solcher Frieden unter der heutigen Regierung möglich sei, und zweitens die Aufmerksamkeit von der Raubpolitik dieser selben Regierungen abgelenkt.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik. Und die Politik wird auch *während* des Krieges „fortgesetzt“! Deutschland hat mit Bulgarien und Österreich Geheimverträge über die Teilung der Beute und führt auch jetzt solche Verhandlungen. Rußland hat Geheimverträge mit England, Frankreich usw., und *alle* diese Verträge bezwecken *Raub* und *Plünderung* – Raub der deutschen Kolonien, Plünderung Österreichs, Aufteilung der Türkei u. a. m.

Ein „Sozialist“, der unter diesen Umständen den Völkern und Regierungen Reden über einen honetten Frieden hält, gleicht aufs Haar dem Pfaffen, der vor sich in der Kirche auf der ersten Bank die Bordellmutter und den Polizeikommissar sieht, die beide unter einer Decke stecken, und ihnen sowie der Gemeinde Nächstenliebe und Befolgung der christlichen Gebote „predigt“.

Zwischen Rußland und England besteht unter anderem zweifellos auch ein Geheimvertrag über Konstantinopel. Es ist bekannt, daß Rußland Konstantinopel zu bekommen hofft und daß England es ihm nicht geben will oder, wenn es sich dazu entschließt, entweder bemüht sein wird, den Russen Konstantinopel später wieder abzunehmen, oder dieses „Zugeständnis“ an Bedingungen knüpfen wird, die gegen Rußland gerichtet sind. Der Text des Geheimvertrages ist nicht bekannt, aber daß der Kampf zwischen England und Rußland eben um diese Frage geht, auch jetzt noch, das ist nicht nur bekannt, sondern unterliegt auch nicht dem geringsten Zweifel. Gleichzeitig ist bekannt, daß zwischen Rußland und Japan, in Ergänzung zu früheren Verträgen (z. B. zum Vertrag von 1910, der es Japan ermöglichte, Korea zu „verschlingen“, und Rußland, die Mon-

golei zu schlucken), schon im gegenwärtigen Krieg ein *neuer* Geheimvertrag abgeschlossen wurde, der nicht nur gegen China, sondern *bis zu einem gewissen Grade auch gegen England* gerichtet ist. Das unterliegt keinem Zweifel, obgleich der Text des Vertrages nicht bekannt ist. Japan hat in den Jahren 1904/1905 mit Hilfe Englands Rußland geschlagen und schafft jetzt vorsichtig die Voraussetzung, um mit Hilfe Rußlands England zu schlagen.

In russischen „Regierungskreisen“ – in der Hofkamarilla Nikolaus' des Blutigen, unter dem Adel, in der Armee usw. – gibt es eine germanophile Partei. In Deutschland ist in letzter Zeit auf der ganzen Linie bei der Bourgeoisie (und in ihrem Gefolge auch bei den Sozialchauvinisten) eine Wendung zur Russenfreundlichkeit bemerkbar, für einen Separatfrieden mit Rußland, ein Bestreben, Rußland günstig zu stimmen, um mit ganzer Kraft den Schlag gegen England zu führen. Von seiten Deutschlands ist dieser Plan klar und unterliegt keinem Zweifel. Auf seiten Rußlands liegen die Dinge so, daß der Zarismus es natürlich vorziehen würde, erst Deutschland völlig zu schlagen, um möglichst viel „einstecken“ zu können – ganz Galizien, ganz Polen, ganz Armenien, Konstantinopel – und auch Österreich „den Garaus zu machen“ usw. Dann wäre es günstiger, sich mit Hilfe Japans gegen England zu wenden. Aber augenscheinlich reichen die Kräfte nicht aus. Das ist der Haken.

Wenn der ehemalige Sozialist Herr Plechanow die Sache so darstellt, als ob die Reaktionäre in Rußland schlechthin den Frieden mit Deutschland wollten, die „fortschrittliche Bourgeoisie“ hingegen die Vernichtung des „preussischen Militarismus“ und Freundschaft mit dem „demokratischen“ England, so ist das ein Ammenmärchen, das dem Niveau politischer Säuglinge entspricht. In Wirklichkeit wünschen *sowohl* der Zarismus *und* alle Reaktionäre in Rußland *als auch* die gesamte „fortschrittliche“ Bourgeoisie (Oktobristen und Kadetten) nur *eines*: in Europa Deutschland, Österreich und die Türkei plündern und in Asien England schlagen (ganz Persien, die ganze Mongolei, ganz Tibet usw. an sich reißen). Der Streit zwischen diesen „lieben Freunden“ geht nur darum, *wann und wie* man vom Kampf gegen Deutschland zum Kampf gegen England übergehen soll. Nur um das Wann und Wie!

Die Entscheidung dieser Frage, um die allein der Streit zwischen den lieben Freunden geht, hängt aber von *militärischen und diplomatischen*

*Erwägungen* ab, die *nur* der Zarenregierung voll, den Miljukow und Gutschkow jedoch nur zu einem Viertel bekannt sind.

Deutschland und Österreich ganz Polen nehmen! Der Zarismus ist *dafür*; ist er aber stark genug, es zu tun? Und wird England es gestatten?

Konstantinopel und die Meerengen nehmen! Österreich vollständig schlagen und es zerstückeln! Der Zarismus ist durchaus dafür. Ist er aber stark genug? Und wird England es gestatten?

Der Zarismus weiß, wieviel Millionen Soldaten bereits gefallen sind und wieviel aus dem Volk *noch* herauszuholen sind, wieviel Munition verbraucht wird und auf wieviel noch zusätzlich zu rechnen ist (Japan wird im Falle eines Krieges mit China – ein solcher Krieg droht und ist durchaus möglich – *keine* Munition mehr geben!). Der Zarismus weiß, wie seine Geheimverhandlungen mit England über Konstantinopel, über die Stärke der englischen Truppen in Saloniki, in Mesopotamien usw. verliefen und wie es jetzt um sie steht. Der Zarismus weiß das alles, weiß, was gespielt wird, und rechnet genau – soweit genaues Wissen in solchen Dingen überhaupt möglich ist, bei denen die Rolle des Zweifelhaften, des Unsicheren, die Rolle des „Kriegsglücks“ besonders groß ist.

Die Miljukow und Gutschkow aber schwatzen um so mehr, je weniger sie wissen. Die Plechanow, Tschchenkeli, Potressow wissen überhaupt nichts von den geheimen Abmachungen des Zarismus, vergessen sogar das, was sie früher gewußt haben, studieren nicht das, was man aus der ausländischen Presse erfahren kann, studieren nicht die Entwicklung der Außenpolitik des Zarismus vor dem Krieg, verfolgen nicht die Entwicklung *dieser Politik* während des Krieges und spielen deshalb bloß die Rolle sozialistischer Hanswurste.

Wenn sich der Zarismus davon überzeugt hat, daß trotz aller Hilfe der liberalen Gesellschaft, trotz allen Bemühens der Kriegsindustriekomitees, trotz all der Unterstützung, die die Herren Plechanow, Gwosdew, Potressow, Bulkin, Tschirkin, Tschcheidse („Rettung des Landes“, keine Kleinigkeit!), Kropotkin und die übrige Sippschaft der edlen Sache der verstärkten Erzeugung von Munition erweisen – daß es trotz alledem und bei dem jetzigen Zustand der militärischen Stärke (oder der militärischen Schwäche) sämtlicher potentiellen bzw. bereits in den Krieg einbezogenen Verbündeten *unmöglich* ist, mehr zu erreichen, unmöglich ist, *entscheidendere* Siege über Deutschland zu erringen, oder dies unerhört teuer zu stehen käme

(und z. B. den Verlust von *weiteren* zehn Millionen russischer Soldaten kosten würde, für deren Rekrutierung, Ausbildung und Ausrüstung noch so und so viele Milliarden und so und so viele Jahre Krieg nötig wären), dann *kann* der Zarismus *nicht anders* als einen Separatfrieden mit Deutschland *suchen*.

Wenn „wir“ einer zu großen Beute in Europa nachjagen, so riskieren „wir“, „unsere“ militärischen Hilfsquellen endgültig zu erschöpfen, in Europa fast nichts zu erreichen und die Chance zu verlieren, „unseren Teil“ in Asien zu bekommen – so argumentiert der Zarismus, und vom Standpunkt der imperialistischen Interessen ist diese Argumentation *richtig*. Er argumentiert *richtiger* als die bürgerlichen und opportunistischen Schwätzer Miljukow, Plechanow, Gutschkow und Potressow.

Wenn man in Europa nicht mehr erreichen kann, auch nach dem Beitritt Rumäniens und Griechenlands (von dem „wir“ alles genommen haben, was wir konnten), so wollen „wir“ das nehmen, was „wir“ nehmen können! England *kann* „uns“ augenblicklich *nichts* geben. Deutschland wird uns möglicherweise Kurland und einen Teil Polens zurückgeben und sicherlich überläßt es uns Ostgalizien – das ist für „uns“ besonders wichtig, um die ukrainische Bewegung, die Bewegung eines geschichtlich eben jetzt erwachenden Millionenvolks für seine Freiheit und seine Muttersprache abzuwürgen – und wahrscheinlich auch Türkisch-Armenien. Wenn wir das *jetzt* nehmen, so können wir aus diesem Krieg *erstartet* hervorgehen, und dann können wir *morgen* – mit der Hilfe Japans und Deutschlands, bei kluger Politik und mit weiterer Unterstützung durch die Miljukow, Plechanow und Potressow bei der „Rettung“ des geliebten „Vaterlandes“ – in einem Krieg gegen England ein gutes Stück von Asien erhalten (ganz Persien und den Persischen Golf mit Zugang zum offenen Ozean, während Konstantinopel nur den Weg ins Mittelländische Meer frei macht und auch das nur an Inseln vorbei, die England leicht besetzen und befestigen kann, wodurch es „uns“ jeden Zugang zum offenen Meer versperren würde) usw.

So argumentiert der Zarismus, und zwar, wie schon gesagt, durchaus richtig, nicht nur vom eng-monarchistischen, sondern auch vom allgemein-imperialistischen Standpunkt aus; er weiß mehr und blickt weiter als die Liberalen samt den Plechanow und Potressow.

Es ist daher durchaus möglich, daß wir morgen oder übermorgen auf-

wachen und ein Manifest der drei Monarchen lesen: „Den Wunsch unserer geliebten Völker erhörend, haben wir beschlossen, sie mit den Segnungen des Friedens zu beglücken, Waffenstillstand zu schließen und einen gesamteuropäischen Friedenskongreß einzuberufen.“ Vielleicht erlauben sich die drei Monarchen dabei sogar einen kleinen Scherz und zitieren einige Phrasen von Vandervelde, Plechanow und Kautsky: Wir „versprechen“ – Versprechungen sind das einzige, was sogar in Zeiten wahnwitziger Teuerung billig ist –, die Frage einer Einschränkung der Rüstungen und eines „dauerhaften“ Friedens zu beraten usw. Vandervelde, Plechanow und Kautsky werden sich dienstbeflissen beeilen, ihren „Sozialisten“-kongreß nach derselben Stadt einzuberufen, in der der Friedenskongreß tagen wird; fromme Wünsche, honigsüße Phrasen, Erklärungen, daß man das „Vaterland verteidigen“ müsse, wird man ohne Ende und in allen Sprachen zu hören bekommen. Keine üble Inszenierung – um den Übergang vom imperialistischen englisch-russischen Bündnis gegen Deutschland zu einem ebensolchen deutsch-russischen Bündnis gegen England zu verschleiern!

Ob so der gegenwärtige Krieg in sehr naher Zeit enden wird oder ob Rußland in seinem Bestreben, Deutschland zu besiegen und Österreich möglichst gründlich auszuplündern, etwas länger „durchhalten“ wird, ob sich die Verhandlungen über einen Separatfrieden als Manöver eines geschickten Erpressers erweisen werden (der Zarismus wird England den fertigen Entwurf eines Vertrages mit Deutschland zeigen und sagen: So und so viele Milliarden Rubelchen, dazu die und die Konzessionen oder Garantien, sonst unterzeichne ich morgen diesen Vertrag) – *in jedem Fall kann der imperialistische Krieg mit nichts anderem als mit einem imperialistischen Frieden enden, wenn dieser Krieg nicht in den Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus umgewandelt wird.* In jedem Fall – den letztgenannten ausgenommen – wird der imperialistische Krieg zur Stärkung dieser oder jener der drei stärksten imperialistischen Mächte – England, Deutschland und Rußland –, auf Kosten der schwachen Staaten (Serbien, Türkei, Belgien usw.) führen, wobei es durchaus möglich ist, daß *alle* drei Räuber nach dem Krieg, wenn sie ihren Raub (die Kolonien, Belgien, Serbien, Armenien) geteilt haben, stärker sein werden und der ganze Streit nur darum gehen wird, in welchen Proportionen *diese* Beute aufgeteilt werden soll.

In jedem Fall ist es unvermeidlich, unausbleiblich und unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl die konsequenten und offenen Sozialchauvinisten, d. h. jene Subjekte, die die „Vaterlandsverteidigung“ in diesem Krieg offen anerkennen, als auch die verkappten, halbschlächtigen Sozialchauvinisten, d. h. die Kautskyaner, die den „Frieden“ überhaupt, einen Frieden „ohne Sieger und Besiegte“ usw. predigen, die Betrogenen und Genasführten sein werden. Jeder Frieden, der von denselben oder eben solchen bürgerlichen Regierungen geschlossen wird wie denjenigen, die diesen Krieg begonnen haben, wird allen Völkern anschaulich zeigen, daß die einen wie die anderen Sozialisten die Rolle von Lakaien des Imperialismus gespielt haben.

Wie der Ausgang dieses Kriegs auch sein mag – recht werden jene behalten, die erklärten, daß der einzige sozialistische Ausweg aus dem Krieg der Bürgerkrieg des Proletariats für den Sozialismus ist. Jene russischen Sozialdemokraten werden recht behalten, die sagten, daß die Niederlage des Zarismus, sein vollständiger militärischer Zusammenbruch „in jedem Fall“ das kleinere Übel ist. Denn die Geschichte steht nie still, sie geht auch während des jetzigen Krieges weiter; und wenn das Proletariat Europas jetzt noch nicht imstande sein sollte, den Kampf für den Sozialismus aufzunehmen, nicht imstande sein sollte, das Joch der Sozialchauvinisten und Kautskyaner im Verlauf des ersten großen imperialistischen Krieges abzuwerfen, so würden doch Osteuropa und Asien nur in dem Fall mit Siebenmeilenstiefeln der Demokratie entgegengehen können, wenn die militärische Macht des Zarismus völlig vernichtet wird, nur dann; wenn dem Zarismus jede Möglichkeit genommen wird, eine imperialistische Politik halbfeudalen Typs zu betreiben.

Der Krieg wird alles Schwache schlagen und zerschlagen, darunter auch den Sozialchauvinismus und das Kautskyanertum. Ein imperialistischer Frieden wird diese Schwächen noch anschaulicher, noch schändlicher, noch widerwärtiger machen.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 56,  
6. November 1916.

Nach dem Text des  
„Sozial-Demokrat“.

## ZEHN „SOZIALISTISCHE“ MINISTER!

Der Sekretär des Internationalen sozialchauvinistischen Büros<sup>60</sup>, Huysmans, hat dem dänischen Minister ohne Portfeuille Stauning, dem Führer der dänischen angeblich „sozialdemokratischen“ Partei, folgendes Begrüßungstelegramm gesandt: „Ich sehe in den Zeitungen, daß Sie zum Minister ernannt worden sind. Meine herzlichsten Glückwünsche. Wir haben also jetzt zehn sozialistische Minister auf der Welt. Es geht vorwärts! Die besten Grüße!“

Es geht vorwärts, das ist unbestreitbar. Die II. Internationale geht im Eiltempo – der völligen Verschmelzung mit der nationalliberalen Politik entgegen. Das Kampforgan der deutschen extremen Opportunisten und Sozialchauvinisten, die Chemnitzer „Volksstimme“<sup>61</sup>, führt dieses Telegramm an und bemerkt nicht ohne Bosheit: „Der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros gratuliert jetzt ohne Vorbehalt zur Annahme eines Ministerpostens durch einen Sozialdemokraten. Dabei hatten sich bis kurz vor dem Krieg alle Parteitage und internationalen Kongresse scharf dagegen erklärt! Zeiten und Anschauungen haben sich auch hierin gewandelt.“

Die Heilmann, David, Südekum haben das volle Recht, den Huysmans, Plechanow, Vandervelde verächtlich auf die Schulter zu klopfen . . .

Stauning hat vor kurzem seinen Brief an Vandervelde der Öffentlichkeit übergeben, den recht boshaften Brief eines germanophil eingestellten Sozialchauvinisten gegen einen französischen Sozialchauvinisten. Stauning brüstet sich in diesem Brief unter anderem damit, daß „wir“ (die dänische Partei) „es scharf und bestimmt abgelehnt haben, uns an der organisationsschädlichen Arbeit der Spaltung und Zersetzung zu betei-

ligen, die die italienischen und schweizerischen Parteien unternommen haben und die unter dem Namen ‚Zimmerwald‘ bekannt ist“. Buchstäblich so!

In Dänemark hat sich der Nationalstaat im 16. Jahrhundert herausgebildet. Die Massen des dänischen Volkes haben die bürgerliche Befreiungsbewegung längst hinter sich. In Dänemark besteht die Bevölkerung zu mehr als 96 Prozent aus in Dänemark geborenen Dänen. In Deutschland gibt es keine 200 000 Dänen. (Die Bevölkerung Dänemarks zählt 2,9 Millionen.) Daraus läßt sich ersehen, was für ein grober bürgerlicher Schwindel es ist, wenn die dänische Bourgeoisie vom „selbständigen Nationalstaat“ als einer Aufgabe des Tages redet! Das sagen im 20. Jahrhundert die Bourgeois und die Monarchisten Dänemarks, die Kolonien besitzen, deren Bevölkerungszahl fast der Zahl der in Deutschland lebenden Dänen gleich ist und mit denen die dänische Regierung jetzt handelt.

Wer hat behauptet, es gäbe heutzutage keinen Menschenhandel mehr? Und ob es den gibt. Dänemark verkauft den Amerikanern für soundso viel Millionen (man ist sich noch nicht handelseinig) drei Inseln – die natürlich alle bevölkert sind.

Es ist außerdem ein spezifischer Zug des dänischen Imperialismus, daß er infolge seiner günstigen Monopolstellung auf dem Milch- und Fleischproduktenmarkt Extraprofite einheimst: Absatz der Waren über den billigen Seeweg nach London, dem größten Markt der Welt. Daher sind die dänische Bourgeoisie und die dänischen reichen Bauern (hundertprozentige Bourgeois, mögen die russischen Volkstümpler reden, was sie wollen) zu „prosperierenden“ Schmarotzern der englischen imperialistischen Bourgeoisie geworden, zu Teilhabern an deren besonders sicheren und besonders fetten Profiten.

Dieser internationalen Situation hat sich die dänische „sozialdemokratische“ Partei voll und ganz angepaßt, eine Partei, die sich stets mit Leib und Seele für den rechten Flügel, für die Opportunisten in der deutschen Sozialdemokratie eingesetzt hat und einsetzt. Die dänischen Sozialdemokraten haben für die Kredite der bürgerlich-monarchistischen Regierung gestimmt – „zum Schutz der Neutralität“, wie es so schön heißt. Auf dem Parteikongreß vom 30. September 1916 hat sich eine Neunzehntelmehrheit für die Teilnahme an der Regierung, für einen Pakt mit der Regierung ausgesprochen! Wie der Korrespondent der Berner sozialistischen

Zeitung berichtet, haben Gerson Trier und der Redakteur J. P. Sundbo die Opposition gegen den Ministerialismus in Dänemark vertreten. Trier verteidigte in einer glänzenden Rede die revolutionär-marxistischen Ansichten und trat, als die Partei beschloß, an der Regierung teilzunehmen, sowohl aus dem Zentralkomitee als auch aus der Partei aus, wobei er erklärte, daß er nicht Mitglied einer *bürgerlichen* Partei sein wolle. In den letzten Jahren habe sich die dänische „sozialdemokratische“ Partei durch nichts von den bürgerlichen Radikalen unterschieden.

Unseren Gruß dem Genossen G. Trier! „Es geht vorwärts“, Huysmans hat recht – vorwärts zur reinlichen, klaren, politisch ehrlichen, sozialistisch notwendigen Scheidung zwischen den revolutionären Marxisten, den Vertretern der *Massen* des revolutionären Proletariats, und den Plechanow-Potressow-Huysmansschen Verbündeten und Agenten der imperialistischen Bourgeoisie, die zwar die Mehrheit der „*Führer*“ hinter sich haben, aber nicht die Interessen der Masse der Unterdrückten vertreten, sondern die Interessen einer Minderheit von privilegierten Arbeitern, die auf die Seite der Bourgeoisie übergehen.

Werden die klassenbewußten russischen Arbeiter, jene Arbeiter, die die nach Sibirien verbannten Abgeordneten gewählt, die gegen die Beteiligung an den der Unterstützung des imperialistischen Krieges dienenden Kriegsindustriekomitees gestimmt haben, werden sie zu der „Internationale“ der *zehn* Minister gehören wollen? Zur Internationale der *Stauning*? Zu einer Internationale, der die *Trier* den Rücken kehren?

„Sozial-Demokrat“ Nr. 56,  
6. November 1916.

Nach dem Text des  
„Sozial-Demokrat“.

DIE AUFGABEN DER LINKSRADIKALEN  
(ODER DER LINKEN ZIMMERWALDISTEN)  
IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI  
DER SCHWEIZ<sup>62</sup>

Der Zürcher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (4.–5. XI. 1916) hat endgültig bewiesen, daß der Beschluß dieser Partei über ihren Anschluß an Zimmerwald und über die Anerkennung *des revolutionären Massenkampfes* (Resolution des Parteitages in Aarau im Jahre 1915) nur auf dem Papier geblieben ist und daß sich innerhalb der Partei definitiv ein „Zentrum“ gebildet hat, d. h. eine Richtung, die der Richtung Kautsky–Haase und der „Arbeitsgemeinschaft“ in Deutschland, Longuet–Pressemann in Frankreich entspricht. Dieses „Zentrum“, an dessen Spitze Gen. R. Grimm steht, vereinigt „linke“ Erklärungen (Deklarationen) mit einer rechten, d. h. opportunistischen Praxis.

Deshalb ist es die Aufgabe der Linksradikalen (oder der linken Zimmerwaldisten) in der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, unverzüglich und bedingungslos ihre Kräfte zusammenzufassen zum Zwecke, die Partei systematisch in dem Sinne zu beeinflussen, daß der Beschluß des Aarauer Parteitages kein toter Buchstabe bleibt. Ein solches Zusammenfassen der Kräfte der linken Zimmerwaldisten (oder der Linksradikalen) ist um so dringender notwendig, als sowohl der Aarauer wie auch der Zürcher Parteitag nicht den Schatten eines Zweifels an den revolutionären und internationalistischen Sympathien des schweizerischen Proletariats zulassen.

Es ist unmöglich, sich damit zufriedenzugeben, Resolutionen der Sympathie an Karl Liebknecht zu votieren. Es gilt, seine Losung, daß die volle *Regeneration* der jetzigen sozialdemokratischen Parteien *not tue*<sup>63</sup>, ernst zu nehmen.

Die Plattform der Linksradikalen (oder der linken Zimmerwaldisten)

in der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei sollte annähernd folgende sein:

## I. STELLUNG ZUM KRIEGE UND ZUR BÜRGERLICHEN REGIERUNG ÜBERHAUPT

1. Die „Vaterlandsverteidigung“ seitens der Schweiz sowohl in dem jetzigen imperialistischen Kriege als auch in den kommenden neuen imperialistischen Kriegen ist nichts anderes als bürgerlicher Betrug am Volke, weil die Teilnahme der Schweiz an diesem Kriege sowie auch an anderen ähnlichen Kriegen in Wirklichkeit eine Teilnahme an einem räuberischen und völlig reaktionären Kriege im Bunde mit *einer* der imperialistischen Koalitionen wäre, aber ganz und gar nicht ein Krieg um die „Freiheit“, um „die Demokratie“, um die „Unabhängigkeit“ usw.

2. Das Verhältnis der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei zur bürgerlichen schweizerischen Regierung und zu allen bürgerlichen Parteien der Schweiz soll ein Verhältnis vollsten Mißtrauens sein. Denn diese Regierung befindet sich (a) im engsten ökonomischen und finanziellen Zusammenhange und in voller Abhängigkeit von der Bourgeoisie der „großen“ imperialistischen Staaten; (b) sie hat schon lange und auf der ganzen Linie die Richtung (Schwenkung) zur politischen Reaktion sowohl in den internationalen als auch in den inneren Angelegenheiten eingeschlagen (politische Polizei; Kriecherei vor der europäischen Reaktion und den europäischen Monarchien usw.); (c) sie hat durch ihre ganze Politik während einer langen Reihe von Jahren bewiesen (Militärreorganisation 1907 usw.; die „Affairen“ Oberst Egli, de Loys<sup>64</sup> u. a.), daß sie sich mehr und mehr in eine Marionette in den Händen der reaktionärsten schweizerischen Militärpartei und Militärclique verwandelt.

3. Deshalb ist es eine der dringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, den wahren Charakter der vor der imperialistischen Bourgeoisie und vor der Militärclique kriechenden Regierung zu entlarven, den Betrug am Volke, den sie mittelst Phrasen von der Demokratie usw. begeht, aufzudecken, die volle Möglichkeit dessen klarzumachen, daß diese Regierung – im Einverständnis mit der ganzen regierenden schweizerischen Bourgeoisie – die Interessen des schweizerischen Volkes an die eine oder an die andere der imperialistischen Koalitionen verkaufen wird.

4. Im Falle der Hineinziehung der Schweiz in den gegebenen Krieg ist es daher die bedingungslose Pflicht der schweizerischen Sozialdemokratie, die „Vaterlandsverteidigung“ grundsätzlich abzulehnen und den Betrug, der am Volke mittelst dieser Losung begangen wird, zu entlarven. Nicht für ihre eigenen Interessen, nicht für die Demokratie, sondern für die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie würden die schweizerischen Arbeiter und Bauern ihren Tod in einem solchen Kriege finden.

Die Sozialisten der Schweiz sowie auch anderer fortgeschrittener Länder können und müssen die militärische Vaterlandsverteidigung erst dann anerkennen, wenn dieses Vaterland auf sozialistische Weise umgestaltet werden wird, d. h. Anerkennung der Verteidigung der sozialistischen, proletarischen Revolution gegen die Bourgeoisie.

5. Weder in Friedenszeit noch in Kriegszeit dürfen die Sozialdemokratische Partei und ihre Abgeordneten für Militärkredite stimmen, mögen solche Abstimmungen auch durch irgendwelche betrügerischen Reden vom „Schutze der Neutralität“ usw. verteidigt werden.

6. Das Proletariat soll auf den Krieg antworten mit der Propaganda, Vorbereitung und Verwirklichung revolutionärer Massenaktionen zum Zwecke der Niederwerfung der Herrschaft der Bourgeoisie, der Eroberung der politischen Macht und der Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, die allein die Menschheit von Kriegen befreien kann; der Entschluß, diese Ordnung zu verwirklichen, reift mit früher nicht gekannter Schnelligkeit in den klassenbewußten Arbeitern aller Länder.

7. Zu diesen revolutionären Massenaktionen sollen auch Demonstrationen und Massentreiks gehören, nicht aber Verweigerung des Militärdienstes. Im Gegenteil, nicht Dienstverweigerung, sondern nur die Umkehrung der Waffen gegen die *eigene* Bourgeoisie kann den Aufgaben des Proletariats entsprechen und mit der Losung der besten Vertreter des Internationalismus, z. B. Karl Liebknechts, im Einklang stehen.

8. Alle, auch die geringsten Schritte der Regierung vor dem Kriege oder während des Krieges in der Richtung zur Abschaffung oder Beschränkung der politischen Freiheiten sollen zur Gründung von illegalen Organisationen seitens der sozialdemokratischen Arbeiter führen zum Zwecke, eine systematische, ausdauernde, vor keinen Opfern haltmachende Propaganda des Krieges gegen den Krieg zu führen und die Massen über den wahren Charakter des Krieges aufzuklären.

## II. DIE TEUERUNG UND DIE UNERTRÄGLICHE ÖKONOMISCHE LAGE DER MASSESN

9. Der Krieg hat nicht nur in den kriegführenden Ländern, sondern auch in der Schweiz zu einer unerhörten, skandalösen Bereicherung einer Handvoll Reicher und zu einer unsäglichen Not der Massen wegen Teuerung und Mangel an Lebensmitteln geführt. Die Hauptaufgabe der Sozialdemokratischen Partei soll nicht in einem reformistischen, sondern im revolutionären Kampfe gegen diese Not bestehen sowie auch in der systematischen und beharrlichen, vor unvermeidlichen temporären Schwierigkeiten und Niederlagen nicht stehengebliebenen Propagandierung und Vorbereitung eines solchen Kampfes.

10. Als Antwort auf die zahlreichen bürgerlichen Entwürfe einer Finanzreform soll es die Hauptaufgabe der Sozialdemokratischen Partei sein, die Versuche der Bourgeoisie, die Lasten der Mobilisation und des Krieges auf die Schultern der Arbeiter und der ärmsten Bauern abzuwälzen, zu entlarven.

In keinem Falle und unter keinem Vorwande darf die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu indirekten Steuern geben. Sowohl der Beschluß des Parteitages in Aarau (1915) als auch die Resolution Huber-Grimm in Zürich (1916), die die Zustimmung der Sozialdemokratie zu indirekten Steuern zulassen, sollen aufgehoben werden. Alle sozialdemokratischen Organisationen müssen sofort die energischste Vorbereitung zum Berner Parteitage im Februar 1917 beginnen und zu diesem Parteitage nur solche Delegierten wählen, die ihre Zustimmung zur Aufhebung dieser Beschlüsse geben.

Es ist keinesfalls Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie, es ist nur Aufgabe der liberalen Beamten, der bürgerlichen Regierung zu helfen, sich bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung (d. h. bei der Verewigung der Not der Massen) aus den jetzigen Schwierigkeiten zu retten.

11. Die Sozialdemokraten müssen vor den breitesten Massen so energisch wie möglich die dringendste Notwendigkeit propagandieren, eine einheitliche Bundessteuer, nämlich Vermögens- und Einkommensteuer einzuführen mit sehr hohen und wachsenden Sätzen, die *nicht niedriger* als etwa die folgenden sein dürfen:

Vermögen	Einkommen	Steuer (in %)
20 000 frs.	5 000	steuerfrei
50 000 "	10 000	10%
100 000 "	25 000	40%
200 000 "	60 000	60%

und so weiter.

Steuer auf Personen, die Hotels und Pensionen benutzen:

bis zu 4 frs. täglich	steuerfrei
" " 5 " "	1%
" " 10 " "	20%
" " 20 " "	25% usw.

12. Die Sozialdemokratie muß rücksichtslos gegen diejenige bürgerliche Lüge kämpfen, die auch von manchen Opportunisten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verbreitet wird und die darin besteht, als ob es „unpraktisch“ wäre, revolutionär hohe Sätze der Vermögens- und Einkommensteuer zu propagieren. Im Gegenteil, es ist die einzig praktische und die einzig sozialistische Politik:

Erstens müssen wir uns nicht dem anpassen, was für die Reichen „annehmbar“ ist, sondern an die breiten Massen der Armen und Besitzlosen appellieren, die sich zum großen Teile gleichgültig oder mißtrauisch zu der Sozialdemokratischen Partei verhalten, in hohem Maße eben wegen ihres opportunistischen und reformistischen Charakters.

Zweitens besteht die einzige Methode, von der Bourgeoisie Konzessionen zu bekommen, nicht in „Abmachungen“ mit ihr, nicht im „Anpassen“ an ihre Interessen oder ihre Vorurteile, sondern in der Vorbereitung und Sammlung der revolutionären Kräfte der Massen gegen sie. Je größer der Teil des Volkes sein wird, den wir zu überzeugen imstande sein werden, daß die revolutionär hohen Sätze der Steuer gerecht sind und daß es wirklich notwendig ist, solche im Kampf zu erringen, desto eher wird die Bourgeoisie zu Konzessionen bereit sein, wir aber werden alle, auch die geringsten Konzessionen ausnutzen zum standhaften Kampfe für die volle Expropriierung der Bourgeoisie.

13. Festsetzung eines Maximums für die Gehälter ausnahmslos aller Beamten, Angestellten, Abgeordneten, Räte, Bundesräte usw., nämlich 5–6 Tausend Franken je nach der Größe der Familie. Verbot jedweder

Kumulierung der Einkünfte unter Androhung von Gefängnisstrafe und Konfiskation dieser Einkünfte.

14. Zwangsentziehung der Fabriken – vorerst solcher, die notwendige Produkte zur Sicherung notwendiger Lebensmittel fabrizieren – sowie auch aller landwirtschaftlichen Betriebe, die mehr als 15 ha (40 „Jucharten“) landwirtschaftliche Fläche haben (die Zahl solcher Betriebe betrug im Jahre 1905 nur 22 000 von insgesamt 252 000, d. h. weniger als ein Zehntel\*, und diese 22 000 Betriebe beuteten mehr als 50 000 Lohnarbeiter aus).

Auf Grund dieser Umgestaltungen systematische Maßnahmen zur Hebung der Lebensmittelproduktion und zur Sicherstellung billiger Lebensmittel für das Volk.

15. Sofortige Zwangsentziehung in den Besitz des Staates aller Wasserkräfte, wobei bei solchen wie auch bei anderen Zwangsentziehungen die obengenannten Sätze der Vermögens- und Einkommensteuer anzuwenden sind.

### III. BESONDERS DRINGENDE DEMOKRATISCHE UMGESTALTUNGEN UND AUSNUTZUNG DES POLITISCHEN KAMPFES UND DES PARLAMENTARISMUS

16. Ausnutzung der parlamentarischen Tribüne und des Rechtes der Initiative und des Referendums nicht im reformistischen Sinne, d. h. nicht zur Verteidigung der Reformen, die für die Bourgeoisie „annehmbar“ sind und die eben deshalb ohnmächtig sind, die wichtigsten und radikalsten Übel im Leben der Massen zu beseitigen, sondern zur Propagierung der sozialistischen Umgestaltung der Schweiz. Eine solche Umgestaltung ist ökonomisch vollständig verwirklichbar und wird immer dringender notwendig sowohl wegen der unerträglichen Teuerung und des Druckes des Finanzkapitals als auch auf Grund der internationalen Verhältnisse, die als Folge des Krieges entstehen und das Proletariat von ganz Europa auf den Weg der Revolution drängen.

17. Abschaffung ausnahmslos aller Beschränkungen der politischen Rechte der Frauen im Vergleiche mit denselben der Männer. Aufklärung

\* Dieses Zehntel hat in seinem Besitz 53% des ganzen Grund und Bodens.

der Massen über die besondere Dringlichkeit dieser Umgestaltung zu einer Zeit, da der Krieg und die Teuerung breite Volksmassen aufrütteln und besonders die Aufmerksamkeit der Frauen auf die Politik lenken.

18. Einführung der kostenlosen Zwangseinbürgerung der Ausländer in der Schweiz. Jeder Ausländer, nachdem er drei Monate in der Schweiz verbracht hat, wird zum Schweizer Bürger, wenn er nicht auf Grund besonderer Umstände um Verschiebung dieses Termins bittet (und zwar nicht mehr als auf weitere drei Monate). Aufklärung der Massen über die besondere Dringlichkeit dieser Reform für die Schweiz sowohl vom allgemein-demokratischen Standpunkte als auch deswegen, weil die imperialistische Umgebung der Schweiz sie zu einem Staate mit dem höchsten Prozentsatz an Ausländern in ganz Europa gemacht hat. Neun Zehntel (genauer: 96%) der sich in der Schweiz befindenden Ausländer sprechen eine von den drei in der Schweiz verbreiteten Sprachen. Die politische Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter und deren Lage als Fremde stärkt die politische Reaktion, die auch sonst im Wachsen ist, und schwächt die internationale Solidarität des Proletariats.

19. Sofortiger Beginn der Agitation dafür, daß die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei zu den Nationalratswahlen im Jahre 1917 nur auf Grund einer vorangegangenen allseitigen Diskussion der politischen Plattformen vor den Wählern aufgestellt werden sollen, namentlich der Plattformen in der Frage der Stellung zum Kriege und zur Vaterlandsverteidigung und in der Frage des reformistischen oder des revolutionären Kampfes gegen die Teuerung.

#### IV. DRINGLICHSTE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PROPAGANDA, AGITATION UND ORGANISATION

20. Die wirkliche Ausführung des Aarauer Beschlusses vom revolutionären Massenkampfe ist unmöglich ohne systematische und ausdauernde Arbeit an der Erweiterung, Ausbreitung (Ausdehnung) des sozialdemokratischen Einflusses auf die Massen, ohne Hineinziehung *neuer* Schichten der arbeitenden und ausgebeuteten Massen in die Bewegung. Die Propaganda und die Agitation für die sozialistische Revolution müssen konkre-

ter, anschaulicher, unmittelbar-praktischer geführt werden, so daß diese Propaganda nicht nur für die organisierten Arbeiter verständlich ist, die im Kapitalismus immer eine Minderheit des Proletariats bleiben werden, sondern auch für die Mehrheit der Ausgebeuteten, die wegen des schrecklichen Druckes des Kapitalismus zu systematischer Organisation unfähig sind.

21. Um breitere Massen zu beeinflussen, soll die Sozialdemokratie zu einer systematischeren Herausgabe von gratis zu vergebenden Flugblättern übergehen, die den Massen erklären sollen, daß das revolutionäre Proletariat für die sozialistische Umwälzung der Schweiz kämpft und daß diese Umwälzung für neun Zehntel der Bevölkerung notwendig geworden ist und in ihrem Interesse liegt.

Organisation eines öffentlichen Wettbewerbs zwischen allen Sektionen der Partei und der Jugend in Sachen der Verbreitung solcher Flugblätter, der Straßen-, Haus-, Wohnungs-Agitation etc. Mehr Agitation unter den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern und dem ärmsten Teil der Bauern, die keine Lohnarbeiter ausbeuten und von der Teuerung nicht profitieren (sich nicht bereichern), sondern darunter leiden.

Die Partei soll von ihren parlamentarischen Vertretern (National-, Groß-, Kantons- und sonstigen Räten) fordern, daß sie ihre besonders günstige politische Stellung nicht so sehr zu reformistischen Reden (Geschwätz), die mit Fug und Recht Mißtrauen und Langeweile bei den Arbeitern hervorrufen, als vielmehr zur Propagierung der sozialistischen Revolution unter den *zurückgebliebensten* Schichten des Proletariats und Halbproletariats in der Stadt und besonders auf dem Lande ausnutzen.

22. Entschiedener Bruch mit der Theorie der „Neutralität“ der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, der Angestellten usw. Aufklärung der Massen über die Wahrheit, die besonders durch den Krieg bekräftigt worden ist, nämlich daß die sogenannte „Neutralität“ nur bürgerlicher Betrug oder Heuchelei ist, daß sie in der Tat nur den *passiven* Gehorsam gegenüber der Bourgeoisie bedeutet, namentlich in ihren widerwärtigsten Unternehmen in der Art des imperialistischen Krieges.

Verstärkung der sozialdemokratischen Propaganda in allerhand Vereinen der Arbeiterklasse und der ärmsten Schichten des Kleinbürgertums sowie auch der Angestellten, Bildung besonderer Gruppen der Sozial-

demokraten innerhalb aller solcher Vereine. Systematische Vorbereitung einer solchen Sachlage, daß in allen diesen Vereinen die revolutionäre Sozialdemokratie die Mehrheit bilde und die Vorstände in ihre Hände bekomme. Aufklärung der Massen über die besondere Wichtigkeit dieser Bedingung zum Erfolge des revolutionären Kampfes.

23. Erweiterung und Verstärkung der sozialdemokratischen Propaganda im Heere, sowohl vor dem Eintreten der Jugendlichen in das Militär als auch während des Militärdienstes. Bildung sozialdemokratischer Gruppen in allen Heeresteilen. Aufklärung über die geschichtliche Unvermeidlichkeit und die – vom Standpunkte des Sozialismus aus – Legitimität des Gebrauches der Waffen in dem einzig gerechten Kriege, nämlich dem Kriege des Proletariats gegen die Bourgeoisie für die Befreiung der Menschheit aus der Lohnsklaverei.

Propaganda gegen individuelle Attentate, Verbindung des Kampfes des revolutionären Teiles des Heeres mit der breiten Bewegung des Proletariats und der Ausgebeuteten in der Bevölkerung überhaupt.

Stärkere Propaganda desjenigen Teiles des Oltener Beschlusses, der den Soldaten empfiehlt, im Falle der Anwendung des Militärs gegen Streikende den Gehorsam zu verweigern, sowie auch Aufklärung über die Notwendigkeit, in solchen Fällen sich nicht auf passive Gehorsamsverweigerung zu beschränken.<sup>65</sup>

24. Aufklärung der Massen über den unzertrennlichen Zusammenhang zwischen der praktischen Arbeit in der konsequent revolutionär-sozialdemokratischen Richtung, die oben entwickelt ist, und dem systematischen *prinzipiellen* (grundsätzlichen) Kampfe zwischen den *drei* Hauptrichtungen in der heutigen Arbeiterbewegung, die sich in *allen* zivilisierten Ländern gebildet haben und die sich auch in der Schweiz (besonders auf dem Zürcher Parteitag 1916) definitiv gezeigt haben. Diese drei Richtungen sind die folgenden: 1. Die Sozialpatrioten, d. h. jene, die offen die „Landesverteidigung“ im gegebenen imperialistischen Kriege 1914–16 anerkennen. Das ist die opportunistische Richtung der Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. 2. Die Linksradikalen oder die linken Zimmerwaldisten, die die Landesverteidigung in dem imperialistischen Kriege grundsätzlich verwerfen, die für den Bruch mit den Sozialpatrioten, den Agenten der Bourgeoisie, eintreten sowie für revolutionäre Massenkämpfe im Zusammenhange mit einer *vollständigen* Reorganisation

der sozialdemokratischen Taktik in Verbindung mit der Propaganda und Vorbereitung eines solchen Kampfes. 3. Das sogenannte „Zentrum“, das in der deutschen sozialdemokratischen Presse bisweilen, und zwar mit vollem Rechte auch als die „Zimmerwalder Rechte“ bezeichnet wird (Kautsky-Haase, „Arbeitsgemeinschaft“ in Deutschland, Longuet-Pressemans in Frankreich)\*, welches für die Einigung der ersten und der zweiten Richtung eintritt. Eine solche „Einigung“ bindet aber nur die Hände der revolutionären Sozialdemokratie, erlaubt ihr nicht, ihre Arbeit zu entfalten, und demoralisiert die Massen infolge des fehlenden unzertrennlichen Zusammenhangs zwischen den Grundsätzen der Partei und ihrer Praxis.

Auf dem Zürcher Parteitage 1916 ist in drei Reden während der Diskussion zur Frage der Nationalratsfraktion, nämlich in den Reden von Platten, Naine und Greulich, besonders klar anerkannt worden, daß der Kampf verschiedener Richtungen der sozialdemokratischen Politik innerhalb der Partei schon lange zur Tatsache geworden ist. Die Sympathie des größten Teils der Delegierten war zweifellos auf der Seite Plattens, als er von der Notwendigkeit sprach, konsequent für die Arbeit im Sinne der revolutionären Sozialdemokratie einzutreten. Naine hat klipp und klar erklärt, daß zwei Richtungen innerhalb der Nationalratsfraktion schon lange beständig untereinander kämpfen und daß die Arbeiterorganisationen selbst dafür sorgen sollen, daß in den Nationalrat wirklich miteinander solidarische Anhänger der revolutionären Richtung geschickt werden. Als Greulich davon sprach, daß die Partei ihre alten „Lieblinge“ beiseite geschoben und neue „Lieblinge“ gefunden hat, hat er damit auch dieselbe Tatsache der Existenz und des Kampfes zweier Richtungen anerkannt. Aber mit dieser famosen „Lieblingstheorie“ wird sich sicher kein klassenbewußter und denkender Arbeiter einverstanden erklären. Eben zu dem Zwecke, damit der unvermeidliche und notwendige Kampf der Richtungen nicht ausarte, nicht in Konkurrenz der „Lieblinge“, nicht in persönliche Konflikte, nicht in kleinliche Verdächtigungen, in Spektakel ausarte, eben zu diesem Zwecke müssen alle Mitglieder der Sozialdemo-

\* In der deutschen sozialdemokratischen Presse wird das „Zentrum“ manchmal — und mit vollem Recht — dem rechten Flügel der „Zimmerwalder“ gleichgesetzt. (Diese Fußnote Lenins fehlt im deutschen Manuskript und ist dem russischen Manuskript entnommen. *Der Übers.*)

kratischen Partei nach einem *offenen, grundsätzlichen* Kampf der verschiedenen Richtungen der sozialdemokratischen Politik streben.

25. Rücksichtsloser Kampf gegen den Grütli-Verein<sup>66</sup> vom *grundsätzlichen* Standpunkte aus als gegen die konkrete Verwirklichung der Tendenz der *bürgerlichen* Arbeiterpolitik auf schweizerischem Boden: nämlich des Opportunismus, des Reformismus, des Sozialpatriotismus, der Irreführung der Massen durch bürgerlich-demokratische Illusionen.

Aufklärung der Massen über die Fehlerhaftigkeit und Schädlichkeit der Politik des Sozialpatriotismus und des „Zentrums“ eben am Beispiele der konkreten Tätigkeit des Grütli-Vereins.

26. Sofortiger Beginn der Vorbereitung der Wahlen zum Berner Parteitag (Februar 1917), so daß diese Wahlen nicht anders vorgenommen werden als auf Grund einer Diskussion prinzipieller und konkret-politischer Plattformen in jeder Organisation. Als solche Plattform der konsequenten revolutionär-sozialdemokratischen Internationalisten sollte die vorliegende Plattform gelten.

Die Wahlen der Funktionäre für alle leitenden Posten der Partei, in die Preßkommissionen, in alle repräsentativen Körperschaften, in alle Vorstände usw., soll nicht anders als auf Grund ebensolcher Diskussion der Plattformen vorgenommen werden.

Aufmerksame Kontrolle seitens jeder Lokalorganisation über die lokalen Presseorgane der Partei vom Standpunkte der Durchführung der Auffassungen und der Taktik nicht der Sozialdemokratie im allgemeinen, sondern eben einer *genau bestimmten Plattform* der sozialdemokratischen Politik.

## V. INTERNATIONALE AUFGABEN DER SCHWEIZERISCHEN SOZIALDEMOKRATEN

27. Soll die Anerkennung des Internationalismus durch die schweizerische Sozialdemokratie keine hohle, zu nichts verpflichtende Phrase bleiben – eben solche leere Phrase, auf welche sich die Anhänger des „Zentrums“ sowie auch die Sozialdemokraten der Epoche der II. Internationale überhaupt immer beschränken –, dann ist es notwendig

erstens, systematisch zu kämpfen für die organisatorische Annäherung und Verschmelzung der ausländischen und der schweizerischen Arbeiter

in denselben Vereinen und für ihre volle (zivilrechtliche sowie auch politische) Gleichberechtigung. Das Spezifische des Imperialismus in der Schweiz besteht eben in der wachsenden Ausbeutung der rechtlosen ausländischen Arbeiter durch die schweizerische Bourgeoisie, die ihre Hoffnungen auf die Entfremdung dieser zwei Kategorien von Proletariern setzt.

Zweitens ist es notwendig, alle Anstrengungen zu machen, damit sich unter den deutschen, französischen und italienischen Arbeitern der Schweiz eine wirklich *einheitliche*, in der ganzen Praxis der Arbeiterbewegung einheitliche *internationalistische* Richtung bilde, die mit gleicher Energie und Grundsätzlichkeit den Kampf gegen die Sozialpatrioten und Reformisten *ihrer eigenen* Nation führe\*. Es muß eine gemeinsame Plattform der linken Zimmerwaldisten für *alle drei* Nationen oder Sprachgruppen ausgearbeitet werden, die die Schweiz bewohnen.

Ohne eine solche Verschmelzung der Arbeiter der revolutionären Richtung innerhalb aller Nationen der Schweiz bleibt der Internationalismus nichts als hohle Phrase, und es wäre wirklich besser, ein bißchen weniger über die dritte Internationale zu sprechen und ein bißchen mehr diese dritte Internationale auf dem besonders günstigen Boden der Schweiz praktisch schaffen zu helfen.

Es wäre zu erstreben, besondere Beilagen zu allen sozialdemokratischen Zeitungen der Schweiz\*\* zu gründen, die monatlich oder, sagen wir, wöchentlich einmal im Umfange von zwei Seiten erscheinen sollten und, in allen drei Sprachen veröffentlicht, die Plattform der internationalistischen Sozialdemokratie in bezug auf alle wichtigen politischen und ökonomischen Ereignisse entwickeln.

28. Die schweizerische Sozialdemokratie sollte *nur* revolutionär-internationalistische, auf dem Boden der Zimmerwalder Linken stehende Elemente anderer sozialistischer Parteien unterstützen, und zwar nicht plato-

\* Im russischen Manuskript heißt es: ... die mit gleicher Energie und Grundsätzlichkeit den Kampf sowohl gegen den französischen Sozialpatriotismus (in der romanischen Schweiz) als auch gegen den deutschen und italienischen Sozialpatriotismus führe. *Der Übers.*

\*\* Im russischen Manuskript heißt es: ... zu allen sozialdemokratischen Zeitungen der Schweiz (und allen Organen der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten usw.) ... *Der Übers.*

nisch. Besonders wichtig wäre es, die Flugblätter, die geheim gegen die entsprechenden Regierungen in Deutschland, Frankreich oder Italien publiziert werden, in der Schweiz nachzudrucken und in allen drei Sprachen sowohl unter dem schweizerischen Proletariat als auch in den angrenzenden Ländern zu verbreiten resp. einzuschmuggeln.

29. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sollte nicht nur auf dem Parteitage zu Bern im Februar 1917 die rückhaltlose Zustimmung zu den Kienthaler Beschlüssen durchführen, sondern auch ihrerseits den sofortigen vollständigen organisatorischen Bruch mit dem Internationalen Sozialistischen Büro im Haag fordern, das ein wahres Bollwerk des Opportunismus und des Sozialpatriotismus darstellt, das den Interessen des Sozialismus unversöhnlich feindlich ist.

30. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die sich in außerordentlich günstigen Verhältnissen befindet in bezug auf die Kenntnis der Vorgänge in der Arbeiterbewegung der fortgeschrittensten Länder Europas sowie auch in bezug auf die Möglichkeit, die revolutionären Elemente dieser Arbeiterbewegung zu vereinigen, sie soll nicht passiv abwarten, wie der Kampf innerhalb der Arbeiterparteien Europas sich entwickeln wird, sondern sie soll *vorangehen* in solchem Kampfe. Und zwar soll sie auf dem Wege der Zimmerwalder Linken vorangehen, weil die Richtigkeit dieses Weges täglich immer anschaulicher durch den Gang der Ereignisse in Deutschland, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten bekräftigt wird.

*Geschrieben Ende Oktober,  
Anfang November 1916.*

*Zuerst veröffentlicht 1918 als  
Broschüre in französischer Sprache.*

*Nach dem handschriftlichen  
deutschen Manuskript.*

THESEN ÜBER DAS VERHÄLTNISS  
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI  
DER SCHWEIZ ZUM KRIEG<sup>67</sup>

1. Der gegenwärtige Weltkrieg ist ein imperialistischer Krieg, der um die politische und ökonomische Ausbeutung der Welt, um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlagegebiete, Unterjochung schwacher Völker usw. geführt wird.

Seitens beider kriegführenden Koalitionen sind die Phrasen von der „Landesverteidigung“ nichts als bürgerlicher Betrug der Völker.

2. Die schweizerische Regierung ist die Sachwalterin der schweizerischen Bourgeoisie, die durch und durch vom internationalen Finanzkapital abhängig und auf das engste mit der imperialistischen Bourgeoisie der Großmächte verbunden ist.

Es ist darum kein Zufall, sondern das notwendige Resultat dieser ökonomischen Tatsachen, daß die schweizerische Regierung mit jedem Tag, und das schon während Jahrzehnten, mehr und mehr eine reaktionäre Politik und geheime Diplomatie treibt, die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes hintertreibt und verletzt, vor einer Militärclique kriecht, die Interessen der großen Masse der Bevölkerung systematisch und schamlos den Interessen einer Handvoll Finanzoligarchen opfert.

Die Hineinziehung der Schweiz in den gegenwärtigen Krieg ist jetzt in jedem Moment möglich sowohl wegen dieser Gebundenheit der schweizerischen bürgerlichen Regierung durch die Interessen der Finanzoligarchie als auch wegen des übermächtigen Druckes einer der imperialistischen Mächtekoalitionen.

3. Deshalb ist jetzt auch in bezug auf die Schweiz die „Landesverteidigung“ nichts als heuchlerische Phrase, weil es sich in Wirklichkeit nicht um die Wahrung der Demokratie, der Unabhängigkeit, der Interessen

der großen Massen des Volkes usw. handelt, sondern im Gegenteil um die Vorbereitung der Abschächtung der Arbeiter und der Kleinbauern zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Monopole und Privilegien der Bourgeoisie, um die Stärkung der Herrschaft der Kapitalisten sowie der politischen Reaktion.

4. Auf Grund dieser Tatsachen lehnt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die „Landesverteidigung“ grundsätzlich ab, fordert sofortige Demobilisation und fordert die Arbeiterschaft auf, auf die Vorbereitungen der schweizerischen Bourgeoisie zum Kriege sowie auch auf den Krieg, wenn er kommt, mit den schärfsten Mitteln des proletarischen Klassenkampfes zu antworten.

Als solche Mittel sind besonders folgende zu nennen:

(1) Kein Burgfrieden; Verschärfung des grundsätzlichen Kampfes gegen alle bürgerlichen Parteien sowie gegen den Grütliverein, als einen Verein der Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, und gegen die grütlianerischen Tendenzen in der sozialistischen Partei.

(2) Ablehnung aller Militärkredite während des Friedens sowie auch im Kriege, unter welchem Vorwande sie auch aufgestellt sein mögen.

(3) Unterstützung aller revolutionären Bewegungen und Kämpfe gegen den Krieg und gegen die eigenen Regierungen seitens der Arbeiterklasse der kriegführenden Länder.

(4) Förderung revolutionärer Massenkämpfe innerhalb der Schweiz, Streiks, Demonstrationen, des bewaffneten Aufstandes gegen die Bourgeoisie.

(5) Systematische Propaganda im Heere, Schaffung spezieller sozialdemokratischer Gruppen dazu im Heere sowie auch aus Jugendlichen vor ihrem Eintritt ins Militär.

(6) Gründung illegaler Organisationen durch die Masse der Arbeiter selbst als Antwort auf jedwede Kürzung oder Abschaffung politischer Freiheiten seitens der Regierung.

(7) Systematische Vorbereitung, durch planmäßige Aufklärung der Arbeiterschaft, einer solchen Sachlage, daß die Vorstände aller Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, ohne Ausnahme, in die Hände von Leuten fallen, die den oben bezeichneten Kampf gegen den Krieg anerkennen und ihn durchzuführen imstande sind.

5. Als Ziel der revolutionären Massenkämpfe, die schon vom Parteitag zu Aarau im Jahre 1915 anerkannt worden sind, stellt die Partei die sozialistische Umwälzung der Schweiz auf. Diese Umwälzung ist ökonomisch sofort durchführbar, sie bildet das einzige wirksame Mittel zur Befreiung der Massen von den Schrecknissen der Teuerung und des Hungers, sie naht heran als Folge der Krise, die jetzt ganz Europa erlebt, sie ist zur vollständigen Beseitigung des Militarismus und aller Kriege absolut unumgänglich.

Alle bürgerlich-pazifistischen und sozialistisch-pazifistischen Redensarten gegen Militarismus und Kriege ohne Anerkennung dieses Zieles und des revolutionären Weges zu diesem Ziele erklärt die Partei für Illusionen oder Lüge, die nur dazu führen, die Arbeiterklasse von jedem ernstesten Kampfe gegen die Grundlagen des Kapitalismus abzulenken.

Ohne den Kampf für Verbesserungen in der Lage der Lohnsklaven einzustellen, fordert die Partei die Arbeiterklasse und ihre Vertreter auf, die Propaganda der sofortigen sozialistischen Umwälzung der Schweiz in der allgemeinen Agitation, in den Parlamentsreden, Initiativanträgen usw. auf die Tagesordnung zu stellen, die Notwendigkeit der Ersetzung der bürgerlichen Regierung durch eine proletarische, die sich auf die Masse der Unbemittelten stützt, darzulegen, die Dringlichkeit solcher Maßnahmen, wie die Enteignung der Banken und der Großbetriebe, Abschaffung aller indirekten Steuern, Einführung einer direkten Steuer mit revolutionär-hohen Sätzen für große Einkommen usw. klarzumachen.

*Geschrieben Anfang Dezember 1916  
in deutscher Sprache.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Manuskript.*

---

## PRINZIPIELLES ZUR MILITÄRFRAGE

Die linken Sozialdemokraten in der Schweiz sind sich darüber einig, daß man die Landesverteidigung eben im Zusammenhange mit dem gegenwärtigen Kriege ablehnen muß. Die Stimmung der Arbeiterschaft oder mindestens ihrer besten Elemente ist auch für Ablehnung der Landesverteidigung.

Es scheint also, als ob in bezug auf die brennendste Frage des heutigen Sozialismus überhaupt und der schweizerischen sozialistischen Partei im besonderen die nötige Einigkeit schon da wäre. Betrachtet man aber die Sache näher, so kommt man unvermeidlich zu dem Schlusse, daß dies eben nur *Schein* ist.

Man ist sich nämlich gar nicht klar – geschweige denn einig – darüber, daß die Proklamierung der Ablehnung der Vaterlandsverteidigung von selbst schon eine Sache darstellt, die *ungemein hohe Anforderungen* an das revolutionäre Bewußtsein sowie auch an die revolutionäre Tatkraft der Partei stellt, die eine solche Sache proklamiert, natürlich unter der Voraussetzung, daß diese Proklamierung nicht zur hohlen Phrase herabsinkt. Proklamiert man die Ablehnung der Landesverteidigung so ganz einfach, so ohne weiteres, d. h. ohne sich dieser Anforderungen bewußt zu sein, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, ohne die *gesamte Propaganda, Agitation, Organisation*, kurz: die gesamte Tätigkeit der Partei von Grund aus zu ändern, zu „regenerieren“ (um den Ausdruck von Karl Liebknecht zu gebrauchen), den *höchsten* revolutionären Aufgaben anzupassen – dann verwandelt sich eben diese Proklamierung in eine bloße Phrase.

Man möge in der Tat aufmerksamer bedenken, was eigentlich die Ab-

lehnung der Landesverteidigung bedeutet, wenn wir sie als eine *ernst zu nehmende*, wirklich *durchzuführende* politische Lösung betrachten.

Erstens. Wir schlagen den Proletariern und den Ausgebeuteten in allen kriegführenden und allen kriegsbedrohten Ländern vor, die Landesverteidigung abzulehnen. Wir wissen jetzt schon ganz positiv aus der Erfahrung mehrerer kriegführender Länder, was es *in Wirklichkeit* bedeutet, die Landesverteidigung im jetzigen Kriege abzulehnen. Das bedeutet, alle Grundlagen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft zu negieren, und zwar nicht nur theoretisch, nicht nur „im allgemeinen“, sondern praktisch, unmittelbar, sofort die Axt an die Wurzel der heutigen Gesellschaftsordnung zu legen. Ist es etwa nicht klar, daß wir das *nur* unter der Bedingung tun dürfen, wenn wir nicht bloß die festeste theoretische Überzeugung haben, daß der Kapitalismus schon vollständig reif zur Umwandlung in den Sozialismus geworden ist, sondern daß wir praktisch, unmittelbar, sofort diese sozialistische Umwälzung, d. h. die sozialistische Revolution für durchführbar halten?

Das vergißt man aber fast immer, wenn man von der Ablehnung der Vaterlandsverteidigung spricht. Höchstens ist man bereit, „theoretisch“ die Reife des Kapitalismus zur Umwandlung in den Sozialismus anzuerkennen, *aber von einer sofortigen, gründlichen Änderung der Gesamttätigkeit der Partei im Sinne der unmittelbar bevorstehenden sozialistischen Revolution will man nichts hören!*

Das Volk sei dazu nicht vorbereitet!

Das ist aber inkonsequent bis zur Lächerlichkeit. Entweder – oder. Entweder dürfen wir die sofortige Ablehnung der Landesverteidigung nicht proklamieren – oder wir müssen *sofort* die systematische Propaganda der unmittelbaren Durchführbarkeit der sozialistischen Revolution entfalten oder zu entfalten beginnen. In gewissem Sinne ist „das Volk“ natürlich *weder* zur Ablehnung der Landesverteidigung *noch* zur sozialistischen Revolution „vorbereitet“, aber daraus folgt nicht, daß wir das Recht haben, zwei Jahre – – – zwei Jahre! – – den systematischen Beginn dieser Vorbereitung aufzuschieben!

Zweitens. Was stellt man der Politik der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens entgegen? Revolutionären Kampf gegen den Krieg, „revolutionäre Massenkämpfe“, wie sie durch den Beschluß des Parteitages zu Aarau 1915 anerkannt worden sind. Es ist zweifelsohne ein aus-

gezeichneter Beschluß, aber . . . aber die Geschichte der Partei seit diesem Parteitage, die *wirkliche* Politik der Partei beweist eben, daß es ein *papierner* Beschluß geblieben ist!

Was ist das *Ziel* der revolutionären Massenkämpfe? Die Partei hat das offiziell nicht gesagt, und man spricht darüber überhaupt nicht. Es wird entweder als selbstverständlich betrachtet oder ausdrücklich anerkannt, daß dieses Ziel der „Sozialismus“ ist. Man stellt dem Kapitalismus (oder dem Imperialismus) den Sozialismus entgegen.

Das ist aber eben in höchstem Maße (theoretisch) unlogisch und praktisch nichtssagend. Unlogisch, weil es *zu* allgemein, *zu* verschwommen ist. Den „Sozialismus“ im allgemeinen, als Ziel gegenüber dem Kapitalismus (oder dem Imperialismus), erkennen jetzt nicht nur die Kautskyaner und die Sozialchauvinisten, sondern auch manche bürgerliche Sozialpolitiker an. Es handelt sich aber jetzt nicht um eine allgemeine Gegenüberstellung zweier sozialer Systeme, sondern um ein *konkretes* Ziel *konkreter* „revolutionärer Massenkämpfe“ gegen das *konkrete* Übel, nämlich die *beutige* Teuerung, die *beutige* Kriegsgefahr oder den *jetzigen* Krieg.

Den Sozialismus im allgemeinen hat die ganze zweite Internationale 1871–1914 dem Kapitalismus entgegengestellt, und sie hat *eben* an dieser *zu* allgemeinen „Verallgemeinerung“ Bankrott erlitten. Sie hat eben das spezifische Übel ihrer Epoche außer acht gelassen, das Fr. Engels schon vor fast 30 Jahren, am 10. Januar 1887, mit folgenden Worten gekennzeichnet hat:

„. . . in der sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre *Verwirklichung* nur in *entfernter, praktisch unabhäbbarer* Zeit für möglich erklärt. Damit ist man denn für die *Gegenwart* auf *bloßes* soziales Flickwerk angewiesen . . .“ („Zur Wohnungsfrage“, Vorwort<sup>68</sup>).

Als konkretes Ziel der „revolutionären Massenkämpfe“ kann *nicht* der „Sozialismus“ im allgemeinen, sondern können nur die *konkreten* Maßnahmen einer sozialistischen *Revolution* aufgestellt werden. Schlägt man aber vor, diese konkreten Maßnahmen präzise zu nennen – etwa so, wie

es die holländischen Genossen in ihrem Programm, abgedruckt im Bulletin der ISK Nr. 3 (Bern, 29. II. 1916), getan haben: Annullierung der Staatsschulden, Enteignung der Banken, Enteignung aller Großbetriebe – schlägt man vor, solche ganz konkreten Maßnahmen sowohl in die offizielle Resolution der Partei aufzunehmen als auch in der täglichen Propaganda und Agitation der Partei, in Versammlungen, in Parlamentsreden, in Initiativanträgen systematisch und in populärster Form auseinanderzusetzen – dann bekommt man wieder dieselbe abschlägige oder ausweichende, durch und durch sophistische Antwort, das Volk sei dazu nicht vorbereitet und dergleichen!

Es handelt sich aber eben darum, diese Vorbereitung sofort zu beginnen und unablässig zu betreiben!

Drittens. Die Partei hat die revolutionären Massenkämpfe „anerkannt“. Schön. Aber ist die Partei *fähig*, so etwas zu tun? Bereitet sie sich dazu vor? Studiert sie *diese* Fragen, sammelt sie das entsprechende Material, schafft sie *entsprechende* Organe und Organisationen, diskutiert sie innerhalb des Volkes, mit dem Volke einschlägige Fragen?

Kein Gedanke daran! Die Partei verharrt ganz und gar im alten nurparlamentarischen, nur-gewerkschaftlichen, nur-reformistischen, nur-legalen Geleise. Die Partei bleibt notorisch *unfähig*, revolutionäre Massenkämpfe zu fördern und zu leiten, sie bereitet sich notorisch ganz und gar nicht dazu vor. Der alte Schlendrian herrscht, und das „neue“ Wort (Ablehnung der Vaterlandsverteidigung, revolutionäre Massenkämpfe) bleibt *nichts als Wort!* Und die Linken sind sich dessen nicht bewußt, sie sammeln nicht systematisch, ausdauernd, überall, auf allen Gebieten der Parteitätigkeit ihre Kräfte, um mit diesem Übel zu kämpfen.

Man kann nicht umhin, die Achseln zu zucken, wenn man z. B. folgenden Satz (den letzten Satz) aus den Grimmschen Thesen zur Militärfrage liest:

„Die Organe der Partei haben in diesem Falle“ (nämlich im Falle der Kriegsgefahr, um einen Massenstreik des Verkehrspersonals usw. einzuleiten) „gemeinsam mit den Gewerkschaftsorganisationen des Landes die nötigen Anordnungen zu treffen.“

Diese Thesen sind im Sommer dieses Jahres veröffentlicht worden, und am 16. September 1916 konnte man in der „Schweizerischen Metallarbei-

ter-Zeitung“<sup>69</sup>, an deren Spitze die Namen der Redakteure: O. Schneeberger und K. Dürr stehen, im Namen der Redaktion folgende Phrase (ich hätte beinahe gesagt: folgende *offizielle Antwort* auf Grimms Thesen oder Grimms fromme Wünsche) lesen:

„... Ganz abgeschmackt ist ... die Phrase ‚Der Arbeiter hat kein Vaterland‘ in einem Moment, wo die Arbeiter ganz Europas in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen die ‚Feinde‘ ihres Vaterlands seit zwei Jahren Seite an Seite mit dem Bürgertum im Felde stehen und die Daheimgebliebenen trotz Not und Elend ‚durchhalten‘ wollen. *In der Schweiz würden wir bei einem fremden Angriff sicher dasselbe Schauspiel erleben.*“<sup>70</sup>!

Ist es keine „kautskyische“ Politik, Politik der ohnmächtigen Phrase, der linken Deklarationen und der opportunistischen Praxis, wenn man einerseits Resolutionen vorschlägt, die Partei soll „gemeinsam mit den Gewerkschaftsorganisationen“ revolutionäre Massenstreiks einleiten, andererseits aber gegen die *grütlianerische*, d. h. sozialpatriotische, reformistische, nur-legalistische *Richtung* und deren Vertreter innerhalb der Partei und der Gewerkschaften keinen Kampf führt?

Heißt es die Massen zu „erziehen“ oder die Massen zu korrumpieren und zu demoralisieren, wenn man ihnen nicht *täglich* sagt und beweist, daß die „leitenden“ Genossen O. Schneeberger, K. Dürr, P. Pflüger, H. Greulich, Huber und *mehrere* andere *eben jene* sozialpatriotische Ansichten haben, *eben jene* sozialpatriotische Politik treiben, die Grimm so „tapfer“ entlarvt und geißelt ... wenn es sich *um Reichsdeutsche* und nicht um die Schweizer handelt? Die Ausländer beschimpfen, die „eigenen“ „Mitbürger“ decken ... ist das „internationalistisch“? ist das „demokratisch“?

Hermann Greulich hat die Lage der schweizerischen Arbeiterschaft, die Krisis des schweizerischen Sozialismus sowie auch *das Wesen* der grütlianerischen Politik *innerhalb* der sozialistischen Partei mit folgenden Worten gekennzeichnet:

„... Die Lebenshaltung ist nur wenig und nur bei den obersten Schichten (hört! hört!) der Arbeiterschaft gehoben. Die Masse der Arbeiter blieb in Not, Sorgen und Entbehrungen. Darum kommt von Zeit zu Zeit der Zweifel, ob der bisherige Weg der richtige sei. Die Kritik sucht neue Wege und hofft namentlich Erfolge von einem schärferen Vorgehen. Man macht Versuche damit, die in der Regel (?) mißlingen (??), und dann die Rückkehr zur alten Taktik mit

verstärkten Kräften bewirken“ (ist nicht auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens?) ... „Nun ist der Weltkrieg gekommen ... Die ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung, die sich bis zur Not solcher Schichten steigert, die vorher noch ein erträgliches Dasein führten, verstärkt die revolutionäre Stimmung“ (hört! hört!) ... „Die Leitung der Partei stand wahrlich nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe und ließ sich von den Heißspornen (so? so?) allzu sehr (??) leiten ... Das Zentralkomitee des Grütlivereins nimmt für sich die ‚praktische nationale Politik‘ in Anspruch, die es außerhalb der Partei betreiben will. ... Warum hat es das innerhalb der Partei (hört! hört!) nicht getan? Warum hat es fast immer nur mir überlassen, den Kampf mit den Uberradikalen zu führen?“ („Offener Brief an den Grütliverein Hottingen“, den 26. IX. 1916.)

Soweit Greulich. Es ist also nicht so, als ob etwa ein paar „Haibe Us-lander“ (wie die Grütliauer innerhalb der Partei im stillen denken oder worauf sie in der Presse anspielen, und wie die Grütliauer außerhalb der Partei offen sagen) aus ihrer persönlichen Ungeduld in eine „mit fremder Brille“ von ihnen betrachtete Arbeiterbewegung den Revolutionarismus hineinpflanzen wollten. Nein. Kein Geringerer als Hermann Greulich – dessen tatsächliche politische Rolle die eines bürgerlichen Arbeiterministers in einer kleinen demokratischen Republik ist – teilt uns mit, daß nur die obersten Schichten der Arbeiterschaft sich einer kleinen Besserung ihrer Lage erfreuen, die *Masse* aber in Not bleibe, daß „das Verstärken der revolutionären Stimmung“ nicht von den verfluchten ausländischen „Hetzern“, sondern von der „ungeheuren Verschlechterung der Lebenshaltung“ komme.

Also?

Also wird es unbedingt der Wahrheit entsprechen, wenn wir sagen:

*Entweder* wird das Schweizervolk hungern und mit jeder Woche schrecklicher hungern und täglich Gefahr laufen, in den imperialistischen Krieg hineingezogen zu werden, das heißt für den Nutzen der Kapitalisten abgeschlachtet zu werden, *oder* es befolgt den Rat des besten Teils seiner Arbeiterschaft, rafft seine Kräfte zusammen und macht die sozialistische Revolution.

Die sozialistische Revolution? Eine Utopie! Eine „entfernte, praktisch unabsehbare“ Möglichkeit! ...

Es ist keine größere Utopie, als die Vaterlandsverteidigung in diesem Kriege abzulehnen, als den revolutionären Massenkampf gegen diesen Krieg zu führen. Man berausche sich nicht durch Worte, und man lasse sich nicht durch Worte einschüchtern. Den revolutionären Kampf gegen den Krieg ist fast jeder bereit anzuerkennen, aber man stelle sich einmal die Größe der Aufgabe vor, einem solchen Kriege ein Ende durch die Revolution zu bereiten! Nein, es ist keine Utopie. Die Revolution *wächst* in allen Ländern. Und die Frage steht *jetzt* nicht so: weiter ruhig und erträglich zu leben oder sich in Abenteuer zu stürzen. Die Frage steht vielmehr so: zu verhungern und *für andere*, für *fremde Interessen* abgeschlachtet zu werden oder große Opfer für den Sozialismus, für die Interessen von neun Zehnteln der Menschheit zu bringen.

Eine Utopie soll die sozialistische Revolution sein! Aber das Schweizervolk spricht, Gott sei Dank, keine „selbständige“ oder „unabhängige“ Sprache, sondern drei Weltsprachen, die eben in den angrenzenden kriegführenden Staaten gesprochen werden. Da ist es nicht unwahrscheinlich, daß das Schweizervolk genau erfährt, was in diesen Staaten vor sich geht. In Deutschland ist man dazu gekommen, *von einer Stelle aus* das Wirtschaftsleben *von 66 Millionen Menschen* zu leiten, *von einer Stelle aus* die Volkswirtschaft *von 66 Millionen Menschen* zu organisieren, die größten Opfer der übergroßen Mehrheit des Volkes aufzuerlegen und das zu dem Zweck, damit „die oberen 30 000“ Milliarden Kriegsgewinne einstecken und damit Millionen zum Nutzen dieser noblen „Edelsten und Besten“ der Nation abgeschlachtet werden. Und angesichts dieser *Tatsachen*, angesichts dieser *Erfahrung* soll es „utopisch“ sein, daß ein kleines Volk, das keine Monarchie, keine Junker hat, das kapitalistisch sehr hoch steht, dessen Bevölkerung in den verschiedensten Vereinen vielleicht am besten unter allen kapitalistischen Ländern organisiert ist, daß ein solches Volk, *um sich vor Hunger und Kriegsgefahr zu retten, dasselbe* tut, was in Deutschland praktisch erprobt wird, mit dem Unterschiede freilich, daß man in Deutschland Millionen tötet und in Krüppel verwandelt, um wenige zu bereichern, Bagdad zu sichern, den Balkan zu erobern, man in der Schweiz aber maximum 30 000 Bürger zu expropriieren braucht, d. h. nicht etwa in allen Fällen töten, sondern sie einem so „schrecklichen“ Schicksal unterwerfen, daß sie „nur“ 6 bis 10 Tausend Franken Einkommen bekommen und das übrige in die Hände der sozialistischen

Arbeiterregierung abgeben, damit das Volk vor Hunger und vor Kriegsgefahr geschützt wäre.

Aber die Großmächte werden doch niemals eine sozialistische Schweiz dulden, und die ersten Anfänge einer sozialistischen Revolution in der Schweiz werden durch übermächtige militärische Kräfte dieser Mächte erwürgt werden!

Das wäre sicher so, erstens, wenn die Anfänge einer Revolution in der Schweiz möglich wären, *ohne* solidarische Klassenbewegungen in den angrenzenden Ländern hervorzurufen; zweitens, wenn diese Großmächte sich nicht in der Sackgasse eines „Erschöpfungskrieges“, der schon die Geduld der geduldigsten Völker beinahe erschöpft hat, befänden. Jetzt aber wäre eine militärische Einmischung seitens der einander in den Haaren liegenden Großmächte nur ein Vorspiel zur Entflammung der Revolution in ganz Europa.

Glaut man vielleicht, ich sei so naiv, zu glauben, daß man „durch Überredung“ solche Fragen wie die Frage der sozialistischen Revolution entscheiden könnte?

Nein. Ich will nur *illustrieren*, und zwar nur eine *Teilfrage*: welche *Anderung* in der Gesamtpropaganda der Partei müßte vorgenommen werden, wenn man die *Ablehnung der Vaterlandsverteidigung* wirklich ernst nehmen wollte! *Nur Illustration nur einer Teilfrage – mehr beanspruche ich nicht.*

Es wäre ganz und gar falsch anzunehmen, daß wir, um für die sozialistische Revolution unmittelbar zu kämpfen, den Kampf für Reformen fallenlassen müssen oder dürfen. Nicht im geringsten. Wir können nicht wissen, wie bald es gelingen wird, wie bald die objektiven Verhältnisse es zulassen werden, daß *die* Revolution ausbricht. Jede Besserung, jede wirkliche Besserung in der Lage der Massen, sei es eine ökonomische oder eine politische, müssen wir unterstützen. Der Unterschied zwischen uns und den Reformisten (d. h. in der Schweiz den Grütlianern) wird nicht darin bestehen, daß wir gegen die Reformen, sie dafür sind. Mitnichten. Sie beschränken sich auf Reformen und degradieren sich dadurch, um einen trefflichen Ausdruck eines (seltenen!) revolutionären Mitarbeiters der „Schwz. Metallarbeiter-Zeitung“ (Nr. )\* zu gebrauchen, zu bloßen „Krankenwärtern des Kapitalismus“. Wir sagen den Arbeitern: Stimmt

\* (Nr. 40). *Die Red.*

für den Proporz und dgl., beschränkt aber nicht eure Tätigkeit darauf, sondern stellt auf den ersten Plan die systematische Verbreitung des Gedankens der sofortigen sozialistischen Revolution, bereitet euch dazu vor, organisiert eine entsprechende gründliche Änderung der gesamten Parteitätigkeit auf der ganzen Linie. Man ist sehr oft gezwungen durch die Verhältnisse einer bürgerlichen Demokratie, zu einer Unmasse von kleinen und kleinsten Reformen Stellung zu nehmen, aber man muß es verstehen oder es erlernen, für die Reformen so (auf solche Weise) Stellung zu nehmen, daß wir – um die Sache ein bißchen mechanisch, aber drastisch auszudrücken – in jeder halbstündigen Rede 5 Minuten von den Reformen, 25 von der kommenden Revolution sprechen.

Ohne schwierige und opfervolle revolutionäre Massenkämpfe ist eine sozialistische Revolution unmöglich. Aber man begeht eben die Inkonsequenz, daß man revolutionäre Massenkämpfe und das Streben zum sofortigen Beenden des Krieges anerkennt – und die sofortige sozialistische Revolution ablehnt! Das erste ist aber ohne das zweite ein Nichts, bloßer Wortschall.

Ohne schwierige *innere Parteikämpfe* geht es auch nicht. Aber es ist nur schlechte Manieriertheit, nur Heuchelei, nur spießbürgerliche Straußpolitik, wenn man sich einbildet, in der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei könne überhaupt „ein innerer Friede“ herrschen. Die Frage steht nicht so: ob „innerer Friede“ oder „innere Parteikämpfe“. Es genügt, den obengenannten Brief von Hermann Greulich zu lesen, die letzten Vorgänge in der Partei seit einigen Jahren sich zu vergegenwärtigen, um die vollständige Unwahrheit dieser Annahme zu erkennen.

Die Frage steht in Wirklichkeit nur so: *entweder heutige verdeckte*, die Massen demoralisierende *Formen* der inneren Parteikämpfe *oder* offene, grundsätzliche Kämpfe zwischen der internationalistisch-revolutionären und der grütlianerischen Richtung innerhalb und außerhalb der Partei.

Ein solcher „innerer Kampf“, daß H. Greulich gegen die „Überradikalen“ oder „Heißsporne“ losgeht, ohne diese Unholde genau zu nennen oder ihre Politik genau zu kennzeichnen – daß R. Grimm für die 99 Prozent der Leser der „Berner Tagwacht“ absolut unverständliche, mit Anspielungen gespickte Artikel druckt, wo über die „fremde Brille“ oder über die „faktischen Urheber“ der für Grimm unangenehmen Resolutionsentwürfe geschimpft wird –, ein solcher innerer Kampf *demoralisiert*

die Massen, die eine Art „Führerkrakeel“ sehen oder erraten, ohne zu verstehen, worum es sich eigentlich handelt.

Ein solcher Kampf aber, daß die grütlanerische Richtung *innerhalb* der Partei – die viel wichtiger und viel gefährlicher ist als die außerhalb der Partei – gezwungen wird, *offen* gegen die Linken zu kämpfen, daß beide *Richtungen* überall mit selbständigen Ansichten und selbständiger Politik auftreten, einander *grundsätzlich* bekämpfen, das Entscheiden der wichtigen grundsätzlichen Fragen *wirklich* der Masse der Parteigenossen und nicht nur den „Führern“ überlassen – ein solcher Kampf ist notwendig und nützlich, er *erzieht* die *Massen* zur Selbständigkeit und zur Erfüllung ihrer welthistorischen revolutionären Aufgabe.

*Geschrieben im Dezember 1916  
in deutscher Sprache.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Manuskript.*

## DIE STELLUNG DER FRAGE DER LANDESVERTEIDIGUNG

Die Bürgerlichen wie auch ihre Nachtreter in der Arbeiterbewegung, die Grütlianer, stellen die Frage gewöhnlich so:

Entweder erkennen wir die Pflicht der Landesverteidigung grundsätzlich an, oder wir machen unser Land wehrlos.

Diese Fragestellung ist total falsch.

In Wirklichkeit steht die Frage so:

Entweder wir lassen uns für die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie abschlagen, oder wir bereiten die Mehrheit der Ausgebeuteten wie auch uns selbst systematisch dazu vor, kleinere Opfer zu bringen zum Zwecke, die Banken zu nehmen, die Bourgeoisie zu enteignen, der Teuerung und den Kriegen überhaupt ein Ende zu machen.

\*

Die erste Fragestellung ist eine durch und durch bürgerliche, keine sozialistische. Man beachtet nicht, daß wir in der Ära des Imperialismus leben, daß der heutige Krieg ein imperialistischer ist, daß die Schweiz bei jeder denkbaren Situation in diesem Kriege nicht *gegen* den Imperialismus kämpfen wird, sondern *an der Seite* der einen oder der anderen imperialistischen Mächtekoalition, also tatsächlich als Helfershelfer der einen oder der anderen großen Raubmächte, daß die schweizerische Bourgeoisie schon längst durch tausend Fäden imperialistisch „interessiert“ ist, sei es durch ein Netz von Beziehungen und „Beteiligungen“ zwischen den Großbanken, sei es durch Export von Kapital, sei es durch die auf Kosten der ausländischen Millionäre existierende Fremdenindustrie, sei es durch die schamlose Ausbeutung rechtloser ausländischer Arbeiter usw.

Kurz, man vergißt die ganze sozialistische Wissenschaft, alle sozialistischen Gedanken, man beschönigt den imperialistischen Raubkrieg, man gibt die „eigene“ Bourgeoisie für ein unschuldiges Lämmlein aus, man schützt vor, die geriebenen Bankdirektoren der heutigen Schweiz seien heldenhafte Wilhelm Tells, man drückt beide Augen zu gegenüber den geheimen Abmachungen zwischen den einheimischen und den ausländischen Banken wie auch den Diplomaten, und man verdeckt diese unglaubliche Menge bürgerlicher Lügen mit der schönrednerischen, „populären“, das Volk betörenden Phrase „Vaterlandsverteidigung“!

*Geschrieben im Dezember 1916  
in deutscher Sprache.*

*Zuerst veröffentlicht am 1. August 1929  
in der „Prawda“ Nr. 174.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Manuskript.*

## „JUGEND-INTERNATIONALE“

(Notiz)

Unter diesem Titel erscheint in der Schweiz seit dem 1. September 1915 in deutscher Sprache ein „Kampf- und Propagandaorgan der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“. Insgesamt sind bereits 6 Nummern dieser Zeitschrift erschienen, die allgemein erwähnt zu werden verdient und die ferner der Aufmerksamkeit aller Mitglieder unserer Partei, die die Möglichkeit haben, mit ausländischen sozialdemokratischen Parteien und Jugendorganisationen in Berührung zu kommen, nachdrücklich zu empfehlen ist.

Die Mehrheit der offiziellen sozialdemokratischen Parteien Europas steht jetzt auf dem Boden des niederträchtigsten und gemeinsten Sozialchauvinismus und Opportunismus. So die deutsche Partei, die französische Partei, die Fabier<sup>70</sup> und die „Arbeiter“partei<sup>71</sup> in England, die schwedische Partei, die holländische (die Partei Troelstras), die dänische, die österreichische u. a. In der schweizerischen Partei sind, trotz der (zum großen Nutzen der Arbeiterbewegung) erfolgten Absonderung der extremen Opportunisten und ihres Zusammenschlusses in dem *außerhalb* der Partei stehenden „Grütliverein“, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei selbst zahlreiche Führer der opportunistischen, sozialchauvinistischen und kautskyanischen Richtung zurückgeblieben, die einen *riesigen* Einfluß auf die Tätigkeit der Partei ausüben.

Bei dieser Sachlage in Europa fällt der Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen die gewaltige und dankbare – dafür aber auch schwere – Aufgabe des Kampfes *für* den revolutionären Internationalismus, *für* den wahren Sozialismus, gegen den herrschenden Opportunismus, der sich auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie geschlagen

hat, zu. Die „Jugend-Internationale“ enthält eine Reihe guter Artikel zur Verteidigung des revolutionären Internationalismus, und die ganze Zeitschrift ist durchdrungen vom prachtvollen Geist glühenden Hasses gegen die Verräter des Sozialismus, die „Vaterlandsverteidiger“ im gegenwärtigen Krieg, von dem aufrichtigen Bestreben, die internationale Arbeiterbewegung von dem sie zerfressenden Chauvinismus und Opportunismus zu reinigen.

Selbstverständlich ist in der Zeitschrift, einem Organ der Jugend, *noch* keine theoretische Klarheit und Festigkeit vorhanden und wird vielleicht auch nie vorhanden sein, gerade weil es das Organ der stets stürmischen, überschäumenden, suchenden Jugend ist. Aber zu dem Mangel an theoretischer Klarheit bei *solchen* Menschen müssen wir uns ganz anders verhalten, als wir uns verhalten – und verhalten müssen – zum theoretischen Durcheinander in den Köpfen und zum Fehlen revolutionärer Konsequenz in den Herzen unserer OK-Leute, der „Sozialrevolutionäre“, der Tolstoianer, der Anarchisten, der Kautskyaner (des „Zentrums“) in ganz Europa usw. Bei den einen handelt es sich um erwachsene Menschen, die das Proletariat verwirren und sich anmaßen, andere zu führen und zu belehren; gegen diese muß man einen *rücksichtslosen* Kampf führen. Bei den anderen handelt es sich um Organisationen der *Jugend*, die offen erklären, daß sie noch lernen, daß es ihre Hauptaufgabe ist, Funktionäre der sozialistischen Parteien heranzubilden. Solchen Menschen muß auf jede Weise geholfen werden, ihren Fehlern muß man möglichst viel Geduld entgegenbringen, man muß sich bemühen, diese Fehler nach und nach und in der Hauptsache nicht durch Kampf, sondern durch *Überzeugung* zu korrigieren. Es kommt oft vor, daß Vertreter der Generation der Erwachsenen und Alten es *nicht verstehen*, in richtiger Weise an die Jugend heranzutreten, die sich zwangsläufig auf *anderen* Wegen dem Sozialismus nähert, nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in der Situation, wie ihre Väter. Das ist einer der Gründe, warum wir unbedingt für die *organisatorische Selbständigkeit* des Jugendverbandes eintreten, nicht nur deshalb, weil die Opportunisten diese Selbständigkeit fürchten, sondern auch dem Wesen der Sache nach. Denn ohne vollständige Selbständigkeit wird die Jugend *nicht imstande sein*, sich zu guten Sozialisten zu entwickeln und sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus *vorwärtszuführen*.

Für die vollständige Selbständigkeit der Jugendverbände, aber auch für die volle Freiheit einer kameradschaftlichen Kritik ihrer Fehler! Schmeicheln dürfen wir der Jugend nicht.

Zu den Fehlern des genannten vortrefflichen Organs gehören in erster Linie die drei folgenden:

1. In der Frage der Abrüstung (oder „Entwaffnung“) wird ein falscher Standpunkt eingenommen, den wir oben in einem besonderen Artikel kritisieren.\* Wir haben Grund zu der Annahme, daß der Irrtum ausschließlich dem guten Willen entsprungen ist, die Notwendigkeit des Strebens nach „vollständiger Vernichtung des Militarismus“ zu unterstreichen (was vollkommen richtig ist), wobei die Rolle der Bürgerkriege in der sozialistischen Revolution vergessen wird.

2. In der Frage des Unterschieds zwischen Sozialisten und Anarchisten in bezug auf ihre Stellung zum Staat ist in einem Artikel des Genossen Nota-bene<sup>72</sup> (Nr. 6) ein sehr großer Fehler begangen worden (ebenso in einigen anderen Fragen, z. B. bei der *Motivierung* unseres Kampfes gegen die Losung der „Vaterlandsverteidigung“). Der Verfasser will eine „klare Vorstellung von dem Staate überhaupt“ geben (neben der Vorstellung vom imperialistischen Raubstaat). Er zitiert einige Stellen aus Marx und Engels und kommt unter anderem zu folgenden zwei Schlußfolgerungen:

a) „... es ist völlig verkehrt, den Unterschied zwischen den Sozialisten und Anarchisten darin zu suchen, daß die ersteren staatsfreundlich und die letzteren staatsfeindlich sind. Der Unterschied liegt aber darin, daß die revolutionäre Sozialdemokratie die neue gesellschaftliche Produktion als zentralisierte, das heißt technisch-progressivste formieren will, während die dezentralisierte anarchistische Produktion nur einen Rückschritt zur alten Technik und Betriebsform bedeuten würde.“ Das ist falsch. Der Verfasser stellt die Frage, worin der Unterschied in der Stellung der Sozialisten und der Anarchisten zum Staat besteht, und beantwortet *nicht* diese, sondern eine *andere* Frage, nämlich die Frage, wodurch sie sich in ihrer Stellung zur ökonomischen Grundlage der zukünftigen Gesellschaft voneinander unterscheiden. Gewiß ist das eine sehr wichtige und notwendige Frage. Daraus folgt aber nicht, daß man in dem Unterschied zwischen der Stellung der Sozialisten und der Anarchisten zum Staat *das Wesentliche* vergessen darf. Die Sozialisten treten für die Ausnutzung des moder-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 91—101. *Die Red.*

nen Staates und seiner Institutionen im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse ein sowie für die Notwendigkeit, den Staat als die eigentümliche Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auszunutzen. Eine solche Übergangsform, *ebenfalls* ein Staat, ist die Diktatur des Proletariats.

Die Anarchisten wollen den Staat „abschaffen“, ihn „sprengen“, wie sich Genosse Nota-bene an einer Stelle ausdrückt, der diese Ansicht fälschlich den Sozialisten zuschreibt. Die Sozialisten erkennen – der Verfasser hat die diesbezüglichen Worte von Engels leider sehr unvollständig zitiert – das „Absterben“, das allmähliche „Einschlafen“ des Staates *nach* der Expropriation der Bourgeoisie an.

b) „Für die Sozialdemokratie aber, die die Erzieherin der Massen ist oder wenigstens sein soll, ist es jetzt mehr als je notwendig, ihre prinzipielle Gegnerschaft zum Staat zum Ausdruck zu bringen. . . Der heutige Krieg hat gezeigt, wie tief die Wurzeln der Staatlichkeit in die Seelen der Arbeiterschaft hineingedrungen sind.“ So schreibt Genosse Nota-bene. Um „prinzipielle Gegnerschaft“ gegen den Staat „zum Ausdruck zu bringen“, muß man sie in der Tat „klar“ begreifen, dem Verfasser aber fehlt gerade diese Klarheit. Und der Satz, in dem von den „Wurzeln der Staatlichkeit“ die Rede ist, ist schon ganz und gar verworren, unmarxistisch und unsozialistisch. Nicht die „Staatlichkeit“ ist mit der Negation der Staatlichkeit zusammengeprallt, sondern die opportunistische Politik (d. h. die opportunistische, reformistische, bürgerliche Einstellung zum Staat) ist mit der revolutionären sozialdemokratischen Politik zusammengeprallt (d. h. mit der revolutionären sozialdemokratischen Stellung zum bürgerlichen Staat und zur Ausnützung des Staates gegen die Bourgeoisie zum Sturz der Bourgeoisie). Das sind zwei völlig verschiedene Dinge. Auf diese äußerst wichtige Frage hoffen wir noch in einem besonderen Artikel zurückzukommen.<sup>73</sup>

3. In der „Prinzipienerklärung der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“, abgedruckt in Nr. 6 als „Entwurf des Sekretariats“, sind nicht wenig einzelne Ungenauigkeiten enthalten, und die *Hauptsache* fehlt ganz und gar: eine klare Gegenüberstellung jener drei Hauptrichtungen (Sozialchauvinismus; „Zentrum“; Linke), die jetzt in der sozialistischen Bewegung der ganzen Welt miteinander kämpfen.

---

Noch einmal: Diese Fehler müssen widerlegt und erläutert werden, während man zugleich mit allen Kräften Kontakt und Verbindung mit den Organisationen der Jugend sucht und ihnen auf jede Art und Weise hilft; doch muß man es verstehen, in *richtiger* Weise an sie heranzutreten.

*Veröffentlicht im Dezember 1916 im  
„Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2.  
Unterschrift: N. Lenin.*

*Nach dem Text des „Sbornik  
Sozial-Demokrata“.*

## EIN VERSUCH, DEN OPPORTUNISMUS REINZUWASCHEN

Das Pariser „Nasche Slowo“<sup>74</sup>, das unlängst von der französischen Regierung dem Zarismus zuliebe verboten wurde (der Anlaß für das Verbot: bei russischen Soldaten, die in Marseille gemeutert hatten, wurden Exemplare des „Nasche Slowo“ gefunden!), hat sich über die „klägliche“ Rolle des Abgeordneten Tschcheidse entrüstet. Dieser habe im Kaukasus mit Erlaubnis der Behörden in öffentlichen Versammlungen an die Bevölkerung appelliert, sich nicht an „Unruhen“ zu beteiligen (bei denen Läden demoliert werden usw.), sondern Genossenschaften zu gründen usw. Das sei ja eine saubere Geschichte, diese Reise eines *angeblichen* Sozialdemokraten, „organisiert unter dem Protektorat des Gouverneurs, eines Obersten, eines Pfaffen und eines Polizeikommissars“ („Nasche Slowo“ Nr. 203).

L. Martow eilte sofort zum „Bjulleten“<sup>37</sup> der Bundisten, um mit edler Entrüstung dagegen zu protestieren, daß „Tschcheidse als irgendein“ (?? nicht „irgendein“, sondern „genauso einer wie alle Liquidatoren“) „Würger des erwachenden revolutionären Geistes“ dargestellt werde. Martow verteidigt Tschcheidse in zweierlei Hinsicht: in bezug auf die Fakten und prinzipiell.

Der die Fakten betreffende Einwand besteht darin, daß „Nasche Slowo“ eine kaukasische Schwarzhunderterzeitung zitiert und daß außer Tschcheidse auch ein gewisser Mikoladse auftrat, ein Offizier a. D., „der in seinem Bezirk als radikale Persönlichkeit bekannt ist“, sowie der Priester Chundadse, „der 1905 wegen seiner Teilnahme an der sozialdemokratischen Bewegung belangt wurde“. („In der georgischen sozialdemokratischen Bewegung“, fügt Martow hinzu, „ist bekanntlich die Teilnahme von Dorfgeistlichen eine ziemlich verbreitete Erscheinung.“)

So sieht also die „Verteidigung“ Tschcheidses durch Martow aus. Eine sehr schlechte Verteidigung. Wenn über das Auftreten Tschcheidses zusammen mit einem Pfaffen in einer Schwarzhunderterzeitung berichtet wurde, so wird damit die *Tatsache* keineswegs widerlegt, und Martow selbst gibt zu, daß solch ein Auftreten stattgefunden hat.

Daß Chundadse „1905 belangt wurde“, besagt gar nichts, denn damals wurden auch Gapon und Alexinski „belangt“. Welcher Partei Chundadse und Mikoladse jetzt angehören bzw. mit welcher sie jetzt sympathisieren, ob sie nicht *Anhänger der „Vaterlandsverteidigung“* sind, das hätte Martow in Erfahrung bringen müssen, wenn es ihm darum zu tun gewesen wäre, die Wahrheit zu finden, nicht aber den Advokaten zu spielen. „Eine in seinem Bezirk bekannte radikale Persönlichkeit“ – mit diesem Ausdruck ist bei uns, in unserer Presse, in den meisten Fällen einfach der liberale Gutsbesitzer gemeint.

Wenn Martow zetert, „Nasche Slowo“ habe ein „vollkommen falsches Bild“ gegeben, dann will er die *Wahrheit* vertuschen, die er nicht im geringsten widerlegt hat.

Aber das ist längst nicht alles. Das Schönste kommt noch. Martow, der mit dem faktischen Teil seiner Widerlegung die „Kläglichkeit“ des Auftretens von Tschcheidse nicht widerlegt hat, *bestätigte* sie durch seine *prinzipielle* Verteidigung.

„Es unterliegt keinem Zweifel“, schreibt Martow, „daß Genosse“ (?? der Genosse von Potressow und Co.?) „Tschcheidse es für notwendig hielt, nicht nur gegen die reaktionäre Richtung aufzutreten, die die kaukasischen Unruhen genommen haben, soweit sie unter den Einfluß der Schwarzhunderter geraten ist“ (? geraten sind?), „sondern auch gegen jene ihrer zerstörenden Formen (Demolieren von Läden, Gewaltanwendung gegen Kaufleute), die, allgemein gesprochen, die Unzufriedenheit des Volkes auch unabhängig von reaktionären Einflüssen annehmen kann.“ Man beachte: „Es unterliegt keinem Zweifel“!

Und Martow entfaltet seine ganze Beredsamkeit – W. Maklakow hätte es nicht besser machen können –: die Hilflosigkeit, die Zersplitterung, „die Verworrenheit oder auch die geringe Bewußtheit“ der Massen . . . „der Weg derartiger ‚Revolten‘ führt nicht zum Ziel und ist letzten Endes vom Standpunkt der Interessen des Proletariats schädlich . . .“ Einerseits „wäre das eine schlechte revolutionäre Partei, die einer entstehenden Be-

wegung den Rücken kehren würde, weil diese Bewegung von spontanen und unzweckmäßigen Exzessen begleitet ist“, andererseits „wäre das eine schlechte Partei, die es als ihre revolutionäre Pflicht betrachtete, auf den Kampf gegen diese Exzesse als gegen unzweckmäßige Aktionen zu verzichten . . .“ „Insofern als bei uns in Rußland . . . eine organisierte Kampfkampagne gegen den Krieg bis jetzt noch nicht begonnen wurde(?), insofern als die Zersplitterung der klassenbewußten Elemente des Proletariats es nicht gestattet, unsere Lage mit der von 1904/1905 oder auch nur mit der von 1914/1915 zu vergleichen (?) – insofern sind die auf der Grundlage der Teuerung usw. ausbrechenden Volksunruhen zwar höchst wichtige *Symptome*, können aber nicht (?) *unmittelbar* (?) zu Quellen jener Bewegung werden, die unsere Aufgabe ist. Ihre zweckmäßige ‚Ausnutzung‘ kann nur darin bestehen, daß die in ihnen zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit in die Bahn irgendeines organisierten Kampfes gelenkt wird, ohne den nicht die Rede davon sein kann, daß sich die Massen revolutionäre Aufgaben stellen. Deshalb ist sogar (!!) die Aufforderung, Genossenschaften zu organisieren und auf die Stadtdumas einen Druck zwecks Einführung von Höchstpreisen auszuüben oder zu ähnlichen Palliativmitteln zu greifen, die auf der Entwicklung der Selbsttätigkeit der Massen fußen, eine revolutionärere (haha!) und fruchtbringendere Sache als das Kokettieren . . . Leichtsinnige Spekulationen sind ‚geradezu verbrecherisch‘“ usw.

Es fällt schwer, die Ruhe zu bewahren, wenn man diese empörenden Dinge liest. Sogar die bundistische Redaktion merkte offenbar, daß Martow kein ehrliches Spiel treibt, und versah seinen Artikel mit dem zweideutigen Versprechen, auf ihn „noch zurückzukommen“ . . .

Die Frage kann nicht klarer sein. Nehmen wir an, Tschcheidse hatte es mit Unruhen zu tun, deren Form er für unzweckmäßig hielt. Natürlich hätte er dann als Revolutionär das Recht und die Pflicht gehabt, gegen die *unzweckmäßige* Form zu kämpfen . . . Aber *wofür* kämpfen? für zweckmäßige *revolutionäre* Aktionen? oder für einen zweckmäßigen *liberalen* Kampf?

Nur darum handelt es sich! Und gerade das wird von Martow verdreht!

Herr Tschcheidse hat die revolutionär zum Durchbruch kommende „Unzufriedenheit der Massen“ „in die Bahnen“ eines *liberalen* Kamp-

fes (nur friedliche Genossenschaften, nur legaler, vom Gouverneur gebilligter Druck auf die Stadtdumas usw.) und nicht in die Bahnen eines zweckmäßigen *revolutionären* Kampfes „gelenkt“. Das ist der Kern, Martow aber schwätzt und faselt und verteidigt die liberale Politik!

Ein revolutionärer Sozialdemokrat würde sagen: Das Demolieren eines Krämerladens ist unzweckmäßig, organisieren wir eine Demonstration, die ernster ist, z. B. gleichzeitig mit den Arbeitern von Baku, Tiflis und Petersburg, richten wir unseren Haß gegen die Regierung, gewinnen wir für uns den Teil der Armee, der den Frieden wünscht. Hat Herr Tschcheidse etwa so gesprochen? Nein, er rief zu einem „Kampf“ auf, der für die *Liberalen annehmbar ist!*

Martow hat leichthin die „Plattform“ unterzeichnet, die „revolutionäre Massenaktionen“ empfiehlt – man muß sich doch vor den Arbeitern als Revolutionär zeigen! –, aber sobald es im Lande, in Rußland, zu den ersten Ansätzen solcher Aktionen kommt, ist ihm jedes Mittel recht, um den „links“-liberalen Tschcheidse zu verteidigen.

„In Rußland ist eine organisierte Kampfkampagne gegen den Krieg bis jetzt noch nicht begonnen worden . . .“ Erstens ist das nicht wahr. Sie hat z. B. in Petrograd mit Flugblättern, Kundgebungen, Streiks und Demonstrationen begonnen. Zweitens: *wenn sie irgendwo in der Provinz noch nicht begonnen hat, dann muß man sie beginnen*, Martow aber gibt die von Herrn Tschcheidse „begonnene“ liberale Kampagne für die „revolutionärere“ aus.

„Bedeutet das etwa nicht, die opportunistische Niedertracht reinwaschen zu wollen?“

Veröffentlicht im Dezember 1916 im  
„Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2.

Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Sbornik  
Sozial-Demokrata“.

## DIE FRAKTION TSCHCHEIDSE UND IHRE ROLLE

Wir haben immer darauf hingewiesen, daß die Herren Tschcheidse und Co. *nicht* das sozialdemokratische Proletariat vertreten und daß eine wirklich sozialdemokratische Arbeiterpartei sich niemals mit dieser Fraktion aussöhnen oder vereinigen wird. Unsere Argumente bestanden in dem Hinweis auf unbestreitbare Tatsachen: 1. die von Tschcheidse gebrauchte Formel „Rettung des Landes“ unterscheidet sich dem Wesen nach durch nichts von der Vaterlandsverteidigung; 2. die Fraktion Tschcheidse ist niemals gegen Herrn Potressow und Co. aufgetreten, nicht einmal, als Martow gegen ihn auftrat; 3. gegen die Teilnahme an den Kriegsindustriekomitees – eine entscheidende Tatsache – ist diese Fraktion nicht aufgetreten.

Niemand hat auch nur versucht, diese Tatsachen zu bestreiten. Von den Anhängern Tschcheidses werden sie einfach mit Schweigen übergangen.

„Nasche Slowo“<sup>74</sup> und Trotzki, die uns „Fraktionsmacherei“ vorwerfen, sahen sich unter dem Druck der Tatsachen immer mehr zum Kampf gegen das OK und gegen Tschcheidse gezwungen, aber die „Nasche-Slowo“-Leute sind eben nur „unter dem Druck“ (unserer Kritik und der Kritik der Tatsachen) Schritt um Schritt zurückgewichen, doch das entscheidende Wort *haben sie bisher nicht gesagt*. Einheit oder Bruch mit der Fraktion Tschcheidse? – sie fürchten sich noch immer, konsequent zu Ende zu denken!

Das „Bjulleten SAGRANITSCHNOWO Komiteta Bunda“<sup>37</sup> Nr. 1 (September 1916) enthält einen Brief aus Petrograd vom 26. Februar 1916. Dieser Brief ist ein wertvolles Dokument, das unsere Einschätzung vollauf bestätigt. Der Verfasser des Briefes gibt ohne Umschweife die „unbestreit-

bare Krise im Lager des Menschewismus zu", wobei er – was besonders charakteristisch ist – von den *Menschewiki*, die gegen die Teilnahme an den Kriegsindustriekomitees sind, *überhaupt nicht spricht!* Er hat sie in Rußland nicht gesehen und nichts von ihnen gehört!

Er erklärt, daß von den fünf Mitgliedern der Fraktion Tschcheidse drei gegen „den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung“ sind (wie auch das OK) und zwei dafür.

„Den Personen, die für die Fraktion tätig sind“, schreibt er, „gelingt es nicht, die Fraktionsmehrheit von der Position, die sie eingenommen hat, abzubringen. Der Fraktionsmehrheit kommt die örtliche ‚Initiativgruppe‘<sup>75</sup> zu Hilfe, die den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung ablehnt.“

Die für die Fraktion tätigen Personen sind die Herren liberalen Intellektuellen vom Schlage der Potressow, Maslow, Orthodox<sup>76</sup> und Co., die sich Sozialdemokraten nennen. Unsere vielfachen Hinweise darauf, daß diese Gruppe von *Intellektuellen* der „Herd“ des Opportunismus und der liberalen Arbeiterpolitik ist, hat jetzt ein *Bundist* bestätigt.

Er schreibt weiter: „Das Leben“ (und nicht Purischkewitsch und Gutschkow?) „... hat ein neues Organ, die Arbeitergruppe, geschaffen, die immer mehr zum Mittelpunkt der Arbeiterbewegung wird.“ (Der Autor spricht von der Gutschkowschen oder, um den früheren Ausdruck zu gebrauchen, der Stolypinschen Arbeiterbewegung; eine andere erkennt er nicht an!) „Bei der Wahl dieser Gruppe einigte man sich auf ein Kompromiß: nicht Vaterlandsverteidigung und Selbstverteidigung, sondern Rettung des Landes, worunter man sich etwas Umfassenderes vorstellte.“

Hier entlarvt ein *Bundist* Tschcheidse und das, was Martow über ihn gelogen hat! Tschcheidse und das OK haben bei der Wahl von Gutschkows Kämpfen (Gwosdew, Breido u. a.) in die Kriegsindustriekomitees ein Kompromiß abgeschlossen. Die von Tschcheidse gebrauchte Formel ist ein Kompromiß mit den Potressow und Gwosdew!

Martow hat dies verschwiegen und schweigt auch jetzt darüber.

Aber das Kompromiß war damit nicht zu Ende. Die Deklaration kam ebenfalls durch ein Kompromiß zustande, das der *Bundist* folgendermaßen charakterisiert:

„Die Bestimmtheit verschwand.“ „Die Vertreter der Fraktionsmehrheit und der ‚Initiativgruppe‘ waren unzufrieden, denn diese Deklaration ist immerhin ein großer Schritt vorwärts im Sinne einer Formulierung des

Standpunkts der Vaterlandsverteidigung.“ *„Das Kompromiß entspricht im Grunde genommen der Position der deutschen Sozialdemokratie, aber auf Rußland angewandt.“*

So schreibt der Bundist.

Die Sache ist wohl klar? Die OK-Leute, die Tschcheidse und die Potressow bilden *eine* Partei. In ihr kämpfen zwei Flügel und *verständigen sich*, schließen ein Kompromiß, bleiben in einer Partei. Das Kompromiß wird geschlossen *auf der Basis* der Teilnahme an den Kriegsindustriekomitees. Man streitet nur um die Formulierung der „Motive“ (d. h. um die Methode, die Arbeiter zu übertölpeln). Das Ergebnis des Kompromisses ist „im Grunde genommen die Position der deutschen Sozialdemokratie“.

Also? Haben wir nicht recht gehabt, als wir sagten, daß die Partei des OK sozialchauvinistisch ist? Daß das OK und Tschcheidse als Partei dasselbe sind wie die Südekum in Deutschland?

Ihre Identität mit den Südekum muß sogar ein Bundist zugeben!

Nirgends und niemals sind Tschcheidse und Co. oder das OK gegen das Kompromiß aufgetreten, obwohl sie mit ihm „unzufrieden“ waren.

So standen die Dinge im Februar 1916, und im April 1916 erscheint Martow in Kienthal mit einem Mandat der „Initiativgruppe“ und vertritt das *ganze* OK, das OK *überhaupt*.

Ist das kein Betrug an der Internationale?

Man sehe, was jetzt herauskommt! Potressow, Maslow und Orthodox gründen *ihr* Organ, das „Delo“<sup>77</sup>, das offen für die Vaterlandsverteidigung eintritt, *fordern* Plechanow zur *Mitarbeit auf*, sammeln um sich die Herren Dmitrijew, Tscherewanin, Majewski, Gr. Petrowitsch usw., den ganzen Verein der Intellektuellen, die einst die Stützen des Liquidatorenstums waren. Was ich im Namen der Bolschewiki im *Mai 1910* („Diskussionny Listok“<sup>78</sup>) über den endgültigen Zusammenschluß *der Gruppe der unabhängigen Legalisten\** sagte, findet seine volle Bestätigung.

Das „Delo“ nimmt eine unverfroren chauvinistische und reformistische Haltung ein. Es lohnt sich anzusehen, wie Frau Orthodox Marx fälscht, indem sie ihn durch Verschweigen der Marxschen Ansichten zum Verbündeten Hindenburgs macht (und das, Scherz beiseite, „philosophisch“ begründet!), wie Herr Maslow (besonders Nr. 2 des „Delo“) den Reformis-

\* Siehe Werke, Bd. 16, S. 239–252. *Die Red.*

mus auf der ganzen Linie verteidigt, wie Herr Potressow Axelrod und Martow des „Maximalismus“ und Anarchosyndikalismus beschuldigt, wie die ganze Zeitschrift die Vaterlandsverteidigung zur Sache der „Demokratie“ erklärt, wobei sie diskret die peinliche Frage umgeht, ob es nicht der Zarismus ist, der diesen reaktionären Krieg führt, um zu rauben, um Galizien, Armenien usw. zu knebeln.

Die Fraktion Tschcheidse und das OK schweigen. Skobelew grüßt „die Liebknechts aller Länder“, obwohl der *wirkliche* Liebknecht *seine* Scheidemänner und seine Kautskyaner erbarmungslos entlarvt und gebrandmarkt hat, während Skobelew sowohl mit den russischen Scheidemännern (Potressow und Co., Tschchenkeli u. a.) als auch mit den russischen Kautskyanern (Axelrod u. a.) in ständiger Eintracht und Freundschaft verkehrt.

Martow lehnt im „Golos“<sup>79</sup> Nr. 2 (Samara, 20. September 1916) für sich und seine ausländischen Freunde die Mitarbeit am „Delo“ ab, *gleichzeitig* aber versucht er Tschcheidse reinzuwaschen, *gleichzeitig* („Iswestija“<sup>48</sup> Nr. 6, vom 12. IX. 1916) versichert er dem Publikum, er habe sich wegen der „trotzkistischen“ Idee der Verneinung der bürgerlichen Revolution in Rußland von Trotzki und dem „Nasche Slowo“ getrennt, wo doch jedermann weiß, daß das eine Lüge ist und daß Martow aus dem „Nasche Slowo“ ausschied, weil dieses die *Verteidigung* des OK durch Martow nicht dulden wollte! In derselben Nummer der „Iswestija“ *verteidigt* Martow seinen Betrug am deutschen Publikum, der sogar Henriette Roland-Holst empört hat und der darin besteht, daß er eine deutsche Broschüre herausgab, in der *gerade jener Teil* der Deklaration der Petrograder und Moskauer Menschewiki weggelassen wurde, in dem von ihrer *Zustimmung zur Teilnahme* an den Kriegsindustriekomitees die Rede ist!

Man erinnere sich an die Polemik zwischen Trotzki und Martow in „Nasche Slowo“ vor Martows Ausscheiden aus der Redaktion. Martow warf Trotzki vor, daß er bis jetzt noch nicht wisse, ob er im entscheidenden Augenblick mit Kautsky gehen werde. Trotzki antwortete Martow, daß dieser die Rolle eines „Lockvogels“ spiele, eines „Köders“ zur Gewinnung revolutionärer Arbeiter für die opportunistische und chauvinistische Partei der Potressow, dann des OK usw.

Beide Seiten wiederholten *unsere* Argumente. Und beide hatten recht.

So sehr man auch die Wahrheit über Tschcheidse und Co. zu verbergen sucht, sie kommt doch an den Tag. Es ist Tschcheidses Rolle, Kompromisse mit den Potressow zu schließen und mit unbestimmten oder beinahe „linken“ Worten die opportunistische und chauvinistische Politik zu verhüllen. Und Martows Rolle ist es, Tschcheidse reinzuwaschen.

*Veröffentlicht im Dezember 1916 im  
„Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2.  
Unterschrift: N. Lenin.*

*Nach dem Text des „Sbornik  
Sozial-Demokrata“.*

BÜRGERLICHER  
UND SOZIALISTISCHER PAZIFISMUS<sup>80</sup>

Zuerst veröffentlicht 1924  
im Lenin-Sammelband II,  
Unterschrift: N. L.

*Nach dem Manuskript.*



---

ARTIKEL (ODER KAPITEL) I  
EINE WENDUNG IN DER WELTPOLITIK

Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß eine solche Wendung sich vollzogen hat bzw. sich vollzieht, nämlich die Wendung vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden.

Die zweifellos starke Erschöpfung beider imperialistischen Koalitionen; die Schwierigkeit, den Krieg weiterzuführen; die Schwierigkeit für die Kapitalisten im allgemeinen und für das Finanzkapital im besonderen, aus den Völkern noch mehr herauszupressen, als schon in Gestalt der skandalösen „Kriegsgewinne“ herausgepreßt wurde; die Übersättigung des Finanzkapitals der neutralen Länder – der Vereinigten Staaten, Hollands, der Schweiz u. a. –, das sich am Krieg ungeheuer bereichert hat und dem es nicht leichtfällt, diese „einträgliche“ Wirtschaft fortzuführen, weil Rohstoffe und Lebensmittel knapp sind; das verstärkte Bemühen Deutschlands, seinem imperialistischen Hauptrivalen England diesen oder jenen Verbündeten abspenstig zu machen; die Friedensschritte der deutschen Regierung und anschließend auch einer Reihe von Regierungen neutraler Länder – das sind die wichtigsten dieser Anzeichen.

Gibt es nun Aussichten auf eine rasche Beendigung des Krieges oder nicht?

Es fällt sehr schwer, diese Frage bejahend zu beantworten. Zwei Möglichkeiten zeichnen sich unserer Meinung nach ziemlich deutlich ab:

Die erste Möglichkeit: Zwischen Deutschland und Rußland ist ein Separatfrieden geschlossen, wenn auch nicht in der üblichen Form eines schriftlichen, förmlichen Vertrags. Die zweite: Ein derartiger Frieden ist nicht geschlossen, England und seine Verbündeten sind wirklich imstande, noch ein Jahr oder auch zwei durchzuhalten usw. Im ersten Fall geht der

Krieg wenn nicht sofort, so doch in nächster Zeit unweigerlich zu Ende, und ernstliche Veränderungen im Verlauf des Krieges sind nicht mehr zu erwarten. Im zweiten Fall ist es möglich, daß er noch eine unbestimmt lange Zeit fort dauert.

Betrachten wir den ersten Fall.

Daß zwischen Deutschland und Rußland vor gar nicht langer Zeit Verhandlungen über einen Separatfrieden geführt worden sind, daß Nikolaus II. selbst oder die höchst einflußreiche Hofkamarilla für einen solchen Frieden ist, daß sich in der Weltpolitik eine Wendung vom imperialistischen Bündnis Rußlands mit England gegen Deutschland zu einem nicht weniger imperialistischen Bündnis Rußlands mit Deutschland gegen England abzeichnet – das alles kann keinem Zweifel unterliegen.

Stürmer wird durch Trepow ersetzt; der Zarismus erklärt öffentlich, daß das „Recht“ Rußlands auf Konstantinopel von allen Verbündeten anerkannt worden sei; Deutschland bildet einen polnischen Sonderstaat – diese Anzeichen weisen offenbar darauf hin, daß die Verhandlungen über einen Separatfrieden mit einem Mißerfolg geendet haben. Vielleicht hat der Zarismus diese Verhandlungen *nur* geführt, um England zu erpressen, um von ihm die formelle, unzweideutige Anerkennung der „Rechte“ Nikolaus' des Blutigen auf Konstantinopel und diese oder jene „soliden“ Garantien für diese Rechte zu erhalten?

Da das Wesen, der Hauptinhalt des jetzigen imperialistischen Krieges in der Teilung der Beute zwischen den drei größten imperialistischen Rivalen, den drei Räubern Rußland, Deutschland und England besteht, ist eine solche Annahme durchaus nicht unwahrscheinlich.

Je mehr andererseits dem Zarismus klar wird, daß es faktisch, daß es militärisch unmöglich ist, Polen zurückzugewinnen, Konstantinopel zu erobern und die eiserne deutsche Front zu durchbrechen, die Deutschland durch seine jüngsten Siege in Rumänien vortrefflich begradigt, verkürzt und befestigt, um so mehr wird der Zarismus zum Abschluß eines Separatfriedens mit Deutschland *gezwungen, das heißt* zum Übergang vom imperialistischen Bündnis mit England gegen Deutschland zu einem imperialistischen Bündnis mit Deutschland gegen England. Warum auch nicht? Wäre es doch um ein Haar zu einem Krieg zwischen Rußland und England infolge des imperialistischen Wettkampfs der beiden Mächte um die Teilung der Beute in Mittelasien gekommen! Wurden doch im Jahre

1898 Verhandlungen zwischen England und Deutschland über ein Bündnis gegen Rußland geführt, wobei England und Deutschland damals insgeheim übereinkamen, die Kolonien Portugals unter sich zu teilen „für den Fall“, daß dieses seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte!

Verstärkte Bemühungen um ein Bündnis mit Rußland gegen England traten bei den führenden imperialistischen Kreisen Deutschlands bereits vor mehreren Monaten zutage. Die Grundlage des Bündnisses wird offensichtlich die Teilung Galiziens (dem Zarismus ist es sehr wichtig, den Herd der ukrainischen Agitation und der ukrainischen Freiheit zu ersticken), Armeniens und *vielleicht Rumäniens* bilden! Entschlüpfte doch einer deutschen Zeitung eine „Anspielung“ darauf, daß man Rumänien zwischen Österreich, Bulgarien und Rußland aufteilen könnte! Auch zu anderen „kleinen Zugeständnissen“ an den Zarismus könnte sich Deutschland bereit erklären, käme nur das Bündnis mit Rußland und vielleicht auch noch mit Japan gegen England zustande.

Ein Separatfrieden könnte zwischen Nikolaus II. und Wilhelm II. geheim abgeschlossen sein. Die Geschichte der Diplomatie kennt Beispiele von Geheimverträgen, von denen, zwei bis drei Personen ausgenommen, niemand wußte, nicht einmal die Minister. In der Geschichte der Diplomatie ist es vorgekommen, daß die „Großmächte“ zu einem „gesamteuropäischen“ Kongreß zusammentraten, nachdem vorher insgeheim zwischen den Haupttrivalen die Hauptsache vereinbart worden war (z. B. das Geheimabkommen Rußlands mit England vor dem Berliner Kongreß 1878 über die Ausplünderung der Türkei). Es wäre durchaus nicht verwunderlich, wenn der Zarismus einen formellen Separatfrieden zwischen den Regierungen etwa mit Rücksicht darauf ablehnte, daß dies bei dem gegenwärtigen Zustand Rußlands zu einer Regierung Miljukow-Gutschkow oder Miljukow-Kerenski führen könnte, gleichzeitig aber einen geheimen, nicht formellen, jedoch nicht weniger „dauerhaften“ Vertrag mit Deutschland einginge, demzufolge die „hohen vertragschließenden Seiten“ auf dem künftigen Friedenskongreß gemeinsam *die und die* Linie verfolgen würden!

Ob diese Annahme richtig ist oder nicht, läßt sich nicht entscheiden. Jedenfalls enthält sie tausendmal mehr *Wahrheit*, ist sie tausendmal charakteristischer für *das, was ist*, als die endlosen frommen Phrasen von einem Frieden zwischen den jetzigen und überhaupt zwischen bürgerlichen

Regierungen auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen usw. Diese Phrasen sind entweder fromme Wünsche oder Heuchelei und Lüge, die der Verschleierung der Wahrheit dienen. Die Wahrheit von heute, die Wahrheit des gegenwärtigen Krieges, der gegenwärtigen Versuche, einen Frieden zu schließen, ist die *Teilung der imperialistischen Beute*. Das ist der Kern, und diese Wahrheit erkennen, sie aussprechen, „aussprechen, was ist“ – das ist die wichtigste Aufgabe der sozialistischen Politik zum Unterschied von der bürgerlichen, für die es gerade darauf ankommt, diese Wahrheit zu verbergen und zu vertuschen.

Beide imperialistischen Koalitionen haben eine bestimmte Beute zusammengeräubt, wobei eben die beiden wichtigsten und stärksten Räuber, Deutschland und England, am meisten geraubt haben. England hat keinen Fußbreit seines Bodens und seiner Kolonien verloren, wohl aber die deutschen Kolonien und einen Teil der Türkei (Mesopotamien) „erworben“. Deutschland hat fast alle seine Kolonien verloren, hat aber durch die Besetzung Belgiens, Serbiens, Rumäniens, eines Teils von Frankreich, eines Teils von Rußland usw. ungleich wertvollere Gebiete in Europa gewonnen. Nun geht es darum, diese Beute zu teilen, wobei der „Hauptmann“ jeder Räuberbande, d. h. sowohl England als auch Deutschland, seine Bundesgenossen, die, mit Ausnahme Bulgariens und in geringerem Maße Italiens, besonders viel verloren haben, in diesem oder jenem Ausmaß entschädigen muß. Die schwächsten Bundesgenossen haben am meisten verloren: in der englischen Koalition sind Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien zermalmt, in der deutschen hat die Türkei Armenien und einen Teil Mesopotamiens verloren.

Bis jetzt ist ohne Zweifel Deutschlands Beute wesentlich größer als die Beute Englands. Bis jetzt hat Deutschland gesiegt und hat sich als viel stärker erwiesen, als irgend jemand vor dem Krieg angenommen hatte. Begreiflicherweise wäre es daher für Deutschland vorteilhaft, möglichst rasch Frieden zu schließen, da sein Rivale in dem für ihn günstigsten (wenn auch nicht sehr wahrscheinlichen) Fall noch inmilde sein könnte, eine größere Reserve an Rekruten usw. einzusetzen.

Das ist die *objektive* Lage. Das ist die gegenwärtige Situation im Kampf um die Teilung der imperialistischen Beute. Es ist durchaus natürlich, daß diese Situation pazifistische Bestrebungen, Erklärungen und Schritte vornehmlich bei der Bourgeoisie und den Regierungen der deutschen Koali-

tion, ferner auch bei denen der neutralen Länder hervorgerufen hat. Ebenso natürlich ist es, daß die Bourgeoisie und ihre Regierungen aus allen Kräften danach streben müssen, die Völker zu betrügen und die ekelhafte Wahrheit des imperialistischen Friedens – die Teilung des Geraubten – mit Phrasen zu verhüllen, mit durch und durch verlogenen Phrasen von einem demokratischen Frieden, von der Freiheit der kleinen Nationen, von der Einschränkung der Rüstungen usw.

Wenn es aber für die Bourgeoisie natürlich ist, die Völker zu betören, wie erfüllen dann die Sozialisten ihre Pflicht? Darüber im folgenden Artikel (oder Kapitel).

#### ARTIKEL (ODER KAPITEL) II

#### DER PAZIFISMUS KAUTSKYS UND TURATIS

Kautsky ist der maßgebende Theoretiker der II. Internationale, der prominenteste Führer des sogenannten „marxistischen Zentrums“ in Deutschland, der Vertreter der Opposition, die im Reichstag eine besondere Fraktion gebildet hat – die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (Haase, Ledebour u. a.). In einer Reihe sozialdemokratischer Zeitungen Deutschlands erscheinen jetzt Artikel von Kautsky über die Friedensbedingungen; diese Artikel erläutern die offizielle Erklärung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ zu der bekannten Note der deutschen Regierung, in der die Aufnahme von Friedensverhandlungen vorgeschlagen wurde. Die Erklärung verlangt von der Regierung die Bekanntgabe bestimmter Friedensbedingungen und enthält unter anderem folgenden charakteristischen Satz:

„Soll diese Note“ (der deutschen Regierung) „zum Frieden führen, dann ist notwendig, daß in allen Ländern der Gedanke an Annexionen fremden Gebiets, an politische, wirtschaftliche oder militärische Unterwerfung irgendeines Volkes unter eine andere Staatsgewalt unzweideutig abgewiesen wird.“

Kautsky erläutert und konkretisiert diesen Satz in seinen Artikeln, in denen er des langen und breiten „nachweist“, daß Konstantinopel nicht Rußland zufallen und daß die Türkei nicht zum Vasallenstaat irgendeiner anderen Macht werden dürfe.

Sehen wir uns diese politischen Losungen und Argumente Kautskys und seiner Gesinnungsgenossen etwas näher an.

Solange es sich um Rußland handelt, d. h. um einen imperialistischen Rivalen Deutschlands, stellt Kautsky nicht eine abstrakte, „allgemeine“, sondern eine durchaus konkrete, präzise, bestimmte Forderung auf: Konstantinopel darf nicht Rußland zufallen. Er *enthüllt* damit die *wirklichen* imperialistischen Absichten . . . Rußlands. Sobald es sich um Deutschland handelt – d. h. um das Land, in welchem Bourgeoisie und Regierung in ihrem imperialistischen Krieg von der Mehrheit jener Partei unterstützt werden, die Kautsky als ihr Mitglied betrachtet (und die ihn zum Redakteur ihres wichtigsten, ihres führenden theoretischen Organs, der „Neuen Zeit“, gemacht hat) –, *enthüllt* Kautsky *nicht* die *konkreten* imperialistischen Absichten der *eigenen* Regierung, sondern beschränkt sich auf den „allgemeinen“ Wunsch bzw. die „allgemeine“ These: Die Türkei soll nicht der Vasallenstaat irgendeiner anderen Macht sein!!

Worin unterscheidet sich, ihrem tatsächlichen Inhalt nach, die Politik Kautskys von der Politik der sozusagen streitbaren Sozialchauvinisten (d. h. Sozialisten des Wortes, Chauvinisten der Tat) in Frankreich und England, die rückhaltlos die konkreten imperialistischen Taten Deutschlands enthüllen, sich aber mit „allgemeinen“ Wünschen bzw. Thesen in bezug auf Länder oder Völker begnügen, die von England und Rußland unterworfen werden? die über die Okkupation Belgiens und Serbiens zetern, über die Okkupation Galiziens, Armeniens und der Kolonien in Afrika jedoch schweigen?

In Wirklichkeit hilft die Politik Kautskys ebenso wie die der Sembat und Henderson der *eigenen* imperialistischen Regierung, da sie die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Ränke und Listen des Rivalen und Feindes lenkt und über die *ebenso* imperialistischen Taten „*ibrer*“ Bourgeoisie den Schleier nebelhafter Gemeinplätze und frommer Wünsche breitet. Wir würden aufhören, Marxisten, ja überhaupt Sozialisten zu sein, wenn wir uns auf eine sozusagen christliche Betrachtung wohlgefälliger, erbaulicher Gemeinplätze beschränken wollten, ohne ihre *wirkliche* politische Bedeutung zu enthüllen. Sehen wir denn nicht ständig, daß sich die Diplomatie aller imperialistischen Mächte in den edelmütigsten „allgemeinen“ Phrasen und „demokratischen“ Erklärungen ergeht, um mit ihnen die Ausplünderung, Vergewaltigung und Unterdrückung der kleinen Völker zu *verschleiern*?

„Die Türkei soll nicht der Vasallenstaat einer anderen Macht sein.“ Wenn ich nur das sage, bin ich scheinbar Anhänger der vollen Freiheit der Türkei. In Wirklichkeit aber wiederhole ich nur eine Phrase, deren sich auch die deutschen Diplomaten zu bedienen pflegen, die *bewußt* lügen und heucheln und mit dieser Phrase die *Tatsache* verschleiern, daß Deutschland *schon jetzt* die Türkei zu seinem *sowohl* finanziellen *als auch* militärischen Vasallen gemacht hat! Und wenn ich ein deutscher Sozialist bin, sind für die deutsche Diplomatie meine „allgemeinen“ Phrasen nur *vorteilhaft*, da ihr wirklicher Sinn die *Beschönigung* des deutschen Imperialismus ist.

„In allen Ländern soll der Gedanke an Annexionen . . . an die wirtschaftliche Unterwerfung irgendeines Volkes abgewiesen werden . . .“ Welcher Edelmut! Tausendfach wird von den Imperialisten der „Gedanke“ an Annexionen und finanzielle Unterdrückung schwacher Völker „abgewiesen“, aber sollte man dem nicht die *Tatsachen* gegenüberstellen, die beweisen, daß jede beliebige Großbank Deutschlands, Englands, Frankreichs oder der Vereinigten Staaten kleine Völker „in *Unterwerfung*“ hält? Kann die gegenwärtige bürgerliche Regierung eines reichen Landes *wirklich* Annexionen und wirtschaftliche Unterwerfung fremder Völker ablehnen, da doch in Eisenbahnen und anderen Unternehmungen der schwachen Völker Milliarden und aber Milliarden angelegt sind?

Wer kämpft wirklich gegen Annexionen usw.? Derjenige etwa, der mit edelmütigen Phrasen um sich wirft, die ihrer objektiven Bedeutung nach genau dasselbe sind wie das Weihwasser der Christen, mit dem gekrönten und kapitalistischen Räubern der Segen erteilt wird, oder derjenige, der den Arbeitern erklärt, daß Annexionen und finanzielle Unterdrückung nur mit dem Sturz der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer Regierungen beseitigt werden können?

Hier noch eine italienische Illustration zu dem von Kautsky gepredigten Pazifismus.

Im Zentralorgan der Italienischen Sozialistischen Partei, „Avanti!“ („Vorwärts!“), vom 25. Dezember 1916, veröffentlichte der bekannte Reformist Filippo Turati einen Artikel unter dem Titel „Abrakadabra“. Am 22. November 1916, schreibt er, brachte die sozialistische Parlamentsgruppe Italiens im Parlament einen Antrag für den Frieden ein. In diesem Antrag „konstatierte sie die Übereinstimmung der von den Vertretern

Englands und Deutschlands verkündeten Prinzipien, die einem möglichen Frieden zugrunde zu legen sind, und forderte die Regierung auf, durch Vermittlung der Vereinigten Staaten und anderer neutraler Länder Friedensverhandlungen einzuleiten“. So legt Turati selbst den Inhalt des sozialistischen Antrags dar.

Am 6. Dezember 1916 „begräbt“ die Kammer den sozialistischen Antrag durch „Vertagung“ der Debatte über diesen Antrag. Am 12. Dezember schlägt der deutsche Kanzler von sich aus dem Reichstag das vor, was die Sozialisten Italiens gewollt hatten. Am 22. Dezember tritt Wilson mit seiner Note hervor, in der er, um mit F. Turatis Worten zu sprechen, „die Ideen und Beweggründe des sozialistischen Antrags paraphrasiert und wiederholt“. Am 23. Dezember treten andere neutrale Staaten auf den Plan und paraphrasieren die Note Wilsons.

Man beschuldigt uns, wir hätten uns an Deutschland verkauft, ruft Turati aus. Haben sich vielleicht auch Wilson und die neutralen Staaten an Deutschland verkauft?

Am 17. Dezember hielt Turati im Parlament eine Rede, in der eine Stelle eine ungewöhnliche – und berechtigte – Sensation hervorrief. Hier diese Stelle nach dem Bericht des „Avanti!“:

„... Nehmen wir an, daß Erörterungen der Art, wie sie uns Deutschland vorschlägt, geeignet sind, solche Fragen wie die Räumung Belgiens, Frankreichs, die Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens und, wenn es Ihnen beliebt, Montenegros in den Grundzügen zu lösen; ich nenne Ihnen noch die Berichtigung der italienischen Grenzen in bezug auf das, was unbestreitbar italienisch ist und den Garantien strategischen Charakters entspricht...“ An dieser Stelle unterbricht die bürgerliche und chauvinistische Kammer Turati, und von allen Seiten ertönen Rufe: „Großartig! Also auch Sie wollen all das! Hoch Turati! Hoch Turati!“ ...

Turati, dem dieser Jubel der Bourgeoisie offenbar nicht ganz geheuer vorkommt, versucht sich zu „berichtigen“ oder „deutlicher auszudrücken“: „Meine Herren“, sagt er, „keine unangebrachten Scherze. Es ist ein Unterschied, ob man die nationale Einheit als angebracht und berechtigt gelten läßt, wie wir das immer getan haben, oder ob man dieses Zieles wegen einen Krieg herbeiführt oder rechtfertigt.“

Weder diese „Erläuterung“ Turatis noch die Artikel des „Avanti!“ zu seiner Verteidigung, weder der Brief Turatis vom 21. Dezember noch der

Artikel eines gewissen „b b“ im Züricher „Volksrecht“ können die Sache auch nur im entferntesten „berichtigen“ und die Tatsache aus der Welt schaffen, daß *Turati sich entlarvt hat!* . . . Oder richtiger: Nicht Turati, sondern der ganze sozialistische Pazifismus hat sich entlarvt, der sowohl von Kautsky als auch, wie wir sehen werden, von den französischen „Kautskyanern“ vertreten wird. Die bürgerliche Presse Italiens hatte recht, als sie diese Stelle aus der Rede Turatis aufgriff und darob in Jubel ausbrach.

Der oben erwähnte „b b“ versucht Turati damit zu verteidigen, daß er sagt, Turati habe ja nur vom „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ gesprochen.

Eine schlechte Verteidigung! Was hat damit das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ zu tun, das sich, wie jeder weiß, im Programm der Marxisten – und auch stets im Programm der internationalen Demokratie – auf die Verteidigung *unterdrückter Völker* bezieht! Wie kann man es auf den imperialistischen Krieg beziehen, d. h. auf einen Krieg um die Aufteilung der Kolonien, um die *Unterdrückung* fremder Länder, auf einen Krieg *zwischen* Räuber- und Unterdrückermächten um die Frage, *wer mehr* fremde Völker unterdrücken soll?

Sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen berufen, um einen imperialistischen, nicht einen nationalen Krieg zu rechtfertigen – ja, worin unterscheidet sich denn das von den Reden Alexinskis, Hervés, Hyndmans, wenn sie sich auf die *Republik* in Frankreich berufen, die sich gegen die Monarchie in Deutschland verteidigte? Wo doch allgemein bekannt ist, daß dieser Krieg durchaus nicht wegen eines Konflikts zwischen Republikanismus und monarchistischem Prinzip geführt wird, sondern um die Teilung der Kolonien usw. zwischen zwei imperialistischen Koalitionen!

Turati hat seinen Standpunkt dahingehend erläutert und berichtet, daß er den Krieg *durchaus nicht* „rechtfertige“.

Wollen wir Turati, dem Reformisten, Turati, dem Anhänger Kautskys, glauben, daß es nicht seine *Absicht* war, den Krieg zu rechtfertigen. Wer wüßte aber nicht, daß es in der Politik nicht auf Absichten ankommt, sondern auf Taten? nicht auf fromme Wünsche, sondern auf Tatsachen? nicht auf das, was man sich einbildet, sondern auf das, was wirklich ist?

Angenommen, Turati hat nicht den Krieg rechtfertigen wollen, angenommen, Kautsky hat nicht Deutschland rechtfertigen wollen, das zwischen der Türkei und dem deutschen Imperialismus ein Vasallenverhältnis

hergestellt hat. Aber *faktisch* ist bei den beiden braven Pazifisten *eben die Rechtfertigung des Krieges herausgekommen!* Das ist das Wesentliche. Hätte Kautsky nicht in einer Zeitschrift, die so langweilig ist, daß niemand sie liest, sondern von der Parlamentstribüne, vor einem lebhaften, für jeden Eindruck empfänglichen, südlich temperamentvollen bürgerlichen Publikum den Satz gesagt: „Konstantinopel soll nicht Rußland zufallen, die Türkei soll nicht der Vasallenstaat einer anderen Macht sein“ – dann wäre nichts Verwunderliches dabei, wenn gewitzte Bourgeois ihm zugerufen hätten: „Großartig! Sehr richtig! Hoch Kautsky!“

Turati stand *faktisch* – unabhängig davon, ob er es wollte, ob er sich dessen bewußt war – auf dem Standpunkt eines bürgerlichen Maklers, der eine gütliche Vereinbarung zwischen den imperialistischen Räubern vorschlägt. Die „Befreiung“ der zu Österreich gehörenden italienischen Gebiete würde *in Wirklichkeit* das Mäntelchen sein, mit dem die Belohnung der italienischen Bourgeoisie für ihre Teilnahme am imperialistischen Krieg einer imperialistischen Riesenkoalition verhüllt werden soll, würde eine unwesentliche Zugabe zur Aufteilung der Kolonien in Afrika, der Einflußsphären in Dalmatien und Albanien sein. Daß der Reformist Turati einen bürgerlichen Standpunkt einnimmt, liegt wohl in der Natur der Dinge, aber auch Kautsky unterscheidet sich *faktisch* nicht ein bißchen von Turati.

Wollte man den imperialistischen Krieg nicht beschönigen und der Bourgeoisie nicht helfen, einen solchen Krieg betrügerischerweise für einen nationalen, einen völkerbefreienden Krieg auszugeben, wollte man nicht auf den Standpunkt des bürgerlichen Reformismus hinabgleiten, so hätte man nicht so sprechen dürfen wie Kautsky und Turati, sondern so, wie Karl Liebknecht gesprochen hat, hätte man der *eigenen* Bourgeoisie sagen müssen, daß sie heuchelt, wenn sie von nationaler Befreiung redet, hätte man erklären müssen, daß ein demokratischer Frieden in Verbindung mit dem gegenwärtigen Krieg unmöglich ist, wenn nicht das Proletariat gegen die *eigenen* Regierungen „die Waffen kehrt“.

So und nur so hätte die Stellung eines wirklichen Marxisten, eines wirklichen Sozialisten, der kein bürgerlicher Reformist ist, sein dürfen. Nicht der arbeitet wirklich für einen demokratischen Frieden, der allgemeine, nichtssagende, zu nichts verpflichtende fromme Wünsche des Pazifismus wiederholt, sondern der, der den imperialistischen Charakter

sowohl dieses Krieges als auch des ihm folgenden imperialistischen Friedens entlarvt und der die Völker zur Revolution gegen die verbrecherischen Regierungen aufruft.

Einige versuchen, Kautsky und Turati damit zu rechtfertigen, daß es legal nicht möglich wäre, über gegen die Regierung gerichtete „Andeutungen“ hinauszugehen, solche „Andeutungen“ aber gäbe es bei den Pazifisten dieser Art. Darauf ist zu antworten: Erstens, wenn es unmöglich ist, die Wahrheit legal zu sagen, so ist das nicht ein Argument für das Verschweigen der Wahrheit, sondern für die Notwendigkeit, eine illegale, d. h. von Polizei und Zensur freie Organisation und Presse zu schaffen; zweitens, in der Geschichte gibt es Zeiten, die von einem Sozialisten den Bruch mit jeder Legalität *verlangen*; drittens, selbst im leibeigenen Rußland haben es Dobroljubow und Tschernyschewski verstanden, die Wahrheit zu sagen, sei es, indem sie das Manifest vom 19. Februar 1861 mit Schweigen beantworteten, sei es, indem sie die damaligen Liberalen, die genau solche Reden hielten wie Turati und Kautsky, verspotteten und brandmarkten.

Im nächsten Artikel werden wir uns mit dem französischen Pazifismus befassen, der in den Resolutionen zweier soeben abgehaltener Tagungen der Arbeiterorganisationen und der sozialistischen Organisationen Frankreichs seinen Ausdruck gefunden hat.

### ARTIKEL (ODER KAPITEL) III

#### DER PAZIFISMUS DER FRANZÖSISCHEN SOZIALISTEN UND GEWERKSCHAFTER

Die Konferenz der französischen CGT (Confédération Générale du Travail, Allgemeiner Gewerkschaftsbund<sup>81</sup>) und der Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei<sup>82</sup> sind soeben zu Ende gegangen. Die wahre Bedeutung und die wahre Rolle des sozialistischen Pazifismus im gegenwärtigen Zeitpunkt hat sich dort mit besonderer Klarheit gezeigt.

Hier die Resolution der Gewerkschaftskonferenz, die *einstimmig* von allen, sowohl von der Mehrheit der eingefleischten Chauvinisten mit dem traurig-berühmten Jouhaux an der Spitze als auch von dem Anarchisten

Broutchoux sowie von dem . . . „Zimmerwalder“ Merrheim, angenommen wurde:

„Die Konferenz der Landesberufsverbände, der Gewerkschaften und Arbeitsbörsen nimmt die Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die ‚alle jetzt kriegführenden Nationen auffordert, öffentlich ihre Ansichten über die Bedingungen darzulegen, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte‘, zur Kenntnis und

bittet die französische Regierung, diesem Vorschlag zuzustimmen;

fordert die Regierung auf, die Initiative zu einem gleichen Schritt bei ihren Verbündeten zu ergreifen, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen;

erklärt, daß ein Bund der Völker, der eine der Garantien für den endgültigen Frieden bildet, nur gewährleistet ist bei voller Unabhängigkeit, territorialer Integrität und politischer sowie wirtschaftlicher Freiheit aller Völker, der kleinen wie der großen.

Die auf der Konferenz vertretenen Organisationen nehmen die Verpflichtung auf sich, diese Idee unter der Masse der Arbeiter zu fördern und zu verbreiten, um dem unklaren, zweideutigen Zustand ein Ende zu bereiten, der nur der Geheimplomatie zugute kommt, gegen die die Arbeiterklasse immer aufgetreten ist.“

Hier haben wir eine Kostprobe des „reinen“ Pazifismus durchaus im Geiste Kautskys vor uns, eines Pazifismus, der die Billigung einer offiziellen Arbeiterorganisation findet, die mit dem Marxismus nichts gemein hat und in ihrer Mehrheit aus Chauvinisten besteht. Wir haben vor uns ein bedeutendes, ernsteste Aufmerksamkeit verdienendes Dokument der *politischen Vereinigung* von Chauvinisten und „Kautskyanern“ auf der Plattform der hohlen pazifistischen Phrase. Wenn wir im vorhergehenden Artikel zu schildern versuchten, auf welcher *theoretischen* Grundlage die Einheit der Auffassungen der Chauvinisten und der Pazifisten, der Bourgeois und der sozialistischen Reformisten fußt, so sehen wir jetzt diese Einheit in einem anderen imperialistischen Land *praktisch* verwirklicht.

Auf der Zimmerwalder Konferenz vom 5.–8. September 1915 erklärte Merrheim: „Le parti, les Jouhaux, le gouvernement, ce ne sont que trois têtes sous un bonnet“ („die Partei, die Jouhaux, die Regierung – das sind nur drei Köpfe unter einem Hut“, d. h., sie sind eins). Auf der Konferenz der CGT am 26. Dezember 1916 stimmt Merrheim, *zusammen mit*

Jouhaux, für eine pazifistische Resolution. Am 23. Dezember 1916 veröffentlicht eines der offensten und extremsten Organe der deutschen Sozialimperialisten, die Chemnitzer „Volksstimme“, einen redaktionellen Artikel: „Die Auflösung der bürgerlichen Parteien und die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Einheit“. In diesem Artikel wird natürlich die Friedensliebe der Südekum, Legien, Scheidemann und Co., der ganzen Mehrheit der deutschen Sozialdemokratischen Partei und auch die Friedensliebe der deutschen Regierung gepriesen, und es wird verkündet, daß „der erste Friedensparteitag dann, von den wenigen abgesplitterten Fanatikern der Beitragssperre“ (d. h. den Anhängern Karl Liebknechts!) „abgesehen, die Einheit der Partei auf dem Boden der Politik des Parteivorstandes, der Fraktion und der Gewerkschaften wiederherstellen“ muß.

Mit aller Deutlichkeit wird hier die Idee der „Einheit“ der offenen Sozialchauvinisten Deutschlands mit Kautsky und Co., mit der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ ausgesprochen und die Politik dieser „Einheit“ proklamiert – der Einheit auf der Grundlage pazifistischer Phrasen, einer „Einheit“, wie sie in Frankreich am 26. Dezember 1916 zwischen Jouhaux und Merrheim hergestellt wurde!

Das Zentralorgan der Italienischen Sozialistischen Partei, „Avanti!“, schreibt in einer redaktionellen Notiz vom 28. Dezember 1916:

„Wenn Bissolati und Südekum, Bonomi und Scheidemann, Sembat und David, Jouhaux und Legien in das Lager des bürgerlichen Nationalismus übergegangen sind und die ideologische Einheit der Internationalisten verraten haben (hanno tradito), der sie nach bestem Wissen und Gewissen zu dienen gelobt hatten, so stehen wir zu solchen unserer deutschen Genossen wie Liebknecht, Ledebour, Hoffmann, Meyer, zu solchen unserer französischen Genossen wie Merrheim, Blanc, Brizon, Raffin-Dugens, die sich nicht gewandelt und die nicht geschwankt haben.“

Man sehe sich die Konfusion an:

Bissolati und Bonomi wurden als Reformisten und Chauvinisten schon vor dem Krieg aus der Italienischen Sozialistischen Partei *ausgeschlossen*. Der „Avanti!“ stellt sie auf eine Stufe mit Südekum und Legien – und das natürlich mit vollem Recht –, aber Südekum, David und Legien stehen an der Spitze der deutschen quasi-sozialdemokratischen, in Wirklichkeit sozialchauvinistischen Partei, und derselbe „Avanti!“ wendet sich gegen ihren Ausschluß, gegen den Bruch mit ihnen, gegen die Bildung einer

III. Internationale. Der „Avanti!“ erklärt, und durchaus mit Recht, die Legien und Jouhaux für Überläufer in das Lager des bürgerlichen Nationalismus und stellt ihnen Liebknecht und Ledebour, Merrheim und Brizon entgegen. Aber wir sehen: Merrheim *stimmt zusammen mit Jouhaux*, und Legien erklärt – durch sein Sprachrohr, die Chemnitzer „Volksstimme“ –, er sei überzeugt, daß die Einheit der Partei mit Ausschluß *nur* der Gesinnungsgenossen Liebknechts wiederhergestellt werde, d. h. die „Einheit“ mit der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (darunter Kautsky), zu der Ledebour gehört!!

Diese Konfusion rührt daher, daß der „Avanti!“ den bürgerlichen Pazifismus mit dem revolutionären sozialdemokratischen Internationalismus vermengt, während solche erfahrenen Politikaster wie Legien und Jouhaux sehr wohl die *Identität* des sozialistischen und des bürgerlichen Pazifismus erkannt haben.

Wie sollten da nicht Herr Jouhaux und seine Zeitung, die chauvinistische „La Bataille“<sup>83</sup>, über die „Einmütigkeit“ Jouhaux' und Merrheims jubeln, wenn in der einstimmig angenommenen, von uns im Wortlaut angeführten Resolution *faktisch* absolut nichts außer bürgerlich-pazifistischen Phrasen enthalten ist, *nicht die Spur* revolutionären Bewußtseins, *nicht ein einziger* sozialistischer Gedanke!

Ist es nicht lächerlich, von „wirtschaftlicher Freiheit aller Völker, der kleinen wie der großen“, zu sprechen, wenn man dabei verschweigt, daß, solange die bürgerlichen Regierungen nicht gestürzt sind und die Bourgeoisie nicht expropriert ist, diese „wirtschaftliche Freiheit“ ein ebensolcher *Betrug* am Volk ist wie die Phrasen von der „wirtschaftlichen Freiheit“ des Staatsbürgers *schlechthin* in der modernen Gesellschaft, der kleinen Bauern wie der Geldsäcke, der Arbeiter wie der Kapitalisten?

Die Resolution, für die Jouhaux und Merrheim einmütig stimmten, ist völlig durchdrungen von den Ideen des „bürgerlichen Nationalismus“, den der „Avanti!“ mit Recht bei Jouhaux feststellt, den er bei Merrheim merkwürdigerweise *nicht* sieht.

Die bürgerlichen Nationalisten sind immer und überall mit „allgemeinen“ Phrasen über einen „Bund der Völker“ *schlechthin*, über die „wirtschaftliche Freiheit aller Völker, der großen wie der kleinen“, hausieren gegangen. Die Sozialisten haben zum Unterschied von den bürgerlichen Nationalisten erklärt und erklären auch jetzt: Das Gerede von „wirt-

schaftlicher Freiheit der großen und kleinen Völker“ ist widerliche Heuchelei, solange die einen Nationen (z. B. England und Frankreich) im Ausland *Milliarden* und aber *Milliarden Francs* Kapital anlegen, d. h. den kleinen und rückständigen Nationen gegen Wucherzinsen leihen, und so die kleinen und schwachen Nationen in Schuldknechtschaft halten.

Sozialisten hätten *keinen einzigen Satz* dieser Resolution, für die Jouhaux und Merrheim einmütig stimmten, ohne entschiedenen Protest hinnehmen können. Sozialisten hätten in direktem Gegensatz zu dieser Resolution erklärt, daß der Vorschlag Wilsons offenkundige Lüge und Heuchelei ist, denn Wilson ist der Vertreter einer Bourgeoisie, die Milliarden am Krieg verdient hat, ist das Haupt einer Regierung, die die Rüstung der Vereinigten Staaten – unzweifelhaft für einen *zweiten* großen imperialistischen Krieg – ins Irrsinnige gesteigert hat; hätten erklärt, daß die französische bürgerliche Regierung – vom Finanzkapital, dessen Sklave sie ist, und durch imperialistische, ausgesprochen räuberische und reaktionäre Geheimverträge mit England, Rußland usw. an Händen und Füßen gefesselt – nicht fähig ist, in der Frage eines demokratischen und „gerechten“ Friedens etwas zu sagen oder zu tun, was nicht ebenso verlogen wäre; daß der Kampf für einen derartigen Frieden nicht in der Wiederholung allgemeiner, leerer, nichtssagender, zu nichts verpflichtender, in Wirklichkeit nur das imperialistische Übel verdeckender, frommer und zuckersüßer pazifistischer Phrasen besteht, sondern darin, den Völkern die *Wahrheit* zu zeigen, nämlich ihnen zu sagen: Um einen demokratischen und gerechten Frieden zu erlangen, müssen die bürgerlichen Regierungen aller kriegführenden Länder gestürzt werden, und zu diesem Zweck muß ausgenutzt werden, daß Millionen Arbeiter Waffen in den Händen haben, daß in den Bevölkerungsmassen allgemeine Erbitterung über die Teuerung und die Schrecken des imperialistischen Krieges herrscht.

Das ist es, was Sozialisten hätten sagen müssen, statt die Resolution von Jouhaux und Merrheim anzunehmen.

Die Französische Sozialistische Partei hat auf ihrem Kongreß, der in Paris gleichzeitig mit der Konferenz der CGT tagte, dies nicht nur nicht gesagt, sondern hat eine *noch schlimmere* Resolution mit 2838 gegen 109 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen angenommen, d. h., sie wurde angenommen von einem Block der Sozialchauvinisten (Renaudel und Co., die sogenannten „majoritaires“, Anhänger der Mehrheit) und der *Longueti-*

sten (der Anhänger Longuets, der französischen Kautskyaner)!! Dabei stimmten der Zimmerwalder Bourderon und der Kienthaler („kinthalien“, Teilnehmer der Kienthaler Konferenz) Raffin-Dugens für diese Resolution!!

Wir wollen hier nicht diese Resolution im Wortlaut anführen, da sie übermäßig lang und völlig uninteressant ist: Da stehen fromme, zuckersüße Phrasen vom Frieden *neben* der Erklärung, die sogenannte „Vaterlandsverteidigung“ in Frankreich auch weiter unterstützen zu wollen, d. h. den imperialistischen Krieg zu unterstützen, den Frankreich im Bunde mit solchen noch größeren und stärkeren Räubern wie England und Rußland führt.

Die Vereinigung der Sozialchauvinisten mit den Pazifisten (oder Kautskyanern) in Frankreich und mit einem Teil der Zimmerwalder ist folglich nicht nur in der CGT, sondern auch in der Sozialistischen Partei Tatsache geworden.

#### ARTIKEL (ODER KAPITEL) IV

#### ZIMMERWALD AM SCHEIDEWEGE

Am 28. Dezember trafen in Bern die französischen Zeitungen mit dem Bericht über die Konferenz der CGT ein, und am 30. Dezember erschien in der Berner und der Züricher sozialistischen Zeitung ein neuer Aufruf der Berner ISK („Internationalen Sozialistischen Kommission“), des ausführenden Organs der Zimmerwalder Vereinigung. In diesem Aufruf, datiert von Ende Dezember 1916, ist von den Friedenschritten Deutschlands wie auch Wilsons und anderer neutraler Länder die Rede, wobei alle diese Regierungskundgebungen – und natürlich mit Recht – als ein „Komödienspiel des Friedens“, ein Spiel, „um das eigene Volk hinters Licht zu führen“, als „heuchlerische Friedensgebärden der Diplomaten“ bezeichnet werden.

Dieser Komödie und Lüge wird als „einzige Macht“, die imstande ist, den Frieden zu verwirklichen usw., der „entschlossene Wille“ des internationalen Proletariats entgegengestellt, „anstatt die Waffe des Kampfes gegen den Bruder, sie gegen den Feind im eigenen Lande zu richten“.

Die angeführten Zitate veranschaulichen uns zwei grundverschiedene Arten von Politik, die bis jetzt innerhalb der Zimmerwalder Vereinigung

friedlich miteinander auszukommen schienen, sich aber nunmehr endgültig voneinander getrennt haben.

Einerseits erklärt Turati unumwunden und durchaus mit Recht, daß die Angebote Deutschlands, Wilsons u. a. nur eine „Paraphrasierung“ des italienischen „sozialistischen“ Pazifismus seien; die Erklärung der deutschen und die Abstimmung der französischen Sozialchauvinisten beweisen, daß die einen wie die anderen die Vorteile der pazifistischen Verhüllung *ibrer* Politik sehr wohl erkannt haben.

Andererseits bezeichnet der Aufruf der Internationalen Sozialistischen Kommission den Pazifismus aller kriegführenden und neutralen Regierungen als Komödie und Heuchelei.

Einerseits vereinigen sich Jouhaux mit Merrheim; Bourderon, Longuet und Raffin-Dugens mit Renaudel, Sembat und Thomas, und die deutschen Sozialchauvinisten Südekum, David und Scheidemann verkünden die bevorstehende „Wiederherstellung der sozialdemokratischen Einheit“ mit Kautsky und der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“.

Andererseits fordert der Aufruf der Internationalen Sozialistischen Kommission die „sozialistischen Minderheiten“ zum energischen Kampf „gegen die eigenen Regierungen“ „und ihre sozialpatriotischen Söldlinge“ auf.

Entweder – oder.

Die Hohlheit, die Widersinnigkeit, die Heuchelei des bürgerlichen Pazifismus enthüllen – *oder* ihn zu einem „sozialistischen“ Pazifismus „paraphrasieren“? Die Jouhaux und Renaudel, die Legien und David als „Söldlinge“ der Regierungen bekämpfen – *oder* sich mit ihnen auf der Plattform nichtssagender pazifistischer Deklamationen französischen oder deutschen Musters vereinigen?

Das ist jetzt die Scheidelinie zwischen der Zimmerwalder Rechten, die sich stets mit allen Kräften dem Bruch mit den Sozialchauvinisten widersetzt hat, und der Zimmerwalder Linken, die schon in Zimmerwald nicht umsonst darauf bedacht war, sich von der Rechten öffentlich abzugrenzen und sowohl auf der Konferenz als auch danach in der Presse mit einer eigenen Plattform aufzutreten. Das Herannahen des Friedens oder zumindest die Tatsache, daß gewisse bürgerliche Elemente sich eifriger mit der Friedensfrage befassen, hat nicht zufällig, sondern zwangsläufig eine besonders augenfällige Trennung der einen von der anderen Politik her-

vorgerufen. Denn der Frieden erscheint den bürgerlichen Pazifisten und ihren „sozialistischen“ Nachahmern oder Nachbetern seit jeher als etwas vom Krieg grundsätzlich Verschiedenes in dem Sinne, daß den Pazifisten beider Schattierungen der Gedanke: „der Krieg ist die Fortsetzung der Politik der Friedenszeit, der Frieden ist die Fortsetzung der Politik des Krieges“ stets unverstänlich geblieben ist. Daß der imperialistische Krieg von 1914 bis 1917 die Fortsetzung der imperialistischen Politik von 1898 bis 1914, wenn nicht einer noch früheren Periode ist, das haben weder Bourgeois noch Sozialchauvinisten sehen wollen und wollen es auch jetzt nicht sehen. Daß der Frieden *jetzt*, solange die bürgerlichen Regierungen nicht auf revolutionärem Wege gestürzt sind, nur ein imperialistischer Frieden sein kann, der den imperialistischen Krieg fortsetzt, sehen weder die bürgerlichen noch die sozialistischen Pazifisten.

Wie sie sich bei der Einschätzung dieses Krieges sinnloser, vulgärer, spießbürgerlicher Phrasen über Angriff oder Verteidigung schlechthin bedienen, so bedienen sie sich auch bei der Einschätzung des Friedens ebensolcher philisterhafter Gemeinplätze und vergessen die konkrete historische Situation, die konkrete Wirklichkeit des Kampfes zwischen den imperialistischen Mächten. Nur die Sozialchauvinisten, diese Agenten der Regierungen und der Bourgeoisie in den Arbeiterparteien, nutzen naturgemäß das Nahen des Friedens, ja sogar das Gerede über Frieden mit besonderem Eifer aus, um ihren durch den Krieg aufgedeckten abgrundtiefen Reformismus und Opportunismus zu *vertuschen*, um ihren erschütterten Einfluß auf die Massen wiederherzustellen. Deshalb machen die Sozialchauvinisten, wie wir gesehen haben, sowohl in Deutschland als auch in Frankreich angestrengte Versuche, sich mit dem schwankenden, prinzipienlosen, pazifistischen Teil der „Opposition“ zu „vereinigen“.

Auch innerhalb der Zimmerwalder Vereinigung wird man sicherlich versuchen, die Scheidung der zwei unversöhnlichen Linien der Politik zu vertuschen. Zweierlei Versuche dieser Art sind vor auszusehen. Die „realpolitische“ Versöhnung wird einfach darin bestehen, tönende revolutionäre Phrasen (wie z. B. die Phrasen im Aufruf der Internationalen Sozialistischen Kommission) mechanisch mit einer opportunistischen und pazifistischen Praxis zu verbinden. So war es in der II. Internationale. Die ultrarevolutionären Phrasen in den Aufrufen Huysmans' und Vanderfeldes und in einigen Resolutionen der Kongresse verdeckten nur die ultra-

opportunistische Praxis der Mehrheit der europäischen Parteien, ohne etwas an ihr zu ändern, ohne an ihr zu rütteln, ohne sie zu bekämpfen. Es ist zu bezweifeln, daß diese Taktik innerhalb der Zimmerwalder Vereinigung wieder erfolgreich sein könnte.

Die „prinzipiellen Versöhner“ werden den Marxismus etwa so zu verfälschen suchen, daß sie sagen, Reformen schließen die Revolution nicht aus, ein imperialistischer Frieden mit gewissen „Verbesserungen“ der nationalen Grenzen oder des Völkerrechts, der Rüstungsetats usw. sei vereinbar mit der revolutionären Bewegung als „ein Moment der Entfaltung“ dieser Bewegung usw. usf.

Das wäre Verfälschung des Marxismus. Natürlich schließen Reformen die Revolution nicht aus. Aber nicht darum geht es jetzt, sondern darum, daß die Revolutionäre den Reformisten gegenüber *sich selbst* nicht aufgeben dürfen, d. h., daß die Sozialisten ihre revolutionäre Arbeit nicht durch reformistische ersetzen dürfen. Europa befindet sich in einer revolutionären Situation. Krieg und Teuerung verschärfen sie. Der Übergang vom Krieg zum Frieden braucht durchaus noch nicht dieser Situation ein Ende zu machen, denn nirgends steht geschrieben, daß die Millionen Arbeiter, die heute aufs beste bewaffnet sind, sich absolut und unbedingt von der Bourgeoisie „friedlich entwaffnen“ lassen werden, daß sie nicht vielmehr den Rat Karl Liebknechts befolgen, d. h. die Waffen gegen die *eigene* Bourgeoisie kehren werden.

Die Frage steht nicht so, wie sie von den Pazifisten, den Kautskyanern gestellt wird: entweder reformistische politische Kampagne oder Verzicht auf Reformen. Das ist eine bürgerliche Art der Fragestellung. In Wirklichkeit steht die Frage so: entweder revolutionärer Kampf, dessen Nebenprodukt im Falle eines nicht vollkommenen Erfolges Reformen zu sein pflegen (das hat die ganze Geschichte der Revolutionen in der ganzen Welt bewiesen), oder nichts außer Gerede über Reformen und Versprechungen von Reformen.

Der Reformismus von Kautsky, Turati, Bourderon, der jetzt in Gestalt des Pazifismus in Erscheinung tritt, läßt nicht nur die Frage der Revolution außer acht (und *schon* das ist Verrat am Sozialismus), verzichtet nicht nur in der Praxis auf systematische und beharrliche revolutionäre Arbeit, sondern geht so weit, daß er erklärt, Straßenkundgebungen seien Abenteuer (Kautsky in der „Neuen Zeit“ vom 26. November 1915), geht so weit,

die Einheit mit den offenen und entschiedenen Gegnern des revolutionären Kampfes, den Südekum, Legien, Renaudel, Thomas usw. usf., zu verteidigen und in die Tat umzusetzen.

Dieser Reformismus ist absolut unvereinbar mit dem revolutionären Marxismus, der verpflichtet ist, die gegenwärtige revolutionäre Situation in Europa in vollem Umfang zur direkten Propaganda der Revolution, zum Sturz der bürgerlichen Regierungen, zur Eroberung der Macht durch das bewaffnete Proletariat auszunutzen, wobei er es keineswegs ablehnt oder darauf verzichtet, zur Entwicklung des Kampfes für die Revolution und im Verlauf dieses Kampfes Reformen auszunutzen.

Die nächste Zukunft wird zeigen, wie sich die Ereignisse in Europa im allgemeinen und der Kampf des Reformismus-Pazifismus mit dem revolutionären Marxismus im besonderen entwickeln werden, darunter auch der Kampf zwischen den beiden Teilen der Zimmerwalder Vereinigung.

Zürich, 1. Januar 1917

## OFFENER BRIEF AN BORIS SOUVARINE<sup>84</sup>

Bürger Souvarine erklärt, daß seine Ausführungen auch an mich gerichtet seien. Ich antworte ihm mit um so größerem Vergnügen, als sein Artikel überaus wichtige Fragen des internationalen Sozialismus behandelt.

Souvarine hält den Standpunkt derjenigen für „apatriotisch“, die der Meinung sind, die „Vaterlandsverteidigung“ sei mit Sozialismus unvereinbar. Er für seinen Teil „verteidigt“ den Standpunkt von Turati, Ledebour und Brizon, die sich, obgleich sie gegen die Kriegskredite stimmen, zu Anhängern der „Vaterlandsverteidigung“ erklären, d. h. den Standpunkt jener Richtung, die „Zentrum“ (ich würde eher „Sumpf“ sagen) oder, nach dem theoretischen und literarischen Hauptvertreter dieser Richtung, Karl Kautsky, Kautskyanertum genannt wird. Nebenbei möchte ich bemerken, daß Souvarine im Unrecht ist, wenn er behauptet, daß „sie“ (d. h. die russischen Genossen, die vom Zusammenbruch der II. Internationale sprechen) „solche Leute wie Kautsky, Longuet usw. . . mit Nationalisten vom Schlage Scheidemanns und Renaudels identifizieren“. Weder ich noch die Partei, der ich angehöre (ZK der SDAPR), haben jemals den Standpunkt der Sozialchauvinisten mit dem Standpunkt des „Zentrums“ identifiziert. In den offiziellen Erklärungen unserer Partei, im Manifest des ZK, das am 1. November 1914\* veröffentlicht wurde, und in den Resolutionen, die im März 1915\*\* angenommen wurden (beide Dokumente sind in unserer Broschüre „Sozialismus und Krieg“\*\*\*, die Souvarine bekannt ist, *in extenso*<sup>†</sup> wiedergegeben), haben wir stets

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 11–21. *Die Red.*

\*\* Siehe ebenda, S. 147–153. *Die Red.*

\*\*\* Siehe ebenda, S. 295–341. *Die Red.*

† vollständig. *Die Red.*

einen Unterschied zwischen den Sozialchauvinisten und dem „Zentrum“ gemacht. Die ersten sind unserer Meinung nach auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen. Was sie betrifft, so fordern wir nicht nur den Kampf gegen sie, sondern auch den Bruch mit ihnen. Die zweiten hingegen sind unentschlossen und schwankend und fügen dem Proletariat mit ihren Bemühungen, die sozialistischen Massen mit den chauvinistischen Führern zu vereinigen, den größten Schaden zu.

Souvarine sagt, er wolle „die Tatsachen vom marxistischen Standpunkt aus betrachten“.

Aber vom marxistischen Standpunkt aus haben solche allgemeinen und abstrakten Definitionen wie „Apatritismus“ absolut keinen Wert. Vaterland und Nation sind historische Kategorien. Handelt es sich in einem Krieg um die Verteidigung der Demokratie oder um den Kampf gegen das Joch, das auf einer Nation lastet, so bin ich durchaus nicht gegen einen solchen Krieg, und ich fürchte das Wort „Vaterlandsverteidigung“ nicht, wenn es sich auf diese Art von Krieg oder Aufstand bezieht. Die Sozialisten stehen stets auf der Seite der Unterdrückten und können folglich nicht Gegner von Kriegen sein, deren Ziel der demokratische oder sozialistische Kampf gegen Unterdrückung ist. So wäre es zum Beispiel direkt lächerlich, wenn man die Legitimität der Kriege im Jahre 1793, der Kriege Frankreichs gegen die reaktionären europäischen Monarchien, oder der Garibaldischen Kriege usw. leugnen würde. . . . Ebenso lächerlich wäre es, wenn man die Legitimität von Kriegen der unterdrückten Völker gegen ihre Unterdrücker nicht anerkennen würde, die auch heute möglich sind, zum Beispiel den Aufstand der Iren gegen England oder einen Aufstand Marokkos gegen Frankreich, der Ukraine gegen Rußland usw. . . .

Vom marxistischen Standpunkt aus muß man den politischen Inhalt eines Krieges in jedem einzelnen Fall und für jeden Krieg besonders bestimmen.

Wie bestimmt man aber den politischen Inhalt eines Krieges?

Jeder Krieg ist nur die Fortsetzung einer Politik. Was war das für eine Politik, deren Fortsetzung der gegenwärtige Krieg ist? Ist dieser Krieg die Fortsetzung der Politik des Proletariats, das zwischen 1871 und 1914 der einzige Vertreter des Sozialismus und der Demokratie in Frankreich, in England und in Deutschland war? Oder ist er nicht vielmehr die Fortsetzung der imperialistischen Politik, der Politik des Kolonialraubs und

der Unterdrückung schwacher Völker durch eine reaktionäre, dem Untergang entgegengehende und sterbende Bourgeoisie?

Es genügt, die Frage zu präzisieren und sie richtig zu stellen, um eine völlig klare Antwort zu erhalten: Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer Krieg, ein Krieg von Sklavenhaltern, die wegen ihres Arbeitsviehs in Streit geraten sind und die Sklaverei festigen und verewigen wollen. Dieser Krieg ist jener „kapitalistische Raubzug“, von dem Jules Guesde 1899 sprach und damit seinen eigenen späteren Verrat im voraus verurteilte. Guesde sagte damals:

„Es gibt andere Kriege . . ., die jeden Tag entstehen, Kriege um die Absatzmärkte. Von dieser Seite aus betrachtet, wird der Krieg keineswegs aufhören, sondern droht vielmehr permanent zu werden. Das ist der eigentliche kapitalistische Krieg, der Krieg um den Profit, geführt von den Kapitalisten aller Länder, die sich — und wir müssen unser Blut dafür hergeben! — die Beherrschung des Weltmarkts streitig machen. Und nun stelle man sich vor, daß in jedem der kapitalistischen Länder Europas ein Sozialist bei einem derartigen gegenseitigen Gemetzel um des Raubes willen präsiert! Man stelle sich neben dem französischen Millerand einen englischen Millerand, einen italienischen Millerand und einen deutschen Millerand vor, die die Proletarier in diesen kapitalistischen Raubzügen gegeneinander aufhetzen! Ich frage Sie, Genossen, was bliebe von der internationalen Solidarität übrig? An dem Tag, wo der Millerandismus zu einer allgemeinen Erscheinung würde, müßte man jeglichem Internationalismus adieu sagen und Nationalist werden, was weder Sie noch ich jemals werden wollen.“ (Siehe „Auf der Wacht!“ („En Garde!“) von Jules Guesde, Paris 1911, S. 175/176.)

Es ist nicht wahr, daß Frankreich in diesem Krieg von 1914–1917 um Freiheit, nationale Unabhängigkeit, Demokratie usw. kämpft. Es kämpft darum, daß es seine Kolonien behält, darum, daß England die Kolonien behält, auf die Deutschland — natürlich vom Standpunkt des bürgerlichen Rechts — viel mehr Rechte hätte. Es kämpft dafür, daß Rußland Konstantinopel bekommt usw. Diesen Krieg führt folglich nicht das demokratische und revolutionäre Frankreich, nicht das Frankreich von 1792, nicht das Frankreich von 1848 und nicht das Frankreich der Kommune. Den Krieg führt das bürgerliche Frankreich, das reaktionäre Frankreich, der Bundesgenosse und Freund des Zarismus, der „Weltwucherer“ (das ist nicht mein Ausdruck, er stammt von Lysis, einem Mitarbeiter der „Humanité“<sup>85</sup>), der seine Beute verteidigt, sein „heiliges Recht“ auf die Kolo-

nien, auf die „Freiheit“, die ganze Welt mit Hilfe seiner Milliarden auszubehnten, die er den schwachen oder weniger reichen Völkern leiht.

Sagen Sie nicht, es sei schwer, revolutionäre Kriege von reaktionären zu unterscheiden. Wollen Sie außer dem wissenschaftlichen Kriterium, das ich schon genannt habe, auch ein rein praktisches, ein jedermann verständliches Kriterium?

Hier ist es: Jeder einigermaßen bedeutende Krieg wird von langer Hand vorbereitet. Wenn ein revolutionärer Krieg vorbereitet wird, dann fürchten sich die Demokraten und Sozialisten nicht, im voraus zu erklären, daß sie in einem solchen Krieg für die „Verteidigung des Vaterlands“ sind. Wenn jedoch ein reaktionärer Krieg vorbereitet wird, entschließt sich kein einziger Sozialist, im voraus, d. h. vor der Kriegserklärung, zu sagen, er sei für die „Vaterlandsverteidigung“ in einem solchen Krieg.

Marx und Engels fürchteten sich nicht, in den Jahren 1848 und 1859 das deutsche Volk zum Krieg gegen Rußland aufzurufen.

*Aber 1912, in Basel, wagten es die Sozialisten nicht, von der „Vaterlandsverteidigung“ in dem Krieg zu sprechen, den sie schon damals kommen sahen und der auch tatsächlich im Jahre 1914 kam.*

Unsere Partei fürchtet sich nicht, öffentlich zu erklären, daß sie einen Krieg oder einen Aufstand begrüßen würde, den Irland gegen England, Marokko, Algerien oder Tunis gegen Frankreich, Tripolis gegen Italien, die Ukraine, Persien oder China gegen Rußland usw. beginnen könnten.

Und die Sozialchauvinisten? Und die „Zentristen“? Wagen sie es, offen und offiziell zu erklären, daß sie für die „Vaterlandsverteidigung“ eintreten oder eintreten werden, wenn zum Beispiel zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ein Krieg entbrennt, ein ausgesprochen imperialistischer Krieg, der viele Hunderte Millionen von Menschen bedroht und der seit Jahrzehnten vorbereitet wird? Sollen sie es versuchen! Ich gehe jede Wette ein, daß sie das nicht tun werden, denn sie sind sich nur zu gut darüber im klaren, daß sie, wenn sie sich dazu entschlossen, zum Gespött der Arbeitermassen würden, daß sie von ihnen ausgepiffen und aus den sozialistischen Parteien verjagt würden. Aus diesem Grund werden die Sozialchauvinisten und die „Zentristen“ jede eindeutige Erklärung zu dieser Frage vermeiden und sich weiterhin drehen und wenden, lügen, die Frage verwirren und sich hinter Sophismen verstecken, ähnlich jenem Sophismus, der vom letzten Kongreß der französischen Partei im Jahre 1915

angenommen wurde: „Das angegriffene Land hat das Recht, sich zu verteidigen.“

Als ob das Wesen der Sache darin bestünde, *wer zuerst angegriffen hat*, und nicht darin, *welches die Ursachen des Krieges sind, welche Ziele er hat und welche Klassen ihn führen!* Hätten zum Beispiel 1796 mit gesundem Menschenverstand begabte Sozialisten England das Recht auf „Vaterlandsverteidigung“ zusprechen können, wenn sich die revolutionären französischen Truppen mit den Iren verbrüderet hätten? Dabei waren es doch die Franzosen, die damals England angriffen, und die französische Armee bereitete sogar eine Landung in Irland vor. Und könnte man morgen Rußland und England das Recht auf „Vaterlandsverteidigung“ zuerkennen, wenn sie, nachdem Deutschland ihnen eine Lehre erteilt hat, von Persien im Bunde mit Indien, China und anderen revolutionären Nationen Asiens, die ihr 1789 und ihr 1793 durchmachen, angegriffen werden?

Das ist meine Antwort auf die gegen uns vorgebrachte, einfach lächerliche Beschuldigung, wir teilten angeblich die Anschauungen Tolstois. Unsere Partei lehnt sowohl die Tolstoische Lehre als auch den Pazifismus ab und hat erklärt, daß die Sozialisten im gegenwärtigen Krieg bestrebt sein müssen, ihn in einen Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie, für den Sozialismus umzuwandeln.

Wenn Sie mir entgegnen, das sei eine Utopie, so antworte ich Ihnen, daß die Bourgeoisie Frankreichs, Englands usw. Ihre Meinung offensichtlich nicht teilt, denn sie würde selbstverständlich nicht eine so schändliche und lächerliche Rolle spielen und dabei so weit gehen, daß sie „Pazifisten“ ins Gefängnis sperren und in die Armee einziehen läßt, wenn sie das unabwendbare und ununterbrochene Anwachsen der Revolution und ihren nahen Beginn nicht ahnen und voraussehen würde.

Das führt mich zur Frage der Spaltung, die Souvarine ebenfalls aufgeworfen hat. Die Spaltung! Ein Schreckgespenst, mit dem die sozialistischen Führer andere in Angst versetzen wollen, und das sie selbst so sehr fürchten! „Welchen Nutzen würde jetzt die Gründung einer neuen Internationale bringen?“ fragt Souvarine. „Ihre Tätigkeit würde fruchtlos sein, weil sie zahlenmäßig sehr schwach sein würde.“

Dabei ist es gerade die „Tätigkeit“ von Pressemane und Longuet in Frankreich, von Kautsky und Ledebour in Deutschland, die fruchtlos ist,

was tagtäglich von den Tatsachen bestätigt wird, und zwar gerade deshalb, weil sie die Spaltung fürchten! Und gerade deshalb, weil K. Liebknecht und O. Rühle in Deutschland die Spaltung nicht fürchteten, weil sie offen deren Notwendigkeit verkündet (siehe den Brief von Rühle im „Vorwärts“ vom 12. Januar 1916) und nicht gezögert haben, sie durchzuführen, ist ihre Tätigkeit, trotz zahlenmäßiger Schwäche, von so gewaltiger Bedeutung für das Proletariat. Liebknecht und Rühle, das sind nur 2 gegen 108. Aber diese beiden vertreten Millionen von Menschen, die ausgebeuteten Massen, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die Zukunft der Menschheit, die Revolution, die von Tag zu Tag wächst und heranreift. Die 108 vertreten nur den Geist der Speichelleckerei eines kleinen Häufleins von Lakaien der Bourgeoisie innerhalb des Proletariats. Die Tätigkeit Brizons ist fruchtlos, wenn er die Schwächen des Zentrums oder Sumpfes teilt. Die Tätigkeit Brizons hört dagegen auf, fruchtlos zu sein, sie organisiert das Proletariat, weckt es und rüttelt es auf, wenn Brizon die „Einheit“ wirklich zerstört und wenn er im Parlament mutig „Nieder mit dem Krieg!“ ruft oder wenn er öffentlich die Wahrheit sagt und erklärt, daß die Verbündeten Krieg führen, damit Rußland Konstantinopel erhält.

Die wahrhaft revolutionären Internationalisten sind zahlenmäßig schwach? Leeres Gerede! Nehmen wir als Beispiel Frankreich im Jahre 1780 und Rußland im Jahre 1900. Die bewußten und entschlossenen Revolutionäre – im ersten Fall Vertreter der Bourgeoisie, der revolutionären Klasse jener Epoche, und im zweiten Fall Vertreter der revolutionären Klasse der Gegenwart, des Proletariats – waren zahlenmäßig überaus schwach. Es waren ihrer so wenig, daß sie höchstens den 10000. oder gar nur den 100000. Teil ihrer Klasse ausmachten. Aber einige Jahre später standen diese wenigen, dieselbe angeblich so verschwindend kleine Minderheit, an der Spitze der Massen, an der Spitze von Millionen und Dutzenden Millionen Menschen. Warum? Weil diese Minderheit wirklich die Interessen dieser Massen vertrat, weil sie an die kommende Revolution glaubte und weil sie bereit war, ihr aufopferungsvoll zu dienen.

Zahlenmäßige Schwäche? Aber seit wann machen die Revolutionäre ihre Politik davon abhängig, ob sie in der Mehrheit oder in der Minderheit sind? Als unsere Partei im November 1914 die Notwendigkeit des Bruchs mit den Opportunisten\* verkündete und dabei erklärte, daß

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 11–21. *Die Red.*

dieser Bruch die einzig richtige und würdige Antwort auf den Verrat der Opportunisten im August 1914 sein würde, da erschien diese Erklärung vielen nur als sektiererische Überspanntheit von Menschen, die jeden Kontakt mit dem Leben und mit der Wirklichkeit verloren hatten. Seitdem sind zwei Jahre vergangen, und was sehen wir? In England ist die Spaltung eine vollendete Tatsache; der Sozialchauvinist Hyndman hat die Partei verlassen müssen. In Deutschland vollzieht sich die Spaltung vor aller Augen. Die Organisationen von Berlin, Bremen und Stuttgart hatten sogar die Ehre, aus der Partei ausgeschlossen zu werden . . . aus der Partei der Lakaien des Kaisers, aus der Partei der deutschen Herren Renaudel, Sembat, Thomas, Guesde und Co. Und in Frankreich? Auf der einen Seite erklärt die Partei dieser Herren, daß sie Anhängerin der „Vaterlandsverteidigung“ bleibt; auf der anderen Seite erklären die Zimmerwälder in ihrer Broschüre „Die Sozialisten von Zimmerwald und der Krieg“, daß die „Vaterlandsverteidigung“ nicht sozialistisch ist. Ist das etwa keine Spaltung?

Und wie könnten auch in einer Partei Menschen mit ruhigem Gewissen Seite an Seite arbeiten, die nach zwei Jahren dieser großen Weltkrise auf die wichtigste Frage der gegenwärtigen Taktik des Proletariats diametral entgegengesetzte Antworten geben?

Schauen Sie ferner nach Amerika, einem Land, das ja neutral ist. Vollzieht sich dort nicht ebenfalls die Spaltung? Während auf der einen Seite Eugene Debs, dieser „amerikanische Bebel“, in der sozialistischen Presse erklärt, daß er nur eine Form des Krieges anerkennt, den Bürgerkrieg für den Sieg des Sozialismus, und daß er sich lieber erschießen lassen würde, als dafür zu stimmen, daß auch nur ein Cent für einen Krieg Amerikas bewilligt wird (siehe „Appeal to Reason“<sup>86</sup> Nr. 1032 vom 11. September 1915), verkünden zur gleichen Zeit auf der anderen Seite die amerikanischen Renaudel und Sembat die „Vaterlandsverteidigung“ und das „preparedness“\*. Die amerikanischen Longuet und Pressemane jedoch – die Ärmsten! – wollen die Sozialchauvinisten mit den revolutionären Internationalisten aussöhnen.

Zwei Internationalen gibt es schon. Die eine von Sembat-Südekum-Hyndman-Plechanow und Co. und die andere von K. Liebknecht, Maclean (schottischer Lehrer, der von der englischen Bourgeoisie wegen Unter-

\* Gerüstetsein. *Der Übers.*

stützung des Klassenkampfes der Arbeiter zu Zuchthaus verurteilt wurde), Höglund (schwedischer Abgeordneter, wurde wegen seiner revolutionären Agitation gegen den Krieg zu Zuchthaus verurteilt, war in Zimmerwald einer der Begründer der „Zimmerwalder Linken“), den fünf Abgeordneten der Reichsduma, die wegen ihrer Agitation gegen den Krieg zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verurteilt wurden, usw. Das ist auf der einen Seite die Internationale derjenigen, die ihren Regierungen dabei helfen, den imperialistischen Krieg zu führen, und auf der anderen Seite die Internationale jener, die den revolutionären Kampf gegen diesen Krieg führen. Und weder die Redegewandtheit der parlamentarischen Schwätzer noch die „Diplomatie“ der sozialistischen „Staatsmänner“ werden diese beiden Internationalen vereinigen können. Die II. Internationale liegt in den letzten Zügen. Die III. Internationale hat schon das Licht der Welt erblickt. Und wenn sie von den Hohenpriestern und Päpsten der II. Internationale noch nicht geweiht und getauft worden ist, sondern vielmehr von ihnen verflucht wird (siehe die Reden von Vanderfelde und Stauning), so hindert sie das trotzdem nicht daran, von Tag zu Tag stärker zu werden. Die III. Internationale wird dem Proletariat die Möglichkeit geben, sich der Opportunisten zu entledigen, und sie wird in der sozialen Revolution, die heranreift und näherrückt, die Massen zum Siege führen.

Bevor ich zum Schluß komme, möchte ich einige Worte auf die persönliche Polemik Souvarines entgegnen. Er bittet (die Sozialisten, die sich in der Schweiz aufhalten), die gegen Bernstein, Kautsky, Longuet usw. gerichtete persönliche Kritik zu mäßigen . . . Was mich anbelangt, so muß ich sagen, daß ich dieser Bitte nicht entsprechen kann. Ich möchte Souvarine vor allem darauf verweisen, daß ich mich nicht mit einer persönlichen, sondern mit einer politischen Kritik gegen die „Zentristen“ wende. Der Einfluß der Herren Südekum, Plechanow usw. auf die Massen ist nicht mehr zu retten: ihre Autorität ist schon so weit untergraben, daß sie sich überall von der Polizei schützen lassen müssen. Aber die „Zentristen“ fügen mit ihrer Propagierung der „Einheit“ und der „Vaterlandsverteidigung“, mit ihrem Streben nach einem Übereinkommen und mit ihren Bemühungen, die überaus tiefen Meinungsverschiedenheiten mit Worten zu bemänteln, der Arbeiterbewegung größten Schaden zu, denn sie zögern den endgültigen Bankrott der moralischen Autorität der Sozialchauvi-

nisten hinaus, unterstützen somit deren Einfluß auf die Massen und galvanisieren den Leichnam der Opportunisten der II. Internationale. Aus all diesen Erwägungen bin ich der Meinung, daß der Kampf gegen Kautsky und die anderen Vertreter des „Zentrums“ für mich eine sozialistische Pflicht ist.

Souvarine „wendet sich“ neben anderen „an Guilbeaux, an Lenin, an alle diejenigen, die den Vorteil genießen, ‚abseits vom Streit‘ zu stehen, einen Vorteil, der es oft gestattet, über die Menschen und Angelegenheiten des Sozialismus nüchtern zu urteilen, der aber vielleicht auch einige nachteilige Seiten hat“.

Die Anspielung ist durchsichtig. In Zimmerwald sprach Ledebour diesen Gedanken unverblümt aus und beschuldigte uns, die „linken Zimmerwalder“, wir richteten vom Ausland aus revolutionäre Appelle an die Massen. Ich wiederhole dem Bürger Souvarine das gleiche, was ich Ledebour in Zimmerwald gesagt habe. Neunundzwanzig Jahre sind seit meiner ersten Verhaftung in Rußland vergangen. In diesen 29 Jahren habe ich nicht aufgehört, revolutionäre Appelle an die Massen zu richten. Ich habe das von meinem sibirischen Gefängnis aus und später vom Ausland aus getan. Und ich fand in der revolutionären Presse des öfteren die gleichen „Anspielungen“ wie in den Reden der zaristischen Staatsanwälte, „Anspielungen“, daß es mir an Ehrlichkeit gebräche, da ich, der ich im Ausland lebte, revolutionäre Appelle an die Massen Rußlands richte. Wenn zaristische Staatsanwälte solche „Anspielungen“ machen, dann wird das niemanden wundern. Aber ich muß sagen, daß ich von Ledebour andere Argumente erwartet hätte. Ledebour hat wahrscheinlich vergessen, daß Marx und Engels, als sie 1847 ihr berühmtes „Kommunistisches Manifest“ schrieben, ebenfalls vom Ausland aus revolutionäre Aufrufe an die deutschen Arbeiter richteten! Der revolutionäre Kampf ist oft nicht möglich ohne Emigration der Revolutionäre. Frankreich hat diese Erfahrung wiederholt gemacht. Und Bürger Souvarine täte besser daran, dem schlechten Beispiel Ledebours und . . . der zaristischen Staatsanwälte nicht zu folgen.

Souvarine sagt weiter, daß Trotzki, „den wir“ (die französische Minorität) „für eins der extremsten Elemente der extremen Linken der Internationale halten, von Lenin einfach als Chauvinist gewertet wird. Man wird zugeben, daß hier eine gewisse Übertreibung vorliegt.“

Allerdings „liegt hier eine gewisse Übertreibung vor“, aber nicht mei-

nerseits, sondern von seiten Souvarines. Denn ich habe die Haltung Trotzki niemals als chauvinistisch gewertet. Was ich ihm vorgeworfen habe, ist, daß er in Rußland allzuoft die Politik des „Zentrums“ vertreten hat. Hier die Tatsachen. Seit Januar 1912 ist die SDAPR in aller Form gespalten.<sup>87</sup> Unsere Partei (die sich um das ZK gruppiert) beschuldigte die andere Partei, das Organisationskomitee, dessen namhafteste Führer Martow und Axelrod sind, des Opportunismus. Trotzki gehörte zur Partei Martows und verließ sie erst im Jahre 1914. Da brach der Krieg aus. Die Dumafraktion unserer Richtung, die aus fünf Mitgliedern bestand (Muranow, Petrowski, Schagow, Badajew und Samoilow), wurde nach Sibirien verbannt. Unsere Arbeiter in Petrograd stimmten gegen die Teilnahme an den Kriegsindustriekomitees (das war für uns die wichtigste praktische Frage; für Rußland ist sie ebenso wichtig wie in Frankreich die Frage der Teilnahme an der Regierung). Andererseits sprachen sich die bekanntesten und einflußreichsten Publizisten des OK, Potressow, Sassulitsch, Lewizki und andere, für die „Vaterlandsverteidigung“ und für die Teilnahme an den Kriegsindustriekomitees aus. Martow und Axelrod protestierten und äußerten sich gegen die Teilnahme an diesen Komitees, aber sie brachen nicht mit ihrer Partei, in der sich die eine Fraktion, chauvinistisch geworden, mit der Teilnahme einverstanden erklärte. Deshalb machten wir es auch Martow in Kienthal zum Vorwurf, daß er der Vertreter des gesamten OK sein wollte, während er in Wirklichkeit nur Vertreter einer Fraktion dieser Richtung sein konnte. Die Vertretung dieser Partei in der Duma (Tschcheidse, Skobelew u. a.) spaltete sich. Ein Teil dieser Abgeordneten ist für die „Vaterlandsverteidigung“, der andere ist dagegen. Sie alle sind für die Teilnahme an den Kriegsindustriekomitees, und sie gebrauchen die zweideutige Formel der „Rettung des Landes“, die im Grunde genommen, nur in anderen Worten, die Losung der „Vaterlandsverteidigung“ von Südekum und Renaudel ist. Zudem protestieren sie in keiner Weise gegen die Position Potressows (in Wirklichkeit entspricht sie der Haltung Plechanows; Martow protestierte öffentlich gegen Potressow und lehnte es ab, an dessen Zeitschrift mitzuarbeiten, weil jener Plechanow zur Mitarbeit aufgefordert hatte).

Und Trotzki? Nachdem er mit der Partei Martows gebrochen hat, macht er uns weiterhin den Vorwurf, Spalter zu sein. Er bewegt sich allmählich nach links und schlägt sogar vor, mit den Führern der russischen

Sozialchauvinisten zu brechen, ohne uns aber endgültig zu sagen, ob er hinsichtlich der Fraktion Tschcheidse Einheit oder Spaltung will. Und gerade das ist eine der wichtigsten Fragen. In der Tat: Wenn es morgen Frieden gäbe, würden wir übermorgen neue Wahlen für die Duma haben. Und da stehen wir sofort vor der Frage, ob wir für oder gegen die Einheit mit Tschcheidse sind. Wir sind gegen diese Einheit. Martow ist dafür. Und Trotzki? Wir wissen es nicht. In den 500 Nummern der in Paris erscheinenden russischen Zeitung „Nasche Slowo“, zu deren Redakteuren Trotzki gehört, wurde das entscheidende Wort nicht gesagt. Darum sind wir mit Trotzki nicht einverstanden.

Aber es handelt sich nicht nur um uns. In Zimmerwald wollte Trotzki sich nicht der „Zimmerwalder Linken“ anschließen. Trotzki vertrat mit der Genossin Roland-Holst das „Zentrum“. Aber Genossin Roland-Holst schreibt jetzt in der sozialistischen holländischen Zeitung „Tribune“<sup>88</sup> (Nr. 159 vom 22. August 1916): „Diejenigen, die wie Trotzki und seine Gruppe den revolutionären Kampf gegen den Imperialismus führen wollen, müssen die Folgen der Emigranteneinigkeiten überwinden, die größtenteils einen ziemlich persönlichen Charakter tragen und die extreme Linke entzweien, und müssen sich den Leninisten anschließen. Ein ‚revolutionäres Zentrum‘ ist unmöglich.“

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich so ausführlich auf unser Verhältnis zu Trotzki und Martow eingegangen bin, aber die sozialistische französische Presse spricht davon ziemlich oft, und die Informationen, die sie dem Publikum darüber gibt, sind oft sehr ungenau. Die französischen Genossen müssen besser über die Tatsachen informiert sein, die die sozialdemokratische Bewegung in Rußland betreffen.

*Lenin*

*Geschrieben in der zweiten  
Dezemberhälfte (a. St.) 1916.*

*Zuerst veröffentlicht in gekürzter Form  
am 27. Januar 1918 in der Zeitung  
„La Vérité“ Nr. 48.*

*In russischer Sprache und in vollem  
Wortlaut zuerst veröffentlicht 1929  
in der Zeitschrift „Proletarskaja  
Revoluzija“ Nr. 7 (90).*

*Nach einem Korrekturabzug  
der Zeitung.*

*Übersetzung aus dem Fran-  
zösischen.*

ROHENTWURF DER THESEN  
FÜR EINEN OFFENEN BRIEF AN DIE  
INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE KOMMISSION  
UND AN ALLE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN<sup>89</sup>

1. Zugleich mit der Wendung der Weltpolitik vom imperialistischen Krieg zum offenen Eintreten einer Reihe bürgerlicher Regierungen für einen imperialistischen Frieden vollzieht sich jetzt eine Wendung in der Entwicklung des Weltsozialismus.

2. Die erste Wendung ruft eine Flut von pazifistischen, frommen, sentimental Phrasen, Versprechungen und Zusicherungen hervor, und die imperialistische Bourgeoisie sowie die imperialistischen Regierungen versuchen eifrig, die Völker mit diesen Phrasen hinters Licht zu führen und sie „friedlich“ dahin zu bringen, daß sie gehorsam die Kosten des Raubkriegs bezahlen; sie versuchen, die Millionen Proletarier mit Hilfe dieser Phrasen friedlich zu entwaffnen und mit Hilfe geringfügiger, halber Zugeständnisse die in Vorbereitung befindlichen Abmachungen über die Aufteilung der Kolonien und über die finanzielle (gegebenenfalls auch politische) Versklavung der schwachen Nationen zu verschleiern, Abmachungen, die den Inhalt des kommenden imperialistischen Friedens bilden und die die direkte Fortsetzung der gegenwärtig bestehenden und vor allem der während des Krieges abgeschlossenen räuberischen Geheimverträge zwischen *allen* Mächten *beider* kriegführenden imperialistischen Koalitionen sind.

3\*. Die zweite Wendung besteht in der „Versöhnung“ der zu Verrätern am Sozialismus gewordenen und zum bürgerlichen Nationalismus oder Imperialismus übergegangenen Sozialchauvinisten als Strömung mit dem *rechten Flügel der Zimmerwalder*, der von Kautsky und Co. in Deutschland, von Turati und Co. in Italien, von Longuet, Pressemane

\* Mit § 4 zusammenfassen.

und Merrheim in Frankreich usw. vertreten wird. Diese zwei Strömungen vereinigen sich auf der Grundlage leerer, nichtssagender und zu nichts verpflichtender pazifistischer Phrasen, die in Wirklichkeit die imperialistische Politik und den imperialistischen Frieden *bemänteln* und *beschönigen* statt zu entlarven, und machen damit einen entscheidenden Schritt zu einem Riesenbetrug an den Arbeitern, zur Festigung der Herrschaft einer durch sozialistische Phrasen getarnten bürgerlichen Arbeiterpolitik innerhalb der Arbeiterbewegung, der Herrschaft jener Führer und jener privilegierten Schichten der Arbeiterklasse, die den Regierungen und der Bourgeoisie geholfen haben, den imperialistischen Raubkrieg zu führen, was sie „Verteidigung des Vaterlands“ nannten.

4. Die sozialpazifistische Politik oder die Politik der sozialpazifistischen Phrase, die jetzt in den sozialistischen Parteien der wichtigsten Länder Europas das Übergewicht erlangt hat (siehe Kautskys fünf pazifistische Artikel in der deutschen sozialdemokratischen Presse sowie die gleichzeitige Erklärung der Führer des Sozialimperialismus in der Chemnitzer „Volksstimme“ über ihre völlige Bereitschaft zu Frieden und Einheit mit den Kautskyanern auf der Basis pazifistischer Phrasen; das pazifistische Manifest der deutschen kautskyanischen Opposition vom 7. I. 1917; die Abstimmung auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei in Frankreich, wo die Longuetisten gemeinsam mit Renaudel und Co. stimmten; die Tatsache, daß Jouhaux und Merrheim sowie Broutchoux auf der Konferenz der Confédération Générale du Travail\* für Resolutionen stimmten, die aus lauter volksbetrügerischen pazifistischen Phrasen bestehen; die ebenso geartete pazifistische Rede Turatis am 17. XII. 1916 und die Verteidigung seiner Position durch die gesamte Italienische Sozialistische Partei) – diese Politik bedeutet, daß die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen (Jouhaux und Merrheim) unter *allen möglichen* Bedingungen, die der zwischen den jetzigen, d. h. *bürgerlichen* Regierungen *beider* imperialistischen Koalitionen in Vorbereitung befindliche Frieden mit sich bringen kann, in ein *Instrument* der Regierungsintrigen und der imperialistischen Geheimdiplomatie verwandelt werden.

5. Die möglichen Bedingungen des Friedens, der gegenwärtig von den bürgerlichen Regierungen beider imperialistischen Koalitionen vorbereitet wird, werden in Wirklichkeit bestimmt durch die *Veränderungen* in den

\* Allgemeiner Gewerkschaftsbund. *Die Red.*

Kräfteverhältnissen, die der Krieg bewirkt hat und noch bewirken kann. Diese Veränderungen sind in den Grund- und Hauptzügen die folgenden: a) es hat sich bisher erwiesen, daß die deutsche imperialistische Koalition viel stärker ist als ihre Rivalin, und das von den deutschen und den mit ihnen verbündeten Truppen besetzte Territorium ist in ihren Händen ein Pfand bei der imperialistischen Neuverteilung der Welt (der Kolonien, der schwachen Länder, der Einflußsphären des Finanzkapitals usw.), die durch den Frieden lediglich formal fixiert wird; b) die englische imperialistische Koalition hofft im Frühjahr ihre militärische Lage zu verbessern; aber c) die Erschöpfung, die durch den Krieg hervorgerufen wurde, und – was das Wichtigste ist – daß es für die Finanzoligarchie immer schwieriger wird, die Völker noch mehr auszuplündern, als das durch die unerhörten „Kriegsgewinne“ geschehen ist, ruft in Verbindung mit der Angst vor der proletarischen Revolution bei bestimmten bürgerlichen Kreisen das Bestreben hervor, den Krieg durch ein Übereinkommen zwischen den beiden Gruppen imperialistischer Räuber möglichst schnell zu beenden; d) in der Weltpolitik wird eine Wendung sichtbar von der englisch-russischen Koalition gegen Deutschland zu einer deutsch-russischen Koalition (ebenso imperialistischen Charakters) gegen England, einer Koalition, die sich darauf gründet, daß der Zarismus außerstande ist, das ihm durch Geheimverträge mit Frankreich, England, Italien u. a. versprochene Konstantinopel zu erobern, und danach trachtet, sich durch die Aufteilung Galiziens, Armeniens und vielleicht auch Rumäniens usw. sowie durch ein die Ausplünderung Asiens bezweckendes Bündnis mit Deutschland gegen England für die erlittenen Verluste schadlos zu halten; e) eine andere bedeutsame Wendung in der Weltpolitik besteht darin, daß sich das Finanzkapital der Vereinigten Staaten von Amerika auf Kosten Europas enorm bereichert hat, daß es in der jüngsten Zeit (ebenso wie der japanische Imperialismus, obwohl er weitaus schwächer ist) seine Rüstungen in unerhörtem Ausmaß gesteigert hat und nun sehr froh ist, die Aufmerksamkeit „seiner“ Arbeiter durch billige pazifistische Phrasen über . . . *Europa* von diesen Rüstungen ablenken zu können!

6. Die Bourgeoisie, die die proletarische Revolution fürchtet, versucht diese objektive politische Situation, diese imperialistische Wirklichkeit mit allen Mitteln zu verschleiern und zu beschönigen, versucht die Aufmerksamkeit der Arbeiter von ihr abzulenken und die Arbeiter selbst hinters

Licht zu führen, und das beste Mittel dazu sind die zu nichts verpflichtenden, heuchlerischen, in der durch und durch verlogenen Diplomatie gebräuchlichen Phrasen von einem „demokratischen“ Frieden, von der Freiheit der kleinen Völker „überhaupt“, den „Rüstungsbeschränkungen“ usw. Diese Irreführung der Völker fällt der imperialistischen Bourgeoisie um so leichter, als *jede* Bourgeoisie, wenn sie beispielsweise von einem „Frieden ohne Annexionen“ spricht, die Annexionen ihres *Rivalen* im Auge hat und die Annexionen, die *von ihr selber schon* gemacht worden sind, „bescheiden verschweigt“. Die Deutschen „vergessen“, daß sie *faktisch* nicht nur Konstantinopel, Belgrad, Bukarest und Brüssel annektiert haben, sondern daß auch Elsaß-Lothringen, ein Teil von Schleswig, das preußische Polen usw. Annexionen sind. Der Zarismus und seine Lakaien, die imperialistischen Bourgeois Rußlands (inklusive Plechanow, Potressow und Co., d. h. die Mehrheit der Partei des OK in Rußland) „vergessen“, daß Rußland nicht nur Erserum und einen Teil Galiziens, sondern auch Finnland, die Ukraine usw. annektiert hat. Die französischen Bourgeois „vergessen“, daß sie zusammen mit den Engländern die deutschen Kolonien geraubt haben; die italienischen Bourgeois „vergessen“, daß sie Tripolis, Dalmatien, Albanien ausplündern, usw. usf.

7. Angesichts dieser objektiven Lage der Dinge ist es die offenkundige und unbedingte Aufgabe jeder aufrichtigen sozialistischen, jeder ehrlichen proletarischen Politik (von einer bewußt marxistischen Politik ganz zu schweigen), vor allem und in erster Linie konsequent, systematisch, kühn und vorbehaltlos *die pazifistische und demokratische Heuchelei der eigenen Regierung und der eigenen Bourgeoisie zu entlarven*. Andernfalls sind alle Phrasen über den Sozialismus, die Gewerkschaftsbewegung und den Internationalismus ein einziger Betrug am Volk, denn es liegt im unmittelbaren Interesse und ist das direkte Geschäft *aller* käuflichen Journalisten, aller Imperialisten einschließlich der sich als Sozialisten tarnenden Scheidemann und Co., Sembat und Co., Plechanow und Co. u. a., die Annexionen der imperialistischen Rivalen zu entlarven (ganz gleich, ob diese letzteren offen so genannt werden oder ob durch Phrasen gegen Annexionen „überhaupt“ und ähnliche „diplomatische“ Methoden zum Verbergen der eigenen Gedanken nur stillschweigend unterstellt wird, daß von ihnen die Rede ist).

8. Diese ihre unmittelbare Pflicht haben die Turati und Co., Kautsky

und Co., Longuet, Merrheim und Co., die eine ganze Strömung im internationalen Sozialismus darstellen und die *in Wirklichkeit, objektiv* – welche überaus tugendhaften Absichten sie auch haben mögen – einfach alle ihrer „eigenen“ imperialistischen Bourgeoisie helfen, die Völker *hinters Licht zu führen* und die imperialistischen Ziele dieser Bourgeoisie zu *beschönigen*, absolut nicht begriffen. Diese Sozialpazifisten, d. h. Sozialisten in Worten, in der Tat aber Wortführer der bürgerlich-pazifistischen Heuchelei, spielen heute genau die gleiche Rolle, welche jahrhundertlang die christlichen Pfaffen spielten, die mit Phrasen von Nächstenliebe und den Geboten Christi die Politik der Unterdrückerklassen, der Sklavenhalter, der Feudalherren, der Kapitalisten beschönigten und die unterdrückten Klassen mit deren Herrschaft *auszusöhnen* suchten.

9. Eine Politik, die die Arbeiter nicht betrügt, sondern ihnen die Augen öffnet, muß in folgendem bestehen:

a) Der Sozialist eines jeden Landes muß gerade jetzt, da die Frage des Friedens auf die Tagesordnung gesetzt wird, energischer als sonst unbedingt *seine* Regierung und *seine* Bourgeoisie entlarven, muß die *von ihnen* mit *ihren* imperialistischen Verbündeten abgeschlossenen oder vor dem Abschluß stehenden Geheimverträge über die Teilung der Kolonien, die Aufteilung der Einflußsphären, gemeinsame Finanzunternehmen in anderen Ländern, über Aktienaufkauf, Monopole, Konzessionen usw. entlarven.

Denn darin und *nur* darin besteht die reale, wirkliche, nicht verlogene *Grundlage*, das Wesen des in Vorbereitung begriffenen imperialistischen Friedens; alles übrige ist Betrug am Volk. Nicht derjenige ist für einen demokratischen Frieden, einen Frieden ohne Annexionen usw., der diese Worte ständig im Munde führt und hoch und heilig beteuert, daß er für einen solchen Frieden sei, sondern derjenige, der *in der Tat seine eigene* Bourgeoisie entlarvt, die durch ihre *Taten* diese großen Prinzipien des wahren Sozialismus und der wahren Demokratie mit Füßen tritt.

Denn jeder Parlamentarier, Redakteur und Gewerkschaftssekretär, jeder Journalist, jeder im öffentlichen Leben stehende Mensch *ist stets in der Lage*, von der Regierung und den Finanzgewaltigen verborgen gehaltenes Material zusammenzutragen, das die *Wahrheit* über die realen Grundlagen der imperialistischen Abmachungen enthält, und wenn die Sozialisten diese ihre Pflicht *nicht erfüllen*, dann begehen sie *Verrat* am

Sozialismus. Natürlich wird gerade jetzt *keine einzige* Regierung den ungehinderten Druck von Schriften gestatten, die ihre wirkliche Politik, ihre Verträge, ihre Finanzabmachungen usw. entlarven. Das ist aber kein Argument für den Verzicht auf solche Entlarvungen. Das ist vielmehr ein Argument dafür, daß man aufhören muß, sich knechtisch der Zensur zu unterwerfen, daß man zu freien, d. h. unzensierten, d. h. illegalen Publikationen übergehen muß.

Denn der Sozialist eines *anderen* Landes kann die Regierung und die Bourgeoisie eines Staates, der mit „seiner“ Nation Krieg führt, nicht entlarven, und keineswegs nur deshalb nicht, weil er die Sprache, die Geschichte, die Besonderheiten des betreffenden Volkes usw. nicht kennt, sondern auch weil eine *derartige* Entlarvung eine *imperialistische* Intrige ist, nicht aber die Erfüllung seiner *internationalistischen* Pflicht.

Nicht der ist ein Internationalist, der hoch und heilig versichert, er wäre einer, sondern nur der, der als wirklicher Internationalist die *eigene* Bourgeoisie, die *eigenen* Sozialchauvinisten, die *eigenen* Kautskyaner bekämpft.

b) Der Sozialist eines jeden Landes muß jetzt in seiner Agitation besonders betonen, daß man nicht nur jeder politischen Phrase der *eigenen* Regierung, sondern auch jeder politischen Phrase der *eigenen* Sozialchauvinisten, die *in der Tat* im Dienst dieser Regierung stehen, mit größtem Mißtrauen begegnen muß.

c) Der Sozialist eines jeden Landes muß vor allen Dingen den Massen die unbestreitbare Wahrheit klarmachen, daß ein wirklich dauerhafter, ein wirklich demokratischer Frieden (ohne Annexionen usw.) heute *nur* unter der Bedingung geschlossen werden kann, daß der Frieden *nicht* von den jetzigen und überhaupt *nicht von bürgerlichen* Regierungen geschlossen wird, sondern von *proletarischen* Regierungen, die die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt und deren Expropriierung in Angriff genommen haben.

Der Krieg hat besonders anschaulich und zudem praktisch die Wahrheit des Satzes bewiesen, der vor dem Krieg von allen jetzt zur Bourgeoisie übergegangenen Führern des Sozialismus im Munde geführt wurde, nämlich daß die heutige kapitalistische Gesellschaft, zumindest in den fortgeschrittenen Ländern, völlig reif für den Übergang zum Sozialismus ist. Wenn beispielsweise Deutschland, um die Anspannung aller Kräfte des

Volkes für den Raubkrieg zu erreichen, das gesamte Wirtschaftsleben des 66-Millionen-Volkes im Interesse von ein paar Hundert Finanzmagnaten oder Krautjunkern, der Monarchie und Co., von einer zentralen Stelle aus lenken mußte, dann kann dies im Interesse von neun Zehnteln der Bevölkerung durchaus von den besitzlosen Massen bewerkstelligt werden, wenn ihr Kampf von den klassenbewußten Arbeitern geleitet wird, die sich vom Einfluß der Sozialimperialisten und der Sozialpazifisten freigemacht haben.

Die ganze Agitation für den Sozialismus muß aus einer abstrakten und allgemeinen zu einer konkreten und unmittelbar praktischen umgestaltet werden: macht, wenn ihr gestützt auf die Massen und in ihrem Interesse die Banken expropriert, dasselbe, was die WUMBA\* in Deutschland macht!

d) Der Sozialist eines jeden Landes muß den Massen folgende unbestreitbare Wahrheit erläutern: Wenn man die Worte vom „demokratischen Frieden“ ernst, aufrichtig und ehrlich meint und sie nicht als eine christliche verlogene Phrase zur Bemäntelung eines imperialistischen Friedens gebraucht, dann könnten die Arbeiter nur auf eine Weise einen solchen Frieden wirklich sofort und wirklich herbeiführen, nämlich indem sie die Waffen gegen ihre eigene Regierung kehren (d. h. dem Rat Karl Liebknechts folgen, der dafür zu Zuchthaus verurteilt wurde und der mit anderen Worten dasselbe gesagt hat, was unsere Partei in ihrem Manifest vom 1. XI. 1914\*\* als Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus bezeichnete).

Als das Basler Manifest vom 24. XI. 1912 – das von allen sozialistischen Parteien unterschrieben wurde und eben denselben Krieg im Auge hatte, der dann auch ausgebrochen ist – ausdrücklich in Verbindung mit dem kommenden Krieg den Regierungen mit der „proletarischen Revolution“ drohte, als sich dieses Manifest auf die Pariser Kommune berief, sprach es die Wahrheit aus, von der sich heute die Verräter des Sozialismus feige lossagen. Denn wenn sich die Pariser Arbeiter im Jahre 1871 der ausgezeichneten Waffen, die ihnen Napoleon III. im Interesse seiner cäsarischen Ziele in die Hand gegeben hatte, bedienen konnten, um den

\* WUMBA – Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt. Die Red.

\*\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 11–21. Die Red.

heroischen, von den Sozialisten der ganzen Welt gefeierten Versuch zu machen, die Bourgeoisie zu stürzen und die Macht zu erobern, um den Sozialismus zu verwirklichen, so wäre heute ein derartiger Versuch tausendmal leichter durchführbar, möglich und erfolgversprechend, da eine weit größere Zahl von besser organisierten und klassenbewußteren Arbeitern mehrerer Länder weitaus bessere Waffen in den Händen hat, und da die Massen durch den Verlauf des Krieges tagtäglich aufgeklärt und revolutioniert werden. Das Haupthindernis für die Einleitung einer systematischen Propaganda und Agitation in diesem Sinne ist heute in allen Ländern durchaus nicht die „Müdigkeit der Massen“, auf die die Scheidemannier plus Kautsky usw. heuchlerisch hinweisen – „die Massen“ sind noch nicht müde zu schießen, und sie werden auch im Frühjahr noch viel schießen, wenn sich ihre Klassenfeinde über die Aufteilung der Türkei, Rumäniens, Armeniens, Afrikas usw. nicht einigen –; das Haupthindernis ist das *Vertrauen*, das ein Teil der klassenbewußten Arbeiter den Sozialimperialisten und Sozialpazifisten entgegenbringt, und die Zerstörung des Vertrauens zu diesen Strömungen, diesen *Ideen* und Arten der *Politik*, muß zur Hauptaufgabe des Tages werden.

Inwieweit ein solcher Versuch vom Standpunkt der *Stimmung* der breitesten Massen durchführbar ist, kann nur *bewiesen* werden, wenn man eine derartige Agitation und Propaganda allerorts aufs entschiedenste und energischste in Angriff nimmt; wenn man alle revolutionären Äußerungen der wachsenden Erbitterung der Massen, alle jene Streiks und Demonstrationen aufrichtig und selbstlos unterstützt, die die Vertreter der Bourgeoisie in Rußland nötigen, offen anzuerkennen, daß die Revolution kommt, und die Helfferich genötigt haben, im Reichstag zu erklären: „Es ist besser, die linken Sozialdemokraten ins Gefängnis zu sperren, als Tote auf dem Potsdamer Platz zu sehen“, d. h. zuzugeben, daß die Massen für die Agitation der Linken aufnahmefähig *sind*.

*Auf jeden* Fall ist die Alternative, die die Sozialisten den Massen klar aufzeigen müssen, folgende: entweder sich weiterhin um der Profite der Kapitalisten willen gegenseitig totschiessen und Teuerung, Hunger, das Joch der Milliardenschulden sowie die Komödie eines durch demokratische und reformistische Versprechungen bemäntelten imperialistischen *Waffenstillstands* ertragen oder – Aufstand gegen die Bourgeoisie.

Eine revolutionäre Partei, die offen vor der ganzen Welt den Regierung-

gen mit der „proletarischen Revolution“ gedroht hat, falls eben ein solcher Krieg ausbricht, wie er wirklich ausgebrochen ist, eine solche Partei erledigt sich moralisch selber, wenn sie nicht den Arbeitern und den Massen den Rat gibt, alle Gedanken und alle Anstrengungen auf den Aufstand zu richten, und wenn sie das nicht tut zu einer Zeit, da die Massen hervorragend bewaffnet und ausgezeichnet militärisch ausgebildet sind, da sie das Bewußtsein peinigt, daß das imperialistische Gemetzel, bei dem sie bisher mitgemacht haben, sinnlos und verbrecherisch ist.

e) Zum Kernstück ihrer Tätigkeit müssen die Sozialisten den Kampf gegen den Reformismus machen, der seit jeher die revolutionäre Arbeiterbewegung durch bürgerliche Ideen zersetzt hat und der jetzt eine Form angenommen hat, die etwas Spezifisches aufweist. Er „stützt“ sich nämlich auf Reformen, die die Bourgeoisie nach dem Krieg durchführen soll! Er stellt die Frage so, als ob wir, wenn wir die sozialistische Revolution des Proletariats propagieren und vorbereiten, angeblich das „Praktische“ „aus dem Auge verlieren“ und uns die Chancen „entgehen lassen“, Reformen zu erreichen.

Diese ganze Fragestellung, die üblich ist sowohl bei den Sozialchauvinisten als auch bei den Anhängern Kautskys, der es fertigbrachte, Straßendemonstrationen als „Abenteuer“ zu bezeichnen, ist völlig unwissenschaftlich, falsch und bürgerlich verlogen.

Während des Krieges hat der Weltkapitalismus einen Schritt vorwärts gemacht nicht nur zur Konzentration überhaupt, sondern auch zum Übergang von den Monopolen schlechthin zum *Staatskapitalismus* in noch größeren Ausmaßen als früher. Ökonomische Reformen in dieser Richtung sind unvermeidlich.

Auf dem Gebiet der Politik hat der imperialistische Krieg bewiesen, daß es *manchmal* gerade vom Standpunkt der Imperialisten weitaus vorteilhafter ist, eine kleine, politisch selbständige, finanziell abhängige Nation zum Verbündeten zu haben, als das Risiko einzugehen, daß man es im Verlauf des Krieges mit irländischen oder tschechischen „Zwischenfällen“ (d. h. mit Aufständen oder mit dem Überlaufen ganzer Regimenter auf die Seite des Gegners) zu tun bekommt. Es ist daher durchaus möglich, daß der Imperialismus neben der Politik der direkten Versklavung kleiner Nationen, worauf er niemals ganz verzichten wird, in einzelnen Fällen eine Politik des „freiwilligen“ (d. h. nur auf finanzieller Knechtung be-

ruhenden) Bündnisses mit den neuen kleinen Nationalstaaten oder staatlichen Mißgebilden, wie z. B. Polen, betreiben wird.

Daraus folgt keineswegs, daß Sozialdemokraten, ohne Verrat an der eignen Sache zu begehen, für derartige „Reformen“ der Imperialisten „stimmen“ oder sich ihnen anschließen können.

Nur die bürgerlichen Reformisten, auf deren Position Kautsky, Turati und Merrheim dem *Wesen* der Sache nach übergegangen sind, stellen die Frage so: *entweder* Verzicht auf die Revolution und dann Reformen *oder* überhaupt keine Reformen.

Alle Erfahrungen der Weltgeschichte sowie die Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 lehren uns das Gegenteil: *entweder* revolutionärer Klassenkampf, dessen Nebenprodukt *immer* Reformen sind (falls die Revolution keinen vollen Erfolg erringt), *oder* überhaupt keine Reformen.

Denn die *einzig wirkliche* Kraft, die Änderungen erzwingt, ist eben nur die revolutionäre Energie der Massen, die allerdings nicht bloß auf dem Papier stehen darf, wie das bei der II. Internationale der Falle war, sondern eine Energie sein muß, die zur allseitigen revolutionären Propaganda, Agitation und Organisation der Massen seitens der Parteien führt, die an der Spitze der Revolution marschieren und nicht ihren Nachtrab bilden.

Nur wenn die Sozialdemokratie offen die Revolution proklamiert und aus den Arbeiterparteien alle entfernt, die Gegner der Revolution sind oder ihr „skeptisch“ gegenüberstehen, nur wenn sie die *gesamte* Arbeit der Parteien revolutioniert, kann sie in solchen „kritischen“ Epochen der Weltgeschichte wie der jetzigen den Massen entweder den vollen Erfolg ihrer Sache garantieren, wenn nämlich die Revolution von sehr breiten Massen unterstützt wird, oder aber Reformen, d. h. Zugeständnisse seitens der Bourgeoisie, falls die Revolution keinen vollen Erfolg erringt.

Andernfalls, wenn die Politik der Scheidemänner und Kautsky durchgeführt wird, gibt es *keinerlei* Garantien dafür, daß die Reformen nicht zunichte gemacht oder nicht solchen polizeilich-reaktionären Einschränkungen unterworfen werden, die es dem Proletariat *unmöglich* machen, sich in einem erneuten Kampf für die Revolution weiter auf sie zu stützen.

f) Die Sozialisten müssen entschlossen darangehen, die Losung Karl Liebknechts in die Tat umzusetzen. Die Sympathie, die die *Massen* diesem

Namen entgegenbringen, ist eine der *Garantien* dafür, daß die revolutionäre Arbeit möglich und erfolversprechend ist. Das Verhalten der Scheidemann und Co., der Kautsky und Co. zu diesem Namen ist ein Musterbeispiel der Heuchelei: *in Worten* verneigt man sich vor den „Liebknechts aller Länder“, *in der Tat* aber bekämpft man Liebknechts Taktik.

Liebknecht hat nicht nur mit den Scheidemännern (den Renaudel, Plechanow, Bissolati) gebrochen, sondern auch mit der *Strömung* Kautskys (den Longuet, Axelrod und Turati).

Liebknecht erklärte schon in seinem Brief an den Parteivorstand vom 2. Oktober 1914:

„Ich habe erklärt, daß die deutsche Partei, nach meiner innersten Überzeugung, von der Haut bis zum Mark **regeneriert** werden muß, wenn sie das Recht nicht verirken will, sich sozialdemokratisch zu nennen, wenn sie sich die jetzt gründlich verscherzte Achtung der Welt wiedererwerben will.“ („Klassenkampf gegen den Krieg! Material zum „Fall Liebknecht“, Seite 22.) (Geheim gedruckt in Deutschland: „Als Manuskript gedruckt“.)\*

Alle Parteien müssen diese Losung Liebknechts zu der ihren machen, und es wäre natürlich lächerlich zu glauben, daß diese Losung verwirklicht werden könnte, ohne die Scheidemänner, die Legien, Renaudel, Sembat, Plechanow, Vandervelde und Co. aus der Partei auszuschließen oder ohne mit der Politik der Zugeständnisse an die Richtung Kautskys, Turatis, Longuets und Merrheims zu brechen.

\*

10. Wir schlagen daher die Einberufung einer Konferenz der Zimmerwalder vor und richten an diese Konferenz folgenden Antrag:

(1) Der sozialistische Pazifismus einer bestimmten Richtung, nämlich der Richtung Longuet–Merrheim, Kautsky, Turati usw., der schon in Kienthal prinzipiell abgelehnt worden ist und in seiner konkreten Verteidigung durch die genannten Repräsentanten der *Strömungen* abgelehnt werden muß, ist als bürgerlicher Reformismus (auf der Grundlage der oben dargelegten Thesen) entschieden und vorbehaltlos zu verwerfen.

(2) Ebenso entschieden ist der Bruch mit dem Sozialchauvinismus auch in organisatorischer Hinsicht zu erklären.

\* Dieser Absatz bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

(3) Der Arbeiterklasse sind die unmittelbaren und unaufschiebbaren revolutionären Aufgaben klarzumachen, die sich für sie eben im Zusammenhang damit ergeben, daß der Krieg und die Verlogenheit der sentimental-pazifistischen Phrasen der Bourgeoisie die Geduld der Massen erschöpft haben.

(4) Es ist offen festzustellen und zu verurteilen, daß ein vollständiger Bruch mit dem ganzen Geist und mit allen Beschlüssen von Zimmerwald und Kienthal vollzogen wurde sowohl durch die Politik der Italienischen Sozialistischen Partei, die den Weg des Pazifismus beschritten hat, als auch durch die Politik der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, die am 4. XI. 1916 in Zürich für die Zulässigkeit von indirekten Steuern stimmte, die am 7. I. 1917 infolge des Bündnisses des „Zentristen“ R. Grimm mit den Sozialpatrioten Greulich, G. Müller und Co. den zum 11. II. 1917 anberaumten außerordentlichen Parteitag, auf dem die Militärfrage behandelt werden sollte, auf unbestimmte Zeit vertagte, und die jetzt schweigend das unverhüllte Ultimatum dieser selben sozialpatriotischen Führer hinnimmt, die offen damit drohen, ihre Mandate niederzulegen, wenn die Partei die Vaterlandsverteidigung ablehnt.

Die traurigen Erfahrungen der II. Internationale haben zur Genüge vor Augen geführt, wie außerordentlich schädlich es ist, wenn sich „allgemeine“, in allgemeinen Sätzen formulierte, revolutionäre Beschlüsse mit einer reformistischen Praxis *im Leben* verbinden, wenn die Proklamierung des Internationalismus mit der Ablehnung einer wirklich internationalen *gemeinsamen* Erörterung der Grundfragen der Taktik jeder einzelnen Partei, die ein Teil der internationalen Vereinigung ist, einhergeht.

Unsere Partei hielt es schon vor Zimmerwald und dann auf der Konferenz in Zimmerwald für ihre Pflicht, die Genossen davon zu unterrichten, daß wir den Pazifismus, die abstrakte Propagierung des Friedens, als bürgerlichen Betrug unwiderruflich verwerfen. (Die Resolution unserer Partei wurde deutsch – in der Broschüre „Sozialismus und Krieg“\* – und französisch – in einer Flugschrift mit der Übersetzung der Resolutionen – in Zimmerwald verteilt.) Die *Zimmerwalder Linke*, an deren Gründung wir teilnahmen, organisierte sich gesondert in demselben Zimmerwald, um zu zeigen, daß wir die Zimmerwalder Vereinigung unterstützen, *insoweit* sie den Sozialchauvinismus bekämpft.

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 147–153. *Die Red.*

Gerade jetzt hat sich unserer festen Überzeugung nach endgültig herausgestellt, daß die Zimmerwalder Mehrheit oder die Zimmerwalder Rechte eine *vollständige* Wendung vollzogen hat nicht zum Kampf gegen den Sozialchauvinismus, sondern zur Aufgabe aller Positionen, zur Verschmelzung mit dem Sozialchauvinismus auf der Grundlage leerer pazifistischer Phrasen. Und wir halten es für unsere Pflicht, offen zu erklären, daß man der Arbeiterbewegung den allergrößten Schaden zufügt, wenn man unter solchen Umständen Illusionen über die Einheit Zimmerwalds und seines Kampfes für eine III. Internationale unterstützt. Nicht um zu „drohen“ und nicht um ein „Ultimatum“ zu stellen, sondern um offen über unseren Beschluß zu informieren, erklären wir, daß wir, falls sich diese Lage nicht ändert, nicht Mitglieder der Zimmerwalder Vereinigung bleiben können.

*Geschrieben im Dezember 1916,  
vor dem 25. (7. Januar 1917).*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach dem Manuskript.*

AN W. A. KARPINSKI<sup>90</sup>

Liebe Genossen!

Ich schicke Ihnen eine *äußerst wichtige* Mitteilung.

Besprechen Sie sie und geben Sie sie dann an Brilliant und Guilbeaux weiter: jetzt wird sich zeigen, *für* wen sie sind und *wer* sie sind: Feiglinge oder Kämpfer.

Der *g a n z e* Kampf wird jetzt hierher verlegt.

Schreiben Sie kurz, wie sie sich dazu verhalten haben und ob die Aussicht besteht, ein Protestschreiben oder einen offenen Brief zu veröffentlichen.

Man muß ausnutzen, daß *Naine* in der französischen Schweiz unbestrittene Autorität genießt.

Beste Grüße. Ihr *Lenin*

Am Sonntag, dem 7. I. 1917, trat in Zürich der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu einer Sitzung zusammen.

Ein schändlicher Beschluß wurde gefaßt, nämlich den für den 11. II. 1917 in Bern speziell zur Behandlung der Militärfrage anberaumten Parteitag auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die Begründung: Man müsse gegen die Teuerung kämpfen; die Arbeiter seien nicht vorbereitet; in der Kommission sei keine Einstimmigkeit erreicht worden und ähnliche, die Partei geradezu verhöhnende Begründungen. (In der Kommission waren bereits zwei Entwürfe vorbereitet und *konfidentiell vervielfältigt*: ein Entwurf von Affolter, Nobs, Schmid, Naine und Graber *gegen* die Vaterlandsverteidigung und ein Entwurf von G. Müller, Pflüger, Huber und Klöti *für* die Vaterlandsverteidigung.)

Die Sitzung am 7. I. verlief sehr stürmisch. *Grimm* führte die Rechten an, d. h. die Opportunisten, d. h. die Nationalisten; er erging sich in niederträchtigsten Beschimpfungen gegen die „Ausländer“, gegen die *Jungen* und beschuldigte sie der „Spaltung“ (!!!) usw. *Naine*, *Platten*, *Nobs* und *Münzenberg* sprachen sich *entschieden* gegen die Verschiebung des Parteitags aus. *Naine* erklärte *Grimm* ganz offen, daß er sich als „internationaler Sekretär“ unmöglich mache!

Der Beschluß, der gefaßt wurde, bedeutet den völligen Verrat *Grimms* und ist eine *Verhöhnung der Partei* seitens der opportunistischen Führer, der Sozialnationalisten. Die ganze Zimmerwald-Kienthalsche Vereinigung und Aktion ist von einem Häuflein von Führern *faktisch* zur Phrase gemacht worden, von Führern (darunter *Grimm*), die ihre Mandate niederzulegen drohen (sic!!), wenn die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung durchkommt, und beschlossen haben, jede Diskussion dieser Frage im „Plebs“ der Partei bis Kriegsende zu *verhindern*. Der „Grütliener“<sup>91</sup> (vom 4. I. und 8. I.) schreibt die *Wahrheit* und versetzt so dieser Partei eine Ohrfeige.

Der ganze Kampf der Linken und der ganze Kampf für Zimmerwald und Kienthal hat sich jetzt auf ein anderes Terrain verlagert: Kampf gegen diese Clique von Führern, die die Partei besudelt haben. Es gilt, überall die Linken zu sammeln und die Kampfmethoden zu erörtern. Beileben Sie sich!

Es wäre wohl die beste Kampfmethode (jede Minute ist kostbar), sofort in La Chaux-de-Fonds und in Genf Protestresolutionen plus offene Briefe an *Naine* zu beschließen und sie sofort zu veröffentlichen. Zweifellos werden die „Führer“ alle Hebel in Bewegung setzen, damit der Protest nicht in die Zeitungen kommt.

In dem offenen Brief müßte alles hier Gesagte deutlich dargelegt und mit aller Entschiedenheit die Frage gestellt werden: 1. dementiert *Naine* diese Tatsachen? – 2. ist er der Ansicht, daß es in einer demokratischen Partei der Sozialisten *zulässig* ist, einen Beschluß des Parteitags durch einen Beschluß des Vorstands aufzuheben? – 3. daß es *zulässig* ist, der Partei den Verlauf der Abstimmung und die *Reden* der Verräter am Sozialismus in der Sitzung vom 7. I. 1917 vorzuenthalten? – 4. daß es *zulässig* ist, einen solchen Vorsitzenden der Internationalen Sozialistischen Kommission (*Grimm*) zu dulden, der linke Phrasen redet und zugleich

den Schweizer Nationalisten, den Gegnern von Zimmerwald, den „Vaterlandsverteidigern“, Pflüger, Huber und Co., hilft, die Zimmerwalder Beschlüsse faktisch zu *hintertreiben*? – 5. daß es zulässig ist, in der „Berner Tagwacht“ die deutschen Sozialpatrioten zu beschimpfen und *insgeheim* den Schweizer Sozialpatrioten zu helfen? usw.

Ich wiederhole: In die Zeitungen werden sie das nicht lassen. Das ist klar. Das beste wäre, den offenen Brief an Naine im Namen einer Gruppe zu veröffentlichen. Wenn das möglich ist, dann beeilen Sie sich und antworten Sie unverzüglich.

*Geschrieben am 8. Januar 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1929  
im Lenin-Sammelband XI.*

*Nach dem Manuskript.*

OFFENER BRIEF AN CHARLES NAINÉ,  
MITGLIED DER INTERNATIONALEN  
SOZIALISTISCHEN KOMMISSION IN BERN

Werter Genosse! Das Eintreten des Herrn Nationalrat Robert Grimm in der Parteivorstandssitzung vom 7. Januar d. J. zusammen mit allen Sozialnationalisten, und in beträchtlichem Maße an deren Spitze, für die Resolution über die Vertagung des Parteitag macht jeder Geduld ein Ende und entlarvt endgültig den Herrn Nationalrat R. Grimm.

Der Vorsitzende der in Zimmerwald gewählten Internationalen Sozialistischen Kommission, der Vorsitzende der Zimmerwalder und der Kienthaler Konferenz, der in den Augen der ganzen Welt als der „autoritative“ Vertreter der gesamten Zimmerwalder Vereinigung gilt, tritt zusammen mit Sozialpatrioten, ja an ihrer Spitze, als direkter Verräter an Zimmerwald auf und macht den Vorschlag, einen Parteitag zu vereiteln, der schon vor langem eben zu dem Zweck anberaumt wurde, um – in dem freiesten und, auf Grund seiner Lage wie der Zeitumstände, international einflußreichsten Land Europas – die Frage der Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg zu entscheiden!!

Darf man da schweigen? Darf man ruhig bleiben angesichts einer Tatsache, die die ganze Zimmerwalder Bewegung für alle Zeiten mit Schande bedecken und sie in eine Komödie verwandeln müßte, wenn man Herrn Nationalrat R. Grimm nicht die Maske vom Gesicht reißt?

Die sozialistische Partei der Schweiz ist von den europäischen sozialistischen Parteien die einzige, die direkt und offiziell, auf einem legalen Parteitag, unbehindert durch Militärzensur und Militärbehörden, den Anschluß an Zimmerwald vollzog, Zimmerwald unterstützte, zwei Mitglieder in die Internationale Sozialistische Kommission entsandte und vor der ganzen Welt als wichtigste Repräsentantin der Zimmerwalder Be-

wegung auftrat, wenn man von der italienischen Partei absieht, die unter unvergleichlich schwierigeren Bedingungen arbeitet, weil sie dem Druck des Kriegszustands ausgesetzt ist. Und da finden sich in der schweizerischen sozialistischen Partei, die auf ihrem Parteitag in Zürich vom 4. und 5. November 1916 nach wiederholten Verzögerungen – verursacht unter anderem durch den Kampf gegen die offenen Sozialpatrioten, die sich erst im Herbst 1916 von der Partei abgespalten und dem Grütli-Verein angeschlossen haben – endgültig beschloß, zur Entscheidung der Militärfrage und der Frage der Vaterlandsverteidigung einen außerordentlichen Parteitag für den Februar 1917 nach Bern einzuberufen – da finden sich in dieser Partei Leute, die beschließen, diesen Parteitag zu hintertreiben, ihn zu vereiteln und nicht zuzulassen, daß die Arbeiter selbst, und zudem gerade während des Krieges, über die Stellung zum Militärwesen und zur Vaterlandsverteidigung diskutieren und entscheiden.

Und an der Spitze dieser Leute, deren Politik der ganzen Zimmerwalder Bewegung ins Gesicht schlägt, steht der Vorsitzende der Internationalen Sozialistischen Kommission!

Ist das etwa nicht vollendeter Verrat an Zimmerwald? Ist das nicht eine Verhöhnung aller Zimmerwalder Beschlüsse?

Man braucht sich nur einige der Begründungen näher anzusehen, mit denen die Vertagung des Parteitags offiziell erklärt wird, um die ganze Bedeutung dieser Maßnahme zu verstehen.

„Die Arbeiter sind eben nicht bereit“, sind noch nicht bereit, diese Frage zu entscheiden!

In allen Manifesten, in allen Resolutionen von Zimmerwald und Kienthal wird immer und immer wieder gesagt, daß die Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg, in einem Krieg zwischen zwei imperialistischen Koalitionen, einem Krieg um die Ausplünderung der Kolonien und die Unterdrückung schwacher Nationen, Verrat am Sozialismus ist, ganz gleich, ob sich das auf die „Großmächte“ bezieht oder auf kleine Nationen, die vorläufig ihre Neutralität bewahrt haben. In allen Variationen wird dieser Gedanke in allen offiziellen Dokumenten von Zimmerwald und Kienthal wiederholt. Alle sozialistischen Zeitungen der Schweiz und besonders die von Herrn Nationalrat R. Grimm redigierte „Berner Tagwacht“ haben diesen Gedanken in Hunderten Artikeln und Notizen des langen und breiten dargelegt. In Sympathieerklärungen für K. Liebknecht,

Höglund, Maclean u. a. wurde Hunderte Male die allen Zimmerwaldern gemeinsame Überzeugung unterstrichen, daß diese Männer die Lage und die Interessen der *Masse richtig* verstanden haben, daß die Sympathie gerade der *Masse*, d. h. der Mehrheit der Unterdrückten und Ausgebeuteten, auf *ihrer* Seite ist, daß die Proletarier aus ihrem Klasseninstinkt heraus – überall, sowohl in dem „großen“ kriegführenden Deutschland als auch in dem kleinen neutralen Schweden – jene Wahrheit begreifen, daß die Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg *Verrat am Sozialismus* ist.

Und nun tritt der Vorsitzende der Internationalen Sozialistischen Kommission unter begeisterter Zustimmung und mit wärmster Unterstützung aller *ausgesprochenen* Vertreter des Sozialpatriotismus in der schweizerischen sozialistischen Partei – H. Greulich, P. Pflüger, Huber, Manz-Schäppi usw. usf. – mit dem heuchlerischen und verlogenen Argument auf den Plan, der Parteitag werde vertagt, weil die „Arbeiter nicht bereit“ seien.

Das ist eine empörende, eine unerträgliche Heuchelei und Lüge. Jedermann weiß – und der „*Grütli*aner“ spricht diese bittere Wahrheit offen aus –, daß der Parteitag deshalb vertagt wird, weil die genannten Sozialpatrioten sich vor den Arbeitern *fürchten*, weil sie eine Entscheidung der Arbeiter gegen die Vaterlandsverteidigung *fürchten*, weil sie *drohen*, ihre Nationalratsmandate niederzulegen, wenn ein Beschluß über die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung angenommen wird. Die sozialpatriotischen „Führer“ der schweizerischen sozialistischen Partei, die auch jetzt noch, zweieinhalb Jahre nach Beginn des Krieges, für die „Vaterlandsverteidigung“, d. h. für die *Verteidigung* der imperialistischen Bourgeoisie der einen oder der anderen Koalition sind, diese Führer haben beschlossen, *den Parteitag zu vereiteln*, die Willensäußerung der schweizerischen sozialistischen Arbeiter zu verhindern, ihnen nicht zu gestatten, während des Krieges ihre Stellung zum Krieg und zu den „Vaterlandsverteidigern“, d. h. den Lakaien der imperialistischen Bourgeoisie, zu erörtern und festzulegen.

Das ist der wahre, allen wohlbekannte Grund für die Vertagung des Parteitags, das ist der Verrat, den der Vorsitzende der Internationalen Sozialistischen Kommission, der auf die Seite der Sozialpatrioten in der schweizerischen sozialistischen Partei übergelaufen ist und sich *gegen* die

schweizerischen klassenbewußten Arbeiter gestellt hat, an Zimmerwald begeht!

Das ist die bittere Wahrheit, die der offen sozialpatriotische „Grütli-ner“, der übrigens immer bestens über das informiert ist, was die *grütli-nerischen* Führer *innerhalb* der sozialistischen Partei, die Greulich, Pflüger, Huber, Manz-Schäppi und Co., denken und tun, bereits zum Ausdruck brachte, und der, nebenbei gesagt, *drei Tage vor* der Sitzung vom 7. I. 1917 schrieb:\*

Die zweite „offizielle“ Begründung für die Vertagung des Parteitags: Die im Dezember oder sogar im November 1916 zur Ausarbeitung von Resolutionen zur Militärfrage gewählte spezielle Kommission sei „nicht zu einer Übereinstimmung gelangt“ !!

Als ob Grimm und Co. nicht vorher gewußt hätten, daß in einer derartigen Frage Einstimmigkeit in der schweizerischen sozialistischen Partei *unmöglich* ist, solange solche „Führer“ wie Greulich, Pflüger, G. Müller, Huber, Manz-Schäppi, Otto Lang und andere in der Partei verbleiben und nicht zur sozialpatriotischen Grütli-Partei übergehen, obwohl sie den sozialpatriotischen Standpunkt des „Grütlivereins“ *restlos* teilen und die sozialistischen Arbeiter durch ihr Verbleiben in einer *sozialistischen* Partei nur *betrügen*!

Als ob Grimm und Co. im Sommer 1916 nicht deutlich gesehen hätten, daß in der Frage der Vaterlandsverteidigung keine Einstimmigkeit besteht und auch nicht bestehen kann, denn im Sommer 1916 wurden die *sozialpatriotischen* Thesen von Pflüger, G. Müller und anderen veröffentlicht, und selbstverständlich *mußte* Grimm im *Nationalrat* *tausendmal* *gesehen haben*, daß die Greulich und Co., wenn nicht gar die Mehrheit der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion, sozialpatriotische Auffassungen vertreten!

Grimm und Co. wollen die sozialistischen Arbeiter der Schweiz betrügen. Deshalb haben sie bei der Einsetzung der Kommission die Namen ihrer Mitglieder *nicht veröffentlicht*. Der „Grütli-ner“ indes ließ die *Wahrheit* zu Wort kommen, als er diese Namen veröffentlichte und – wie eine Sache, die sich von selbst versteht, die jedermann weiß – hinzufügte, daß eine *derartige* Kommission außerstande ist, einen einstimmigen *Beschluß* zu fassen.

\* Hier weist das Manuskript eine Lücke auf. *Die Red.*

Um die Arbeiter zu betrügen, faßten Grimm und Co. *nicht* den Beschluß, die Resolutionen der Kommission *sofort* zu veröffentlichen, und *verheimlichten* so den Arbeitern die Wahrheit. Die Resolutionen sind indes schon lange fertig *und sogar schon konfidentiell vielfältigt!!*

Wie zu erwarten war, stehen die Namen Huber, Pflüger, Klöti und G. Müller unter der Resolution, die die „Vaterlandsverteidigung“ *anerkennt*, d. h. den *Verrat am Sozialismus* während des Krieges rechtfertigt, dessen imperialistischer Charakter schon tausendfach enthüllt worden ist!! Die Namen Nobs, Affolter, Schmid, Naine und Graber stehen unter der Resolution, die die „Vaterlandsverteidigung“ *ablehnt*.

Man sehe sich an, welch schamloses, gewissenloses Spiel Grimm und die Sozialpatrioten mit den sozialistischen Arbeitern treiben:

Sie verkünden laut, die Arbeiter seien nicht bereit, und das zu einem Zeitpunkt, da diese Führer *selbst* vor den Arbeitern zwei *bereits fertige Resolutionen geheimhalten*, die den Arbeitern mit aller Deutlichkeit zwei Ideenkreise, *zwei* in unversöhnlichem Gegensatz stehende Wege der Politik aufzeigen, die sozialpatriotische und die Zimmerwalder Politik!!

Grimm und die Sozialpatrioten sind gewissenlose Arbeiterbetrüger, denn gerade sie sind es, die beschlossen haben, den Parteitag zu vereiteln, die Resolutionen nicht zu veröffentlichen und es den Arbeitern unmöglich zu machen, beide Wege der Politik offen zu erwägen und über sie zu beraten, gerade sie aber schreien über das „Unvorbereitetsein“ der Arbeiter!

Weitere „offizielle“ Argumente für die Vertagung des Parteitags: Man müsse gegen die Teuerung kämpfen, man müsse die Wahlkampagne durchführen usw.

Diese Argumente bedeuten einfach eine Verhöhnung der Arbeiter. Wer wüßte denn nicht, daß wir Sozialdemokraten *nicht* gegen den Kampf für Reformen sind? daß *wir* uns aber, zum Unterschied von den Sozialpatrioten, zum Unterschied von den Opportunisten und Reformisten, *nicht* auf den Kampf für Reformen *beschränken*, sondern ihn dem Kampf für die Revolution *unterordnen*? Wer wüßte nicht, daß gerade diese Politik in den Manifesten von Zimmerwald und Kienthal wiederholt dargelegt wurde? Wir sind nicht gegen Wahlen und gegen Reformen zur Milderung

der Teuerung, aber *an die erste Stelle* setzen wir die *wahrheitsgetreue* Aufklärung der Massen, nämlich darüber, daß es *unmöglich* ist, die Teuerung anders zu überwinden als durch die Expropriierung der Banken und Großbetriebe, d. h. durch die soziale Revolution.

Wozu wird das Proletariat in *jedem* Manifest der Zimmerwalder Vereinigung *als Antwort* auf den Krieg, *in Verbindung* mit dem Krieg aufgerufen?

Zum revolutionären Massenkampf, dazu, die Waffen gegen den Feind im eigenen Land zu kehren (siehe den letzten Aufruf der Internationalen Sozialistischen Kommission „An die Arbeiterklasse“\*, von Ende Dezember 1916), d. h. die Waffen gegen die *eigene* Bourgeoisie, gegen die *eigene* Regierung zu richten.

Geht daraus nicht für jeden Menschen, der auch nur einigermaßen denken kann, klar hervor, daß gerade die Politik der *Ablehnung* der Vaterlandsverteidigung *verbunden* ist mit einem wirklich revolutionären, wirklich sozialistischen Kampf gegen die Teuerung? mit einer wirklich sozialistischen und nicht bürgerlich-reformistischen Ausnutzung der Wahlkampagne?

Ist es nicht klar, daß gerade die sozialpatriotische Politik, die Politik der „Vaterlandsverteidigung“ im imperialistischen Krieg, eine Politik des *Reformismus* ist, d. h. des bürgerlich-reformistischen *und nicht* des sozialistischen Kampfes gegen die Teuerung, der bürgerlich-reformistischen *und nicht* der sozialistischen Ausnutzung der Wahlkampagne?

Wie kann man einen Parteitag, der die Frage der „Vaterlandsverteidigung“ (d. h. der Wahl *zwischen* sozialpatriotischer *und* sozialistischer Politik) entscheiden soll, „unter dem Vorwand“ des Kampfes gegen die Teuerung usw. „*vertagen*“?? Dieses falsche, verlogene Argument soll die Arbeiter darüber *täuschen*, daß Grimm und die Sozialpatrioten sowohl den Kampf gegen die Teuerung als auch die Wahlen usw. im bürgerlich-reformistischen und nicht im Zimmerwalder Geiste durchführen wollen.

Am 6. August 1916 sprach Grimm in Zürich vor 115 Arbeitervertrauensleuten aus der ganzen Schweiz\*\* und umriß vor ihnen den bürgerlich-

\* „An die Arbeiterklasse“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

\*\* „Arbeitervertrauensleuten aus der ganzen Schweiz“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

reformistischen, eben nur den reformistischen Kampf gegen die Teuerung! Grimm geht „festen Schritts“ auf *sein* Ziel los, und dieses Ziel ist die Annäherung an die Sozialpatrioten, *gegen* die sozialistischen Arbeiter, *gegen* Zimmerwald.

Besonders widerwärtig ist aber daran, daß Grimm seinen Übergang auf die Seite der Sozialpatrioten mit *verstärktem* Geschimpfe auf die *nichtschweizerischen* Sozialpatrioten *bemäntelt*. Hier haben wir eine der tiefsten Wurzeln des Verrats von Grimm, eine der tiefsten Quellen der ganzen Politik des Betrugs, die der 7. Januar 1917 enthüllte.

Man sehe sich die „*Berner Tagwacht*“ an: Was für Schimpfworte hat doch diese Zeitung den russischen, französischen, englischen, deutschen und österreichischen Sozialpatrioten, mit einem Wort allen . . . , außer den schweizerischen, an den Kopf geworfen! Grimm ist so weit gegangen, daß er den deutschen Sozialpatrioten Ebert, ein Mitglied des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, „einen Rausschmeißer in einem Bordell“\* genannt hat („*Berner Tagwacht*“ Nr. . . . vom . . .).

Ist er nicht mutig, dieser Grimm? Ist er nicht ein ritterlicher Kämpfer? Wie mannhaft er von Bern aus gegen die Sozialpatrioten in . . . Berlin vom Leder zieht! Wie edelmütig dieser Ritter über die Sozialpatrioten in . . . Bern und Zürich schweigt!

Was unterscheidet aber Ebert in Berlin von Greulich, Manz-Schäppi und Pflüger in Zürich? von Gustav Müller, Schneeberger oder Dürr in Bern? *Absolut nichts. Sie sind alle Sozialpatrioten.* Sie alle stehen auf der völlig gleichen prinzipiellen Position. Sie alle tragen in die Massen *nicht* sozialistische, *sondern* „grütlianische“, d. h. reformistische, nationalistische, bürgerliche Ideen.

Als Grimm im Sommer 1916 seine Thesen zur Militärfrage abfaßte und sie absichtlich weitschweifig und unklar abfaßte, in der Hoffnung, sowohl die Linken als auch die Rechten zu betrügen und auf die Differenzen der einen und der anderen „spekulieren“ zu können, schloß er diese Thesen mit folgendem Satz:

„Die Organe der Partei haben gemeinsam mit den Gewerkschaften Anordnungen zu treffen“ (nämlich falls der Krieg auszubrechen droht und revolutionäre Massenaktionen notwendig werden).

Wer steht denn aber an der Spitze der Gewerkschaften der Schweiz?

\* Die zitierten Worte hier und auf S. 234 bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Unter anderen gerade Schneeberger und Dürr, die beide im Sommer 1916 als Redakteure für die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ verantwortlich zeichneten, diese Zeitung in reaktionärem, reformistischem, sozialpatriotischem Geist leiteten, *offen* erklärten, daß sie für die „Vaterlandsverteidigung“ sind, und *offen* gegen die *gesamte* Politik von Zimmerwald Sturm liefen.

Und an der Spitze der schweizerischen sozialistischen Partei stehen, wie der 7. Januar 1917 erneut bewies, die Sozialpatrioten Greulich, Pflüger, Manz-Schäppi, Huber usw. usf.

Was ergibt sich also?

Es ergibt sich, daß Grimm in seinen Thesen der Partei vorschlug, die Führung revolutionärer Massenaktionen *gegen den Krieg gerade* den Sozialpatrioten, den Schneeberger, Dürr, Greulich, Pflüger und Co., zu übertragen! Gerade den *Gegnern* solcher Aktionen, gerade den *Reformisten*!!

Jetzt, nach dem 7. Januar 1917, ist die ganze „Taktik“ Grimms restlos entlarvt.

Er möchte als Führer der Linken, als Vorsitzender der Internationalen Sozialistischen Kommission, als Repräsentant und Führer der Zimmerwälder gelten; er betrügt die Arbeiter mit allen möglichen „revolutionären“ Phrasen, durch die er in *Wirklichkeit* die alte, sozialpatriotische, bürgerlich-reformistische Praxis der Partei *bemäntelt*.

Er versichert hoch und heilig, daß er mit K. Liebknecht, Höglund usw. sympathisiere, daß er *ibr* Anhänger sei, daß er *ihre* Politik durchführe.

Aber K. Liebknecht in Deutschland und Höglund in dem kleinen neutralen Schweden haben *nicht gegen die fremden, sondern* gegen ihre eigenen Sozialpatrioten gekämpft, sie haben die Reformisten und Nationalisten bei sich in Berlin, bei sich in Stockholm, und nicht in anderen Ländern angegriffen. Sie haben sich durch ihre schonungslose Entlarvung der Sozialpatrioten den ehrenden Haß der *Berliner* und der *Stockholmer* Greulich, Pflüger, Schneeberger und Dürr zugezogen.

Ist es etwa schwer zu begreifen, daß die französischen Chauvinisten, wenn sie den Deutschen Liebknecht loben, und die deutschen Chauvinisten, wenn sie den Engländer Maclean loben, als Schwindler handeln, die mit „internationalistischen“ Phrasen, mit ihrem Lob für *fremden* Inter-

nationalismus *ihren eigenen* Nationalismus verhüllen wollen? Ist es etwa schwer zu begreifen, daß Grimm genauso handelt, wenn er die Sozialpatrioten aller Länder *außer* denen der Schweiz beschimpft, und das eben zu dem Zweck, um seinen Übergang auf die Seite der schweizerischen Sozialpatrioten zu bemänteln?

Grimm hat den deutschen Sozialpatrioten Ebert *dafür* einen „Rauschmeißer in einem Bordell“ geschimpft, daß er den deutschen Arbeitern den „Vorwärts“ gestohlen hat, *dafür*, daß er zwar über Spaltung zetert, selber aber viele Linke aus der Partei *hinausgeworfen hat* und fortfährt, Linke hinauszurwerfen.

Und was tut Grimm bei sich in der Schweiz, zusammen mit den traurigen Helden des traurigen 7. Januar 1917?

Hat Grimm etwa nicht den schweizerischen Arbeitern den ihnen feierlich zugesicherten außerordentlichen Parteitag zur Frage der Vaterlandsverteidigung gestohlen? Und bereitet nicht Grimm, der über Spaltung zetert, den Ausschluß der Zimmerwalder aus der Partei vor?

Seien wir doch nicht kindlich naiv, sehen wir der Wahrheit ins Gesicht!

In der Sitzung vom 7. Januar 1917 zeterten die neuen Freunde und Gönner Grimms, die Sozialpatrioten, zusammen mit ihm gegen die Spaltung, wobei sie besonders die Jugendorganisation der Spaltertätigkeit beschuldigten, und einer rief dem Parteisekretär Platten zu, „er sei kein Parteisekretär, er sei Parteiverräter“\*.

Darf man schweigen, wenn derartige Dinge gesagt werden und die „Führer“ sie vor der Partei verheimlichen wollen? Müssen sich die sozialistischen Arbeiter der Schweiz über derartige Methoden nicht empören?

Worin besteht die Schuld des Jugendverbands und Plattens? Nur darin, daß sie aufrichtige Anhänger Zimmerwalds, aufrichtige Zimmerwalder und keine Karrieristen sind. Nur darin, daß sie *gegen* die Vertagung des Parteitags sind. Und wenn Klatschbasen zetern, daß gegen die Vertagung des Parteitags überhaupt „gegen Seine Majestät Grimm“ angeblich nur die Zimmerwalder Linken als eine besondere Fraktion auftreten, hat dann nicht der 7. Januar 1917 bewiesen, daß das Klatsch ist? Sind nicht Sie, Genosse Ch. Naine, gegen Grimm aufgetreten, der Sie niemals weder

\* Die zitierten Worte bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

direkt noch indirekt, weder offiziell noch inoffiziell zu den Zimmerwalder Linken gehört haben?

Der Vorwurf der Spaltung! Wirklich, ein abgedroschener Vorwurf, dessen sich jetzt in allen Ländern gerade die Sozialpatrioten bedienen, um damit zu bemänteln, daß sie die Liebknecht und Höglund aus der Partei hinauswerfen.

*Geschrieben am 26./27. Dezember 1916  
(8./9. Januar 1917).*

*Zuerst veröffentlicht 1924 in der  
Zeitschrift „Proletarskaja  
Rewoluzija“ Nr. 4 (27).*

*Nach dem Manuskript.*

## AN DIE ARBEITER, DIE DEN KAMPF GEGEN DEN KRIEG UND GEGEN DIE AUF DIE SEITE IHRER REGIERUNGEN ÜBERGEGANGENEN SOZIALISTEN UNTERSTÜTZEN

Die internationale Lage wird immer klarer und immer bedrohlicher. Der imperialistische Charakter des Krieges ist in der letzten Zeit bei beiden kriegführenden Koalitionen mit besonderer Deutlichkeit zutage getreten. Die pazifistischen Phrasen, die Phrasen vom demokratischen Frieden, vom Frieden ohne Annexionen usw. offenbaren um so rascher ihre ganze Leere und Verlogenheit, je eifriger die Regierungen der kapitalistischen Länder, die bürgerlichen und sozialistischen Pazifisten von ihnen Gebrauch machen. Deutschland, das mehrere kleine Nationen unterdrückt und mit eiserner Faust niederhält, wobei es unzweifelhaft entschlossen ist, diese Beute nur herauszugeben, wenn ein Teil davon gegen gewaltige koloniale Besitzungen ausgetauscht wird, hüllt seine Bereitschaft zum sofortigen Abschluß eines imperialistischen Friedens in heuchlerische pazifistische Phrasen.

England und seine Verbündeten halten die von ihnen eroberten deutschen Kolonien, einen Teil der Türkei usw. ebenfalls fest in der Hand und nennen es Kampf für einen „gerechten“ Frieden, wenn sie das Gemetzel endlos verlängern, um Konstantinopel zu erobern, Galizien zu versklaven, Österreich aufzuteilen und Deutschland zu ruinieren.

Was zu Beginn des Krieges die theoretische Überzeugung weniger war, wird zum Greifen klar für eine immer größer werdende Zahl klassenbewußter Arbeiter, nämlich die Wahrheit, daß von einem ernstem Kampf gegen den Krieg, von einem Kampf für die Abschaffung der Kriege und die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens nicht die Rede sein kann ohne den revolutionären Kampf der vom Proletariat geführten Massen jedes Landes gegen die eigene Regierung, ohne den Sturz der bürgerlichen

Herrschaft, ohne die sozialistische Umwälzung. Und der Krieg, der die Kräfte der Völker in beispiellosem Ausmaß beansprucht, ist es selbst, der die Menschheit diesem einzigen Ausweg aus der Sackgasse entgegenführt: er zwingt dazu, gewaltige Schritte vorwärts auf dem Wege des Staatskapitalismus zu machen, und zeigt so praktisch, wie die Wirtschaft planmäßig betrieben werden muß und betrieben werden kann nicht im Interesse der Kapitalisten, sondern mittels Enteignung der Kapitalisten, unter der Leitung des revolutionären Proletariats, im Interesse der Massen, die jetzt infolge der Hungersnot und anderen vom Krieg verursachten Unheils zugrunde gehen.

Je greifbarer diese Wahrheit wird, um so tiefer wird die Kluft zwischen den beiden in unversöhnlichem Gegensatz stehenden Tendenzen, den beiden Wegen der Politik, den beiden Richtungen der sozialistischen Arbeit, auf die wir bereits in Zimmerwald hinwiesen, als wir dort selbständig, als Zimmerwalder Linke auftraten und uns sofort nach Zimmerwald im Namen dieser Linken mit einem Manifest an alle sozialistischen Parteien und an alle klassenbewußten Arbeiter wandten. Es ist dies die Kluft zwischen dem Versuch, den offenkundig gewordenen Bankrott des offiziellen Sozialismus, den Übergang seiner Vertreter in das Lager der Bourgeoisie und der Regierungen zu verschleiern und die Massen mit diesem vollendeten Verrat am Sozialismus auszusöhnen, einerseits und andererseits dem Bestreben, das ganze Ausmaß dieses Bankrotts zu enthüllen, die bürgerliche Politik der vom Proletariat zur Bourgeoisie übergelaufenen „Sozialpatrioten“ zu entlarven, die Massen dem Einfluß dieser „Sozialpatrioten“ zu entreißen und die Möglichkeit sowie die organisatorischen Grundlagen für einen wirklichen Kampf gegen den Krieg zu schaffen.

Die Zimmerwalder Rechte, die in Zimmerwald die Mehrheit bildete, kämpfte mit aller Kraft gegen den Gedanken des Bruchs mit den Sozialpatrioten, der Gründung einer III. Internationale. Seitdem ist dieser Bruch in England endgültig Tatsache geworden, und in Deutschland hat die letzte Konferenz der „Opposition“ vom 7. Januar 1917 jedem, der nicht absichtlich die Augen verschließt, bewiesen, daß faktisch auch in diesem Land zwei unversöhnlich feindliche, in völlig entgegengesetzten Richtungen wirkende Arbeiterparteien bestehen: eine sozialistische, vorwiegend illegal tätige, zu deren Führern K. Liebknecht zählt, und eine andere, durch und durch bürgerliche, sozialpatriotische Partei, die die

Arbeiter mit dem Krieg und der Regierung aussöhnen möchte. Es gibt kein einziges Land in der Welt, in dem sich nicht die gleiche Spaltung zeigt.

In Kienthal verfügte die Zimmerwalder Rechte bereits nicht mehr über eine solche Mehrheit, daß sie *ihre* Politik hätte fortsetzen können; diese Rechte stimmte für die Resolution gegen das sozialpatriotische Internationale Sozialistische Büro, eine Resolution schärfster Verurteilung des Büros, sowie für die Resolution gegen den Sozialpazifismus, die die Arbeiter vor der Lüge der pazifistischen Phrasen warnt, wie sozialistisch sie auch aufgeputzt sein mögen. Der sozialistische Pazifismus, der den Arbeitern nicht klarmacht, daß die Hoffnung auf Frieden *ohne* den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung des Sozialismus eine Illusion ist, stellt nur einen Abklatsch des bürgerlichen Pazifismus dar, der den Arbeitern Vertrauen zur Bourgeoisie einflößt, die imperialistischen Regierungen und die Abmachungen, die sie untereinander getroffen haben, beschönigt und die Massen von der herangereiften, durch die Ereignisse auf die Tagesordnung gestellten sozialistischen Revolution ablenkt.

Und was hat sich gezeigt? Die Zimmerwalder Rechte ist nach Kienthal in einer Reihe der größten Länder – in Frankreich, in Deutschland, in Italien – voll und ganz zu diesem in Kienthal verurteilten und abgelehnten Sozialpazifismus hinabgeglitten! In Italien hat sich die Sozialistische Partei stillschweigend mit den pazifistischen Phrasen ihrer Parlamentsfraktion und ihres Hauptredners Turati abgefunden, obwohl gerade jetzt sowohl Deutschland und die Entente als auch die Vertreter der bürgerlichen Regierungen einer Reihe neutraler Länder, in denen die Bourgeoisie sich durch den Krieg unerhört bereichert hat und noch bereichert, mit genau denselben Phrasen kommen, obwohl sich gerade jetzt die ganze Verlogenheit dieser pazifistischen Phrasen vor aller Augen offenbart hat. Die pazifistischen Phrasen sind in Wirklichkeit nur eine Bemäntelung der neuen Wendung im Kampf um die Teilung der imperialistischen Beute!

In Deutschland ist Kautsky, das Haupt der Zimmerwalder Rechten, mit einem ebensolchen, nichts sagenden und zu nichts verpflichtenden pazifistischen Manifest hervorgetreten, das in Wirklichkeit den Arbeitern nur Hoffnung auf die Bourgeoisie einflößt und sie an Illusionen glauben macht, ein Manifest, von dem sich die wirklichen Sozialisten, wirklichen Inter-

nationalisten Deutschlands, die Gruppe „Internationale“ und die Gruppe „Internationale Sozialisten Deutschlands“, die die Taktik Karl Liebknechts in die Tat umsetzen, in aller Form abgrenzen mußten.

In Frankreich stimmen die Teilnehmer an der Zimmerwalder Konferenz, Merrheim und Bourderon, und der Teilnehmer an der Kienthaler Konferenz, Raffin-Dugens, für völlig hohle, ihrer objektiven Bedeutung nach durch und durch verlogene pazifistische Resolutionen, die für die imperialistische Bourgeoisie in der gegenwärtigen Situation derart *vor- teilhaft* sind, daß für diese Resolutionen sowohl Jouhaux als auch Renaudel gestimmt haben, die in jeder Erklärung Zimmerwalds und Kienthals des Verrats am Sozialismus beschuldigt wurden!

Die Einheit Merrheims mit Jouhaux, Bourderons und Raffin-Dugens' mit Renaudel bei dieser Abstimmung ist kein Zufall, keine vereinzelte Episode, sondern das anschaulichste Symbol der schon überall vorbereiteten *Verschmelzung* der Sozialpatrioten mit den Sozialpazifisten gegen die internationalen Sozialisten.

Die pazifistischen Phrasen in den Noten einer langen Reihe imperialistischer Regierungen, ebensolche pazifistische Phrasen bei Kautsky, Turati, Bourderon und Merrheim, die freundschaftlich den einen wie den anderen hingestreckte Hand Renaudels – das ist die Entlarvung des Pazifismus in der *wirklichen* Politik, seine Entlarvung als *Beruhigungsmittel* für die Völker, als ein Mittel, das es den Regierungen *leichter macht*, sich im weiteren Verlauf des imperialistischen Mordens die Gefügigkeit der Massen zu sichern!

In noch stärkerem Maße ist dieser völlige Bankrott der Zimmerwalder Rechten in der Schweiz zutage getreten, dem einzigen Land Europas, in dem sich die Zimmerwalder frei versammeln konnten und in dem sie ihre Basis hatten. Die sozialistische Partei der Schweiz, die ihre Parteitage während des Krieges ohne jede Behinderung durch die Regierung abhalten konnte, die mehr als alle andern die Möglichkeit hatte, den internationalen Zusammenschluß der deutschen, französischen und italienischen Arbeiter gegen den Krieg zu fördern, schloß sich formell Zimmerwald an.

Und einer der Führer dieser Partei, der Vorsitzende der Konferenzen in Zimmerwald und Kienthal, ein prominentes Mitglied und Vertreter der Berner Internationalen Sozialistischen Kommission, Nationalrat R. Grimm,

ging in der für die proletarische Partei entscheidenden Frage auf die Seite der Sozialpatrioten seines Landes über: in der Sitzung des Parteivorstands der schweizerischen sozialistischen Partei am 7. Januar 1917 setzte er den Beschluß durch, den Parteitag für unbestimmte Zeit zu vertagen, der speziell dazu einberufen werden sollte, um zur Vaterlandsverteidigung und zu den Beschlüssen von Kienthal, die den Sozialpazifismus verurteilen, Stellung zu nehmen!

In dem von der Internationalen Sozialistischen Kommission gezeichneten und vom Dezember 1916 datierten Aufruf bezeichnet Grimm die pazifistischen Phrasen der Regierungen als Heuchelei, sagt aber kein Wort über den sozialistischen Pazifismus, der Merrheim und Jouhau, Raffin-Dugens und Renaudel vereinigt hat. In diesem Aufruf fordert Grimm die sozialistischen Minderheiten zum Kampf gegen die Regierungen und ihre sozialpatriotischen Söldlinge auf, gleichzeitig aber *begräbt* er im Verein mit den „sozialpatriotischen Söldlingen“ innerhalb der schweizerischen Partei den Parteitag, worüber alle bewußten und aufrichtigen internationalistischen Arbeiter der Schweiz mit Recht entrüstet sind.

Keinerlei Ausreden können die Tatsache verhüllen, daß der Beschluß des Parteivorstands vom 7. Januar 1917 eben den vollen Sieg der schweizerischen Sozialpatrioten über die schweizerischen sozialistischen Arbeiter bedeutet, den Sieg der schweizerischen Gegner Zimmerwalds über Zimmerwald.

Die Zeitung der konsequenten und offenen Diener der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, der „Grütliener“, hat eine jedermann bekannte Tatsache ausgesprochen, als sie schrieb, daß die Sozialpatrioten vom Typus Greulich und Pflüger – zu denen man Seidel, Huber, Lang, Schneeberger, Dürr usw. hinzufügen kann und muß – den Parteitag nicht zulassen wollen, die Entscheidung der Frage der Vaterlandsverteidigung durch die Arbeiter nicht zulassen wollen und mit der *Niederlegung* ihrer Mandate drohen, falls der Parteitag einberufen wird und einen Beschluß im Sinne Zimmerwalds annimmt.

Grimm hat sowohl in der Sitzung des Parteivorstands als auch in seiner Zeitung „Berner Tagwacht“ vom 8. I. 1917 eine empörende, nicht zu duldennde Unwahrheit gesagt, als er die Vertagung des Parteitags damit zu rechtfertigen suchte, daß die Arbeiter unvorbereitet seien, eine Kampagne

gegen die Teuerung notwendig sei, die „Linken“ selbst mit der Vertagung einverstanden seien usw.

In Wirklichkeit waren es gerade die Linken, d. h. die aufrichtigen Zimmerwalder, die – um einerseits das kleinere Übel zu wählen, andererseits aber die wahren Absichten der Sozialpatrioten und ihres neuen Freundes Grimm zu entlarven – vorschlugen, den Parteitag bis zum *März* zu vertagen, dann für die Verschiebung auf den *Mai* stimmten und schließlich den Vorschlag machten, den Kantonalvorständen eine Frist bis zum *Juli* zu setzen, Vorschläge, die von den „Vaterlandsverteidigern“ mit R. Grimm, dem Vorsitzenden der Zimmerwalder und der Kienthaler Konferenz, an der Spitze, *s ä m t l i c h* abgelehnt wurden!!

In Wirklichkeit stand die Frage einzig und allein so: entweder dulden, daß die Berner Internationale Sozialistische Kommission und die Zeitung Grimms mit Geschimpfe über die *ausländischen* Sozialpatrioten herziehen, die *schweizerischen* Sozialpatrioten hingegen *decken* – zuerst durch Schweigen, dann durch das Überlaufen R. Grimms –, oder eine ehrliche internationalistische Politik betreiben und vor allem gegen die Sozialpatrioten des *eigenen* Landes kämpfen.

In Wirklichkeit stand die Frage so: entweder die Herrschaft der Sozialpatrioten und Reformisten in der schweizerischen Partei durch revolutionäre Phrasen verhüllen oder gegen sie mit einem *revolutionären* Programm und mit einer *revolutionären* Taktik sowohl in der Frage des Kampfes gegen die Teuerung als auch in der Frage des Kampfes gegen den Krieg auftreten und den Kampf für die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung setzen.

In Wirklichkeit stand die Frage so: entweder dulden, daß Zimmerwald die *schlimmsten* Traditionen der schmählich zusammengebrochenen II. Internationale übernimmt, daß man den Arbeitermassen verbirgt, was ihre Führer im Parteivorstand beschließen und reden, daß die revolutionäre Phrase den sozialpatriotischen und reformistischen Unflat verdeckt, oder *wirklich* Internationalisten sein.

In Wirklichkeit stand die Frage nur so: *entweder* auch in der Schweiz, deren Partei erstrangige Bedeutung für die ganze Zimmerwalder Vereinigung hat, eine klare, grundsätzliche, politisch ehrliche Trennung fordern zwischen Sozialpatrioten und Internationalisten, zwischen bürgerlichen Reformisten und Revolutionären, zwischen Ratgebern des Prole-

tariats, die ihm helfen, die sozialistische Revolution durchzuführen, und Agenten oder „Söldlingen“ der Bourgeoisie, die durch Reformen und Reformversprechen die Arbeiter von der Revolution ablenken wollen, zwischen den Grütlianern und der sozialistischen Partei – *oder* das Bewußtsein der Arbeiter verwirren und zersetzen, indem man innerhalb der sozialistischen Partei eben die „grütlianische“ Politik der Grütlianer, der Sozialpatrioten in der eigenen sozialistischen Partei, betreibt.

Mögen die schweizerischen Sozialpatrioten, diese „Grütlianer“, die durch ihre Tätigkeit innerhalb der Partei die grütlianische Politik, d. h. die Politik ihrer nationalen Bourgeoisie, durchsetzen wollen, auf die Ausländer schimpfen, mögen sie sich zum Anwalt der „Unantastbarkeit“ der schweizerischen Partei machen, ihrer „Unantastbarkeit“ in bezug auf die von anderen Parteien geübte Kritik, mögen sie die alte, bürgerlich-reformistische Politik vertreten, genau die gleiche Politik, die zum Bankrott der deutschen und anderer Parteien am 4. August 1914 geführt hat – wir, die wir nicht bloß in Worten, sondern in der Tat Anhänger Zimmerwalds sind, verstehen unter Internationalismus etwas anderes.

Wir sind nicht gewillt zu schweigen angesichts des vollends offenbar gewordenen und vom Vorsitzenden der Zimmerwalder und der Kienthaler Konferenz persönlich sanktionierten Bestrebens, im verfaulten europäischen Sozialismus alles beim alten zu lassen und durch heuchlerische Beteuerungen der Solidarität mit K. Liebknecht der wirklichen Losung dieses Führers der internationalen Arbeiter, seinem Appell, die alten Parteien „von der Haut bis zum Mark zu regenerieren“, *Kraft und Wirksamkeit zu nehmen*. Wir sind überzeugt, daß alle klassenbewußten Arbeiter, die in der ganzen Welt K. Liebknecht und seine Taktik mit Begeisterung begrüßten, auf unserer Seite sind.

Wir entlarven offen die Zimmerwalder Rechte, die zum bürgerlich-reformistischen Pazifismus übergegangen ist.

Wir entlarven offen den von R. Grimm an Zimmerwald begangenen Verrat und fordern die Einberufung einer Konferenz, die über seine Abberufung aus der Internationalen Sozialistischen Kommission beschließen soll.

Das Wort Zimmerwald ist die Losung des internationalen Sozialismus und des revolutionären Kampfes. Dieses Wort soll nicht der Verhüllung des Sozialpatriotismus und bürgerlichen Reformismus dienen.

Für einen wirklichen Internationalismus, der den Kampf mit den Sozialpatrioten *vor allem* im eigenen Lande fordert! Für eine wirklich revolutionäre Taktik, die Kompromisse mit den Sozialpatrioten *gegen* die sozialistischen und revolutionären Arbeiter ausschließt!

*Geschrieben Ende Dezember 1916 (a. St.).*

*Zuerst veröffentlicht 1924 in der  
Zeitschrift „Proletarskaja  
Rewoluzija“ Nr. 5 (28).*

*Nach dem Manuskript.*

## EIN VORTRAG ÜBER DIE REVOLUTION VON 1905 <sup>92</sup>

Jugendgenossen, Parteigenossen und -genossinnen!

Wir feiern heute den zwölften Jahrestag des „blutigen Sonntags“, der mit Recht als Beginn der russischen Revolution betrachtet wird.

Tausende von Arbeitern – wohlgemerkt keine Sozialdemokraten, sondern religionsfromme, kaiserfromme Leute – unter der Führung des Priesters Gapon gehen von allen Stadtteilen aus zum Zentrum der Hauptstadt, zum Platze vor dem Winterpalast, um dem Zaren eine Petition zu überreichen. Die Arbeiter gehen mit Heiligenbildern, und ihr damaliger Führer Gapon versicherte dem Zaren schriftlich, er bürge ihm für die Unverletzlichkeit seiner Person und bitte ihn, vor dem Volke zu erscheinen.

Das Militär wird aufgeboten. Ulanen und Kosaken greifen die Menge mit der blanken Waffe an, es wird geschossen gegen die waffenlosen Arbeiter, die auf den Knien die Kosaken anflehten, sie zum Kaiser zu lassen. Nach polizeilichen Mitteilungen gab es mehr als tausend Tote, mehr als zweitausend Verwundete. Die Erbitterung der Arbeiter war unbeschreiblich.

Das ist das allgemeine Bild des 22. Januar 1905, des blutigen Sonntags.

Um Ihnen die geschichtliche Bedeutung dieses Ereignisses anschaulicher zu machen, werde ich einige Stellen aus der Arbeiterpetition verlesen. Die Petition beginnt folgendermaßen:

„Wir Arbeiter, Bewohner von Petersburg, kommen zu Dir. Wir sind elende, beschimpfte Sklaven, und erstickt von Despotismus und Willkür. Als die Grenze der Geduld erreicht war, stellten wir die Arbeit ein und baten unsere Herren, uns nur das zu geben, ohne das das Leben eine Qual ist. Aber alles wurde abgelehnt, alles ist nach der Meinung der Fabrikanten ungesetzlich. Wir hier, viele Tausende, sowie das ganze rus-

sische Volk, haben keine Menschenrechte. Durch Deine Beamten sind wir Sklaven geworden.“ Die Petition zählt die Forderungen auf: Amnestie, öffentliche Freiheiten, den Normalarbeitslohn, die allmähliche Übergabe des Grund und Bodens an das Volk, die Einberufung einer Konstituante auf Grund von allgemeinen und gleichen Wahlen, und schließt mit den Worten:

„Kaiser! Hilf Deinem Volke! Vernichte die Scheidewand zwischen Dir und dem Volke! . . . Befehl die Erfüllung unserer Bitten, und Du machst Rußland glücklich; wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: Freiheit und das Glück oder das Grab.“

Es wird einem eigentümlich zumute, wenn man jetzt die Petition der ungebildeten, analphabetischen, von einem patriarchalischen Priester geführten Arbeiter liest. Unwillkürlich drängt sich die Parallele auf zwischen dieser naiven Petition und den heutigen Friedensresolutionen der Sozialpazifisten, d. h. Leuten, die Sozialisten sein wollen und die in Wirklichkeit nur bürgerliche Phraseure sind. Die ungebildeten Arbeiter des vorrevolutionären Rußlands wußten nicht, daß der Zar das Haupt einer herrschenden Klasse ist, nämlich der Großgrundbesitzer, die schon durch tausend Fäden mit der Großbourgeoisie verkoppelt sind und die ihre Monopole, Privilegien und Gewinne mit allen Mitteln der Gewalt zu schützen entschlossen sind. Die heutigen Sozialpazifisten, die für „hochgebildete“ Leute – Scherz beiseite! – gelten wollen, wissen nicht, daß von den bürgerlichen Regierungen, die den imperialistischen, den Raubkrieg führen, einen „demokratischen“ Frieden zu erwarten ebenso dumm ist wie der Gedanke, man könne mit friedlichen Petitionen den Blutzaren zu demokratischen Reformen bewegen.

Der große Unterschied bei alledem ist der, daß die heutigen Sozialpazifisten zu einem geraumen Teil Heuchler sind, die das Volk durch gütliches Zureden vom revolutionären Kampfe ablenken wollen, während die ungebildeten russischen Arbeiter des vorrevolutionären Rußlands durch ihre Taten bewiesen haben, daß sie aufrichtige Leute waren, die zum ersten Male zum politischen Bewußtsein erwachten.

Eben in diesem Erwachen der ungeheuren Volksmassen zum politischen Bewußtsein und zu revolutionärem Kampfe besteht die geschichtliche Bedeutung des 22. Januar 1905.

„Es gibt noch kein revolutionäres Volk in Rußland“ – so hat zwei Tage vor dem „blutigen Sonntag“ der damalige Führer der russischen Liberalen

geschrieben, Herr Peter Struve, der damals ein illegales, freies, ausländisches Organ herausgab. So absurd erschien diesem „hochgebildeten“, hochnäsigen und hochdummen Führer der bürgerlichen Reformisten die Idee, daß ein analphabetisches Bauernland ein revolutionäres Volk gebären kann! So fest waren die damaligen – ganz wie die heutigen – Reformisten davon überzeugt, daß eine wirkliche Revolution unmöglich sei!

Vor dem 22. (nach der russischen Zeitrechnung 9.) Januar 1905 bestanden die revolutionären Parteien Rußlands aus einem kleinen Häuflein von Leuten – eine „Sekte“ beschimpften uns die damaligen (ganz wie die heutigen!) Reformisten. Einige hundert revolutionäre Organisatoren, einige tausend Mitglieder der Lokalorganisationen, ein halbes Dutzend nicht öfter als monatlich erscheinender revolutionärer Blätter – die hauptsächlich im Auslande publiziert waren und mit enormen Schwierigkeiten und Opfern nach Rußland hineingeschuggelt waren –, das waren die revolutionären Parteien Rußlands und die revolutionäre Sozialdemokratie an ihrer Spitze vor dem 22. Januar 1905. Das gab den ebenso bornierten wie hochmütigen Reformisten das formelle Recht, zu behaupten, es gebe noch kein revolutionäres Volk in Rußland.

In einigen Monaten sah es vollständig anders aus! Hunderte revolutionäre Sozialdemokraten wuchsen „plötzlich“ zu Tausenden an, Tausende wurden zu Führern von 2 bis 3 Millionen Proletariern. Der proletarische Kampf erzeugte eine große Gärung, teilweise eine revolutionäre Bewegung, innerhalb der Masse von 50 bis 100 Millionen Bauern, die Bauernbewegung erzeugte Sympathie im Heere und führte zu Militäraufständen, zu bewaffneten Kämpfen eines Teiles des Heeres gegen einen anderen Teil. So geriet das ungeheure Land mit 130 Millionen Einwohnern in die Revolution, so ist aus dem schlafenden Rußland das Rußland des revolutionären Proletariats und des revolutionären Volkes entstanden.

Diesen Übergang gilt es zu studieren, seine Möglichkeit, seine sozusagen Methoden oder Wege gilt es zu begreifen.

Das wichtigste Mittel dieses Übergangs war der *Massenstreik*. Die Eigentümlichkeit der russischen Revolution besteht eben darin, daß sie nach ihrem sozialen Inhalte eine *bürgerlich-demokratische*, nach ihren Kampfmitteln aber eine *proletarische* war. Sie war bürgerlich-demokratisch, weil das, was sie unmittelbar erstrebte und unmittelbar, mit ihren eigenen Kräften, erreichen konnte, die demokratische Republik, Achtstun-

dentag, Konfiskation des enormen Großgrundbesitzes der Adligen war – alles Maßnahmen, die die bürgerliche Revolution in Frankreich in den Jahren 1792 und 1793 zum großen Teil verwirklicht hat.

Die russische Revolution war gleichzeitig eine proletarische nicht nur in dem Sinne, daß das Proletariat die führende Kraft, die Avantgarde der Bewegung darstellte, sondern auch in dem Sinne, daß das spezifisch proletarische Kampfmittel, nämlich *der Streik*, das Hauptmittel der Aufrüttelung der Massen und das am meisten Charakteristische im wellenmäßigen Gang der entscheidenden Ereignisse bildete.

Die russische Revolution ist *die erste* – sie wird sicher nicht die letzte – große Revolution in der Weltgeschichte sein, in der der politische Massenstreik eine ungemein große Rolle spielte. Ja, man kann nicht einmal die Vorgänge der russischen Revolution, den Wechsel ihrer politischen Formen verstehen, ohne *die Grundlage* dieser Vorgänge und dieses Wechsels in der *Statistik der Streiks* zu suchen.

Ich weiß sehr wohl, wie ungeeignet die trockenen statistischen Zahlen zu einem mündlichen Vortrag sind, wie sie die Zuhörer abschrecken können. Ich kann aber nicht umhin, Ihnen ein paar abgerundete Zahlen mitzuteilen, damit Sie die wirkliche, objektive Grundlage der ganzen Bewegung würdigen können. Die jährliche Durchschnittszahl der Streikenden in Rußland während *zehn* Jahren vor der Revolution war 43 000. Also die Gesamtsumme der Streikenden in einem ganzen Jahrzehnt vor der Revolution – 430 000. Im Januar 1905, in dem ersten Monat der Revolution, war die Zahl der Streikenden 440 000. Also in *einem* einzigen Monate *mehr* als im ganzen verflossenen Jahrzehnt!

In keinem kapitalistischen Lande der Welt – selbst in den vorgeschrittensten Ländern so wie England, den Vereinigten Staaten Amerikas, Deutschland – hat die Welt je eine so große Streikbewegung erlebt wie in Rußland im Jahre 1905. Die Gesamtzahl der Streikenden war 2 Millionen 800 Tausend, mehr als anderthalb mal so groß wie die Gesamtsumme der Fabrikarbeiter! Das beweist natürlich nicht, daß die städtischen Fabrikarbeiter in Rußland gebildeter oder stärker oder kampffähiger waren als ihre Brüder in Westeuropa. Das Gegenteil davon ist wahr.

Das beweist aber, wie groß die schlummernde Energie des Proletariats überhaupt sein kann. Das beweist, daß in einer revolutionären Periode das Proletariat eine – ich sage es ohne jegliche Übertreibung, auf Grund

der genauesten Daten der russischen Geschichte –, eine *hundertmal* größere Kampfeskraft entwickeln *kann* als zu gewöhnlichen, ruhigen Zeiten. Das beweist, daß die Menschheit bis zum Jahre 1905 noch nicht gewußt hat, wie enorm, wie großartig die Steigerung der Kräfte des Proletariats sein kann und sein wird, wenn es gilt, wirklich um große Ziele, wirklich revolutionär zu kämpfen!

Die Geschichte der russischen Revolution zeigt uns, daß es eben die Avantgarde, die Elite der Lohnarbeiterschaft gewesen ist, die mit größter Zähigkeit und mit größtem Opfermut den Kampf führte. Je größer der Umfang der Fabriken, desto ausdauernder waren die Streiks, desto öfter die Fälle der Wiederholung der Streiks in einem und demselben Jahre. Je größer die Stadt, desto höher die Rolle des Proletariats im Kampfe. Drei große Städte, die die intelligenteste und zahlreichste Arbeiterschaft besitzen, nämlich Petersburg, Riga und Warschau, zeigen eine ungemein höhere Zahl der Streikenden im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter als alle anderen Städte, geschweige das platte Land.

Die Metallarbeiter stellen in Rußland – wie wohl auch in anderen kapitalistischen Ländern – die Avantgarde des Proletariats. Und da sehen wir folgende lehrreiche Tatsache: jedes Hundert von Fabrikarbeitern in Rußland im allgemeinen stellte im Jahre 1905 – 160 Streikende. Demgegenüber stellte jedes Hundert von *Metallarbeitern* in demselben Jahre – 320 Streikende! Man hat ausgerechnet, daß ein jeder russische Fabrikarbeiter im Durchschnitt im Jahre 1905 10 Rubel – etwa 26 Franken nach dem Kurse vor dem Kriege – Verlust infolge der Streiks erlitten, sozusagen dem Kampfe geopfert hat. Nehmen wir aber die Metallarbeiter allein, dann bekommen wir eine *dreimal so hohe* Summe! Die besten Elemente der Arbeiterklasse gingen voran, die Zögernden hinreißend, die Schlafenden erweckend, die Schwachen ermutigend.

Ganz eigenartig war die Verflechtung der *ökonomischen* und der politischen Streiks während der Revolution. Kein Zweifel, erst der innigste Zusammenhang dieser beiden Formen der Streiks hat die große Kraft der Bewegung verbürgt. Die breite Masse der Ausgebeuteten würde man nie in eine revolutionäre Bewegung hineinreißen können, wenn diese Masse nicht täglich vor sich Beispiele zu sehen bekäme, wo die Lohnarbeiter verschiedenster Branchen unmittelbare, sofortige Verbesserungen ihrer Lage von den Kapitalisten erzwängen. Ein neuer Geist kam durch diesen Kampf

in die ganze Masse des russischen Volkes. Erst jetzt wurde der alte Adam des leibeigenen, bärenhäuterischen, patriarchalischen, frommen, gehorsamen Rußlands wirklich ausgezogen; erst jetzt bekam das russische Volk eine wirklich demokratische, wirklich revolutionäre Erziehung. Wenn die bürgerlichen Herrschaften und ihre kritiklosen Nachtreter, die sozialistischen Reformisten, von der „Erziehung“ der Massen mit so viel Wichtigtuerei sprechen, dann meinen sie gewöhnlich etwas Schulmeisterliches, Pedantisches, die Massen Demoralisierendes, ihnen die bürgerlichen Vorurteile Einimpfendes.

Die wirkliche Erziehung der Massen kann niemals getrennt vom und außerhalb vom selbständigen politischen und besonders revolutionären Kampf der Masse selbst geschehen. Erst der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont, steigert ihre Fähigkeit, klärt ihren Verstand auf, stählt ihren Willen. Und deshalb waren selbst die Reaktionäre anzuerkennen gezwungen, daß das Kampfesjahr 1905, das „tolle Jahr“, das patriarchalische Rußland definitiv zu Grabe getragen hat.

Betrachten wir näher das Verhältnis der Metallarbeiter und der Textilarbeiter in Rußland während ihrer Streikkämpfe im Jahre 1905. Die Metallarbeiter sind die bestbezahlten, intelligentesten, kulturell am höchsten stehenden Proletarier. Die Textilarbeiter, deren Zahl in Rußland im Jahre 1905 mehr als zweieinhalbmal so groß war als die der Metallarbeiter, bilden die rückständigste Masse, die schlechtest bezahlte, die noch vielfach ihre Verbindung mit ihren Bauernfamilien auf dem Lande nicht definitiv gelöst haben. Und da sehen wir folgende sehr wichtige Tatsache:

Die Metallarbeiterstreiks zeigen uns während des ganzen Jahres 1905 das Übergewicht der politischen Streiks über die ökonomischen, namentlich am Ende des Jahres. Demgegenüber sehen wir bei den Textilarbeitern am Anfange des Jahres 1905 ein sehr großes Übergewicht der ökonomischen Streiks, das sich nur am Ende des Jahres in das Übergewicht der politischen Streiks umwandelt. Es ist also klar, daß nur der ökonomische Kampf, nur der Kampf um sofortige, unmittelbare Verbesserungen ihrer Lage die zurückgebliebensten Schichten der ausgebeuteten Masse aufzurütteln vermag, ihnen wirkliche Erziehung gibt und – in einer Revolutionsepoche – während weniger Monate aus ihnen eine Truppe politischer Kämpfer bildet.

Dazu war auch natürlich nötig, daß die Vortruppen der Arbeiterschaft unter dem Klassenkampf nicht den Kampf für die Interessen einer kleinen Oberschicht verstehen – wie es die Reformisten allzuoft den Arbeitern vortäuschen –, sondern daß die Proletarier wirklich als Avantgarde der Mehrheit der Ausgebeuteten auftreten, diese Mehrheit selbst in den Kampf hineinreißen, wie es in Rußland 1905 geschehen ist und wie es zweifelsohne in der kommenden proletarischen Revolution in Europa geschehen muß und geschehen wird.

Der Anfang des Jahres 1905 brachte die erste große Welle der Streikbewegung im ganzen Lande. Schon im Frühling dieses Jahres sehen wir das Erwachen der ersten großen, nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen *Bauernbewegung* in Rußland. Was für epochemachende Bedeutung dieser Umschwung hat, das wird nur der verstehen können, der sich vergegenwärtigt, daß die Bauernschaft in Rußland erst im Jahre 1861 die schlimmste Leibeigenschaft losgeworden ist, daß die Bauern meistens Analphabeten sind, in furchtbarer Not, durch Großgrundbesitzer erdrückt, durch Pfaffen verdummt, durch die enormen Distanzen und fast vollständige Wegelosigkeit isoliert leben.

Zum ersten Male hat Rußland im Jahre 1825 eine revolutionäre Bewegung gegen den Zarismus gesehen, und diese Bewegung war fast ausschließlich durch die Adligen vertreten. Seitdem und bis zum Jahre 1881, als Alexander der Zweite durch die Terroristen hingerichtet wurde, sind die Intellektuellen aus dem Mittelstand an die Spitze der Bewegung getreten. Sie haben den höchsten Opfermut entwickelt und die ganze Welt durch ihre heldenhafte terroristische Methode des Kampfes in Erstaunen gesetzt. Sicher fielen diese Opfer nicht umsonst, sicher haben sie – sowohl in direkter als auch in indirekter Weise – zur späteren revolutionären Erziehung des russischen Volkes beigetragen. Aber ihr unmittelbares Ziel, das Erwachen einer Volksrevolution, haben sie nicht erreicht und nicht erreichen können.

Erst dem revolutionären Kampfe des Proletariats ist es gelungen. Erst die Wellen des Massenstreiks, indem sie über das ganze Land gingen, im Zusammenhange mit den grauenhaften Lehren des imperialistischen Russisch-Japanischen Krieges, haben die breite Masse der Bauernschaft aus ihrer Lethargie geweckt. Das Wort „Streiker“ hat bei den Bauern eine neue Bedeutung bekommen: es hieß annähernd so etwas wie Rebell,

Revolutionär, was früher durch das Wort „Student“ ausgedrückt wurde. Während aber der „Student“ dem Mittelstande angehörte, den „studierten“ Leuten, den „Herrschaften“ angehörte, entfremdete er sich dem Volke. Der „Streiker“, der kam selbst aus dem Volke, der gehörte selbst zu den Ausgebeuteten, der kam so oft aufs Land, aus Petersburg ausgewiesen, und erzählte den Dorfgenossen von der Feuersbrunst, die die Städte ergriffen hat und die sich gegen die Adligen sowohl wie gegen die Kapitalisten richtete. Ein neuer Typus erschien im russischen Dorfe, der junge Bauer, ein sogenannter „Bewußter“. Er verständigte sich mit den „Streikern“, er las Zeitungen und erzählte den Bauern die Ereignisse in den Städten, er klärte die Dorfgenossen über die Bedeutung der politischen Forderungen auf, er spornte sie zum Kampfe gegen die adeligen Grundbesitzer, gegen die Pfaffen und die Beamten an.

Die Bauern versammelten sich in Gruppen, besprachen ihre Lage und griffen allmählich zum Kampfe: in Scharen zogen sie gegen die Grundbesitzer, zündeten ihre Paläste und herrschaftlichen Häuser an oder plünderten ihre Vorräte, nahmen Getreide und andere Lebensmittel, setzten die Polizeibeamten ab, forderten die Übergabe des Grund und Bodens, der ungeheuren Latifundien der Adligen an das Volk.

Im Frühling 1905 war die Bauernbewegung noch in ihrem Anfange, sie ergriff nur die Minderheit der Distrikte, nämlich annähernd nur ein Siebtel der Distrikte.

Aber die Vereinigung des proletarischen Massenstreiks in den Städten mit der Bauernbewegung auf dem Lande genügte schon, um auch die „festeste“ und die letzte Stütze des Zarismus ins Schwanken zu bringen. Ich meine die Armee.

Es beginnen *Militäraufstände* in der Marine sowohl wie im Heere. Alle großen Wellenaufstiege der Streikbewegung und der Bauernbewegung während der Revolution sind von Militäraufständen in allen Teilen Rußlands begleitet. Wohl der berühmteste dieser Aufstände ist die Meuterei des Schlachtschiffes „Fürst Potjomkin“ in der Schwarzmeerflotte, das in die Hände der Aufständischen geriet, an der Revolution in Odessa teilgenommen hat und sich nach der Niederlage dieser Revolution sowohl wie nach den mißlungenen Versuchen, andere Häfen (z. B. Feodossija in der Krim) zu erobern, den rumänischen Behörden in Konstanza übergeben hat.

Eine kleine Szene aus dieser Rebellion der Schwarzmeerflotte gestatten Sie mir wohl, Ihnen ausführlich zu beschreiben, damit Sie ein konkretes Bild von den Vorgängen auf dem höchsten Punkte der Bewegung haben können:

„Die Zusammenkünfte revolutionärer Arbeiter und Matrosen wurden organisiert; sie wurden immer häufiger. Da Militärpersonen zu den Arbeitermeetings nicht zugelassen wurden, begannen die Arbeiter in Massen die Soldatenmeetings zu besuchen. Man kam zu Tausenden zusammen. Die Idee des gemeinschaftlichen Vorgehens fand begeisterte Aufnahme. In den fortschrittlichen Kompanien wurden Delegierte gewählt.

Nummehr hielten es die Militärbehörden an der Zeit, einzuschreiten. Die Versuche einzelner Offiziere, in den Meetings ‚patriotische‘ Reden zu halten, ergaben die kläglichsten Resultate: die in Diskussionen geübten Matrosen schlugen ihre Vorgesetzten in schmäbliche Flucht. Nach Fehlschlagen dieses Mittels wurde beschlossen, die Meetings überhaupt zu untersagen. Am Morgen des 24. November 1905 wurde vor den Toren der Marinekaserne eine Kampfkompanie in voller Ausrüstung aufgestellt. Der Konteradmiral Pissarewski erteilte allen vernehmbar den Befehl: ‚Niemand aus den Kasernen hinauslassen! Im Falle der Gehorsamsverweigerung — schießen!‘ Aus der Kompanie, an die dieser Befehl gerichtet war, trat der Matrose Petrow vor, lud vor den Augen aller sein Gewehr, tötete mit dem einen Schuß den Oberstleutnant Stein vom Bialystoker Regiment und verwundete mit dem zweiten den Konteradmiral Pissarewski. Es erscholl das Kommando des Offiziers: ‚Verhaftet ihn!‘ Niemand rührte sich von der Stelle. Petrow warf sein Gewehr zu Boden. ‚Warum steht ihr denn? Nehmt mich doch fest!‘ Er wurde verhaftet. Die von allen Seiten herbeigeströmten Matrosen forderten stürmisch seine Freilassung, indem sie erklärten, daß sie für ihn Bürgschaft leisteten. Die Erregung hatte den Höhepunkt erreicht.

— ‚Petrow, der Schuß ist dir ganz zufällig losgegangen?‘ — fragte ihn der Offizier, um sich einen Ausweg zu schaffen.

— ‚Ach was zufällig! Wenn man vortritt, ladet und anlegt, ist das etwa zufällig?‘

— ‚Die Mannschaften fordern deine Freilassung‘ . . .

Und Petrow wurde freigelassen. Die Matrosen wollten dabei nicht stehenbleiben. Alle diensthabenden Offiziere wurden verhaftet, entwaffnet und in die Kanzlei abgeführt. . . . Die Delegierten der Matrosen, etwa 40 Mann, konferierten die ganze Nacht hindurch. Es wurde beschlossen, die Offiziere zu enthaften, sie aber nicht mehr in die Kasernen einzulassen.“ . . .

Dieses kleine Bild illustriert Ihnen, wie sich die Vorgänge in den meisten Militäraufständen abspielten. Die revolutionäre Gärung im Volke konnte nicht umhin, auch das Militär zu ergreifen. Namentlich die Elemente der Kriegsmarine und des Heeres, die am meisten aus der industriellen Arbeiterschaft rekrutiert waren, die am meisten technische Vorbildung erheischten, z. B. die *Sappeurs*, stellten die Führer der Bewegung. Aber die große Masse war noch zu naiv, zu friedlich, zu gutmütig, zu christlich gestimmt. Sie loderte ziemlich leicht empor, jeder Fall von Ungerechtigkeit, zu schroffes Verhalten der Offiziere, schlechte Kost usw. konnte die Empörung hervorrufen. Aber die Ausdauer fehlte, es mangelte an klarem Bewußtsein der Aufgabe, man verstand nicht, daß nur das energischste Fortführen des bewaffneten Kampfes, nur der Sieg über alle militärischen und zivilen Behörden, nur die Niederwerfung der Regierung und Besitzergreifung der Macht im ganzen Staate die einzige Bürgschaft des Erfolges der Revolution sein konnte.

Die große Masse der Matrosen und der Soldaten empörte sich leicht, aber ebenso leicht machte sie die naive Dummheit, die verhafteten Offiziere wieder zu enthaften, sie ließ sich durch Versprechungen und Überredungen der Behörden zur Beruhigung bewegen – die Behörden gewannen so die kostbare Zeit, riefen Verstärkungen hinzu, zerklüfteten die Kräfte der Aufständischen, und schließlich kam immer die grausamste Unterdrückung und Hinrichtung der Führer.

Es ist besonders interessant, die Militäraufstände in Rußland im Jahre 1905 mit dem Militäraufstand der Dekabristen im Jahre 1825 zu vergleichen. Damals waren es fast ausschließlich die Offiziere, und namentlich die adligen Offiziere, die, durch Berührung mit den demokratischen Ideen Europas während der Napoleonischen Kriege infiziert, die politische Bewegung leiteten. Die Masse der Soldaten, die damals noch aus leib-eigenen Bauern bestand, verhielt sich passiv.

Das gerade Gegenteil davon zeigt uns die Geschichte des Jahres 1905. Die Offiziere waren, mit wenigen Ausnahmen, entweder bürgerlich-liberal, reformistisch, oder aber direkt konterrevolutionär gestimmt. Die Arbeiter und die Bauern im Soldatenrock bildeten die Seele der Aufstände: die Bewegung wurde volkstümlicher, sie ergriff zum ersten Male in der Geschichte Rußlands die Mehrheit der Ausgebeuteten. Was fehlte, das war einerseits die Ausdauer, die Entschlossenheit der Massen, die zuviel

an Vertrauensduselei litten, andererseits aber die Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter im Militärrock, die zuwenig verstanden haben, die Leitung in ihre Hände zu nehmen, sich an die Spitze der revolutionären Armee zu stellen und offensiv gegen die Regierungsgewalt vorzugehen.

Nebenbei sei bemerkt, diese beiden Mängel werden nicht nur durch die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus, sondern auch durch den jetzigen Krieg – vielleicht langsamer, als wir es wünschen, aber mit Sicherheit – aus der Welt geschafft . . .

Jedenfalls gibt uns die Geschichte der russischen Revolution sowie auch die Geschichte der Pariser Kommune im Jahre 1871 die unabweibare Lehre, daß der Militarismus nie und keinesfalls auf irgendwelche andere Art und Weise überwunden und abgeschafft werden kann als durch den siegreichen Kampf eines Teils des Volksheeres gegen den anderen Teil. Es genügt nicht, den Militarismus zu verwünschen, zu verfluchen, „abzulehnen“, seine Schädlichkeit mit der Kritik der Argumente zu beweisen, es ist dumm, den Dienst friedlich zu verweigern – es gilt, das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats wachzuhalten, und zwar nicht nur im allgemeinen, sondern auch seine besten Elemente im konkreten dazu vorzubereiten, im Momente der höchsten Gärung im Volke sich an die Spitze der revolutionären Armee zu stellen.

Dasselbe lehrt uns die tagtägliche Erfahrung eines beliebigen kapitalistischen Staates. Jede „kleine“ Krise, die ein solcher Staat erlebt, zeigt uns im Kleinen die Elemente und die Keime der Kämpfe, die sich bei einer großen Krise unvermeidlich im Großen wiederholen müssen. Und was ist z. B. jeder Streik anderes als eine kleine Krise der kapitalistischen Gesellschaft? Hatte nicht der preußische Minister des Innern, Herr von Puttkamer, recht gehabt, als er den berühmten Ausspruch machte: „In jedem Streik lauert die Hydra der Revolution“? Beweist uns nicht das Militäraufgebot während der Streiks in allen, selbst den – mit Verlaub zu sagen: friedlichsten – und „demokratischsten“ kapitalistischen Ländern, wie es in wirklich großen Krisenzeiten aussehen wird?

Aber ich muß zur Geschichte der russischen Revolution zurück.

Ich habe zu schildern versucht, wie die proletarischen Streiks das ganze Land und die breitesten, die rückständigsten Schichten der Ausgebeuteten

aufgerüttelt haben, wie die Bauernbewegung begann, wie sie durch Militäraufstände begleitet wurde.

Im Herbst 1905 kam die gesamte Bewegung auf ihren Höhepunkt. Am 19. (6.) August erschien die Proklamation des Zaren über die Schaffung einer Reichsvertretung. Die sogenannte Bulyginsche Duma wurde geschaffen auf Grund des Wahlgesetzes, das nur eine lächerlich kleine Zahl von Wahlberechtigten schuf und diesem eigenartigen „Parlament“ keine gesetzgeberische, sondern nur *beratende*, konsultative Kraft verlieh!!

Die Bürgerlichen, die Liberalen, die Opportunisten waren bereit, das „Geschenk“ des erschrockenen Zaren mit beiden Händen zu ergreifen. Wie alle Reformisten, so haben auch unsere Reformisten im Jahre 1905 nicht verstehen können, daß es geschichtliche Situationen gibt, wo die Reformen und besonders die Versprechungen von Reformen den *ausschließlichen* Zweck verfolgen, die Gärung des Volkes zu beschwichtigen, die revolutionäre Klasse zu bewegen, ihren Kampf einzustellen oder mindestens zu schwächen.

Die revolutionäre Sozialdemokratie Rußlands hat den wahren Charakter dieser Oktroyierung, dieses Geschenks einer Scheinkonstitution im August 1905 recht gut verstanden. Und deshalb stellte sie, keinen Augenblick zögernd, die Parole auf: Fort mit der „beratenden“ Duma! Boykott der Duma! Nieder mit der zaristischen Regierung! Weiterführung des revolutionären Kampfes zum Zwecke, diese Regierung zu stürzen! Nicht der Zar, sondern die provisorische revolutionäre Regierung soll die erste, die wahre Volksvertretung in Rußland einberufen!

Und die Geschichte hat den revolutionären Sozialdemokraten insofern recht gegeben, als die *Bulyginsche Duma* niemals einberufen wurde. Der revolutionäre Sturm hat sie hinweggefegt, ehe sie zustande kam, er hat den Zaren gezwungen, ein neues Wahlgesetz mit erheblicher Vergrößerung der Wahlberechtigtenzahl, mit der Anerkennung des gesetzgeberischen Charakters der Duma zu erlassen.

Oktober und Dezember 1905 bezeichnen den Höhepunkt der aufsteigenden Linie der russischen Revolution. Alle Springquellen der revolutionären Kraft des Volkes öffneten sich mit viel größerer Weite als früher. Die Zahl der Streikenden, die im Januar 1905, wie ich Ihnen mitgeteilt hatte, 440 000 ausmachte, überstieg im Oktober 1905 *eine halbe Million*, in einem einzigen Monat, wohlgemerkt! Und zu dieser Zahl, die *nur*

Fabrikarbeiter berücksichtigt, muß man noch mehrere Hunderttausend Eisenbahnbeamte, Post- und Telegrafenangestellte u. dgl. mehr hinzufügen.

Der allgemeine russische Streik der Eisenbahnbeamten legte den Eisenbahnverkehr still und paralyisierte die Regierungsgewalt am heftigsten. Die Türen der Universitäten wurden geöffnet, und die Konferenzsäle, die in ruhigen Zeiten ausschließlich dazu dienen, die jungen Köpfe durch die professorale Kathederweisheit zu betören und zu zahmen Dienern der Bourgeoisie und des Zarismus zu machen, dienten jetzt als Versammlungslokale für Tausende und Tausende Arbeiter, Handwerker, Dienstboten, die offen und frei politische Angelegenheiten besprachen.

Die Freiheit der Presse wurde erobert. Man hat die Zensur einfach beiseite geschoben. Kein Verleger wagte es mehr, den Behörden Pflichtexemplare zu liefern, und die Behörden wagten es nicht, dagegen einzuschreiten. Zum ersten Male in der russischen Geschichte erschienen revolutionäre Zeitungen frei in Petersburg und in anderen Städten. Es gab drei tägliche sozialdemokratische Zeitungen in Petersburg allein, mit Auflagen von 50 000 bis 100 000 Exemplaren.

Das Proletariat ging an der Spitze der Bewegung. Es hatte sich die Aufgabe gestellt, den Achtstundentag auf revolutionärem Wege zu erobern. Der Kampf des Petersburger Proletariats war damals: „*Achtstundentag und Waffen!*“ Es war nämlich für eine immer wachsende Zahl der Arbeiter klar, daß nur der bewaffnete Kampf über die Geschicke der Revolution entscheiden kann und entscheiden wird.

Eine eigentümliche Massenorganisation wurde im Feuer des Kampfes geschaffen: die berühmten *Arbeiterdelegiertenräte*, die Versammlungen von Delegierten aus jeder Fabrik. Und diese *Arbeiterdelegiertenräte* nahmen in mehreren Städten Rußlands mehr und mehr die Rolle der provisorischen revolutionären Regierung an, der Organe und der Leiter des Aufstandes. Es wurden Versuche gemacht, Soldaten- und Matrosendelegiertenräte zu schaffen und sie mit den Arbeiterdelegiertenräten zu vereinigen.

Manche Städte in Rußland erlebten in jenen Tagen die Epoche der verschiedenen lokalen und ganz kleinen „Republiken“, als die Regierungsgewalt abgesetzt wurde und der Arbeiterdelegiertenrat wirklich als neue Staatsmacht funktionierte. Leider waren es zu kurze Perioden und zu schwache, zu isolierte „Siege“.

Die Bauernbewegung nahm im Herbst 1905 größere Dimensionen an. Mehr als ein Drittel der Bezirke in dem gesamten Lande verzeichneten damals sogenannte „Bauernunruhen“ und direkte Bauernaufstände. Die Bauern haben zirka 2000 Gutshöfe niedergebrannt und die Lebensmittel, von adligen Räubern dem Volke geraubt, unter sich verteilt.

Leider war es eine zuwenig gründliche Arbeit! Leider haben die Bauern damals nur etwa ein Fünftel der Zahl der adligen Gutshöfe vernichtet, nur ein Fünftel davon, was sie hätten vernichten sollen, um die Schmach des feudalen Großgrundbesitzes vom Angesichte des russischen Landes vollständig hinwegzufegen. Leider gingen auch die Bauern zu zersplittert, zu desorganisiert, zuwenig offensiv vor, und das war eine der Grundursachen der Niederlage der Revolution.

Die nationalbefreiende Bewegung unter den unterdrückten Völkern Rußlands loderte auf. In Rußland sind *mehr als die Hälfte, fast drei Fünftel* (genau: 57%) der Bevölkerung national unterdrückt, sie besitzen nicht einmal die Freiheit der Muttersprache, sie werden gewaltsam „russifiziert“. Die Muselmanen z. B., die mehrere Dutzend Millionen in Rußland ausmachen, organisierten damals – es war überhaupt die Epoche des ungeheuren Wachstums der verschiedenartigsten Organisationen – einen Muselmanenbund mit wunderbarer Schnelligkeit.

Um der Versammlung und namentlich den Jugendlichen ein Beispiel davon zu geben, wie die nationalbefreiende Bewegung, im Zusammenhange mit der Arbeiterbewegung, im damaligen Rußland aus dem Boden emporspross, werde ich Ihnen ein kleines Beispiel vorführen.

Im Dezember 1905 verbrannten in Hunderten von Schulen die polnischen Schulkinder alle russischen Bücher, Bilder und Zarenporträts, prügeln und vertrieben die russischen Lehrer und russischen Kameraden aus den Schulen unter dem Ruf: „Fort mit euch nach Rußland!“ Die Forderungen der polnischen Schüler in den Mittelschulen waren unter anderem folgende: „1. Alle Mittelschulen sollen dem Arbeiterdelegiertenrat unterstellt werden; 2. das Abhalten gemischter Schüler- und Arbeiterversammlungen in den Räumen der Schulen; 3. das Tragen roter Blusen im Gymnasium, um die Angehörigkeit zur kommenden proletarischen Republik zu markieren“ usw.

Die Reaktion rüstete sich zum Kampfe gegen die Revolution mit um so größerer Energie und Rücksichtslosigkeit, je höher die Wellen der Bewe-

gung gingen. Es bewährte sich in der russischen Revolution 1905 das, was im Jahre 1902 in seiner Schrift über die „Soziale Revolution“ Karl Kautsky geschrieben hat (er war damals noch – beiläufig gesagt – ein revolutionärer Marxist und kein Verteidiger der Sozialpatrioten und der Opportunisten, wie heute). Er schrieb nämlich:

„... Die kommende Revolution ... wird weniger einer plötzlichen Empörung gegen die Obrigkeit und mehr einem lang dauernden Bürgerkrieg gleichen ...“

So ist es auch gekommen! So wird es auch ganz sicher in der kommenden europäischen Revolution sein!

Der Haß des Zarismus richtete sich besonders gegen die Juden. Einerseits stellten die Juden ein besonders hohes Prozent (im Verhältnis zu der Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung) der Leiter der revolutionären Bewegung. Auch jetzt, sei beiläufig bemerkt, haben die Juden das Verdienst, ein merklich höheres Prozent der Vertreter der internationalistischen Strömung als andere Nationen aufzuweisen. Andererseits aber wußte der Zarismus ausgezeichnet die schlimmsten Vorurteile der ungebildetsten Schichten der Bevölkerung gegen die Juden auszunützen. So kamen die meistens durch die Polizei unterstützten, wenn nicht direkt geleiteten *Pogrome* zustande – in 100 Städten zählte man während dieser Zeit mehr als 4000 Tote, mehr als 10 000 Verstümmelte –, jene furchtbaren Metzelleien von friedlichen Juden, Frauen und Kindern, die den blutigen Zarismus in der ganzen zivilisierten Welt so verhaßt gemacht haben. Ich meine natürlich verhaßt unter den wirklich demokratischen Elementen der zivilisierten Welt, und das sind *ausschließlich* die sozialistische Arbeiterschaft, die Proletarier.

Die Bourgeoisie, auch in den freiesten, auch in den republikanischen Ländern Westeuropas, versteht es nur zu gut, ihre heuchlerischen Phrasen gegen die „russischen Greuel“ mit den schamlosesten Geldgeschäften zu verbinden, namentlich mit der finanziellen Unterstützung des Zarismus sowie auch mit der imperialistischen Ausbeutung Rußlands mittelst des Exports des Kapitals usw.

Den Gipfel der Revolution 1905 bildete der Dezemberaufstand in Moskau. Die kleine Zahl der Aufständischen, nämlich der organisierten und bewaffneten Arbeiter – sie waren nicht zahlreicher als etwa *achttausend* – leistete während neun Tagen Widerstand der zaristischen Regierung, die

der Moskauer Garnison kein Vertrauen schenken konnte, dieselbe vielmehr hinter Schloß und Riegel halten mußte und nur dank der Ankunft des Semenowski-Regiments aus Petersburg den Aufstand zu unterdrücken imstande war.

Der Bourgeoisie beliebt es, den Moskauer Dezemberaufstand als etwas „Künstliches“ zu bezeichnen und zu verspotten. In der deutschen sogenannten „wissenschaftlichen“ Literatur hat z. B. der Herr Professor Max Weber in einem größeren Werke über die politische Entwicklung Rußlands den Moskauer Aufstand als einen „Putsch“ bezeichnet. „... Die Leninsche Gruppe“ – schreibt dieser „hochgelehrte“ Herr Professor – „und ein Teil der Sozialrevolutionäre haben den törichten Aufstand seit längerem vorbereitet...“

Um diese professorale Weisheit des feigen Bürgertums bewerten zu können, genügt es, die trockenen Zahlen der Streikstatistik ins Gedächtnis zu rufen. Im Januar 1905 waren in Rußland nur 123 000 rein politisch Streikende, im Oktober 330 000, im Dezember wurde das Maximum erreicht, nämlich 370 000 rein politisch Streikende in einem einzigen Monat! Man vergegenwärtige sich die Fortschritte der Revolution, die Bauern- und Militäraufstände, und man wird sofort zur Überzeugung gelangen: das Urteil der bürgerlichen „Wissenschaft“ über den Dezemberaufstand ist nicht nur lächerlich, es ist eine Verlegenheitsphrase der Vertreter der feigen Bourgeoisie, die im revolutionären Proletariat ihren gefährlichsten Klassenfeind sieht.

In der Wirklichkeit führte die gesamte Entwicklung der russischen Revolution naturnotwendig zu einem bewaffneten Entscheidungskampfe zwischen der zaristischen Regierung und der Avantgarde des klassenbewußten Proletariats.

Worin die Schwächen der russischen Revolution bestanden, die ihre vorläufige Niederlage zur Folge hatten, das habe ich schon in meiner früheren Auseinandersetzung angedeutet.

Seit dem Abwürgen des Dezemberaufstandes beginnt die absteigende Linie der Revolution. In dieser Periode gibt es auch höchst interessante Momente, besonders der zweimalige Versuch der kampfeslustigsten Elemente der Arbeiterklasse, den allgemeinen Rückgang der Revolution zu unterbrechen und denselben zu einer neuen Offensive zu machen.

Aber meine Zeit ist schon fast erschöpft – und ich will nicht die Geduld

der Zuhörer zu lange in Anspruch nehmen. Und das Wichtigste zum Verständnis der russischen Revolution, ihres Klassencharakters und ihrer Triebkräfte, ihrer Kampfmittel glaube ich gezeigt zu haben, insofern als so ein gewaltiges Thema überhaupt in einem kurzen Vortrag entwickelt werden kann.

Nur noch einige kurze Bemerkungen über die weltgeschichtliche Bedeutung der russischen Revolution.

Rußland gehört sowohl geographisch als auch ökonomisch und geschichtlich nicht nur Europa, sondern auch Asien an. Und deshalb sehen wir, daß die russische Revolution nicht nur erreicht hat, daß sie das größte und das zurückgebliebenste Land Europas vollständig aus seinem Schlummer erweckte und das revolutionäre Volk, geführt durch das revolutionäre Proletariat, geschaffen hat.

Nicht nur das. Die russische Revolution hat das ganze Asien in Bewegung gebracht. Die Revolutionen in der Türkei, in Persien, in China beweisen, daß die gewaltige Erhebung im Jahre 1905 tiefe Spuren hinterlassen hat und daß ihre Nachwirkungen in dem Fortschritt von *Hundertern* und aber *Hundertern* von Millionen Menschen unausrottbar sind.

Auf indirekte Weise hat die russische Revolution auch ihren Einfluß auf die westlich gelegenen Länder ausgeübt. Es darf nicht vergessen werden, daß am 30. Oktober 1905, als das Telegramm von dem konstitutionellen Manifest des Zaren nach Wien gekommen ist, diese Nachricht dort zum definitiven Siege des allgemeinen Wahlrechts in Österreich gewaltig beigetragen hat.

Es war während der Sitzung des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie, als der Genosse – damals war er noch kein Sozialpatriot, war er noch ein Genosse – Ellenbogen seinen Vortrag über den politischen Streik hielt, als man ihm auf den Tisch dieses Telegramm legte. Sofort wurden die Verhandlungen unterbrochen. Unser Platz ist auf der Straße! – dieser Ruf erscholl in der Versammlung der Delegierten der österreichischen Sozialdemokratie. Und die nächsten Tage haben sowohl die größten Straßendemonstrationen in Wien als auch Barrikaden in Prag gesehen. Der Sieg des allgemeinen Wahlrechts in Österreich war entschieden.

Man trifft zu oft Westeuropäer, die über die russischen Revolutionen so urteilen, als ob die Ereignisse, die Vorgänge, die Kampfmittel in diesem zurückgebliebensten Lande zuwenig mit den westeuropäischen Verhält-

nissen vergleichbar seien und darum kaum irgendeine praktische Bedeutung haben können.

Nichts irriger als diese Meinung.

Sicher werden die Formen sowie auch die Anlässe der kommenden Kämpfe in der kommenden europäischen Revolution von denen der russischen Revolution in mancher Hinsicht verschieden sein.

Aber trotz alledem bleibt die russische Revolution – eben wegen ihres proletarischen Charakters in dem besonderen Sinne des Wortes, von dem ich schon gesprochen habe – ein *Vorspiel* der kommenden europäischen Revolution. Es ist nämlich insofern unbestreitbar, daß diese kommende Revolution auch nur eine proletarische – und zwar in viel tieferer Bedeutung, auch ihrem Inhalte nach –, nur eine proletarische, sozialistische Revolution sein kann! Diese kommende Revolution wird noch in viel größerem Umfange zeigen einerseits, daß nur harte Kämpfe und namentlich Bürgerkriege die Menschheit von dem Joche des Kapitals zu befreien vermögen, andererseits, daß nur die klassenbewußten Proletarier als Führer der großen Mehrheit der Ausgebeuteten auftreten können und auftreten werden.

Wir dürfen uns nicht durch die jetzige Kirchhofruhe in Europa täuschen lassen. Europa ist schwanger mit der Revolution. Die furchtbaren Greuel des imperialistischen Krieges, die Schrecknisse der Teuerung erzeugen überall revolutionäre Stimmung, und die herrschenden Klassen, die Bourgeoisie, und ihre Vertrauensleute, die Regierungen, sie geraten immer mehr und mehr in eine Sackgasse, aus der sie überhaupt ohne größte Erschütterungen keinen Ausweg finden können.

Wie die Volkserhebung in Rußland im Jahre 1905 unter der Führung des Proletariats gegen die zaristische Regierung zum Zwecke der Eroberung einer demokratischen Republik entstand, so werden kommende Jahre eben im Zusammenhange mit diesem Raubkriege die Volkserhebungen in Europa unter der Führung des Proletariats, gegen die Macht des Finanzkapitals, gegen die Großbanken, gegen die Kapitalisten erstehen lassen, und diese Erschütterungen können nicht anders als durch Expropriation der Bourgeoisie, als durch den Sieg des Sozialismus zu Ende kommen.

Wir, die Alten, werden vielleicht die entscheidenden Kämpfe dieser kommenden Revolution nicht erleben. Aber ich glaube mit großer Zuversicht die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die Jugendlichen, die so

ausgezeichnet in der sozialistischen Bewegung der Schweiz und der ganzen Welt arbeiten, daß sie das Glück haben werden, nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu siegen in der kommenden proletarischen Revolution.

*Geschrieben vor dem 9. (22.) Januar 1917  
in deutscher Sprache.*

*Zuerst veröffentlicht am 22. Januar 1925  
in der „Prawda“ Nr. 18.*

*Unterschrift: N. Lenin.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Manuskript.*

ZWOLF KURZE THESEN  
 ÜBER H. GREULICHS VERTEIDIGUNG  
 DER LANDESVERTEIDIGUNG<sup>93</sup>

1. H. Greulich erklärt am Anfange seines I. Artikels, es gebe heute (er meint sicher *angebliche*) „Sozialisten“, die „heute Junker- und Bourgeoisregierungen vertrauen“.

Diese Anklage *einer* Richtung des heutigen „Sozialismus“, nämlich des Sozialpatriotismus, ist sicher richtig. Aber was beweisen alle vier Artikel des Gen. H. Greulich anderes, als daß er *blindlings* der „Bourgeoisregierung“ der Schweiz „vertraut“?? Er vergift sogar, daß die „Bourgeoisregierung“ der Schweiz durch ein Netz von Verbindungen des schweizerischen Bankkapitals nicht nur eine „Bourgeoisregierung“, sondern auch *eine imperialistische* Bourgeoisregierung ist.

2. H. Greulich erkennt im I. Artikel an, es seien *zwei* Hauptströmungen in der ganzen internationalen Sozialdemokratie vorhanden. Die eine (natürlich *sozialpatriotische*) definiert er ganz richtig, indem er ihre Anhänger als „Agenten“ bürgerlicher Regierungen brandmarkt.

Sonderbarerweise vergift Greulich, erstens, daß die Sozialpatrioten der Schweiz auch Agenten der Bourgeoisregierung der Schweiz sind; zweitens, sowenig wie die Schweiz überhaupt aus dem Netze der Weltmarktverbindungen herausgerissen werden kann, sowenig kann man die heutige, hochentwickelte, höchst reiche bürgerliche Schweiz aus dem Netze der imperialistischen Weltzusammenhänge herausreißen; drittens, daß es gut wäre, die Argumente für und gegen die Landesverteidigung eben in der ganzen internationalen Sozialdemokratie und namentlich im Zusammenhange mit diesen imperialistischen, finanzkapitalistischen Weltzusammenhängen zu untersuchen; viertens, daß es unmöglich ist, diese zwei Hauptströmungen in der ganzen internationalen Sozialdemokratie zu versöhnen,

und daß die schweizerische Partei deshalb *wählen* muß, mit welcher Strömung sie gehen will.

3. H. Greulich erklärt im II. Artikel: „Die Schweiz kann keinen Angriffskrieg führen.“

Sonderbarerweise vergißt Greulich die unbestreitbare und offenkundige Tatsache, daß in *beiden* möglichen Fällen – nämlich in dem Fall, daß die Schweiz im Bunde mit Deutschland England bekriegt, oder im Bunde mit England Deutschland bekriegt –, in *beiden* Fällen nimmt die Schweiz teil an einem imperialistischen Kriege, an einem Raubkriege, an einem Angriffskriege.

Die bürgerliche Schweiz kann unter keinen Umständen weder den Charakter des jetzigen Krieges ändern noch überhaupt einen antiimperialistischen Krieg führen.

Ist es zulässig, daß Greulich „den Boden der Tatsachen“ (siehe seinen IV. Artikel) verläßt und statt von *diesem* Kriege zu sprechen von irgendwelchem phantastischen Kriege spricht?

4. H. Greulich erklärt im II. Artikel:

„Neutralität und Landesverteidigung sind für die Schweiz identisch. Wer die Landesverteidigung ablehnt, gefährdet die Neutralität. Darüber muß man sich klar sein.“ Zwei bescheidene Fragen an Gen. Greulich:

Erstens. Muß man sich nicht darüber klar sein, daß das Vertrauen zu den Neutralitätserklärungen und Neutralitätsabsichten in diesem Kriege nicht nur blindes Vertrauen zu *seiner* „Bourgeoisregierung“ und *anderen* „Bourgeoisregierungen“ bedeutet, sondern auch direkt lächerlich ist?

Zweitens. Muß man sich nicht darüber klar sein, daß in Wirklichkeit die Sache folgendermaßen steht:

Wer in diesem Kriege die Landesverteidigung anerkennt, der verwandelt sich in einen Helfershelfer „*seiner*“ nationalen Bourgeoisie, die in der Schweiz auch durch und durch imperialistisch, namentlich finanziell, mit Großmächten verbunden und in die imperialistische Weltpolitik verstrickt ist.

Wer die Landesverteidigung in diesem Kriege ablehnt, der zertrümmert das Vertrauen des Proletariats zur Bourgeoisie und *hilft* dem internationalen Proletariat den Kampf *gegen* die Herrschaft der Bourgeoisie führen.

5. H. Greulich erklärt am Schlusse des II. Artikels:

„Mit der Abschaffung des schweizerischen Milizheeres sind die Kriege zwischen den Großmächten noch nicht beseitigt.“

Warum vergißt Gen. Greulich, daß die Sozialdemokraten die Abschaffung *jedes* Heeres (also auch der Miliz) nicht anders als *nach* der siegreichen sozialen Revolution für denkbar halten? daß es eben jetzt gilt, im Bunde mit den internationalistisch-revolutionären Minderheiten *aller* Großmächte für die soziale Revolution zu kämpfen?

Von *wem* erwartet Greulich die Abschaffung „der Kriege zwischen Großmächten“? Etwa vom Milizheere eines vier Millionen starken bürgerlichen Stätchens?

Wir Sozialdemokraten erwarten die Abschaffung „der Kriege zwischen Großmächten“ von den revolutionären Aktionen des Proletariats *aller* Groß- und Kleinmächte.

6. Im III. Artikel behauptet Greulich, der schweizerische Arbeiter habe „die Demokratie“ zu „verteidigen“!!

Weiß denn Gen. Greulich wirklich nicht, daß in diesem Kriege *kein* Staat in Europa die Demokratie verteidigt noch verteidigen kann? Im Gegenteil, die Teilnahme an diesem imperialistischen Kriege bedeutet für *alle* Staaten, ob groß oder klein, *Erwürgung* der Demokratie, Sieg der Reaktion über die Demokratie. Kennt Greulich wirklich nicht tausend Beispiele dafür aus England, Deutschland, Frankreich usw.? Oder „vertraut“ Gen. Greulich wirklich so stark der schweizerischen, also seiner „Bourgeoisregierung“, daß er die Bankdirektoren und Millionäre der Schweiz für lauter Wilhelm Telle nimmt?

Nicht die Teilnahme am imperialistischen Kriege, nicht die Teilnahme an Mobilisationen angeblich zu dem Zweck, die Neutralität zu schützen, sondern revolutionärer Kampf gegen *alle* bürgerlichen Regierungen – dies und dies allein kann den Sozialismus bringen, und ohne Sozialismus gibt es keine *Garantie* für Demokratie!

7. Gen. Greulich schreibt im III. Artikel:

„Mutet denn die Schweiz dem Proletariat seine ‚gegenseitige Bekämpfung in imperialistischen Kämpfen‘ zu?“

Diese Frage beweist, daß der Gen. Greulich mit beiden Füßen auf dem nationalen Boden steht, aber leider *existiert* für die Schweiz ein solcher Boden im jetzigen Kriege *nicht*.

Nicht die Schweiz „mutet“ dies dem Proletariat „zu“, sondern der

Kapitalismus, der in allen zivilisierten Ländern, auch in der Schweiz, zum *imperialistischen* Kapitalismus geworden ist. Die Herrschaft der Bourgeoisie „mutet“ jetzt dem Proletariat *aller* Länder „zu“, „sich gegenseitig in imperialistischen Kämpfen zu bekämpfen“ – das vergißt Greulich. Um sich dagegen zu wehren, gibt es jetzt kein anderes Mittel, als den internationalen revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu führen!

Warum vergißt Greulich, daß schon das Baseler Manifest der Internationale vom Jahre 1912 erstens den *imperialistischen* Kapitalismus ausdrücklich als das grundlegend Charakteristische bei diesem kommenden Kriege anerkennt; zweitens von einer *proletarischen Revolution eben* im Zusammenhang gerade mit *diesem* Kriege spricht?

8. Greulich schreibt im III. Artikel:

Revolutionäre Massenkämpfe „an Stelle der Benützung demokratischer Rechte“ seien ein „sehr unbestimmter Begriff“.

Das beweist, daß Greulich ausschließlich den bürgerlich-reformistischen Weg anerkennt, aber *die Revolution* ablehnt oder ignoriert. Das ziemt einem Grütlianer, keineswegs aber einem Sozialdemokraten.

Revolutionen sind *ohne* „revolutionäre Massenkämpfe“ unmöglich. Solche Revolutionen hat es nie gegeben. Revolutionen sind im jetzigen, begonnenen, imperialistischen Zeitalter auch in Europa unvermeidlich.

9. Im IV. Artikel erklärt Gen. Greulich ausdrücklich, er werde „selbstverständlich“ sein Nationalratsmandat niederlegen, wenn die Partei die Landesverteidigung *grundsätzlich* ablehnt. Und er fügt hinzu, diese Ablehnung würde bedeuten, daß wir „unsere Einigkeit zerstören“.

Das ist ein klares, nicht wegzunehmendes Ultimatum sozialpatriotischer Nationalratsmitglieder an die Partei. *Entweder* soll die Partei sozialpatriotische Ansichten anerkennen, *oder* „wir“ (Greulich, Müller etc.) legen unser Mandat nieder.

Aber von welcher „Einigkeit“ darf man dann wahrheitsgemäß sprechen? Wohl von keiner anderen als von der „Einigkeit“ sozialpatriotischer Führer mit *ihren* Nationalratsmandaten?!

Grundsätzliche proletarische Einigkeit bedeutet ganz was anderes: Die Sozialpatrioten, d. h. die „Vaterlandsverteidiger“, sollen „einig“ sein mit dem sozialpatriotischen, durch und durch bürgerlichen Grütli-Verein. Die Ablehner der Vaterlandsverteidigung, die Sozialdemokraten, sollen „einig“ sein mit dem sozialistischen Proletariat. Das ist ja ganz klar.

Wir hoffen zuversichtlich, Genosse Greulich wird sich nicht blamieren durch einen Versuch, zu beweisen (trotz den Erfahrungen von England, Deutschland, Schweden usw.), die „Einigkeit“ der Sozialpatrioten, der „Agenten“ der Bourgeoisregierungen, mit dem sozialistischen Proletariat könne etwas anderes als lauter Desorganisation, Demoralisation, Heuchelei und Lüge zustande bringen.

10. Das „Gelübde“ der Nationalratsmitglieder, die Unabhängigkeit des Landes zu schützen, soll, nach Meinung Greulichs, mit der Ablehnung der Landesverteidigung nicht „vereinbar“ sein.

Gut! Aber ist etwa irgendwelche revolutionäre Tätigkeit mit den „Gelübden“, die Gesetze kapitalistischer Staaten zu beachten, „vereinbar“?? Die Grütlianer, d. h. die Diener der Bourgeoisie, erkennen grundsätzlich nur gesetzmäßige Wege an. Bisher hat noch kein Sozialdemokrat Revolutionen abgelehnt oder nur solche Revolutionen anerkannt, die mit den „Gelübden“, die bürgerlichen Gesetze zu achten, „vereinbar“ seien.

11. Greulich verneint, daß die Schweiz ein „bürgerlicher Klassenstaat“ „im absoluten Sinne des Wortes“ ist. Er definiert den Sozialismus (am Ende des IV. Artikels) so, daß die soziale Revolution sowie jede revolutionäre Aktion vollständig verschwindet. Die soziale Revolution ist eine „Utopie“ – das ist der kurze Sinn aller langen Reden oder Artikel Greulichs.

Gut! Das ist aber krasser Grütlianismus, kein Sozialismus. Das ist bürgerlicher Reformismus, kein Sozialismus.

Warum stellt der Gen. Greulich nicht offen den Antrag, die Worte von der „proletarischen Revolution“ aus dem Baseler Manifest von 1912 zu streichen? die Worte von den „revolutionären Massenaktionen“ aus dem Aarauer Beschluß von 1915 zu streichen? alle Zimmerwalder und Kienthaler Resolutionen zu verbrennen?

12. Gen. Greulich steht mit beiden Füßen auf dem nationalen Boden – auf dem bürgerlich-reformistischen Boden – auf dem grütlianerischen Boden.

Er ignoriert hartnäckig den imperialistischen Charakter des jetzigen Krieges sowie auch die imperialistischen Verbindungen der jetzigen schweizerischen Bourgeoisie. Er ignoriert die Spaltung der Sozialisten der ganzen Welt in Sozialpatrioten und revolutionäre Internationalisten.

Er vergißt, daß in Wirklichkeit *nur* zwei Wege dem schweizerischen Proletariat offenstehen:

Der erste Weg. Seiner nationalen Bourgeoisie zu helfen, sich zu bewaffnen, Mobilisationen zu dem angeblichen Zwecke des Schutzes der Neutralität zu unterstützen, täglich Gefahr zu laufen, in den imperialistischen Krieg hineingezogen zu werden. Im Falle des „Sieges“ in einem solchen Kriege zu verhungern, 100 000 Tote zu verzeichnen, der schweizerischen Bourgeoisie neue Milliarden Kriegsgewinne in die Taschen zu stecken, ihr neue gewinnbringende Kapitalanlagen im Auslande zu sichern, in eine neue finanzielle Knechtschaft von seinen imperialistischen „Verbündeten“ – Großmächten – zu geraten.

Der zweite Weg. Im innigsten Bunde mit den internationalistisch revolutionären Minderheiten aller Großmächte einen rücksichtslosen Kampf gegen alle „Bourgeoisregierungen“ und zuerst gegen seine „Bourgeoisregierung“ zu führen, kein „Vertrauen“, weder seiner Bourgeoisregierung noch ihren Reden von dem Schutze der Neutralität zu schenken, die Sozialpatrioten höflichst einzuladen, in den Grütliverein zu übersiedeln.

Im Falle des Sieges die Teuerung, den Hunger und die Kriege für immer loszuwerden, die sozialistische Revolution zusammen mit den französischen, deutschen usw. Arbeitern zu inszenieren.

Beide Wege sind schwierig, beide ohne Opfer ungangbar.

Das schweizerische Proletariat soll wählen, ob es diese Opfer der imperialistischen Bourgeoisie der Schweiz und einer der Großmächtekoalitionen oder aber der Sache der Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus, vom Hunger, von den Kriegen bringen will.

Das Proletariat soll wählen.

*Geschrieben zwischen dem 13. und 17.  
(26. und 30.) Januar 1917 in deutscher Sprache.*

*Veröffentlicht am 31. Januar und  
1. Februar 1917 im „Volksrecht“  
Nr. 26 und 27.*

*Unterschrift: —e—*

*Nach dem deutschsprachigen  
Manuskript.*





## DER SCHUTZ DER NEUTRALITÄT

Angenommen den Satz, der heutige Krieg sei ein imperialistischer, d. h. ein Krieg zwischen zwei großen Räufern um die Beherrschung und Ausplünderung der Welt, – ist damit noch nicht bewiesen, daß die Vaterlandsverteidigung der Schweiz abzulehnen sei. Wir Schweizer schützen eben unsere Neutralität, wir besetzen unsere Grenzen militärisch, eben um die Teilnahme an diesem Raubkriege zu vermeiden!

So die Sozialpatrioten, die Grütlianer außerhalb und innerhalb der sozialistischen Partei.

Dieses Argument basiert auf folgenden stillschweigend zu akzeptierenden oder einzuschmuggelnden Voraussetzungen:

Kritikloses Wiederholen dessen, was die Bourgeoisie sagt und was sie, um ihre Klassenherrschaft zu wahren, sagen muß.

Volles Vertrauen der Bourgeoisie, volles Mißtrauen dem Proletariat gegenüber.

Ignorierung der wirklichen, nicht vorgetäuschten, internationalen Lage, die sich aus imperialistischen Verhältnissen zwischen allen europäischen Ländern und aus der imperialistischen „Gebundenheit“ der schweizerischen Kapitalistenklasse zusammensetzt.

Hat die rumänische und die bulgarische Bourgeoisie nicht monatelang auf das feierlichste versichert, ihre militärischen Vorbereitungen gälten „nur“ dem angeblichen Schutze der Neutralität?

Gibt es ernstliche, wissenschaftliche Gründe, um in dieser Beziehung

einen *prinzipiellen* Unterschied zwischen den genannten Bourgeoisien und der schweizerischen Bourgeoisie machen zu dürfen?

Sicher nicht! Wenn man darauf hinweist, daß in Rumänien und Bulgarien die Bourgeoisie notorische Eroberungs- bzw. Annexionsgelüste hatte und daß solche Bestreben in bezug auf die schweizerische Bourgeoisie nicht festgestellt werden können, so ist es eben kein *prinzipieller* Unterschied. Die imperialistischen Interessen lassen sich, wie allgemein bekannt, nicht nur durch territoriale Erwerbungen wahrnehmen, sondern auch durch *finanzielle*. Die schweizerische Bourgeoisie exportiert – das darf nicht übersehen werden – mindestens 3 Milliarden frs. Kapital, beutet also zurückgebliebene Völker imperialistisch aus. Das ist Tatsache. Tatsache ist auch, daß das schweizerische Bankkapital in innigster Verbindung und Verflechtung mit dem Bankkapital der Großmächte steht, daß die „Fremdenindustrie“ in der Schweiz usw. die ständige *Teilung* des imperialistischen Reichtums zwischen den Großmächten und der Schweiz bedeutet. Und dazu ist die Schweiz ungemein höher kapitalistisch entwickelt als Rumänien und Bulgarien; von irgendwelcher „nationaler“ Volksbewegung kann in der Schweiz absolut nicht die Rede sein, diese Epoche der geschichtlichen Entwicklung ist für die Schweiz vor Jahrhunderten schon abgeschlossen, was von keinem der genannten Balkanländer gesagt werden kann.

Also: Es ziemt einem Bourgeois, dem Volke, den Ausgebeuteten, Vertrauen zur Bourgeoisie einflößen zu wollen, die *wirkliche* imperialistische Politik „seiner“ Bourgeoisie durch plausible Redensarten zu verdecken zu suchen.

Einem Sozialisten ziemt etwas ganz anderes. Nämlich: Diese wirkliche Politik „seiner“ Bourgeoisie ohne Illusionen und unbarmherzig zu entlarven. Die Fortsetzung dieser wirklichen Politik der schweizerischen Bourgeoisie wäre viel eher und viel „natürlicher“ (d. h. der Natur dieser Bourgeoisie entsprechender), daß sie ihr Volk an die eine oder an die andere imperialistische Mächtekoalition *verkauft*, als daß sie die Demokratie im wahren Sinne des Wortes im Gegensatz zu den Interessen des Profits zu wahren imstande wäre.

„Jedem das Seine“: die Grütliener als Diener und Agenten der Bourgeoisie mögen das Volk durch Phrasen wie „Schutz der Neutralität“ betören.

---

Die Sozialisten, als Kämpfer gegen die Bourgeoisie, sollen dem Volke die Augen öffnen für die sehr reale, durch die ganze Geschichte der schweizerischen bürgerlichen Politik bewiesene Gefahr, von „seiner“ Bourgeoisie verkauft zu werden!

*Geschrieben im Januar 1917  
in deutscher Sprache.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Manuskript.*

## EINE WENDUNG IN DER WELTPOLITIK

Bei den Pazifisten herrscht gewissermaßen Festtagsstimmung. Die tugendhaften Bourgeois der neutralen Länder frohlocken: „Wir haben am Krieg und an der Teuerung großartig verdient; sollten wir es nicht genug sein lassen? Noch mehr Gewinne werden wir ohnehin kaum einstecken können, dem Volk aber könnte schließlich doch die Geduld reißen . . .“

Wie sollten sie nicht frohlocken, wenn Wilson „persönlich“ die pazifistische Erklärung der Italienischen Sozialistischen Partei „paraphrasiert“, derselben Partei, die in Kienthal eben erst für die offizielle und feierliche Resolution über die völlige Verlogenheit des Sozialpazifismus gestimmt hat?

Ist es verwunderlich, daß Turati im „Avanti!“ ob dieser Paraphrasierung *ibrer*, der italienischen „auch-sozialistischen“ pazifistischen Phrasen durch Wilson triumphiert? Ist es verwunderlich, daß sich die französischen Sozialpazifisten und Kautskyaner in ihrem „Le Populaire“<sup>94</sup> liebevoll mit Turati und mit Kautsky „vereinigen“, der in der deutschen sozialdemokratischen Presse mit fünf besonders dummen pazifistischen Artikeln hervorgetreten ist, in denen natürlich ebenfalls das durch die Ereignisse auf die Tagesordnung gestellte Geschwätz von einem honetten demokratischen Frieden „paraphrasiert“ wird?

Und dieses Geschwätz unterscheidet sich jetzt tatsächlich von dem früheren, und zwar dadurch, daß es eine gewisse *objektive* Grundlage hat. Diese Grundlage ist geschaffen durch die Wendung in der Weltpolitik *vom imperialistischen Krieg*, der den Völkern das größte Elend und den größten Verrat am Sozialismus durch die Herren Plechanow, Albert Thomas, Legien, Scheidemann u. a. beschert hat, zum *imperialistischen*

Frieden, der die Völker mit dem größten Betrug durch schöne Phrasen, halbe Reformen, halbe Zugeständnisse usw. belohnen soll.

Diese Wendung ist eingetreten.

Man kann im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht wissen, und die Führer der imperialistischen Politik, die Finanzkönige und die gekrönten Räuber sind selbst nicht in der Lage, mit Genauigkeit zu sagen, wann dieser imperialistische Frieden kommen wird, wie sich der Kriegsablauf bis dahin ändern wird, wie dieser Frieden im einzelnen aussehen wird. Das ist aber auch nicht wichtig. Wichtig ist die *Jatsache* der Wendung zum Frieden, wichtig ist der *Grundcharakter* dieses Friedens, diese zwei Umstände aber sind durch die vorangegangene Entwicklung der Ereignisse bereits genügend geklärt.

Die 29 Kriegsmonate haben mit ausreichender Deutlichkeit gezeigt, über welche Hilfsquellen beide imperialistischen Koalitionen verfügen; von den nächsten „Nachbarn“, soweit sie von ernst zu nehmender Bedeutung sind, wurden alle oder fast alle in Betracht kommenden Bundesgenossen in das Gemetzel hineingezogen, die Potenzen der Armeen und Flotten sind geprüft und wieder geprüft, gemessen und wieder gemessen worden. Das Finanzkapital hat Milliardengewinne eingesteckt: der Berg der Kriegsschulden zeigt den Umfang des Tributs, den das Proletariat und die besitzlosen Massen nunmehr jahrzehntelang der internationalen Bourgeoisie dafür zahlen „sollen“, daß sie ihnen gnädigst gestattet hat, Millionen ihrer eigenen Brüder, Lohnsklaven wie sie, in einem Krieg um die Teilung der imperialistischen Beute zu morden.

Mit Hilfe des *jetzigen* Krieges aus den Arbeitstieren der Lohnsklaverei noch mehr herauszupressen ist offenbar nicht möglich – darin liegt eine der tiefsten ökonomischen Ursachen der jetzt zu beobachtenden Wendung in der Weltpolitik. Es ist nicht mehr möglich, weil die Hilfsquellen überhaupt zur Neige gehen. Die amerikanischen Milliardäre und ihre kleineren Kollegen in Holland, in der Schweiz, in Dänemark und den übrigen neutralen Ländern merken allmählich, daß die Goldquelle am Versiegen ist, und dies – nicht etwa edle Menschenliebe, wie die naiven, armseligen, lächerlichen Turati, Kautsky und Co. glauben – ist die Ursache für das Anwachsen des Pazifismus bei den Neutralen.

Dazu kommt, daß die Unzufriedenheit und Empörung der Massen wächst. Wir haben in der vorhergehenden Nummer Äußerungen von

Gutschkow und Helfferich angeführt<sup>95</sup>, die beweisen, daß sie beide eine Revolution befürchten. Wäre es nicht an der Zeit, dem ersten imperialistischen Gemetzel ein Ende zu machen?

Die objektiven Bedingungen, die zur Einstellung des Krieges zwingen, werden also ergänzt durch den Klasseninstinkt und die berechnende Klassenvernunft der mit Kriegsgewinnen übersättigten Bourgeoisie.

Die politische Wendung, die sich auf der Basis dieser ökonomischen Wendung vollzieht, verläuft in zwei Hauptrichtungen: Das siegreiche Deutschland versucht seinem Hauptfeind England die Verbündeten *abspenstig zu machen*, wobei es einerseits ausnutzt, daß nicht England, sondern gerade diesen Verbündeten die schwersten Schläge versetzt wurden (und noch versetzt werden können), und andererseits, daß der deutsche Imperialismus, der bereits ungeheuer viel erbeutet hat, in der Lage ist, Englands Verbündeten halbe Zugeständnisse zu machen.

Es ist möglich, daß ein Separatfrieden zwischen Deutschland und Rußland doch *abgeschlossen worden ist*. Geändert wird nur die *Form* der politischen Abmachung zwischen diesen beiden Räubern. Der Zar könnte zu Wilhelm gesagt haben: „Wenn ich den Separatfrieden offen unterzeichne, so wirst du, mein kaiserlicher Bruder und Vertragspartner, es morgen höchstwahrscheinlich mit einer Regierung Gutschkow–Miljukow oder gar Miljukow–Kerenski zu tun haben. Denn die Revolution wächst, und ich garantiere nicht für die Armee, mit deren Generalen Gutschkow korrespondiert und deren Offiziere jetzt zum größten Teil gestrige Gymnasiasten sind. Hat es einen Sinn, zu riskieren, daß ich meinen Thron verliere und du einen guten Vertragspartner?“

„Das hat natürlich keinen Sinn“, hätte Wilhelm geantwortet, wenn ihm direkt oder indirekt so etwas gesagt worden wäre. „Müssen wir denn den Separatfrieden in aller Öffentlichkeit abschließen oder überhaupt den Frieden zu Papier bringen? Kann man nicht dasselbe auf andere, diskretere Weise erreichen? Öffentlich werde ich mich an die ganze Menschheit wenden und ihr das Angebot machen, sie mit den Segnungen des Friedens zu beglücken. Und insgeheim werde ich den Franzosen zu verstehen geben, daß ich bereit bin, ganz oder fast ganz Frankreich und Belgien zurückzugeben, wenn sie ihre Kolonien in Afrika ‚christlich‘ mit mir teilen; die Italiener werde ich wissen lassen, daß sie auf ein ‚Stückchen‘ italienischen Boden in Österreich und auf einige Stückchen vom Balkan

rechnen können. Ich kann durchaus erreichen, daß den Völkern meine Vorschläge und Pläne bekannt werden; ob dann die Engländer ihre westeuropäischen Verbündeten noch länger bei der Stange werden halten können? Und wir beide, wir teilen Rumänien, Galizien, Armenien unter uns auf, Konstantinopel aber wirst du, mein kaiserlicher Bruder, weder so noch so zu sehen bekommen! Polen wirst du, mein kaiserlicher Bruder, ebenfalls nicht zu sehen bekommen!"

Ob eine solche Unterredung stattgefunden hat, läßt sich nicht sagen. Und das ist auch nicht wichtig. Wichtig ist, daß die Dinge sich *genau* so entwickeln. Wenn der Zar mit den Argumenten der deutschen Diplomaten nicht einverstanden war, so mußten die „Argumente“ der Heeresgruppe Mackensen in Rumänien etwas überzeugender wirken.

Von dem Plan der Aufteilung Rumäniens zwischen Rußland und dem „Vierbund“ (d. h. den Verbündeten Deutschlands, Österreich und Bulgarien) wird in der deutschen imperialistischen Presse bereits *offen* gesprochen! Die Plaudertasche Hervé plaudert schon aus der Schule: Wir werden das Volk nicht bewegen können, weiter Krieg zu führen, wenn es erfährt, daß wir *jetzt sofort* Belgien und Frankreich zurückbekommen können. Auch die pazifistischen Hanswürste der neutralen Bourgeoisie sind bereits „am Werk“: Wilhelm hat ihnen die Zunge gelöst! Die pazifistischen . . . Neunmalweisen unter den Sozialisten aber, Turati in Italien, Kautsky in Deutschland usw. usf., geben sich jede erdenkliche Mühe und setzen ihre Humanität, ihre Menschenliebe, ihre überirdische Tugend (und ihren überragenden Verstand) ein, um den kommenden imperialistischen Frieden zu *beschönigen!*

Wie herrlich ist überhaupt alles auf dieser besten der Welten bestellt! Wir, die Finanzkönige und die gekrönten Räuber, waren mit unserer imperialistischen Raubpolitik in eine Sackgasse geraten, es blieb uns nichts anderes übrig als Krieg zu führen – na und? Wir verdienen am Krieg nicht schlechter als am Frieden, sogar noch viel besser! Und Lakaien, die unseren Krieg zum „Befreiungskrieg“ erklären, von all diesen Plechanow, Albert Thomas, Legien, Scheidemann und Co. haben wir, soviel wir nur brauchen! Es ist an der Zeit, einen imperialistischen Frieden zu schließen? – na und? Kriegsschulden sind ja schließlich Verpflichtungen, die unser heiliges Recht garantieren, von den Völkern hundertfachen Tribut zu erheben! Und Einfaltspinsel, die diesen imperialistischen Frieden

*beschönigen*, die die Völker mit honigsüßen Reden hinters Licht führen, davon haben wir, soviel wir brauchen, wir erinnern bloß an Turati, Kautsky und die übrigen „Führer“ des Weltsozialismus!

Das ist ja das Tragikomische an den Reden und Artikeln Turatis und Kautskys, daß diese Leute *sich der tatsächlichen*, objektiven politischen Rolle, die sie spielen, *nicht bewußt sind*, der Rolle von Pfäfflein, die den Völkern *Trost zusprechen*, anstatt sie zur Revolution aufzurütteln, der Rolle *bürgerlicher Advokaten*, die die widerwärtige Nacktheit des Völker verschachernden und Länder zerstückelnden imperialistischen Friedens mit pompösen Phrasen über allerhand gute Dinge im allgemeinen und über den demokratischen Frieden im besonderen vertuschen, verdecken, beschönigen und herausputzen.

Darin besteht ja die *prinzipielle Einheit* der Sozialchauvinisten (der Plechanow und Scheidemann) und der Sozialpazifisten (der Turati und Kautsky), daß sowohl diese als auch jene *objektiv Bedienstete* des Imperialismus sind: die einen „dienen“ ihm, indem sie den imperialistischen Krieg dadurch beschönigen, daß sie den Begriff der „Vaterlandsverteidigung“ auf ihn anwenden, die anderen dienen *demselben* Imperialismus, indem sie mit Phrasen von einem demokratischen Frieden den heranreifenden und in Vorbereitung befindlichen imperialistischen Frieden beschönigen.

Die imperialistische Bourgeoisie braucht Lakaien beider Arten und Schattierungen: die Plechanow, damit sie durch Rufe: „Nieder mit den Eroberern“ zur Fortsetzung des Gemetzels anspornen, und die Kautsky, damit sie mit honigsüßen Lobgesängen auf den Frieden den allzu erbitterten Massen Trost zusprechen und sie beschwichtigen.

Deshalb wird auch die allgemeine Vereinigung der Sozialchauvinisten aller Länder mit den Sozialpazifisten – jener allgemeine „Pakt gegen den Sozialismus“, von dem ein Rundschreiben der Internationalen Sozialistischen Kommission in Bern spricht<sup>98</sup>, jene „Generalamnestie“, von der wir wiederholt gesprochen haben – kein Zufall sein, sondern nur eine Äußerung der prinzipiellen Einheit *dieser beiden* Richtungen des internationalen Quasi-„Sozialismus“. Es ist kein Zufall, daß Plechanow über den „Verrat“ der Scheidemänner zetert und gleichzeitig durchblicken läßt, daß Frieden und Einheit mit diesen Herrschaften hergestellt werden, wenn die Zeit dazu gekommen sein wird.

Aber – wird der Leser einwenden – kann man denn vergessen, daß

ein imperialistischer Frieden „immerhin besser“ ist als der imperialistische Krieg? daß das Programm des demokratischen Friedens, wenn auch nicht ganz, so doch „nach Möglichkeit“ und „teilweise“ verwirklicht werden kann? daß ein unabhängiges Polen besser ist als ein russisches Polen? daß die Angliederung der italienischen Gebiete Österreichs an Italien einen Fortschritt bedeutet?

Hinter ähnlichen Argumenten verschanzen sich denn auch die Verteidiger Turatis und Kautskys, ohne zu merken, daß sie sich dadurch aus revolutionären Marxisten in bürgerliche Durchschnittsreformisten verwandeln.

Kann man denn bei klarem Verstande leugnen, daß das Bismarcksche Deutschland und seine sozialen Gesetze „besser“ sind als das Deutschland vor 1848? daß die Stolypinschen Reformen „besser“ sind als das Rußland vor 1905? Haben aber etwa die deutschen Sozialdemokraten (sie waren damals noch Sozialdemokraten) daraufhin für die Bismarckschen Reformen gestimmt? Sind die Stolypinschen Reformen von den russischen Sozialdemokraten beschönigt oder gar unterstützt worden, abgesehen natürlich von den Herren Potressow, Maslow und Co., von denen sich jetzt sogar Martow, ein Mitglied ihrer eigenen Partei, mit Verachtung abwendet?

Die Geschichte steht auch in Zeiten von Gegenrevolutionen nicht still. Die Geschichte ist auch in der Zeit des imperialistischen Gemetzels von 1914–1916 vorwärtsgeschritten, das die Fortsetzung der imperialistischen Politik der vorhergehenden Jahrzehnte ist. Der Weltkapitalismus, der in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die progressive, die fortschrittliche Kraft der freien Konkurrenz war und der am Anfang des 20. Jahrhunderts in den monopolistischen Kapitalismus, d. h. in den Imperialismus hinübergewachsen ist, hat während des Krieges einen beträchtlichen Schritt vorwärts getan nicht nur zu einer noch stärkeren Konzentration des Finanzkapitals, sondern auch zu seiner Umwandlung in den Staatskapitalismus. Wie stark die nationalen Bindungen sind, was nationale Sympathien bedeuten, das hat in diesem Krieg das Verhalten z. B. der Iren in der einen imperialistischen Koalition, der Tschechen in der anderen gezeigt. Die realdenkenden Führer des Imperialismus sagen sich: Wir können unsere Ziele natürlich nicht verwirklichen, ohne die kleinen Völker zu versklaven, aber es gibt ja zwei Methoden der Ver-

sklavung. Es gibt Fälle, wo es sicherer – und vorteilhafter – ist, aufrichtige, gewissenhafte „Vaterlandsverteidiger“ im imperialistischen Krieg zu gewinnen, indem man *politisch* unabhängige Staaten schafft, für deren *finanzielle* Abhängigkeit „wir“ schon Sorge tragen werden! Es ist (in einem ernstesten Krieg der imperialistischen Mächte) vorteilhafter, Verbündeter des unabhängigen Bulgariens zu sein als Herr des abhängigen Irlands! Die Vollendung des auf dem Gebiet der nationalen Reformen nicht zu Ende Geführten kann mitunter die imperialistische Koalition innerlich festigen – das zieht z. B. einer der besonders niederträchtigen Lakaien des deutschen Imperialismus, K. Renner, sehr richtig in Betracht, der selbstverständlich mit aller Macht für die „Einheit“ der sozialdemokratischen Parteien im allgemeinen und für die Einheit mit Scheidemann und Kautsky im besonderen eintritt.

Der objektive Gang der Dinge fordert das Seine, und wie die Unterdrücker der Revolutionen von 1848 und 1905 in gewissem Sinne deren Testamentsvollstrecker waren, so sind auch die Drahtzieher des imperialistischen Gemetzels *gezwungen*, gewisse staatskapitalistische, gewisse nationale Reformen durchzuführen. Außerdem muß man ja die durch den Krieg und die Teuerung erbitterten Massen durch kleine Zugeständnisse *beschwichtigen*: warum sollte man ihnen nicht eine „Einschränkung der Rüstungen“ versprechen (und teilweise durchführen – das verpflichtet doch zu nichts!)? Ist doch der Krieg ohnehin ein „Industriezweig“, der der Forstwirtschaft gleicht: Jahrzehnte sind notwendig, damit genügend große Bäume heranwachsen . . . will sagen, damit genügend viel und genügend erwachsenes „Kanonenfutter“ heranwächst. Und im Laufe der Jahrzehnte werden hoffentlich im Schoße der „einheitlichen“ internationalen Sozialdemokratie neue Plechanows, neue Scheidemänner, neue honigtriefende Versöhnungspolitiker à la Kautsky herangewachsen sein...

Die bürgerlichen Reformisten und Pazifisten sind Leute, die gewöhnlich in dieser oder jener Form dafür *bezahlt* werden, daß sie die Herrschaft des Kapitals durch Auflegen von Pflästerchen festigen, daß sie die Volksmassen einschläfern und sie vom revolutionären Kampf ablenken. Wenn solche „Führer“ des Sozialismus wie Turati und Kautsky – sei es durch direkte Erklärungen (wie sie z. B. Turati „versehentlich“ in seiner traurig berühmten Rede vom 17. Dezember 1916 abgab), sei es *durch das Verschweigen* von Tatsachen (darin ist Kautsky Meister) – den Massen

einreden, der jetzige imperialistische Krieg könne zu einem demokratischen Frieden führen *bei Weiterbestehen* der bürgerlichen Regierungen, ohne revolutionären Aufstand gegen das ganze Netz der internationalen imperialistischen Wechselbeziehungen, dann sind wir verpflichtet zu erklären, daß eine solche Propaganda Volksbetrug ist, daß sie mit Sozialismus nichts gemein hat, daß sie nur auf eine Beschönigung des *imperialistischen* Friedens hinausläuft.

Wir sind für einen demokratischen Frieden. Und eben darum wollen wir den Völkern nichts vorlügen, wie es Turati und Kautsky – natürlich in der besten Absicht und aus edelstem Antrieb! – tun. Wir werden die *Wahrheit* sagen, werden sagen, daß ein demokratischer Frieden nicht möglich ist, wenn das revolutionäre Proletariat Englands, Frankreichs, Deutschlands und Rußlands die bürgerlichen Regierungen nicht stürzt. Wir würden es als größte Ungereimtheit betrachten, wenn die revolutionären Sozialdemokraten den Kampf für Reformen überhaupt abschwören wollten, darunter auch den Kampf für die „Staatenbildung“. Aber gerade jetzt macht Europa eine Zeit durch, in der man sich öfter als sonst die Tatsache in Erinnerung rufen muß, daß *Reformen nur ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes sind*. Denn was auf der Tagesordnung steht – nicht, weil wir es wollen, nicht, weil irgend jemand das so plant, sondern dank dem objektiven Gang der Dinge –, das ist die Lösung der großen geschichtlichen Fragen durch die unmittelbare Gewalt der Massen, die ein neues Fundament errichtet, und nicht durch Abmachungen auf dem Boden des verfaulten und absterbenden Alten.

Gerade jetzt, da die an der Macht befindliche Bourgeoisie sich anschickt, Millionen Proletarier friedlich zu entwaffnen und sie auf gefahrlose Weise – unter dem Deckmantel einer schön zurechtgemachten Ideologie und unbedingt besprengt mit dem Weihwasser honigsüßer pazifistischer Phrasen! – aus den schmutzigen, stinkenden, stickigen Schützengräben, wo Morden ihre Beschäftigung war, zur Zwangsarbeit in die kapitalistischen Fabriken zu überführen, wo sie durch „ehrliche Arbeit“ die Hunderte Milliarden Staatsschulden abarbeiten sollen, gerade jetzt gewinnt noch größere Bedeutung als zu Beginn des Kriegs die Losung, mit der sich unsere Partei im Herbst 1914 an die Völker wandte: *Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg für den Sozialismus!*\* Karl

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 11–21. *Die Red.*

Liebknacht, jetzt zu Zuchthaus verurteilt, übernahm diese Losung, als er von der Tribüne des Reichstags sagte: Kehrt die Waffen gegen eure Klassenfeinde im eigenen Land! Wie reif die moderne Gesellschaft für den Übergang zum Sozialismus geworden ist, hat gerade der Krieg gezeigt, der die Anspannung aller Kräfte des Volkes erforderlich machte und dazu zwang, zur Regulierung des gesamten Wirtschaftslebens von mehr als fünfzig Millionen Menschen durch ein Zentrum überzugehen. Wenn das unter der Leitung einer Handvoll Junker und Adliger im Interesse eines Häufleins von Finanzmagnaten möglich ist, so wird es sicher nicht weniger möglich sein unter der Leitung klassenbewußter Arbeiter im Interesse von neun Zehnteln der durch Hungersnot und Krieg erschöpften Bevölkerung.

Aber um die Massen führen zu können, müssen die klassenbewußten Arbeiter die vollständige Entartung solcher Führer des Sozialismus wie Turati, Kautsky und Co. erkennen. Diese Herren dünken sich revolutionäre Sozialdemokraten und sind zutiefst entrüstet, wenn man ihnen sagt, daß ihr Platz in der Partei der Herren Bissolati, Scheidemann, Legien und Co. ist. Doch Turati und Kautsky haben überhaupt nicht begriffen, daß nur die Revolution der Massen imstande ist, die auf die Tagesordnung gestellten großen Fragen zu lösen, sie glauben überhaupt nicht an die Revolution, sie sehen nicht, wie die Revolution im Bewußtsein und in der Stimmung der Massen gerade im Zusammenhang mit dem Krieg heranreift, und haben auch nicht das geringste Interesse dafür. Ihre Aufmerksamkeit ist vollständig in Anspruch genommen durch Reformen, durch die Abmachungen zwischen einzelnen Teilen der herrschenden Klassen, an sie wenden sie sich, sie suchen sie zu „überreden“, ihnen wollen sie die Arbeiterbewegung anpassen.

Und dabei kommt es jetzt gerade darauf an, daß die klassenbewußte Avantgarde des Proletariats ihre Gedanken auf den revolutionären Kampf für die Niederwerfung der eigenen Regierungen richtet und ihre Kräfte dafür sammelt. Solche Revolutionen, wie sie Turati und Kautsky anzuerkennen „bereit“ wären, Revolutionen, bei denen es möglich wäre, im voraus zu sagen, wann die Revolution ausbricht und wie groß die Chancen für den Sieg sind, gibt es nicht. Die revolutionäre Situation in Europa ist Tatsache. Tatsache ist eine maßlose Unzufriedenheit, Gärung und Erbitterung unter den Massen. Der Verstärkung dieses Stroms müssen die

revolutionären Sozialdemokraten alle ihre Kräfte widmen. Von der Kraft der revolutionären Bewegung wird es, im Falle eines geringen Erfolges, abhängen, welcher Teil der „versprochenen“ Reformen wirklich durchgeführt und für den weiteren Kampf der Arbeiterklasse einigermaßen von Nutzen sein wird. Von der Kraft der revolutionären Bewegung wird, im Falle ihres Erfolges, der Sieg des Sozialismus in Europa abhängen und die Herbeiführung nicht eines imperialistischen Waffenstillstands, der den Kampf Deutschlands gegen Rußland und England beendet und einen Krieg Rußlands und Deutschlands gegen England oder einen Krieg der Vereinigten Staaten gegen Deutschland und England usw. vorbereitet, sondern eines wirklich dauerhaften und wirklich demokratischen Friedens.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 58,  
31. Januar 1917.

Nach dem Text des  
„Sozial-Demokrat“.

STATISTIK UND SOZIOLOGIE<sup>97</sup>

## VORBEMERKUNG

Die Aufsätze, die hier der Aufmerksamkeit des Lesers empfohlen werden, sind zum Teil noch nirgends erschienen, zum Teil sind es Nachdrucke von Artikeln, die vor dem Krieg in verschiedenen Zeitschriften erschienen waren. Die Frage, die in diesen Aufsätzen behandelt wird – die Bedeutung und Rolle der nationalen Bewegungen, die Wechselbeziehung des Nationalen und des Internationalen –, ist heute natürlich von besonderem Interesse. Was den Erörterungen zu dieser Frage am häufigsten und vor allem fehlt, sind der historische Standpunkt und die Konkretheit. Eine recht übliche Gepflogenheit ist das Einschmuggeln aller möglichen Konterbande unter der Flagge allgemeiner Phrasen. Wir glauben daher, daß ein wenig Statistik durchaus nicht unangebracht sein wird. Ein Vergleich dessen, was wir vor dem Krieg sagten, mit dem, was uns der Krieg gelehrt hat, wird unserer Meinung nach nicht ohne Nutzen sein. Allen Aufsätzen gemeinsam ist die einheitliche Theorie und der einheitliche Standpunkt.

Januar 1917

*Der Verfasser*DIE HISTORISCHE SITUATION  
DER NATIONALEN BEWEGUNGEN

Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, sagt der Engländer. Das kommt einem besonders häufig in den Sinn, wenn man sieht, wie manch ein Autor

über die Erhabenheit des „Prinzips der Nationalität“ in seinen verschiedenen Bedeutungen und Wechselbeziehungen die schönsten Phrasen drechselt, wobei es ihm bei der Anwendung dieses „Prinzips“ zumeist ebenso ergeht wie dem bekannten Helden eines Volksmärchens, der beim Anblick eines Leichenzuges rief: „Mögen euch immer so glückliche Tage beschieden sein!“

Exakte Tatsachen, unbestreitbare Tatsachen sind es, die für diese Art Autoren besonders unerträglich sind, die aber besonders notwendig sind, wenn man sich in einer komplizierten und schwierigen Frage, die auf Schritt und Tritt absichtlich verwirrt wird, zurechtfinden will. Aber wie müssen die Tatsachen gesammelt werden? wie sind ihr Zusammenhang und ihre wechselseitige Abhängigkeit festzustellen?

Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Erscheinungen gibt es ein außerordentlich verbreitetes und ebenso fehlerhaftes Verfahren, nämlich das Herausgreifen einzelner Tatsachen und das Jonglieren mit Beispielen. Beispiele einfach zusammenzutragen macht keine Mühe, hat aber auch keine oder nur rein negative Bedeutung, denn worauf es ankommt, das ist die konkrete historische Situation, auf die sich die einzelnen Fälle beziehen. Tatsachen sind, nimmt man sie in ihrer *Gesamtheit*, in ihrem *Zusammenhang*, nicht nur „hartnäckige“, sondern auch unbedingt beweiskräftige Dinge. Nimmt man aber einzelne Tatsachen, losgelöst vom Ganzen, losgelöst aus ihrem *Zusammenhang*, sind die Daten lückenhaft, sind sie willkürlich herausgegriffen, dann ist das eben nur ein Jonglieren mit Daten oder etwas noch Schlimmeres. Wenn beispielsweise ein Autor, der früher ein ernst zu nehmender Autor war und auch als ein solcher zu gelten wünscht, die Tatsache des Mongolenjochs herausgreift, um sie als Beispiel zur Erklärung gewisser Ereignisse im Europa des 20. Jahrhunderts zu verwenden, kann das dann nur als Jonglieren mit Tatsachen bezeichnet werden, oder ist es nicht richtiger, von politischer Scharlatanerie zu sprechen? Das Mongolenjoch ist eine historische Tatsache, die zweifellos mit der nationalen Frage zusammenhängt, wie auch im Europa des 20. Jahrhunderts eine Reihe von Tatsachen zu beobachten sind, die ebenso zweifellos mit dieser Frage zusammenhängen. Freilich werden sich nicht viele Leute finden – Leute jenes Schlages, die bei den Franzosen „nationale Hanswürste“ heißen –, die Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden, gleichzeitig aber zur Veranschaulichung des Geschehens im

Europa des 20. Jahrhunderts mit der „Tatsache“ des Mongolenjochs operieren.

Die Schlußfolgerung daraus ist klar: Man muß versuchen, aus exakten und unbestreitbaren Tatsachen ein Fundament zu errichten, auf das man sich stützen kann und mit dem man jede der „allgemeinen“ oder „auf Beispielen fußenden“ Betrachtungen konfrontieren kann, mit denen heutzutage in einigen Ländern so maßlos Mißbrauch getrieben wird. Damit es wirklich ein Fundament wird, kommt es darauf an, nicht einzelne Tatsachen herauszugreifen, sondern den *Gesamtkomplex* der auf die betreffende Frage bezüglichen Tatsachen zu betrachten, *ohne eine einzige Ausnahme*, denn sonst taucht unvermeidlich der Verdacht, und zwar der völlig berechnete Verdacht auf, daß die Tatsachen willkürlich ausgewählt oder zusammengestellt sind, daß nicht der objektive Zusammenhang und die objektive wechselseitige Abhängigkeit der historischen Erscheinungen in ihrer Gesamtheit dargestellt werden, sondern daß es sich um ein „subjektives“ Machwerk zur Rechtfertigung einer vielleicht schmutzigen Sache handelt. Das kommt vor . . . und häufiger, als man denkt.

Von diesen Erwägungen ausgehend, wollen wir mit der Statistik beginnen, wobei wir uns natürlich völlig bewußt sind, welche tiefe Antipathie die Statistik bei manchen Lesern hervorruft, die „den erhebend schönen Wahn“ den „niedrigen Wahrheiten“\* vorziehen, sowie bei einigen Autoren, die gern unter der Flagge „allgemeiner“ Betrachtungen über Internationalismus, Kosmopolitismus, Nationalismus, Patriotismus usw. politische Konterbande einschmuggeln.

## KAPITEL 1

### ETWAS STATISTIK

#### I

Um sich wirklich einen Überblick über den *gesamten* Komplex der die nationalen Bewegungen betreffenden Daten zu verschaffen, muß man die *ganze* Bevölkerung der Erde in Betracht ziehen. Dabei müssen zwei Merkmale so genau wie möglich festgestellt und so gründlich wie möglich unter-

\* Zitate aus dem Gedicht „Der Held“ von A. S. Puschkin. *Der Übers.*

sucht werden: erstens die Reinheit oder Buntscheckigkeit der nationalen Zusammensetzung in den einzelnen Staaten; zweitens die Einteilung der Staaten (oder der staatsähnlichen Gebilde, falls es zweifelhaft ist, ob man von einem Staat im eigentlichen Sinne des Wortes sprechen kann) in politisch selbständige und politisch abhängige.

Wir wollen die neuesten, im Jahre 1916 veröffentlichten Daten nehmen und werden uns auf zwei Quellen stützen: eine deutsche, die „Geographisch-statistischen Tabellen“ von Otto Hübner, und eine englische, das „Politische Jahrbuch“ („The Statesman's Year-Book“). Die erste Quelle werden wir als Grundlage nehmen, da sie hinsichtlich der uns interessierenden Frage weitaus vollständiger ist, die zweite werden wir zum Nachprüfen benutzen und zur Vornahme einiger, meist Einzelheiten betreffender Korrekturen.

Beginnen wir unseren Überblick mit den politisch selbständigen und in bezug auf die Einheitlichkeit ihres nationalen Bestandes „reinsten“ Staaten. An erster Stelle kommt da sofort die Gruppe der westeuropäischen Staaten, d. h. der Staaten, die westlich von Rußland und Österreich liegen.

Es handelt sich hier um insgesamt 17 Staaten, von denen jedoch fünf ihrer nationalen Zusammensetzung nach zwar sehr einheitlich, ihrem Umfang nach aber geradezu Liliputstaaten sind, und zwar sind das Luxemburg, Monako, San Marino, Liechtenstein und Andorra, die zusammen genommen ganze 310 000 Einwohner haben. Zweifellos wird es weit richtiger sein, sie in die Zahl der Staaten überhaupt nicht einzubeziehen. Von den restlichen zwölf Staaten haben sieben eine absolut einheitliche nationale Zusammensetzung: In Italien, Holland, Portugal, Schweden und Norwegen gehören 99% der Bevölkerung jedes dieser Staaten einer Nationalität an; in Spanien und Dänemark 96% der Bevölkerung. Dann folgen drei Staaten mit fast einheitlicher nationaler Zusammensetzung: Frankreich, England und Deutschland. In Frankreich sind nur 1,3% der Bevölkerung Italiener, die Napoleon III. unter Verletzung und Verfälschung des Willens der Bevölkerung annektierte. In England ist Irland eine Annexion, seine Bevölkerung, 4,4 Millionen, macht weniger als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung (46,8 Millionen) aus. In Deutschland mit seinen 64,9 Millionen Einwohnern gehören einer fremden Nationalität Polen (5,47%), Dänen (0,25%) und Elsaß-Lothringer (1,87 Millionen) an, die fast alle national ebenso unterdrückt sind wie die Iren in

England, wobei sich jedoch von den Elsaß-Lothringern ein gewisser (nicht genau bekannter) Teil zweifellos nicht nur auf Grund der Sprache, sondern auch auf Grund seiner ökonomischen Interessen und seiner Sympathien zu Deutschland hingezogen fühlt. Insgesamt gehören rund 5 Millionen der Bevölkerung Deutschlands fremden, nicht vollberechtigten, ja sogar unterdrückten Nationen an.

Nur zwei kleine Staaten Westeuropas haben eine gemischte nationale Zusammensetzung: die Schweiz, deren Bevölkerung, nicht ganz vier Millionen, zu 69% aus Deutschen, zu 21% aus Franzosen und zu 8% aus Italienern besteht, und Belgien (etwas weniger als 8 Millionen Einwohner; wahrscheinlich annähernd 53% Flamen und ungefähr 47% Franzosen). Es muß jedoch betont werden, daß hier trotz der Buntschedigkeit der nationalen Zusammensetzung dieser Staaten von einer Unterdrückung der Nationen nicht gesprochen werden kann. Auf Grund der Verfassungen beider Staaten sind alle Nationen gleichberechtigt; in der Schweiz ist diese Gleichberechtigung auch tatsächlich voll und ganz verwirklicht; in Belgien gibt es in bezug auf die Flamen, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden, eine rechtliche Ungleichheit, aber sie ist gering, wenn man sie beispielsweise mit dem vergleicht, was die Polen in Deutschland oder die Iren in England durchgemacht haben, ganz zu schweigen von dem, was gewöhnlich in den Ländern zu beobachten ist, die nicht zu der genannten Staatengruppe gehören. Darum ist übrigens der Ausdruck „Nationalitätenstaat“, der besonders viel verwendet wird, seit ihn die Opportunisten in der nationalen Frage, die österreichischen Publizisten K. Renner und O. Bauer, eingeführt haben, nur in sehr beschränktem Maße richtig, wenn man nämlich einerseits den besonderen historischen Platz der meisten Staaten solchen Typs nicht vergißt (darüber werden wir noch im folgenden sprechen) und andererseits nicht zuläßt, daß mit diesem Ausdruck der grundlegende Unterschied zwischen wirklicher Gleichberechtigung der Nationen und Unterdrückung der Nationen verhüllt wird.

Fassen wir die untersuchten Länder zusammen, dann erhalten wir eine Gruppe von 12 westeuropäischen Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 242 Millionen Menschen. Von diesen 242 Millionen sind nur rund 9½ Millionen, d. h. höchstens 4% unterdrückte Nationen (in England und Deutschland). Wenn wir alle Teile der Bevölkerung in diesen Staaten

zusammenzählen, die nicht zu der vorherrschenden Nationalität des betreffenden Staats gehören, dann erhalten wir rund 15 Millionen, d. h. 6%.

Also wird diese Gruppe von Staaten alles in allem durch folgende Merkmale gekennzeichnet: es sind die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder, jene Länder, die sowohl ökonomisch als auch politisch am weitesten entwickelt sind. Sie haben auch das höchste Kulturniveau. Die nationale Zusammensetzung ist in den meisten dieser Staaten völlig oder fast völlig einheitlich. Die nationale Ungleichberechtigung als besondere politische Erscheinung spielt eine völlig unbedeutende Rolle. Wir haben es mit dem Typus jenes „Nationalstaates“ zu tun, von dem man so häufig spricht und dabei in den meisten Fällen den historisch bedingten und vergänglichen Charakter dieses Typs in der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung der Menschheit vergißt. Aber darüber werden wir an anderer Stelle ausführlicher sprechen.

Beschränkt sich nun dieser Typ auf die Staaten Westeuropas? Offensichtlich nicht. Alle grundlegenden Merkmale dieses Typs – die ökonomischen (hohe und besonders rasche Entwicklung des Kapitalismus), die politischen (repräsentative Staatsform), die kulturellen und die nationalen – sind auch in den fortgeschrittensten Staaten Amerikas und Asiens zu verzeichnen: in den Vereinigten Staaten und in Japan. Die nationale Zusammensetzung Japans hat sich schon seit langem konsolidiert und ist völlig einheitlich; die Bevölkerung besteht zu über 99% aus Japanern. In den Vereinigten Staaten sind nur 11,1% der Bevölkerung Neger (sowie Mulatten und Indianer), die als unterdrückte Nation zu betrachten sind, da in den Hauptwohnsitzen der Neger (im Süden) die durch den Bürgerkrieg von 1861–1865 errungene und durch die Verfassung der Republik garantierte Gleichheit in vielen Beziehungen praktisch immer mehr beschränkt wurde, und zwar im Zusammenhang mit dem Übergang vom fortschrittlichen, vormonopolistischen Kapitalismus der Jahre 1860 bis 1870 zum reaktionären, monopolistischen Kapitalismus (dem Imperialismus) der neuesten Epoche, die in Amerika durch den imperialistischen Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 (d. h. einen Krieg um die Teilung der Beute zwischen zwei Räubern) besonders deutlich abgegrenzt ist.

Von den 88,7% der weißen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten sind 74,3% Amerikaner und nur 14,4% „Fremdgeborene“, d. h. Einwanderer aus anderen Ländern. Bekanntlich haben die besonders gün-

stigen Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus in Amerika und die besondere Schnelligkeit seiner Entwicklung dahin gewirkt, daß nirgends in der Welt gewaltige nationale Unterschiede so schnell und so radikal wie hier zu der einheitlichen „amerikanischen“ Nation eingeschmolzen werden.

Faßt man die Vereinigten Staaten und Japan mit den oben aufgezählten westeuropäischen Ländern zusammen, dann erhalten wir 14 Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 394 Millionen Menschen, von denen rund 26 Millionen, d. h. 7%, national nicht gleichberechtigt sind. Voreingehend sei bemerkt, daß die Mehrheit eben dieser vierzehn fortgeschrittenen Staaten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, d. h. gerade in der Periode der Verwandlung des Kapitalismus in den Imperialismus, besonders schnell auf dem Wege der Kolonialpolitik voranschritten, so daß diese Staaten heute in den abhängigen, kolonialen Ländern über eine Bevölkerung von mehr als einer halben Milliarde „verfügen“.

## II

Die Gruppe der Staaten Osteuropas – Rußland, Österreich, die Türkei (die man heute richtiger geographisch zu den asiatischen Staaten und ökonomisch zu den „Halbkolonien“ rechnen müßte) und die sechs kleinen Balkanstaaten: Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Serbien, Montenegro und Albanien – bietet uns sofort ein von dem vorhergehenden grundverschiedenes Bild. Hier gibt es *keinen einzigen* Staat mit einer einheitlichen nationalen Zusammensetzung! Nur die kleinen Staaten auf dem Balkan könnte man als Nationalstaaten bezeichnen, wobei man jedoch nicht vergessen darf, daß auch dort die fremden Nationalitäten 5% bis 10% der Bevölkerung ausmachen, daß eine (im Verhältnis zur Gesamtzahl der Angehörigen der betreffenden Nation) sehr große Zahl Rumänen und Serben außerhalb der Grenzen „ihres“ Staates lebt, daß überhaupt auf dem Balkan die „Staatenbildung“ in der bürgerlich-nationalen Richtung nicht einmal durch die sozusagen „gestrigen“ Kriege von 1911/1912 abgeschlossen wurde. Unter den kleinen Balkanstaaten gibt es keinen einzigen *solchen* Nationalstaat wie Spanien, Schweden usw. Und in jedem der drei großen Staaten Osteuropas liegt der Prozentsatz der Bevölkerung „eigener“ Nationalität und zudem der vorherrschenden Nationalität bei

nur 43%. Über die Hälfte der Bevölkerung, 57%, gehört in jedem dieser drei großen Staaten zur „fremdnationalen“ (echt russisch ausgedrückt: fremdstämmigen) Bevölkerung. Statistisch kommt der Unterschied zwischen der westeuropäischen und der osteuropäischen Staatengruppe folgendermaßen zum Ausdruck:

In der ersten Gruppe haben wir zehn reine oder fast reine Nationalstaaten mit einer Bevölkerung von 231 Millionen und nur zwei in nationaler Hinsicht „buntscheckige“ Staaten, aber ohne Unterdrückung von Nationen, die verfassungsmäßig und faktisch gleichberechtigt sind, und mit einer Bevölkerung von 11½ Millionen.

In der zweiten Gruppe gibt es sechs fast reine Nationalstaaten mit einer Bevölkerung von 23 Millionen; drei „buntscheckige“ oder „gemischte“ Staaten, ohne Gleichberechtigung der Nationen, mit einer Bevölkerung von 249 Millionen.

Insgesamt beträgt der Anteil der Bevölkerung fremder Nationalität (d. h. der Bevölkerung, die nicht zur Hauptnation\* jedes einzelnen Staates gehört) in Westeuropa 6%, und wenn man die Vereinigten Staaten und Japan hinzunimmt, 7%. In Osteuropa jedoch macht dieser Anteil 53% aus!

*Geschrieben im Januar 1917.*

*Unterschrift: P. P i r j u t s c h e w.*

*Zuerst veröffentlicht 1935 in der  
Zeitschrift „Bolschewik“ Nr. 2.*

*Nach dem Manuskript.*

---

\* In Rußland die Großrussen, in Österreich die Deutschen und Magyaren, in der Türkei die Türken.

## VORGETÄUSCHTER ODER WIRKLICHER SUMPF?

Gen. R. Grimm behauptet in seinem Artikel über die Mehrheit und die Minderheit (Berner Tagwacht und Neues Leben), „auch bei uns“ sei „Sumpf, das angebliche Parteizentrum“ „vorgetäuscht“ worden.

Wir werden den Beweis liefern, daß gerade die Stellung, die Grimm im genannten Artikel einnimmt, den typischen Standpunkt des Zentrums vertritt (darstellt).

Grimm schreibt gegen die Mehrheit:

„Nun hat *keine* der Parteien, die auf dem Boden von Zimmerwald und Kienthal stehen, die Losung der Dienstverweigerung, unter gleichzeitiger Verpflichtung für ihre Angehörigen, sie zu befolgen, ausgegeben. Liebknecht selbst zog den bunten Rock an und rückte ein. Die italienische Partei hat sich mit der Ablehnung der Kriegskredite und des Burgfriedens begnügt. Die französische Minderheit ebenso.“

Wir reiben uns erstaunt die Augen. Wir lesen diesen entscheidenden Passus des Grimmschen Artikels noch einmal und raten dem Leser, darüber nachzudenken.

Unglaublich, aber wahr! Um zu beweisen, daß das Zentrum bei uns vorgetäuscht worden ist, wirft der Vertreter dieses unseres Zentrums, Grimm, die internationale Linke (Liebknecht) und die Zimmerwalder Rechte oder das Zentrum in einen Topf!!!

Oder glaubt etwa Grimm wirklich den Schweizer Arbeitern vortäuschen zu können, Liebknecht und die italienische Partei gehören ein und derselben Richtung an? es bestehe zwischen ihnen nicht *gerade der Unterschied*, der die Linke und das Zentrum trennt?

Lassen wir *unsere* Beweise folgen:

Erstens wollen wir einen Zeugen anhören, der weder dem Zentrum

noch der Linken angehört. Der deutsche Sozialimperialist Ernst Heilmann schrieb am 12. August 1916 in der „Glocke“<sup>99</sup>, S. 772: ... „Die Arbeitsgemeinschaft oder Zimmerwalder Rechte, deren Theoretiker Kautsky und deren politische Führer Haase und Ledebour sind“ ... Kann Grimm bestreiten, daß Kautsky-Haase-Ledebour typische Vertreter des Zentrums sind?

Zweitens. Kann es Grimm unbekannt geblieben sein, daß die Zimmerwalder Rechte oder das Zentrum im heutigen Sozialismus *gegen* den sofortigen Bruch mit dem ISB, dem Internationalen Sozialistischen Büro im Haag, dem Büro der Sozialpatrioten ist? daß die Linke *dafür* ist? daß die Vertreter der Gruppe „Internationale“ in Kienthal – und zu dieser Gruppe gehört gerade Liebknecht – gegen die Einberufung des ISB und für den Bruch mit ihm kämpften?

Drittens. Hat etwa Grimm vergessen, daß der Sozialpazifismus, der in der Kienthaler Resolution ausdrücklich verurteilt worden ist, eben jetzt zur Plattform des Zentrums in Frankreich, Deutschland, Italien erhoben worden ist? daß die ganze italienische Partei, indem sie weder gegen die zahlreichen sozialpazifistischen Resolutionen und Erklärungen ihrer parlamentarischen Gruppe noch gegen die schändliche Rede Turatis am 17. Dezember protestiert hat, auf sozialpazifistischem Boden steht? daß beide linken Gruppen in Deutschland, sowohl die ISD (Int. Soz. Deutschlands) als auch die „Internationale“ (oder Spartakus-Gruppe, zu der eben Liebknecht gehört) *ausdrücklich* den Sozialpazifismus des Zentrums *abgelehnt* haben? Dabei ist nicht zu vergessen, daß die schlimmsten Sozialimperialisten und Sozialpatrioten Frankreichs, mit Sembat, Renaudel, Jouhaux an der Spitze, *auch* für sozialpazifistische Resolutionen gestimmt haben und daß dadurch die wirkliche, objektive Bedeutung des Sozialpazifismus besonders anschaulich aufgedeckt worden ist.

Viertens ... aber genug! Grimm nimmt eben den Standpunkt des Zentrums ein, indem er der schweizerischen Partei den Rat gibt, sie solle sich, wie die italienische, mit der Ablehnung der Kriegskredite und des Burgfriedens „begnügen“. Grimm kritisiert die Anträge der Mehrheit eben vom Standpunkte des Zentrums aus, weil diese Mehrheit sich dem Standpunkte *Liebknechts* nähern will.

Grimm plädiert für Klarheit, Offenheit, Ehrlichkeit. Gut! Ist es nicht das erste Gebot dieser ausgezeichneten Eigenschaften, den Standpunkt

und die Taktik von Liebknecht von denen des Zentrums klar, offen, ehrlich zu unterscheiden? sie nicht in einen Topf zu werfen?

Mit Liebknecht sein, das heißt 1. den Hauptfeind im eigenen Lande angreifen; 2. die Sozialpatrioten des eigenen Landes (und nicht nur *des Auslandes*, mit Verlaub zu sagen, Genosse Grimm!) entlarven, bekämpfen, sich mit ihnen nicht – mit Verlaub zu sagen, Genosse Grimm! – gegen die Linksradikalen vereinigen; 3. nicht nur die Sozialpatrioten, sondern auch die Sozialpazifisten und die „Zentrumsleute“ im eigenen Lande offen kritisieren und deren Schwächen bloßlegen; 4. die parlamentarische Tribüne zur Aufforderung des Proletariats zum revolutionären Kampfe, zum Umkehren der Waffen, benutzen; 5. unzensurierte Flugblätter verbreiten und ungenehmigte Versammlungen organisieren; 6. proletarische Demonstrationen arrangieren, wie z. B. solche auf dem Potsdamer Platz in Berlin, wo Liebknecht verhaftet worden ist; 7. zu Streiks der Munitionsarbeiter aufrufen, wie es die Gruppe „Internationale“ mittelst unzensurierter Flugblätter getan hat; 8. offen die Notwendigkeit einer vollständigen „Regeneration“ der heutigen, sich auf reformistische Tätigkeit beschränkenden, Parteien beweisen und in diesem Sinne handeln, wie das Liebknecht getan hat; 9. die Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Kriege unumwunden ablehnen; 10. gegen den Reformismus und Opportunismus innerhalb der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie kämpfen; 11. gegen die gewerkschaftlichen Führer, die in allen Ländern, namentlich in Deutschland, England, in der Schweiz, die Avantgarde des Sozialpatriotismus und des Opportunismus bildeten, ebenso rücksichtslos vorgehen usw.

Es ist klar, daß von *diesem* Standpunkte aus manches am Entwurf der Mehrheit auszusetzen wäre. Darüber kann aber nur in einem besonderen Artikel gesprochen werden. Jetzt gilt es zu betonen, daß die Mehrheit jedenfalls Schritte in *dieser* Richtung vorschlägt, Grimm aber diese Mehrheit nicht von links, sondern *von rechts* angreift, nicht vom Standpunkte Liebknechts aus, sondern vom Standpunkte des Zentrums.

Grimm verwechselt durchgängig in seinem Artikel zwei grundverschiedene Fragen: erstens die Frage, *wann*, in welchem Momente diese oder jene revolutionäre Aktionen zu verwirklichen seien. Diese Frage im voraus lösen zu wollen ist Unsinn, und daraus entspringende Vorwürfe Grimms gegen die Mehrheit sind nichts anderes als Sand in die Augen der Arbeiterschaft.

Zweitens die Frage: *wie* die Partei, die jetzt *unfähig* ist, systematisch, ausdauernd, unter verschiedensten konkreten Umständen einen wirklich revolutionären Kampf zu führen, in eine solche Partei umwandeln, umformen, *daß sie dazu fähig wäre*.

Das ist die wichtigste Frage! Das ist *der Kern* des ganzen Streites, des ganzen Richtungskampfes in der Militärfrage sowie in der Landesverteidigungsfrage! Und gerade diese Frage wird von Grimm verschwiegen, vertuscht, verdunkelt. Noch mehr: Grimms Ausführungen reduzieren sich darauf, *daß diese Frage von ihm verneint wird*.

*Alles bleibt beim alten* – das ist der rote Faden, der sich durch den ganzen Artikel Grimms durchzieht; das ist der tiefste Grund, warum dieser Artikel *das Zentrum* vertritt. Alles bleibt beim alten: *nur* Ablehnung der Kriegskredite und des Burgfriedens! Jeder kluge Bourgeois kann nicht umhin anzuerkennen, daß dies letzten Endes auch für die Bourgeoisie *nicht unannehmbar* ist: das bedroht die Herrschaft der Bourgeoisie noch nicht, das hindert sie nicht, den Krieg zu führen („wir unterziehen uns“, als „Minderheit im Staate“ – diese Worte von Grimm haben eine sehr, sehr große politische Bedeutung, größere als man auf den ersten Blick zu glauben geneigt wäre!).

Oder ist es nicht eine internationale Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre Regierungen selbst in den kriegführenden Ländern, England und Deutschland an der Spitze, *nur* die Liebknecht-Richtung *verfolgt*, das Zentrum aber *toleriert*?

Vorwärts nach links, selbst wenn es Austritt einiger sozialpatriotischer Führer bedeuten würde! – das ist, kurz gesagt, der politische Sinn der Anträge der Mehrheit.

Zurück von Zimmerwald, nach rechts, zum Sozialpazifismus, zur Stellungnahme des Zentrums, zum „Frieden“ mit den sozialpatriotischen Führern, keine Massenaktionen, keine Revolutionierung der Bewegung, keine Regeneration der Partei! – das ist der Standpunkt Grimms.

Hoffentlich wird er endlich die Augen der Linksradikalen der Schweiz über Grimms Zentrumsposition öffnen.

*Geschrieben Ende Januar 1917 in deutscher Sprache.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Manuskript.*

## ABÄNDERUNGSANTRAG ZUR RESOLUTION ÜBER DIE MILITÄRFRAGE<sup>99</sup>

1. Verpflichtung der Parteivertreter im Parlament, unter grundsätzlicher Motivierung alle Militärforderungen und Kredite abzulehnen. Forderung der Demobilisation.

2. Kein Burgfriede; Verschärfung des grundsätzlichen Kampfes gegen alle bürgerlichen Parteien sowie gegen die nationalistisch-grütlianerischen Ideen in der Arbeiterbewegung und Partei.

3. Systematische revolutionäre Propaganda im Heere.

4. Unterstützung aller revolutionären Bewegungen und Kämpfe gegen den Krieg und gegen die eigenen Regierungen in allen kriegführenden Ländern.

5. Förderung aller revolutionären Massenkämpfe innerhalb der Schweiz, Streiks, Demonstrationen und ihre Steigerung bis zum offenen bewaffneten Kampf.

6. Als Ziel der revolutionären Massenkämpfe, die schon der Parteitag in Aarau 1915 anerkannt hat, stellt die Partei die sozialistische Umgestaltung der Schweiz auf. Diese Umwälzung bildet das einzige und wirksamste Mittel zur Befreiung der Arbeiterschaft von den Schrecken der Teuerung und des Hungers, sie ist zur vollständigen Beseitigung des Militarismus und des Krieges unumgänglich.

*Geschrieben zwischen dem 27. und 29.  
Januar (9. und 11. Februar) 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach einer in deutscher  
Sprache vorliegenden Kopie.*

## GESCHICHTE EINER KLEINEN PERIODE EINER SOZIALISTISCHEN PARTEI

7. I. 1917: Sitzung des Parteivorstandes der sozialistischen Partei der Schweiz. Der Führer des „Zentrums“, R. Grimm, verbündet sich mit den sozialpatriotischen Führern und verschiebt den Parteitag (der die Militärfrage zu behandeln hatte und auf den 11. II. 1917 festgesetzt war) auf unbestimmte Zeit.

Dagegen protestieren und stimmen u. a. Nobs, Platten, Naine.

Größte Empörung gegen diese Verschiebung in den Kreisen der klassenbewußten Arbeiter.

9. I. 1917. Publikation der Resolutionen der Mehrheit und der Minderheit. In dem Entwurf der Mehrheit keine klare Erklärung gegen die Vaterlandsverteidigung (Affolter und Schmid waren dagegen), aber im § 3 fordert man doch: „Verpflichtung der Parteivertreter im Parlament, unter grundsätzlicher Motivierung, alle Militärforderungen und -kredite abzulehnen.“ Dies wohlgemerkt!

23. I. 1917. Das Züricher „Volksrecht“ druckt die Begründung des Referendums ab.<sup>100</sup> In dieser Begründung wird die Bedeutung der Verschiebung scharf, aber vollständig wahrheitsgemäß als Sieg der Grütlianer über den Sozialismus gekennzeichnet.

Ein Sturm der Entrüstung der Führer gegen dieses Referendum. Grimm in der „Berner Tagwacht“, Jacques Schmid (Olten) in der „Neuen Freien Zeitung“, F. Schneider im „Basler Vorwärts“<sup>101</sup>, dann, außer diesen „Zentrumsleuten“, der Sozialpatriot Huber in der St.-Gallener „Volksstimme“ – alle überhäufen die Initianten des Referendums mit Schimpfworten und Drohungen.

R. Grimm geht an der Spitze dieses schändlichen Feldzuges, sucht besonders die „Jugendorganisation“ einzuschüchtern und kündigt an, gegen sie auf dem nächsten Parteitage loszugehen.

Die Referendumsbogen werden sehr eifrig von Hunderten und abermals Hunderten Arbeitern in der deutschen sowie in der französischen Schweiz unterzeichnet. Naine telegraphiert an Münzenberg, eine kantonale Geschäftsleitung sei höchstwahrscheinlich für die Unterstützung des Referendums zu haben.

22. I. 1917. „Berner Tagwacht“ und „Volksrecht“ drucken die Erklärung des Nationalrats *Gustav Müller* ab. Müller stellt ein formelles Ultimatum an die Partei, indem er im Namen seiner Gruppe („unsere Gruppe“, schreibt er) erklärt, er werde sein Nationalratsmandat niederlegen, weil die „grundsätzliche Ablehnung der Militärkredite“ für ihn *unannehmbar* sei.

Am 26. I. 1917 wiederholt *Greulich* in seinem vierten Artikel im „Volksrecht“ dasselbe Ultimatum an die Partei, indem er erklärt, er werde „selbstverständlich“ sein Mandat niederlegen, wenn der Parteitag *Ziffer 3 der Mehrheitsresolution* annimmt.

Am 27. I. 1917 erklärt E. Nobs in einer redaktionellen Notiz („Zum Referendum“), er teile *in keiner Weise* die Begründung des Referendums.

Platten schweigt.

Am 31. I. 1917 beschließt die Geschäftsleitung, den Parteitag auf den 2. und 3. Juni 1917 zu berufen. (Nicht zu vergessen, daß die Geschäftsleitung schon einmal beschlossen hat, den Parteitag auf den 11. II. 1917 festzusetzen, aber dieser Beschluß vom Parteivorstand widerrufen worden ist!)

Am 1. II. 1917 findet in Olten eine unvollständige Zimmerwalder Konferenz statt. Es nehmen daran teil die Vertreter der Organisationen, die zur Konferenz der Entente-Sozialisten (im März 1917) eingeladen worden sind.

Radek, Sinowjew, Münzenberg, ein Mitglied der „Internationale“ (Spartakus-Gruppe in Deutschland, deren Mitglied K. Liebknecht war) geißeln öffentlich den R. Grimm und erklärten ihn für einen „politisch

toten“ Mann wegen seines Bündnisses mit den Sozialpatrioten gegen die sozialistische Arbeiterschaft der Schweiz.

In der Presse schweigt man hartnäckig über diese Konferenz.

Am 1. II. 1917 druckt Platten seinen ersten Artikel über die Militärfrage. Zwei Äußerungen sind dabei besonders zu beachten:

Erstens schreibt Platten wörtlich: „Gewiß, man vermißte in der Kommission den klaren Kopf und unerschrockenen konsequenten Kämpfer von Zimmerwald, der für die *Ad-acta-Legung* der Militärfrage bis nach dem Kriege eintrat.“

Es ist nicht schwierig zu erraten, gegen wen dieser anonyme Angriff gerichtet ist.

Zweitens schreibt Platten in demselben Artikel grundsätzlich:

„Die Militärfrage ist nicht nur ein Meinungskampf um diese Frage, sondern eine Richtungsbestimmung für die weitere Parteientwicklung, der Kampf gegen den Opportunismus in der Partei, die Entscheidung gegen die Reformisten und für den revolutionären Klassenkampf.“

Am 3. II. 1917 findet eine private Konferenz von Zentrumsleuten (Grimm, Schneider, Rimathé u. a.) statt, an welcher auch Nobs und Platten teilnehmen. Münzenberg und Dr. Bronski werden eingeladen, lehnen aber die Teilnahme ab.

Es wird beschlossen, die Mehrheitsresolution so zu „ändern“, daß sie wesentlich *verschlechtert* und zu einer „Zentrumsresolution“ wird, besonders dadurch, daß *Ziffer 3* verschwindet und durch eine ganz unklare, verschwommene Redewendung ersetzt wird.

Am 6. II. 1917 findet die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich statt. Wichtigstes Traktandum: Vorstandswahl.

Die Versammlung ist schwach besucht, besonders von Arbeitern.

Platten beantragt Verschiebung. Sozialpatrioten und Nobs dagegen. Verschiebung wird abgelehnt.

Die Wahl wird vorgenommen. Als man erfahren hat, daß Dr. Bronski gewählt ist, erklärt der Sozialpatriot *Baumann* im Namen der vier Mitglieder des Vorstandes, er lehne es ab, mit Dr. Bronski zu arbeiten.

Platten beantragt dieses Ultimatum insofern zu akzeptieren (sich zu unterwerfen), als er (ganz undemokratisch und widerrechtlich) die ganze Wahl für ungeschehen erklären will. Dieser Antrag wird angenommen!!!

Am 9. II. 1917. Publikation der „neuen“ Mehrheitsresolution. Unterschriften: „Zentrumsleute“ Grimm, Rimathé, Schneider, Jacques Schmid etc., dann Nobs und Platten. Die Resolution ist wesentlich verschlechtert und *Ziffer Drei*, wie gesagt, verschwindet.

Von dem Kampfe gegen den Opportunismus, gegen den Reformismus, von dem festen Entschluß, gerade der Taktik Karl Liebknichts zu folgen, *keine Spur* in der Resolution!

Es ist eine typische Zentrumsresolution, wo „allgemeine“, angeblich „theoretische“ Redensarten überwiegen, praktische Forderungen absichtlich so schwach und verschwommen formuliert sind, daß man hoffen kann, nicht nur Greulich und G. Müller, sondern sogar Baumann-Zürich werden vielleicht geruhen, ihr Ultimatum zurückzunehmen und die Partei zu . . . begnadigen.

Summa summarum: Der Zimmerwaldismus wird von den Führern der schweizerischen Partei feierlich im „Sumpfe“ beerdigt.

Zusatz.

St.-Gallener „*Volksstimme*“ (wo sehr oft Huber-Rorschach schreibt) am 25. I. 1917:

„Dieser Unverschämtheit (d. h. Begründung des Referendums) gegenüber genügt die Feststellung, daß der Verschiebungsantrag (am 7. I.) von Genossen Grimm gestellt und energisch befürwortet wurde u. a. von den Genossen Manz, Greulich, Müller, Affolter, Schmid.“

„*Basler Vorwärts*“ vom 16. I. 1917 teilt mit, der Verschiebungsantrag (7. I.) sei von folgenden Genossen gestellt worden:

„Grimm, Rimathé, Studer, Münch, Lang-Zürich, Schneider-Basel, Keel-St. Gallen und Schnurrenberger“ (sic!?! wohl ein Druckfehler? soll heißen: Schneeberger?).

Die Arbeiter haben alle Ursache, beiden Zeitungen für diese Namensangabe dankbar zu sein! . . .

*Geschrieben Ende Februar 1917.  
in deutscher Sprache.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVII.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Manuskript.*

THESENENTWURF VOM 4. (17.) MÄRZ 1917<sup>102</sup>

Die Nachrichten aus Rußland, die bis jetzt, d. h. bis zum 17. III. 1917, in Zürich vorliegen, sind so dürftig, und die Ereignisse entwickeln sich jetzt in unserem Land so rasch, daß man die Lage nur sehr vorsichtig beurteilen darf.

Gestern schilderten die Telegramme die Dinge so, als hätte der Zar bereits abgedankt und die neue oktobristisch-kadettische Regierung<sup>103</sup> bereits ein Übereinkommen mit anderen Vertretern der Dynastie Romanow getroffen. Heute liegt eine Nachricht aus England vor, wonach der Zar noch nicht abgedankt hat und sein Aufenthaltsort unbekannt ist! Der Zar versucht also Widerstand zu leisten und eine Partei, vielleicht gar eine Armee für die Restauration zu organisieren; um das Volk irrezuführen, wird er möglicherweise, wenn es ihm gelingt, aus Rußland zu flüchten oder einen Teil der Truppen für sich zu gewinnen, ein Manifest erlassen, in dem er bekanntgibt, daß er einen Separatfrieden mit Deutschland geschlossen hat, der sofort in Kraft tritt!

Bei einer solchen Lage der Dinge steht das Proletariat vor einer ziemlich komplizierten Aufgabe. Selbstverständlich muß es sich möglichst gut organisieren, seine Kräfte sammeln, sich bewaffnen und sein Bündnis mit allen Schichten der werktätigen Massen in Stadt und Land festigen und entwickeln, damit es der zaristischen Reaktion eisernen Widerstand leisten und die zaristische Monarchie endgültig niederwerfen kann.

Andererseits besteht die neue Regierung, die in Petersburg die Macht ergriffen oder richtiger sie dem Proletariat nach seinem siegreichen, heldenmütigen und blutigen Kampf aus den Händen gerissen hat, aus liberalen Bourgeois und Gutsbesitzern, in deren Schlepptau sich Kerenski

befindet, der Vertreter der demokratischen Bauernschaft und möglicherweise eines Teils der Arbeiter, die sich verleiten ließen, der Bourgeoisie Gefolgschaft zu leisten, und die den Internationalismus vergessen haben. Die neue Regierung besteht aus notorischen Anhängern und Verteidigern des imperialistischen Krieges mit Deutschland, d. h. des Krieges im Bunde mit den imperialistischen Regierungen Englands und Frankreichs, eines Raubkrieges, eines Krieges um die Eroberung fremder Länder – Armeniens, Galiziens, Konstantinopels usw.

Die neue Regierung kann den Völkern Rußlands (und auch den Nationen, die durch den Krieg mit uns verbunden sind) weder Frieden und Brot noch volle Freiheit geben, und deshalb muß die Arbeiterklasse ihren Kampf für den Sozialismus und den Frieden fortsetzen, dafür die neue Situation ausnützen und sie den breitesten Volksmassen klarmachen.

Die neue Regierung kann keinen Frieden bringen, einerseits weil sie die Repräsentantin der Kapitalisten und Gutsbesitzer ist, und andererseits weil sie durch Verträge und finanzielle Verpflichtungen an die Kapitalisten Englands und Frankreichs gebunden ist. Die Sozialdemokratie Rußlands, die dem Internationalismus die Treue hält, muß deshalb die den Frieden herbeisehnenden Volksmassen vor allem und in erster Linie darüber aufklären, daß unter der gegenwärtigen Regierung der Frieden unmöglich errungen werden kann. Diese Regierung hat in ihrem ersten Manifest an das Volk (am 17. III.) kein Wort über den Frieden, die Haupt- und Grundfrage der Gegenwart, gesagt. Sie hält die Raubverträge geheim, die der Zarismus mit England, Frankreich, Italien, Japan usw. geschlossen hat. Die Regierung will dem Volk die Wahrheit über ihr Kriegsprogramm vorenthalten, die Wahrheit, daß sie für den Krieg, für den Sieg über Deutschland ist. Sie ist nicht imstande, das zu tun, was die Völker jetzt brauchen: unverzüglich und offen allen kriegführenden Ländern vorzuschlagen, sofort einen Waffenstillstand und dann einen Frieden auf der Grundlage der völligen Befreiung der Kolonien und aller abhängigen und nicht vollberechtigten Nationen zu schließen. Um das zu verwirklichen, ist eine Arbeiterregierung notwendig, die verbündet ist 1. mit den Massen der armen Dorfbevölkerung und 2. mit den revolutionären Arbeitern aller kriegführenden Länder.

Brot kann die neue Regierung dem Volk nicht geben. Keine Freiheit aber vermag die Massen zu befriedigen, die Hunger leiden, weil es an

Lebensmitteln fehlt, weil sie falsch verteilt werden, weil, was die Hauptsache ist, die Gutsbesitzer und Kapitalisten sie mit Beschlag belegt haben. Um den Völkern Brot zu geben, müssen revolutionäre Maßnahmen gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten ergriffen werden, solche Maßnahmen aber kann nur eine Arbeiterregierung durchführen.

Die neue Regierung ist auch nicht imstande, dem Volk volle Freiheit zu geben, obwohl sie in ihrem Manifest vom 17. III. 1917 von nichts anderem als von politischer Freiheit spricht, wobei sie die übrigen, nicht weniger wichtigen Fragen mit Schweigen übergeht. Die neue Regierung hat bereits versucht, sich mit der Dynastie Romanow zu verständigen, denn sie hat sich unter Mißachtung des Volkswillens bereit erklärt, die Dynastie Romanow anzuerkennen, wenn Nikolaus II. abdankt und ein Régent aus dem Hause Romanow für seinen Sohn ernannt wird. Die neue Regierung verspricht in ihrem Manifest alle möglichen Freiheiten, aber erfüllt nicht ihre unmittelbare und unumgängliche Pflicht, die Freiheit sofort zu verwirklichen, die Wahl der Offiziere usw. durch die Soldaten vornehmen zu lassen, Wahlen zu den Städtumas von Petersburg, Moskau usw. auf der Grundlage eines wirklich allgemeinen und nicht nur von den Männern ausgeübten Wahlrechts auszuschreiben, alle staatlichen und öffentlichen Gebäude für Volksversammlungen freizugeben, die Wahl aller örtlichen Behörden und der Semstvos auf der Grundlage eines ebensolchen wirklich allgemeinen Wahlrechts festzusetzen, alle Beschränkungen der Rechte der lokalen Selbstverwaltungen aufzuheben, alle Beamten, die von oben zur Überwachung der lokalen Selbstverwaltung ernannt wurden, abzusetzen, nicht nur die Konfessionsfreiheit, sondern auch die Freiheit von der Religion zu verwirklichen, unverzüglich die Schule von der Kirche zu trennen und die Schule von bürokratischer Bevormundung zu befreien usw.

Das ganze Manifest der neuen Regierung vom 17. III. erweckt höchstes Mißtrauen, denn es besteht nur aus Versprechungen und verwirklicht keine einzige der überaus dringenden Maßnahmen, die sofort durchgeführt werden könnten und müßten.

Die neue Regierung sagt in ihrem Programm kein Wort vom Achtstudententag und von anderen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, kein Wort davon, daß die Bauern Land erhalten, daß den Bauern alle Gutsbesitzerländereien entschädigungslos

übergeben werden sollen, und offenbart durch das Verschweigen dieser brennenden Fragen, daß sie eine Regierung der Kapitalisten und Gutsbesitzer ist.

Frieden, Brot und volle Freiheit kann das Volk nur von einer Arbeiterregierung erhalten, die sich 1. auf die überwiegende Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung, auf die Landarbeiter und die armen Bauern und 2. auf das Bündnis mit den revolutionären Arbeitern aller kriegführenden Länder stützt.

Das revolutionäre Proletariat kann deshalb die Revolution vom 1. (14.) III. nur als einen ersten, bei weitem noch nicht vollständigen Sieg auf seinem großen Weg betrachten, es muß sich die Aufgabe stellen, den Kampf für die Erringung der demokratischen Republik und des Sozialismus weiterzuführen.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, müssen das Proletariat und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands vor allem jene relative und unvollständige Freiheit ausnützen, die die neue Regierung gewährt und die nur durch weiteren, noch energischeren und hartnäckigeren revolutionären Kampf gesichert und erweitert werden kann.

Es ist notwendig, daß alle Werktätigen in Stadt und Land wie auch die Soldaten die Wahrheit über die gegenwärtige Regierung und ihre wirkliche Stellung zu den lebenswichtigen Fragen erfahren. Es ist notwendig, Sowjets der Arbeiterdeputierten zu bilden und die Arbeiter zu bewaffnen; es ist notwendig, proletarische Organisationen auch in der Armee (der die neue Regierung ebenfalls politische Rechte verspricht) und auf dem Lande zu schaffen; notwendig ist vor allem eine besondere Klassenorganisation der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter.

Nur wenn die breitesten Massen der Bevölkerung über alles unterrichtet und wenn sie organisiert sind, ist der volle Sieg der nächsten Etappe der Revolution und die Eroberung der Macht durch eine Arbeiterregierung gesichert.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, die in revolutionärer Zeit und auf Grund der harten Lehren des Krieges vom Volk unvergleichlich schneller verstanden wird als unter gewöhnlichen Umständen, muß die Partei des revolutionären Proletariats, die dem Internationalismus treu geblieben ist und sich von den verlogenen bürgerlichen Phrasen und das Volk betragenden Reden über die „Verteidigung des Vaterlandes“ im gegenwärtigen

imperialistischen Raubkrieg nicht hat einfangen lassen, ihre ideologische und organisatorische Selbständigkeit wahren.

Weder die jetzige Regierung noch eine bürgerlich-demokratische republikanische Regierung, wenn sie nur aus Kerenski und anderen volkstümlerischen oder „marxistischen“ Sozialpatrioten besteht, sind imstande, das Volk vom imperialistischen Krieg zu befreien und den Frieden zu garantieren.

Deshalb darf es für uns keine Blocks, keine Bündnisse und nicht einmal Abkommen mit den Anhängern der Vaterlandsverteidigung in der Arbeiterschaft geben, weder mit der Richtung Gwosdew-Potressow-Tschchenkeli-Kerenski usw. noch mit Leuten, die wie Tschcheidse usw. in dieser grundlegenden Frage eine schwankende und unbestimmte Haltung einnehmen. Dergleichen Abmachungen würden nicht nur die Massen irreführen und sie von der imperialistischen Bourgeoisie Rußlands abhängig machen, sondern würden auch die führende Rolle des Proletariats bei der Befreiung der Völker von imperialistischen Kriegen, bei der Sicherung eines wirklich festen Friedens zwischen den Arbeiterregierungen aller Länder schwächen und untergraben.

*Zuerst veröffentlicht 1924  
im Lenin-Sammelband II,*

*Nach dem Manuskript.*

TELEGRAMM AN DIE NACH RUSSLAND  
REISENDEN BOLSCHEWIKI<sup>104</sup>

Unsere Taktik vollständiges Mißtrauen, keine Unterstützung der neuen Regierung; Kerenski besonders verdächtig; Bewaffnung des Proletariats die einzige Garantie; sofortige Wahlen zu der Petersburger Duma; keine Annäherung zu andern Parteien; telegrafieren Sie dieses nach Petrograd.

*Uljanow*

*Geschrieben am 6. (19.) März 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1930  
im Lenin-Sammelband XIII.*

*Nach dem handschriftlichen  
Telegrammtext.  
Aus dem Französischen.*

EINE ZUSCHRIFT  
AN DIE ZEITUNG „VOLKSRECHT“ 105

Verschiedene deutsche Zeitungen veröffentlichen *entstellt* ein Telegramm, das ich Montag, den 19. März, nach Skandinavien an einzelne Mitglieder unserer Partei geschickt habe, die nach Rußland gingen und betreffs der zu befolgenden Taktik der Sozialdemokratie um meinen Rat baten.

Ich telegraphierte folgendes:

„Unsere Taktik vollständiges Mißtrauen, keine Unterstützung der neuen Regierung; Kerenski besonders verdächtig; Bewaffnung des Proletariats die einzige Garantie; sofortige Wahlen zu der Petersburger Duma (Stadtrat); keine Annäherung zu andern Parteien; telegrafieren Sie dieses nach Petrograd.“

Ich sandte dieses Telegramm im Namen der *ausländischen* Mitglieder des Zentralkomitees und *nicht* des Zentralkomitees. Ich sprach nicht von der konstituierenden Versammlung, sondern von den Wahlen zu den *städtischen* Behörden. Die Wahlen zu der konstituierenden Versammlung sind einstweilen ein leeres Versprechen. Die Wahlen zu der Petersburger städtischen Duma könnten und sollten *sofort* durchgeführt werden, wenn die Regierung in der Tat geeignet ist, die versprochenen Freiheiten zu realisieren. Diese Wahlen könnten dem Proletariat bei der Organisation und Befestigung seiner revolutionären Position behilflich sein.

N. Lenin

*Geschrieben nach dem 6. (19.) März 1917.*

*Veröffentlicht am 29. März 1917  
im „Volksrecht“ Nr. 75.*

*Nach dem deutschsprachigen  
Zeitungstext.*



**BRIEFE AUS DER FERNE<sup>106</sup>**



---

## BRIEFE AUS DER FERNE

### BRIEF 1

#### DIE ERSTE ETAPPE DER ERSTEN REVOLUTION

Die erste vom imperialistischen Weltkrieg erzeugte Revolution ist ausgebrochen. Diese erste Revolution wird sicher nicht die letzte sein.

Die erste Etappe dieser ersten Revolution, nämlich der *russischen* Revolution vom 1. März 1917, ist, nach den in der Schweiz vorliegenden kargen Nachrichten zu urteilen, abgeschlossen. Diese erste Etappe ist sicher nicht die letzte Etappe unserer Revolution.

Wie konnte solch ein „Wunder“ geschehen, daß in einer Zeitspanne von nur acht Tagen – das ist die in dem prahlerischen Telegramm des Herrn Miljukow an alle Vertreter Rußlands im Ausland genannte Zeit – eine Monarchie zusammenbrach, die sich Jahrhunderte gehalten und sich in den Jahren 1905–1907, drei Jahren gewaltiger Klassenschlachten des gesamten Volkes, trotz alledem behauptet hatte?

Wunder gibt es weder in der Natur noch in der Geschichte, aber jede schroffe Wendung der Geschichte, darunter auch jede Revolution, offenbart einen solchen Reichtum an Inhalt, entfaltet so unerwartet eigenartige Kombinationen der Kampfformen und der Kräfteverhältnisse der Kämpfenden, daß dem spießbürgerlichen Verstand vieles als Wunder erscheinen muß.

Damit es möglich wurde, daß die Zarenmonarchie im Laufe von wenigen Tagen zusammenbrach, mußte eine ganze Reihe Umstände von weltgeschichtlicher Bedeutung zusammentreffen. Führen wir die wichtigsten von ihnen an.

Ohne die drei Jahre von 1905 bis 1907, drei Jahre gewaltigster Klassenschlachten und größter revolutionärer Energie des russischen Proletariats, wäre eine so rasche zweite Revolution, rasch in dem Sinne, daß sie

ihre *Anfangsetappe* in wenigen Tagen durchlaufen hat, unmöglich gewesen. Die erste Revolution (1905) hat den Boden tief aufgewühlt, hat jahrhundertealte Vorurteile ausgerottet und Millionen Arbeiter und Dutzende Millionen von Bauern zum politischen Leben und zum politischen Kampf erweckt, sie hat *alle* Klassen (und alle wichtigen Parteien) der russischen Gesellschaft voreinander und vor der ganzen Welt in ihrer wahren Natur gezeigt, in dem wirklichen Wechselverhältnis ihrer Interessen, ihrer Kräfte, ihrer Aktionsmethoden, ihrer nächsten und weiteren Ziele. Die erste Revolution und die darauffolgende Epoche der Konterrevolution (1907 bis 1914) hat das ganze Wesen der Zarenmonarchie bloßgelegt, hat sie an die „äußerste Grenze“ geführt, hat ihre ganze Fäulnis und Niedertracht enthüllt, den ganzen Zynismus und die ganze Verderbtheit der Zarenclique mit dem Ungeheuer Rasputin an der Spitze, alle Bestialitäten der Familie Romanow, dieser Pogrombanditen, die Rußlands Boden mit dem Blut der Juden, Arbeiter und Revolutionäre tränkten, die sich als *Gutsbesitzer* die „Ersten unter Gleichen“ nennen, die *Millionen* Desjatinen Land *besitzen* und zu jeder Bestialität, zu jedem Verbrechen fähig sind, die bereit sind, jede beliebige Anzahl Menschen zugrunde zu richten und umzubringen, um ihr „heiliges Eigentum“ und das ihrer Klasse zu erhalten.

Ohne die Revolution von 1905–1907, ohne die Konterrevolution von 1907–1914 wäre eine so genaue „Selbstbestimmung“ aller Klassen des russischen Volkes und der Rußland bewohnenden Völker, wäre eine Bestimmung der Beziehungen dieser Klassen zueinander und zur Zarenmonarchie, wie sie in den acht Tagen der Februar-März-Revolution 1917 erfolgt ist, unmöglich gewesen. Diese achttägige Revolution ging – wenn das Bild erlaubt ist – so „über die Bühne“, als hätten vorher ein Dutzend Proben und Generalproben stattgefunden; die „Akteure“ kannten einander, ihre Rollen, ihre Plätze, die Szenerie aufs genaueste, bis in die kleinsten Einzelheiten, kannten alle einigermaßen bedeutenden Schattierungen der politischen Richtungen und Aktionsmethoden.

Damit aber die erste, die große Revolution von 1905, die von den Herren Gutschkow und Miljukow und ihren Lakaien als „große Rebellion“ verurteilt wurde, zwölf Jahre später zu der „glänzenden“, „glorreichen“ Revolution von 1917 führen konnte, die die Gutschkow und Miljukow „glorreich“ nennen, weil sie ihnen (*bis auf weiteres*) die Macht gegeben

hat – so war dazu ein großer, mächtiger und allgewaltiger „Regisseur“ notwendig, der imstande war, einerseits den Gang der Weltgeschichte ungeheuer zu beschleunigen und andererseits weltumfassende Krisen, wirtschaftliche, politische, nationale und internationale Krisen von ungeahnter Intensität hervorzurufen. Außer der ungewöhnlichen Beschleunigung des Ganges der Weltgeschichte waren besonders schroffe Wendungen in ihrem Verlauf notwendig, damit bei einer dieser Wendungen der Karren der blut- und schmutzbesudelten Romanowschen Monarchie so *schlagartig* umstürzen konnte.

Dieser allgewaltige „Regisseur“, dieser mächtige Beschleuniger war der imperialistische Weltkrieg.

Es steht jetzt schon außer Zweifel, daß es ein Weltkrieg ist, denn die Vereinigten Staaten und China sind heute schon halb in ihn hineingezogen und werden morgen ganz in ihn hineingezogen werden.

Es steht jetzt schon außer Zweifel, daß es von *beiden* Seiten ein imperialistischer Krieg ist. Nur die Kapitalisten und ihre Lakaien, die Sozialpatrioten und Sozialchauvinisten – oder, um nicht allgemeine kritische Begriffe, sondern in Rußland bekannte politische Namen zu verwenden, nur die Gutschkow und Lwow, Miljukow und Schingarjow einerseits, nur die Gwodzew, Potressow, Tschchenkeli, Kerenski und Tschcheidse andererseits – können diese Tatsache leugnen oder vertuschen. Der Krieg wird *sowohl* von der deutschen *als auch* von der englisch-französischen Bourgeoisie geführt, um fremde Länder auszurauben, um die kleinen Völker zu versklaven, um die Finanzherrschaft über die Welt zu errichten, um die Kolonien zu teilen und neu aufzuteilen, um durch Betrug und Entzweiung der Arbeiter in den verschiedenen Ländern die untergehende kapitalistische Ordnung zu retten.

Der imperialistische Krieg mußte mit objektiver Zwangsläufigkeit den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie außerordentlich beschleunigen und unerhört zuspitzen, er mußte sich in den Bürgerkrieg zwischen den feindlichen Klassen verwandeln.

Diese *Verwandlung* hat begonnen mit der Februar-März-Revolution 1917, deren erste Etappe uns erstens den gemeinsamen Schlag vor Augen führte, den zwei Kräfte dem Zarismus versetzten: einerseits das gesamte bürgerliche und gutsherrliche Rußland mit allen seinen unbewußten Nachläufern und allen seinen bewußten Drahtziehern in Gestalt der englisch-

französischen Botschafter und Kapitalisten und andererseits der *Sowjet der Arbeiterdeputierten*, der begonnen hat, die Soldaten- und Bauerndeputierten an sich heranzuziehen.

Diese drei politischen Lager, drei politischen Hauptkräfte: 1. die Zarenmonarchie, das Haupt der fronherrlichen Gutsbesitzer, das Haupt der alten Beamtschaft und der Generalität; 2. das bürgerliche und gutsherrlich-oktobristisch-kadettische Rußland, hinter dem die Kleinbourgeoisie einhertrottete (ihre Hauptvertreter sind Kerenski und Tschcheidse); 3. der Sowjet der Arbeiterdeputierten, der sich im gesamten Proletariat und in der gesamten Masse der ärmsten Bevölkerung Verbündete sucht – diese drei politischen *Hauptkräfte* traten sogar in den acht Tagen der „ersten Etappe“ mit aller Deutlichkeit zutage, erkennbar selbst für einen vom Schauplatz der Ereignisse so weit entfernten Beobachter, der sich mit den kärglichen Telegrammen der ausländischen Zeitungen begnügen muß, wie der Schreiber dieser Zeilen.

Doch bevor ich hierauf ausführlicher eingehe, muß ich zu jenem Teil meines Briefes zurückkehren, der einem Faktor von höchster Wichtigkeit – dem imperialistischen Weltkrieg – gewidmet ist.

Der Krieg hat die kriegführenden Mächte, die kriegführenden Gruppen der Kapitalisten, die „Herren“ der kapitalistischen Ordnung, die Sklavenhalter der kapitalistischen Sklaverei, mit *eisernen Ketten* aneinandergefesselt. *Ein einziger blutiger Knäuel* – das ist das gesellschaftliche und politische Leben im gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt.

Die Sozialisten, die bei Kriegsbeginn auf die Seite der Bourgeoisie übergelaufen sind, alle diese David und Scheidemann in Deutschland, die Plechanow-Potressow-Gwodew und Co. in Rußland, haben lange und aus vollem Halse gegen die „Illusionen“ der Revolutionäre gezetert, gegen die „Illusionen“ des Basler Manifests, gegen die „Traumkomödie“ der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Sie haben in allen Tonarten die angeblich vom Kapitalismus an den Tag gelegte Macht, Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit besungen – sie, die den Kapitalisten geholfen haben, die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder „anzupassen“, zu zähmen, hinters Licht zu führen und zu entzweien!

Doch „wer zuletzt lacht, lacht am besten“. Nicht lange hat die Bourgeoisie die durch den Krieg erzeugte revolutionäre Krise hinauszuschieben

vermocht. Sie wächst mit unwiderstehlicher Gewalt in allen Ländern, bei Deutschland angefangen, wo nach dem Ausdruck eines Beobachters, der kürzlich dort war, ein „genial organisierter Hunger“ herrscht, bis einschließlich England und Frankreich, wo ebenfalls der Hunger herannaht, wo aber die Organisation weit weniger „genial“ ist.

Es ist natürlich, daß im zaristischen Rußland, wo die Desorganisation am ungeheuerlichsten war und wo das Proletariat am revolutionärsten ist (nicht dank seinen besonderen Eigenschaften, sondern dank den lebendigen Traditionen des „Jahres 1905“), die revolutionäre Krise zuerst ausgebrochen ist. Diese Krise wurde durch eine Reihe schwerster Niederlagen beschleunigt, die Rußland und seinen Verbündeten beigebracht wurden. Die Niederlagen haben die ganze alte Regierungsmaschine und die ganze alte Ordnung erschüttert, sie haben *alle* Klassen der Bevölkerung gegen diese Ordnung aufgebracht und die Armee erbittert, sie haben das alte, aus verknöcherten Adligen bestehende und von besonders muffigem Beamtengeist durchdrungene Offizierskorps weitgehend aufgerieben und durch junge, frische Kräfte ersetzt, die vorwiegend aus der Bourgeoisie, der Intelligenz und dem Kleinbürgertum stammen. Jene vor der Bourgeoisie offen katzbuckelnden oder einfach charakterlosen Leute, die gegen den „Defätismus“ schrien und tobten, stehen jetzt vor der Tatsache, daß die Niederlage der rückständigsten und barbarischsten Monarchie, des Zarisismus, mit dem *Beginn* der revolutionären Feuersbrunst historisch verbunden ist.

Während jedoch die Niederlagen zu Beginn des Krieges die Rolle eines negativen Faktors spielten, der die Explosion beschleunigte, so war das Bündnis des englisch-französischen Finanzkapitals, des englisch-französischen Imperialismus mit dem oktobristisch-kadettischen Kapital Rußlands ein Faktor, der diese Krise durch direkte *Organisierung einer Verschwörung* gegen Nikolaus Romanow beschleunigte.

Diese außerordentlich wichtige Seite der Sache wird von der englischen und französischen Presse aus verständlichen Gründen verschwiegen, während sie von der deutschen schadenfroh unterstrichen wird. Wir Marxisten müssen der Wahrheit nüchtern ins Auge sehen, wir dürfen uns weder durch die Lügen, die offiziellen, honigsüßen diplomatischen Lügen der Diplomaten und Minister der einen kriegführenden Imperialistengruppe, noch durch das Zwinkern und Kichern ihrer finanziellen und militärischen

Konkurrenten von der anderen kriegführenden Gruppe beirren lassen. Der ganze Ablauf der Ereignisse während der Februar-März-Revolution zeigt deutlich, daß die englische und die französische Botschaft mit ihren Agenten und „Verbindungen“, die seit langem die verzweifeltsten Anstrengungen machten, „separate“ Übereinkünfte und einen Separatfrieden zwischen Nikolaus dem Zweiten (und dem Letzten, wie wir hoffen und erstreben) und Wilhelm dem Zweiten zu verhindern, zusammen mit den Oktobristen und Kadetten, zusammen mit einem Teil der Generalität und des Offizierskorps der Armee sowie der Petersburger Garnison eine direkte Verschwörung organisierten, und zwar besonders mit dem Ziel der *Absetzung* Nikolaus Romanows.

Machen wir uns keine Illusionen. Begehen wir nicht den Fehler jener, die – wie einige zwischen der Gwosdew-Potressow-Richtung und dem Internationalismus hin und her schwankende und allzuoft in kleinbürgerlichen Pazifismus verfallende OK-Leute oder Menschewiki – jetzt bereit sind, eine „Übereinkunft“ der Arbeiterpartei mit den Kadetten, eine „Unterstützung“ der letzteren durch die erstere zu preisen usw. Diese Leute werfen ihrer alten auswendig gelernten (und keineswegs marxistischen) Doktrin zuliebe einen Schleier über die Verschwörung der englisch-französischen Imperialisten mit den Gutschkow und Miljukow, die das Ziel hatte, den „Oberkrieger“ Nikolaus Romanow abzusetzen und ihn durch energischere, frischere und fähigere *Krieger* zu ersetzen.

Wenn die Revolution so rasch und – dem Anschein nach, bei erster, oberflächlicher Betrachtung – so radikal gesiegt hat, dann nur deshalb, weil sich dank einer außerordentlich originellen historischen Situation *völlig verschiedene Ströme, völlig ungleichartige Klasseninteressen, völlig entgegengesetzte politische und soziale Bestrebungen vereinigten*, und zwar bemerkenswert „einmütig“ vereinigten: Einerseits nämlich die Verschwörung der englisch-französischen Imperialisten, die die Miljukow, Gutschkow und Co. dazu drängten, die Macht zu ergreifen, *damit der imperialistische Krieg fortgesetzt werden kann, damit er noch erbitterter und hartnäckiger weitergeführt wird, damit neue Millionen russischer Arbeiter und Bauern hingeschlachtet werden*, und das... damit die Gutschkow Konstantinopel, die französischen Kapitalisten Syrien, die englischen Kapitalisten Mesopotamien usw. erhalten. Und andererseits eine tiefgehende Bewegung revolutionären Charakters, eine Bewegung des Prole-

tariats und der Volksmassen (der gesamten armen Bevölkerung in Stadt und Land) für *Brot, für Frieden, für wahre Freiheit*.

Es wäre einfach dumm, davon zu sprechen, daß das revolutionäre Proletariat Rußlands den kadettisch-oktobristischen, durch englische Gelder „geschmierten“ Imperialismus, der ebenso abscheulich ist wie der zaristische, „unterstützt“. Die revolutionären Arbeiter machten sich daran, die schändliche *Zarenmonarchie* zu zerstören, sie haben sie schon in beträchtlichem Maße zerstört und werden sie bis auf den Grund zerstören, ohne in Begeisterung oder Verwirrung darüber zu geraten, daß in gewissen kurzen, ihrer Konstellation nach einzigartigen geschichtlichen Zeitpunkten *ihnen* der Kampf zu Hilfe kommt, den die Buchanan, Gutschkow, Miljukow und Co. für die Ersetzung des einen Monarchen durch einen *anderen Monarchen* – und möglichst auch einen Romanow! – führen.

So und nur so lagen die Dinge. So und nur so kann ein Politiker die Dinge betrachten, der die Wahrheit nicht fürchtet, der das Wechselverhältnis der gesellschaftlichen Kräfte in der Revolution nüchtern abwägt, der „gegenwärtige Situationen“ nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer ganzen heutigen, momentanen Eigenart einschätzt, sondern auch unter dem Gesichtspunkt ihrer tiefer liegenden Triebfedern, der tiefer liegenden Wechselverhältnisse zwischen den Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie sowohl in Rußland als auch in der ganzen Welt.

Die Petrograder Arbeiter und die Arbeiter ganz Rußlands haben aufopferungsvoll gegen die Zarenmonarchie, für die Freiheit, für die Übergabe des Bodens an die Bauern, *für den Frieden*, gegen das imperialistische Gemetzel gekämpft. Das englisch-französische imperialistische Kapital hat, um dieses Gemetzel fortsetzen und verstärken zu können, Palastintrigen gesponnen, hat eine Verschwörung der Gardeoffiziere angezettelt, hat die Gutschkow und Miljukow angestachelt und ermutigt und insgeheim *eine fix und fertige neue Regierung* zusammengestellt, die denn auch sofort nach den ersten Schlägen, die der Kampf des Proletariats dem Zarismus versetzte, die *Macht an sich gerissen hat*.

Diese neue Regierung, in der die Oktobristen und die „friedlichen Erneuerer“, die gestrigen Helfershelfer des Henkers Stolypin, Lwow und Gutschkow, die *wirklich wichtigen* Posten, die ausschlaggebenden Posten, die entscheidenden Posten einnehmen und die Armee und die Beamten-schaft beherrschen, diese Regierung, in der Miljukow und andere Kadet-

ten mehr zur Verzierung, als Aushängeschild, zum Halten erbaulicher Professorenreden sitzen und der „Trudowik“<sup>107</sup> Kerenski die Rolle des Schönredners zur Betörung der Arbeiter und Bauern spielt – diese Regierung stellt keine zufällige Gruppe von Menschen dar.

Es sind die Vertreter der neuen Klasse, die in Rußland zur politischen Macht aufgestiegen ist, der Klasse der kapitalistischen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, die unser Land wirtschaftlich seit langem *lenkt*, die sich sowohl während der Revolution von 1905–1907 als auch während der Konterrevolution von 1907–1914 sowie schließlich – und zwar mit besonderer Schnelligkeit – während der Kriegsjahre 1914–1917 außerordentlich rasch politisch organisierte, die örtliche Selbstverwaltung, die Volksbildung, Kongresse verschiedenster Art, die Duma, die Kriegsindustriekomitees usw. in ihre Hände nahm. Diese neue Klasse war Anfang 1917 schon „beinahe ganz“ an der Macht; deshalb genügten schon die ersten Schläge gegen den Zarismus, um seinen Zusammenbruch herbeizuführen und so den Platz für die Bourgeoisie frei zu machen. Der imperialistische Krieg, der eine ungeheure Kräfteanspannung erfordert, hat die Entwicklung des zurückgebliebenen Rußlands so beschleunigt, daß wir „mit einem Schlag“ (in Wirklichkeit nur *scheinbar* mit einem Schlag) Italien, England und beinahe Frankreich *eingeholt* und eine „Koalitions“-regierung, eine „nationale“ Regierung (d. h. eine für die Fortführung des imperialistischen Gemetzels und den Volksbetrug geeignete) „parlamentarische“ Regierung erhalten haben.

Neben dieser Regierung – die im Grunde genommen vom Standpunkt des *gegenwärtigen* Krieges nichts anderes ist als ein Kommis der Milliarden, „firmen“ „England und Frankreich“ – ist die Hauptregierung entstanden, eine inoffizielle, noch unentwickelte und verhältnismäßig schwache *Arbeiterregierung*, die die Interessen des Proletariats und des ganzen ärmeren Teils der Stadt- und Landbevölkerung zum Ausdruck bringt. Das ist der *Sowjet der Arbeiterdeputierten* in Petrograd, der Verbindung mit den Soldaten und Bauern und – natürlich besonders, in erster Linie und mehr als mit den Bauern – mit den Landarbeitern sucht.

Das ist die *tatsächliche* politische Lage, die wir vor allem mit der größtmöglichen objektiven Genauigkeit festzustellen bestrebt sein müssen, um die marxistische Taktik auf der einzig festen Grundlage, auf die sie stets gegründet sein muß, aufzubauen, auf der Grundlage der *Tatsachen*.

Die Zarenmonarchie ist geschlagen, aber noch nicht vernichtet.

Die oktobristisch-kadettische bürgerliche Regierung, die den imperialistischen Krieg „bis zu Ende“ führen will und faktisch der Kommis der Finanzfirma „England und Frankreich“ ist, *sieht sich genötigt*, dem Volk ein Höchstmaß an Freiheiten und Zugeständnissen zu *versprechen*, soweit sie sich damit vereinbaren lassen, daß diese Regierung ihre Macht über das Volk und die Möglichkeit behält, das imperialistische Gemetzel fortzusetzen.

Der Sowjet der Arbeiterdeputierten, die Organisation der Arbeiter, ist die Keimzelle der Arbeiterregierung, der Vertreter der Interessen aller *armen* Schichten der Bevölkerung, d. h. von neun Zehnteln der Bevölkerung, der für *Frieden, Brot und Freiheit* kämpft.

Der Kampf dieser drei Kräfte bestimmt die Situation, die jetzt entstanden ist und die den *Übergang* von der ersten zur zweiten Etappe der Revolution darstellt.

Zwischen der ersten und der zweiten Kraft ist der Widerspruch *nicht* tief, er ist zeitweilig und ist *nur* durch die augenblickliche Konstellation, durch die schroffe Wendung der Geschehnisse im imperialistischen Krieg hervorgerufen. Die *gesamte* neue Regierung besteht aus Monarchisten, denn das in *Worten* zur Schau getragene Republikanertum Kerenskis ist einfach nicht ernst zu nehmen, ist eines Politikers unwürdig und *objektiv* nichts anderes als Politikastertum. Die neue Regierung hat die Zarenmonarchie noch nicht endgültig geschlagen, *beginnt* aber bereits, *Übereinkommen* mit der Gutsbesitzerdynastie Romanow *einzu*gehen. Die Bourgeoisie oktobristisch-kadettischen Typs *braucht* die Monarchie als Haupt der Bürokratie und der Armee zum Schutz der Privilegien des Kapitals gegen die Werktätigen.

Wer sagt, daß die Arbeiter die neue Regierung im Interesse des Kampfes gegen die zaristische Reaktion *unterstützen* sollen (und das sagen offenbar die Potressow, Gwosdew, Tschchenkeli, und trotz seiner ganzen *ausweichenden Haltung* auch *Tschcheidse*), der ist ein Verräter der Arbeiter, ein Verräter an der Sache des Proletariats, an der Sache des Friedens und der Freiheit. Denn in Wirklichkeit ist *gerade* diese neue Regierung *bereits* an Händen und Füßen durch das imperialistische Kapital, durch die imperialistische Kriegs- und Raubpolitik gebunden, hat sie *bereits* begonnen, Übereinkommen mit der Dynastie zu schließen (ohne das

Volk zu fragen!), *arbeitet sie bereits an der Restaurierung der Zarenmonarchie*, heißt sie bereits Michael Romanow, den neuen Zarenkandidaten, willkommen, bemüht sie sich bereits um die Festigung seines Thrones, um die Ablösung der legitimen (gesetzlichen, nach altem Gesetz bestehenden) Monarchie durch eine bonapartistische, sich auf ein Plebiszit (eine gefälschte Volksabstimmung) stützende Monarchie.

Nein, um wirklich gegen die Zarenmonarchie zu kämpfen, um die Freiheit wirklich zu sichern und nicht nur mit Reden oder mit Versprechungen, wie das die Schönredner Miljukow und Kerenski tun, müssen *nicht* die Arbeiter die neue Regierung unterstützen, sondern diese Regierung muß die Arbeiter „unterstützen“! Denn die einzige *Garantie* für die Freiheit, für die restlose Vernichtung des Zarismus ist die *Bewaffnung des Proletariats*, die Festigung, Erweiterung und Weiterentwicklung der Rolle, der Bedeutung und der Macht des Sowjets der Arbeiterdeputierten.

Alles übrige ist Phrase und Lüge, ist Selbstbetrug der Politikaster aus dem liberalen und radikalen Lager, ist gemeine Gaunerei.

Helft den Arbeitern, sich zu bewaffnen, oder hindert sie wenigstens nicht dabei – und die Freiheit in Rußland wird unbesiegbar, die Restauration der Monarchie unmöglich und die Republik gesichert sein.

Andernfalls werden die Gutschkow und Miljukow die Monarchie wieder aufrichten und *nichts*, aber auch gar nichts von den „Freiheiten“ verwirklichen, die sie versprochen haben. In *allen* bürgerlichen Revolutionen haben alle bürgerlichen Politikaster das Volk mit Versprechungen „gefüttert“ und die Arbeiter zum Narren gehalten.

Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution, *deshalb* müssen die Arbeiter die Bourgeoisie unterstützen, sagen die Potressow, Gwosdew, Tschcheidse – dasselbe, was gestern Plechanow sagte.

Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution, sagen wir Marxisten, *deshalb* müssen die Arbeiter dem Volk über den Betrug der bürgerlichen Politikaster die Augen öffnen und es lehren, Worten keinen Glauben zu schenken, sich nur auf die *eigenen* Kräfte, auf die *eigene* Organisation, auf den *eigenen* Zusammenschluß, auf die *eigene Bewaffnung* zu verlassen.

Die Regierung der Oktobristen und Kadetten, der Gutschkow und Miljukow, *kann*, selbst wenn sie das aufrichtig wollte (an die Aufrichtigkeit von Gutschkow und Lwow können nur Kinder glauben), dem Volk *weder Frieden noch Brot, noch Freiheit* geben.

Frieden kann sie nicht geben, weil sie eine Regierung des Krieges ist, eine Regierung der Fortsetzung des imperialistischen Gemetzels, eine Regierung des *Raubes*, die Armenien, Galizien und die Türkei ausplündern, Konstantinopel an sich reißen, Polen, Kurland, Litauen usw. wiedererobern will. Diese Regierung ist durch das englisch-französische imperialistische Kapital an Händen und Füßen gebunden. Das russische Kapital ist eine Filiale der internationalen „Firma“, die mit *Hundertern Milliarden Rubel* operiert und „England und Frankreich“ heißt.

Brot kann sie nicht geben, weil sie eine bürgerliche Regierung ist. Im *besten* Fall wird sie dem Volk, nach dem Vorbild Deutschlands, einen „genial organisierten Hunger“ bringen. Das Volk aber wird sich mit Hunger nicht abfinden wollen. Das Volk wird erfahren und sicher bald erfahren, daß Brot vorhanden ist und beschafft werden kann, aber nur durch Maßnahmen, die *nicht haltmachen vor der Heiligkeit des Kapitals und des Grundbesitzes*.

Freiheit kann sie nicht geben, weil sie eine Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten ist, die *Angst* vor dem Volk hat und bereits begonnen hat, mit der Dynastie Romanow Übereinkommen zu treffen.

Über die taktischen Aufgaben unseres Verhaltens gegenüber dieser Regierung in der nächsten Zeit werden wir in einem anderen Artikel sprechen. Dort werden wir zeigen, worin die Eigenart des gegenwärtigen Zeitpunkts, des *Übergangs* von der ersten zur zweiten Etappe der Revolution, besteht, warum die Losung, die „Aufgabe des Tages“, in *diesem* Zeitpunkt sein muß: *Arbeiter! Ihr habt im Bürgerkrieg gegen den Zarismus Wunder an proletarischem Heldentum, an Volksheldentum vollbracht. Ihr müßt Wunder an Organisation des Proletariats und des gesamten Volkes vollbringen, um euren Sieg in der zweiten Etappe der Revolution vorzubereiten.*

Wir beschränken uns *heute* auf die Analyse des Klassenkampfes und des Kräfteverhältnisses der Klassen in der gegenwärtigen Etappe der Revolution und müssen in diesem Zusammenhang noch die Frage stellen: *Welche Verbündeten hat das Proletariat in der gegenwärtigen Revolution?*

Es hat *zwei* Verbündete: erstens die breite, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bildende und viele Dutzende Millionen zählende Masse der halbproletarischen und zum Teil kleinbäuerlichen Bevölkerung in Rußland. Diese Masse *braucht* Frieden, Brot, Freiheit und Land. Diese Masse wird sich unvermeidlich unter einem gewissen Einfluß der Bour-

geoisie und besonders der Kleinbourgeoisie befinden, der sie ihren Lebensbedingungen nach am nächsten steht, und wird zwischen Bourgeoisie und Proletariat schwanken. Die harten Lehren des Krieges, die *um so härter* sein werden, je energischer die Gutschkow, Lwow, Miljukow und Co. den Krieg führen, werden diese Masse *unweigerlich* zum Proletariat drängen und sie zwingen, ihm zu folgen. Wir müssen jetzt bestrebt sein, die relative Freiheit der neuen Ordnung und die Sowjets der Arbeiterdeputierten auszunutzen, um vor allem und am meisten diese Masse *aufzuklären* und *zu organisieren*. Sowjets der Bauerndeputierten, Sowjets der Landarbeiter – das ist eine der wichtigsten Aufgaben. Hierbei werden unsere Bestrebungen nicht nur darauf gerichtet sein, daß die Landarbeiter ihre eigenen, besonderen Sowjets schaffen, sondern auch darauf, daß die besitzlosen und armen Bauern sich *getrennt* von den begüterten Bauern organisieren. Über die besonderen Aufgaben und besonderen Formen der jetzt dringend notwendigen Organisation im nächsten Brief.

Zweitens hat das russische Proletariat einen Verbündeten im Proletariat aller kriegführenden und überhaupt aller Länder. Zwar lastet jetzt auf ihm noch schwer der Druck des Krieges, und allzuhäufig sprechen in seinem Namen die Sozialchauvinisten, die in Europa, ebenso wie Plechanow, Gwosdew, Potressow in Rußland, zur Bourgeoisie übergelaufen sind. Aber die Befreiung des Proletariats vom Einfluß der Sozialchauvinisten hat mit jedem Monat dieses imperialistischen Krieges Fortschritte gemacht, und die russische Revolution wird diesen Prozeß *unvermeidlich* ganz gewaltig beschleunigen.

Mit diesen beiden Verbündeten kann und wird das Proletariat Rußlands *unter Ausnutzung der Besonderheiten* des gegenwärtigen Übergangsstadiums zuerst zur Eroberung der demokratischen Republik und des vollen Sieges der Bauern über die Gutsbesitzer – anstatt der Halbmonarchie der Gutschkow und Miljukow – und dann zum *Sozialismus* schreiten, der allein den vom Krieg gemarterten Völkern *Frieden, Brot und Freiheit* geben wird.

N. Lenin

Geschrieben am 7. (20.) März 1917.

Veröffentlicht am 21. und 22. März 1917  
in der „Prawda“ Nr. 14 und 15.

Nach der maschinengeschriebenen  
Abschrift, verglichen mit dem Text  
der „Prawda“.

## BRIEFE AUS DER FERNE

## BRIEF 2

## DIE NEUE REGIERUNG UND DAS PROLETARIAT

Das wichtigste Dokument, das mir bis zum heutigen Tag (8.[21.]März) zur Verfügung steht, ist eine Nummer der erzkonservativen und erzbürgerlichen englischen Zeitung „Times“<sup>108</sup> vom 16. (3.) März mit einer Zusammenstellung der Meldungen über die Revolution in Rußland. Es dürfte schwerfallen, eine Quelle zu finden, die der Regierung Gutschkow und Miljukow – um es milde auszudrücken – wohlwollender gegenüberstünde.

Der Petersburger Korrespondent dieser Zeitung meldete am Mittwoch, dem 1. (14.) März, als noch die erste provisorische Regierung existierte, d. h. der Exekutivausschuß der Duma, bestehend aus 13 Mann mit Rodsjanko an der Spitze (und den zwei, wie die Zeitung sie nennt, „Sozialisten“ Kerenski und Tschcheidse als Mitglieder), folgendes:

„Eine Gruppe von 22 gewählten Mitgliedern des Reichsrats, Gutschkow, Stachowitsch, Trubezkoi, Professor Wassiljew, Grimm, Wernadski und andere, hat gestern ein Telegramm an den Zaren gesandt“ mit der flehentlichen Bitte, zur Rettung der „Dynastie“ usw. usf. die Duma einzuberufen und einen Regierungschef zu ernennen, der das „Vertrauen der Nation“ genießt. „Welchen Entschluß der Kaiser, der heute eintreffen soll, fassen wird“, schreibt der Korrespondent, „ist zur Zeit noch nicht bekannt, aber eines steht fest: Wenn Seine Majestät die Wünsche der gemäßigtesten Elemente unter seinen loyalen Untertanen nicht unverzüglich erfüllt, so wird das Provisorische Komitee der Reichsduma den Einfluß, den es jetzt besitzt, ganz an die Sozialisten verlieren, die die Errichtung einer Republik wollen, aber nicht imstande sind, irgendeine geordnete Regierung zu schaffen, sondern das Land unvermeidlich in eine innere Anarchie und eine äußere Katastrophe stürzen würden . . .“

Wie staatsmännisch-weise und klar das ist, nicht wahr? Wie gut begreift doch der englische Gesinnungsgenosse (wenn nicht gar der Prinzipal) der Gutschkow und Miljukow das Verhältnis der Klassenkräfte und Klasseninteressen! Die „gemäßigtesten Elemente unter den loyalen Untertanen“, d. h. die monarchistischen Gutsbesitzer und Kapitalisten, wollen die Macht in ihre Hände nehmen, denn sie sind sich dessen bewußt, daß sie sonst ihren „Einfluß“ an die „Sozialisten“ verlieren würden. Weshalb aber gerade an die „Sozialisten“ und nicht an irgend jemand anders? Deshalb, weil der englische Gutschkowist sehr gut begreift, daß es in der politischen Arena *keine* andere gesellschaftliche Kraft *gibt* und auch *nicht* geben *kann*. Die Revolution war das Werk des Proletariats, das Proletariat hat heldenmütig gekämpft, das Proletariat hat sein Blut vergossen, es hat die breitesten Massen der werktätigen und armen Bevölkerung mit sich gerissen, das Proletariat fordert Brot, Frieden und Freiheit, es fordert die Republik, es sympathisiert mit dem Sozialismus. Aber das Häuflein Gutsbesitzer und Kapitalisten mit den Gutschkow und Miljukow an der Spitze will sich über den Willen oder die Bestrebungen der gewaltigen Mehrheit hinwegsetzen, will einen *Pakt mit der zusammenbrechenden Monarchie* schließen, will sie unterstützen und retten: Ernennen Sie Lwow und Gutschkow, Euer Majestät, und wir sind mit der Monarchie gegen das Volk. Das ist der ganze Sinn, das ganze Wesen der Politik der neuen Regierung!

Wie aber soll der Betrug am Volk, die Täuschung des Volkes, die Mißachtung des Willens der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung gerechtfertigt werden?

Dazu muß das Volk verleumdet werden – eine alte, aber ewig neue Methode der Bourgeoisie. Und der englische Gutschkowist verleumdet, schimpft, speit und geifert: „innere Anarchie, äußere Katastrophe“, keine „geordnete Regierung“!!

Das ist nicht wahr, mein werter Gutschkowist! Die Arbeiter wollen die Republik, die Republik aber ist eine viel „geordnetere“ Regierung als die Monarchie. Wer garantiert dem Volk, daß ein zweiter Romanow sich nicht einen zweiten Rasputin anschafft? Die Katastrophe aber wird gerade durch die Fortsetzung des Krieges, d. h. durch die neue Regierung, herbeigeführt. Nur die proletarische Republik, die von den Landarbeitern und den armen Schichten der Bauern und der Städter unterstützt wird,

kann den Frieden gewährleisten, kann Brot, Ordnung und Freiheit geben.

Das Geschrei gegen die Anarchie soll nur die eigennützigen Interessen der Kapitalisten verhüllen, die sich am Krieg und an den Kriegsanleihen bereichern wollen, die die Monarchie *gegen* das Volk wiedererrichten wollen.

„... Gestern“, fährt der Korrespondent fort, „hat die Sozialdemokratische Partei einen Aufruf erlassen, dessen Inhalt äußerst aufrührerisch ist; dieser Aufruf wurde in der ganzen Stadt verbreitet. Sie“ (d. h. die Sozialdemokratische Partei) „sind reine Doktrinäre; aber in einer Zeit wie der heutigen sind sie imstande, ungeheures Unheil zu stiften. Herr Kerenski und Herr Tschcheidse, die begreifen, daß sie ohne die Unterstützung der Offiziere und der gemäßigeren Elemente des Volkes nicht darauf hoffen können, die Anarchie zu verhüten, sind genötigt, auf ihre weniger vernünftigen Genossen Rücksicht zu nehmen, und werden unmerklich in eine Haltung gedrängt, die es dem Provisorischen Komitee erschwert, seine Aufgaben zu erfüllen...“

O großer englischer Gutschkow-Diplomat! Wie „unvernünftig“ haben Sie die Wahrheit ausgeplaudert!

Die „Sozialdemokratische Partei“ und die „weniger vernünftigen Genossen“, auf die Kerenski und Tschcheidse „Rücksicht zu nehmen genötigt sind“, das ist offenbar das Zentralkomitee oder das Petersburger Komitee unserer durch die Januarkonferenz von 1912 wiederhergestellten Partei, das sind dieselben „Bolschewiki“, die von den Bourgeois stets als „Doktrinäre“ beschimpft werden, weil sie treu zur „Doktrin“, d. h. zu den Grundsätzen, der Lehre, den Zielen des *Sozialismus* stehen. Als aufrührerisch und doktrinär beschimpft der englische Gutschkowist natürlich den Aufruf und die Haltung unserer Partei, weil sie zum Kampf um die Republik, um den Frieden, um die vollständige Vernichtung der Zarenmonarchie und um Brot für das Volk auffordert.

Brot für das Volk und Frieden – das ist Aufruhr, aber Ministerposten für Gutschkow und Miljukow – das ist „Ordnung“. Welche alten, wohlbekanntenen Reden!

Wie aber kennzeichnet der englische Gutschkowist die Taktik von Kerenski und Tschcheidse?

Als schwankend: Einerseits lobt sie der Gutschkowist, weil sie „begreifen“ (diese Musterknaben, diese braven Jungen!), daß sie ohne „Unter-

stützung“ der Offiziere und der gemäßigeren Elemente die Anarchie nicht verhüten können (wir allerdings glaubten bisher und glauben es heute noch auf Grund unserer Doktrin, unserer sozialistischen Lehre, daß es gerade die Kapitalisten sind, die Anarchie und Krieg in die menschliche Gesellschaft hineintragen, daß uns nur der Übergang der *gesamten* politischen Macht in die Hände des Proletariats und der armen Schichten des Volkes von Krieg, Anarchie und Hungersnot erlösen kann!). – – – Andererseits seien sie aber „genötigt“, auf „ihre weniger vernünftigen Genossen“, d. h. auf die Bolschewiki, auf die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die durch das Zentralkomitee wiederhergestellt und vereinigt worden ist, „Rücksicht zu nehmen“.

Welche Macht aber „nötigt“ Kerenski und Tschcheidse, auf die bolschewistische Partei „Rücksicht zu nehmen“, der sie *niemals* angehört haben, die von ihnen selbst oder von denen, die sie publizistisch vertreten (den „Sozialrevolutionären“, den „Volkssozialisten“<sup>109</sup>, den „menschewistischen OK-Leuten“ usw.), stets beschimpft, verurteilt und als ein unbedeutender illegaler Zirkel, als eine Sekte von Doktrinären usw. bezeichnet wurde? Wo und wann hat man je gesehen, daß Politiker, die ihre fünf Sinne beisammen haben, in einer revolutionären Zeit, d. h. einer Zeit, in der die Massenaktion dominiert, auf „Doktrinäre“ „Rücksicht nehmen“??

Unser armer englischer Gutschkowist hat sich in seinen eigenen Widersprüchen verwickelt, er hat weder eine ganze Lüge noch die ganze Wahrheit zu sagen vermocht und nur sich selbst verraten.

Der Einfluß, den die Sozialdemokratische Partei des Zentralkomitees auf das Proletariat, auf die Massen ausübt, hat Kerenski und Tschcheidse gezwungen, auf diese Partei Rücksicht zu nehmen. Unsere Partei erwies sich als mit den Massen, mit dem revolutionären Proletariat verbunden, *obwohl* bereits im Jahre 1914 unsere Abgeordneten verhaftet und nach Sibirien verbannt worden waren, obwohl das Petersburger Komitee wegen der illegalen Arbeit, die es während des Krieges *gegen* den Krieg und gegen den Zarismus leistete, den schärfsten Verfolgungen und Verhaftungen ausgesetzt war.

„Tatsachen sind ein hartnäckig Ding“, sagt der Engländer. Gestatten Sie, daß wir Sie an diese Redensart erinnern, sehr verehrter englischer Gutschkowist! Der englische Gutschkowist *mußte* „selber“ zugeben, daß

die Petersburger Arbeiter in den großen Tagen der Revolution von unserer Partei geführt oder zumindest rückhaltlos unterstützt wurden. Ebenso mußte er die Tatsache zugeben, daß Kerenski und Tschcheidse zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin und her schwankten. Die Gwosdew-Leute, die „Vaterlandsverteidiger“, d. h. die Sozialchauvinisten, d. h. die Verteidiger des imperialistischen Raubkrieges, leisten jetzt der Bourgeoisie bedingungslos Gefolgschaft, Kerenski ist durch den Eintritt in das Kabinett, d. h. in die zweite Provisorische Regierung, gleichfalls völlig auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen; Tschcheidse ist nicht in die Regierung eingetreten, er *schwankt* noch immer zwischen der Provisorischen Regierung der Bourgeoisie, den Gutschkow und Miljukow, und der „provisorischen Regierung“ des Proletariats und der armen Massen des Volkes, dem Sowjet der Arbeiterdeputierten und der vom Zentralkomitee vereinigten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Die Revolution hat also das bestätigt, was wir besonders betonten, als wir die Arbeiter aufforderten, sich den Klassenunterschied zwischen den wichtigsten Parteien und den wichtigsten Strömungen in der Arbeiterbewegung und dem Kleinbürgertum klarzumachen – das, was wir z. B. in Nr. 47 des Genfer „Sozial-Demokrat“ vor fast anderthalb Jahren, am 13. Oktober 1915, schrieben:

„Die Teilnahme von Sozialdemokraten an einer provisorischen revolutionären Regierung zusammen mit dem demokratischen Kleinbürgertum halten wir nach wie vor für zulässig, aber *keinesfalls* eine Teilnahme zusammen mit revolutionären Chauvinisten. Als revolutionäre Chauvinisten bezeichnen wir diejenigen, die den Sieg über den Zarismus zu dem Zweck wollen, Deutschland zu besiegen, andere Länder zu rauben, die Herrschaft der Großrussen über die übrigen Völker Rußlands zu festigen usw. Die Grundlage des revolutionären Chauvinismus ist die Klassenlage des Kleinbürgertums. Es schwankt stets zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Gegenwärtig schwankt es zwischen dem Chauvinismus (der es hindert, konsequent revolutionär selbst im Sinne der demokratischen Revolution zu sein) und dem proletarischen Internationalismus. Die politischen Wortführer dieses Kleinbürgertums sind gegenwärtig in Rußland die Trudowiki<sup>107</sup>, die Sozialrevolutionäre, die Gruppe ‚Nascha Sarja‘ (heute ‚Delo‘)<sup>110</sup>, die Fraktion Tschcheidse, das OK, Herr Plechanow usw. Wenn die revolutionären Chauvinisten in Rußland siegten, so wür-

den wir gegen eine Verteidigung *ihres* ‚Vaterlandes‘ im gegenwärtigen Krieg sein. Unsere Losung: Gegen die Chauvinisten, auch wenn sie Revolutionäre und Republikaner sind, *gegen* sie und *für* das Bündnis des internationalen Proletariats zur Durchführung der sozialistischen Revolution.“\*

Doch kehren wir zu dem englischen Gutschkowisten zurück.

„... Das Provisorische Komitee der Reichsduma“, fährt er fort, „hat in Anbetracht der ihm drohenden Gefahren absichtlich davon Abstand genommen, seinen ursprünglichen Plan durchzuführen und die Minister zu verhaften, obgleich das gestern denkbar leicht gewesen wäre. Dadurch ist die Tür für Verhandlungen offengeblieben, und wir“ („wir“ = das englische Finanzkapital und der englische Imperialismus) „können darum alle Vorteile des neuen Regimes erlangen, ohne die schreckliche Prüfung der Kommune und die Anarchie eines Bürgerkriegs durchmachen zu müssen...“

Die Gutschkowisten waren *für* einen Bürgerkrieg in *ihrem* Interesse, sie sind *gegen* einen Bürgerkrieg im Interesse des Volkes, d. h. der wirklichen Mehrheit der Werktätigen.

„... Die Beziehungen zwischen dem Provisorischen Dumakomitee, das die ganze Nation repräsentiert“ (dieses Komitee der vierten Duma, der Großgrundbesitzer- und Kapitalistenduma!), „und dem Rat der Arbeiterdeputierten, der reine Klasseninteressen vertritt“ (so spricht ein Diplomat, der mit halbem Ohr irgendwelche gelehrten Ausdrücke gehört hat und der die Tatsache verbergen will, daß dieser Rat der Arbeiterdeputierten das Proletariat und die armen Volksmassen, d. h. neun Zehntel der Bevölkerung vertritt), „aber in einer Krise wie der gegenwärtigen über eine ungeheure Macht verfügt, haben bei verständigen Leuten in bezug auf die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Komitee und Rat, der die furchtbarsten Folgen haben könnte, keine geringen Befürchtungen geweckt.

Glücklicherweise ist diese Gefahr, wenigstens für den Augenblick“ (man beachte dieses „wenigstens“!), „abgewendet worden; das hat man dem Einfluß des Herrn Kerenski, eines jungen Advokaten mit großer rednerischer Begabung, zu verdanken; er begreift ganz klar“ (zum Unterschied von Tschcheidse, der auch „begriffen hat“, aber nach der Meinung des Gutschkowisten wohl weniger klar?), „daß eine Zusammen-

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 410. *Die Red.*

arbeit mit dem Komitee um seiner Arbeiterwähler willen notwendig ist“ (um nämlich die Stimmen der Arbeiter zu bekommen, um sich bei ihnen einzuschmeicheln). „Zu einem zufriedenstellenden Abkommen<sup>111</sup> kam es heute“ (Mittwoch, den 1. [14.] März), „wodurch alle überflüssigen Reibungen vermieden werden.“

Was für ein Abkommen das ist, ob der ganze Sowjet der Arbeiterdeputierten daran beteiligt ist, welche Bedingungen es enthält, wissen wir nicht. Die *Hauptsache* hat der englische Gutschkowist diesmal ganz verschwiegen. Natürlich! Es liegt nicht im Interesse der Bourgeoisie, daß diese Bedingungen klar, präzise und allen bekannt sind, denn dann wäre es für sie schwerer, sie zu verletzen!

Vorstehende Zeilen waren schon geschrieben, als ich zwei sehr wichtige Mitteilungen las. Erstens den Text eines Aufrufs des Sowjets der Arbeiterdeputierten über die „Unterstützung“ der neuen Regierung in der Pariser erzreaktionären und erzbürgerlichen Zeitung „Le Temps“<sup>112</sup> vom 20. März und zweitens Auszüge aus der Rede Skobelevs in der Reichsduma vom 1. (14.) März, die ein Züricher Blatt („Neue Zürcher Zeitung“<sup>113</sup>, 1. Mittagsblatt, 21. 3.) auf Grund von Meldungen einer Berliner Zeitung („National-Zeitung“<sup>114</sup>) wiedergibt.

Der Aufruf des Sowjets der Arbeiterdeputierten ist, wenn sein Text von den französischen Imperialisten nicht entstellt wurde, ein äußerst bemerkenswertes Dokument; er läßt erkennen, daß das Petersburger Proletariat zumindest zur Zeit des Erscheinens des Aufrufs unter dem vorherrschenden Einfluß von kleinbürgerlichen Politikern gestanden hat. Ich erinnere daran, daß ich, wie schon oben erwähnt, Leute vom Schlage Kerenskis und Tschcheidses zu Politikern dieser Art zähle.

Der Aufruf enthält zwei politische Ideen und dementsprechend zwei Losungen.

Erstens: Im Aufruf heißt es, daß die (neue) Regierung aus „gemäßigten Elementen“ besteht. Eine sonderbare, völlig ungenügende Charakterisierung, eine rein liberale, unmarxistische Charakterisierung. Auch ich bin bereit zuzugeben, daß jede Regierung jetzt, nach der Vollendung der ersten Etappe der Revolution, in einem gewissen Sinne – ich werde im nächsten Brief erläutern, in welchem Sinne – „gemäßigt“ sein muß. Aber es ist absolut unzulässig, sich und das Volk darüber täuschen zu wollen,

daß diese Regierung den imperialistischen Krieg fortsetzen will, daß sie ein Agent des englischen Kapitals ist, daß sie die Monarchie wiederherstellen und die Herrschaft der Gutsbesitzer und Kapitalisten konsolidieren will.

Der Aufruf erklärt, daß alle Demokraten die neue Regierung „unterstützen“ müssen und daß der Sowjet der Arbeiterdeputierten Kerenski ersucht und bevollmächtigt, in die Provisorische Regierung einzutreten. Die Bedingungen sind: Durchführung der versprochenen Reformen noch während des Krieges, Gewährleistung einer „freien kulturellen“ (nur??) Entwicklung der Nationalitäten (ein rein kadettisches, liberal-armseliges Programm) und Bildung eines besonderen Ausschusses zur Überwachung der Tätigkeit der Provisorischen Regierung, eines Ausschusses, der aus Mitgliedern des Sowjets der Arbeiterdeputierten und aus „Militärs“ bestehen soll.<sup>125</sup>

Auf diesen Überwachungsausschuß, der zu der zweiten Art von Ideen und Losungen gehört, werden wir noch besonders eingehen.

Aber die Ernennung Kerenskis, eines russischen Louis Blanc, und die Aufforderung zur Unterstützung der neuen Regierung sind – so darf man sagen – ein klassisches Beispiel für den Verrat an der Sache der Revolution und an der Sache des Proletariats, für eben jene Art des Verrats, die im 19. Jahrhundert zum Scheitern einer ganzen Reihe von Revolutionen führte, unabhängig davon, in welchem Maße die Führer und Anhänger einer solchen Politik aufrichtig und der Sache des Sozialismus ergeben sind.

Das Proletariat kann und darf eine Regierung des Krieges, eine Regierung der Restauration nicht unterstützen. Was der Kampf gegen die Reaktion, was die Abwehr aller möglichen und wahrscheinlichen Versuche der Romanows und ihrer Freunde zur Wiederherstellung der Monarchie und zur Aufstellung einer konterrevolutionären Armee erfordert, das ist keineswegs die Unterstützung der Gutschkow und Co., sondern die *Organisierung* einer *proletarischen* Miliz, ihr Ausbau, ihre Festigung und die Bewaffnung des Volkes unter der Führung der Arbeiter. Ohne diese wichtige, grundlegende, radikale Maßnahme kann weder von einem ernsthaften Widerstand gegen die Wiedererrichtung der Monarchie und gegen die Versuche, die versprochenen Freiheiten aufzuheben oder einzuschränken, die Rede sein noch davon, entschlossen den Weg zu beschreiten, der zu Brot, *Frieden* und Freiheit führt.

Wenn Tschcheidse, der zusammen mit Kerenski Mitglied der ersten Provisorischen Regierung (des dreizehnköpfigen Dumakomitees) war, es wirklich aus grundsätzlichen Erwägungen von obenerwähntem oder ähnlichem Charakter abgelehnt hat, in die zweite Provisorische Regierung einzutreten, so gereicht ihm das zur Ehre. Das muß offen gesagt werden. Leider aber steht diese Auslegung im Widerspruch zu anderen Tatsachen und vor allem zur Rede Skobelevs, der immer mit Tschcheidse ein Herz und eine Seele war.

Skobelev hat, wenn man der genannten Quelle Glauben schenken darf, erklärt, daß „die soziale“ (? offenbar sozialdemokratische) „Gruppe und die Arbeiter mit den Zielen der Provisorischen Regierung nur einen leichten Kontakt haben“, daß die Arbeiter den Frieden fordern und daß eine Fortsetzung des Krieges unaufhaltsam zu einer Katastrophe im Frühjahr führen werde, daß „die Arbeiterschaft mit der Gesellschaft“ (der liberalen Gesellschaft) „eine vorläufige Waffenfreundschaft geschlossen habe, obgleich die politischen Ziele der Arbeiterschaft von denen der Gesellschaft himmelweit verschieden seien“, daß „die Liberalen von den unsinnigen Kriegszielen lassen sollten“ usw.

Diese Rede ist ein Musterbeispiel für das, was wir weiter oben in dem Zitat aus dem „Sozial-Demokrat“ als „Schwanken“ zwischen Bourgeoisie und Proletariat bezeichnet haben. Die Liberalen können, solange sie Liberale bleiben, nicht von „unsinnigen“ Kriegszielen „lassen“, die, nebenbei gesagt, nicht von ihnen allein festgesetzt werden, sondern vom englisch-französischen Finanzkapital, einer Weltmacht, die über Hunderte von Milliarden verfügt. Nicht die Liberalen „überreden“, sondern den Arbeitern klarmachen, weshalb die Liberalen in eine Sackgasse geraten sind, weshalb sie an Händen und Füßen gebunden sind, weshalb sie sowohl die Verträge zwischen dem Zarismus und England usw. als auch die Abmachungen zwischen dem russischen und dem englisch-französischen Kapital usw. usf. geheimhalten.

Wenn Skobelev davon spricht, daß die Arbeiter ein Abkommen mit der liberalen Gesellschaft getroffen haben, und gegen dieses Abkommen nicht protestiert, wenn er nicht von der Dumatribüne herab die Schädlichkeit eines solchen Abkommens für die Arbeiter darlegt, dann billigst er dieses Abkommen. Und das durfte keinesfalls geschehen.

Wenn Skobelev das Abkommen zwischen dem Sowjet der Arbeiter-

deputierten und der Provisorischen Regierung direkt oder indirekt, offen oder stillschweigend billigt, dann schwankt er in der Richtung zur Bourgeoisie. Wenn Skobelew erklärt, daß die Arbeiter den Frieden fordern, daß zwischen ihren Zielen und denen der Liberalen ein himmelweiter Unterschied besteht, dann schwankt er in der Richtung zum Proletariat.

Rein proletarisch, wahrhaft revolutionär und in ihrer Absicht vollkommen richtig ist die zweite politische Idee des von uns analysierten Aufrufs des Sowjets der Arbeiterdeputierten, die Idee der Bildung eines „Überwachungsausschusses“ (ich weiß nicht, ob es russisch wirklich so heißt; ich übersetze frei aus dem Französischen), d. h. eines Ausschusses zur Überwachung der Provisorischen Regierung durch Proletarier und Soldaten.

Das ist das Richtige! Das ist der Arbeiter würdig, die ihr Blut für Freiheit, Frieden und Brot für das Volk vergossen haben! Das ist ein *realer Schritt* zur Schaffung von *realen Garantien* sowohl gegen den Zarismus und die Monarchie als auch gegen die Monarchisten Gutschkow, Lwow und Co.! Das ist ein Anzeichen dafür, daß das russische Proletariat trotz allem schon weiter ist als das französische Proletariat im Jahre 1848, das einen Louis Blanc „bevollmächtigte“! Das ist ein Beweis dafür, daß sich der Instinkt und der Verstand der proletarischen Massen nicht zufriedensstellen lassen mit Deklamationen, Gerede, Versprechungen von Reformen und Freiheiten, mit dem Titel eines „von den Arbeitern bevollmächtigten Ministers“ und ähnlichem Firlefanz, sondern daß sie eine Stütze *nur* dort suchen, wo sie vorhanden ist, bei den *bewaffneten* Volksmassen, die vom Proletariat, von den klassenbewußten Arbeitern organisiert und geführt werden.

Das ist ein Schritt auf dem richtigen Wege, aber *nur* der erste Schritt.

Bleibt dieser „Überwachungsausschuß“ eine rein parlamentarische, nur politische Institution, d. h. eine Kommission, die an die Provisorische Regierung „Anfragen richtet“ und von ihr Antworten erhält, so wird er trotz allem ein Spielzeug, so wird er ein Nichts sein.

Wenn dies aber dazu führt, daß sofort und allen Hindernissen zum Trotz eine wirklich das ganze Volk, wirklich alle Männer und Frauen umfassende *Arbeitermiliz* oder *Arbeiterwehr* geschaffen wird, die nicht nur die vernichtete und verjagte Polizei ersetzt, nicht nur dafür sorgt, daß diese von *keiner*, ob monarchistisch-konstitutionellen oder demokratisch-republikanischen Regierung wiederhergestellt wird, *weder* in Petrograd

noch irgendwo anders in Rußland, dann werden die fortgeschrittenen Arbeiter Rußlands wirklich den Weg neuer und großer Siege beschreiten, den Weg, der sie zum Sieg über den Krieg führen wird, zur praktischen Verwirklichung der Losung, die nach den Meldungen der Zeitungen das Banner der Kavallerietruppen schmückte, die in Petrograd auf dem Platz vor der Reichsduma demonstrierten:

„Es leben die sozialistischen Republiken aller Länder!“

Meine Gedanken über diese Arbeiterwehr werde ich im nächsten Brief darlegen.

Ich werde mich bemühen, in diesem Brief zu zeigen einerseits, daß eben die Schaffung einer von den Arbeitern geführten allgemeinen Volkswehr die richtige Losung des Tages ist und den taktischen Aufgaben des besonderen Übergangsstadiums entspricht, das die russische Revolution (und die Weltrevolution) gegenwärtig durchmacht, und andererseits, daß diese Arbeiterwehr, wenn sie erfolgreich sein soll, erstens eine Volkswehr der Massen, eine im wahrsten Sinne des Wortes *allgemeine* Volkswehr sein muß, die wirklich die *gesamte* arbeitsfähige Bevölkerung beiderlei Geschlechts umfaßt, und zweitens dazu übergehen muß, nicht allein rein polizeiliche, sondern auch allgemein staatliche Funktionen mit militärischen Funktionen und mit der Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung der Güter zu vereinigen.

Zürich, den 22. (9.) März 1917

N. Lenin

PS. Ich habe vergessen, den vorigen Brief mit dem Datum 20. (7.) März zu versehen.

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Bolschewik“ Nr. 3—4.

Nach dem Manuskript.

## BRIEFE AUS DER FERNE

## BRIEF 3

## ÜBER DIE PROLETARISCHE MILIZ

Die Schlußfolgerung, die ich gestern hinsichtlich der schwankenden Taktik Tschcheidses zog, wird heute, am 10. (23.) März durch zwei Dokumente voll bestätigt. Das erste ist ein der „Frankfurter Zeitung“<sup>116</sup> telegrafisch aus Stockholm übermittelter Auszug aus dem Manifest des ZK unserer Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, in Petrograd. In diesem Dokument steht weder etwas von der Unterstützung der Regierung Gutschkow noch von ihrem Sturz; die Arbeiter und Soldaten werden aufgefordert, sich um den Sowjet der Arbeiterdeputierten zu organisieren und Vertreter in den Sowjet zu wählen, zum Kampf gegen den Zarismus, für die Republik, für den Achtstundentag, für die Konfiskation des Grundbesitzes und der Getreidevorräte der Gutsbesitzer sowie – was die Hauptsache ist – für die Beendigung des Raubkrieges. Besonders wichtig und besonders aktuell ist dabei der ganz richtige Gedanke unseres ZK, daß zur Herbeiführung des Friedens Verbindungen mit den *Proletariern aller kriegführenden Länder* nötig sind.

Den Frieden von Verhandlungen und Unterredungen zwischen den bürgerlichen Regierungen zu erwarten wäre Selbstbetrug und Betrug am Volk.

Das zweite Dokument ist ebenfalls ein telegrafischer Bericht aus Stockholm an ein anderes deutsches Blatt (die „Vossische Zeitung“<sup>117</sup>) über eine Beratung der Tschcheidse-Fraktion der Duma mit der Trudowiki-gruppe\* (? Arbeiterfraktion)\*\* und mit Vertretern von 15 Arbeiterver-

\* Siehe Anmerkung 107. *Der Übers.*

\*\* „(? Arbeiterfraktion)“ von Lenin deutsch eingefügt. *Der Übers.*

bänden, die am 2. (15.) März stattgefunden hat, sowie über einen Aufruf, der am darauffolgenden Tag erschien. Von den 11 Punkten dieses Aufrufs teilt das Telegramm nur drei mit: den ersten – die Forderung der Republik, den siebenten – die Forderung des Friedens und der sofortigen Einleitung von Friedensverhandlungen, und den dritten – der eine „ausreichende Teilnahme der Vertreter der russischen Arbeiterschaft an der Regierung“ fordert.

Wenn dieser Punkt richtig wiedergegeben ist, so verstehe ich, wofür die Bourgeoisie Tschcheidse lobt. Ich verstehe, warum sich zu dem von mir schon zitierten Lob der englischen Gutschkowisten in der „Times“ nun auch das Lob der französischen Gutschkowisten im „Temps“ gesellt. Diese Zeitung der französischen Millionäre und Imperialisten schreibt am 22. März: „Die Führer der Arbeiterparteien, besonders Herr Tschcheidse, bieten ihren ganzen Einfluß auf, um die Wünsche der arbeitenden Klassen zu mäßigen.“

In der Tat ist es theoretisch und politisch ein Unsinn, die „Teilnahme“ von Arbeitern an der Regierung Gutschkow–Miljukow zu fordern: als Minderheit teilnehmen würde bedeuten, nichts zu sagen zu haben; eine „Halbpart“beteiligung ist unmöglich, denn die Forderung, den Krieg fortzusetzen, läßt sich nicht vereinbaren mit der Forderung, einen Waffenstillstand abzuschließen und Friedensverhandlungen einzuleiten; um als Mehrheit „teilzunehmen“, muß man stark genug sein, die Regierung Gutschkow–Miljukow zu stürzen. In der Praxis ist die Forderung der „Teilnahme“ Louis-Blanc-Politik schlimmster Art, sie bedeutet, daß man den Klassenkampf und seine realen Bedingungen vergißt, daß man sich an hohlen tönenden Phrasen berauscht, daß man bei den Arbeitern Illusionen weckt, daß man durch Verhandlungen mit Miljukow oder Kerenski wertvolle Zeit vergeudet, die statt dessen dazu verwendet werden muß, eine wirkliche revolutionäre Klassenkraft zu schaffen, eine proletarische Miliz, die imstande ist, *allen* armen Bevölkerungsschichten, die die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung bilden, *Vertrauen einzufloßen*, und die imstande ist, *ihnen zu helfen, sich zu organisieren, ihnen zu helfen*, für Brot, Frieden und Freiheit zu kämpfen.

Dieser Fehler des Aufrufs von Tschcheidse und seiner Gruppe (ich spreche hier nicht von der Partei des OK, des Organisationskomitees, denn in den mir zugänglichen Quellen wird das OK mit keinem Wort

erwähnt) – dieser Fehler ist um so sonderbarer, als Skobelew, der engste Gesinnungsgenosse Tschcheidses, Zeitungsmeldungen zufolge in der Beratung vom 2. (15.) März erklärt hat: „Rußland steht am Vorabend einer zweiten, wirklichen Revolution.“

Da hat er die Wahrheit gesagt, nur haben Skobelew und Tschcheidse vergessen, daraus die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Ich kann von hier, von dieser verfluchten Ferne aus, nicht darüber urteilen, wie nahe diese zweite Revolution ist. Skobelew, der sich an Ort und Stelle befindet, kann das besser beurteilen. Ich werfe deshalb keine Fragen auf, für deren Lösung ich keine konkreten Daten habe und auch gar nicht haben kann. Ich betone nur, daß ein „unvoreingenommener Zeuge“, der nicht unserer Partei angehörende Skobelew, die *faktische* Schlußfolgerung bestätigt, die ich in meinem ersten Brief gezogen habe, nämlich, daß die Februar-März-Revolution nur die *erste Etappe* der Revolution war. Rußland macht jetzt ein eigenartiges geschichtliches Stadium des *Übergangs* zu der nächstfolgenden Etappe der Revolution, oder wie Skobelew sich ausdrückt, zur „zweiten Revolution“ durch.

Wenn wir Marxisten sein und aus den Erfahrungen der Revolutionen der ganzen Welt lernen wollen, müssen wir uns bemühen, zu begreifen, worin die *Eigenart* dieses *Übergangsstadiums* besteht, und welche Taktik sich aus seinen objektiven Besonderheiten ergibt.

Die Eigenart der Lage besteht darin, daß folgende drei Hauptfaktoren der Regierung Gutschkow–Miljukow den ersten Sieg ungewöhnlich leicht gemacht haben: 1. die Hilfe des englisch-französischen Finanzkapitals und seiner Agenten; 2. die Hilfe eines Teils der höheren Offiziere und 3. die fertige Organisation, die die gesamte russische Bourgeoisie in Gestalt der Organe der Semstvos und der städtischen Selbstverwaltung, in Gestalt der Reichsduma, der Kriegsindustriekomitees usw. besaß.

Die Regierung Gutschkow befindet sich in einer Zwickmühle: Gebunden durch die Interessen des Kapitals, muß ihr Bestreben darauf gerichtet sein, den mörderischen Raubkrieg fortzusetzen, die ungeheuren Gewinne des Kapitals und der Gutsbesitzer zu schützen und die Monarchie wiederherzustellen. Gebunden durch ihren revolutionären Ursprung und durch die Notwendigkeit einer schroffen Wendung vom Zarismus zur Demokratie, unter dem Druck der hungernden und den Frieden fordernden Massen stehend, ist die Regierung gezwungen, zu lügen, sich zu drehen und

zu winden, Zeit zu gewinnen, möglichst viel zu „proklamieren“ und zu versprechen (Versprechungen sind das einzige, was sogar in Zeiten wahnwitziger Teuerung sehr billig ist), möglichst wenig davon durchzuführen, mit der einen Hand Zugeständnisse zu machen und sie mit der anderen wieder zurückzunehmen.

Unter bestimmten Umständen, in dem für sie günstigsten Fall, kann die neue Regierung, gestützt auf alle organisatorischen Fähigkeiten der gesamten russischen Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz, den Zusammenbruch etwas hinausschieben. Aber sogar in diesem Fall ist sie *nicht imstande*, dem Zusammenbruch zu entgehen, denn es ist *unmöglich*, sich den Klauen des furchtbaren, vom Weltkapitalismus gezeugten Ungeheuers, des imperialistischen Krieges und der Hungersnot zu entwinden, ohne den Boden der bürgerlichen Verhältnisse zu verlassen, ohne zu revolutionären Maßnahmen überzugehen, ohne an den großen geschichtlichen Heldenmut des russischen und des internationalen Proletariats zu appellieren.

Daraus folgt: Wir werden die neue Regierung nicht mit einem Schlag stürzen können, oder wir werden, falls uns das gelingt (in revolutionären Zeiten erweitern sich die Grenzen des Möglichen tausendfach), die Macht nicht behaupten können, wenn wir der ausgezeichneten Organisation der gesamten russischen Bourgeoisie und der gesamten bürgerlichen Intelligenz nicht eine ebenso ausgezeichnete *Organisation des Proletariats entgegenstellen*, des Proletariats als Führer der ganzen unübersehbaren Masse der armen Bevölkerung in Stadt und Land, der Halbproletarier und der kleinen Eigentümer.

Ganz gleich, ob die „zweite Revolution“ in Petrograd schon begonnen hat (ich habe gesagt, daß es ganz unsinnig wäre, vom Ausland aus das Tempo ihres Heranreifens konkret bestimmen zu wollen) oder ob sie für eine gewisse Zeit aufgeschoben ist oder ob sie in einzelnen Gegenden Rußlands schon angefangen hat (gewisse Anzeichen scheinen dafür zu sprechen) – *in jedem Fall* muß die Losung der Stunde sowohl vor der neuen Revolution als auch während der Revolution und am Tage darauf die *proletarische Organisation* sein.

Genossen Arbeiter! Ihr habt gestern, als ihr die Zarenmonarchie stürztet, Wunder an proletarischem Heldenmut vollbracht! Ihr werdet in einer mehr oder weniger nahen Zukunft (vielleicht sogar schon jetzt, da ich

diese Zeilen schreibe) ebensolche Wunder an Heldenmut vollbringen müssen, um die Macht der Gutsbesitzer und der Kapitalisten, die den imperialistischen Krieg führen, zu stürzen. Ihr werdet nicht imstande sein, in dieser nächsten, der „wirklichen“ Revolution, einen *dauerhaften Sieg* zu erringen, wenn ihr nicht *Wunder an proletarischer Organisiertheit* vollbringt!

Organisation, das ist die Losung des Tages. Aber sich darauf zu beschränken würde bedeuten, gar nichts zu sagen, denn einerseits ist Organisation *immer* notwendig, der bloße Hinweis auf die Notwendigkeit der „Organisation der Massen“ erklärt also noch gar nichts, andererseits würde derjenige, der sich hierauf beschränkte, nur zu einem Nachbeter der Liberalen werden, denn die *Liberalen*, die bestrebt sind, ihre Herrschaft zu festigen, wollen ja *gerade*, daß die Arbeiter *nicht über die gewöhnlichen*, „legalen“ (legal vom Standpunkt der „normalen“ bürgerlichen Gesellschaft) Organisationen *hinausgehen*, d. h., daß die Arbeiter sich *nur* die Mitgliedschaft ihrer Partei, ihrer Gewerkschaft, ihrer Genossenschaft usw. usf. erwerben.

Die Arbeiter haben mit ihrem Klasseninstinkt begriffen, daß sie in einer revolutionären Zeit eine ganz andere und *nicht nur* die gewöhnliche Organisation brauchen, sie haben ganz richtig den Weg beschritten, den ihnen die Erfahrungen unserer Revolution von 1905 und der Pariser Kommune von 1871 gewiesen haben, sie haben den *Sowjet der Arbeiterdeputierten* geschaffen und haben begonnen, durch Heranziehung von Deputierten der *Soldaten* und zweifellos auch von Deputierten der landwirtschaftlichen *Lohnarbeiter* und dann auch (in der einen oder anderen Form) der gesamten armen Bauernschaft, den Sowjet auszubauen, zu erweitern und zu festigen.

Die Bildung solcher Organisationen in ausnahmslos allen Teilen Rußlands, für alle Berufe und Schichten der proletarischen und halbproletarischen Bevölkerung, d. h. für alle Werktätigen und Ausgebeuteten, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der zwar ökonomisch weniger genau, dafür aber populärer ist – das ist heute die wichtigste, keinen Aufschub duldende Aufgabe. Ich will hier vorgreifen und bemerken, daß unsere Partei (auf ihre *besondere* Rolle in den proletarischen Organisationen neuen Typus hoffe ich in einem der folgenden Briefe eingehen zu können) für die gesamte Masse der Bauernschaft besonders empfehlen muß, daß

spezielle Sowjets der Lohnarbeiter und dann auch der kleinen, kein Getreide verkaufenden Bauern, *getrennt von* den wohlhabenden Bauern gebildet werden; ohne diese Bedingung kann, allgemein gesagt, weder eine wirklich proletarische Politik betrieben werden\* noch die wichtigste praktische Frage, die für Millionen von Menschen eine Lebensfrage ist, in Angriff genommen werden: die richtige Verteilung des *Getreides*, die Steigerung der Getreideerzeugung usw.

Was sollen aber die Sowjets der Arbeiterdeputierten tun? Sie „müssen als Organe des Aufstands, als Organe der revolutionären Staatsmacht betrachtet werden“, schrieben wir in Nr. 47 des Genfer „Sozial-Demokrat“ am 13. Oktober 1915.\*\*

Dieser theoretische Satz, abgeleitet aus den Erfahrungen der Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905, muß auf Grund der Praxis der *gegenwärtigen* Etappe der *gegenwärtigen* Revolution in Rußland erläutert und konkreter entwickelt werden.

Wir brauchen eine revolutionäre *Staatsmacht*, wir brauchen (für eine bestimmte Übergangsperiode) den *Staat*. Dadurch unterscheiden wir uns von den Anarchisten. Der Unterschied zwischen den revolutionären Marxisten und den Anarchisten besteht nicht nur darin, daß jene für die zentralisierte, kommunistische Großproduktion, diese aber für eine zersplitterte Produktion in Kleinbetrieben sind. Nein, der Unterschied gerade in der Frage der Staatsmacht, des Staates, besteht darin, daß wir *für* die revolutionäre Ausnützung der revolutionären Formen des Staates zum Kampf für den Sozialismus, die Anarchisten aber *dagegen* sind.

Wir brauchen den Staat, aber wir brauchen *nicht* einen *solchen* Staat, wie ihn allorts die Bourgeoisie geschaffen hat, von den konstitutionellen Monarchien bis zu den allerdemokratischsten Republiken. Und darin unterscheiden wir uns von den Opportunisten und Kautskyanern der alten, von Fäulnis erfaßten sozialistischen Parteien, die die Lehren der

---

\* Auf dem Lande wird jetzt der Kampf um die Klein- und teilweise auch um die Mittelbauern entbrennen. Die Gutsbesitzer werden sie, gestützt auf die wohlhabenden Bauern, der Bourgeoisie unterordnen wollen. Wir müssen, gestützt auf die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und die armen Bauern, auf ein enges Bündnis zwischen diesen Klein- und Mittelbauern und dem städtischen Proletariat hinarbeiten.

\*\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 409. *Die Red.*

Pariser Kommune und die Analyse dieser Lehren durch Marx und Engels entstellt oder vergessen haben.\*

Wir brauchen einen Staat, aber *nicht* einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, mit Machtorganen, die vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengestellt werden, wie Polizei, Armee und die Bürokratie (Beamtentum). Alle bürgerlichen Revolutionen haben *diese* Staatsmaschine lediglich vervollkommen, lediglich einer Partei genommen und einer anderen übergeben.

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution behaupten und weitergehen will, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erringen will, diese „fertige“ Staatsmaschine, um Marx' Worte zu gebrauchen, „zerbrechen“ und sie durch eine neue ersetzen, bei der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem *bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk zu einer Einheit verschmolzen* sind. Wie die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 zeigen, muß das Proletariat *alle* armen, ausgebeuteten Teile der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie die Organe der Staatsmacht *selbst* und unmittelbar in ihre Hände nehmen, damit sie *selbst* die Institutionen dieser Staatsmacht bilden.

Die Arbeiter Rußlands *haben* diesen Weg schon in der ersten Etappe der ersten Revolution im Februar-März 1917 *beschritten*. Die Aufgabe besteht jetzt darin, klar zu begreifen, welches dieser neue Weg ist, und ihn *kühn, unbeirrt und beharrlich* weiterzugehen.

Die englisch-französischen und die russischen Kapitalisten wollten „nur“ Nikolaus II. absetzen oder ihn vielleicht sogar nur „einschüchtern“, die alte Staatsmaschine, die Polizei, die Armee, das Beamtentum, aber unversehrt lassen.

Die Arbeiter sind weitergegangen und haben sie zerbrochen. Und jetzt *heulen* nicht nur die englisch-französischen, sondern auch die deutschen

\* In einem der nächsten Briefe oder in einem besonderen Artikel werde ich ausführlich auf diese Analyse eingehen, die insbesondere im „Bürgerkrieg in Frankreich“ von Marx und in Engels' Einleitung zur dritten Auflage dieser Schrift enthalten ist, ferner in dem Brief von Marx vom 12. IV. 1871 und von Engels vom 18.—28. III. 1875; außerdem werde ich zeigen, wie Kautsky 1912 in der Polemik gegen Pannekoek zur Frage der sogenannten „Zerstörung des Staates“ den Marxismus völlig entstellt hat. <sup>118</sup>

Kapitalisten vor Wut und Angst, wenn sie z. B. sehen, wie die russischen Soldaten ihre Offiziere erschießen, auch wenn sie, wie der Admiral Nepenin, Parteigänger von Gutschkow und Miljukow sind.

Ich habe gesagt, daß die Arbeiter die alte Staatsmaschine zerbrochen haben. Genauer gesagt, sie haben *begonnen*, sie zu zerbrechen.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel.

Die Polizei ist in Petrograd und an vielen anderen Orten teils niedergemacht, teils abgesetzt worden. Die Regierung Gutschkow-Miljukow *wird nicht* die Monarchie wiederherstellen noch sich überhaupt an der Macht halten können, wenn sie *nicht* die Polizei *wiederherstellt* als eine besondere, vom Volk losgelöste und ihm entgegengestellte Organisation von bewaffneten Menschen, die dem Kommando der Bourgeoisie unterstellt sind. Das ist sonnenklar.

Anderseits muß die neue Regierung auf das revolutionäre Volk Rücksicht nehmen, muß es mit halben Zugeständnissen und Versprechungen hinhalten, muß Zeit gewinnen. Deshalb greift sie zu einer halb-schlächtigen Maßnahme: sie errichtet eine „Volksmiliz“ mit gewählten Vorgesetzten (das klingt furchtbar anständig! furchtbar demokratisch, revolutionär und schön!) *aber... aber* erstens wird sie der Kontrolle, der Leitung der Semstvos und der städtischen Selbstverwaltungen, d. h. den Gutsbesitzern und Kapitalisten unterstellt, die auf Grund der Gesetze Nikolaus' des Blutigen und Stolypins des Henkers gewählt worden sind!! Zweitens nennt die Regierung diese Miliz eine „Volksmiliz“, um dem „Volk“ Sand in die Augen zu streuen, *in Wirklichkeit* aber fordert sie das Volk nicht auf, sich *ausnahmslos* an dieser Miliz zu beteiligen, *verpflichtet* sie die Unternehmer und die Kapitalisten *nicht*, den Angestellten und Arbeitern *für die Stunden und Tage*, die sie dem öffentlichen Dienst, d. h. der Miliz widmen, den üblichen Lohn *auszuzahlen*.

Hier liegt der Hund begraben. Auf diesem Wege erreicht die Gutsbesitzer- und Kapitalistenregierung der Gutschkow und Miljukow, daß die „Volksmiliz“ nur auf dem Papier steht, während in Wirklichkeit allmählich und im stillen eine *bürgerliche*, gegen das Volk gerichtete Miliz wiederhergestellt wird, zunächst aus „8000 Studenten und Professoren“ (so schildern die ausländischen Zeitungen die heutige Petrograder Miliz) – offenkundig ein Kinderspielzeug! –, dann aber allmählich aus der alten und einer neuen *Polizei*.

Die Wiederherstellung der Polizei nicht zulassen! Die lokalen Machtorgane nicht aus der Hand geben! Eine wirklich das ganze Volk umfassende, absolut allgemeine, vom Proletariat geführte Miliz schaffen! – das ist die Aufgabe des Tages, das ist die Lösung des gegenwärtigen Augenblicks, die sowohl den richtig verstandenen Interessen des weiteren Klassenkampfes, der weiteren revolutionären Bewegung als auch dem demokratischen Instinkt jedes Arbeiters, jedes Bauern, jedes werktätigen und ausgebeuteten Menschen entspricht; denn jeder von ihnen haßt unbedingt die Polizei, die Büttel und Gendarmen, haßt die Befehlsgewalt der Gutsbesitzer und Kapitalisten über bewaffnete Menschen, denen Macht über das Volk gegeben wird.

Was für eine Polizei brauchen *sie*, die Gutschkow und Miljukow, die Gutsbesitzer und Kapitalisten? Die gleiche wie unter der Zarenmonarchie. *Alle* bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Republiken der Welt haben *eine solche* Polizei – eine besondere Organisation vom Volk losgelöster, ihm entgegengestellter bewaffneter Menschen, die auf die eine oder andre Weise der Bourgeoisie unterstellt sind – geschaffen oder nach kurzen revolutionären Perioden wiederhergestellt.

Was für eine Miliz brauchen wir, braucht das Proletariat, brauchen alle Werktätigen? Eine wirkliche *Volksmiliz*, d. h. eine Miliz, die erstens wirklich aus der *gesamten* Bevölkerung, aus allen erwachsenen Bürgern *beiderlei* Geschlechts besteht, und die zweitens die Funktion einer Volksarmee mit polizeilichen Funktionen, mit den Funktionen des wichtigsten und hauptsächlichsten Organs der staatlichen Ordnung und der staatlichen Verwaltung verbindet.

Um diese Gedanken möglichst anschaulich darzulegen, will ich ein rein schematisches Beispiel anführen. Natürlich wäre der Gedanke, irgendeinen „Plan“ der proletarischen Miliz aufzustellen, unsinnig: wenn die Arbeiter und das ganze Volk wirklich in ihrer Masse die Sache praktisch in Angriff nehmen, so werden sie alles hundertmal besser ausarbeiten und einrichten als irgendwelche Theoretiker. Ich schlage keinen „Plan“ vor, ich will nur meinen Gedankengang illustrieren.

Petrograd hat eine Bevölkerung von etwa 2 Millionen, davon über die Hälfte im Alter von 15 bis 65 Jahren. Sagen wir die Hälfte, eine Million. Ziehen wir sogar noch ein gutes Viertel ab: Kranke und andere, die sich zur Zeit aus triftigen Gründen nicht dem öffentlichen Dienst widmen

können. Es bleiben 750 000 Menschen, die, wenn sie z. B. jeden 15. Tag in der Miliz arbeiteten (und für diese Zeit vom Unternehmer ihren Lohn weiter erhielten), eine Armee von 50 000 Menschen bilden würden.

Ein „Staat“ von *solchem* Typus ist es, was wir brauchen!

Eine solche Miliz wäre in Wirklichkeit – und nicht nur dem Namen nach – eine „Volksmiliz“.

Das ist der Weg, den wir einschlagen müssen, damit *keine* besondere Polizei und *keine* besondere, vom Volk getrennte Armee wiederhergestellt werden *kann*.

Eine solche Miliz würde zu 95 Prozent aus Arbeitern und Bauern bestehen und *wirklich* die Vernunft und den Willen, die Kraft und die Macht der überwältigenden Mehrheit des Volkes zum Ausdruck bringen. Eine solche Miliz würde wirklich ausnahmslos das ganze Volk bewaffnen und im Militärwesen ausbilden und es auf eine *nicht* Gutschkowsche, *nicht* Miljukowsche Weise gegen alle Versuche, die Reaktion zu restaurieren, gegen alle Umtriebe der Zarenagenten sichern. Eine solche Miliz wäre das ausführende Organ der „Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“, sie würde die *absolute* Achtung und das *absolute* Vertrauen der Bevölkerung genießen, denn sie wäre selbst eine Organisation ausnahmslos der ganzen Bevölkerung. Eine solche Miliz würde dafür sorgen, daß die Demokratie kein hübsches Aushängeschild bleibt, das die Versklavung des Volkes und die Verhöhnung des Volkes durch die Kapitalisten verdeckt, sondern eine wirkliche *Erziehung der Massen* zur Teilnahme an *allen* Staatsgeschäften darstellt. Eine solche Miliz würde die Jugendlichen in das politische Leben einbeziehen und sie nicht nur durch das Wort, sondern auch durch die Tat, durch die *Arbeit* erziehen. Eine solche Miliz würde jene Funktionen entwickeln, die – um es gelehrt auszudrücken – in das Gebiet der „Wohlfahrtspolizei“, der sanitären Kontrolle usw. gehören, und würde alle erwachsenen Frauen zu solchen Funktionen heranziehen. Denn ohne die Frauen zum öffentlichen Dienst, zur Miliz, zum politischen Leben heranzuziehen, ohne die Frauen aus ihrer abstumpfenden Haus- und Küchenatmosphäre herauszureißen, *kann keine* wirkliche Freiheit gewährleistet werden, *kann nicht einmal* die Demokratie, vom Sozialismus ganz zu schweigen, aufgebaut werden.

Eine solche Miliz würde eine proletarische Miliz sein, denn die industriellen und städtischen Arbeiter würden in dieser Miliz ebenso natürlich

und unvermeidlich einen entscheidenden Einfluß auf die Masse der armen Bevölkerung gewinnen, wie sie im ganzen revolutionären Kampf des Volkes in den Jahren 1905–1907 und im Jahre 1917 natürlich und unvermeidlich die führende Stellung innehatten.

Eine solche Miliz würde absolute Ordnung und unverbrüchliche kameradschaftliche Disziplin gewährleisten. Gleichzeitig aber würde sie es in der schweren Krise, die alle kriegführenden Länder jetzt durchmachen, ermöglichen, diese Krise wirklich demokratisch zu bekämpfen, die Verteilung von Brot und anderen Lebensmitteln richtig und schnell vorzunehmen und die „allgemeine Arbeitspflicht“ durchzuführen, die von den Franzosen jetzt „Zivilmobilmachung“ und von den Deutschen „Vaterländischer Hilfsdienst“ genannt wird, und ohne die die Wunden, die der schreckliche Raubkrieg geschlagen hat, *nicht – erwiesenermaßen nicht – geheilt werden können.*

Hat das Proletariat Rußlands sein Blut nur vergossen, um sich jetzt großartig lediglich politische demokratische Reformen versprechen zu lassen? Wird es etwa nicht fordern und durchsetzen, daß *jeder* Werktätige *sofort* eine gewisse Besserung seiner Lebenshaltung zu sehen und zu spüren bekommt? Daß jede Familie Brot hat? Daß jedes Kind eine Flasche guter Milch bekommt und kein Erwachsener aus einer reichen Familie es wagen kann, Milch in Anspruch zu nehmen, solange die Kinder noch nicht versorgt sind? Daß die Paläste und Luxuswohnungen, die der Zar und die Aristokratie hinterlassen haben, nicht leer stehen, sondern den Obdachlosen und Besitzlosen als Heim dienen? Wer kann diese Maßnahmen durchführen, wenn nicht eine allgemeine Volksmiliz, an der die Frauen unbedingt gleichberechtigt mit den Männern teilnehmen?

Solche Maßnahmen sind *noch kein* Sozialismus. Sie betreffen die Regelung der Konsumtion, nicht aber die Reorganisierung der Produktion. Sie wären noch *keine* „Diktatur des Proletariats“, sondern nur eine „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft“. Doch nicht darum geht es jetzt, wie diese Maßnahmen theoretisch zu klassifizieren sind. Es wäre der größte Fehler, wenn wir die komplizierten, aktuellen, sich rasch entwickelnden praktischen Aufgaben der Revolution in das Prokrustesbett einer zu eng verstandenen „Theorie“ zwängten, statt in der Theorie vor allem und in erster Linie eine *Anleitung zum Handeln* zu sehen.

Wird die Masse der russischen Arbeiter so viel Klassenbewußtsein, Standhaftigkeit und Heldenmut aufbringen, um „Wunder an proletarischer Organisation“ zu vollbringen, nachdem sie im unmittelbaren revolutionären Kampf Wunder an Kühnheit, Initiative und Selbstaufopferung vollbracht hat? Das wissen wir nicht, und es wäre müßig, hier prophezeien zu wollen, denn *nur* die Praxis kann solche Fragen beantworten.

Was wir genau wissen, und was wir als Partei den Massen klarmachen müssen, das ist einerseits die Tatsache, daß eine geschichtliche Triebkraft von ungeheurer Stärke vorhanden ist, die in nie gekanntem Ausmaß Krise, Hungersnot und namenloses Elend erzeugt. Diese Triebkraft ist der Krieg, der von den Kapitalisten *beider* kriegführenden Seiten um räuberischer Ziele willen geführt wird. Diese „Triebkraft“ hat eine ganze Reihe der reichsten, freiesten und aufgeklärtesten Nationen an den Rand des Abgrunds gebracht. Sie *zwingt* die Völker, alle Kräfte bis aufs äußerste anzuspannen, sie bringt sie in eine unerträgliche Lage, sie stellt nicht die Verwirklichung irgendwelcher „Theorien“ auf die Tagesordnung (davon ist gar keine Rede, und Marx hat die Sozialisten vor dieser Illusion stets gewarnt), sondern die Durchführung der radikalsten praktisch möglichen Maßnahmen, denn *ohne* radikale Maßnahmen kann der Untergang, der baldige und unaufhaltsame Untergang von Millionen Menschen infolge der Hungersnot, nicht vermieden werden.

Daß die revolutionäre Begeisterung der fortgeschrittenen Klasse unter Verhältnissen, bei denen die objektive Lage vom ganzen Volk radikale Maßnahmen *verlangt*, *vieles* vermag, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Das sieht und *fühlt* in Rußland ein jeder.

Es ist wichtig, zu begreifen, daß sich die objektive Lage in revolutionären Zeiten ebenso rasch und schroff ändert, wie das Leben in solchen Zeiten überhaupt rasch pulsiert. Wir aber müssen es *verstehen*, unsere Taktik und unsere nächsten Aufgaben den *Besonderheiten* jeder gegebenen Situation *anzupassen*. Bis zum Februar 1917 handelte es sich darum, eine kühne revolutionär-internationalistische Propaganda zu treiben, die Massen zum Kampf zu rufen und sie aufzurütteln. In den Februar- und Märztagen war der Heldenmut aufopferungsvollen Kampfes erforderlich, um den unmittelbaren Feind, den Zarismus, sofort zu zerschlagen. Jetzt machen wir das Stadium des *Übergangs* von dieser ersten Etappe der Revolution zur zweiten Etappe durch, vom „Waffengang“ mit dem Zaris-

mus zum „Waffengang“ mit dem Imperialismus der Gutschkow und Miljukow, der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Auf der Tagesordnung steht die Aufgabe der *Organisation*, diese Aufgabe darf aber keinesfalls schablonenhaft aufgefaßt werden, in dem Sinne, daß man lediglich daran arbeitet, die der alten Schablone entsprechenden Organisationen zu entwickeln, sondern in dem Sinne, daß beispiellos breite Massen der unterdrückten Klassen zur Organisation herangezogen werden und daß eben diese Organisation die militärischen, staatlichen und volkswirtschaftlichen Aufgaben erfüllt.

An die Lösung dieser spezifischen Aufgabe geht das Proletariat auf verschiedenen Wegen heran. An manchen Orten Rußlands hat ihm die Februar-März-Revolution beinahe die volle Macht gegeben, an anderen Orten wird es vielleicht „eigenmächtig“ eine proletarische Miliz schaffen und ausbauen, wieder an anderen Orten wird es möglicherweise auf der Grundlage des allgemeinen usw. Wahlrechts sofortige Wahlen zu den Stadtdumas und Semstvos fordern, um sie in revolutionäre Zentren zu verwandeln, usf., bis das Wachstum der proletarischen Organisiertheit, die Annäherung zwischen Soldaten und Arbeitern, die Bewegung in der Bauernschaft und die um sich greifende Enttäuschung über die Gutschkow-Miljukow-Regierung, diese Regierung des Krieges und des Imperialismus, die Stunde herbeiführt, da diese Regierung von der „Regierung“ des Sowjets der Arbeiterdeputierten abgelöst wird.

Vergessen wir auch nicht, daß in nächster Nähe von Petrograd eines der fortgeschrittensten, faktisch republikanischen Länder liegt – Finnland, das in den Jahren von 1905 bis 1917, gedeckt durch die revolutionären Kämpfe in Rußland, ziemlich friedlich die Demokratie entwickelt und die *Mehrheit* des Volkes für den Sozialismus gewonnen hat. Das russische Proletariat wird der Republik Finnland volle Freiheit gewähren, einschließlich der Freiheit der Lostrennung (jetzt, wo der Kadett Roditschew in Helsingfors so würdelos um jedes Stückchen der Privilegien der Großrussen schachert, schwankt wahrscheinlich kein einziger Sozialdemokrat mehr in dieser Frage), und wird gerade dadurch das *volle* Vertrauen und die kameradschaftliche Hilfe der finnischen Arbeiter für die Sache des Proletariats von ganz Rußland erlangen. Bei einem großen und schwierigen Werk sind Fehler nicht zu vermeiden, und auch wir werden sie nicht vermeiden können; die finnischen Arbeiter sind bessere Organisatoren,

sie werden uns auf diesem Gebiet helfen, sie werden die Errichtung der sozialistischen Republik *auf ihre Weise* fördern.

Revolutionäre Siege in Rußland selbst – friedliche organisatorische Erfolge in Finnland unter dem Schutz dieser Siege –, der Übergang der russischen Arbeiter zu revolutionären organisatorischen Aufgaben in neuem Maßstab, die Eroberung der Macht durch das Proletariat und die armen Schichten der Bevölkerung, die Förderung und Entwicklung der sozialistischen Revolution im Westen – das ist der Weg, der uns zum Frieden und zum Sozialismus führen wird.

Zürich, 11. (24.) März 1917

N. Lenin

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Kommunistitscheski Internazional“ Nr. 3–4.

Nach dem Manuskript.

## BRIEFE AUS DER FERNE

## BRIEF 4

## WIE ERRINGEN WIR DEN FRIEDEN?

Soeben (am 12. [25.] März) lese ich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Nr. 517 vom 24. März) folgende telegrafische Meldung aus Berlin:

„Über Schweden wird gemeldet: Maxim Gorki sandte sowohl an die Regierung als auch an den Exekutivausschuß einen begeistert geschriebenen Begrüßungstext. Er feiert den Sieg des Volkes über die Machthaber der Reaktion und fordert alle Söhne Rußlands auf, zum Aufbau des neuen russischen Staatsgebäudes beizutragen. Gleichzeitig fordert er die Regierung auf, ihr Befreiungswerk durch den Abschluß eines Friedensschlusses zu krönen. Es solle kein Frieden um jeden Preis sein; dazu habe Rußland jetzt weniger Ursache denn je. Es solle ein Frieden sein, der es Rußland ermögliche, ehrenvoll vor den übrigen Völkern der Erde zu bestehen. Die Menschheit habe genug geblutet, die neue Regierung würde sich nicht nur um Rußland, sondern um die ganze Menschheit das größte Verdienst erwerben, wenn es ihr gelingen sollte, einen raschen Friedensschluß herbeizuführen.“

So wird M. Gorkis Brief wiedergegeben.

Ein bitteres Gefühl überkommt einen beim Lesen dieses von landläufigen Spießervorurteilen strotzenden Briefes. Bei Zusammenkünften, die der Schreiber dieser Zeilen mit Gorki auf der Insel Capri hatte, wies er ihn auf seine politischen Fehler hin und machte ihm Vorwürfe. Gorki parierte diese Vorwürfe mit seinem unnachahmlich liebenswürdigen Lächeln und der offenerzigen Erklärung: „Ich weiß, daß ich ein schlechter Marxist bin. Und dann sind wir Künstler ja alle ein wenig unzurechnungsfähig.“ Dagegen läßt sich schwer argumentieren.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Gorki ein Künstler mit überragen-

dem Talent ist, der der internationalen proletarischen Bewegung viel Nutzen gebracht hat und weiter bringen wird.

Aber warum muß sich auch Gorki mit Politik befassen?

Meiner Ansicht nach bringt der Brief Gorkis sehr weit verbreitete Vorurteile nicht nur des Kleinbürgertums, sondern auch des unter seinem Einfluß stehenden Teils der Arbeiterklasse zum Ausdruck. *Alle Kräfte unserer Partei, alle Anstrengungen der klassenbewußten Arbeiter müssen darauf gerichtet sein, diese Vorurteile hartnäckig, beharrlich und allseitig zu bekämpfen.*

Die zaristische Regierung hat den gegenwärtigen Krieg als einen *imperialistischen*, als einen Raub- und Plünderungskrieg begonnen und geführt, mit der Absicht, die schwachen Völker auszuplündern und zu würgen. Die Regierung der Gutschkow und Miljukow ist eine Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, sie ist gezwungen und auch willens, *eben diesen Krieg fortzusetzen.* Diese Regierung zum Abschluß eines demokratischen Friedens aufzufordern ist dasselbe, als wenn man Bordellwirten Tugend predigen wollte.

Erläutern wir unseren Gedankengang.

Was ist Imperialismus?

In meiner Broschüre „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, die dem Verlag „Parus“ noch vor der Revolution eingesandt, von ihm angenommen und in der Zeitschrift „Letopis“<sup>119</sup> angekündigt worden war, habe ich diese Frage folgendermaßen beantwortet:

„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist“ (Kap. VII der genannten Broschüre, die, als noch die Zensur bestand, in der „Letopis“ unter dem Titel: *W. Iljin, „Der neueste Kapitalismus“* angekündigt wurde).\*

Es handelt sich im wesentlichen darum, daß das Kapital unermesslich gewachsen ist. Die Vereinigungen einer kleinen Anzahl von Großkapitalisten (Kartelle, Syndikate, Trusts) verfügen über *Milliarden* und teilen die ganze Welt unter sich auf. Der Erdball ist *restlos* aufgeteilt. Der Krieg

\* Siehe Werke, Bd. 22, S. 271. *Die Red.*

ist das Resultat des Zusammenstoßes der zwei mächtigsten Gruppen von Milliardären, der englisch-französischen und der deutschen Gruppe, die eine *Neuaufteilung* der Welt erstreben.

Die englisch-französische Kapitalistengruppe will in erster Linie Deutschland berauben, indem sie ihm seine Kolonien fortnimmt (sie sind jetzt schon fast alle fortgenommen) und außerdem die Türkei.

Die deutsche Kapitalistengruppe will die Türkei *für sich* haben und sich durch die Annexion der kleinen Nachbarstaaten (Belgien, Serbien, Rumänien) für den Verlust der Kolonien schadlos halten.

Das ist die wirkliche Wahrheit, sie wird verschleiert durch die bürgerlichen Lügen vom „Befreiungskrieg“, von einem „nationalen“ Krieg, einem „Krieg für Recht und Gerechtigkeit“ und ähnliches Papperlapapp, womit die Kapitalisten immer das einfache Volk zum Narren halten.

Rußland führt den Krieg nicht mit seinem Geld. Das russische Kapital ist ein *Teilhaber* des englisch-französischen Kapitals. Rußland führt den Krieg, um Armenien, die Türkei und Galizien auszurauben.

Gutschkow, Lwow, Miljukow, unsere jetzigen Minister, sind keine x-beliebigen Leute. Sie sind Vertreter und Führer der ganzen Gutsbesitzer- und Kapitalistenklasse. Sie sind durch die Interessen des Kapitals *gebunden*. Die Kapitalisten können auf ihre Interessen ebensowenig verzichten, wie ein Mensch sich selbst an seinen Haaren hochziehen kann.

Zweitens sind die Gutschkow-Miljukow und Co. durch das englisch-französische Kapital *gebunden*. Sie führten und führen den Krieg mit fremdem Geld. Sie haben versprochen, für die geliehenen Milliarden *alljährlich Hunderte Millionen Zinsen zu zahlen* und diesen *Tribut* aus den russischen Arbeitern und Bauern herauszupressen.

Drittens sind die Gutschkow-Miljukow und Co. durch direkte *Verträge* über die Raubziele dieses Krieges an England, Frankreich, Italien, Japan und andere Gruppen kapitalistischer Räuber *gebunden*. Diese Verträge hat noch der *Zar Nikolaus II.* abgeschlossen. Die Gutschkow-Miljukow und Co. haben den Kampf der Arbeiter gegen die Zarenmonarchie benutzt, um die Macht an sich zu reißen, die vom Zaren geschlossenen *Verträge aber haben sie bestätigt*.

Das tat die gesamte Regierung Gutschkow-Miljukow in ihrem Manifest, das die „Petersburger Telegrafagentur“ am 7. (20.) März dem Ausland übermittelte: „Die Regierung“ (Gutschkows und Miljukows)

„wird alle Verträge, die uns mit anderen Mächten verbinden, genauestens einhalten“, heißt es in diesem Manifest. Der neue Außenminister Miljukow hat in seinem Telegramm, das er am 5. (18.) März 1917 allen Vertretern Rußlands im Ausland sandte, *das gleiche* erklärt.

Alle diese Verträge sind *Geheimverträge*, und die Miljukow und Co. sind aus zwei Gründen *gegen* ihre Veröffentlichung: 1. fürchten sie das Volk, das keinen Raubkrieg will, und 2. sind sie durch das englisch-französische Kapital gebunden, das die Geheimhaltung der Verträge fordert. Wie aber jedem, der die Zeitungen liest und diese Dinge verfolgt, bekannt ist, handelt es sich in diesen Verträgen darum, daß China von Japan, daß Persien, Armenien, die Türkei (insbesondere Konstantinopel) und Galizien von Rußland, daß Albanien von Italien und daß schließlich die Türkei und die deutschen Kolonien usw. von Frankreich und England ausgeraubt werden sollen.

So liegen die Dinge.

Deshalb ist eine an die Regierung Gutschkow–Miljukow gerichtete Aufforderung, sie möge baldigst einen ehrlichen, demokratischen, gutnachbarlichen Frieden schließen, von demselben Wert wie etwa die Aufforderung eines gutherzigen Dorfpfaffen an die Gutsbesitzer und Kaufleute, sie mögen ein „gottgefälliges“ Leben führen, ihren Nächsten lieben und die rechte Backe zum Streich darbieten, wenn man sie auf die linke geschlagen hat. Die Gutsbesitzer und Kaufleute hören sich die Predigt an, fahren fort, das Volk zu unterdrücken und zu plündern, und sind davon entzückt, wie gut es der Pfaffe versteht, die „Bäuerlein“ zu trösten und zu beruhigen.

Genau dieselbe Rolle spielen – ganz gleich, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht – alle, die sich im gegenwärtigen imperialistischen Krieg mit frommen Friedensreden an die bürgerlichen Regierungen wenden. Die bürgerlichen Regierungen weigern sich manchmal überhaupt, solche Reden anzuhören, oder verbieten sie sogar; manchmal gestatten sie sie, wobei sie dann großzügig Versprechungen machen und erklären, daß sie ja den Krieg nur führen, um möglichst schnell „den allgerichtigsten Frieden“ zu schließen, und schuld an der Fortsetzung des Krieges sei nur der Feind. Die Friedensreden, mit denen man sich an die *bürgerlichen* Regierungen wendet, sind in Wirklichkeit *Volksbetrug*.

Die Kapitalistengruppen, die die Erde mit Blut überschwemmt haben,

um Länder, Märkte und Konzessionen aufzuteilen, können keinen „ehrenvollen“ Frieden schließen. Sie können nur einen *Schandfrieden* schließen, einen Frieden über die Teilung der geraubten Beute, die Aufteilung der Türkei und der Kolonien.

Außerdem ist die Regierung Gutschkow–Miljukow gegenwärtig überhaupt nicht bereit, Frieden zu schließen, weil sie zur Zeit aus der „Beute“ „nur“ Armenien und einen Teil Galiziens erhalten würde; sie will aber außerdem Konstantinopel rauben und dazu noch von den Deutschen Polen zurückerobern, das der Zarismus stets so unmenschlich und schamlos unterdrückte. Ferner ist die Regierung Gutschkow–Miljukow weiter nichts als ein Kommis des englisch-französischen Kapitals, das die Deutschland entrissenen Kolonien behalten und darüber hinaus Deutschland zwingen will, Belgien und den besetzten Teil Frankreichs zurückzugeben. Das englisch-französische Kapital hat den Gutschkow und Miljukow geholfen, Nikolaus II. abzusetzen, damit sie ihm helfen, Deutschland zu „besiegen“.

Was muß also geschehen?

Um den Frieden (und erst recht einen wirklich demokratischen, wirklich ehrenvollen Frieden) zu erringen, muß die Macht im Staat nicht den Gutsbesitzern und Kapitalisten, sondern den Arbeitern und den armen Bauern gehören. Die Gutsbesitzer und Kapitalisten sind eine verschwindend kleine Minderheit der Bevölkerung, und jedermann weiß, daß sich die Kapitalisten am Krieg ungeheuer bereichern.

Die Arbeiter und armen Bauern sind die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Sie bereichern sich nicht am Krieg, sie sind dem Ruin und dem Hunger preisgegeben. Sie sind weder durch das Kapital noch durch die Verträge der räuberischen Kapitalistengruppen gebunden; sie können dem Krieg ein Ende machen, und sie haben den ehrlichen Willen dazu.

Wenn die Staatsmacht in Rußland den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten gehören würde, dann hätten diese Sowjets und der von ihnen gewählte Gesamtrussische Sowjet die Möglichkeit – und wären sicher auch bereit –, das Friedensprogramm zu verwirklichen, das unsere Partei (die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands) bereits am 13. Oktober 1915 in Nr. 47 ihres Zentralorgans, dem „Sozial-Demokrat“ (der damals wegen der zaristischen Zensur in Genf erschien), umrissen hat.\*

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 408–411. Die Red.

Dieses Friedensprogramm würde wahrscheinlich folgendermaßen aussehen:

1. Der Gesamtrussische Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten (oder der ihn provisorisch ersetzende Petersburger Sowjet) würde unverzüglich erklären, daß er durch *keinerlei* Verträge, *weder* der Zarenmonarchie *noch* der bürgerlichen Regierungen, gebunden ist.

2. Er würde *alle* diese Verträge unverzüglich veröffentlichen, um die räuberischen Ziele der Zarenmonarchie und ausnahmslos *aller* bürgerlichen Regierungen öffentlich zu brandmarken.

3. Er würde unverzüglich und öffentlich *allen* kriegführenden Mächten vorschlagen, einen *sofortigen Waffenstillstand* abzuschließen.

4. Er würde unverzüglich unsere *Friedensbedingungen*, die Friedensbedingungen der Arbeiter und Bauern, zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlichen:

Befreiung *aller* Kolonien;

Befreiung *aller* abhängigen, unterdrückten und nicht gleichberechtigten Völker.

5. Er würde erklären, daß er von den bürgerlichen Regierungen nichts Gutes erwartet, daß er vielmehr die Arbeiter aller Länder auffordert, die bürgerlichen Regierungen zu stürzen und alle Macht im Staate den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu übergeben.

6. Er würde erklären, daß die *Herren Kapitalisten* die Milliardenschulden, die die bürgerlichen Regierungen gemacht haben, um diesen verbrecherischen Raubkrieg zu führen, *selbst* bezahlen sollen, daß die Arbeiter und Bauern diese Schulden *nicht anerkennen*. Die Zinsen für diese Anleihen zu zahlen würde bedeuten, den Kapitalisten auf Jahre hinaus *Tribut* dafür zu zahlen, daß sie den Arbeitern gnädigst erlaubt haben, sich gegenseitig totzuschießen, damit die Kapitalisten ihre Beute teilen können.

Arbeiter und Bauern! würde der Sowjet der Arbeiterdeputierten sagen, seid ihr willens, den Herren Kapitalisten *Jahr für Jahr Hunderte von Millionen Rubel* als Belohnung für den Krieg zu zahlen, der um die Teilung der afrikanischen Kolonien, der Türkei usw. geführt wurde?

Für *solche* Friedensbedingungen würde der Sowjet der Arbeiterdeputierten meiner Meinung nach bereit sein, gegen *jede beliebige* bürgerliche Regierung und gegen *alle* bürgerlichen Regierungen der Welt *Krieg* zu

führen, weil das ein wirklich gerechter Krieg wäre, weil *alle* Arbeiter und die Werktätigen *aller* Länder zum erfolgreichen Ausgang *dieses* Kriegs beitragen würden.

Der deutsche Arbeiter sieht jetzt, daß die kriegerische Monarchie in Rußland von einer *kriegerischen* Republik abgelöst wird, einer Republik der Kapitalisten, die den imperialistischen Krieg fortsetzen wollen, die die Raubverträge der Zarenmonarchie bestätigen.

Urteilt selbst, kann der deutsche Arbeiter einer *solchen* Republik Vertrauen entgegenbringen?

Urteilt selbst, wird der Krieg weitergehen können, wird sich die Herrschaft der Kapitalisten in der Welt behaupten können, wenn das russische Volk, dem die lebendigen Traditionen der großen Revolution des „Jahres 1905“ geholfen haben und helfen, die volle Freiheit erringt und die ganze Staatsmacht den Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten übergibt?

Zürich, den 12. (25.) März 1917.

N. Lenin

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Kommunistitscheski Internazional“ Nr. 3—4.

Nach dem Manuskript.

## BRIEFE AUS DER FERNE

## BRIEF 5

DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN  
PROLETARISCHEN STAATSORDNUNG

In den vorhergehenden Briefen wurden die gegenwärtigen Aufgaben des revolutionären Proletariats in Rußland folgendermaßen skizziert: 1. verstehen, auf dem richtigsten Weg zur nächsten Etappe der Revolution bzw. zur zweiten Revolution zu gelangen, die 2. die Staatsmacht den Händen der Gutsbesitzer- und Kapitalistenregierung (der Gutschkow, Lwow, Miljukow und Kerenski) entreißen und sie der Regierung der Arbeiter und der armen Bauern übergeben muß. 3. Diese Regierung muß nach dem Muster der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten organisiert sein; sie muß 4. die alte, für *alle* bürgerlichen Staaten charakteristische Staatsmaschine, die Armee, die Polizei, die Bürokratie (das Beamtentum), zerschlagen und völlig beseitigen, indem sie 5. diese Maschine durch eine Organisation des bewaffneten Volkes ersetzt, die nicht nur große Massen, sondern ausnahmslos das gesamte Volk umfaßt. 6. *Nur* eine solche Regierung – „eine solche“ in bezug auf ihre Klassenzusammensetzung („revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“) und ihre Verwaltungsorgane („proletarische Miliz“) – ist *imstande*, die außerordentlich schwierige, absolut unaufschiebbare Aufgabe, die *Hauptaufgabe* des gegenwärtigen Augenblicks, erfolgreich zu lösen, nämlich den *Frieden* herbeizuführen, und zwar keinen imperialistischen Frieden, keine Abmachung imperialistischer Mächte über die Teilung der von den Kapitalisten und ihren Regierungen geraubten Beute, sondern einen wirklich dauerhaften und demokratischen Frieden, der ohne die proletarische Revolution in einer Reihe von Ländern nicht erreicht werden kann. 7. In Rußland ist der Sieg des Proletariats in der allernächsten Zeit *nur* unter der Bedingung möglich, daß die Arbeiter von Anfang an durch den Kampf der gewaltigen

Mehrheit der Bauernschaft um die Konfiskation des gesamten gutsherrlichen Grundbesitzes (und um die Nationalisierung des gesamten Bodens, wenn man annimmt, daß das Agrarprogramm der „104“<sup>120</sup> seinem Wesen nach das Agrarprogramm der *Bauernschaft* geblieben ist) unterstützt werden. 8. Im Zusammenhang mit einer solchen Bauernrevolution und auf ihrem Boden kann und muß das Proletariat im Bündnis mit dem *armen* Teil der Bauernschaft weitere Schritte unternehmen, die auf die *Kontrolle* der Produktion und der Verteilung der wichtigsten Produkte, auf die Einführung der „allgemeinen Arbeitspflicht“ usw. gerichtet sind. Diese Schritte werden mit gebieterischer Notwendigkeit von den Verhältnissen diktiert, die der Krieg geschaffen hat und die sich in der Nachkriegszeit in vieler Beziehung sogar noch zuspitzen werden; in ihrer Gesamtheit und in ihrer Entwicklung aber würden sie den *Übergang zum Sozialismus* bedeuten, der in Rußland nicht unmittelbar, mit einem Schlag, ohne Übergangsmaßnahmen verwirklicht werden kann, aber als Resultat solcher Übergangsmaßnahmen durchaus realisierbar und überaus notwendig ist. 9. Eine besonders dringende Aufgabe ist hierbei die sofortige Schaffung von besonderen Sowjets der Arbeiterdeputierten auf dem *Lande*, d. h. von Sowjets der landwirtschaftlichen *Lohnarbeiter*, *getrennt* von den Sowjets der übrigen Bauerndeputierten.

Das ist in Kürze das von uns vorgeschlagene Programm; es beruht auf einer Analyse der Klassenkräfte der russischen und der Weltrevolution sowie auf den Erfahrungen von 1871 und 1905.

Versuchen wir jetzt, dieses Programm in seiner Gesamtheit zu betrachten und gehen wir zugleich kurz darauf ein, wie K. Kautsky, der bedeutendste Theoretiker der „Zweiten“ Internationale (1889–1914) und prominenteste Vertreter der in allen Ländern zu beobachtenden Richtung des zwischen den Sozialchauvinisten und den revolutionären Internationalisten schwankenden „Zentrums“, des „Sumpfes“, an dieses Thema herangeht. Kautsky behandelt dieses Thema in seiner Zeitschrift „Die Neue Zeit“ (in der Nummer vom 6. April 1917 neuen Stils), in dem Artikel „Die Aussichten der russischen Revolution“.

„Vor allem“, schreibt Kautsky, „müssen wir uns klarwerden über die Aufgaben, die einem revolutionären proletarischen Regime ‚erstehen‘.“

„Zwei Dinge sind es“, fährt der Autor fort, „die das Proletariat dringend braucht: Demokratie und Sozialismus.“

Diesen völlig unanfechtbaren Satz stellt Kautsky leider in einer viel zu allgemeinen Form auf, so daß er im Grunde genommen nichts sagt und nichts erklärt. Miljukow und Kerenski, Mitglieder einer bürgerlichen und imperialistischen Regierung, würden diesen allgemeinen Satz gern unterschreiben, der eine in seinem ersten, der andere in seinem zweiten Teil . . .\*

*Geschrieben am 26. März (8. April) 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1924 in der  
Zeitschrift „Bolschewik“ Nr. 3—4.*

*Nach dem Manuskript.*

---

\* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

AN DIE KAMERADEN,  
DIE IN DER KRIEGSGEFANGENSCHAFT  
SCHMACHTEN<sup>121</sup>

Kameraden! In Rußland ist Revolution.

Die Arbeiter von Petrograd und Moskau waren erneut die Initiatoren der großen Freiheitsbewegung. Sie haben den politischen Streik ausgerufen. Sie sind mit roten Fahnen auf die Straße gegangen. Wie die Löwen haben sie gegen die zaristische Polizei, die Gendarmerie und jenen kleinen Teil der Truppen gekämpft, der nicht sofort auf die Seite des Volkes übergegangen ist. Allein in Petrograd gab es über 2000 Tote und Verwundete. Mit ihrem Blut haben die russischen Arbeiter die Freiheit unseres Landes erkaufte.

Die Forderungen der Arbeiter waren: *Brot, Freiheit, Frieden.*

*Brot* – weil das Volk in Rußland genauso wie in fast allen am gegenwärtigen Raubkrieg beteiligten Ländern hungert.

*Freiheit* – weil die zaristische Regierung den Krieg ausgenutzt hat, um ganz Rußland endgültig in ein einziges Gefängnis zu verwandeln.

*Frieden* – weil die Arbeiter Rußlands ebenso wie die klassenbewußten Arbeiter der anderen Länder nicht mehr für die Interessen eines Häufleins Reicher sterben und nicht länger an dem verbrecherischen Krieg teilnehmen wollen, der von den gekrönten und ungekrönten Räubern begonnen wurde.

Die Soldaten der Petersburger und der Moskauer Garnison sind in ihrer Mehrheit auf die Seite der aufständischen Arbeiter übergegangen. Die Arbeiter und Bauern im Soldatenrock haben den nicht im Soldatenrock steckenden Arbeitern und Bauern brüderlich die Hand gereicht. Der beste Teil des Offizierskorps hat sich zur Revolution bekannt. Die Offiziere, die gegen das Volk vorgehen wollten, wurden von den Soldaten erschossen.

Die Arbeiter und Soldaten haben die Revolution gemacht. Aber die Macht hat zunächst, wie das auch in anderen Revolutionen der Fall war, die Bourgeoisie an sich gerissen. Die Reichsduma, in der die Gutsbesitzer und Kapitalisten die übergroße Mehrheit haben, war mit allen Kräften bemüht, sich mit dem Zaren Nikolaus II. zu versöhnen. Noch in der letzten Minute, als auf den Straßen Petrograds schon der Bürgerkrieg tobte, sandte die Reichsduma dem Zaren ein Telegramm nach dem anderen und flehte ihn an, kleine Zugeständnisse zu gewähren und seine Krone zu retten. Nicht die Reichsduma – die Duma der Gutsbesitzer und der Reichen –, sondern die aufständischen Arbeiter und Soldaten haben den Zaren gestürzt. Aber die neue, die Provisorische Regierung wurde von der Reichsduma ernannt.

Diese Provisorische Regierung besteht aus Vertretern der liberalen Kapitalisten und der Großgrundbesitzer. Die wichtigsten Posten haben inne: Fürst Lwow (Großgrundbesitzer und sehr gemäßigter Liberaler), A. Gutschkow (ein Mitkämpfer Stolypins, der seinerzeit die Kriegsgerichte gegen die Revolutionäre billigte), Tereschtschenko (einer der größten Zuckerfabrikanten und Millionär) und Miljukow (der den Raubkrieg, in den Zar Nikolaus und sein Gesindel unser Land gehetzt haben, immer verteidigt hat und auch heute noch verteidigt). Der „Demokrat“ Kerenski wurde nur deswegen in die neue Regierung berufen, um ihr den Anschein einer „Volks“regierung zu geben, um einen „demokratischen“ Schönredner zu haben, der dem Volk bombastische aber leere Reden hält, während die Gutschkow und Lwow die volksfeindlichen Taten vollbringen.

Die neue Regierung will die Fortsetzung des Raubkriegs. Sie ist der Kommis der russischen, englischen und französischen Kapitalisten, die – genauso wie die deutschen Kapitalisten – unbedingt „den Kampf ausfechten“ und sich die besten Stücke der Beute aushandeln wollen. Die Provisorische Regierung will Rußland nicht den Frieden bringen und kann es auch nicht tun.

Die neue Regierung ist nicht gewillt, den Gutsbesitzern zugunsten des Volkes das Land fortzunehmen, sie ist nicht gewillt, die Bürde des Krieges den Reichen aufzuerlegen. Darum kann sie dem Volk kein Brot geben. Die Arbeiter und überhaupt die arme Bevölkerung müssen weiter hungern.

Die neue Regierung besteht aus Kapitalisten und Gutsbesitzern. Sie will Rußland nicht die volle Freiheit geben. Unter dem Druck der aufständischen Arbeiter und Soldaten hat sie versprochen, die Konstituierende Versammlung einzuberufen, die über die künftige Ordnung Rußlands entscheiden soll. Aber sie zögert die Ausschreibung der Wahlen für die Konstituierende Versammlung hinaus, weil sie Zeit gewinnen und dann das Volk betrügen möchte, wie das derartige Regierungen in der Geschichte mehr als einmal getan haben. Sie will nicht, daß in Rußland eine demokratische Republik errichtet wird. Sie will nur an Stelle des schlechten Zaren Nikolaus II. den angeblich „guten“ Zaren Michael auf den Thron setzen. Sie will, daß die Macht in Rußland nicht dem Volk selber gehört, sondern einem neuen Zaren zusammen mit der Bourgeoisie.

So sieht die neue Regierung aus.

Aber in Petrograd organisiert sich neben dieser Regierung allmählich eine andere Regierung. Die Arbeiter und Soldaten haben den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gebildet. Je tausend Arbeiter oder Soldaten wählen einen Deputierten. Dieser Sowjet, der aus über 1000 Bevollmächtigten besteht, tagt jetzt im Taurischen Palast. Er stellt eine wirkliche Volksvertretung dar.

Dieser Sowjet mag zunächst diese oder jene Fehler machen. Aber er wird unweigerlich dahin gelangen, daß er laut und gebieterisch Frieden, Brot und die demokratische Republik fordern wird.

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten will die *unverzügliche* Einberufung der Konstituierenden Versammlung, die Teilnahme der Soldaten an den Wahlen und an der Entscheidung der Frage Krieg oder Frieden. Der Sowjet will die Übergabe der Ländereien des Zaren und der Gutsbesitzer in die Hände der Bauernschaft. Der Sowjet will die Republik und will von der Einsetzung eines neuen, „guten“ Zaren nichts wissen. Der Sowjet fordert das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle Männer und alle Frauen. Der Sowjet hat erreicht, daß der Zar und die Zarin verhaftet wurden. Der Sowjet will einen Überwachungsausschuß bilden, der jeden Schritt der neuen Regierung zu kontrollieren hat und faktisch selber die Regierung wäre. Der Sowjet erstrebt ein Bündnis mit den Arbeitern aller anderen Länder, um einmütig gegen die Kapitalisten vorzugehen. Revolutionäre Arbeiter sind in großer Zahl an die Front gegangen, um, von der Freiheit Gebrauch machend, mit den Soldaten zu

beraten, wie man gemeinsam handeln kann, wie man den Krieg beenden, wie man die Rechte des Volkes sichern und wie man die Freiheit in Rußland festigen kann. In Petrograd erscheint wieder die sozialdemokratische Zeitung „Prawda“<sup>122</sup>, die den Arbeitern hilft, alle diese großen Aufgaben zu erfüllen.

So liegen jetzt die Dinge, Kameraden.

Ihr, die ihr in der Kriegsgefangenschaft schmachtet, könnt nicht untätig bleiben. Ihr müßt darauf vorbereitet sein, daß auch euch vielleicht schon bald eine wichtige Aufgabe zufallen wird.

Die Feinde der russischen Freiheit rechnen manchmal auf euch. Sie sagen: In der Gefangenschaft befinden sich rund 2 Millionen Soldaten; wenn sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat auf die Seite des Zaren übergehen, dann ist es noch nicht zu spät, Nikolaus oder seinen „geliebten“ Bruder wieder auf den Thron zu setzen. In der Geschichte ist es auch schon vorgekommen, daß sich der gestrige Feind mit dem gestürzten Zaren versöhnt und ihm seine gefangenen Soldaten überlassen hat, damit sie ihm helfen, gegen das eigene Volk zu kämpfen . . .

Kameraden! Erörtert überall, wo ihr die Möglichkeit dazu habt, die großen Ereignisse, die in unserer Heimat vor sich gehen. Erklärt laut, daß ihr zusammen mit dem ganzen besten Teil der russischen Soldaten keinen Zaren wollt, daß ihr die freie Republik fordert, die entschädigungslose Übergabe der Gutsbesitzerländereien an die Bauern, den Achtstundentag, die unverzügliche Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Erklärt, daß ihr auf der Seite des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten steht, daß ihr nach der Rückkehr in die Heimat nicht für den Zaren, sondern gegen den Zaren, nicht für die Gutsbesitzer und die Reichen, sondern gegen sie kämpfen werdet.

Organisiert euch überall, wo die Möglichkeit besteht, faßt Beschlüsse in diesem Sinn, erläutert den unaufgeklärten Kameraden das große Ereignis, das sich in unserem Land vollzogen hat.

Ihr habt vor dem Krieg, während des Krieges und in der Kriegsgefangenschaft genug gelitten. Jetzt gehen wir besseren Tagen entgegen. Das Morgenrot der Freiheit ist angebrochen.

Keht nach Rußland zurück als Armee der Revolution, als Armee des Volkes, nicht als Armee des Zaren. Auch 1905 gehörten die aus Japan zurückgekehrten Kriegsgefangenen zu den besten Freiheitskämpfern.

Nach eurer Rückkehr in die Heimat werdet ihr euch über das ganze Land verstreuen. Tragt die Kunde von der Freiheit in jeden entlegenen Winkel, in jedes russische Dorf, das unter Hunger, Steuerlast und Erniedrigungen übergenuß gelitten hat. Klärt eure Brüder, die Bauern, auf: vertreibt die Finsternis aus dem Dorf, ruft die Dorfarmut auf, die Arbeiter in Stadt und Land in ihrem ruhmvollen Kampf zu unterstützen.

Wenn die Arbeiter Rußlands die Republik erkämpft haben, werden sie sich mit den Arbeitern aller anderen Länder vereinigen und kühn die ganze Menschheit zum *Sozialismus* führen, zu einer Ordnung, in der es weder Reiche noch Arme geben wird, in der nicht ein Häuflein Reicher Millionen Menschen zu Lohnsklaven machen kann.

Kameraden! Sobald es irgend möglich ist, fahren wir nach Rußland, um uns dort dem Kampf unserer Brüder, der Arbeiter und Soldaten, anzuschließen. Aber auch dort vergessen wir euch nicht. Wir werden uns bemühen, euch aus dem freien Rußland Bücher, Zeitungen und Nachrichten über das, was in unserem Land vor sich geht, zu schicken. Wir werden verlangen, daß man euch Geld und Brot in ausreichender Menge zukommen läßt. Und wir werden den aufständischen Arbeitern und Soldaten sagen: Auf eure Brüder, die jetzt in der Gefangenschaft schmachten, könnt ihr euch verlassen. Sie sind Söhne des Volkes und sie werden zusammen mit uns für die Freiheit, für die Republik, gegen den Zaren kämpfen.

*Die Redaktion des „Sozial-Demokrat“*

*Geschrieben Mitte März 1917.  
1917 als Flugblatt veröffentlicht.*

*Nach dem Text des Flugblatts.*

---

## DIE REVOLUTION IN RUSSLAND UND DIE AUFGABEN DER ARBEITER ALLER LÄNDER

Genossen Arbeiter!

Was die Sozialisten, die dem Sozialismus treu geblieben und der zügellosen, barbarischen Kriegsstimmung nicht erlegen sind, vorausgesehen haben, ist eingetreten. Die erste Revolution, die der räuberische Weltkrieg zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder erzeugt hat, ist ausgebrochen. Der imperialistische Krieg, das heißt der Krieg der Kapitalisten um die Teilung der geraubten Beute, um die Versklavung der schwachen Völker, *hat begonnen*, sich in den Bürgerkrieg zu verwandeln, das heißt in den Krieg der Arbeiter gegen die Kapitalisten, in den Krieg der Werktätigen und Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, gegen die Zaren und Könige, gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, in den Krieg für die endgültige Befreiung der Menschheit von Kriegen, von Massenelend, von der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen!

Den russischen Arbeitern ist die Ehre und das Glück zuteil geworden, als erste die Revolution, das heißt den großen Krieg der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, den einzig legitimen und gerechten Krieg, zu beginnen.

Die Petersburger Arbeiter haben die Zarenmonarchie besiegt. In heldenmütigem Kampf gegen die Polizei und die Zarentruppen haben die Arbeiter, die den Aufstand waffenlos gegen die Maschinengewehre des Feindes begannen, den größten Teil der Soldaten der Petersburger Garnison auf ihre Seite gebracht. Dasselbe geschah in Moskau und anderen Städten. Von seinen Truppen verlassen, mußte der Zar kapitulieren: er hat sowohl für sich selbst als auch für seinen Sohn den Verzicht auf den

Thron unterzeichnet. Er hat vorgeschlagen, seinen Bruder Michael auf den Thron zu setzen.

Die riesige Schnelligkeit des Umsturzes, die direkte Hilfe der englischen und französischen Kapitalisten, das unzureichende Bewußtsein der *gesamten* Arbeiter- und Volksmasse in Petersburg, die Tatsache, daß die russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten organisiert und vorbereitet waren – all das hatte zur Folge, daß *diese* die Staatsmacht an sich rissen. In der neuen russischen Regierung, der „Provisorischen Regierung“, sind die wichtigsten Posten – Ministerpräsident, Innen- und Kriegsminister – von Lwow und Gutschkow besetzt, d. h. von Oktobristen, die mit all ihren Kräften Nikolaus dem Blutigen und Stolypin dem Henker geholfen haben, die Revolution von 1905 niederzuschlagen und die Arbeiter und Bauern, die für Land und Freiheit kämpften, zu erschießen und aufzuhängen. Weniger wichtige Ministerposten erhielten die Kadetten: Auswärtige Angelegenheiten – Miljukow, Volksbildung – Manuilow, das Landwirtschaftsministerium – Schingarjow. Und ein ganz unbedeutendes Pöstchen, das Justizministerium, überließ man dem Trudowik Kerenski, einem Schönredner, den die Kapitalisten brauchen, um das Volk mit leeren Versprechungen zu beschwichtigen und mit wohlklingenden Phrasen zu betören, um es „auszusöhnen“ mit der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, die den Raubkrieg im Bunde mit den Kapitalisten Englands und Frankreichs fortsetzen will, einen Krieg für die Annexion Armeniens, Konstantinopels, Galiziens, dafür, daß die englisch-französischen Kapitalisten die Beute *behalten* können, die sie den deutschen Kapitalisten ent-rissen haben (alle deutschen Kolonien in Afrika), und dafür, daß sie den deutschen Kapitalisten die Beute *entreißen*, die *diese* Räuber gemacht haben (einen Teil Frankreichs, Belgien, Serbien, Rumänien usw.).

Natürlich konnten die Arbeiter zu einer solchen Regierung kein Vertrauen haben. Die Arbeiter haben in ihrem Kampf für *Frieden, Brot und Freiheit* die Zarenmonarchie gestürzt. Die Arbeiter merkten sehr bald, warum es den Gutschkow, Miljukow und Co. gelang, das arbeitende Volk um seinen Sieg zu bringen. Es gelang ihnen, weil die russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten gut vorbereitet und gut organisiert waren, weil die Macht des Kapitals, der *Reichtum* sowohl der russischen wie der englischen und französischen Kapitalisten, d. h. der reichsten Kapitalisten der Welt, auf ihrer Seite ist. Die Arbeiter begriffen sehr bald, daß für

den Kampf um Frieden, Brot und Freiheit die werktätigen Klassen, die Arbeiter, Soldaten und Bauern, sich *organisieren*, zusammenschließen und vereinigen müssen, *getrennt* von den Kapitalisten und *gegen* sie.

Und die Petersburger Arbeiter haben sich sofort nach dem Sieg über die Zarenmonarchie eine *eigene* Organisation geschaffen – den *Sowjet der Arbeiterdeputierten*; sie haben sofort damit begonnen, diese Organisation zu festigen und auszubauen und *selbständige* Sowjets der Soldaten- und Bauerndeputierten zu schaffen. Schon wenige Tage nach der Revolution zählte der Petersburger Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten über 1500 Vertreter von Arbeitern und von Bauern im Soldatenrock. Dieser Sowjet genoß bei den Eisenbahnern und der ganzen werktätigen Bevölkerung so großes Vertrauen, daß er sich zu einer wirklichen *Volksregierung* zu entwickeln begann.

Selbst die treuesten Freunde und Gönner der Gutschkow-Miljukow, die zuverlässigsten Kettenhunde des englisch-französischen Räuberkapitals, Robert Wilson, Mitarbeiter der „Times“, eines der reichsten Blätter der englischen Kapitalisten, und Charles Rivet, Mitarbeiter des „Temps“, einer der reichsten Zeitungen der französischen Kapitalisten, selbst sie, die den Sowjet der Arbeiterdeputierten wütend beschimpfen, mußten dennoch feststellen, daß es *in Rußland zwei Regierungen gibt*. Eine, die „von allen“ anerkannt wird (das heißt in Wirklichkeit von allen reichen Leuten anerkannt wird), die Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, der Gutschkow und Miljukow. Die andere, die „*niemand*“ (aus den reichen Klassen) anerkennt, die Regierung der Arbeiter und Bauern: der Petersburger Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der bestrebt ist, *in ganz Rußland* Sowjets der Arbeiterdeputierten und Sowjets der Bauerndeputierten zu bilden.

Sehen wir uns an, was die beiden Regierungen sagen und was sie tun.

1. *Was tut die Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, die Regierung Lwow-Gutschkow-Miljukow?*

Diese Regierung geizt nicht mit den großartigsten Versprechungen. Sie verheißt dem russischen Volk die denkbar größte Freiheit. Sie verspricht die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung, die die Staatsform in Rußland bestimmen soll. Kerenski und die Führer der Kadetten behaupten, für eine demokratische Republik zu sein. Gutschkow und Miljukow sind Meister der revolutionären Thea-

tralik. Die Reklametrommel wird eifrig gerührt. Wie aber steht es um ihre Taten?

Die neue Regierung versprach dem Volk Freiheiten, in Wirklichkeit aber verhandelte sie mit der Zarenfamilie, der Dynastie, über die Wiederherstellung der Monarchie. Sie forderte Michael Romanow auf, Regent, d. h. provisorischer Zar, zu werden. Die Monarchie wäre in Rußland schon wiederhergestellt, wenn die Gutschkow und Miljukow nicht von den Arbeitern daran gehindert worden wären, die in Petersburg Demonstrationen veranstalteten und auf ihre Fahnen „Land und Freiheit! Tod den Tyrannen!“ schrieben, die zusammen mit Kavallerieabteilungen auf dem Platz vor der Duma aufmarschierten und Banner mit der Inschrift entrollten: „Es lebe die sozialistische Republik in allen Ländern!“ Michael Romanow, der Verbündete der Gutschkow-Miljukow, erkannte, daß es unter solchen Umständen, solange er nicht von der Konstituierenden Versammlung auf den Thron gesetzt wird, ratsamer ist, auf die Regentschaft zu verzichten, und so blieb Rußland – vorläufig – eine Republik.

Die Regierung ließ den ehemaligen Zaren in Freiheit. Die Arbeiter erzwangen seine Verhaftung. Die Regierung wollte Nikolai Nikolajewitsch Romanow die ganze Befehlsgewalt über die Armee geben. Die Arbeiter erzwangen seine Absetzung. Es ist klar, daß sich die Gutsbesitzer Lwow und Gutschkow schon morgen mit Romanow oder einem anderen Gutsbesitzer einig wären, wenn es nicht den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten gäbe.

Die Regierung erklärte sowohl in ihrem Manifest an das Volk als auch in dem Telegramm Miljukows an alle Vertreter Rußlands im Ausland, daß sie *alle* von Rußland abgeschlossenen internationalen Verträge *einhalten* werde. Diese Verträge wurden von dem abgesetzten Zaren unterzeichnet. Die Regierung wagt es nicht, diese Verträge zu veröffentlichen, 1. weil sie durch das russische, englische und französische Kapital an Händen und Füßen gebunden ist; 2. weil sie das Volk fürchtet, das die Gutschkow und Miljukow in Stücke reißen würde, wenn es erführe, daß die Kapitalisten weitere fünf, weitere zehn Millionen russische Arbeiter und Bauern im Kriege abschlachten lassen wollen, um Konstantinopel zu erobern, Galizien zu versklaven usw.

Welchen Wert haben die Versprechungen, dem Volk Freiheit zu geben, wenn das Volk nicht erfahren kann, was das für Verträge des Guts-

besitzerzaren sind, um derentwillen die Kapitalisten die Soldaten weiter verbluten lassen wollen?

Welchen Wert haben die Versprechungen, alle möglichen Freiheiten zu gewähren und sogar die demokratische Republik zu errichten, für ein Volk, das von Hungersnot bedroht ist und das man mit verbundenen Augen zur Schlachtbank führen will, damit die russischen, englischen und französischen Kapitalisten die deutschen Kapitalisten ausrauben können?

Zugleich unterdrückt die Regierung der Gutschkow und Miljukow mit unverhüllter Gewalt jeden Versuch der russischen Arbeiter, sich mit ihren Brüdern, den Arbeitern der anderen Länder, zu verständigen: weder die „Prawda“, die seit der Revolution in Petersburg wieder erscheint, noch das Manifest, das vom Zentralkomitee unserer Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, in Petersburg herausgegeben wurde, noch die Aufrufe des Deputierten Tschcheidse und seiner Gruppe werden von der Regierung über die Grenze gelassen!!

Arbeiter und Bauern! Ihr könnt ruhig sein: hat man euch doch Freiheit versprochen – Freiheit für die Toten, für die Verhungerten, für die im Krieg Gemordeten!!

In ihren programmatischen Erklärungen sagt die neue Regierung kein Wort davon, daß die Bauern Land erhalten sollen, kein Wort von einer Erhöhung der Löhne. Ein Termin für die Einberufung der Konstituierenden Versammlung wurde bis heute noch nicht angesetzt. Für die Petersburger Stadtduma wurden keine Wahlen ausgeschrieben. Die Volksmiliz wird den Semstvos und den städtischen Selbstverwaltungen unterstellt, die auf Grund des Stolypinschen Gesetzes nur von den Kapitalisten und den reichsten Gutsbesitzern gewählt wurden. Zu Gouverneuren werden Gutsbesitzer ernannt. Und das nennt sich „Freiheit“!

2. Was tut die Regierung der Arbeiter und Bauern, und was muß sie tun? . . .\*

Geschrieben am 12. (25.) März 1917.

Zuerst veröffentlicht 1924  
im Lenin-Sammelband II.

Nach dem Manuskript.

---

\* Hier bricht das Manuskript ab. Die Red.

## ÜBER DIE AUFGABEN DER SDAPR IN DER RUSSISCHEN REVOLUTION<sup>123</sup>

Autorreferat

Das zweieinhalbstündige Referat Lenins bestand aus zwei Teilen. Im ersten Teil umriß Lenin die historischen Bedingungen, die ein solches „Wunder“, wie es der Sturz der Zarenmonarchie in einer Zeitspanne von acht Tagen ist, bewirken konnten und mußten. Die wichtigste dieser Bedingungen war die „große Rebellion“ der Jahre 1905–1907, die von den gegenwärtigen Herren der Lage, den Gutschkow und Miljukow, die jetzt über die „glorreiche Revolution“ von 1917 begeistert sind, so beschimpft wird. Wenn aber die wirklich tiefgreifende Revolution von 1905 den „Boden“ nicht „aufgewühlt“, wenn sie nicht alle Klassen und Parteien einander in der Aktion vor Augen geführt, wenn sie nicht die Zarenbande in ihrer ganzen Niedertracht und Bestialität entblößt hätte, wäre 1917 ein schneller Sieg unmöglich gewesen.

Ein ganz außergewöhnliches Zusammentreffen von Bedingungen ermöglichte es 1917, alle Schläge, die von den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften gegen den Zarismus gerichtet wurden, zu vereinigen. Erstens: Das englisch-französische Finanzkapital, das über die ganze Welt herrscht und die ganze Welt ausraubt, war 1905 *gegen* die Revolution und half dem Zarismus, die Revolution zu ersticken (Anleihe von 1906). Jetzt nahm es unmittelbar an der Revolution auf die aktivste Weise teil, es organisierte die direkte Verschwörung der Herren Gutschkow und Miljukow und eines Teils der höheren Offiziere der Armee, um Nikolaus II. abzusetzen oder ihn zu Zugeständnissen zu zwingen. Vom Standpunkt der Weltpolitik und des internationalen Finanzkapitals ist die Regierung Gutschkow–Miljukow ganz einfach der Kommis der Bankfirma „England und Frankreich“, ein Werkzeug zur Verlängerung des

imperialistischen Völkermordens. Zweitens: Die Niederlagen der zaristischen Monarchie hatten das alte Offizierskorps der Armee aufgerieben; es wurde durch neue, junge, bürgerliche Offiziere ersetzt. Drittens: Die gesamte russische Bourgeoisie, die sich energisch von 1905 bis 1914 und noch rascher von 1914 bis 1917 organisierte, vereinigte sich mit den Gutsbesitzern im Kampf gegen die von Fäulnis zerfressene Zarenmonarchie in dem Wunsch, sich durch den Raub von Armenien, Konstantinopel, Galizien usw. zu bereichern. Viertens: Zu diesen Kräften imperialistischen Charakters gesellte sich eine tiefgreifende und mächtige proletarische Bewegung. Das Proletariat machte die Revolution, es forderte *Frieden, Brot und Freiheit*, es hatte nichts gemein mit der imperialistischen Bourgeoisie, und ihm folgte die *Mehrheit* der Armee, die aus Arbeitern und Bauern besteht. Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg hat begonnen.

Hieraus ergibt sich der Hauptwiderspruch dieser Revolution, der sie lediglich zur *ersten* Etappe der *ersten* vom Krieg erzeugten Revolution macht. Die Regierung Gutschkows und Miljukows, die Gutsbesitzer- und Kapitalistenregierung, kann dem Volk weder Frieden noch Brot, noch Freiheit geben. Sie ist eine Regierung der Weiterführung des räuberischen Krieges, die offen erklärt hat, daß sie die internationalen Verträge des Zarismus treu einhalten wird, diese Verträge, die nichts als Raubverträge sind. Diese Regierung könnte im besten Falle die Krisis *hinauszögern*, aber das Land vom Hunger befreien kann sie *nicht*. Sie ist auch nicht imstande, die Freiheit zu geben, selbst wenn sie noch soviel „Versprechungen“ (Versprechen sind billig) macht, denn sie ist mit den Interessen des adligen Grundbesitzes und des Kapitals versippt und ist sofort daran gegangen, mit der Dynastie eine *Abmachung* zur Wiederherstellung der Monarchie zu treffen.

Deswegen wäre es das Dümme, was man tun könnte, eine Taktik der „Unterstützung“ der neuen Regierung einzuschlagen, angeblich im Interesse des „Kampfes gegen die Reaktion“. Für einen solchen Kampf ist die *Bewaffnung des Proletariats* die einzig ernste und reale Garantie sowohl gegen den Zarismus wie auch gegen das Bestreben der Gutschkow und Miljukow, die Monarchie wiederherzustellen.

Recht hat daher der Abgeordnete Skobelew, der gesagt hat, daß Rußland „am Vorabend einer zweiten, wirklichen Revolution steht“.

Die Volksorganisation für diese Revolution besteht und entwickelt sich. Es ist der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der nicht umsonst von den Agenten des englisch-französischen Kapitals, den Korrespondenten der „Times“ und des „Temps“, mit Schmähungen überhäuft wird.

Auf Grund eingehender Prüfung der Zeitungsberichte über den Sowjet der Arbeiterdeputierten gelangte Lenin zu der Feststellung, daß im Sowjet drei Richtungen existieren. Die eine steht den Sozialpatrioten am nächsten. Sie vertraut Kerenski, diesem Helden der Phrase, einem Werkzeug in den Händen Gutschkows und Miljukows, dem Vertreter einer „Louis-Blanc-Politik“ schlimmster Art, der die Arbeiter mit leeren Versprechungen abspeist und schwungvolle Reden im Geiste der europäischen Sozialpatrioten und Sozialpazifisten à la Kautsky und Co. hält, in der Tat aber die Arbeiter mit der Verlängerung des Raubkrieges „aussöhnt“. Durch Kerenski spricht die imperialistische Bourgeoisie Rußlands zu den Arbeitern: Wir geben euch die Republik, den Achtstundentag (der in Petersburg bereits eingeführt worden ist), versprechen euch allerlei Freiheiten – und das alles, damit ihr uns helft, die Türkei und Österreich zu berauben, dem deutschen Imperialismus *seine* Beute wegzunehmen und dem englisch-französischen Imperialismus dessen Beute zu sichern.

Die zweite Richtung ist das ZK unserer Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. In den Zeitungen ist ein Auszug aus dem „Manifest“ unseres Zentralkomitees veröffentlicht worden. Das Manifest ist in Petersburg am 18. März erschienen. Es fordert die demokratische Republik, den Achtstundentag, die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien zugunsten der Bauern, die Konfiskation der Getreidevorräte, die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen *nicht* durch die Regierung Gutschkow und Miljukow, *sondern* durch den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Dieser Sowjet ist in der Auffassung des Manifests die wirkliche revolutionäre Regierung. (Lenin fügte hinzu, daß auch der „Times“-Korrespondent von *zwei* Regierungen in Rußland spricht.) Die Verhandlungen über einen sofortigen Frieden sollen *nicht* mit den bürgerlichen Regierungen geführt werden, *sondern mit den Proletariern* aller kriegführenden Länder. Das Manifest fordert alle Arbeiter, Bauern und Soldaten auf, Delegierte in den Sowjet der Arbeiterdeputierten zu wählen.

Das ist die einzige wirklich sozialistische, wirklich revolutionäre Taktik.

Die dritte Richtung ist durch Tschcheidse und seine Freunde vertreten. Sie schwanken, was sich in den Urteilen der „Times“ und des „Temps“, die Tschcheidse bald loben, bald schmähen, deutlich widerspiegelt. Als Tschcheidse es ablehnte, in die zweite Provisorische Regierung einzutreten, als er erklärte, daß der Krieg von beiden Seiten ein imperialistischer Krieg sei usw., da war das eine proletarische Politik. Als aber Tschcheidse in die erste Provisorische Regierung („Dumakomitee“) eintrat, als er in § 3 seines Aufrufs die „ausreichende Teilnahme der Vertreter der russischen Arbeiterschaft an der Regierung“\* forderte (Teilnahme der Internationalisten an einer Regierung des imperialistischen Krieges!!), als er (und Skobelew) diese imperialistische Regierung aufforderte, Friedensverhandlungen einzuleiten (statt den Arbeitern zu erklären, daß die Bourgeoisie an Händen und Füßen durch die Interessen des vom Imperialismus nicht zu trennenden Finanzkapitals gebunden ist), wenn die Freunde Tschcheidses, Tuljakow und Skobelew, im Auftrag der Regierung Gutschkow und Miljukow herumreisen, um die Soldaten zu „beschwich-tigen“, die gegen die liberalen Generale revoltieren (Ermordung des Admirals Nepenin, die sogar die deutschen Imperialisten Tränen vergießen ließ!!) – dann treiben Tschcheidse und seine Freunde eine „Louis-Blanc-Politik“ schlimmster Art, dann führen sie die Politik der Bourgeoisie durch und schädigen die Revolution.

Lenin griff auch den sozialpazifistischen Aufruf Gorkis an und äußerte sein Bedauern darüber, daß der große Künstler sich mit Politik befaßt und dabei die Vorurteile des Kleinbürgertums wiederholt.

Im zweiten Teil stellte sich Lenin die Aufgabe, die Taktik des Proletariats darzulegen. Er skizzierte die Eigenart der historischen Situation des gegenwärtigen Zeitpunkts als einen Übergang von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten, vom Aufstand gegen den Zarismus zum Aufstand gegen die Bourgeoisie, gegen den imperialistischen Krieg, oder als Übergang zum Konvent, der sich aus der Konstituierenden Versammlung entwickeln kann, wenn die Regierung ihr „Versprechen“ einlöst und sie einberuft.

Die besondere Aufgabe des Tages, die diesem Übergangszustand entspricht, besteht in der Organisierung des Proletariats. Aber nicht in der schablonenhaften Form der Organisation, mit der sich die Verräter am

\* Die zitierten Worte bei Lenin deutsch. Der Übers.

Sozialismus, die Sozialpatrioten und Opportunisten aller Länder sowie die Kautskyaner, begnügen, sondern in der revolutionären Organisation. Diese Organisation soll erstens eine Organisation sein, die das ganze Volk umfaßt, und zweitens soll sie *militärische und staatliche Funktionen* in sich vereinigen.

Die Opportunisten, die in der II. Internationale herrschten, haben die Lehre von Marx und Engels über den Staat der Revolutionsperiode entstellt. Auch Kautsky hat in seiner Polemik mit Pannekoek (1912) den Standpunkt von Marx verlassen. Marx lehrte auf Grund der Erfahrungen der Kommune von 1871, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“. Das Proletariat soll (muß?) diese Maschine (Armee, Polizei, Bürokratie) *zerbrechen*<sup>124</sup>. Das ist es, was die Opportunisten (Sozialpatrioten) und Kautskyaner (Sozialpazifisten) entweder bestreiten oder vertuschen. Das ist die *wichtigste* praktische Lehre der Pariser Kommune und der russischen Revolution von 1905.

Wir unterscheiden uns von den Anarchisten dadurch, daß wir die Notwendigkeit des *Staates* für die revolutionäre Umwälzung anerkennen. Wir unterscheiden uns aber von den Opportunisten und Kautskyanern dadurch, daß wir sagen: Wir brauchen nicht die „fertige“ Staatsmaschinerie, wie sie in den demokratischsten bürgerlichen Republiken existiert, sondern die *unmittelbare Macht bewaffneter und organisierter Arbeiter*. Das ist der Staat, den *wir* brauchen. Das sind, ihrem Wesen nach, die Kommune von 1871 und die *Arbeiterdelegiertenräte* von 1905 und 1917. Auf diesem Fundament müssen wir weiterbauen.\* *Nicht zulassen*, daß die Polizei wiederersteht! Aus der Volksmiliz muß eine wirklich *das ganze Volk umfassende*, vom Proletariat geführte *Miliz*, „unser Staat“, geschaffen werden, und die Kapitalisten müssen den Arbeitern die Tage bezahlen, an denen diese ihren Dienst in der Miliz verrichten. Die „*Wunder an proletarischem Heldenmut*“, die das Proletariat *gestern* im Kampf gegen den Zarismus vollbrachte und die *es morgen* im Kampf gegen die Gutschkow und Miljukow vollbringen wird, müssen durch „*Wunder an proletarischer Organisiertheit*“ ergänzt werden. Das ist die Losung des Tages! Das ist das Unterpfand des Erfolgs!

\* Vom Beginn des Marx-Zitats „die Arbeiterklasse . . .“ bis zu dieser Stelle bei Lenin deutsch. Der Übers.

Auf diesen Weg werden die Arbeiter durch die *objektiven* Bedingungen gedrängt: durch die Hungersnot, durch die Notwendigkeit, das Brot zu verteilen, durch die Unvermeidlichkeit der „Zivildienstpflicht“\*, durch die Notwendigkeit, den Frieden herbeizuführen. Unsere Friedensbedingungen, sagte Lenin, sind folgende: 1. Der Sowjet der Arbeiterdeputierten als revolutionäre Regierung würde sofort erklären, daß er durch *keinerlei* Verträge des Zarismus oder der Bourgeoisie gebunden ist; 2. er würde sofort diese niederträchtigen Raubverträge veröffentlichen; 3. er würde öffentlich *allen* Kriegführenden einen sofortigen Waffenstillstand vorschlagen; 4. er würde einen Frieden auf der Grundlage der Befreiung *aller* Kolonien und *aller* unterdrückten Völker vorschlagen; 5. er würde erklären, daß er den bürgerlichen Regierungen nicht vertraut und die Arbeiterklasse aller Länder zum Sturz dieser Regierungen aufruft; 6. er würde erklären, daß die Kriegsschulden von der Bourgeoisie gemacht wurden und daher auch von den *Kapitalisten* bezahlt werden sollen.

Das wäre die Politik, die die Mehrheit sowohl der Arbeiter als auch der armen Bauern für den Sowjet der Arbeiterdeputierten gewinnen würde. Die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien wäre gesichert. Das wäre noch *kein* Sozialismus. Das wäre ein Sieg der Arbeiter und armen Bauern, der Frieden, Freiheit und Brot garantieren würde. Für *solche* Friedensbedingungen sind *auch wir* bereit, einen *revolutionären* Krieg zu führen! Lenin erinnerte daran, daß bereits im „Sozial-Demokrat“ Nr. 47 (vom 13. X. 1915) erklärt wurde, die Sozialdemokratie werde einen revolutionären Krieg solcher Art *nicht ablehnen*.\*\* Die Hilfe des sozialistischen Proletariats aller Länder wäre gewährleistet. Die niederträchtigen Aufrufe der Sozialpatrioten (in der Art des schändlichen Briefs von Guesde: „Erst Sieg, dann Republik“) würden sich in nichts auflösen.

Es lebe die russische Revolution! – schloß der Referent. Es lebe die internationale Revolution der Arbeiter, die *begonnen* hat!

Geschrieben am 16. oder 17.

(29. oder 30.) März 1917.

Veröffentlicht am 31. März und 2. April 1917

im „Volksrecht“ Nr. 77 und 78.

Nach dem russischen  
Manuskript.

\* „Zivildienstpflicht“ bei Lenin deutsch. Der Übers

\*\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 408–411. Die Red.

## DIE MACHENSCHAFTEN DER REPUBLIKANISCHEN CHAUVINISTEN

30. III. 1917

In der heutigen „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 30. März, Nr. 557, erste Morgenausgabe, lese ich soeben folgendes:

„*Mailand*, 29. März. Der Petersburger Korrespondent berichtet über die Verhaftung eines gewissen *Tschernomasow*, des Direktors des nach Ausbruch der Revolution erschienenen sozialistischen Blattes ‚Prawda‘. Tschernomasow habe unter dem alten Regime zu den Agenten der Geheimpolizei gehört und monatlich 200 Rubel bezogen. Das von ihm geleitete Blatt, das die sozialistische Republik befürwortet hat, habe die Provisorische Regierung heftig angegriffen, mit dem durchsichtigen Zweck, der Reaktion zu nutzen. Überhaupt erwecke die gegen die Regierung gerichtete Agitation unverantwortlicher Kreise den Verdacht der Komplizenschaft mit dem alten Regime und dem Feinde. Sogar das Arbeiter- und Soldatenkomitee, das doch im Vergleiche zur Provisorischen Regierung ausgesprochen radikale Tendenzen vertrete, habe sich von diesen Kreisen abgewandt.“

Diese Meldung ist die Wiedergabe eines Telegramms aus der chauvinistischen italienischen Zeitung „Abendkurier“ („*Corriere della Sera*“)<sup>125</sup>, *Mailand*, 29. März, das für dieses Blatt am 26. März, 10,30 Uhr abends in Petersburg aufgegeben wurde. Um den Lesern klarzumachen, worin diesmal die bei den Chauvinisten allgemein übliche „Verdrehung“ der Tatsachen besteht, muß ich ziemlich weit zurückgreifen.

„Unter dem alten Regime“, und zwar in der Zeit vom April 1912 bis zum Juli 1914, erschien in Petersburg die sozialdemokratische Tageszeitung „*Prawda*“. Diese Zeitung war faktisch das Organ des *Zentralkomitees* unserer Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Ich schrieb fast täglich aus Krakau, wo ich damals als politischer Emigrant

lebte, für diese Zeitung. Die sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, die unserer Partei angehörten und vom Zaren wegen ihrer Agitation gegen den imperialistischen Krieg nach Sibirien verbannt wurden, Badajew, Muranow, Petrowski, Schagow, Samoilow (bis zum Sommer 1914 gehörte auch Malinowski zu dieser Gruppe), kamen regelmäßig nach Krakau, und wir berieten dort, wie die Zeitung zu leiten ist.

Es liegt auf der Hand, daß die Zarenregierung die „Prawda“, die eine Auflage bis zu 60 000 Exemplaren hatte, nicht nur von allen Seiten mit Spitzeln umgab, sondern sich auch bemühte, unter ihre Angestellten Lockspitzel einzuschmuggeln. Zu den Lockspitzeln gehörte auch Tschernomasow, der in Parteikreisen „Miron“ genannt wurde. Er erschlich sich das Vertrauen der Genossen und wurde 1913 Sekretär der „Prawda“.

Zusammen mit der Gruppe der Abgeordneten beobachteten wir die Tätigkeit Tschernomasows und kamen zu dem Schluß, daß er 1. in seinen Artikeln unsere Richtung kompromittiert und daß er 2. in bezug auf politische Ehrlichkeit verdächtig ist.

Es war aber schwer, einen Ersatz zu finden, und das um so mehr, als die Verbindung zwischen der Gruppe der Abgeordneten und Krakau entweder illegal aufrechterhalten oder durch Reisen der Abgeordneten bewerkstelligt wurde, diese Reisen aber nicht sehr oft gemacht werden konnten. Endlich gelang es uns im Frühjahr 1914, Rosenfeld (Kamenew) nach Petersburg zu schicken, der dann Ende 1914, zusammen mit unseren Abgeordneten, vom Zaren ebenfalls nach Sibirien verbannt wurde.

Rosenfeld (Kamenew) hatte den Auftrag, Tschernomasow zu entfernen, und er entfernte ihn vollständig von allen Geschäften. Tschernomasow wurde entlassen. Unser ZK leitete auf Grund des gegen Tschernomasow bestehenden Verdachts eine Untersuchung ein, aber es gelang nicht, Genaueres festzustellen, so daß sich die Petersburger Genossen nicht entschließen konnten, ihn zum Lockspitzel zu erklären. Man mußte sich mit der Entfernung Tschernomasows aus der „Prawda“ begnügen.

Daß Tschernomasow und selbstverständlich auch andere Lockspitzel dem Zaren geholfen haben, unsere Abgeordneten in die Verbannung nach Sibirien zu schicken, unterliegt keinem Zweifel.

Mit dem Datum vom 13. November 1916 bekamen wir vom Petersburger „Büro des Zentralkomitees“ unserer Partei die Mitteilung, daß Tschernomasow wiederum versuche, in die illegale Organisation einzu-

dringen, daß das „Büro“ „Miron“ sowie eine Person, die mit ihm in Verbindung stand, aus der Organisation entfernt habe und so „mit jedem verfahren wird, der weiter mit ihm verkehrt“.

Wir haben selbstverständlich geantwortet, daß Tschernomasow nicht in der Partei geduldet werden könne, denn er war durch einen Beschluß des Zentralkomitees, der unter Teilnahme der obenerwähnten Abgeordneten gefaßt worden war, entfernt worden.

Das ist die Geschichte der *alten* „Prawda“, die unter dem alten, zaristischen Regime erschien und vom Zaren vor dem Krieg, im Juli 1914, unterdrückt wurde.

Es entsteht die Frage, ob Tschernomasow nicht auch an der *neuen* „Prawda“, die in Petrograd nach der Revolution zu erscheinen begann, direkt oder indirekt mitgewirkt hat? Darüber weiß ich nichts, denn seit der Revolution läßt die Regierung Gutschkow–Miljukow meine Telegramme an die „Prawda“ und selbstverständlich auch die Telegramme der „Prawda“ an mich nicht durch.<sup>126</sup> Ich weiß nicht einmal, ob das Büro des ZK unversehrt geblieben ist, ob Kamenew und die Abgeordneten nach Petersburg zurückgekehrt sind, die Miron kennen und ihn sofort entfernt hätten, falls er sich den Personenwechsel zunutze gemacht und sich von neuem eingeschlichen haben sollte.

Die französische sozialchauvinistische Zeitung „l'Humanité“ bringt am 28. März ein Telegramm, das angeblich der „Petit Parisien“<sup>127</sup> aus Petersburg erhalten hat. In diesem Telegramm wird Tschernomasow als „früherer Redakteur der extremistischen sozialdemokratischen Zeitung „Prawda““ bezeichnet.

Der Leser wird jetzt, glaube ich, die Perfidie und niederträchtige Kampf-methode der Regierung Gutschkow–Miljukow und ihrer Freunde begreifen, die unsere Partei „der Komplizenschaft mit dem alten Regime und dem Feinde“ verdächtigen wollen. Diese Regierung und ihre Freunde hassen unsere Partei und verleumden sie, weil wir schon am 13. X. 1915 in Nr. 47 unserer Zeitung „Sozial-Demokrat“ (Genf) erklärt haben, wir würden auch in dem Falle *unbedingt* gegen den imperialistischen Krieg sein, wenn *diesen* Krieg nicht die zaristische Regierung, sondern eine *chauvinistisch-revolutionäre, chauvinistisch-republikanische* russische Regierung führen würde.\*

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 408–411. Die Red.

Die Regierung Gutschkow-Miljukow ist eben *eine solche* Regierung, weil sie die *räuberischen* Verträge des Zarismus mit dem anglo-französischen Imperialismus *bestätigt* hat und *räuberische* Ziele (Eroberung Armeniens, Galiziens, Konstantinopels usw.) in diesem Kriege verfolgt.\*

(Ich schicke dieses morgen an das „Volksrecht“ und an den „Avanti!“.)

Veröffentlicht am 5. April 1917  
im „Volksrecht“ Nr. 81.

Unterschrift: N. L e n i n.

Nach einer handschriftlichen  
Abschrift.

In russischer Sprache zuerst veröffentlicht 1924  
im Lenin-Sammelband II.

---

\* Von den Worten „Perfidie und niederträchtige Kampfmethod...“ bis zu dieser Stelle bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

## BESCHLUSS DES AUSLANDSKOLLEGIUMS DES ZK DER SDAPR

Das Auslandskollegium des Zentralkomitees der SDAPR beschließt, den Vorschlag des Gen. Robert Grimm anzunehmen, der für die Emigranten, die in die Heimat zurückkehren wollen, die Rückfahrt nach Rußland über Deutschland vorsieht.<sup>128</sup>

Das Auslandskollegium des ZK stellt fest:

1. Die Verhandlungen wurden von Gen. R. Grimm mit einem Mitglied der Regierung eines neutralen Landes, Minister Hoffmann, geführt, der eine offizielle Einmischung der Schweiz nur darum für unmöglich erklärte, weil die englische Regierung darin zweifellos eine Verletzung der Neutralität erblicken würde, denn England will den Internationalisten die Durchreise nicht gestatten.

2. Der Vorschlag R. Grimms ist durchaus annehmbar, da die Freiheit der Durchreise garantiert wird, unabhängig von der politischen Richtung, von der Einstellung zur „Vaterlandsverteidigung“, zu der Frage der Fortsetzung des Krieges durch Rußland oder eines Friedensschlusses seitens Rußlands usw.

3. Dieser Vorschlag beruht auf dem Plan, die russischen Emigranten gegen in Rußland internierte Deutsche auszutauschen, und die Emigranten haben keinen Grund, die Agitation für einen solchen Austausch in Rußland abzulehnen.

4. Gen. R. Grimm hat diesen Vorschlag den Vertretern aller Richtungen der politischen Emigration übermittelt und seinerseits erklärt, daß dies bei der gegenwärtigen Lage der Dinge der einzige Weg sei und daß er unter den jetzigen Verhältnissen durchaus annehmbar sei.

5. Von unserer Seite ist alles nur mögliche getan worden, um die Ver-

treter der verschiedenen Richtungen von der Notwendigkeit der Annahme dieses Vorschlags und von der absoluten Unzulässigkeit von Verzögerungen zu überzeugen.

6. Die Vertreter einiger Richtungen haben sich bedauerlicherweise für einen weiteren Aufschub ausgesprochen – ein Entschluß, von dem wir feststellen müssen, daß er im höchsten Grade falsch ist und die revolutionäre Bewegung in Rußland außerordentlich schädigt.

Auf Grund dieser Erwägungen beschließt das Auslandskollegium des ZK, alle Mitglieder unserer Partei davon zu unterrichten, daß wir den Vorschlag angenommen haben und daß die Abreise unverzüglich erfolgt; sie werden aufgefordert, alle diejenigen, die reisen wollen, in die Listen einzutragen; den Vertretern der anderen Richtungen ist eine Abschrift des vorliegenden Beschlusses zu übermitteln.

Zürich, den 31. März 1917.

Zuerst veröffentlicht 1923.

*Nach dem Manuskript.*

## ABSCHIEDSBRIEF AN DIE SCHWEIZER ARBEITER

Genossen schweizerische Arbeiter!

Im Begriff, aus der Schweiz nach Rußland abzureisen, um die revolutionäre internationalistische Arbeit in unserer Heimat fortzusetzen, senden wir Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die durch das Zentralkomitee vereinigt ist (zum Unterschied von der anderen Partei, die den gleichen Namen trägt, aber durch das Organisationskomitee vereinigt ist), Euch unsere brüderlichen Grüße und sprechen Euch unseren tiefempfundenen kameradschaftlichen Dank für Euer kameradschaftliches Verhalten zu den Emigranten aus.

Während die *offenen* Sozialpatrioten und Opportunisten, die Schweizer „Grütlianer“, die ebenso wie die Sozialpatrioten aller Länder aus dem Lager des Proletariats in das Lager der Bourgeoisie übergegangen sind – während diese Leute Euch *unverbüßlt* aufgefordert haben, gegen den schädlichen Einfluß der Ausländer auf die Schweizer Arbeiterbewegung zu kämpfen; während die *verkappten* Sozialpatrioten und Opportunisten, die unter den Führern der sozialistischen Partei der Schweiz die Mehrheit bilden, in *versteckter* Form dieselbe Politik betrieben haben, müssen wir erklären, daß wir bei den revolutionären sozialistischen Arbeitern der Schweiz, die auf dem internationalistischen Standpunkt stehen, die wärmsten Sympathien gefunden und aus dem kameradschaftlichen Verkehr mit ihnen viel Nutzen für uns gezogen haben.

Wir haben zu jenen Fragen der schweizerischen Bewegung, deren Kenntnis eine langjährige Tätigkeit in der hiesigen Bewegung erfordert, stets mit besonderer Vorsicht Stellung genommen. Aber diejenigen unter uns – es waren ihrer kaum mehr als zehn bis fünfzehn –, die Mitglieder

der Schweizer sozialistischen Partei waren, haben es für ihre Pflicht gehalten, in den allgemeinen und grundsätzlichen Fragen der internationalen sozialistischen Bewegung unseren Standpunkt, den Standpunkt der „Zimmerwalder Linken“, konsequent zu vertreten und nicht nur entschieden gegen den Sozialpatriotismus zu kämpfen, sondern auch gegen die Richtung des sogenannten „Zentrums“, zu dem in der Schweiz R. Grimm, F. Schneider, Jacques Schmid u. a., in Deutschland Kautsky, Haase und die „Arbeitsgemeinschaft“\*, in Frankreich Longuet, Pressemane u. a., in England Snowden, Ramsay MacDonald u. a., in Italien Turati, Treves und ihre Freunde und in Rußland die obenerwähnte Partei des „Organisationskomitees“ (Axelrod, Martow, Tschcheidse, Skobelew und andere) gehören.

Wir haben solidarisch mit jenen revolutionären Sozialdemokraten der Schweiz zusammengearbeitet, die sich zum Teil um die Zeitschrift „Freie Jugend“<sup>129</sup> gruppierten; die (in deutscher und französischer Sprache) die Begründung des Referendums verfaßten und verbreiteten, worin die Einberufung eines Parteitags zum April 1917 über die Frage der Stellung zum Krieg gefordert wurde; die auf dem Züricher Kantonalparteitag in Töß die Resolution der Jungen und „Linken“ zur Militärfrage einbrachten<sup>130</sup>; die im März 1917 in deutscher und französischer Sprache das Flugblatt „Unsere Friedensbedingungen“ herausbrachten und es in einigen Gegenden der französischen Schweiz verbreiteten usw.

Wir senden diesen Genossen, mit denen wir als Gleichgesinnte Schulter an Schulter zusammengearbeitet haben, unsere brüderlichen Grüße.

Es unterlag und unterliegt für uns nicht dem geringsten Zweifel, daß die imperialistische Regierung Englands den russischen Internationalisten, den unversöhnlichen Gegnern der imperialistischen Regierung Gutschkow-Miljukow und Co., den unversöhnlichen Gegnern der Fortsetzung des imperialistischen Krieges von seiten Rußlands, um keinen Preis die Durchreise nach Rußland erlauben wird.

In diesem Zusammenhang müssen wir kurz darauf eingehen, wie wir die Aufgaben der russischen Revolution verstehen. Wir halten das für um so notwendiger, als wir uns durch Vermittlung der Schweizer Arbeiter an die deutschen, französischen und italienischen Arbeiter wenden können und müssen, die dieselben Sprachen sprechen wie die Bevölkerung der

\* „Arbeitsgemeinschaft“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Schweiz, welche bis heute die Wohltaten des Friedens und verhältnismäßig die größte politische Freiheit genießt.

Wir stehen unbedingt zu unserer Erklärung in Nr. 47 (13. Oktober 1915) des „Sozial-Demokrat“, dem Zentralorgan unserer Partei, das in Genf herausgegeben wurde. Wir sagten dort: Wenn in Rußland die Revolution siegt und eine *republikanische* Regierung an die Macht kommt, die den *imperialistischen* Krieg, einen Krieg im Bündnis mit der imperialistischen Bourgeoisie Englands und Frankreichs, einen Krieg für die Eroberung Konstantinopels, Armeniens, Galiziens usw. usf. fortsetzen will, dann werden wir entschiedene Gegner einer solchen Regierung sein, dann werden wir *gegen* die „Verteidigung des Vaterlandes“ in einem *solchen* Krieg sein.\*

Ungefähr dieser Fall ist eingetreten. Die neue Regierung Rußlands, die mit dem Bruder Nikolaus' II. über die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland verhandelt hat und in der die *Monarchisten* Lwow und Gutschkow die wichtigsten, die entscheidenden Posten innehaben, diese Regierung versucht die russischen Arbeiter mit der Losung zu betrügen: „Die Deutschen sollen Wilhelm stürzen.“ (Sehr richtig! Warum fügt man aber nicht hinzu, daß die Engländer, Italiener usf. ihre Könige und die Russen ihre Monarchisten Lwow und Gutschkow stürzen sollen??) Diese Regierung versucht durch eine solche Losung und dadurch, daß sie jene imperialistischen Raubverträge *nicht* veröffentlicht, die der Zarismus mit Frankreich, England usw. geschlossen und *die die Regierung Gutschkow-Miljukow-Kerenski bestätigt hat*, ihren *imperialistischen* Krieg gegen Deutschland für einen „Verteidigungskrieg“ auszugeben (d. h. für einen sogar vom Standpunkt des Proletariats gerechten und legitimen Krieg) und die Verteidigung der räuberischen, imperialistischen, annexionistischen Ziele des russischen, englischen usw. Kapitals als „Verteidigung“ der russischen Republik hinzustellen (die es in Rußland *noch* nicht gibt und deren Errichtung die Lwow und Gutschkow *nicht einmal versprochen* haben!).

Wenn die letzten telegrafischen Nachrichten stimmen, denen zufolge zwischen den offenen russischen Sozialpatrioten (vom Schlage der Plechanow, Sassulitsch, Potressow usw.) und der „zentristischen“ Partei, der Partei des „Organisationskomitees“, der Partei Tschcheidses, Skobelews

\* Siehe Werke, Bd. 21, S. 408—411. *Die Red.*

usw., eine gewisse Annäherung auf der Grundlage der Losung „Solange die Deutschen Wilhelm nicht gestürzt haben, ist unser Krieg ein Verteidigungskrieg“ stattgefunden hat – wenn das stimmt, dann werden wir den Kampf gegen die Partei Tschheidses, Skobelevs usw., die wir ihrer opportunistischen, unentschiedenen, schwankenden politischen Haltung wegen *auch früher* stets bekämpft haben, mit verdoppelter Energie führen.

Unsere Losung: Keinerlei Unterstützung für die Regierung Gutschkow-Miljukow! Wer sagt, im Interesse des Kampfes gegen die Wiederherstellung des Zarismus sei solch eine Unterstützung notwendig, der betrügt das Volk. Im Gegenteil: Gerade die Regierung Gutschkow *hat bereits* Verhandlungen über die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland *geführt*. Nur die Bewaffnung und Organisation des Proletariats können die Gutschkow und Co. an der *Wiederherstellung* der Monarchie in Rußland *hindern*. Nur das *treu zum Internationalismus stehende revolutionäre Proletariat Rußlands und ganz Europas* ist imstande, die Menschheit von den Schrecken des imperialistischen Krieges zu erlösen!

Wir verkennen nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, vor denen die revolutionäre, internationalistische Avantgarde des Proletariats Rußlands steht. In einer Zeit wie der gegenwärtigen sind die jähesten und raschesten Veränderungen möglich. In Nr. 47 des „Sozial-Demokrat“ haben wir unumwunden und klar auf die sich naturgemäß ergebende Frage geantwortet, was unsere Partei machen würde, wenn die Revolution sie *sofort* an die Macht brächte. Unsere Antwort lautete: 1. würden wir unverzüglich *allen* kriegführenden Völkern den Frieden vorschlagen; 2. würden wir unsere Friedensbedingungen bekanntgeben, die in der sofortigen Befreiung *aller* Kolonien und *aller* unterdrückten oder *nicht* vollberechtigten Völker bestehen; 3. würden wir sofort mit der Befreiung der von den Großrussen unterdrückten Völker beginnen und sie zu Ende führen; 4. geben wir uns keinen Augenblick einer Täuschung darüber hin, daß solche Bedingungen *unannehmbar* sein werden nicht nur für die monarchistische, sondern auch für die republikanische Bourgeoisie Deutschlands *und nicht* nur für Deutschland, sondern auch für die kapitalistischen Regierungen Englands und Frankreichs.

Wir würden gegen die deutsche und nicht allein gegen die deutsche Bourgeoisie einen revolutionären Krieg führen müssen. *Wir würden*

*ihn führen.* Wir sind keine Pazifisten. Wir sind Gegner der imperialistischen Kriege, die um die Teilung der Beute unter die Kapitalisten geführt werden, aber wir haben stets erklärt, daß es unsinnig wäre, wollte das revolutionäre Proletariat die revolutionären Kriege ablehnen, die sich *im Interesse des Sozialismus* als notwendig erweisen können.

Die Aufgabe, die wir in Nr. 47 des „Sozial-Demokrat“ umrissen haben, ist riesengroß. Sie kann nur durch eine lange Reihe großer Klassenschlachten zwischen Proletariat und Bourgeoisie gelöst werden. Aber nicht unsere Ungeduld, nicht unsere Wünsche, sondern die vom imperialistischen Krieg erzeugten *objektiven Bedingungen* haben die ganze Menschheit in eine Sackgasse geführt und sie vor das Dilemma gestellt: Entweder zulassen, daß weitere Millionen Menschen zugrunde gehen und die ganze europäische Kultur endgültig vernichtet wird, oder in *allen* zivilisierten Ländern die Macht dem revolutionären Proletariat übergeben, die sozialistische Umwälzung verwirklichen.

Dem russischen Proletariat ist die große Ehre zuteil geworden, die Reihe von Revolutionen, die der imperialistische Krieg mit objektiver Unvermeidlichkeit erzeugt, *zu beginnen*. Vollkommen fern liegt uns aber der Gedanke, das russische Proletariat für das auserwählte revolutionäre Proletariat unter den Arbeitern der anderen Länder zu halten. Wir wissen sehr gut, daß das Proletariat Rußlands *weniger* organisiert, geschult und klassenbewußt ist als die Arbeiter anderer Länder. Nicht besondere Eigenschaften, sondern lediglich die besonderen geschichtlichen Bedingungen haben das Proletariat Rußlands *für eine gewisse, vielleicht sehr kurze Zeit* zum Vorkämpfer des revolutionären Proletariats der ganzen Welt gemacht.

Rußland ist ein Bauernland, eines der rückständigsten europäischen Länder. Der Sozialismus *kann* in Rußland *nicht sofort* und *unmittelbar* siegen. Aber der bäuerliche Charakter des Landes *kann* angesichts des unangetastet gebliebenen riesigen Grundbesitzes der adligen Gutsherren – auf Grund der Erfahrungen von 1905 – der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland eine gewaltige Schwungkraft verleihen und aus unserer Revolution ein *Vorspiel* der sozialistischen Weltrevolution, eine *Stufe* zu dieser Revolution machen.

Im Kampf für diese Ideen, die sowohl durch die Erfahrungen von 1905 als auch durch das Frühjahr 1917 voll bestätigt wurden, ist unsere Partei

entstanden und ist sie unversöhnlich gegen alle anderen Parteien aufgetreten. Für diese Ideen werden wir auch in Zukunft kämpfen.

In Rußland kann der Sozialismus nicht unmittelbar und unverzüglich siegen. Aber die Masse der Bauern *kann* die unvermeidliche und dringend notwendig gewordene Agrarumwälzung bis zur *Konfiskation* des ganzen unermeßlichen Grundbesitzes der Gutsherren führen. Diese Losung haben wir stets vertreten, und sie ist jetzt in Petersburg sowohl vom Zentralkomitee unserer Partei als auch von der Zeitung unserer Partei, der „Prawda“, aufgestellt worden. Für *diese* Losung wird das Proletariat kämpfen, ohne dabei aus dem Auge zu lassen, daß es zwischen den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern und den ihnen nahestehenden armen Bauern einerseits *und* den durch die Stolypinsche Agrar„reform“ (1907–1914) stärker gewordenen *wohlhabenden Bauern* andererseits unvermeidlich zu erbitterten Klassenkonflikten kommen wird. Man darf nicht vergessen, daß 104 Bauernabgeordnete sowohl in der ersten Duma (1906) als auch in der zweiten Duma (1907) eine revolutionäre Agrarvorlage eingebracht hatten, die die Forderung enthielt, alle Ländereien zu nationalisieren und die Verfügungsgewalt über sie in die Hände völlig demokratisch gewählter örtlicher Komitees zu legen.

Eine solche Umwälzung wäre an und für sich noch keineswegs sozialistisch. Aber sie würde der internationalen Arbeiterbewegung einen ungeheuren Impuls geben. Sie würde die Positionen des sozialistischen Proletariats in Rußland und seinen Einfluß auf die Landarbeiter und die armen Bauern außerordentlich stärken. Diese Umwälzung würde dem städtischen Proletariat die Möglichkeit geben, gestützt auf diesen Einfluß, solche revolutionäre Organisationen wie die „Sowjets der Arbeiterdeputierten“ auszubauen, sie an die Stelle der alten Unterdrückungswerkzeuge der bürgerlichen Staaten – Armee, Polizei, Beamtenschaft – zu setzen und unter dem Druck des unerträglich schweren imperialistischen Krieges und seiner Folgen eine Reihe revolutionärer Maßnahmen zur *Kontrolle* der Produktion und der Verteilung der Produkte durchzuführen.

Das russische Proletariat kann die sozialistische Revolution nicht allein mit seinen eigenen Kräften *siegreich vollenden*. Es kann aber der russischen Revolution eine Schwungkraft verleihen, die die besten Voraussetzungen für die sozialistische Revolution schafft, sie gewissermaßen *beginnt*. Es kann seinem *wichtigsten*, seinem treuesten, seinem zuver-

lässigsten Bundesgenossen, dem *europäischen* und dem amerikanischen *sozialistischen* Proletariat die Bedingungen erleichtern, unter denen dieses seine entscheidenden Kämpfe aufnimmt.

Mögen die Kleingläubigen angesichts des zeitweiligen Sieges in Verzweiflung geraten, den im europäischen Sozialismus solche widerlichen Lakaien der imperialistischen Bourgeoisie errungen haben wie die Scheidemann, Legien, David und Co. in Deutschland, die Sembat, Guesde, Renaudel und Co. in Frankreich, die Fabier und die „Labouristen“<sup>131</sup> in England. Wir sind fest überzeugt, daß die Wellen der Revolution diesen *schmutzigen Schaum* von der internationalen Arbeiterbewegung rasch wegspülen werden.

In Deutschland *brodel*t es schon in der proletarischen Masse, die durch ihre beharrliche, hartnäckige und ausdauernde Organisationsarbeit in den langen Jahrzehnten der europäischen „Windstille“ von 1871 bis 1914 der Menschheit und dem Sozialismus so viel gegeben hat. Die Zukunft des deutschen Sozialismus repräsentieren nicht die Verräter Scheidemann, Legien, David und Co. und auch nicht die schwankenden, charakterlosen, in der Routine der „friedlichen“ Periode steckengebliebenen Politiker wie die Herren Haase, Kautsky und ihresgleichen.

Die Zukunft gehört jener Richtung, die einen Karl Liebknecht hervorgebracht hat, die die „Spartakusgruppe“ schuf und die ihre Ansichten in der Bremer „Arbeiterpolitik“<sup>132</sup> propagiert.

Die objektiven Bedingungen des imperialistischen Krieges bieten die Gewähr dafür, daß sich die Revolution nicht auf die *erste Etappe* der russischen Revolution, daß sie sich *nicht* auf Rußland beschränken wird.

*Das deutsche Proletariat ist der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen proletarischen Revolution.*

Als unsere Partei im November 1914 die Losung aufstellte: „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“, in den Krieg der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, für den Sozialismus, da wurde diese Losung von den Sozialpatrioten mit Feindseligkeit und boshaften Spötteleien und von den Sozialdemokraten des „Zentrums“ mit ungläubig skeptischem, charakterlos abwartendem Schweigen aufgenommen. Der deutsche Sozialchauvinist und Sozialimperialist David bezeichnete die Losung als „Wahnsinn“, und Herr Plechanow, der Vertreter des russischen

(und englisch-französischen) Sozialchauvinismus, des Sozialismus in Worten und Imperialismus in der Praxis, nannte sie ein „Mittelding zwischen Traum und Komödie“\*. Die Vertreter des Zentrums aber schwiegen sich aus oder beschränkten sich auf platte Witzeleien über diese „gerade Linie im luftleeren Raum“.

Jetzt, nach dem März 1917, sieht nur ein Blinder nicht, daß diese Lösung richtig ist. Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg *fängt an, Tatsache zu werden.*

Es lebe die *beginnende* proletarische Revolution in Europa!

Im Auftrag der abreisenden Genossen, der Mitglieder der (durch das Zentralkomitee vereinigten) Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die diesen Brief in einer Versammlung am 8. April (n. St.) 1917 billigten.

*N. Lenin*

*Geschrieben am 26. März (8. April) 1917.*

*Veröffentlicht am 1. Mai 1917 in der Zeitschrift „Jugend-Internationale“ Nr. 8.*

*Nach dem Manuskript.*

---

\* „Mittelding zwischen Traum und Komödie“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*



## **ANMERKUNGEN**



- <sup>1</sup> Gemeint ist die Schrift „Wer wird die politische Revolution vollbringen?“. Sie wurde in dem 1899 von der „Uraler sozialdemokratischen Gruppe“ herausgegebenen Sammelband „Der proletarische Kampf“ Nr. 1 veröffentlicht und im gleichen Jahr vom Kiewer Komitee nachgedruckt. Der auf dem Boden des „Ökonomismus“ stehende Verfasser dieser Schrift, A. A. Sanin, bestritt die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Partei der Arbeiterklasse und war der Ansicht, daß die politische Revolution in Rußland mittels des Generalstreiks, ohne bewaffneten Aufstand, vollzogen werden könne. <sup>1</sup>
- <sup>2</sup> Lenin meint die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR, die vom 27. Februar bis 4. März 1915 in Bern stattfand. In dem Referat „Der Krieg und die Aufgaben der Partei“ erläuterte Lenin auf dieser Konferenz die wichtigsten Fragen der Strategie und Taktik der bolschewistischen Partei während des imperialistischen Krieges.
- Bucharin, der auf der Konferenz seine Thesen vortrug, vertrat antimarxistische, parteifeindliche Auffassungen. Lenin kennzeichnete diese Auffassungen als Richtung des „imperialistischen Ökonomismus“.
- Die Konferenz nahm die von W. I. Lenin verfaßten Resolutionen an: „Über den Charakter des Krieges“, „Über die Losung der ‚Vaterlandsverteidigung‘“, „Die Losungen der revolutionären Sozialdemokratie“, „Die Stellung zu anderen Parteien und Gruppen“ und andere. (Siehe Werke, Bd. 21, S. 147–153.) <sup>1</sup>
- <sup>3</sup> Gemeint sind Pjatakow und Bosch. <sup>2</sup>
- <sup>4</sup> Gemeint ist der „Programmewurf des Revolutionär-sozialistischen Vereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands“, der in Nr. 3

des Bulletins der Internationalen Sozialistischen Kommission vom 29. Februar 1916 veröffentlicht wurde.

„*Internationale Sozialistische Kommission zu Bern. Bulletin*“ hieß das Organ der ISK, die auf der ersten sozialistischen Konferenz der Internationalisten — 5.—8. September 1915 in Zimmerwald — gegründet wurde. Das Bulletin wurde in Bern in deutscher, französischer und englischer Sprache herausgegeben. Insgesamt erschienen von September 1915 bis Januar 1917 sechs Nummern. 2

- 5 Der „*Sozial-Demokrat*“, das Zentralorgan der SDAPR, wurde als illegale Zeitung von Februar 1908 bis Januar 1917 herausgegeben. Es erschienen 58 Nummern: die erste in Rußland, die übrigen im Ausland, zunächst in Paris und später in Genf. Ab Dezember 1911 wurde der „*Sozial-Demokrat*“ von W. I. Lenin redigiert. Im „*Sozial-Demokrat*“ wurden über achtzig Artikel und Notizen W. I. Lenins veröffentlicht.

Nach Nummer 32, erschienen am 15. (28.) Dezember 1913, war die Herausgabe des „*Sozial-Demokrat*“ vorübergehend unterbrochen. Sofort nach seiner Ankunft in der Schweiz im September 1914 entfaltete W. I. Lenin eine umfangreiche Tätigkeit, um das Zentralorgan der Partei erneut herauszugeben. Am 1. November 1914 erschien die fällige Nummer 33 des „*Sozial-Demokrat*“ mit dem von Lenin verfaßten Manifest des ZK der SDAPR „*Der Krieg und die russische Sozialdemokratie*“. Trotz der Schwierigkeiten der Kriegszeit erschien der „*Sozial-Demokrat*“ regelmäßig. Lenin leitete die gesamte Arbeit bei der Herausgabe der Zeitung, er legte den Inhalt der einzelnen Nummern fest, redigierte die Materialien und befaßte sich mit den Fragen der Gestaltung und des Drucks der Zeitung. Die Verbreitung des „*Sozial-Demokrat*“ in Rußland und der Abdruck der wichtigsten Artikel in den lokalen bolschewistischen Zeitungen trugen zur politischen Aufklärung und zur Erziehung des russischen Proletariats zum Internationalismus, zur Vorbereitung der Massen auf die Revolution bei. Der „*Sozial-Demokrat*“ spielte eine große Rolle beim Zusammenschluß der internationalistischen Elemente der internationalen Sozialdemokratie. Über alle durch den Kriegszustand bedingten Hindernisse hinweg fand er Zugang in viele Länder.

1916 gab die Redaktion des „*Sozial-Demokrat*“ zwei Nummern des „*Sbornik Sozial-Demokrata*“ heraus, in denen u. a. Lenins Schriften „*Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen)*“, „*Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung*“ und „*Über die Losung der ‚Entwaffnung‘*“ veröffentlicht wurden. 2

- <sup>6</sup> „*Vorbote*“ — Zeitschrift, theoretisches Organ der Zimmerwalder Linken; wurde 1916 in deutscher Sprache in Bern herausgegeben. Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im Januar und Nr. 2 im April 1916.

In der Zeitschrift wurden Lenins Arbeiten „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ und „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen)“ veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 22, S. 107—119 und 144—159). 2

- <sup>7</sup> Die *Zimmerwalder Linke* wurde auf Initiative Lenins am Vorabend der ersten Internationalen Sozialistischen Konferenz, die vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald stattfand, auf einer Sonderberatung der linken Delegierten der Konferenz gebildet. 3

- <sup>8</sup> „*Prosweschtschenije*“ (Die Aufklärung) — bolschewistische theoretische legale Monatsschrift; erschien von Dezember 1911 bis Juni 1914 in Petersburg. Die Zeitschrift, die auf Anregung W. I. Lenins gegründet worden war, trat an die Stelle der von der zaristischen Regierung verbotenen Moskauer bolschewistischen Zeitschrift „*Mysl*“. Als Leiter des belletristischen Teils des „*Prosweschtschenije*“ gewann Lenin A. M. Gorki. Die Auflage der Zeitschrift betrug nahezu 5 000 Exemplare.

Lenin leitete die Zeitschrift zunächst von Paris, später von Krakau und dann von Poronin aus, redigierte Artikel und stand mit den Mitgliedern des Redaktionskollegiums in ständigem Briefwechsel. Sie veröffentlichte seine Arbeiten: „Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne“, „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, „Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit“, „Die Methoden des Kampfes der bürgerlichen Intellektuellen gegen die Arbeiter“ u. a.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg — im Juni 1914 — wurde die Zeitschrift von der zaristischen Regierung verboten. Im Herbst 1917 wurde das „*Prosweschtschenije*“ erneut herausgegeben; es erschien nur eine Doppelnummer, in der die Arbeiten Lenins „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ und „Zur Revision des Parteiprogramms“ veröffentlicht wurden. 5

- <sup>9</sup> Lenin meint das Programm der französischen Arbeiterpartei von 1880 und

die Programme der deutschen Sozialdemokratie: das Gothaer Programm von 1875 und das Erfurter Programm von 1891. 5

- <sup>10</sup> Es handelt sich um die Broschüre „Sozialismus und Krieg“. (Siehe Werke, Bd. 21, S. 295–341.) 8
- <sup>11</sup> Gemeint ist die Erklärung der Delegation der polnischen Sozialdemokraten in der ersten Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zimmerwald (1915). In der Erklärung wurde dagegen protestiert, daß die deutsche und die österreichische Regierung die polnischen Gebiete als eine eroberte Kolonie betrachten und dem polnischen Volk nicht die Möglichkeit geben, sein Schicksal selbst zu entscheiden. 10
- <sup>12</sup> Der Artikel ist eine Antwort auf den Artikel P. Kijewskis (J. Pjatakows) über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung. Das Manuskript trägt den Vermerk Lenins: „Kijewskis Artikel über die Selbstbestimmung und Lenins Antwort auf den Artikel“. Etwas später behandelte Lenin diese Frage in der umfangreichen Arbeit „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 18–71.) Das Manuskript trägt keine Überschrift. Diese stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. 11
- <sup>13</sup> Lenin meint die Beiträge der holländischen Sozialdemokratin Henriette Roland-Holst in der Zeitschrift der Schweizer Sozialdemokratischen Partei „Neues Leben“ vom Oktober-November und Dezember 1915, einen redaktionellen Artikel im Organ der „Jungen“ (der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen), der „Jugend-Internationale“ Nr. 3, März 1916, und die Erklärungen der skandinavischen Linken.  
 Lenin kritisierte die Losung der „Entwaffnung“ in den Artikeln „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ und „Über die Losung der ‚Entwaffnung‘“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 72–83 und 91–101.) 13
- <sup>14</sup> Es handelt sich um den Artikel P. Kijewskis (J. Pjatakows) über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, den Lenin in Nr. 3 des „Sbornik Sozial-Demokrata“ veröffentlichen wollte. In der gleichen Nummer des „Sbornik“ sollte Lenins Artikel „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“ erscheinen, der die opportunistische Position Pjatakows entlarvt. Der „Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 3 wurde jedoch nicht herausgebracht. 19
- <sup>15</sup> „Die Neue Zeit“ — theoretische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien. In der „Neuen

Zeit“ wurden erstmalig einige Arbeiten von Marx und Engels veröffentlicht. Engels half der Redaktion der Zeitschrift ständig und übte oft Kritik daran, daß sie Abweichungen vom Marxismus in der Zeitschrift zuließ. An der „Neuen Zeit“ arbeiteten hervorragende Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine marxistische Zeitschrift, ging „Die Neue Zeit“ mehr und mehr auf zentristische Positionen über. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914 bis 1918 bezog sie einen sozialpazifistischen Standpunkt und unterstützte faktisch die Sozialchauvinisten. 26

- <sup>16</sup> Zu Beginn des imperialistischen Weltkriegs (1914—1918) schlossen sich die deutschen Linken unter Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck u. a. zur Gruppe „*Internationale*“ zusammen. Diese Gruppe formierte sich auf ihrer Reichskonferenz im Januar 1916 als „Spartakusgruppe“ und nahm als Programm zur revolutionären Beendigung des Krieges die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht entworfenen „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ an. Die Spartakusgruppe, deren großes historisches Verdienst darin besteht, den Grundstein für die Kommunistische Partei Deutschlands gelegt zu haben, trieb unter den Massen revolutionäre Propaganda und organisierte Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg; sie entlarvte die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus und den Verrat der opportunistischen sozialdemokratischen Führer. Sie war die ideologisch führende Kraft unter den deutschen Linken. In wichtigen theoretischen und politischen Fragen waren die Spartakusanhänger jedoch nicht frei von ernststen Fehlern. Sie unterschätzten die Rolle der nationalen Frage im Imperialismus sowie die Bauernschaft als Verbündeten des Proletariats. Die Unklarheit der Spartakusgruppe über die Rolle einer selbständigen marxistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse äußerte sich darin, daß sie sich 1917 — wenn auch mit dem Vorbehalt, ihre politisch-ideologische Selbständigkeit zu wahren — der zentristischen USPD anschloß. Lenin hob die großen Verdienste der deutschen Linken im Kampf gegen den imperialistischen Krieg stets hervor, übte aber zugleich Kritik an ihren Fehlern, u. a. in seinen Schriften „Über die Junius-Broschüre“ (siehe Werke, Bd. 22, S. 310—325) und „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ (siehe den vorliegenden Band, S. 72—83). Die kameradschaftliche Kritik half der Spartakusgruppe, sich den Leninschen Anschauungen über den antimperialistischen Kampf zu nähern. Auf ihrer Reichskonferenz am 7. Oktober 1918 beschloß die Spartakusgruppe das Programm der herannahenden Revolution, in der sie sich zusammen mit anderen Linken als einzige ziel- und

- richtunggebende Kraft bewährte. Während der Novemberrevolution 1918 brach die Spartakusgruppe auch organisatorisch mit der USPD und gründete Ende Dezember desselben Jahres die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). 28
- <sup>17</sup> Der „*Sbornik Sozial-Demokrata*“ (Sammelband des „Sozial-Demokrat“) wurde von der Redaktion des Zentralorgans der SDAPR, der Zeitung „Sozial-Demokrat“, unter der unmittelbaren Leitung Lenins herausgegeben. Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im Oktober 1916 und Nr. 2 im Dezember 1916. 28
- <sup>18</sup> *W. Iljin* — W. I. Lenin. 30
- <sup>19</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 21, Berlin 1962, S. 167. 38
- <sup>20</sup> Siehe Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“)“, in Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 20, Berlin 1968, S. 39. 47
- <sup>21</sup> „*Fracy*“ (abgeleitet vom polnischen *frakcja* = Fraktion) nannte man die „*Prawica*“, den rechten Flügel der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der sich 1906, nach der Spaltung der PPS, als selbständige Organisation konstituierte.
- Die „*Prawica*“ mit Pilsudski an der Spitze betrieb eine nationalchauvinistische Politik; in der Folge konstituierte sie sich wieder als PPS. Als 1918 der polnische bürgerliche Staat entstand, wurde die PPS zur Regierungspartei. Sie betrieb eine antisowjetische Politik und unterstützte die Unterjochung der Völker der Westukraine und Westbelorußlands, die Polen angegliedert worden waren.
- Während des zweiten Weltkriegs spaltete sich die PPS in zwei Gruppen. Der reaktionäre, chauvinistische Teil der PPS kollaborierte mit den Faschisten. Der andere Teil, der sich „Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten“ nannte, kämpfte zusammen mit der Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) und parteilosen polnischen Patrioten für die Befreiung Polens von den faschistischen Unterdrückern und für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR. Im Dezember 1948 vereinigte sich diese Partei, die 1944 den alten Namen, Polnische Sozialistische Partei (PPS), wieder angenommen hatte, mit der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. 50
- <sup>22</sup> Es handelt sich um einen Brief, den Friedrich Engels am 12. September 1882 an Kautsky schrieb. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 35, Berlin 1967, S. 356–358.) Lenin zitiert diesen Brief in seinem Artikel „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“ (siehe *Werke*, Bd. 22,

- S. 359–360), der zuerst in Nr. 1 des „Sbornik Sozial-Demokrata“ im Oktober 1916 veröffentlicht wurde. 52
- <sup>23</sup> *Junius* — Pseudonym Rosa Luxemburgs. 56
- <sup>24</sup> OK (Organisationskomitee) — das leitende Zentrum der Menschewiki, das 1912 auf der Augustkonferenz der menschewistischen Liquidatoren, Trotzkisten und anderer parteifeindlicher Gruppen und Strömungen gebildet worden war. Es bestand bis zur Wahl des ZK der menschewistischen Partei im August 1917. 68
- <sup>25</sup> „*Golos*“ (Die Stimme) — menschewistische Tageszeitung, die von September 1914 bis Januar 1915 in Paris erschien. Die Zeitung vertrat einen zentristischen Standpunkt. 68
- <sup>26</sup> Der Artikel „*Das Militärprogramm der proletarischen Revolution*“ wurde im September 1916 in deutscher Sprache für die Presse der Schweizer, der schwedischen und der norwegischen linken Sozialdemokraten geschrieben, die während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 gegen den Punkt des sozialdemokratischen Programms „Volksbewaffnung“ auftraten und die falsche Losung der „Entwaffnung“ aufstellten.
- Im Dezember 1916 wurde der Artikel im „Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2 in umgearbeiteter Fassung, betitelt „Über die Losung der ‚Entwaffnung‘“, veröffentlicht. (Siehe den vorliegenden Band, S. 91–101.)
- Im April 1917 übergab Lenin kurz vor seiner Abreise nach Rußland den ersten, in deutscher Sprache geschriebenen Text des Artikels der Redaktion der „Jugend-Internationale“. Der Artikel wurde 1917 in den Nummern 9 und 10 dieser Zeitschrift veröffentlicht.
- „*Jugend-Internationale*“ — Organ der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen, die sich der Zimmerwalder Linken angeschlossen hatte. Die Zeitschrift erschien von September 1915 bis Mai 1918 in Zürich. Eine Einschätzung der „Jugend-Internationale“ findet sich in der Notiz „Jugend-Internationale“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 163–167.)
- 72
- <sup>27</sup> Gemeint sind die Thesen zur Militärfrage, die R. Grimm, einer der Führer der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, im Sommer 1916 im Zusammenhang mit der Vorbereitung zu dem außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ausgearbeitet hatte. Der Parteitag war ursprünglich für Februar 1917 angesetzt und sollte über die Stellung der Schweizer Sozialisten zum Krieg entscheiden. 72
- <sup>28</sup> „*Neues Leben*“ — Monatsschrift, Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz; erschien in Bern von Januar 1915 bis Dezember 1917. Die

Zeitschrift vertrat die Ansichten der rechten Zimmerwalder; Anfang 1917 bezog sie eine sozialchauvinistische Position. 72

<sup>29</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 358. 74

<sup>30</sup> Gemeint sind die internationalen sozialistischen Konferenzen der Internationalisten in Zimmerwald und Kienthal (Schweiz).

Die *erste Internationale Sozialistische Konferenz* fand in Zimmerwald vom 5. bis 8. September 1915 statt. Auf der Konferenz entbrannte ein scharfer Kampf zwischen den revolutionären Internationalisten mit Lenin an der Spitze und der zentristisch beeinflussten Mehrheit.

Die Konferenz nahm ein Manifest an, das den Weltkrieg als imperialistischen Krieg charakterisierte; sie verurteilte die Haltung der „Sozialisten“, die für die Kriegskredite gestimmt hatten und sich an bürgerlichen Regierungen beteiligten; sie forderte die Arbeiter Europas auf zum Kampf gegen den Krieg, für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

Die Konferenz nahm ferner eine Sympathieerklärung für die Opfer des Krieges an und wählte die Internationale Sozialistische Kommission (ISK). Das wichtigste Resultat der Konferenz war die Bildung der Zimmerwalder Linken. Sie leistete eine immense Arbeit, um die internationalistischen Kräfte in den Ländern Europas und Amerikas zu organisieren.

Über die Bedeutung der Zimmerwalder Konferenz siehe die Artikel Lenins „Ein erster Schritt“ und „Die revolutionären Marxisten auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz vom 5.–8. September 1915“. (Siehe Werke, Bd. 21, S. 389–395 und 396–400.)

Die *zweite Internationale Sozialistische Konferenz* tagte vom 24. bis 30. April 1916 in Kienthal. In dieser Konferenz war der linke Flügel geschlossen und stärker als auf der Konferenz in Zimmerwald. Lenin erreichte die Annahme einer Resolution, die Kritik am Sozialpazifismus und an der opportunistischen Tätigkeit des Internationalen Sozialistischen Büros übte. Das Manifest und die Resolutionen, die in Kienthal angenommen wurden, bedeuteten einen Fortschritt in der Entwicklung der internationalen Bewegung gegen den Krieg.

Lenin bezeichnete die Konferenz als einen Schritt vorwärts. Die Kienthaler Konferenz trug zur Herausschälung der internationalistischen Kräfte und zu ihrem Zusammenschluß auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus bei. Die Zimmerwalder Linke wurde zur tragenden Kraft bei der Gründung der III., Kommunistischen Internationale. 79

<sup>31</sup> Die „*Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft*“ bestand aus Reichstags-

abgeordneten, die im März 1916 aus der offiziellen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen Verweigerung des Etats ausgeschlossen worden waren. Sie nahm in allen grundlegenden Fragen des Krieges eine zentristische Position ein. Die Gruppe wurde zum Kern der 1917 gegründeten zentristischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 79

- <sup>32</sup> Die *Unabhängige Arbeiterpartei* (ILP — Independent Labour Party) wurde 1893 gegründet. An der Spitze der Partei standen James Keir Hardie, R. MacDonald und andere. Sie erhob Anspruch auf politische Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien, war jedoch in Wirklichkeit, wie Lenin sich ausdrückte, „unabhängig“ nur vom Sozialismus, aber vom Liberalismus sehr abhängig“. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 trat die Unabhängige Arbeiterpartei zunächst mit einem Manifest gegen den Krieg hervor (13. August 1914), später hingegen, in der Londoner Konferenz der Sozialisten der Ententeländer im Februar 1915, stimmten die Unabhängigen der in dieser Konferenz angenommenen sozialchauvinistischen Resolution zu. Seitdem standen die sich mit pazifistischen Phrasen tarnenden Führer der Unabhängigen auf den Positionen des Sozialchauvinismus. Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919 beschlossen die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei unter dem Druck der nach links geschwenkten Massen der Parteimitglieder den Austritt aus der II. Internationale. 1921 traten die Unabhängigen der sogenannten zweieinhalbten Internationale bei und schlossen sich nach deren Zerfall von neuem der II. Internationale an. 79
- <sup>33</sup> Die *Kriegsindustriekomitees* wurden 1915 in Rußland von der imperialistischen Großbourgeoisie gebildet. Die Bourgeoisie, der es darum zu tun war, die Arbeiter zu beeinflussen und ihnen die Vaterlandsverteidigung schmackhaft zu machen, kam auf die Idee, bei diesen Komitees „Arbeitergruppen“ zu bilden. Für die Bourgeoisie war es von Vorteil, für diese Gruppen solche Vertreter der Arbeiter zu gewinnen, die unter der Arbeiterschaft für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den Rüstungsbetrieben agitieren würden. Die Menschewiki beteiligten sich aktiv an diesem von der Bourgeoisie ins Leben gerufenen pseudopatriotischen Unternehmen. Die Bolschewiki erklärten den Kriegsindustriekomitees den Boykott und führten ihn mit Unterstützung der Mehrheit der Arbeiter erfolgreich durch. 79
- <sup>34</sup> *Basler Manifest* — das Manifest über den Krieg, das auf dem außerordentlichen Kongreß der II. Internationale, der am 24. und 25. November 1912 in Basel stattfand, einstimmig angenommen wurde. Das Manifest verwies

auf die räuberischen Ziele des drohenden imperialistischen Krieges und rief die Sozialisten aller Länder auf, einen energischen Kampf gegen den Krieg zu führen. Es übernahm aus der Resolution des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale von 1907 den von W. I. Lenin und Rosa Luxemburg stammenden Hauptgedanken, daß die Sozialisten für den Fall des Ausbruchs eines imperialistischen Krieges die ökonomische und politische Krise, die durch den Krieg hervorgerufen werden würde, für den Kampf um die sozialistische Revolution ausnützen müßten.

Die Führer der II. Internationale, Kautsky, Vandervelde u. a., die für das Manifest gestimmt hatten, gaben das Basler Manifest, als 1914 der Weltkrieg ausbrach, der Vergessenheit preis und stellten sich auf die Seite ihrer imperialistischen Regierungen. 79

- <sup>35</sup> „*La Sentinelle*“ (Die Schildwache) — Organ der sozialdemokratischen Organisation des Kantons Neuchâtel (französische Schweiz); erscheint seit 1890 in La Chaux-de-Fonds. Von 1906 bis 1910 wurde sie nicht herausgegeben. In den Jahren des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 stand die Zeitung auf der Seite der Internationalisten. Am 13. November 1914 veröffentlichte sie in Nr. 265 eine kurze Darlegung des Manifests des ZK der SDAPR „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“. (Siehe Werke, Bd. 21, S. 11—21.)

„*Volksrecht*“ — Tageszeitung; offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Kantons Zürich; erscheint seit 1898 in Zürich. Im imperialistischen Weltkrieg 1914—1918 veröffentlichte die Zeitung Artikel der linken Zimmerwalder und u. a. Lenins Artikel „Zwölf kurze Thesen über H. Greulichs Verteidigung der Landesverteidigung“, „Über die Aufgaben der SDAPR in der russischen Revolution“, „Die Machenschaften der republikanischen Chauvinisten“.

„*Berner Tagwacht*“ — Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das 1892 in Bern gegründet wurde. Von 1909 bis 1918 wurde sie von Robert Grimm redigiert. Zu Beginn des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 wurden in der Zeitung Artikel von Karl Liebknecht, Franz Mehring und anderen linken Sozialdemokraten veröffentlicht. Ab 1917 begann die Zeitung offen die Sozialchauvinisten zu unterstützen. 82

- <sup>36</sup> Gemeint ist der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in Aarau, der am 20. und 21. November 1915 stattfand. Einen zentralen Platz in der Tagesordnung des Parteitags nahm die Stellung der Schweizer Sozialdemokratie zu der Zimmerwalder Vereinigung der Internationalisten ein. Um diese Frage entspann sich ein Kampf der drei Richtungen in der Schwei-

zer Sozialdemokratie: 1. der Antizimmerwalder (Greulich, Pflüger u. a.), 2. der Anhänger der Zimmerwalder Rechten (Grimm u. a.) und 3. der Anhänger der Zimmerwalder Linken (Platten u. a.).

R. Grimm brachte eine Resolution ein, in der die Sozialdemokratische Partei der Schweiz aufgefordert wurde, sich der Zimmerwalder Vereinigung anzuschließen und die politische Linie der rechten Zimmerwalder zu billigen. Die Schweizer linken Sozialdemokraten brachten zu Grimms Resolution einen Abänderungsantrag ein, in welchem die Entfaltung eines revolutionären Massenkampfes gegen den Krieg als notwendig erkannt und erklärt wurde, daß nur die siegreiche Revolution des Proletariats dem imperialistischen Krieg ein Ende bereiten kann.

Mit Stimmenmehrheit nahm der Parteitag den Abänderungsantrag der Linken an. 82

<sup>37</sup> Gemeint ist das „*Bjulleten Saganitschnowo Komiteta Bunda*“ (Bulletin des Auslandskomitees des „Bund“), es wurde 1916 in Genf herausgegeben und war sozialchauvinistisch orientiert. Es erschienen zwei Nummern des Bulletins. 84 168 172

<sup>38</sup> Die *Italienische Sozialistische Partei* wurde 1892 als „Partei der italienischen Arbeiter“ gegründet; auf dem Parteitag in Reggio Emilia im Jahre 1893 nahm sie den Namen „Italienische Sozialistische Partei“ an. In der ersten Hälfte des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 nahm die Italienische Sozialistische Partei eine inkonsequente internationalistische Haltung ein. Sie beteiligte sich an den internationalen sozialistischen Konferenzen in Zimmerwald (September 1915) und Kienthal (April 1916) und schloß sich der zentristischen Mehrheit an. Ende 1916 wandte sich die Italienische Sozialistische Partei unter dem Einfluß des reformistischen Flügels dem Sozialpazifismus zu.

Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland verstärkte sich der linke Flügel in der Italienischen Sozialistischen Partei. Der Parteitag in Bologna (Oktober 1919) sprach sich dafür aus, einen Punkt über den Kampf für die Diktatur des Proletariats und für den Anschluß an die Kommunistische Internationale in das Programm aufzunehmen, entfernte aber nicht die Opportunisten aus den Reihen der Partei.

Im Januar 1921, auf dem Parteitag in Livorno, brachen die Linken mit der Sozialistischen Partei, organisierten einen eigenen Parteitag und gründeten die Kommunistische Partei Italiens. 86

<sup>39</sup> „*Avanti!*“ (Vorwärts!) — Tageszeitung, Zentralorgan der Italienischen Sozialistischen Partei; gegründet im Dezember 1896. Während des imperia-

listischen Weltkriegs 1914—1918 vertrat die Zeitung einen inkonsequenten internationalistischen Standpunkt; sie brach nicht mit den Reformisten. Die Zeitung erscheint noch heute. 87

- <sup>40</sup> „*Internationale Sozialisten Deutschlands*“ — eine Gruppe deutscher linker Sozialdemokraten, die sich während des imperialistischen Weltkriegs um die seit 1913 von Julian Borchardt herausgegebene Zeitschrift „Lichtstrahlen“ zusammenschloß. Zusammen mit der führenden Gruppe „Internationale“ bildeten die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ und andere die revolutionäre Opposition in der deutschen Sozialdemokratie. Die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ traten offen gegen den Krieg auf. Auf der Zimmerwalder Konferenz unterzeichnete der Vertreter der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“, Julian Borchardt, den Resolutionsentwurf der Zimmerwalder Linken. Die Gruppe hatte nicht genügend Verbindung mit den Massen und zerfiel bald wieder. 88
- <sup>41</sup> „*Vorwärts*“ — Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; wurde seit dem 1. Oktober 1876 in Leipzig herausgegeben, dann durch das Sozialistengesetz verboten; erschien 1890—1933 (aus dem 1884 gegründeten „Berliner Volksblatt“ neu hervorgegangen) in Berlin. Zu seinen Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revisionistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion („Vorwärts“-Konflikt) entfernt wurden. Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts“ zu. Während des imperialistischen Krieges 1914—1918 vertrat der „Vorwärts“ zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt. Im Oktober 1916 wurde unter Bruch der Statuten die Redaktion durch Sozialchauvinisten ersetzt, und der „Vorwärts“ wurde zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus; nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde er zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. 89
- <sup>42</sup> Die *Konferenz der Entente-Sozialisten* wurde auf Initiative der französischen Sozialchauvinisten (Thomas, Renaudel und Sembat) einberufen. Auf Lenins Vorschlag hin faßte das ZK der SDAPR eine Erklärung ab, die die verräterischen Ziele der Sozialchauvinisten aufdeckte und die Internationalisten aufforderte, die Teilnahme an dieser Konferenz abzulehnen. Die Erklärung des ZK der SDAPR wurde im Dezember 1916 in Nr. 2 des „Sbornik Sozial-Demokrata“ veröffentlicht. Die Konferenz wurde vertagt und fand erst am 28. August 1917 in London statt. 89

<sup>43</sup> Es handelt sich um die *Londoner Konferenz der Sozialisten der „Tripelente“-Länder* am 14. Februar 1915. An dieser Konferenz nahmen Vertreter der Sozialchauvinisten und pazifistischer Gruppen aus den sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Belgiens teil; aus Rußland beteiligten sich Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Obgleich die Bolschewiki nicht eingeladen waren, nahm Litwinow (Maximowitsch) im Auftrag W. I. Lenins an der Konferenz teil, um eine Deklaration des ZK der SDAPR, der ein von Lenin verfaßter Entwurf zugrunde lag, zu verlesen. Die Deklaration forderte den Austritt der Sozialisten aus den bürgerlichen Regierungen, den völligen Bruch mit den Imperialisten, den Verzicht auf die Zusammenarbeit mit ihnen, einen entschiedenen Kampf gegen die eignen imperialistischen Regierungen und eine Verurteilung der Abstimmung für die Kriegskredite. Litwinow wurde während der Verlesung der Deklaration unterbrochen, man entzog ihm das Wort, und er verließ die Konferenz, nachdem er dem Präsidium den Text der Deklaration übergeben hatte.

Siehe die Artikel Lenins „Über die Londoner Konferenz“ und „Aus Anlaß der Londoner Konferenz“ (Werke, Bd. 21, S. 120–122 und 168–170).

89

<sup>44</sup> Es handelt sich um die Artikel von K. Kilbom „Die schwedische Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ und A. Hansen „Einige Momente der norwegischen Arbeiterbewegung der Gegenwart“, veröffentlicht im „Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2 (Dezember 1916). 91

<sup>45</sup> „*The Socialist Review*“ — Monatsschrift, Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands; erschien in London von 1908 bis 1934. 101

<sup>46</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 359. 104

<sup>47</sup> „*Kommunist*“ — Zeitschrift, die auf Lenins Anregung hin 1915 von der Redaktion der Zeitung „Sozial-Demokrat“ zusammen mit G. L. Pjatakow und J. B. Bosch in Genf herausgebracht wurde. Zur Redaktion der Zeitschrift gehörte auch N. I. Bucharin. Es erschien eine Nummer (Doppelnummer) mit drei Artikeln von Lenin: „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, „Die ehrliche Stimme eines französischen Sozialisten“ und „Imperialismus und Sozialismus in Italien“. (Siehe Werke, Bd. 21, S. 197–256, 352–360 und 361–371.)

Lenin beabsichtigte, den „Kommunist“ zu einem internationalen Organ der linken Sozialdemokraten zu machen. Doch bald traten ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen der Redaktion des „Sozial-Demokrat“

- und Bucharin, Pjatakow und Bosch zutage, die sich nach Erscheinen von Nummer 1/2 der Zeitschrift zuspitzten. Angesichts der parteifeindlichen Haltung dieser Gruppe erklärte die Redaktion des „Sozial-Demokrat“ auf Vorschlag Lenins, daß sie eine weitere Herausgabe der Zeitschrift für unmöglich halte. Ab Oktober 1916 gab die Redaktion des „Sozial-Demokrat“ ihren „Sbornik Sozial-Demokrata“ heraus. 105
- 48 „*Iswestija Saganitschnowo Sekretariata OK RSDRP*“ (Nachrichten des Auslandssekretariats des Organisationskomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) — menschowistische Zeitung, die von Februar 1915 bis März 1917 in Genf herausgegeben wurde. Es erschienen zehn Nummern. Die Zeitung vertrat einen zentristischen Standpunkt. 107 175
- 49 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 358. 109
- 50 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 33, Berlin 1966, S. 524 und 635. 109
- 51 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 20. 109
- 52 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 357. 109
- 53 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 321. 110
- 54 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 394/395, und „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1906, S. 359, 368. 110
- 55 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1962, S. 637—650. 110
- 56 *Fraktion Tschcheidse* — menschowistische Fraktion der IV. Reichsduma. 116
- 57 „*Nasche Delo*“ (Unsere Sache) — Monatsschrift der menschowistischen Liquidatoren, die ab Januar 1915 an Stelle der im Oktober 1914 verbotenen Zeitschrift „*Nascha Sarja*“ in Petrograd erschien. „*Nasche Delo*“ war das Hauptorgan der Sozialchauvinisten in Rußland.  
„*Golos Truda*“ (Die Stimme der Arbeit) — legale menschowistische Zeitung, die 1916 in Samara herausgegeben wurde. 116
- 58 Das „*Komitee zur Wiederherstellung der internationalen Verbindungen*“ wurde von französischen Internationalisten im Januar 1916 gegründet. Ihm gehörten Merrheim, Bourderon u. a. an. Das Komitee konzentrierte sich auf die Propaganda gegen den imperialistischen Krieg und gab eine Reihe Broschüren und Flugblätter heraus, in denen die räuberischen Ziele der Imperialisten und der Verrat der Sozialchauvinisten entlarvt wurden. Das Komitee hielt jedoch einen entschiedenen Bruch mit den Opportunisten nicht

für notwendig und entwickelte kein klares, konsequentes Programm für die Entfaltung des revolutionären Kampfes. Ungeachtet dieser Inkonsequenz vertrat Lenin die Meinung, daß das Komitee für den Zusammenschluß der internationalistischen Kräfte Frankreichs und für die Verstärkung des Einflusses der linken Zimmerwalder wirksam werden könnte. Auf Lenins Vorschlag hin nahm I. F. Armand an der Arbeit des Komitees teil.

Unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und des Anwachsens der französischen Arbeiterbewegung wurde das Komitee zum Sammelpunkt der revolutionären, internationalistischen Elemente. 1920 trat das Komitee der Kommunistischen Partei Frankreichs bei.  
120

- <sup>59</sup> Gemeint ist das Attentat auf den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh, der von Friedrich Adler, einem führenden österreichischen Sozialdemokraten, erschossen wurde. 120
- <sup>60</sup> Gemeint ist das Internationale Sozialistische Büro, das ausführende Organ der II. Internationale; es wurde auf Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 gegründet. Im imperialistischen Weltkrieg 1914—1918 bezog das ISB eine sozialchauvinistische Position, gruppierte die opportunistischen Elemente der sozialistischen Parteien um sich und versuchte auf dem Wege einer „gegenseitigen Amnestie“ der Sozialisten der verschiedenen Länder, die II. Internationale wiederzuerrichten. 132
- <sup>61</sup> „Volksstimme“ — im Januar 1891 gegründete Tageszeitung, die in Chemnitz bis Februar 1933 erschien. 132
- <sup>62</sup> Die Thesen „Die Aufgaben der Linksradikalen (oder der linken Zimmerwaldisten) in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“ wurden in russischer und in deutscher Sprache geschrieben, von Inès Armand ins Französische übersetzt und den Schweizer linken Sozialdemokraten zur Erörterung übersandt. 135
- <sup>63</sup> Diese Äußerung stammt aus einem Brief, den Karl Liebknecht am 2. Oktober 1914 an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtete. Lenin zitiert den Brief im „Rohentwurf der Thesen für einen offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und an alle sozialistischen Parteien“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 220.) 135
- <sup>64</sup> Egli und de Loys — hohe Schweizer Offiziere. Während des ersten Weltkriegs betrieb Egli, damals stellvertretender Generalstabschef, Spionage für die Staaten des Dreibunds; de Loys forderte in der Presse den Eintritt der Schweiz in den Krieg. Obwohl die Presse und die Parlamentsfraktion der Schweizer Sozialdemokratie die Forderung erhoben, Egli vor Gericht zu stellen und de Loys aus dem Heeresdienst zu entlassen, erhielten beide

- auf Betreiben der imperialistischen Bourgeoisie und der Schweizer Militärligue lediglich eine Disziplinarstrafe. 136
- <sup>65</sup> *Oltener Beschluß* — Beschluß über die Militärfrage, wurde auf dem außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der in Olten am 10. und 11. Februar 1906 stattfand, angenommen. 143
- <sup>66</sup> *Grütli-Verein* — eine 1838 in der Schweiz zur Aufklärung der Arbeiter und Handwerker gegründete kleinbürgerlich-reformistische Organisation. 1901 trat der Grütli-Verein der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bei, behielt jedoch seine organisatorische Selbständigkeit sowie sein Presseorgan, die Zeitung „Grütliener“. Während des ersten Weltkriegs bezog der Grütli-Verein eine extrem chauvinistische Position und war die Stütze der Sozialchauvinisten. Der Züricher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der im November 1916 stattfand, nahm einen Beschluß an, in dem die sozialchauvinistische Tätigkeit des Grütli-Vereins für unvereinbar mit dem Verbleiben in der Sozialdemokratischen Partei erklärt wurde. 145
- <sup>67</sup> Diese Thesen schrieb Lenin für die Schweizer linken Sozialdemokraten während der Vorbereitung zum außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Der Parteitag sollte über die Stellung der Sozialisten zum Krieg entscheiden und war für Februar 1917 angesetzt worden. Über den Parteitag siehe: „Offener Brief an Charles Naine, Mitglied der Internationalen Sozialistischen Kommission in Bern“ und „Geschichte einer kleinen Periode einer sozialistischen Partei“. (Vorliegender Band, S. 226—235 und 297—300.) 148
- <sup>68</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 328. 153
- <sup>69</sup> „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ — 1902 in Bern gegründete Wochenzeitung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes; stand während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 auf sozialchauvinistischem Boden. 154/155
- <sup>70</sup> *Fabier* — Mitglieder der „Gesellschaft der Fabier“, einer reformistischen Organisation, die 1884 in England gegründet wurde. Die Gesellschaft nannte sich nach dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator („der Zauderer“), bekannt durch seine abwartende Taktik und sein Ausweichen vor Entscheidungsschlachten. Die Mitglieder der Gesellschaft der Fabier waren vorwiegend Vertreter der bürgerlichen Intelligenz: Wissenschaftler, Schriftsteller, Politiker. Sie leugneten die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution und predigten den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mittels kleiner

Reformen. Im imperialistischen Weltkrieg 1914—1918 waren die Fabier Sozialchauvinisten. Eine Charakteristik der Fabier findet sich in Lenins Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“ (Werke, Bd. 12, S. 368/369), im „Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution“ (Werke, Bd. 15, S. 171) und in „Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie“ (Werke, Bd. 21, S. 258). 163

<sup>71</sup> *Arbeiterpartei (Labour Party)* — Vereinigung von Trade-Unions, sozialistischen Organisationen und Gruppen, die 1900 mit dem Ziel gegründet wurde, Arbeitervvertreter in das Parlament zu bringen. Die Vereinigung nannte sich zunächst „Komitee für Arbeitervvertretung“ und nahm 1906 den Namen Labour Party an. Obwohl sie ursprünglich ihrer Zusammensetzung nach eine Arbeiterpartei darstellte (später traten ihr viele kleinbürgerliche Elemente bei), war sie ihrer Ideologie und Taktik nach eine opportunistische Organisation, und ihre Politik war die der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 bezogen die Führer der Labour Party eine sozialchauvinistische Position. 163

<sup>72</sup> *Nota-bene* — Pseudonym Bucharins. 165

<sup>73</sup> Ende 1916 und Anfang 1917 beschäftigte sich Lenin besonders intensiv mit der Frage des Staates. Er studierte zahlreiche Arbeiten von Marx und Engels sowie andere Materialien zu dieser Frage. Auszüge daraus und seine Bemerkungen und Schlußfolgerungen schrieb er in ein Heft mit der Aufschrift „Marxismus und Staat“. Er entwarf den Plan für einen Artikel über das Verhältnis des Marxismus zum Staat. Der Artikel war für Nummer 4 des „Sbornik Sozial-Demokrata“ vorgesehen. Da es an Mitteln fehlte, mußte die Herausgabe des „Sbornik“ eingestellt werden; der Artikel wurde nicht geschrieben. Die Materialien des Hefts „Marxismus und Staat“ (siehe Einzelausgabe, Berlin 1960) wurden von Lenin für sein im Sommer 1917 geschriebenes Werk „Staat und Revolution“ benutzt. (Siehe Werke, Bd. 25, S. 393—507.) 166

<sup>74</sup> *„Nasche Slowo“* (Unser Wort) — menschwistische Tageszeitung; erschien in Paris von Januar 1915 bis September 1916 unter engster Mitarbeit Trotzki's. Sie löste die Zeitung „Golos“ ab. 172

<sup>75</sup> *„Initiativgruppen“* — mit der Gründung solcher Gruppen begannen Ende 1910 die menschwistischen Liquidatoren; sie betrachteten sie als Zellen einer neuen umfassenden legalen Partei, die sich dem Stolypinschen Regime

- anzupassen hat. Es gelang den Liquidatoren, in Petersburg, Moskau, Jekaterinoslaw und Konstantinowka (Donbass) „Initiativgruppen“ zu bilden. Es waren kleine Intellektuellengruppen, die keine Verbindung mit den Arbeitermassen hatten. Während des imperialistischen Weltkriegs bezogen die Initiativgruppen eine sozialchauvinistische Position. 173
- <sup>76</sup> *Orthodox* — Pseudonym der Menschewikin L. I. Axelrod. 173
- <sup>77</sup> „*Delo*“ (Die Tat) — menschowistische Halbmonatsschrift, die 1916 und 1917 in Moskau erschien. Die Zeitung nahm eine chauvinistische Position ein. 174
- <sup>78</sup> „*Diskussionny Listok*“ (Diskussionsblatt) — Beilage des „Sozial-Demokrat“, des Zentralorgans der SDAPR; wurde auf Beschluß des Januarplenums des ZK der SDAPR (im Jahre 1910) vom 6. (19.) März 1910 bis 29. April (12. Mai) 1911 in Paris herausgegeben. Es erschienen drei Nummern. 174
- <sup>79</sup> „*Golos*“ (Die Stimme) — sozialchauvinistisch eingestellte menschowistische Zeitung; wurde 1916 in Samara herausgegeben. Es erschienen vier Nummern. Die Zeitung war eine Nachfolgerin der menschowistischen Zeitungen „*Nasch Golos*“ (Unsere Stimme) und „*Golos Truda*“ (Die Stimme der Arbeit), die ebenfalls in Samara erschienen. 175
- <sup>80</sup> Den Artikel „*Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus*“ schrieb Lenin für die Zeitung „*Nowy Mir*“ (Neue Welt), die in New York von russischen sozialistischen Emigranten herausgegeben wurde. Der Artikel wurde jedoch in dieser Zeitung nicht veröffentlicht. Die ersten zwei Kapitel des Artikels erschienen in umgearbeiteter Form in der letzten Nummer (Nr. 58) der Zeitung „Sozial-Demokrat“ unter der Überschrift „Eine Wendung in der Weltpolitik“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 274–283.) 177
- <sup>81</sup> *Confédération Générale du Travail* (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) — Vereinigung der französischen Gewerkschaften; entstand 1895. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 gingen die Führer des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes auf die Seite der Imperialisten über und propagierten die Zusammenarbeit der Klassen und die „Vaterlandsverteidigung“. 189
- <sup>82</sup> Die *französische Sozialistische Partei* (offizieller Name: Section Française de l'Internationale Ouvrière — Französische Sektion der Arbeiterinternationale) wurde 1905 durch die Verschmelzung der 1901 gegründeten Sozialistischen Partei Frankreichs und der 1902 gegründeten Französischen Sozialistischen Partei ins Leben gerufen. Der vereinigten Partei gehörten Vertreter aller sozialistischen Parteien und Gruppen (Guesdisten, Blanquisten,

- Jaurèsisten u. a.) an. Die Führung in der Sozialistischen Partei übernahmen die reformistischen Sozialisten (mit Jaurès an der Spitze), die sich in der Mehrheit befanden. Während des ersten Weltkriegs bezog die Partei einen sozialchauvinistischen Standpunkt; ihre Parlamentsfraktion stimmte für die Kriegskredite, und Vertreter der Partei beteiligten sich an der bürgerlichen Regierung. Auf dem Parteitag in Tours (25.—30. Dezember 1920) spaltete sich die Sozialistische Partei: während die Mehrheit die Kommunistische Partei Frankreichs gründete, verließ die rechtsoportunistische Minderheit, mit Léon Blum an der Spitze, den Parteitag und schuf eine selbständige Partei, die den alten Namen Sozialistische Partei annahm. 189
- <sup>83</sup> „*La Bataille*“ (Die Schlacht) — Zeitung der französischen Anarchosyndikalistischen, die in Paris im November 1915 zu erscheinen begann. Im imperialistischen Weltkrieg 1914—1918 war sie ein chauvinistisches Organ. 192
- <sup>84</sup> Dieser Artikel ist die Antwort W. I. Lenins auf einen offenen Brief des französischen Zentristen Boris Souvarine, der am 10. Dezember 1916 in der Zeitung „*Le Populaire du Centre*“ unter der Überschrift „*A nos amis qui sont en Suisse*“ („An unsere Freunde in der Schweiz“) veröffentlicht war. Lenins Antwort wurde an Souvarine geschickt, der sie im Januar 1918, mit einem eigenen Vorwort versehen, der Redaktion der sozialistischen Zeitung „*La Vérité*“ zur Veröffentlichung übergab. Sie wurde für Nr. 45 der Zeitung vom 24. Januar gesetzt, jedoch von der Zensur zurückgehalten. Drei Tage später, am 27. Januar, erschien der „Offene Brief an Boris Souvarine“ stark gekürzt und mit redaktionellen Untertiteln versehen in Nr. 48 der Zeitung „*La Vérité*“. Der vollständige Wortlaut des Briefes W. I. Lenins ist in Form von Korrekturabzügen dieser Zeitung erhalten geblieben. 199
- <sup>85</sup> „*l'Humanité*“ — Tageszeitung, 1904 von J. Jaurès als Organ der Französischen Sozialistischen Partei gegründet. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 wurde die Zeitung vom extrem rechten Flügel der Sozialistischen Partei geleitet und stand auf den Positionen des Sozialchauvinismus. Bald nach der Spaltung der Sozialistischen Partei auf dem Parteitag in Dezember 1920 und der Bildung der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde die Zeitung deren Organ; auch jetzt erscheint sie in Paris als Zentralorgan der Kommunistischen Partei. 201
- <sup>86</sup> „*Appeal to Reason*“ (Appell an die Vernunft) — Zeitung amerikanischer Sozialisten; wurde im Jahre 1895 im Staat Kansas (USA) gegründet; verfocht während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 den Standpunkt der Internationalisten. 205

- <sup>87</sup> Im Januar 1912 fand die Prager Konferenz der SDAPR statt, die die Menschewiki aus der Partei ausschloß. Die Bolschewiki formierten sich endgültig als selbständige Partei. 208
- <sup>88</sup> „*De Tribune*“ — Zeitung, die vom linken Flügel der holländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1907 in Amsterdam gegründet wurde. 1909 wurden die Linken aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgeschlossen und gründeten die Sozialdemokratische Partei Hollands; damit wurde „*De Tribune*“ zum Organ der neuen Partei. Ab 1918 war „*De Tribune*“ das Organ der Kommunistischen Partei Hollands. 209
- <sup>89</sup> Der „*Rohentwurf der Thesen für einen offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und an alle sozialistischen Parteien*“ wurde in den ersten Januartagen 1917 geschrieben. Auf dem Manuskript steht unter der Überschrift die Bemerkung Lenins: „(zum Versand an die ISK und für die Presse)“.
- Am 7. Januar 1917 setzte der Kautskyaner R. Grimm, der Vorsitzende der Internationalen Sozialistischen Kommission, im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gegen den Willen der Schweizer Linken einen Beschluß durch, auf Grund dessen der außerordentliche Parteitag auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Am selben Tag fand in Berlin die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Parteioption statt. Die Mehrheit der Konferenz billigte die von Lipinski eingebrachte zentristische Resolution. Diese Ereignisse bedeuteten den offenen Übergang der rechten Zimmerwalder auf die Seite der Sozialchauvinisten. Im Zusammenhang damit nahm Lenin am Rohentwurf eine Reihe Veränderungen vor, beschloß dann aber, den Entwurf zunächst nicht zu veröffentlichen, und vermerkte im Manuskript: „Geschrieben vor dem 7. 1. 1917 und daher teilweise veraltet.“ Später schrieb Lenin auf der Grundlage dieses Entwurfs den Aufruf „An die Arbeiter, die den Kampf gegen den Krieg und gegen die auf die Seite ihrer Regierungen übergegangenen Sozialisten unterstützen“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 236–243.) 210
- <sup>90</sup> Lenin schrieb den Brief in Zürich und sandte ihn nach Genf an W. A. Karpinski. Der Brief sollte in den Auslandssektionen der SDAPR erörtert werden. 223
- <sup>91</sup> „*Grütli*“ — Organ des Schweizer bürgerlich-reformistischen Grütlivereins. Die Zeitung wurde 1851 in Zürich gegründet und stand im imperialistischen Weltkrieg 1914–1918 im Lager des Sozialchauvinismus. Lenin bezeichnete den „*Grütli*“ als eine „Zeitung der konsequenten und offenen Diener der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung“. 224

- <sup>92</sup> Den „Vortrag über die Revolution von 1905“ hielt W. I. Lenin in deutscher Sprache am 9. (22.) Januar 1917 im Züricher Volkshaus in einer Versammlung der schweizerischen Arbeiterjugend. 244
- <sup>93</sup> Lenin schrieb die Thesen als Antwort auf mehrere Artikel, die der Schweizer Sozialchauvinist H. Greulich in der Zeitung „Volksrecht“ unter der gemeinsamen Überschrift „Zur Landesverteidigung“ veröffentlicht hatte. 263
- <sup>94</sup> „Le Populaire“ (Die Volkszeitung) wurde von den französischen Zentristen herausgegeben; sie erschien 1916 in Limoges und ab Juli 1917 in Paris. 1921 wurde das Blatt zum Organ der französischen Sozialistischen Partei. 274
- <sup>95</sup> Gemeint sind der in Nr. 57 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlichte Brief Gutschkows vom 15. (28.) August 1916 an General Alexejew, den Chef des Generalstabs des Obersten Befehlshabers, und Auszüge aus einer Reichstagsrede des deutschen Innenministers Helfferich, in welcher dieser zu einer Anfrage der Opposition über die zahlreichen Verhaftungen von Sozialdemokraten Stellung nahm.
- Aus dem Brief Gutschkows sprachen die Angst der russischen Bourgeoisie vor der herannahenden Revolution und ihre Unzufriedenheit mit einer Regierung, die den Ausbruch der Revolution offenbar nicht aufzuhalten vermochte.
- Helfferich äußerte sich in dem Sinne, daß der Ausbruch der Revolution durch die Verhaftung ihrer Führer verhindert werden müsse. 276
- <sup>96</sup> Gemeint ist das von der erweiterten Sitzung der Internationalen Sozialistischen Kommission (ISK) im Februar 1916 angenommene Rundschreiben „An alle angeschlossenen Parteien und Gruppen“. Das Rundschreiben enthält eine scharfe Kritik an den Sozialchauvinisten und an der sozialchauvinistischen Haltung des Internationalen Sozialistischen Büros. Die Versuche der Führer des ISB, durch eine „gegenseitige Amnestie“ der Sozialisten die II. Internationale wiederherzustellen, werden in dem Rundschreiben als „ein Pakt gegen den Sozialismus“ bezeichnet. Die ISK fordert in ihrem Rundschreiben von den Sozialisten, nicht für die Kriegskredite zu stimmen, und ruft sie auf, Streiks, Demonstrationen und Verbrüderungen in den Schützengräben zu organisieren sowie andere Formen des revolutionären Kampfes gegen den imperialistischen Krieg anzuwenden. Das Rundschreiben der ISK wurde in Nr. 3 des „Bulletins“ der Internationalen Sozialistischen Kommission zu Bern am 29. Februar 1916 und in Nr. 52 des „Sozial-Demokrat“ vom 25. März 1916 veröffentlicht. 278

- <sup>97</sup> Lenin beabsichtigte, die Schrift „*Statistik und Soziologie*“ als legale Broschüre unter dem Pseudonym P. Pirjutschew herauszubringen. Er konnte die Arbeit jedoch nicht zu Ende führen.

Die vorbereitenden Materialien und Pläne der Broschüre sind im Lenin-Sammelband XXX, 1937, S. 280—300, russ., veröffentlicht. 284

- <sup>98</sup> „*Die Glocke*“ — Halbmonatsschrift; wurde in München und später in Berlin von 1915 bis 1925 von dem Sozialchauvinisten Parvus (Helphand) herausgegeben. 293

- <sup>99</sup> Der „*Abänderungsantrag zur Resolution über die Militärfrage*“ wurde bei der Erörterung der Militärfrage auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Organisation des Kantons Zürich, der in Töß am 11. und 12. Februar 1917 stattfand, von den linken Sozialdemokraten eingebracht.

Dem Parteitag lagen zwei Resolutionsentwürfe vor: 1. der Entwurf der Rechten, der im Geiste des Sozialchauvinismus gehalten war, und 2. ein zentristischer Entwurf, der von der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführer gebilligt worden war. Mit Stimmenmehrheit (93 gegen 65) nahm der Parteitag den Resolutionsentwurf der Mehrheit an. Um die Resolution der Sozialchauvinisten zu Fall zu bringen, stimmten die Linken für die Resolution der Mehrheit, brachten aber den im Sinne der Zimmerwalder Linken gehaltenen Abänderungsantrag ein. Für diesen Antrag der Linken wurden 32 Stimmen abgegeben.

Über den Kampf in der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei siehe den Artikel Lenins „*Geschichte einer kleinen Periode einer sozialistischen Partei*“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 297—300.) 296

- <sup>100</sup> Gemeint ist das Referendum für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der über die Stellung zum Krieg entscheiden sollte. Das Referendum wurde von den Schweizer linken Sozialdemokraten eingeleitet, nachdem der Parteivorstand den Parteitag auf unbestimmte Zeit zu verschieben beschlossen hatte.

297

- <sup>101</sup> „*Neue Freie Zeitung*“ — Organ der sozialdemokratischen Organisation des Kantons Solothurn (Schweiz); wurde in Olten von 1905 bis 1920 herausgegeben. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 nahm das Blatt eine zentristische Position ein.

„*Basler Vorwärts*“ — 1898 gegründete Zeitung, Organ der sozialdemokratischen Organisation des Kantons Basel; stand im imperialistischen Weltkrieg 1914—1918 auf zentristischem Boden. 297

- <sup>102</sup> Den „Thesenentwurf vom 4. (17.) März 1917“ schrieb W. I. Lenin in Zürich, nachdem er die ersten Nachrichten über die bürgerlich-demokratische Februarrevolution erhalten hatte. Lenin sandte den Entwurf nach Stockholm als Anleitung für die nach Rußland abreisenden Bolschewiki. 301
- <sup>103</sup> Gemeint ist die bürgerliche Provisorische Regierung, die am 2. (15.) März 1917 auf Grund einer hinter dem Rücken der Bolschewiki getroffenen Abmachung zwischen dem Provisorischen Komitee der Reichsduma und den sozialrevolutionär-menschewistischen Führern des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gebildet wurde. Mitglieder der Regierung waren Fürst Lwow, der Kadettenführer Miljukow, der Führer der Oktobristen, Gutschkow, und andere Vertreter der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer. Als Vertreter der „Demokratie“ erhielt der Sozialrevolutionär Kerenski einen Sitz in der Regierung. 301
- <sup>104</sup> Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. 306
- <sup>105</sup> Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. 307
- <sup>106</sup> Die fünf „Briefe aus der Ferne“ schrieb W. I. Lenin in der Schweiz Ende März und Anfang April 1917 für die bolschewistische Zeitung „Prawda“, die in Petrograd nach der Februarrevolution wieder zu erscheinen begann. „Brief 1. Die erste Etappe der ersten Revolution“ wurde stark gekürzt und abgeändert in Nr. 14 und 15 der „Prawda“ am 21. und 22. März (3. und 4. April) 1917 veröffentlicht. In die zweite und dritte Ausgabe der Werke W. I. Lenins wurde der Brief nach dem Text der „Prawda“ aufgenommen, in der vierten Ausgabe wird der Brief nach der maschinengeschriebenen Abschrift, verglichen mit dem Text der „Prawda“, abgedruckt. Die übrigen vier Briefe wurden 1924 veröffentlicht. 309
- <sup>107</sup> *Trudowiki*, „Trudowikigruppe“ — eine Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten, die im April 1906 entstand und sich aus Bauernabgeordneten der I. Reichsduma zusammensetzte. Die Trudowikifraktion existierte in allen vier Dumas. In den Jahren des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 standen die meisten Trudowiki auf sozialchauvinistischen Positionen. 1917 verschmolz die „Trudowikigruppe“ mit der Partei der „Volkssozialisten“ und unterstützte aktiv die bürgerliche Provisorische Regierung. Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution gingen die Trudowiki auf die Seite der bürgerlichen Konterrevolution über. 318 327
- <sup>108</sup> „The Times“ — 1785 in London gegründete Zeitung; eines der einflußreichsten Blätter der konservativen englischen Bourgeoisie. 323

- <sup>109</sup> „*Volkssozialisten*“ — Mitglieder der kleinbürgerlichen Volkssozialistischen Arbeitspartei, die 1906 aus dem rechten Flügel der Partei der Sozialrevolutionäre hervorging. Sie stellte gemäßigt-demokratische Forderungen auf, die nicht über den Rahmen einer konstitutionellen Monarchie hinausgingen. Die Volkssozialisten lehnten die im Programm der Sozialrevolutionäre enthaltene Sozialisierung des Bodens ab und waren für die Enteignung der Gutsbesitzerländereien gegen Entschädigung. Lenin nannte die Volkssozialisten „kleinbürgerliche Opportunisten“, „Sozialkadetten“ und „sozialrevolutionäre Menschewiki“. Die Führer der Volkssozialisten waren A. W. Peschekonow, W. A. Mjakotin, N. F. Annenski u. a.  
Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution unterstützte die Partei der Volkssozialisten aktiv die bürgerliche Provisorische Regierung, und nach der Sozialistischen Oktoberrevolution ging sie in das Lager der Konterrevolution über. 326
- <sup>110</sup> „*Nascha Sarja*“ (Unsere Morgenröte) — legale Monatsschrift der menschewistischen Liquidatoren; erschien von 1910 bis 1914 in Petersburg. Um die „*Nascha Sarja*“ gruppierte sich das Zentrum der Liquidatoren in Rußland. Ab Januar 1915 erschien statt der „*Nascha Sarja*“, die verboten worden war, die Zeitschrift „*Nasche Delo*“ (Unsere Sache). 327
- <sup>111</sup> Gemeint ist das Abkommen über die Bildung der bürgerlichen Provisorischen Regierung, das am 1. (14.) März hinter dem Rücken der Bolschewiki von dem Provisorischen Komitee der Reichsduma und den sozialrevolutionär-menschewistischen Führern des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten abgeschlossen wurde. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki lieferten freiwillig der Bourgeoisie die Macht aus, indem sie dem Provisorischen Komitee der Reichsduma das Recht einräumten, nach eigenem Ermessen die Provisorische Regierung zu bilden. 329
- <sup>112</sup> „*Le Temps*“ — bürgerliche Tageszeitung; erschien in Paris von 1861 bis 1942. 329
- <sup>113</sup> „*Neue Zürcher Zeitung*“ — 1780 in Zürich gegründete und heute noch bestehende schweizerische bürgerliche Zeitung, die bis 1821 unter dem Namen „*Zürcher-Zeitung*“ erschien. 329
- <sup>114</sup> „*National-Zeitung*“ — bürgerliche Zeitung; wurde 1848 in Berlin gegründet. 329
- <sup>115</sup> Es handelt sich um die „*Kontaktkommission*“, der Tschcheidse, Steklow, Suchanow, Filippowski und Skobelew (später auch Tschernow und Zereteli) angehörten. Die „*Kontaktkommission*“ wurde vom menschewistisch-sozial-

- revolutionären Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 8. (21.) März 1917 gebildet, um mit der Provisorischen Regierung Kontakt herzustellen, auf sie „einzuwirken“ und ihre Tätigkeit zu „kontrollieren“. In Wirklichkeit unterstützte die „Kontaktkommission“ die bürgerliche Politik der Provisorischen Regierung und war bestrebt, die Arbeitermassen vom aktiven revolutionären Kampf für den Übergang der ganzen Macht an die Sowjets abzuhalten. Die „Kontaktkommission“ bestand bis zum Mai 1917, als die Vertreter der Menschewiki und Sozialrevolutionäre unmittelbar in die Provisorische Regierung eintraten. 330
- 116 „Frankfurter Zeitung“ — bürgerliche Tageszeitung; erschien in Frankfurt am Main von 1856 bis 1943. 334
- 117 „Vossische Zeitung“ — bürgerliche Zeitung, wurde 1704 in Berlin gegründet. 334
- 118 Siehe hierüber Lenins Schrift „Staat und Revolution“ (Werke, Bd. 25). 340
- 119 „Letopis“ (Annalen) — Monatsschrift für Literatur, Wissenschaft und Politik, die von Maxim Gorki in Petrograd gegründet wurde; erschien von Dezember 1915 bis August 1917. 349
- 120 Bei dem *Agrarprogramm der „104“* handelt es sich um den „Grundlagenentwurf“ für ein Agrargesetz, der mit den Unterschriften von 104 Bauernabgeordneten am 23. Mai (5. Juni) 1906 in der I. Duma vorgelegt wurde. Der Entwurf enthielt folgende Forderungen: Bildung eines allgemeinen Volksfonds aus Staats-, Apanage-, Kabinetts- und Klosterländereien und auch aus privaten Gutsländereien, wenn die Größe des Besitzes die festgelegte Arbeitsnorm übersteigt; das Nutzungsrecht am Boden sollte nur denjenigen gewährt werden, die ihn selbst bearbeiten. Für enteignete Privatländereien war eine Entschädigung vorgesehen. Die Durchführung der Bodenreform sollte örtlichen Bauernkomitees übertragen werden, die auf völlig demokratischer Grundlage zu wählen sein würden. Lenin bezeichnete den Entwurf der „104“ als eine „revolutionäre Agrarvorlage“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 385.) 356
- 121 1915 gründeten die Bolschewiki in Bern eine Hilfskommission für die russischen Kriegsgefangenen. Der Kommission gelang es, mit den russischen Kriegsgefangenen in deutschen Lagern Kontakt aufzunehmen und politische Arbeit unter ihnen zu leisten. Ein umfangreicher Briefwechsel und der Versand von illegaler bolschewistischer Literatur wurden in die Wege geleitet.

Den vorliegenden Aufruf schrieb Lenin, kurz nachdem er die ersten Nachrichten über die Revolution in Rußland erhalten hatte. Der Aufruf wurde von der Redaktion des „Sozial-Demokrat“ als Flugblatt herausgegeben. Am Ende des Flugblatts stand der Zusatz: „Kameraden! Haltet die Verbindung mit der Hilfskommission für die Kriegsgefangenen aufrecht, die Adresse lautet: Schweiz, Bern, Falkenweg 9. Die Genossen werden auch weiterhin bemüht sein, euch Bücher usw. zu senden.“ 358

<sup>122</sup> „Prawda“ (Die Wahrheit) — legale bolschewistische Tageszeitung, deren erste Nummer am 22. April (5. Mai) 1912 in Petersburg erschien. Der Beschluß über die Herausgabe einer Massenzeitung für die Arbeiter wurde auf der Sechsten (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR angenommen.

Die „Prawda“ war eine Massenzeitung der Arbeiter; das Geld für ihre Finanzierung wurde von den Arbeitern selbst gesammelt. Um die Zeitung bildete sich ein großer Kreis von Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterpublizisten. Im Laufe eines einzigen Jahres wurden in der „Prawda“ mehr als elftausend Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht. Die Tagesauflage der „Prawda“ betrug im Durchschnitt 40000 Exemplare und erreichte bei manchen Nummern 60000 Exemplare.

W. I. Lenin leitete die „Prawda“ vom Ausland aus. Er schrieb fast täglich für die Zeitung, gab der Redaktion Anweisungen und gewann für die Zeitung die besten publizistischen Kräfte der Partei.

An der Redaktion der Zeitung waren N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. I. Kalinin, W. M. Molotow, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, K. N. Samoilowa, J. W. Stalin, J. M. Swerdlow, A. I. Uljanowa-Jelisarowa u. a. aktiv beteiligt. Auch die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, M. K. Muranow, G. I. Petrowski, F. N. Samoilow und N. R. Schagow arbeiteten an der „Prawda“ tatkräftig mit.

Die „Prawda“ war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie 41mal beschlagnahmt, 36 Gerichtsverfahren wurden gegen die Redakteure durchgeführt, die insgesamt 47½ Monate Gefängnishaft verbüßen mußten. Innerhalb von zwei Jahren und drei Monaten war die „Prawda“ von der zaristischen Regierung achtmal verboten, wurde aber jedesmal unter einem anderen Namen neu herausgegeben: „Rabotschaja Prawda“ (Arbeiterprawda), „Sewernaja Prawda“ (Prawda des Nordens), „Prawda Truda“ (Prawda der Arbeit), „Sa Prawdu“ (Für die Prawda), „Proletarskaja Prawda“ (Proletarische Prawda), „Put Prawdy“ (Weg der Prawda), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Trudowaja Prawda“ (Prawda der Werktätigen). Am 8. (21.) Juli 1914, kurz vor Be-

ginn des ersten Weltkriegs, wurde die Zeitung noch einmal verboten und stellte ihr Erscheinen ein.

Die Herausgabe der „Prawda“ konnte erst nach der Februarrevolution wiederaufgenommen werden. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda“ als das Zentralorgan der SDAPR. Am 5. (18.) April begann Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, in der Redaktion zu arbeiten und übernahm die Leitung der „Prawda“. Am 5. (18.) Juli 1917 wurden die Redaktionsräume der „Prawda“ von Offizierschülern und Kosaken demoliert. Von Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda“, den Verfolgungen seitens der Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok ‚Prawdy‘“ (Blatt der „Prawda“), „Proletari“ (Der Proletarier), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Rabotschi Put“ (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) erscheint die Zeitung unter ihrem alten Namen „Prawda“. 361

- <sup>123</sup> Das Referat „Über die Aufgaben der SDAPR in der russischen Revolution“ hielt W. I. Lenin in deutscher Sprache am 14. (27.) März 1917 in einer Versammlung von Schweizer Arbeitern im Züricher Volkshaus. 368
- <sup>124</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 336, und Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 96. 372
- <sup>125</sup> „Corriere della Sera“ — italienische bürgerliche Tageszeitung, gegründet 1876 in Mailand; erscheint auch jetzt noch. 374
- <sup>126</sup> Im Januar 1914 wurde Tschernomasow von der Arbeit in der „Prawda“-Redaktion entfernt, da er im Verdacht stand, ein Provokateur zu sein. Seitdem war er an der Herausgabe der „Prawda“ in keiner Weise beteiligt. 376
- <sup>127</sup> „Petit Parisien“ — Tageszeitung der reaktionärsten Kreise der französischen Bourgeoisie; gegründet 1876 in Paris. 376
- <sup>128</sup> Im Auftrag des Komitees für die Organisierung der Rückkehr der russischen Emigranten in die Heimat leitete R. Grimm Verhandlungen über deren Rückreise nach Rußland ein. Da Grimm eine zweideutige Position einnahm und die Verhandlungen in die Länge zog, verzichteten die Bolschewiki auf seine Hilfe und bevollmächtigten den Sekretär der Schweizer Sozialdemokratischen Partei F. Platten zur Weiterführung der Verhandlungen. 378
- <sup>129</sup> „Freie Jugend“ — Organ der Schweizer sozialdemokratischen Jugendorganisation; erschien von 1906 bis 1918 in Zürich. Die „Freie Jugend“ vertrat im imperialistischen Weltkrieg 1914–1918 den Standpunkt der Zimmerwalder Linken. 381
- <sup>130</sup> Gemeint ist der von Lenin verfaßte „Abänderungsantrag zur Resolution über die Militärfrage“, der von den Schweizer linken Sozialdemokraten auf

dem kantonalen Parteitag in Töß (11. und 12. Februar 1917) eingebracht wurde. (Siehe den vorliegenden Band, S. 296.) 381

<sup>131</sup> „Labouristen“ nennt Lenin die Mitglieder der englischen Arbeiterpartei (Labour Party). 386

<sup>132</sup> „Arbeiterpolitik“ — legale Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, Organ der Linksradikalen in Bremen; wurde von 1916 bis 1919 unter der Leitung von Johann Knief in Bremen herausgegeben. Die Zeitschrift wandte sich vor allem gegen Sozialchauvinismus und Zentrismus und gab, soweit das unter der Zensur möglich war, den Arbeitern eine revolutionäre Orientierung im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. 386

**DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN  
W. I. LENINS**

**(August 1916 bis März 1917)**



1916

- Ende August,  
Anfang Sep-  
tember* Lenin kehrt aus dem Dorf Flums nach Zürich zurück.
- August—Sep-  
tember* Lenin schreibt die Artikel „Über die aufkommende Richtung des ‚imperialistischen Ökonomismus‘“ und „Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow)“.
- August—Okto-  
ber* Lenin schreibt den Artikel „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“.
- 17. (30.) Sep-  
tember* Lenin nimmt an der Sitzung der Internationalen Sozialistischen Kommission in Bern teil.
- September* Lenin schreibt den Artikel „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“. Der Artikel wurde 1917 in der Zeitschrift „Jugend-Internationale“ Nr. 9 und 10 veröffentlicht.
- Erste Oktober-  
hälfte* Lenin schreibt im Namen des ZK der SDAPR eine Grußadresse an den Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei. Die Grußadresse wird am 2. (15.) Oktober auf dem Parteitag in Zürich verlesen.
- Oktober* Lenin schreibt die Artikel „Über die Losung der ‚Entwaffnung‘“ und „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“. Die Artikel erscheinen im Dezember 1916 im „Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2.
- 21. und 22. Ok-  
tober (3. und  
4. November)* Lenin ist bei den Beratungen der linken sozialdemokratischen Delegierten des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz anwesend; er nimmt an der Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfs des Parteitags über die Frage der Stellung zur Kienthaler Konferenz teil.

22. Oktober  
(4. November) Lenin ist auf dem Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie in Zürich anwesend; er begrüßt den Parteitag im Namen des ZK der SDAPR.
24. Oktober  
(6. November) Die Artikel Lenins „Über den Separatfrieden“ und „Zehn ‚sozialistische‘ Minister!“ werden in Nr. 56 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
- Oktober Es erscheint der „Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 1 mit Lenins Artikeln „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, „Über die Junius-Broschüre“ und den Thesen „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“.
- Ende Oktober,  
Anfang November Lenin verfaßt die Thesen „Die Aufgaben der Linksradikalen (oder der linken Zimmerwaldisten) in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“; er sorgt für die Übersetzung der Thesen in andere Sprachen und für ihre Verbreitung. Die Thesen wurden 1918 in französischer Sprache als Broschüre veröffentlicht.
7. (20.) November Lenin unterhält sich mit linken Zimmerwaldern über die Thesen „Die Aufgaben der Linksradikalen (oder der linken Zimmerwaldisten) in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“.
17. (30.) November Lenin hat eine zweite Unterhaltung mit linken Zimmerwaldern über die Thesen „Die Aufgaben der Linksradikalen (oder der linken Zimmerwaldisten) in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“ und über die Stellung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zum Krieg.
- November 1916  
bis Februar 1917 In den Briefen an Inès Armand verteidigt und entwickelt Lenin die wichtigsten marxistischen Leitsätze über die Stellung zum Krieg und über die Vaterlandsverteidigung.  
  
Lenin kritisiert aufs schärfste die Ansichten und die Fraktionstätigkeit der Gruppe Pjatakow-Bosch-Bucharin, entlarvt das politische Intrigenspiel Radeks und verurteilt das versöhnlerische Verhalten G. J. Sinowjews ihnen gegenüber.
- Anfang Dezember Lenin arbeitet an den „Thesen über das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zum Krieg“.

19. Dezember (1. Januar 1917) Lenin beendet den Artikel „Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus“.
- Zweite Dezembervhälfte Lenin schreibt den „Offenen Brief an Boris Souvarine“. Der Brief wurde am 27. Januar 1918 in der Zeitung „La Vérité“ Nr. 48 in gekürzter Form veröffentlicht.
- Vor dem 25. Dezember (7. Januar 1917) Lenin schreibt den „Rohentwurf der Thesen für einen offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und an alle sozialistischen Parteien“.
26. Dezember (8. Januar 1917) In einem Brief an W. A. Karpinski entlarvt Lenin die sozialchauvinistische Position R. Grimms und erörtert einige konkrete Maßnahmen für den Kampf gegen die Mehrheit der opportunistischen Führer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die auf die Seite der Sozialchauvinisten übergegangen waren.
- 26./27. Dezember (8./9. Januar 1917) Lenin schreibt den „Offenen Brief an Charles Nainé, Mitglied der Internationalen Sozialistischen Kommission in Bern“.
- Ende Dezember Lenin schreibt den Aufruf „An die Arbeiter, die den Kampf gegen den Krieg und gegen die auf die Seite ihrer Regierungen übergegangenen Sozialisten unterstützen“.
- Dezember Es erscheint der „Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2 mit Lenins Artikeln „Über die Losung der ‚Entwaffnung‘“, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, „Jugend-Internationale“, „Ein Versuch, den Opportunismus reinzuwaschen“ und „Die Fraktion Tschcheidse und ihre Rolle“.
- Lenin schreibt die Artikel „Prinzipielles zur Militärfrage“ und „Die Stellung der Frage der Landesverteidigung“.

## 1917

- 1./2. (14./15.) Januar Lenin leitet eine Beratung der Schweizer linken Sozialdemokraten, in der die Frage des Vorgehens gegen Grimm erörtert wird.
6. (19.) Januar Lenin sendet den Auslandssektionen der Bolschewiki die Begründung der Schweizer linken Sozialdemokraten zu dem

- Referendum, das sie einleiteten, um die Einberufung des außerordentlichen Parteitag durchzusetzen, der durch einen Beschluß des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf unbestimmte Zeit verschoben worden war.
9. (22.) Januar Lenin hält in einer Jugendversammlung in Zürich einen Vortrag über die Revolution von 1905.
- Zwischen dem 13. und 17. (26. und 30.) Januar Lenin schreibt den Artikel „Zwölf kurze Thesen über H. Greulichs Verteidigung der Landesverteidigung“. Der Artikel wird in den Nummern 26 und 27 der Zeitung „Volksrecht“ veröffentlicht.
18. (31.) Januar Lenins Artikel „Eine Wendung in der Weltpolitik“ erscheint in Nr. 58 des „Sozial-Demokrat“.
- Januar Lenin arbeitet an der Broschüre „Statistik und Soziologie“ und schreibt die Thesen „Die Kennzeichen des ‚Zentrums‘ als einer Strömung in der internationalen Sozialdemokratie“ und den Artikel „Vorgetäuschter oder wirklicher Sumpf?“.
24. Januar (6. Februar) Lenin nimmt an der Generalversammlung der sozialdemokratischen Organisation der Stadt Zürich teil, in welcher der Vorstand gewählt wird.
- Zwischen dem 27. und 29. Januar (9. und 11. Februar) Lenin verfaßt den „Abänderungsantrag zur Resolution über die Militärfrage“, der von den linken Sozialdemokraten auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Organisation des Kantons Zürich eingebracht wird.
- Januar—Februar Lenin arbeitet in der Züricher Bibliothek an der Frage Marxismus und Staat; er macht Auszüge aus den Werken von Karl Marx und Friedrich Engels und schreibt seine Bemerkungen und Schlußfolgerungen nieder. Lenin betitelt dieses Material „Marxismus und Staat“.
4. (17.) Februar In einem Brief nach Stockholm an A. M. Kollontai fragt Lenin an, ob es möglich sei, Verbindung mit den schwedischen linken Sozialdemokraten herzustellen und an ihrer Zeitung mitzuarbeiten.
20. Februar (5. März) Lenin nennt in einem Brief nach Stockholm an A. M. Kollontai konkrete Maßnahmen für den Zusammenschluß der Linken und entwirft einen Plan zur Ausarbeitung von Thesen für einen Parteitag der „Jungen“ (der Linken).

- Ende Februar* Lenin schreibt den Artikel „Geschichte einer kleinen Periode einer sozialistischen Partei“.
- Februar–März* Lenin redigiert mit anderen zusammen das „Flugblatt“ Nr. 1 der schweizerischen Gruppe der Zimmerwalder Linken und organisiert seine Übersetzung in andere Sprachen sowie seine Verbreitung.
2. (15.) *März* Lenin erhält die ersten Nachrichten über die Februarrevolution und leitet Maßnahmen ein, um so schnell wie möglich nach Rußland zurückzukehren.
3. und 4. (16. und 17.) *März* In seinen Briefen nach Stockholm an A. M. Kollontai gibt Lenin eine Einschätzung der Februarrevolution in Rußland und entwirft die Taktik der Bolschewiki.
4. (17.) *März* Lenin schreibt den „Thesenentwurf vom 4. (17.) März 1917“ und schickt ihn nach Stockholm als Anleitung für die Bolschewiki, die nach Rußland reisen.
5. (18.) *März* Lenin hält in La Chaux-de-Fonds (Schweiz) ein Referat über die Pariser Kommune und über die Entwicklungsperspektiven der russischen Revolution.
6. (19.) *März* Lenin schickt nach Stockholm ein Telegramm an die nach Rußland reisenden Bolschewiki und gibt ihnen Direktiven hinsichtlich der Taktik der Partei in der Revolution.
7. (20.) *März* Lenin schreibt „Briefe aus der Ferne. Brief 1. Die erste Etappe der ersten Revolution“. Der Brief wird in der „Prawda“ Nr. 14 und 15 veröffentlicht.
- 8./9. (21./22.) *März* Lenin schreibt „Briefe aus der Ferne. Brief 2. Die neue Regierung und das Proletariat“.
10. (23.) *März* Lenin schickt den Auslandssektionen der Bolschewiki Abschriften des ersten und zweiten „Briefes aus der Ferne“.
- 10./11. (23./24.) *März* Lenin schreibt „Briefe aus der Ferne. Brief 3. Über die proletarische Miliz“.
12. (25.) *März* Lenin schreibt „Briefe aus der Ferne. Brief 4. Wie erringen wir den Frieden?“ und den Artikel „Die Revolution in Rußland und die Aufgaben der Arbeiter aller Länder“.

- Mitte März* Lenin schreibt den Aufruf „An die Kameraden, die in der Kriegsgefangenschaft schmachten“, der als Flugblatt mit der Unterschrift „Redaktion des ‚Sozial-Demokrat‘“ veröffentlicht wird.
14. (27.) *März* Lenin hält in Zürich das Referat „Über die Aufgaben der SDAPR in der russischen Revolution“. Das Autorreferat wird in den Nummern 77 und 78 der Zeitung „Volksrecht“ veröffentlicht.
17. (30.) *März* Lenin schreibt den Artikel „Die Machenschaften der republikanischen Chauvinisten“. Der Artikel wird in Nr. 81 der Zeitung „Volksrecht“ veröffentlicht und in gekürzter Form in Nr. 99 des „Avanti!“.
18. (31.) *März* Der von Lenin verfaßte Beschluß über die Art und Weise der Rückkehr der Emigranten nach Rußland wird vom Auslandskollegium des ZK der SDAPR angenommen.
22. *März*  
(4. *April*) Lenin nimmt in Zürich an einer Beratung über die Organisation der Abreise der Emigranten nach Rußland teil.  
Lenin fährt nach Bern, um das Protokoll über die Reise aus der Schweiz nach Rußland zu unterzeichnen.
26. *März*  
(8. *April*) Lenin schreibt „Briefe aus der Ferne. Brief 5. Die Aufgaben der revolutionären proletarischen Staatsordnung“.  
Lenin schreibt den „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter“. Der Brief wird in Bern in einer Versammlung der nach Rußland reisenden Mitglieder der SDAPR angenommen.
27. *März*  
(9. *April*) Lenin und Krupskaja reisen aus der Schweiz nach Rußland ab.
- Zwischen dem*  
27. und 30. *März* Lenin arbeitet während der Reise an den Thesen über die Aufgaben des Proletariats in der Revolution („Aprilthesen“).  
(9. und 12. *April*)
31. *März*  
(13. *April*) Auf der Durchreise aus der Emigration nach Rußland hält sich Lenin einen Tag lang in Stockholm auf; er nimmt an einer Beratung der internationalistischen Sozialdemokraten Schwedens teil; er organisiert das Auslandsbüro des ZK der SDAPR.

## INHALTSVERZEICHNIS

*Vorwort* . . . . . VII—VIII

1916

Über die aufkommende Richtung des „imperialistischen Ökonomismus“ . . . . .	1—10
Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow) . . . . .	11—17
Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“ . . . . .	18—71
1. Die marxistische Stellung zu den Kriegen und zur „Vaterlandsverteidigung“ . . . . .	20
2. „Unsere Auffassung von der neuen Epoche“ . . . . .	27
3. Was ist ökonomische Analyse? . . . . .	31
4. Das Beispiel Norwegens . . . . .	40
5. Über „Monismus und Dualismus“ . . . . .	47
6. Die übrigen von P. Kijewski berührten und entstellten politischen Fragen . . . . .	57
7. Schluß. Alexinski-Methoden . . . . .	70
Das Militärprogramm der proletarischen Revolution . . . . .	72—83
I . . . . .	72
II . . . . .	75
III . . . . .	78





Telegramm an die nach Rußland reisenden Bolschewiki .. . . .	306
Eine Zuschrift an die Zeitung „Volksrecht“ .. . . .	307
Briefe aus der Ferne .. . . .	309—357
Briefe aus der Ferne. Brief 1. Die erste Etappe der ersten Revolution .. . . .	311
Briefe aus der Ferne. Brief 2. Die neue Regierung und das Proletariat .. . . .	323
Briefe aus der Ferne. Brief 3. Über die proletarische Miliz .. . . .	334
Briefe aus der Ferne. Brief 4. Wie erringen wir den Frieden? .. . . .	348
Briefe aus der Ferne. Brief 5. Die Aufgaben der revolutionären proletarischen Staatsordnung .. . . .	355
An die Kameraden, die in der Kriegsgefangenschaft schmachten .. . . .	358—362
Die Revolution in Rußland und die Aufgaben der Arbeiter aller Länder .. . . .	363—367
Über die Aufgaben der SDAPR in der russischen Revolution. Autorreferat .. . . .	368—373
Die Machenschaften der republikanischen Chauvinisten .. . . .	374—377
Beschluß des Auslandskollegiums des ZK der SDAPR .. . . .	378—379
Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter .. . . .	380—387
<i>Anmerkungen</i> .. . . .	389—418
<i>Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins</i> .. . . .	419—426

## ILLUSTRATIONEN

Porträt W. I. Lenins — 1916 .. . . .	VIII—1
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Der Schutz der Neutralität“ — 1917 .. . . .	269
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Briefe aus der Ferne. Brief 2. Die neue Regierung und das Proletariat“ — 22. (9.) März 1917 .. . . .	322—323